

IM STROM DER ZEIT

100 Jahre Energie der Steiermark

Stefan Karner

Stefan Karner

IM STROM DER ZEIT

100 Jahre Energie der Steiermark

DIE GESCHICHTE
DER ENERGIE STEIERMARK

Graz 2021

Zum Autor

Stefan Karner, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c., langjähriger Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz sowie Gründer und langjähriger Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs. www.bik.ac.at

Impressum

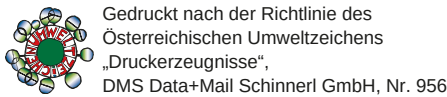


© 2021
Energie Steiermark AG
8010 Graz, Leonhardgürtel 10, Tel. + 43 316 9000-0, Fax + 43 316 9000-20829
kommunikation@e-steiermark.com, www.e-steiermark.com
Sitz Graz, FN 148124 f, Landesgericht für ZRS Graz, ATU 50770802

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. (FH) Urs Harnik-Lauris
Projektleitung: Mag. Verena Kubinzky-Papik, MA MBA

Fotografen Bildseiten (Energie Steiermark): AEG-Union, Allmann, ARGE Erneuerbare Energien, Hruby, Jungwirth, Knauss, Koren, Lex, Lupi Spuma, Marko, Mlaker, Moodley, Niederer, Paller, Pramberger, Rössler, Schnell, Schuster, Sedlar, Stampfer, Stelzl, Swet, Tropper, Tschiggerl, Uhler, Vogrincic, Vuckovic, Zawodnik
Fotos und Grafiken, wenn nicht anders gekennzeichnet: Energie Steiermark AG
Digitalisierung Archivaufnahmen: Symbol

Satz: Styria Media Design Gmbh & Co KG, 8010 Graz
Herstellung: DMS DATA+MAIL Schinnerl GmbH, 8143 Dobl
Gedruckt auf: IQ Print Offset, FSC MIX Credit



Als Climate Partner unterstützen wir das regionale Projekt „Naturpark Karwendel, Österreich – Gesunde Moore und Totholzbäume fürs Klima“

Im Sinne einer besseren Lesbarkeit der Texte wird auf eine explizite geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-200-08061-4

Inhaltsverzeichnis

7 Vorwort des Landeshauptmannes

8 Vorwort der Vorstände

11 Vorwort des Autors

12 Zur Einleitung
Die steirischen Energieressourcen: Holz, Wasser, Kohle

16 Die Steiermark
Ein Pionier der Elektrizitätswirtschaft

Die ersten steirischen E-Werke
Die Steirische Elektrizitätsgesellschaft (STEG) –
Das Engagement von Schweizer Unternehmern
Der erste Verbund in Österreich
Faal/Fala – ein Asset der Steiermark
Kriegsende 1918 und der Verlust der Drauwasserkräfte

28 Strom für das Land
Neue Pläne, Gründung und Aufbau der STEWEAG

Neuaufbau der Elektrizitätswirtschaft
Neue Pläne – Industrielle ergreifen die Initiative
1921: Die Gründung der STEWEAG
Strom und Gas für Graz
„Weiße“ Kohle gegen schwarze Kohle
In Finanznöten – das Engagement der Italiener
Arnstein – Zeichen der wirtschaftlichen Sanierung des Landes
Mitten in den Bankskandalen der 1920er-Jahre
Die ersten Murkraftwerke: Laufnitzdorf und Pernegg
Expansion gegen die Weltwirtschaftskrise
Gründung der Ennskraftwerke

52

Elektrizitätswirtschaft im „Dritten Reich“
„Energie ist Waffe“

Gleichgeschaltet
Ausgleich mit der GKB
Strom nach Deutschland
Strom als Waffe
Steiermark: hinten anstellen
Mehr Dampfkraft für die Waffenschmieden
Neue Stromleitungen für die Rüstung
Generatorgas – eine Alternative zum Strom?
Strom sparen
Ohne Strom keine Waffen
1941: Strom aus der Untersteiermark
Ausbau der Drau
Widerstand und Partisanenkrieg
Produktionsausfälle
Dionysen – erbaut mit Zwangsarbeit
Strom für den „Totalen Krieg“
Drastische Stromkürzungen
Notprogramme
„Das Gebiet befrieden“
Bomben auf elektrische Anlagen

86

1945
Neuaufbau der Elektrizitätswirtschaft

1945: Befreit und fünffach besetzt
Die erste steirische Nachkriegsregierung
„Russenzzeit“: Die sowjetische Besatzung
Keine Milch, kein Brot
Die tägliche Gefahr
Kriegsschäden
Demontagen
Öffentliche Verwaltung
Entnazifizierung
Die Neuorganisation der Stromwirtschaft

104

Die verhaltene Verstaatlichung
Der steirische Sonderweg

Das Zweite Verstaatlichungsgesetz 1947 – die „Magna Charta“ der Stromwirtschaft
Voitsberg an die ÖDK
Den steirischen Anliegen in Wien Gehör verschaffen

120

1948–1996
Die STEWEAG als Landesgesellschaft

„Die STEG muss als erstes verstaatlicht werden!“
Verstaatlichung im Hickhack der Parteien
Krainer: „Keine Zustimmung zu einem solchen Raub!“
Kraftwerksbau mit amerikanischem Geld
„Wie soll man mit 4,5 Millionen acht Millionen decken?“
Die drohende Pleite der STEWEAG
Hieflau – Eckstein der Ennsgruppe
„Die Überfuhr nicht verpassen!“
Krainer: „Einfach die Wiener Stellen überlaufen!“
Die Entschädigungsansprüche bereinigen!
Die „Lichtmacher“ kommen
Das Ölkraftwerk Pernegg – auch eine Kampfansage gegen das VERBUND-Diktat
Neue Energien: Atom und Ferngas
„Die Kohle ist ja weniger wertvoll, aber die Belegschaft...“
Die Enns – ein steirisches Kernprojekt
„Jeder will nur noch mit Öl heizen!“
Der Kampf ums Burgenland: „Unfair und dreist!“
Grazer Fernheizwerk – Abnehmer der Köflacher Kohle
1960: Das Zukunftsprogramm
STEWEAG-Zentrale: „Warum muss das Haus auf Stelzen stehen?“
Streit um die mittlere Enns
„Wer mehr schreit, bekommt auch mehr!“
Energiekrisen fordern alternative Energien
Geldsorgen begrenzen den Bau neuer Kraftwerke
Zu viel Öl heißt weniger Fernwärme
Die Köflacher Kohle liegt auf Halde!
Atom statt Kohle und Erdöl?
Einsatz für Atomstrom
1968: Sowjetisches Erdgas und der Aufbau von Ferngas und Fernwärme
Sparprogramm, aber weiter Geld für AKW
In den Energiekrisen: Grenzen des Wachstums?
Ein Fernheizwerk in Graz-Gösting?
Wasserkraftwerke wieder interessant
„(K)ein Opfer für den Kohlenbergbau?“
Sebastian: „Es geht nicht ohne Atom“
Niederls Atom-Schwenk: „Die Entsorgung muss klar sein!“
Keine Versorgungssicherheit ohne Atom?
1978: Aus für das AKW Zwentendorf
Den Bedarf auch ohne Zwentendorf decken
Der lange Anlauf für Mellach
Kohle aus Polen
Mit Wasserkraft und Fernwärme in die 1980er-Jahre
„Wenn wir die Fernwärme nicht absetzen, sperren wir wo anders zu!“

Mellach und Zwentendorf reißen große Finanzlücken auf
„Verhindern, dass jedes Bacherl verbaut wird!“
1987/89: Start in die EU – Privatisierung und Liberalisierung
Die Grenzstrecke der Mur zu Slowenien
Erneuerbare Energie: Der Anfang

206 **1996**
Die Gründung der Energie Steiermark. Privatisierung und Liberalisierung

Auf dem Weg in die „Europoliga“?
Die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes
Verzettelt...
Frühe Planung – später Bau: Das Kraftwerk Graz-Puntigam und die Last der Geschichte
Die Abgabe der Kraftwerke an den VERBUND
Der ESTAG-Skandal
„Energie Steiermark“ als neue Marke
Krško – das ungelöste Problem
Die 380-kV-„Steiermark-Leitung“
Die langen Schatten der ESTAG und die Stabilisierung bis 2012
Die Neupositionierung des Konzerns
Neuer Schwung für Wasserkraft und Fernwärme
Mellach: Aus für das letzte Kohlekraftwerk Österreichs
Erneuerbare Energie – „Green Energy“ – das neue Feld des Konzerns
Die Energie Steiermark in der Klima- und Energiestrategie des Landes

226 **Anhang**
Pioniere der steirischen Elektrizitätswirtschaft

Daniel Feuerlöscher (1843–1909)
Viktor Franz (1870–1938)
Hermann Grengg (1891–1978)
Richard Hofbauer (1873–1935)
Franz Pichler sen. (1866–1919)

Die Gründung der STEWEAG
Protokoll der Konstituierenden Generalversammlung

Verwendete Quellen und Literatur
Liste der Vorstandsdirektoren und Aufsichtsratspräsidenten
Umrechnungsschlüssel

Vorwort des Landeshauptmannes

Wie sehr unser Alltag von Energie geprägt ist, wird vielen erst bewusst, wenn die Energieversorgung nicht funktioniert. Kaum eine Tätigkeit des täglichen Lebens kann ohne Strom uneingeschränkt ausgeführt werden. Deshalb sind die Fragen nach einer zukunftsorientierten Energieversorgung so- wie einer verbesserten Energieeffizienz global von großer Bedeutung. Seit nunmehr 100 Jahren ist die Energie Steiermark in diesen Fragen einen Schritt voraus. Die rund 1.800 Mitarbeiter versor- gen mehr als 600.000 Kunden im In- und Ausland tagtäglich mit Energie. Als modernes Dienstleistungsunternehmen hat die Energie Steiermark dabei stets auch die aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse der Kunden und des Marktes im Blick. Bei der Energieerzeugung setzt man daher bereits seit Jahren auf nachhaltige, erneuerbare Energie aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse.

Angesichts des immer deutlicher werdenden Klimawandels bekommen Reflexionen zur Energieinnovation darüber hinaus eine zunehmend ethische und gesellschaftspolitische Bedeutung. Große gesellschaftliche Veränderungen wie demografischer Wandel, Digitalisierung oder Migration wirken sich be- sonders auch auf Fragen zur Energieversorgung aus.

Die Steiermark hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Innova- tionsland gewandelt. Mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von 5,15 Prozent ist unser Land Forschungseuropameister. Das verdanken wir dem hervorragenden Umfeld und der intensiven Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, wie sie in der Steiermark beispiellos gelebt wird. Investitionen in diesen Bereich sorgen dafür, dass unser Land auch in Zukunft zu den führenden Regionen Europas zählen wird. In kaum einem anderen Bereich werden sich die Veränderungen in der Mobilität und durch die voran- schreitende Digitalisierung so massiv auswirken wie in der Energieversorgung. Als Innovationsland ist es die Chance unseres Landes, die Zukunft mitzugestalten und an der Spitze zu bleiben.

In den letzten 100 Jahren hat die Energie Steiermark maßgeblich dazu beigetragen, die Steiermark in das Innovationsland zu verwandeln, das sie heute ist. Zu diesem Jubiläum darf ich als Landes- hauptmann der Steiermark allen, die in den vergangenen Jahrzehnten zum Erfolg des Unternehmens beigetragen haben, meinen Dank aussprechen.

Ein steirisches „Glück auf!“



Hermann Schützenhöfer
Landeshauptmann der Steiermark



© Erwin Scheriau

Vorwort der Vorstände

Es ist die positive Energie der Menschen, die ein Land prägt und gestaltet. Weil jeder Mensch eigentlich ein Kraftwerk ist. Wenn unser Unternehmen sein 100-Jahr-Jubiläum feiert, dann ist das Anlass, die Unternehmensgeschichte aufzuarbeiten. Wir wollen uns dabei ganz bewusst nicht nur Bauwerken, Daten und Fakten, Netzen, Produkten und technischen Lösungen widmen, sondern vor allem der Frage, was die persönliche Energie Tausender Mitarbeiter seit 1921 bewirkt hat. Wie



sehr die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark durch all jene verändert wurde, die Strom, Erdgas und Wärme verfügbar gemacht haben. Und die eine moderne Infrastruktur als Basis für Wohlstand aufgebaut haben. Ihr Mut, ihre Qualifikation, ihr Engagement, aber auch ihre permanente Weiterentwicklung hat Faszinierendes bewegt, Neues ermöglicht und die heutige Energie Steiermark zu einem der erfolgreichsten und nachhaltigsten Unternehmen der Branche in Europa gemacht. Der kritische Blick in den Rückspiegel zeigt freilich auch gewaltige Umbrüche des Umganges mit den Ressourcen: Von einem brennenden Pioniergeist der Produktion mit wenig Verständnis für die Konsequenzen der oft massiven Eingriffe in die Natur über den Einsatz von Kohle und Öl, der (kurzzeitigen) Befürwortung der Atomkraft bis hin zu einer absoluten Priorisierung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energieeffizienz. Vom bloßen Versorger zu einem innovativen Partner für die Gestaltung einer grünen Energiezukunft.

quenzen der oft massiven Eingriffe in die Natur über den Einsatz von Kohle und Öl, der (kurzzeitigen) Befürwortung der Atomkraft bis hin zu einer absoluten Priorisierung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energieeffizienz. Vom bloßen Versorger zu einem innovativen Partner für die Gestaltung einer grünen Energiezukunft.

Die vorliegende historische Analyse ist ganz bewusst nicht nur der permanenten Wechselwirkung gesellschaftlicher Bewusstseinsveränderung in Sachen Energie und den Konsequenzen für unsere Unternehmensgruppe gewidmet, sondern vor allem auch jenen dunklen Kapiteln in der Zeit des Nationalsozialismus, die bis dato nicht aufgearbeitet worden sind.

Im Mittelpunkt steht dabei der Einsatz von Zwangsarbeitern bei der Errichtung des Wasserkraftwerkes in St. Dionysen. Diese bis dato weitgehend unbekannten Ereignisse und Verbrechen aufzuzeigen und offen (Mit-)Schuld des Unternehmens einzugestehen, das ist uns ein besonderes Anliegen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle beim international renommierten Historiker Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Karner für seine umfassenden, kritischen Recherchen, aber auch für seine volkswirtschaftliche Expertise, welche das vorliegende Werk zu einem zentralen Dokument steirischer Zeitgeschichte macht.

Für uns ist dieses Buch aber weit mehr als das. Nämlich Auftrag, nach vorne zu schauen und verantwortungsvoll die Zukunft zu gestalten: Auf der Basis einer 100-jährigen Erfolgsgeschichte, die vorrangig das Land Steiermark als (Mehrheits-)Eigentümer ermöglicht und initiiert hat. Wir geben uns freilich nicht mit der Rolle des jubelnden, selbstzufriedenen Infrastruktur-Unternehmens zufrieden. Unsere Arbeit heißt Veränderung. Daher räumen wir Erneuerbarer Energie absoluten Vorrang ein, setzen auf Regionalität und neue Partnerschaften, investieren in Innovation und die hohe Qualifikation eines engagierten Teams. All das mit der gebotenen Sensibilität, Respekt und Verantwortungsbewusstsein. Denn Energie ist kein Selbstzweck. Sondern Katalysator, Ermöglicher und Beschleuniger. Für Ideen und Lebensentwürfe von Menschen, die selbst die wunderbarsten Kraftwerke sind.

Dipl.-Ing. Christian Purrer
Vorstandssprecher

Dipl.-Ing. (FH) Mag. (FH) Martin Graf, MBA
Vorstandsdirektor

Vorwort des Autors

Die Geschichte eines Unternehmens zu verfassen, gehört zu den diffizilen Aufgaben eines Wirtschaftshistorikers. Dies umso mehr, wenn eine lange Zeitspanne von 100 Jahren mit ihren zahlreichen Umbrüchen zu erfassen ist, das Unternehmen stark in der Öffentlichkeit stand und in vielfältiger Weise mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes verbunden war.

Alles dies ist in der 100-jährigen Geschichte der Energie Steiermark bzw. der STEWEAG, wie sie sich bis vor 25 Jahren nannte, der Fall.

Dem Autor wurden sämtliche vorhandenen Archivalien zur Verfügung gestellt und keine inhaltlichen Vorgaben gemacht. So wurden auch „dunkle Flecken“ in der Geschichte des Unternehmens dargestellt. Dies betraf besonders die NS-Zeit, den Zwangsarbeitereinsatz beim Bau der Kraftwerke in St. Dionysen und Marburg/Maribor sowie zwei „Skandale“ (in den 1920er-Jahren und die Entwicklung rund um die ESTAG in den 1990er-Jahren). Der Versuch einer Kontaktaufnahme mit ehemaligen Zwangsarbeitern durch die Energie Steiermark gelang leider nicht mehr.

Ich selbst habe daher den Auftrag zur Verfassung der Festschrift gerne angenommen, schließt sich damit doch auch für mich ein Kreis meines Forscherlebens, weil ich meine ersten Arbeiten Mitte der 1970er-Jahre mit den Anfängen der steirischen E-Wirtschaft begonnen habe.

Ich danke allen, die mich bei dieser Arbeit unterstützt haben. Namentlich den Vorstandsdirektoren der Energie Steiermark Christian Purrer und Martin Graf, dem Leiter der Konzernkommunikation Urs Harnik-Lauris und seiner Mitarbeiterin Verena Kubinzky-Papik, den Leitern und Mitarbeitern im Steiermärkischen Landesarchiv und im Österreichischen Staatsarchiv, dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, den Gesprächspartnern, die mir ihr Wissen in großer Geduld zur Verfügung gestellt haben (namentlich Eberhard Franz, Wilhelm Graf, Werner Klepp, Herbert Paierl, Michael Schmeja und Franz Walch) sowie allen Zeitzeugen, die persönliche Berichte beisteuerten; Franz Neger, Erhard Seidl und Martin Steffens haben auf Basis meines Manuskriptes einen instruktiven Beitrag für den ORF („Im Strom der Zeit“/„Österreich-Bild“, 4.7.2021) erstellt, der ebenfalls neue mündliche Quellen erbrachte.

Die Elektrizitätswirtschaft hatte in den vergangenen 100 Jahren zwei entscheidende Wendezeiten: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als sie die neuen Energieträger nutzbar machte: Elektrizität, Erdöl und Erdgas, und zu Ende des Jahrhunderts, als sie begann, sich auf Erneuerbare Energien umzustellen. In dieser Spannweite liegt die Geschichte der STEWEAG bzw. der Energie Steiermark – sie darzustellen war eine spannende zeit- und wirtschaftshistorische Aufgabe.



Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Karner

Zur Einleitung

Die steirischen Energieressourcen: Holz, Wasser, Kohle

In der Steiermark wurden von alters her Holz und Wasserkraft, später auch Kohle als heimische, gewissermaßen gewachsene Energiequellen zur Gewinnung von Energie genutzt. Holz und Kohle geben Wärme, die Wasserkraft spendet mechanische Energie. An der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert kamen Gas – als sogenanntes „Stadt“- oder „Leuchtgas“ – und Erdöl hinzu. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden angesichts der Ablehnung des Einsatzes von Atomkraft in Österreich durch eine Volksabstimmung im Jahre 1978 verstärkt erneuerbare Energien wie Erdwärme, Sonnenenergie, Windkraft, Photovoltaik und Biomasse eingesetzt. Dennoch blieben Erdöl und Erdgas die Hauptenergieträger im Lande, die elektrische Energie rangiert im Verbrauch an dritter Stelle, knapp vor der Biomasse.¹

In dem zu großen Teilen mit Wald bedeckten Land stand Holz seit Jahrhunderten nicht nur als Bau-, sondern auch als Brennstoff in großem Maße zur Verfügung. Brennholz deckte bis weit in das 19. Jahrhundert hinein den gesamten häuslichen und gewerblichen Wärmebedarf. Selbst die Sudpfannen der Ausseer Saline wurden mit Holz befeuert. Für die Verhüttung des steirischen Eisenerzes und die Weiterverarbeitung des Eisens benötigte man Holzkohle. Diese wurde nicht nur als Waldkohle von einzelnen von Köhlern betriebenen Meilern zur Verfügung gestellt, sondern es gab auch große Kohlplätze, beispielsweise in Hieflau, wo man Holzkohle aus dem auf der Enns herangetrifteten Holz gewann. Die Holzkohle wurde dann nach Innerberg (Eisenerz) und Vordernberg gebracht, um die dortigen „Radwerke“ (Hochöfen) zu befeuern.

Dass man die Hochöfen wegen der Wasserräder zum Antrieb ihrer Blasbälge im allgemeinen Sprachgebrauch „Radwerke“ nannte, weist auf die Wasserkraft als Energiequelle hin. In den Hammerwerken, in denen das geschmolzene Eisen weiterverarbeitet wurde, pochten die von den Wasserrädern angetriebenen Hämmer. Wasserräder trieben auch bäuerliche und gewerbliche Mühlen und Sägewerke, Papiermühlen und andere Betriebe an. Je nach vorhandener Wassermenge der Flüsse und der nutzbaren Fallhöhe gab es unterschiedliche Formen der Wasserräder. Die Formen ihrer Wasserkraftnutzung reichten von der kleinen Hausmühle im Gebirge bis zur Schiffsmühle auf der unteren Mur.

Mit der Erfindung der Dampfmaschine im an Kohle reichen England wurde es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erstmals möglich, mechanische Energie an beliebigen Orten verfügbar zu machen. Für mechanische Antriebe war man damit nicht mehr an das Wasser bzw. an Flüsse und Bäche gebunden. Beheizte man Kessel der Dampfmaschinen mit Kohle, ließen sich höchste Maschinenleistungen erreichen, die zuvor nicht möglich gewesen waren.

Die Kohle ermöglichte, ausgehend von England, eine industrielle Revolution, wie sie Europa bis dahin nicht gekannt hatte. Erzherzog Johann, Peter Tunner und andere betrieben in den englischen Industriezentren „Industriespionage“,² um die Neuerungen zu kopieren und auf den Kontinent zu bringen. Die Kohle prägte fortan das

ganze 19. Jahrhundert und katapultierte ab den 1860er-Jahren Europa weltweit an die erste Stelle des Bruttonationalprodukts. 100 Jahre lang war nun der Anteil Europas am Bruttonationalprodukt der Welt viel größer als sein Bevölkerungsanteil. In diesem Great Divergence, dem europäischen Take-off seiner Wirtschaftsleistung, hatte der Kontinent auf Basis der Dampfkraft die jahrhundertelangen Wachstumshemmnisse überwunden und Schranken gesprengt.

Die Steiermark hatte mit ihren Lagerstätten an Eisen und Kohle alle Voraussetzungen, um im europäischen Konzert der industrialisierten Regionen ganz vorne mitzumischen. Eisen baute man am Erzberg ab und verhüttete es vor Ort und in der Mur-Mürz-Furche von Judenburg bis Mürzzuschlag, die Kohle kam aus den Revieren um Köflach-Bärnbach-Voitsberg, um Fohnsdorf/Seegraben und der Untersteiermark bei Trifail/Trbovlje und Wöllan/Velenje. Die Steiermark förderte über das ganze 19. Jahrhundert hinweg rund zehn Prozent der Kohlenproduktion der Habsburgermonarchie.³ Die Dampfmaschine, betrieben mit Kohle, wurde zum Signet des 19. Jahrhunderts, zum Motor der Industrialisierung, Technisierung und der Verkehrsrevolution zu Wasser und zu Land. Auf Räder gesetzt wurde die Dampfmaschine zur Dampflokomotive,⁴ in Schiffe eingebaut trieb sie Schaufelräder oder Raddampfer, später die Schiffsschrauben an. So lösten Dampfschiffe die Segelschiffe und die Dampfeisenbahn die Kutschen und Pferdefuhrwerke ab. Damit wurde ein stärkeres Wachstum des Verkehrswesens zu Land und zu Wasser mit immer größeren Transportmengen und längeren Transportrouten möglich. Dies wiederum förderte das Entstehen und Wachsen von Ballungsräumen und Industriezonen. Die Mur-Mürz-Furche mit Judenburg, Eisenerz, Bruck, Kapfenberg, Kindberg und Mürzzuschlag wurde zu einer der vier wichtigsten Industriezonen des Habsburgerreiches; entlang der Südbahnstrecke vom Semmering bis nach Cilli/Celje siedelten sich bedeutende Industriebetriebe an. Graz erlangte Bedeutung als einer der wichtigsten Bahn-Umschlagplätze der k.u.k. Monarchie, in Marburg/Maribor wurde die große Südbahn-Reparaturwerkstätte eingerichtet.

Steirische Kohle wurde der wichtigste Energieträger für die Schmelzprozesse der Eisen-, Stahl- und Glasindustrie,⁵ für den Maschinenbau und den Bergbau. Dampfmaschinen waren das Energieherz der Betriebe und trieben, über Dutzende Transmissionsriemen, weitere Maschinen in den großen Industriehallen an. Erdöl spielte noch kaum eine Rolle, obwohl es die ersten Benzin- und Dieselmotoren in der Steiermark bereits zu Ende der 1870er-Jahre gab.⁶

Die Industrialisierung katapultierte die Steiermark bis zum Ersten Weltkrieg aus einem dominant agrarisch geprägten in ein stärker industriell geprägtes Land mit drei wesentlichen Industriezonen: Mur-Mürz-Furche, den Raum Graz und das untersteirische Gebiet, vor allem um Marburg/Maribor. Die zahlreichen Industrie Gründungen, vor allem nach der großen Wirtschaftskrise um 1873, hatten günstige Voraussetzungen: Neben der

³ Im Bereich der Einleitung unterbleiben Quellen- und Literaturnachweise, weil es sich beim Inhalt um allgemein bekannte Sachverhalte handelt. Ausgenommen sind nur spezifische Nachweise. – Herrn Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz, danke ich für die Erörterung und Erklärung vieler grundlegender technischer Zusammenhänge. – Zum Raum Köflach-Voitsberg v. a.: Ernst Lasnik, Das braune Gold. Die Geschichte der weststeirischen Kohlenreviere. Graz 1997 (= Lasnik, Weststeirische Kohlenreviere); Helmut Lackner, Kohlennutzung und Kohlenbergbau bis um 1850, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Beitragsband der Landesausstellung Kohle und Glas. Bärnbach 1988 (= Roth, Glas und Kohle), S. 47–57. – Zu Fohnsdorf vgl. v. a.: Helmut Lackner – Karl Stocker, Fohnsdorf – Aufstieg und Krise einer österreichischen Kohlenbergwerksgemeinde in der Region Aichfeld-Murboden; Interdisziplinäre Studien der Projektgruppe Fohnsdorf Aichfeld-Murboden. Graz – Wien 1982 (= Lackner – Stocker, Fohnsdorf), v. a.: S. 182–185. – Der Anteil von Fohnsdorf an der steirischen Kohlenproduktion im 19. Jahrhundert (Statistik ab 1829) lag meist zwischen 10 und 20 Prozent, und: Alfred Weiß, Kohlenbergbau in der Steiermark, in: Paul W. Roth, Glas und Kohle, S. 23–40.

⁴ Zum Einsatz der Dampfkraft für die Eisenbahn vgl. den fundierten Essay von Eberhard Franz, Kohle und Eisenbahn, in: Roth, Glas und Kohle, S. 61–72.

⁵ Vgl. zur Glasindustrie v. a.: Paul W. Roth, Die Glaserzeugung in der Steiermark von den Anfängen bis 1913. Modell der Geschichte eines Industriezweiges. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. 29. Graz 1976 sowie Paul W. Roth, Das Glas geht zur Kohle, in: Roth, Glas und Kohle, S. 137–142.

⁶ Zum Dieselmotor, vgl. u. a.: <https://www.planet-schule.de/wissenspool/meilensteine-der-naturwissenschaft-und-technik/inhalt/hintergrund/energie/>

Verfügbarkeit von Energie in Form von Wasserkraft, Holz sowie der Braun- und Glanzkohle waren es vor allem die im Lande vorhandenen Rohstoffe und eine ständig wachsende Zahl von Arbeitskräften, die aus der Landwirtschaft in die Industriegebiete abwanderten.

Rohstoffe boten die Lagerstätten nutzbarer Minerale: Eisenerz, Magnesit, Salz, Talkum, Kalk und kleine Vorkommen sonstiger Mineralrohstoffe. Dazu kamen Holz als Rohstoff für die Papier- und Sägeindustrie. Die ständig wachsende Zahl an Arbeitskräften für die Industrie- und Gewerbebetriebe ergab sich zeitgleich mit der Industrialisierung als Folge des sogenannten „Bauernsterbens“, also der Aufgabe von Bauernhöfen und kleinen Keuschler-Wirtschaften und der Abwanderung der Landbevölkerung in die Industrieorte. Bauernsöhne wurden zu Fabrikarbeitern und bildeten zusammen mit den aus der alten, kleinstrukturierten Eisenverarbeitung der Protoindustrialisierung des 16. und 17. Jahrhunderts kommenden Arbeitern jenes Potenzial an Arbeitskräften, das die Industriebetriebe – neben dem wachsenden Energiebedarf – benötigten.

Der Energiebedarf des Landes stieg jedoch nicht nur durch die wachsende Zahl an Industrien, sondern ebenso durch das ausgeweitete Gewerbe, das der Industrie vielfach als Zulieferer diente, und auch durch den häuslichen Bedarf, vorwiegend nach Wärme. Zu seiner Deckung diente noch lange Zeit Brennholz, ehe es allmählich durch Kohle ersetzt wurde. Zum Energiebedarf gehörte aber auch die Beleuchtung, bei der Kienspan, Kerze und Öllampe über die Jahre sukzessive von der Petroleumlampe verdrängt wurden.

Der Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert markierte auf energietechnischem Gebiet eine entscheidende Revolution: die Übertragung von Energie und Energieträgern über Leitungen. Es war dies der Beginn des Siegeszuges von Gas und Elektrizität. Elektrischer Strom wurde bald zum Signet des 20. Jahrhunderts. Er konnte Licht und Kraft liefern, eine bis dahin unbekannte Kombination. Strom war nicht mehr wegzudenken und wurde die Basis für alle Bereiche des Lebens. Elektrizität war bald Modernität, Fortschritt, Lebensgefühl.

Die Wende begann mit dem Energieträger Leuchtgas. Dieses ließ sich auf relativ einfache Weise aus Steinkohle gewinnen und über Rohrnetze verteilen. Zunächst diente es zur Beleuchtung von Straßen und großen Industriehallen, später auch für die häusliche Kochwärme und die Aufbereitung von Warmwasser. In London wurde 1814, nach einigen Versuchen und Patentanmeldungen in den Niederlanden, Schottland, Freiberg und Wien, erstmals ein ganzer Stadtteil um die St. Margareth’s Church mit Gaslaternen beleuchtet – es war die „Revolution des urbanen Lichts“, der Beginn des „Leuchtens der Städte“, wie dieser entscheidende Schritt immer wieder bezeichnet wurde. In Wien gab es 1913 schon rund 45.000 verzeichnete Gaslaternen.⁷ In Graz sollen die ersten Gaslaternen 1845 aufgestellt worden sein.⁸

Seit diesem Jahr gab es in Graz auch ein Gaswerk, errichtet und betrieben von der „Germanischen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft“, später übernommen von der Wiener Gasindustrie-Gesellschaft“. Schon bald waren auch in Graz die wichtigsten Straßenzüge der Innenstadt durch Gaslaternen erhellt und auch private Abnehmer wurden mit Gas beliefert. Danach entstanden bis 1945 in der Steiermark nur noch zwei Gaswerke: 1897 in der selbstständigen Marktgemeinde Eggenberg und 1884 in Leoben.⁹ Als Leucht- oder Stadtgas war Gas zur vorherrschenden, leitungsgebundenen Energie für die steirischen Städte geworden. Hauptabnehmer von „Stadtgas“

waren öffentliche Gebäude, Handelsgeschäfte, Gewerbetreibende, die Industrie für große Kraftanlagen sowie Städte und Märkte für ihre Straßenbeleuchtungen.

Gas hatte die Kerze und die Petroleumlampe schnell überholt, auch weil Carl Auer von Welsbach mit dem „Gasglühstrumpf“ eine entscheidende Entwicklung gelungen war. 1897 führte Graz das „Auerlicht“ ein. Die Straßen der Städte erstrahlten nun noch heller, einzelne Private ließen ihre Palais und Häuser mit dem neuen Licht erstrahlen, in Fabriken konnte man mit dem hellen Licht die Tagesarbeitszeit teilweise bis auf 16 Stunden verlängern.

Graz beauftragte die „Wiener Gasindustrie-Gesellschaft“ mit der Gasversorgung der Stadt – mit zwei Nachteilen: Einerseits hatten die Grazer Betriebe und Haushalte über lange Zeit hinweg den höchsten Gaspreis zu zahlen, andererseits erwarben die Stadt und das Grazer Dampfkraftwerk keine Wasserkraftressourcen mehr an der Mur und überließen dieses Zukunftspotenzial im Norden und Süden der Stadt privaten Investoren. So hatte Graz auch in der Folge, als es darum ging, auf welcher Basis man die Elektrizität in Zukunft ausbauen sollte – auf Wasserkraft oder auf Kohle – keine Möglichkeit mehr, die eigene, billigere Wasserkraft durch den Bau entsprechender Kraftwerke entlang der Mur auszunützen.

Selbst betrieb die Stadt Graz eine Dampfzentrale in der Körösisstraße, auch um die Pumpen ihres Wasserwerkes zu betreiben. Das Grazer Landeskrankenhaus, das damals größte und modernste auf dem Kontinent, hatte 1912 eine zentrale Fernheizung mit einer Dampfkesselanlage errichtet, die zusätzlich in zwei Dampfturbinen auch bereits Strom für den Eigenbedarf erzeugte.

Auch die Idee, Druckluft als leitungsgebundene Kraftenergie in Konkurrenz zu Gas und Strom zu liefern, wurde in Graz – nach dem Vorbild von Berlin, Paris und Wien – diskutiert. Man stellte sich vor, Druckluft zentral zu erzeugen und in Rohren an die Gewerbebetriebe der Stadt abzugeben. Ein starkes Argument dafür waren die besonders preisgünstigen Druckluftmotoren. Die Argumente dagegen lieferten noch vor dem Ersten Weltkrieg die Gas- und Elektrizitätswerke mit ihren bereits funktionierenden Anlagen und ihren getätigten Investitionen.¹⁰

⁷ David Gledhill, Gas Lighting. 2. Aufl., Shire 1999; Wolfgang Schivelbusch, Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert. München 1983; <https://www.geschichte-oesterreich.com/erfindungen/gaslaterne.html>.

⁸ So Christoph Pietrucha vom Universalmuseum Joanneum, in: <https://steiermark.orf.at/v2/tv/stories/2893115/>.

⁹ Das Leobener Gaswerk, 1884 in der nachmaligen Otto Glöckel-Straße errichtet, erzeugte bis 1961 Stadtgas, ehe es auf Mischmethanproduktion und ab 1973 auf reines Erdgas umgestellt wurde. <https://schlotforum.wordpress.com/2010/02/04/a-st-le-gaswerk-leoben/>. An das Gaswerk in Eggenberg erinnert heute noch die Straßenbezeichnung „Gaswerkstraße“. Karl A. Kubinzky – Astrid M. Wentner, Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung, 2., verbesserte Auflage. Graz 1998. S. 146. – Nach 1945 gab es in Rudersdorf ein weiteres Gaswerk im Bereich von Graz. <http://www.styria-mobile.at/home/forum/index.php/topic,3516.0.html?PHPSESSID=vhb2a6uddok5iahgh7ajt4s53>.

¹⁰ Zum Folgenden: Stefan Karner, Wasser für Strom. Zur Elektrifizierung von Graz und der Steiermark, in: Gerhard M. Dienes – Franz Leitgeb (Hg.), Wasser. Ein Versuch. Graz 1990 (= Karner, Wasser für Strom), S. 149–154.

Die Steiermark

Ein Pionier der Elektrizitätswirtschaft

Elektrischer Strom als Energiequelle schien gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch keine breitenwirksame Alternative zu sein, obwohl einzelne Versuche und physikalische Experimente in Deutschland, den USA und auch in Österreich vielversprechend schienen. Nur in der Telegrafie hatte die Elektrizität eine praktische Nutzung gefunden. Erst die in den 1880er-Jahren gemachten Erfindungen ließen eine wirtschaftliche Nutzung der Elektrizität möglich und ökonomisch vorteilhaft erscheinen. So ließ sich erst auf Basis des dynamoelektrischen Prinzips von Werner v. Siemens mechanische in elektrische Energie umwandeln. Zwischen 1880 und 1887 erforschten mehrere Physiker wie John Hopkinson, Friedrich August Haselwander und Nikola Tesla unabhängig voneinander den Mehrphasen-Wechselstrom. In seiner dreiphasigen Form als Drehstrom bezeichnet, wurde er zur weltweit meist verbreiteten Form der erzeugten und angewandten elektrischen Energie.

Die ersten steirischen E-Werke

Damit waren die Grundlagen dafür geschaffen, elektrischen Strom in nahezu unbegrenzter Menge zu erzeugen und auch über große Entfernungen zu transportieren. Elektrizität ist eine Energieform, die nicht an stoffliche Energieträger gebunden ist, sondern für ihre Fortleitung nur einen metallischen Leiter benötigt. So entstand aus der Maschinenindustrie heraus die Elektroindustrie. Sie begann schnell, jene Maschinen, Geräte und Materialien zu entwickeln und anzubieten, die für den Bau von Kraftwerken und Leitungsanlagen erforderlich waren. So konnte ab 1880 mit dem Aufbau der Elektrizitätswirtschaft als eigenem Wirtschaftszweig begonnen werden.

Das erste steirische Elektrizitätswerk für die Ortsversorgung stand schon 1889 in Bad Aussee. Franz Pichler nahm drei Jahre später eine Elektrizitätsanlage am Weizbach, das erste Mehrphasenwerk der Monarchie, in Betrieb und beleuchtete seine Mühle erstmals mit Edison-Glühlampen. Nach verschiedenen Versuchen mit Mehrphasenstrom baute er weitere fünf Jahre später einen ersten Drehstrommotor mit 27 PS und schon bald darauf eine Drehstrom-Grubenlokomotive für die Bleiberg Bergwerksunion in Kärnten. Weitere, meist städtische oder kommunale E-Werke folgten 1894 in Graz (zur Elektrifizierung der Straßenbahnen) und 1897 in Schladming, St. Georgen/Stiefig und in Kirchberg/Raab.¹¹ Sie alle waren kleinere, für die Ortsversorgung ausgelegte Anlagen. Der nächste Schritt, elektrischen Strom über größere Distanzen zu leiten, folgte erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ebenso die Idee zur Anlage eines Stauwerkes, um einen gewissen Speicher zum Ausgleich der Verbrauchsspitzen am Tage zu erhalten. Sie wurde 1908 erstmals von Franz Pichler mit seinem Raabklammwerk umgesetzt.

Sehr schnell entbrannte ein Kampf einzelner Kraftwerke und Anbieter um Versorgungsgebiete, Kunden und Bauprojekte an den Flüssen. Parallel dazu galt es festzulegen, auf welcher Grundenergie die zukünftige Elektrizitätswirtschaft basieren sollte: auf Wasserkraft oder Kohle. Von beidem verfügte die Steiermark über große Reserven. Dabei mischten Unternehmerinteressen und die Landespolitik kräftig mit und verdrängten oft

aus Gewinnstreben fachlich anerkannte Meinungen. Der Kampf zwischen „weißer“ und schwarzer Kohle¹² beherrschte bald die Energiepolitik.

Doch zunächst hatte ein Schweizer Unternehmen die Nase vorne und wurde zum Wegbereiter der modernen Verbundwirtschaft. Fast schien es zur Jahrhundertwende, dass die zukünftige steirische E-Wirtschaft auf Schweizer Kapital fußen würde, hätten da nicht das Ende der Monarchie und die Abtrennung der Untersteiermark diese Entwicklung gestoppt und einem steirischen Unternehmen mit seinen Projekten zum Durchbruch verholfen.

Die Steirische Elektrizitätsgesellschaft (STEG) – Das Engagement von Schweizer Unternehmern

1902 gründete der Schweizer Bauunternehmer und Fabriksbesitzer Daniel J. Feuerlöcher¹³ zum Bau eines Großkraftwerkes an der Mur die „Elektricitätswerk Lebring Aktiengesellschaft“. Warum gerade Schweizer Unternehmer mit Schweizer Kapital in der Steiermark am neuen Sektor Wasserkraftwerke Fuß fassten? Offenbar wagten es die österreichischen Banken nicht, mit einer Förderung der Elektrizität die „Kohlenbarone“ im eigenen Land zu verärgern, die mit ihrer Kohle die Gaskraftwerke belieferten und weiterhin nicht auf die ertragreichen Geschäfte verzichten wollten.

Daniel Feuerlöcher hatte Schweizer Banken hinter sich und kalkulierte mit dem großen Grazer Markt, den Umgebungsgemeinden und den nahen Industriebetrieben. Bereits ein Jahr später, am 16. September 1903, nahm das von ihm gegründete Unternehmen das Murkraftwerk Lebring, oft als erstes Großkraftwerk der k.u.k. Monarchie bezeichnet, mit vier Maschinensätzen und zusammen 1,8 MW Leistung in Betrieb. Den erzeugten Strom leitete man über eine 20-kV-Hochspannungsleitung in den Grazer Industrieraum. Die Leitungsmasten waren aus Holz, den Draht lieferte – im vereinbarten Tausch gegen einen Bezug von Strom – Felten & Guillaume in Bruck/Mur, die Isolatoren fertigte die böhmische Porzellanindustrie in Handarbeit. Mit der Inbetriebnahme von Lebring begann die Stromlieferung an die ersten Großkunden im Raum Graz. Es waren dies eben das Grazer Werk von Felten & Guillaume, die Brauereien Reininghaus und Puntigam und die Bahnhöfe der „Südbahn“ (heute Hauptbahnhof Graz und Ostbahnhof der Graz-Köflacher Bahn), die dem Unternehmen als Kunden auch noch jahrzehntelang erhalten blieben.¹⁴ Damit hatte das Unternehmen des Daniel J. Feuerlöcher mit seinem Lebringer E-Werk einen Markstein in der Stromversorgung gesetzt und fürs Erste die Nase vorne, sein Strom beleuchtete prestigeträchtig die Bahnhofs- und Fabrikshallen.

Feuerlöcher bediente damit die drei klassischen Bereiche jeder Elektrizitätswirtschaft: Stromerzeugung, Stromübertragung und Stromverteilung. Die Erzeugung im Kraftwerk Lebring, die Übertragung des erzeugten Stroms über Hochspannungsleitungen (bis zu 20 kV) vom Kraftwerk zum Umspannwerk und schließlich die

¹² Vgl. dazu: Stefan Karner, Der Kampf zwischen „weißer“ und schwarzer Kohle. Zu den Anfängen einer gesamtsteirischen Elektrizitätswirtschaft, in: BIHk 4/1977, S. 122–135.

¹³ Zur Unternehmerfamilie Feuerlöcher vgl. Gottfried Mühlbacher, Die Unternehmerfamilie Feuerlöcher in Prening, in: BIHk 1-2/2008, S. 31–50. – Zur Geschichte der STEG im Überblick, auch in den folgenden Kapiteln: Michael Schmeja, 100 Jahre STEG. Wegbereiter der steirischen Wirtschaft. 1902–2002. Graz 2002 (= Schmeja, STEG), hier S. 4–35, hier S. 8ff. sowie: ESt-Archiv, Manuskript Chronik „STEG“, o. O., o. J. [verm. 2002]; siehe Kurzbiografie, S. 226.

¹⁴ Zur GKB als Eisenbahnunternehmen, aber auch als bedeutender Kohlenbergbau vgl. u. a.: Martin Amschl, Von der Weststeiermark nach Europa. 160 Jahre Mobilitätsdienstleister Graz-Köflacher Bahn. Graz 2020 (= Amschl, GKB), hier S. 28–39 sowie vor allem: Lasnik, Weststeirische Kohlenreviere sowie den Beitragsband zur Landesausstellung 1988: Roth, Glas und Kohle.

¹¹ Zum Folgenden auch: 50 Jahre STEWEAG. Gesamtgestaltung Dr. Hans Loidolt. Graz o. J. [1971], (= 50 Jahre STEWEAG); Kurt Konrad Tanzer, Rede zu 50 Jahre STEWEAG, in: 50 Jahre STEWEAG. ÖZE 4/1971, S. 163–167.

Stromverteilung vom Umspannwerk über Transformatoren und Niederspannungsleitungen zu den Endverbrauchern.¹⁵

Feuerlöschers Investition war erfolgreich und ebenso beispielgebend wie schon zuvor das Weizer E-Werk von Franz Pichler. Nun begannen zahlreiche steirische Gemeinden und Unternehmer mit der Planung und dem Bau von kleineren Wasserkraftwerken zur Belieferung örtlicher Stromverteilungsnetze. Kraftwerke an der Mur errichteten die Stadtgemeinden Murau, Judenburg und Bruck/Mur (die Stadt nahm 1903 nach Lebring das zweite Murkraftwerk des Landes in Betrieb¹⁶) sowie die Firma Krempl in Leoben. Gemeindeeigene E-Werke entstanden u. a. in Neumarkt, Knittelfeld, Kindberg und Liezen (bereits für 170 Glühlampen!). Private E-Werke errichteten etwa Viktor Franz in Gösting (er begann 1903 am rechtsseitigen Mühlgang der Mur mit dem Bau eines Kraftwerks¹⁷) und Franz Heresch in Wildon.

Der erste Verbund in Österreich

Schnell hatte sich gezeigt, dass die einzelnen Wasserkraftwerke gerade im Winter, in der Zeit des erhöhten Strombedarfes, wegen der zugefrorenen Flüsse viel weniger Strom erzeugen konnten. Eine gegenseitige Hilfestellung, eine Verbindung der Kraftwerke untereinander durch Leitungen, sollte dem abhelfen. Damit war die Idee einer „Sammelschiene“ – eines Verbundes – geboren.

Und wieder war es ein Schweizer Unternehmen, das den entscheidenden Schritt mit Schweizer Kapital wagte.¹⁸ 1905 gründete die bedeutende Schweizer Stahlwasserbaufirma Albert Buss & Cie. aus Basel¹⁹ in Graz eine Zweigniederlassung und begann mit den Vorarbeiten für ein neues Kraftwerk an der Mur. Unter ihrem Direktor Josef Rohshaendler fiel die Wahl auf Peggau-Deutschfeistritz, wo man binnen kürzester Zeit die Wehranlage und das Maschinenhaus als General- und Bauunternehmer errichtet hatte.²⁰ Dazu beschäftigte man zwischen 1906 und

1908 täglich bis zu 2.000 Arbeiter auf der Baustelle.²¹ Das benötigte Geld holte sich Buss & Cie von der Schweizerischen Eisenbahnbank in Basel. In Österreich hatte die Firma nicht die entsprechenden Finanzierungen gefunden, vermutlich weil die „Kohlenbarone“ der GKB und Alpine sowie die Wiener Gaswerke lieber Kohle und Gas verkauften und sehr stark von österreichischen Banken abhängig waren, die wiederum in der Elektrizitätswirtschaft ein zu hohes Risiko sahen.

Schon im Jahre 1908 nahm das Kraftwerk Peggau-Deutschfeistritz seinen Betrieb mit einer Leistung von sechs MW auf. Um auch im Winter, wenn die Mur weniger Wasser führte, genug Strom zu erzeugen, baute man neben dem Murkraftwerk Peggau noch ein kleineres Dampfkraftwerk. Peggau lieferte den Strom über eine 20-kV-Leitung in den Grazer Raum und über ein Erdkabel zum bereits erwähnten Drahtzugwerk von Felten & Guillaume am Grazer Bahnhofgürtel. In der Transformatoren- und Schaltstation dieses Betriebes wurde die von Peggau kommende 20-kV-Leitung mit der von Lebring kommenden zusammengeschaltet. Der erste Verbund in der Monarchie überhaupt – zwischen Lebring und Peggau (über Graz) – war 1908 entstanden.

Im Jahre 1909 hatte man von dieser Schaltstation aus auch eine 20-kV-Kabelverbindung zum E-Werk Gösting hergestellt. Damit begann die Lieferung von Zusatzstrom durch die Firma Buss an das Göstinger E-Werk V. Franz,²² die später von der STEG fortgesetzt wurde.

Schon 1910 führte man die beiden Schweizer Unternehmen mit ihren Kraftwerken in Lebring und Peggau zusammen und gründete die „Steiermärkische Elektrizitäts-Gesellschaft“ (STEG)²³ in Graz. Haupteigentümer der Aktiengesellschaft wurde die Schweizerische Eisenbahnbank in Basel, zu ihrem Vorstand der Schweizer Staatsbürger Joseph Rohshaendler bestellt.²⁴

Die Strombereitstellung der STEG 1910 bis 1914

Jahr	Lebring in MWh	Peggau in MWh	Zusammen in MWh	Einnahmen in Tsd. Kronen
1910	8.000	19.000	27.000	1,000.–
1911	9.000	27.000	36.000	1,200.–
1912			42.000	1,300.–
1913			43.000	1,300.–
1914			41.000	1,300.–

Quelle: ESt-Archiv, STEG-Geschäftsberichte 1910–1914. – Auf 1.000 gerundete Zahlen.

Sehr rasch konnte die STEG ihr Versorgungsgebiet entlang der Mur und in den Grazer Umgebungsgemeinden ausbauen. Mit einer wesentlichen Ausnahme: der Stadt Graz selbst. Durch das Festhalten am Gas und durch die ungünstigen Verträge mit der Wiener Gasindustrie Gesellschaft hatte man, wie noch zu zeigen sein wird, nicht nur die Entwicklung etwas verschlafen, sondern sich im Aufbau einer eigenen Elektrizitätsversorgung auch selbst Fesseln angelegt und aus den Entscheidungen genommen. Die ersten Planungen zu einer gesamt-

^[1] Zum Folgenden: Schmeja, STEG, S. 4; Stefan Karner, Das Draukraftwerk Faal/Fala und die Anfänge der modernen Industrialisierung Sloweniens, in: Mogersdorf-Symposion. Graz 1978 (= Karner, Faal), S. 241; Stefan Karner, Das Jahr 1918 als Wendepunkt für die Energiewirtschaft der Steiermark und Sloweniens, in: BIHk 4/1978 (= Karner, E-Wirtschaft Steiermark und Slowenien), S. 111; ders., Elektrizität und Kohle, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Katalog der Steiermärkischen Landesausstellung. Graz 1988 (= Karner, Elektrizität und Kohle), S. 73; ders., Die Kohle und die Anfänge der steirischen Stromversorgung, in: Mitt. d. Montanhistorischen Vereins für Österreich, 2/1980 (= Kohle), S. 20.

^[2] Zum E-Werk Franz in Gösting vgl. v. a.: Franz, E-Werk Gösting; Protokoll der kommissionellen Verhandlung v. 4.8.1909 zur Erweiterung des Kabelnetzes, Ansuchen der Alb. Buss & Co, 24.8.1909, z. Verf. gestellt von Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz.

^[3] Die Firmenbezeichnung „Steiermärkische Elektrizitäts-AG“ wurde erst im Zuge des deutschen Aktiengesetzes am 15.6.1939 beschlossen.

^[4] Joseph Rohshaendler war, aufgrund seiner Vorarbeiten und Expertisen, die logische Besetzung für den Posten.

steirischen Elektrizitätswirtschaft mit den in der STEG zusammengefassten Kraftwerken Lebring und Peggau erfolgten ohne die Landeshauptstadt.

Zahlreiche Industriebetriebe und Gemeinden, im Wesentlichen entlang der Mur, wurden an die Sammel-schiene der STEG angeschlossen. Doch das Schweizer Unternehmen hatte viel weiter reichende Pläne: Sein Strom sollte in die Obersteiermark und nach Niederösterreich geliefert werden, wo man große Absatzmärkte in den Industriezonen ausgemacht hatte. Albert Buss, der neben dem Murkraftwerk noch andere, größere Bauvorhaben in der Schweiz und in Deutschland verfolgte, behielt auch den österreichischen Energiesektor im Blick: Der ständig steigende Energiebedarf der Gemeinden und Industriebetriebe, wie der Papierfabrik in Gratkorn oder des Zementwerkes in Werndorf, und die damit immer größer werdenden Verkaufs- und Ertragsmöglich-keiten ließen Planungen für eine weitergehende Stromversorgung zu. Anlagen an der Enns sollten gemeinsam mit den Österreichischen Staatseisenbahnen und dem E-Werk der Stadt Wien genutzt werden, ebenso die Mög-lichkeiten der Thaya und der Drau. Sie wurden auf ihre Machbarkeit und Rentabilität sowie auf ihre Eignung, als Basis eines Gesamtenergieplans für Österreich zu fungieren, untersucht.

Faal/Fala – ein Asset der Steiermark

Letztlich entschied man sich 1911/12 für die Drau nahe Faal/Fala. Diese Entscheidung war kein Zufall. Bereits elf Jahre davor, am 12. Juli 1900, hatten Karl Scherbaum und Andreas Mayrgründtner (später Leobersdorfer Maschinenfabriks AG) eine Konzession für eine Wasserwerksanlage an diesem Standort erhalten. Buss suchte kurzerhand um eine Verlängerung der Baufrist an und erhielt sie von der Steiermärkischen Landesstatthalterei am 28. September 1912.²⁵ Damit sollte die Drau erstmals zur Stromerzeugung genutzt werden.

Mit dem Bau eines riesigen Kraftwerkes bei Faal/Fala, vor den Toren von Marburg/Maribor, wurde 1913 begonnen. Bis zum Kriegsausbruch im Hochsommer 1914 hatte man mit durchschnittlich 1.200 Arbeitern schon drei der vier Flusspfeiler errichtet und das Maschinenhaus betoniert. Erst der Abzug von Arbeitern durch die Einberufungen zur k.u.k. Armee und die Ungewissheit der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwick-lung bedingte eine mehrmonatige Einstellung der Bauarbeiten. Einen Ausweg fand man in der Beschäftigung Tausender russischer Kriegsgefangener, dennoch verzögerte sich die Eröffnung der ersten Ausbaustufe um ein Jahr, auf Mai 1918.²⁶ Die Spitzenleistung des baulich neuartigen „Flusskraftwerkes“ war mit rund 35.000 kW fünfmal größer als das damals größte Kraftwerk im Lande, Peggau. Faal war damit eines der größten Was-serkraftwerke Mitteleuropas, jahrelang nach Nutzgefälle und Nutzwassermenge unübertroffen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, ausgestattet mit fünf Francis-Turbinen mit liegender Welle, und gleichzeitig erst der erste Teil eines Gesamtplans²⁷ von mehreren Staustufen an der Drau.

Nach Kriegsende sollte die STEG eine Staustufe bei der Felberinsel/Mariborski otok²⁸ und ein drittes Kraftwerk bei Pettau/Ptuj über eine STEG-Tochtergesellschaft, die „Graz-Marburger Drauwerke“, errichten. Geplant war, sowohl Faal/Fala als auch das Marburger Kraftwerk über eigene Leitungen mit dem Grazer Raum zu ver-binden, um die Werke Lebring und Peggau einzubinden, aber erstmals auch, um die Versorgung der Stadt Graz zu beginnen. Die Verbundwirtschaft, also die neue Idee einer weitreichenden Stromführung, eines gegenseitigen

Stromaustausches und der Abgabe an Nachbarregionen, hatte konkrete Formen angenommen. Die Steiermark war damit in den österreichischen Ländern konzeptiv führend geworden, Rohshaendler, Pichler, Hans Marbler und der junge Hermann Grengg die Avantgarde der österreichischen Stromwirtschaft.

Die Vorschläge Rohshaendlers ließen zudem an Weitblick nichts zu wünschen übrig. Nach dem Muster des „Bayernwerkes“²⁹ schlug er für die zukünftige E-Wirtschaft die vollständige Trennung von Stromerzeugung und -verteilung durch die Bildung zweier getrennter Gesellschaften vor.

Mit seinen Werken und dem weit gespannten Leitungsnetz sollte das Schweizer Unternehmen der führende Stromanbieter im österreichischen Alpenraum werden, mit einer Kapazität, die weit über dem damaligen Bedarf lag. Daher begann man aktiv Stromkunden anzuwerben: Städte, Gemeinden, Industrie- und Landwirtschafts-betriebe oder andere Elektrizitätsversorger, es folgten die ersten Verträge mit den Umlandgemeinden, mit der zweitgrößten steirischen Stadt Marburg/Maribor, mit Cilli/Celje und mit Bruck an der Mur.³⁰ Bei Streitigkeiten in der Strombelieferung oder -bedarfsdeckung, so wurde vereinbart, sollte Ing. Franz Pichler aus Weiz die Posi-tion des Schiedsrichters übernehmen. Ein deutliches Zeichen, welch hohe Reputation Pichler in der E-Wirt-schaft des Landes genoss.³¹

Mitten im Ersten Weltkrieg argumentierte STEG-Direktor Rohshaendler 1916 vor den steirischen Industriel-len seine Pläne zum Ausbau der Großwasserkraftanlagen mit der Erhöhung der Güterproduktion. Dazu offerierte er dem Land, seinen überschüssigen Strom in verbrauchsschwachen Zeiten verbilligt zur chemischen Erzeugung des dringend benötigten Kunstdüngers aus der Luft abzugeben. Als Gegenleistung ersuchte er, ganz im Sinne der betrieblichen Trennung von Erzeugung und Verteilung, für die STEG die Gründung einer Fernleitungsge-sellschaft mit Beteiligung der öffentlichen Hand zum Ausbau der Stromleitungen von den Alpenwasserkräften in die Industriegebiete zu genehmigen. Ein kluger, aber dreister Schachzug, um die STEG mit ihren E-Werken Lebring, Peggau, Faal/Fala und dem projektierten Marburger Werk de facto zum Strom-Monopolisten für die Steiermark und von Teilen Niederösterreichs zu machen.

Kriegsbedingt wurden die Pläne nicht weiterverfolgt, weil man die Zwangslage der STEG sah, die ihren überschüssigen Strom in jedem Fall absetzen musste, mit oder ohne den aus Steuermitteln geförderten Leitungs-bau. So wurde im Krieg weder eine 80-kV-Leitung in die Steiermark gebaut noch Strom von der Drau in die Mittelsteiermark gebracht. Der Schweizer STEG fehlte zur Durchsetzung ihrer strategischen Verbundinteressen ein entscheidendes politisches Druckmittel.

Dennoch blieb der STEG ein Trost: Nur vier Kilometer vom Kraftwerk entfernt wurden 1916 die „Österrei-chischen Stickstoffwerke AG Maria Rast/Ruše“ gegründet, einerseits um den dringend benötigten Kunstdünger aus den Stickstoffverbindungen der Luft zu erzeugen, andererseits um der STEG ihren überschüssigen Strom abzunehmen. Der ursprünglich für Graz, die Obersteiermark und Wiener Neustadt vorgesehene Strom aus der Drau wurde damit vier Kilometer vom Kraftwerk entfernt verbraucht. Obwohl zum Bau der Kunstdüngerfabrik noch 1916 Tausende russische und italienische Kriegsgefangene für die Bauarbeiten und den Probetrieb im Einsatz waren, schaffte man es erst knapp vor Kriegsende 1918, den Betrieb aufzunehmen. Zu spät – sowohl für größere Stromlieferungen an die Umgebungsgemeinden als auch an die Stickstoffwerke zur Erzeugung von Kunstdünger für die Landwirtschaft.

²⁵ Vgl. dazu: UB Maribor, II 771 und: StLA, Entscheidung Statthalterei Z. 10-1040-75/1912. Vgl. zu Faal/Fala und Maria Rast/Ruše, wenn nicht anders angeführt, Karner, E-Wirtschaft Steiermark und Slowenien, S. 111ff. und: Karner, Faal, S. 239–248.

²⁶ StLA, F-131-b2-1993/1915. Beilagen.

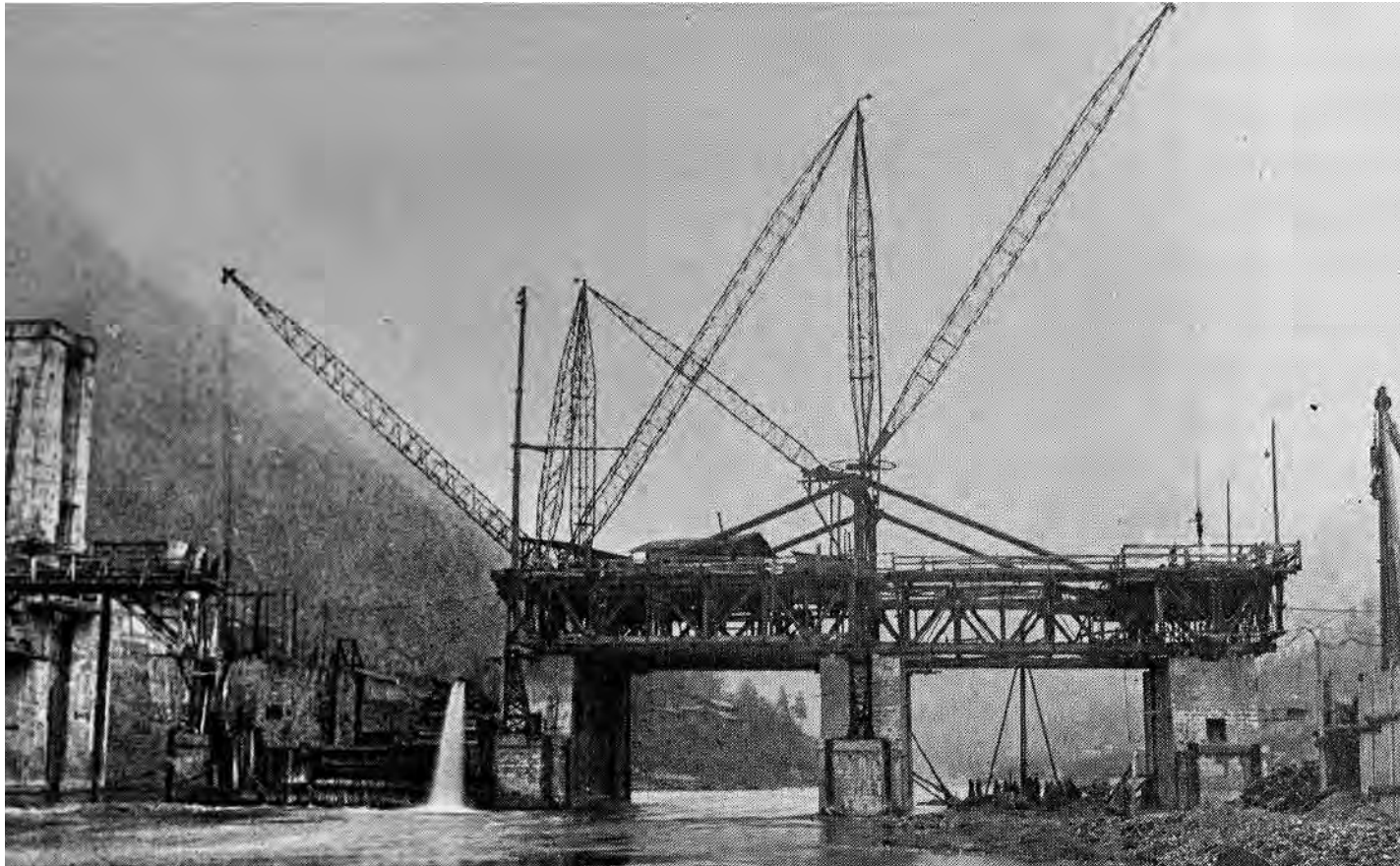
²⁷ Die Francis-Turbinen mit liegender Welle wurden von der Schweizer Firma Escher, Wyss & Co, Zürich (vier Stück) und von der Leobersdorfer Maschinenfabriks AG (ein Stück) sowie Ateliers des Charmilles S.A., Genf, geliefert. Vgl. zu diesem Abschnitt auch: 40 let elektrarna Fala. Maribor 1958.

²⁸ Die Konzession für das Draukraftwerk Felberinsel/Mariborski otok wurde bereits 1913 erteilt. Mit dem Bau wurde jedoch erst durch die AEW während des Zweiten Weltkrieges begonnen.

²⁹ Das „Bayernwerk“ war etwa zeitgleich als Energieversorger für einen großen Teil Bayerns und der Pfalz konzipiert worden. Vgl. v. a.: Manfred Pohl: Das Bayernwerk, 1921 bis 1996. München 1996. – Joseph Rohshaendler, geboren um 1850 bis 1855, war Schweizer Staatsbürger und mit Gabriele Rohshaendler verheiratet. Das Ehepaar hatte zwei Töchter, Ernestine Rohshaendler und Adele von Reutter, geboren 1888, der Gattin von Holm Eduard von Reutters (Eheschließung 22. März 1919).

³⁰ Genehmigung der Starkstromleitung Faal/Fala – Bruck/Mur durch das k. k. Handelsministerium. StLA, F. 131-b2-1993/1915, Erlass v. 28.10.195. – Zu Cilli/Cel-je: StLA, F-131-b2-444/1917. – Der Bau der Leitungen erfolgte meist als begünstigter Bau auf Basis der kaiserlichen Verordnung v. 16.10.1914, RGBl Nr. 284.

³¹ Vgl. auch: Fritz Posch, Franz Pichler, der Pionier der steirischen Elektroindustrie, in: ZHVSt, Sdbd.9/1965 (= Posch, Pichler), S. 65–69.



Das Kraftwerk Faal/Fala während der Bauarbeiten 1916

Quelle: Privatbestand Karner.

Die Fragen von Elektrizität und Elektrifizierung waren aber aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken, auch nicht im Ersten Weltkrieg. So hatte k. k. Ministerpräsident Ernst Seidler am 25. September 1917 im Wiener Reichsrat in einer programmatischen Rede ein neues Elektrizitätsgesetz für den österreichischen Teil der Monarchie und eine eigene Abteilung für Elektrizitätswesen im Ministerium für öffentliche Arbeiten angekündigt, um „nach Möglichkeit [eine] Zersplitterung der Kräfte bei der Durchführung der gestellten großen Aufgabe zu vermeiden“ und gefordert, „große Interessenkomplexe [mögen] in einheitliche Gruppen zusammengefasst werden“.³² Kurze Zeit später gründeten Industrielle und Firmen aus Graz, Weiz, Wien, der Obersteiermark, Pettau/Ptuj und Schönstein/Šoštanj ein „Vorbereitendes Konsortium der Industriellen“ zur Einrichtung eines gemischt-öffentlichen steirischen Großkraftwerksunternehmens. Im April 1918, ein halbes Jahr vor Kriegsende, trat das Konsortium mit einer programmatischen Schrift Ing. Richard Hofbauers³³ an die Öffentlichkeit und erklärte, „der Ausbau unserer alpenländischen Wasserkräfte und [...] ein einheitliches elektrisches Fernleitungsnetz gehörten zu jenen Maßnahmen“, den Wiederaufbau nach dem Krieg in Industrie und Landwirtschaft zu ermöglichen.³⁴

³² 50 Jahre STEWEAG, S. 17.

³³ Ein gemischt-öffentliches Großkraftunternehmen in Steiermark. Graz 1918.

³⁴ 50 Jahre STEWEAG, S. 17.

Kriegsende 1918 und der Verlust der Drauwasserkräfte

Die militärisch-politische Entwicklung ließ der Umsetzung nur wenig Zeit und nahezu keine Möglichkeiten. Zu Kriegsende Anfang November 1918 besetzte k. k. Major Rudolf Majster handstreichartig die Stadt Marburg/Maribor und kontrollierte, verstärkt durch südslawische Truppen, bald die gesamte Untersteiermark. Das neu errichtete Draukraftwerk Faal/Fala, ein wirtschaftliches Asset der Steiermark, wurde sofort aus dem Besitz der STEG herausgelöst und mit Jahresbeginn 1919 unter Aufsicht des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) gestellt. Die Versuche der STEG, den Bau noch zu begleiten und durch Lieferverträge weiterhin Strom aus Faal/Fala zu beziehen, waren eine Existenzfrage für das Unternehmen, weil ihre um ein Vielfaches kleineren E-Werke Lebring und Peggau vor allem im Winter dringend einer ausgiebigen Krafthilfe bedurften. In diese Bemühungen schaltete sich 1919 auch das „Vorbereitende Konsortium der Industriellen“ ein und verlangte, die „Drauwasserkräfte für Deutschösterreich zu erhalten“.³⁵ Ohne Erfolg.

Im Friedensvertrag von St. Germain wurde im September 1919 das gesamte untersteirische Gebiet auch formell von der Republik Österreich abgetrennt und für das Kraftwerk eine eigene südslawische Gesellschaft, die „Elektrarna Fala d.d.“ gegründet, an der die Schweizer Bankengruppe zwar noch beteiligt, die STEG hingegen 1922 auch als Treuhänder des Faaler Kraftwerkes ausgeschieden war.³⁶ Faal/Fala und Maria Rast/Ruše produzierten in Hinkunft für das Königreich SHS bzw. für Jugoslawien.

Die steirische Wirtschaft stand zu Jahresende 1918 vor dem Kollaps. Energie, vor allem Kohle und elektrischer Strom, fehlten, ein Drittel des Landes, große Industrieanlagen, eine bedeutende Landwirtschaft und ein Drittel der Bevölkerung waren abgetrennt, jahrhundertelange Verbindungen jäh unterbrochen. Die „Spanische Grippe“ grassierte und raffte Tausende Menschen dahin, Zehntausende Männer waren noch in Kriegsgefangenschaft und fehlten in den Betrieben und auf den Bauernhöfen. Hunger, Bewirtschaftung nahezu aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, Ablieferungspflichten für Bauern und Gewerbetreibende und staatlich festgesetzte Preise waren die Folge. Die österreichische Landwirtschaft schaffte die Versorgung der Bevölkerung nicht aus eigener Kraft, die Zufuhr aus dem ungarischen und kroatischen Raum über die Donau wurde vom SHS-Königreich blockiert.

Durch den Ausfall des Chile-Salpeters im Krieg und nun auch durch Mangel an Kunstdünger, den man etwa in Maria Rast/Ruše aus der Luft gewinnen hatte wollen, ließen sich die Erträge auch nicht steigern. Es fehlte die untersteirische Kohle aus Wöllan/Velenje und Trifail/Trbovlje zum Heizen, für die Bahn und die Industrie. Denn in Trifail/Trbovlje hatte die Kohlenförderung noch einigermaßen aufrechterhalten werden können,³⁷ während sie in Fohnsdorf-Seegraben gegen Kriegsende wegen der in ganz Europa grassierenden „Spanischen Grippe“ vollkommen zusammengebrochen war.

Viele Industriebetriebe hatten ihre Energieversorgung auf Dampfkraft aufgebaut, nun fehlte ihnen die dafür notwendige Kohle. Auch im Haushalt: Um Strom, Brennmaterial und Lichtöl zu sparen, wurden in der Monarchie schon 1916 die Uhren um eine Stunde vorgestellt und damit erstmals die Sommerzeit eingeführt. Die Regelung

³⁵ Über den Ausbau der steirischen Wasserkräfte. Zur Schrift des Zivilingenieurs Hans Marbler, hrsg. vom Vorbereitenden Konsortium der Industriellen. Graz – Wien 1919 (= Ausbau der steirischen Wasserkräfte), S. 30.

³⁶ Der Schuldenstand der STEG bei der Schweizer Bankengruppe wurde zur Gänze auf die Elektrarna Fala d.d. übertragen, die ihrerseits eine Tochtergesellschaft der Schweizer Bankengruppe geworden war. Karner, Faal, S. 246ff.

³⁷ Österreichischer Reichsrat (= RR), Beilagen 1917 und 1918. XXII. Session. Bd. 5. Wien 1918, Beilage Nr. 930, S. 18; Stefan Karner, Die Abtrennung der Untersteiermark von Österreich 1918/19. Ökonomische Aspekte und Relevanz für Kärnten und die Steiermark, in: Helmut Rumppler (Hg.), Kärntens Volksabstimmung 1920. Klagenfurt 1981, S. 257f. – Die steir. Gesamtwerte 1914/15, in: ÖStHB 35-1916/17, S. 84–86.



Ölgemälde Richard Hofbauer

blieb, mit Ausnahme des Jahres 1919, bis 1920 aufrecht.³⁸ Eine Abhilfe durch elektrischen Strom war nicht vorhanden und auch kaum zu erwarten, obwohl man noch hoffte, auch weiterhin Strom aus Faal/Fala beziehen zu können. Die industriellen Produktionen stockten, betriebliche Erweiterungen waren unmöglich geworden. So fehlte es dem Stahlwerk Böhler in Kapfenberg an Kohle, um das neue Dampfkraftwerk in Winkl voll anlaufen zu lassen und die Stahlöfen auf elektrischen Strom umzustellen. Drei Jahre später legte die Kohlennot die Anlagen von Böhler in Kapfenberg zeitweise völlig lahm.³⁹

³⁸ Die Einführung der Sommerzeit erfolgte auf Grundlage der kaiserlichen Verordnung vom 10. 10.1914, mit der die Regierung ermächtigt wurde, aus „Anlass der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen“. RGBl. Nr. 274/1914, S. 1113.

³⁹ 100 Jahre Böhler Edelstahl 1870–1970. Wien 1970, S. 52f. und: Walter M. Iber – Stefan Karner: 120 Jahre Böhler in Kapfenberg – 120 Years of Böhler in Kapfenberg. Unveröffentlichtes Manuskript. Graz 2014 (= Iber – Karner, Böhler).



1



2



7



3



4



8



5



6



9

1920 bis 1930

1 Die Materialbahn für das Kraftwerk Arnstein (1922) 2 Arbeiter vor dem sogenannten Langmann-Stollen (1924)* 3 Aufnahme der Arbeiter für das Kraftwerk Arnstein (1922) 4 Außenansicht des Kraftwerks Arnstein (1925) 5 Momentaufnahme der aufwendigen Arbeiten für die Materialbahn für Arnstein (1922) 6 Aufnahme der offiziellen Eröffnungsfeier des Kraftwerks Arnstein (1925)* 7 Bauabschlussfeier der Fernleitung Graz – Ternitz (1926) 8 Trafotransport zum Umspannwerk Ternitz (1926) 9 Bau der Druckrohrleitung beim Kraftwerk Arnstein (1924) 10 Außenansicht des Kraftwerksgebäudes Arnstein* 11 Transport der Druckrohrleitungsteile für das Kraftwerk Arnstein 12 Baustelle des Kraftwerks Arnstein (1922)



10



11



12

* Quelle: VERBUND

Strom für das Land

Neue Pläne, Gründung und Aufbau der STEWEAG

Neuaufbau der Elektrizitätswirtschaft

Unter diesen Rahmenbedingungen begann wie in ganz [Deutsch]Österreich,⁴⁰ so auch im Bundesland Steiermark, der Neuaufbau der Elektrizitätswirtschaft.⁴¹ Während der Strom in der Untersteiermark und in Teilen Sloweniens im Überfluss vorhanden war, weil man ja – abgetrennt vom steirischen Konsummarkt – damit kämpfte, den Strom aus Faal/Fala absetzen zu können, war man hierzulande mit Strom krass unterversorgt. Vor allem fehlte es, sieht man von Lebring und Peggau ab, den zahlreichen kleinen Kraftzentralen an einer gemeinsamen Kuppung bzw. an Aushilfslieferungen. Zu den kleineren E-Werken, die Strom nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für andere Konsumenten produzierten, gehörten nach Kriegsende 1918 neben den STEG-Werken vor allem die Kraftwerke Judenburg, Leoben, Bruck/Mur, Pöls, Raabklamm, Radkersburg und Mureck. Dazu kamen etwa 65 lokale Kleinkraftwerke und 27 kleinere Zentralen mit gemischtem Betrieb, aber regionalem Wirkungskreis.⁴² Zusammen erzeugte man im Jahr rund 200 Gigawattstunden (GWh), benötigte aber das Dreifache.⁴³

Nachdem die Drau als mögliche Ausbaustrecke für Wasserkraftwerke verloren war, wollte man wenigstens die Mur erhalten, zumal die beiden Kraftwerke in Radkersburg und Mureck (erbaut von Hans Marbler)⁴⁴ und einige kleine Gemeindekraftwerke den Strombedarf der Umgebung nicht decken konnten. Der Mehrbedarf von rund 340 Megawattstunden (MWh) pro Jahr für Licht und Heizung könnte – so die Überzeugung – aber leicht aus der Mur gedeckt werden. Die Zielvorgaben für die Verhandlungen mit dem Königreich SHS waren immer wieder adaptiert, letztlich aber viel weiter gesteckt worden.⁴⁵ Österreich sollte das ausschließliche Recht haben, die Murwasserkräfte auf beiden Seiten des Flusses zu nützen. Jedwede Vergrößerung bestehender Anlagen oder Neukonzessionen für Wasserwerke am rechten Murufer durch das Königreich SHS hätten zu unterbleiben und die bereits bestehenden Anlagen im Bereich des Abstaller Feldes/Apaško Polje hätten Strom nach Österreich zu liefern. Vor allem wollte man sich das Recht auf eine Bargeldentschädigung der rechtsufrigen, nunmehr jugoslawischen Werke an der Mur sichern. Es waren Maximalforderungen, diktiert vom österreichischen Handelsministerium. Nach zähen und langen Verhandlungen in Graz, vor Ort in Radkersburg und in Marburg/Maribor, an denen auch Kärntner Experten teilnahmen, und parallel zu den Problemen um die STEWEAG und den Bau von Arnstein als Basis der Stromversorgung für die Mittel- und Südsteiermark einigte man sich schließlich im November 1923 in Marburg/Maribor: Die Wasserkräfte der Grenzstrecke der Mur sollten je zur Hälfte den beiden Anrainerstaaten zustehen und für den Bau neuer Anlagen, die mehr als die Hälfte des Murwassers beanspruchen, sollte jeweils das gegenseitige Einvernehmen hergestellt werden. Dazu kamen Detailregelungen, wie für den kleinen Grenzverkehr

für die Beschäftigten der Kraftwerke, die Flößerei und die Neuanlage von Stromleitungen. Die Marburger Vereinbarungen wurden schließlich in zwei Sonderabkommen dem Handelsvertrag Österreichs mit Jugoslawien vom 3. September 1925 beigelegt.⁴⁶

Den Neuaufbau des Staates begleitete auch ein Neuaufbau der Energieversorgung, insbesondere von Kohle und Elektrizität. Hatten noch zur Jahrhundertwende untereinander nicht verbundene E-Werke jeweils kleinere Gebiete versorgt und sich das Engagement des Staates vor allem auf die gewerberechtliche Konzessionserteilung reduziert, so war dies nun anders. Jetzt wurde die Elektrizität zunehmend als Produktionsmittel für Gewerbe und Industrie eingesetzt. Die steigende Nachfrage nach elektrischem Strom zog auch eine größerflächige Versorgung mit Elektrizität nach sich. Die Idee von Landesgesellschaften mit Sammelschienen und einer Verbundwirtschaft sollte an die Stelle des Inselbetriebes von E-Werken treten, Stromlieferverträge auch über Ländergrenzen hinaus entstehen.⁴⁷

Die Steiermark hatte, wie erwähnt, exzellente Experten der Elektrizitätswirtschaft. Allen voran Franz Pichler in Weiz, Joseph Rohshaendler und Richard Hofbauer in Graz. Alle drei waren Wasserbauer und hatten technische Studien absolviert. Pichler und Rohshaendler standen zudem Unternehmen vor, Hofbauer war Beamter und leitete das Landesbauamt. Eine Generation jünger war der STEWEAG-Mitarbeiter Hermann Grengg, der während der NS-Zeit die gesamte Elektrizitätswirtschaft in der „Ostmark“ leitete und nach 1945 die Wasserbau-Lehrkanzel an der TH Graz innehatte.

Neue Pläne – Industrielle ergreifen die Initiative

Für die Neuausrichtung der steirischen Stromversorgung gab es im Wesentlichen zwei Konzeptionen:⁴⁸

Joseph Rohshaendlers Pläne:

- bei der künftigen Stromversorgung des Landes auf die Ressourcen Kohle und Wasserkraft zu setzen,
- eine eigenständige, von der Wasserkraft unabhängige Stromliefergesellschaft zu gründen und
- weitere Dampfkraftwerke nahe den Kohlengruben zu errichten.

Richard Hofbauers Pläne:

- bei der künftigen Stromversorgung des Landes allein auf Wasserkraft zu setzen,
- drei neue Wasserkraftwerke: die künftige Stromversorgung des Landes an der Teigitsch (Arnstein), an der Mur bei Mixnitz (spätere Bezeichnung Pernegg) und zwischen Judenburg und Zeltweg zu bauen,
- das Land in fünf Stromversorgungskreise⁴⁹ (siehe Abbildung Karte, Seite 30) einzuteilen und neue erzeuger-abhängige 60- und 100-kV-Leitungsnetze zu errichten.

^[1] Das umfangreiche Vertragswerk mit dem Königreich SHS v. 3.9.1925 umfasste v. a. den Handelsvertrag selbst, das Tierseuchenabkommen sowie ein Abkommen über den Weideverkehr an der Grenze. Angeschlossen wurden dem Vertragswerk noch das Grenzschutzabkommen sowie Sonderabkommen über Straßen, Wege, Brücken, Überfuhren, die Schifffahrt und Flößerei und die Murregulierung an der Grenze. StLA, 345-R-16/1-1926. Abkommen mit dem Königreich SHS 3.9.1925.

^[2] Herbert Bandhauer, Die Organisation der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, in: Gemeinwirtschaft 1/1976, S. 9ff.

^[3] Auf die Überlegungen von Ing. Franz Pichler in Weiz, die sich hinsichtlich der Priorität für die Wasserwirtschaft zum Großteil mit jenen Hofbauers deckten, wird hier nicht näher eingegangen, zumal Pichler auch bereits Ende August 1919 verstarb und in die weiteren Planungen nicht mehr involviert war. Vgl. zu Pichler: Spreitzhofer, Pichler, S. 17–23, dessen Beitrag auf ein von Stefan Karner geleitetes Seminar im Sommersemester 1983 zurückgeht; Georg Schneider, Geschichte der Elin Weiz und ihres Gründers Ing. Franz Pichler, Graz, 1959, und: Gerhard Ertl, Elin – ein Unternehmen von 1887 bis 1945. DA Univ. Wien 1977; Ernst Pichler, Franz Pichler. Pionier der E-Wirtschaft und Gründer der Elin Weiz (Manuskript), S. 15; Posch, Pichler, S. 65–69; siehe Kurzbiografie, S. 229.

^[4] Versorgungskreis I: Mittel- und Weststeiermark bis zur Landesgrenze im Süden. Versorgung durch Arnstein und später Puntigam-Werndorf; Versorgungskreis II: Oststeiermark, Versorgung aus kleineren Ortskraftwerken und, bei Mehrbedarf, aus Überschüssen des Versorgungskreises I; Versorgungskreis III: Obersteiermark, Versorgung der Schwerindustrie durch den Ausbau der Enns und ein Murkraftwerk bei Mixnitz; Versorgungskreis IV: oberes Murtal, Versorgung der Industrien in Zeltweg und Judenburg durch ein Kraftwerk zwischen Judenburg und Zeltweg; Versorgungskreis V: oberes Enns- und Traungebiet, Versorgung durch den Bau von Speichermöglichkeiten der Traun. – Um den elektrischen Strom von den Kraftwerken zu den Abnehmern zu bringen, sollten, nach Hofbauers Planungen, in den Versorgungskreisen bedarfsabhängig neue Hochspannungsnetze errichtet werden. In der Mittel- und Oststeiermark ein 60-kV-, in der Obersteiermark ein 100-kV-Netz.

^[5] Vgl. dazu etwa die frühe Schrift von Bartel Granigg, Die Wasserkraftnutzung in Österreich. Wien 1919.

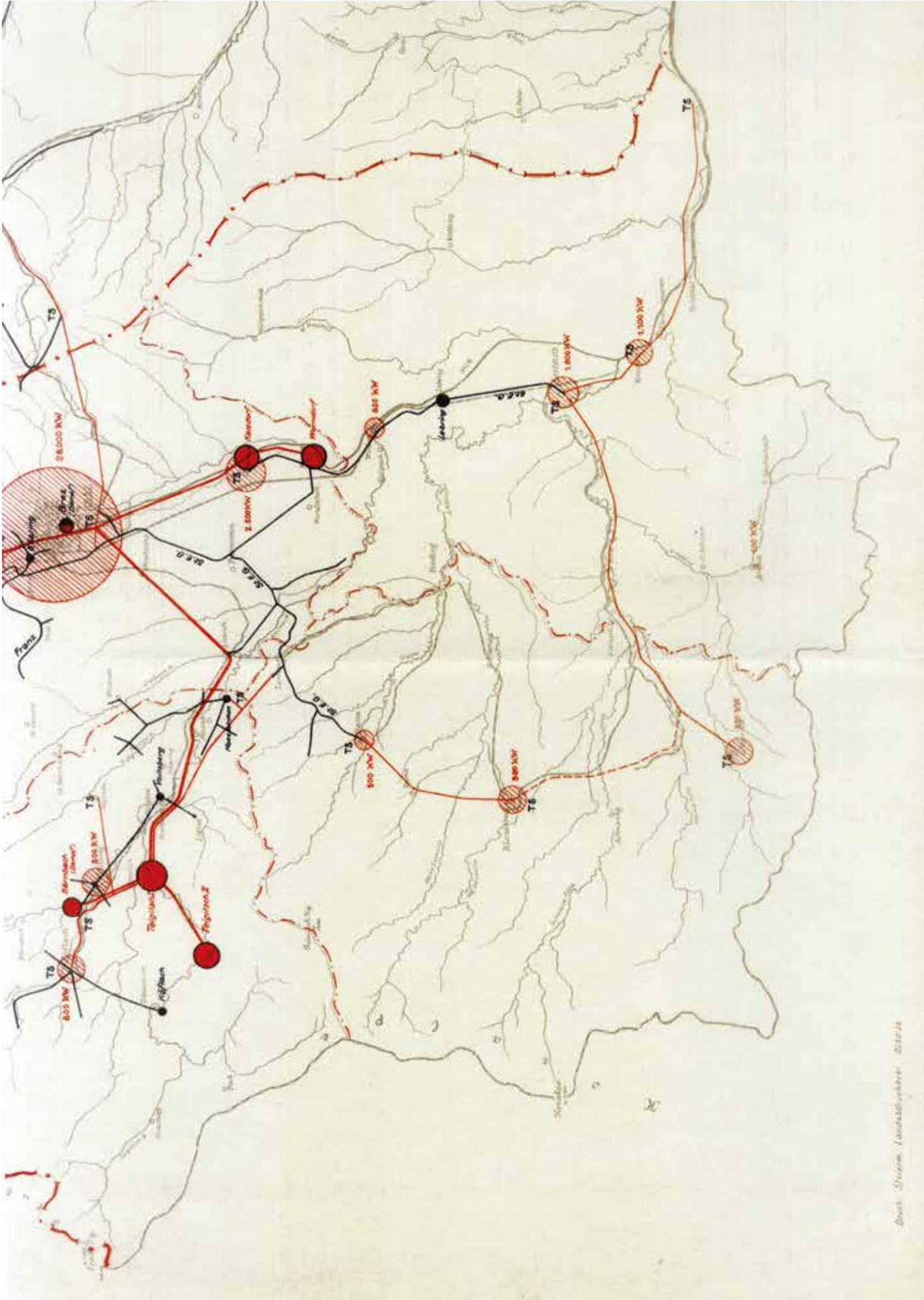
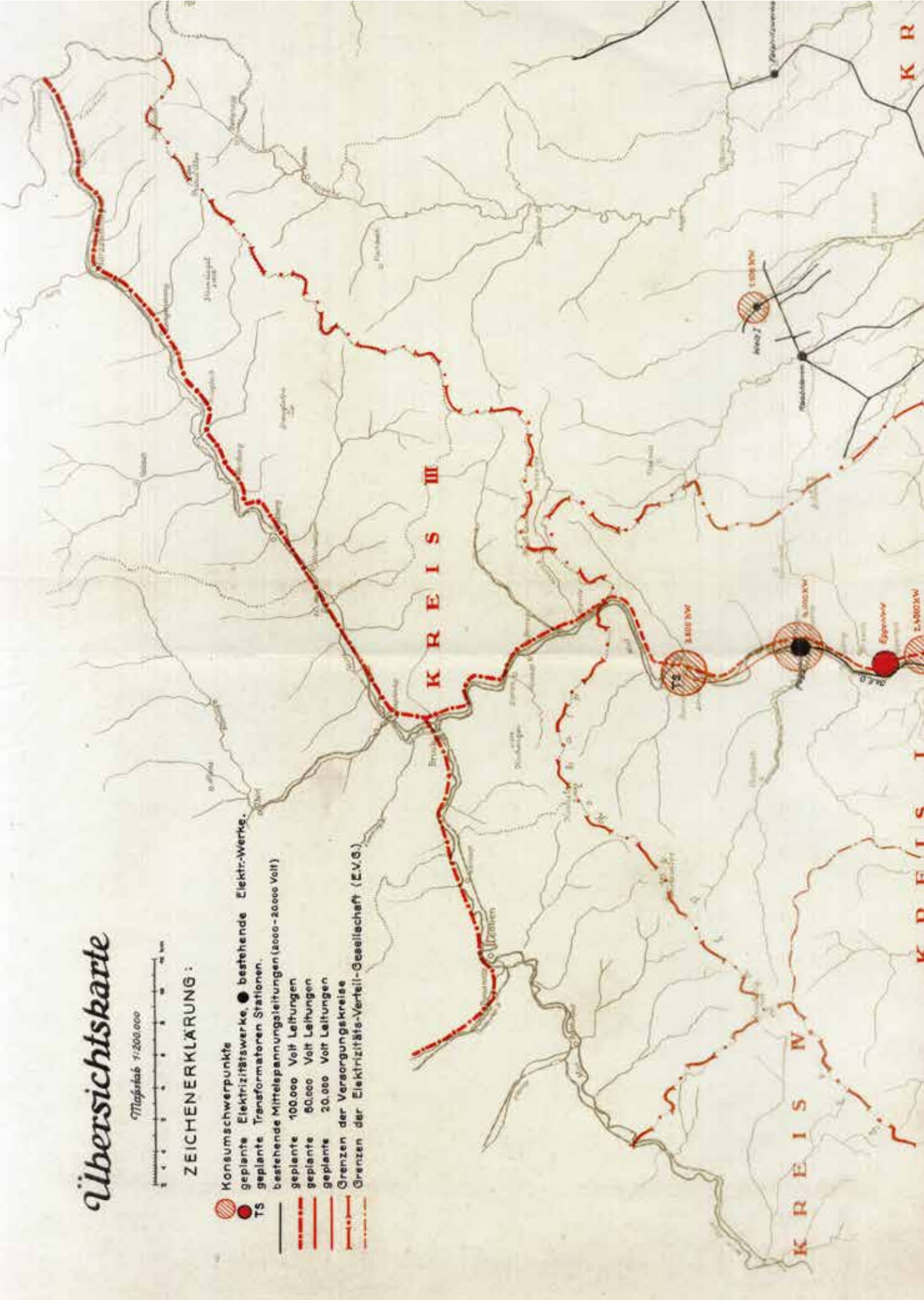
^[6] Siehe im Überblick auch: Elisabeth Dietinger, Die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in der Steiermark von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert. Graz 2003 (= Dietinger).

^[7] Ernst Simson, Die wirtschaftliche Lage der Steiermark Ende des Jahres 1921. Graz 1921, S. 42; Fritz Popelka, Steiermark als selbständiges Land im Rahmen des Bundesstaates, in: Amtlicher Anzeiger Steiermarks. Graz 1922, S. 100, der für das Jahr 1919 108 fabrikmäßige Kraftzentralen in der Steiermark angibt.

^[8] Richard Hofbauer, Die Energieversorgung Mittelsteiermarks. Graz 1922 (= Hofbauer, Mittelsteiermark), S. 5.

^[9] Das KW in Mureck wurde mit Dieselmotoren betrieben. – Der Grazer Zivilingenieur Hans Marbler plante den 1910 durchgeführten Umbau des Murkraftwerkes der Stadt Judenburg. Mit diesem Umbau konnte die Leistung der 1904 vom „Weizer Elektrizitätswerk Franz Pichler“ errichteten Anlage erheblich gesteigert werden. Marbler war auch Projektverfasser und Bauleiter für das EV Mureck, das am 11. Jänner 1913 in Betrieb ging.

^[10] Zum Folgenden im Überblick: Stefan Karner, Zwei elektrizitätswirtschaftliche Sonderabkommen von 1925/26, in: ZHVSt 1981, S. 177ff.



Hofbauers Planung der fünf Versorgungskreise für die Elektrizitätswirtschaft der Steiermark

Quelle: Privatbestand Karner, Sammlung E-Wirtschaft.

Bereits am 18. Juli 1919 hatten führende Wirtschaftstreibende und das Landesbauamt in Graz auf Basis des „Vorbereitenden Konsortiums der Industriellen“ eine Gesellschaft zur „Vorbereitung des Ausbaues der steirischen Wasserkräfte“ unter dem Vorsitz von Dr. Julius Finze⁵⁰, Präsident von Lapp-Finze in Kalsdorf, und Landesrat Prof. Hans Paul⁵¹ gegründet.⁵² Es sollte ein größerflächig angelegtes Projekt werden, um die Elektrizitätswirtschaft im Land – nach der Abtrennung des großen Drauwertes in Faal/Fala und der damit erfolgten Beschneidung der STEG – auf eine neue Basis zu stellen. Vor allem auch, um die Erzeugung, in der Folge auch die Übertragung des Stroms, stärker in die öffentliche Hand zu bekommen und nicht Privaten zu überlassen. Bereits im Jahr darauf hatte sich das „Konsortium“ die Konzession für die Murstrecke Peggau – Weinzödl gesichert. Damit schwanden sowohl die Kraftwerkspläne von Viktor Franz, zur Verstärkung seines E-Werkes ein weiteres Murkraftwerk mit einer Pumpspeichieranlage am rechten Mühlgang der Mur bei Weinzödl zu errichten⁵³ als auch die Realisierungschancen der Planungen Rohshaendlers. Dies, obwohl Hofbauers Überlegungen in den nächsten Monaten und Jahren heftig kritisiert und angefochten wurden: durch laufende Veröffentlichungen von Zivilingenieur Hans Marbler⁵⁴ und durch den Kohlenproduzenten, GKB-Präsidenten und gewichtigen, gut vernetzten Wirtschaftskommissär Dr. Viktor Wutte, bald der stärkste Widerpart Hofbauers. Selbst aus den Reihen der Wasserwirtschaft schlug ihm heftiger Widerstand entgegen. Hermann Grengg sprach dem „Beamten“ Hofbauer weitgehend die Fähigkeit ab, das Gesamtprojekt umzusetzen sowie Abnehmer anzuwerben.⁵⁵ In der weiteren ausführlichen Debatte ging es daher vor allem um die Umsetzung der Planungen des Landesbauamtes unter Hofbauer, der 1919 auch der „Vorbereitenden Gesellschaft“ beigetreten war: den Ausbau der Enns⁵⁶, das gesamte Bauprogramm und das Leistungsvermögen der Werke bis 1935,⁵⁷ die Verteilung des künftigen Stroms (knapp die Hälfte für die Steiermark, der Rest für die Bundesbahnen⁵⁸ und die Stadt Wien) sowie um die heikle Frage der Nutzung von kalorischer Energie als Aushilfe, besonders in den Wintermonaten.⁵⁹ Wutte wollte, ähnlich wie Rohshaendler, die steirische Kohle gleichberechtigt neben die Wasserkraft stellen, womit er ein zweifaches Ziel verfolgte: die gewinnbringende Verwertung der Abfallkohle aus Köflach-Voitsberg und eine starke Verankerung der GKB, die bereits dabei war, in diesem wirtschaftlichen Hoffnungsmarkt ein interessantes Verteilernetz aufzubauen.

^[1] Dr. Julius Finze war der Sohn von Adolf Finze, eines Gründers der Eisenwarenfabrik Lapp-Finze in Kalsdorf (heute Roto Frank).

^[2] Univ.-Prof. Ing. Hans Paul war mehrfacher Rektor der TH Graz, Landesrat und kurzzeitig auch Landeshauptmann der Steiermark. Er gehörte der Christlich-sozialen Partei an.

^[3] Die Eintragung der „Vorbereitung des Ausbaues der steirischen Wasserkräfte GmbH“ in das Handelsregister Graz erfolgte am 20.9.1919. – 50 Jahre STEWEAG, S. 55.

^[4] Roth, Kraftwerksprojekte, S. 152ff.

^[5] Darunter: Hans Marbler, Die Grundlagen des wirtschaftlichen Ausbaues der Wasserkräfte Deutschösterreichs. Graz, 1919; ders., Zur Frage des Ausbaues der Wasserkräfte Steiermarks, eine kritisch-wirtschaftliche Studie zur Schrift: Ein gemischt-öffentliches Großkraftwerksunternehmen in Steiermark. Graz, 1919, und die Kritik zu Marbler u. a. in der Schrift: Ausbau der steirischen Wasserkräfte.

^[6] Hochstrasser, Hofbauer, S. 17–23, dessen Beitrag auf ein von Stefan Kamber geleitetes Seminar im Sommersemester 1983 zurückgeht; Grengg war über Empfehlung seines Studienkollegen Dir. Dipl.-Ing. Josef Ornig in die STEWEAG aufgenommen worden. Dr. Dipl.-Ing. Josef Ornig, gestorben 20.3.1935, entstammte einer angesehenen Pettau (Ptuj) Familie. Ornig war bis zu seinem Tode Direktor der STEWEAG.

^[7] Richard Hofbauer, Ennskraftwerke im Gesäuse. Graz 1920 – zu Hofbauer; siehe Kurzbiografie, S. 228.

^[8] Richard Hofbauer, Das steirische Großkraftwerksunternehmen. Graz 1921.

^[9] StLA, L 261e/926/1921. Energieversorgung der Bahnen aus den in der Steiermark projektierten Wasserkraftwerken. – Von den Bundesbahnen versprach man sich den höchsten Prozentsatz an Jahresstundenentnahme, der damals überhaupt erreichbar war. Erich Kunzel-Runtschneider, Österreichs Energiewirtschaft und die Ausnützung seiner Wasserkräfte, in: Die Wasserwirtschaft, Nr. 8/1923, S. 87.

^[10] 50 Jahre STEWEAG, S. 21; Fritz Micke, Das Werden der STEWEAG und die Entwicklung von Erzeugung und Absatz in ihrem Versorgungsgebiet, in: 25 Jahre Teigitsch-Kraftwerk Arnstein. Graz 1950 (= Micke, STEWEAG), S. 9–11.

1921: Die Gründung der STEWEAG

In der Phase der österreichischen Hyperinflation lud am 30. März 1921 die „Vorbereitende Gesellschaft“ zur „gründenden Generalversammlung der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Graz“⁶⁰ in den „Hauptverband der Industrie Deutschösterreichs“⁶¹ ein. Die STEWEAG, wie sich das Unternehmen fortan in abgekürzter Form nannte, wurde als reines Stromerzeugungsunternehmen gegründet, also als Erbauer und Betreiber von Kraftwerken. Dies trat auch in der Namensgebung klar zutage: ein Kraftwerksunternehmen, das Wasserkraft in Elektrizität umwandelt. Erst ab 1924 musste die STEWEAG auch im Bereich der Stromübertragung tätig werden, um den in ihren Werken (zunächst in Arnstein) erzeugten Strom zu den Verbrauchsgebieten, vor allem im Raum Graz und in der Mur-Mürz-Furche an dortige Verteilnetzbetreiber und an Industriebetriebe zu leiten. Dazu waren sehr schnell ein eigenes Know-how und der Aufbau einer eigenen Abteilung erforderlich. An eine eigene Verteilung des Stroms an Letztverbraucher wurde noch nicht gedacht. Dies erfolgte erst in den 1930er-Jahren, als man bestehende Verteilernetze (im Raum Köflach-Voitsberg und in der Oststeiermark) übernahm und bald auch begann, eigene Verteilernetze zu bauen. Für deren Betrieb wurden schließlich ab 1939 Betriebsbezirke mit eigenen Verwaltungen geschaffen, womit die STEWEAG ein eigenes, neues Geschäftsfeld eröffnete.

Die STEWEAG, mit bescheidenen 20 Millionen Kronen Stammkapital als eine privatrechtliche Aktiengesellschaft gegründet, bestellte den spiritus rector des Unternehmens, Oberbaurat Richard Hofbauer, zu ihrem ersten Direktor. Damit war auch eine deutliche Präferenz für den Ausbau der Wasserkraft als Basis der Stromversorgung im Lande getroffen. Erst im Zuge der weiteren Entwicklung forcierte man auch kalorische Werke, wie Voitsberg, Pernegg, Graz oder Werndorf. Waren Hofbauer und bald auch Grengg vor allem „Wasserbauer“, so war später Ludwig Musil vor allem Dampfkraftwerksbauer. Unter den Wasserbauern trieb Hofbauer den Ausbau der Mur voran, Grengg jenen der Enns („die beste und größte Wasserkraft über die Grenzen Österreichs hinaus!“)⁶², deren Ausbau durch die Zweckbestimmung des italienischen Kapitals in der Zwischenkriegszeit ins Hintertreffen geraten war.⁶³ Generelle Aufgabe der STEWEAG waren der einheitliche Ausbau der steirischen Wasserkraft und die Herstellung eines Übertragungsnetzes.

Die Bedeutung, die dem Unternehmen von Beginn an für die Wirtschaft des Landes beigemessen wurde, repräsentierte auch die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Ihm gehörten unter Vorsitz von Landeshauptmann Anton Rintelen als dem Vertreter des Mehrheitseigentümers auch bekannte steirische Industrielle, die Stadt Graz, landwirtschaftliche Genossenschaften und Vertreter von Wiener Großbanken an. Seine erste Aufgabe bestand in der Aufbringung der benötigten Geldmittel, die in der Inflation buchstäblich unter den Fingern zer-rannen. Mit immer neuen Aktien und Anleihen versuchte man geradezu verzweifelt an zusätzliches Geld zu kommen, doch es war ein Kampf gegen die Unwägbarkeiten der hohen Inflation bei der notorischen Schwäche des österreichischen Kapitalmarktes.

^[11] Siehe Protokoll der Gründungsversammlung v. 30.3.1921 im Anhang des Buches, S. 230 f. – Die Gesellschaft wurde am 27.5.1921 ins Firmenbuch eingetragen.

^[12] Deutsch-Österreich war die amtliche Bezeichnung der Republik von ihrer Gründung am 12.11.1918 bis zur Ratifizierung des Staatsvertrages von St. Germain en Layé (10.9.1919) durch das österreichische Parlament am 21.10.1919. Die Bezeichnung des Hauptverbandes ist daher inkorrekt.

^[13] Bernhard Reismann – Johann Wiedner, Elektrizität aus Wasserkraft, in: Josef Riegler (Hg.), Wasserwirtschaft in der Steiermark. Geschichte und Gegenwart. Veröff. d. Steiermärkischen Landesarchivs, Bd. 39, Graz 2015 (= Reismann – Wiedner, Elektrizität), S. 474.

^[14] Privatbestand Karner, Sammlung E-Wirtschaft, Hermann Grengg, Die Geschichte der steirischen Ennswasserkraft, o. O., o. J. [verm. 1968].

Hofbauer hatte bei Gründung der STEWEAG noch mit einer Jahreserzeugung seines Unternehmens von rund 1.000 GWh aus vier Niederdruck-, einem Hochdruck- und fünf Ausgleichswerken⁶⁴ gerechnet, die binnen weniger Jahre erreicht werden sollte. Dies war wesentlich mehr als der damalige, gesamte Jahresstrombedarf im Land von rund 600 GWh. Doch die Geldnöte verlangten eine radikale Rückstellung der Bauprojekte. Um das Landesunternehmen zu retten, sprangen Eigentümer und Hauptabnehmer ein: Das Land Steiermark übernahm schon im April 1921 die Haftung für eine 400-Millionen-Kronen-STEWEAG-Prioritätsanleihe, die Stadt Graz versprach, in Zukunft den Strom für das gesamte Grazer Stadtgebiet aus den Anlagen der STEWEAG zu beziehen.⁶⁵ Ein Versprechen, das bis heute nicht eingehalten wurde.

Strom und Gas für Graz

Graz war, neben den obersteirischen Industriebetrieben der Mur-Mürz-Furche, in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts der wichtigste Energiemarkt, vor allem für Gas und Strom. Man hatte schon 1845 ein Gaswerk in der Steyrergasse gebaut⁶⁶ und mit der Wiener Gasindustrie-Gesellschaft einen für die Stadt unvorteilhaften, langfristigen Gasvertrag abgeschlossen, der sich nicht so leicht lösen ließ. Die Wiener Gasindustrie übernahm auch das Gaswerk in der Steyrergasse und hintertrieb aus Konkurrenzgründen lange Zeit eine Elektrifizierung von Graz.⁶⁷ So blieb die Stadt selbst – heute die Bezirke eins bis sechs – ohne Stromversorgung und finster, während in den angrenzenden Gemeinden (die man 1938 eingemeindete) die Lichter angingen. Hier entstanden Stromversorgungsnetze wie jenes der E-Werke Eggenberg, Feldkirchen oder Gösting sowie das bereits beachtliche Stromnetz der schweizerischen STEG in den Gemeinden St. Veit, Mariatrost, Waltendorf, St. Peter, Liebenau, Puntigam und Straßgang.

Der Druck auf die Wiener Gasindustrie war so stark, dass sie schließlich einem Kompromiss zustimmen musste und neben ihrem Gaswerk ein Dampfkraftwerk errichtete, mit dem sie ab 1892 die Innenstadt von Graz mit Gleichstrom, ab 1913 auch mit Drehstrom versorgte.

Erst während des Ersten Weltkrieges wurde das Grazer Drehstromnetz an das Netz der STEG angeschlossen, die damals bereits die Umgebungsgemeinden belieferte. Als wegen Kohlenmangels im Krieg auch das Dampfkraftwerk abgestellt werden musste, belieferte die STEG das gesamte Stadtgebiet. 1920 kamen die Anlagen der Wiener Gasindustrie-Gesellschaft ins Eigentum der Stadt Graz („Städtisches Gas- und Elektrizitätswerk“), die sofort das DKW wieder anlaufen ließ und 1923 noch ein weiteres in Betrieb nahm – und so sogar der STEG Strom zuliefern konnte.⁶⁸ Die flächendeckende Elektrifizierung von Graz hatte begonnen.

Mit dem Bau der 60-kV-Leitung von Arnstein zum Umspannwerk Graz-Süd in der Neuholdaugasse begann gegen Ende März 1925 die Stromlieferung der STEWEAG an das Städtische E-Werk und endeten jene der STEG sowie der Betrieb des städtischen Dampfkraftwerkes. Eine eigene Stromerzeugung der Stadt Graz begann in kleinem Rahmen mit Murwasserkraft erst wieder 1930 am linksseitigen Mühlgang.

^[64] Kunzel-Runtscheiner, S. 87. – Die Niederdruckwerke waren (in der Bezeichnung 1923): Judenburg-Zeltweg, Bruck-Frohnleiten, Peggau-Weinzödl, Puntigam-Werndorf, das Hochdruckwerk sollte an der Enns entstehen und die Ausgleichswerke waren: Talbach, Sölkbach, Erzbach, Teichalm und Teigitsch.

^[65] Der Pacht- und Darlehensvertrag mit der Stadt Graz vom Dezember 1921 sah vor, dass Graz die Installation und Kosten einer 2.000-PS-Turbomaschine übernahm, womit das E-Werk der Stadt eine dementsprechend ausreichende Lieferung zusammen mit dem Arnsteiner Strom bereitstellen konnte. Vgl. 50 Jahre STEWEAG, S. 55.

^[66] Ein zweites, 1897 errichtetes Gaswerk in der Hauseggerstraße in Eggenberg wurde schon 1917 heruntergefahren und spielte keine Rolle mehr.

^[67] Vgl. dazu im Detail: Karner, Wasser für Strom, S. 149–155.

^[68] Vgl. dazu u. a.: die entsprechenden Passagen bei Franz Mittermüller – Bernhard A. Reismann, Stadtlexikon, Bd. 4 der Geschichte der Stadt Graz, Walter Brunner (Hg.), Graz 2003; Herrn Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz, danke ich auch hier für wichtige Informationen.

Die extreme Inflation begrenzte die Aktivitäten aller E-Werksgesellschaften und auch jene der STEWEAG. Als Sofortmaßnahme stockte das Unternehmen sein Aktienkapital inflationskonform auf 600 Millionen Kronen auf und hoffte auf eine Finanzspritze durch ein österreichisches Bankensyndikat. Die ausgegebenen Aktien und Obligationen gingen freilich in der Inflationsflut unter und zwangen zu immer neuen Emissionen. Wieder hatte sich eine Hoffnung zerschlagen. Nun suchte man im Ausland an das dringend benötigte Geld zu kommen: besonders über den „Kriegsgewinnler“ Camillo Castiglioni, der ausgezeichnete Kontakte zur italienischen Fiat-Gruppe unterhielt und durch Aktien- und Finanztransaktionen eine ganze Reihe österreichischer Firmen übernehmen konnte („Herr der österreichischen Industrie“).

Selbst das von Hofbauer geforderte Minimalprogramm der STEWEAG von nur noch drei neuen Kraftwerken war in dieser desaströsen finanziellen Situation reine Makulatur. Auch die Energieversorgung der Mittelsteiermark wackelte. Man war froh, wenigstens das Projekt des Arnsteiner Werkes am Teigitschbach beginnen zu können. Zumindest hatte man noch im April 1922 eine Transportbahn zur zukünftigen Baustelle errichtet und die ersten Schritte zum Baubeginn gesetzt.

Doch die Finanzprobleme der STEWEAG wurden nicht kleiner, auch weil gegen Jahresende 1923 eine „Verbrauchssteuer“ (die keine war, weil man sie nicht an die Endverbraucher weitergeben konnte) auf elektrischen Strom die Preise für die E-Werke verteuerte. Sie blieb weiter in der Kritik der Industrie. Allein eine Tonne Stahl aus Donawitz verteuerte sich um 1,50 Schilling, wie Alpine-Generaldirektor Anton Apold vorrechnete.⁶⁹ In der Tat versuchte der Staat nach der „Genfer Sanierung“ zum Aufbau einer starken österreichischen Volkswirtschaft über verschiedene Einnahmen an zusätzliches Geld zu kommen. Die Handelskammer opponierte auf allen Ebenen mit einem ganzen Bukett an Argumenten, vor allem aus Standort- und Konkurrenzgründen, aus rechtlichen und abrechnungstechnischen Problemen. Ludwig Kranz, der an der Gründung der STEWEAG und der oststeirisch-burgenländischen „Ostburg“ wesentlichen Anteil hatte, argumentierte, dass auch in Deutschland ein sehr ähnliches Gesetz abgelehnt worden sei. Und Viktor Franz sekundierte ihm: „Man kann sich leicht vorstellen, was mit diesem Steuergesetz beabsichtigt ist. Man will einen möglichst großen Betrag aus der Bevölkerung herausziehen. Ein Steuergesetz soll […] die Industrie nicht erschlagen und […] muss allgemein wirken.“⁷⁰

Große Hoffnungen weckten im Frühjahr 1923 auch amerikanische Kreditgeber, die – nach Gesprächen mit Wilhelm Hartmann von der Frantschacher Papier- und Zellulosefabrik – bereit schienen, über ein US-Finanzkonsortium Dollarkredite zur Ausnutzung der Wasserkräfte für die Unternehmen Leykam-Josefsthal⁷¹, Frantschach sowie für die STEWEAG zur Verfügung zu stellen.⁷²

Das Kraftwerk am Teigitschbach sollte ein Flaggschiff des österreichischen Sanierungsprogramms und der Umsetzung der Genfer Anleihe werden, die Bundeskanzler Ignaz Seipel 1922 erfolgreich im Rahmen des Völkerbundes mit den Kreditgebern Großbritannien, Frankreich, Tschechoslowakei und Italien für insgesamt 650 Millionen Goldkronen verhandelt hatte. Als Gegenleistung verpflichtete sich Österreich, große Teile des Staatsbesitzes zu verpfänden, zu einem strengen fiskalischen Austerity-Regime mit Beamtenabbau, einschneidenden Sparmaßnahmen und keiner weiteren Geldvermehrung sowie zum Verbot eines Anschlusses an das Deutsche Reich. Die strenge Budgetkontrolle und die Kreditrückzahlungen überprüfte in Wien der „Generalkommissar

^[69] Handelskammer VV, 29.12.1925, S. 137, 139.

^[70] Ebd., 26.10.1923, S. 76–81.

^[71] Zur Leykam-Josefsthal vgl. die entsprechenden Passagen bei: Theodor Graf – Stefan Karner, 400 Jahre Leykam. Druck und Papier. Graz 1985.

^[72] Die Wasserwirtschaft, Nr. 14/1923, S. 173.



Schönaubücke mit Strommasten in den 1930er-Jahren

Quelle: Sammlung Kubinzky.

des Völkerbundes für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Österreichs“, Alfred R. Zimmermann, der bis dahin als hoch angesehener Bürgermeister von Rotterdam amtiert hatte. Im Zuge seiner Vororterkhebungen in den Bundesländern besuchte Zimmermann, begleitet von Landeshauptmann Rintelen, im Juni 1923 auch die Baustelle am Teigitschbach. Dabei zeigte er sich zur großen Erleichterung der STEWEAG und Rintelens nicht nur vom Baufortschritt selbst, sondern allgemein auch von der „Entwicklung des steirischen Wirtschaftslebens“ sehr angetan.⁷³ Zimmermann waren in den visitierten Unternehmen alle Firmenbücher vorzulegen; er führte etwa 1923 Buch über den Kassastand zum Jahresende 1922 und über die laufenden Einnahmen der Firmen.⁷⁴

Im Juni 1922 hatte das Parlament in Wien für die projektierten Fernleitungen das Elektrizitätswege-Gesetz⁷⁵ beschlossen. Damit wurde das Elektrizitätsrecht Bundessache und die Elektrizitätswirtschaft und der Bau von Hochspannungsleitungen erhielten den Status des „öffentlichen Interesses“. So konnten – gegen Entschädigung – mit behördlicher Genehmigung Leitungen auch gegen den Willen von Grundeigentümern errichtet und betrieben werden. Die steirische Handelskammer, in der vor allem Viktor Franz die Anliegen der E-Werke vertrat, begrüßte das Gesetz. Deutlich wurde in den Beratungen der Kammer die Wasserkraft forciert. Der Bau eines selbstständigen Kohlekraftwerkes, so Franz, „dürfe in der Steiermark kaum vorkommen [...] und kalorische Anlagen dürften lediglich als Hilfswerke zu Wasserkraftanlagen herangezogen werden“.⁷⁶ Eine Einschätzung, die bald revidiert werden musste.

Denn die Auseinandersetzung zwischen Wasser und Kohle war wirtschaftliches Kampfgebiet und der STEWEAG blies ein eisiger Wind entgegen. Die GKB als Eigentümerin der dem Kraftwerk Arnstein benachbarten Kohle trat sofort auf den Plan und bekämpfte die „weiße Kohle“ aus dem Teigitschbach, weil sie ihren Strom aus dem Dampfkraftwerk Bärnbach verkaufen wollte.

„Weiße“ Kohle gegen schwarze Kohle

Daher beherrschten die folgenden Jahre nicht nur der tägliche Kampf um frisches Kapital, sondern auch eine beinharte Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in der Strombereitstellung: „weiße“ Kohle (Wasserkraft) gegen schwarze Kohle: STEWEAG gegen GKB bzw. Hofbauer gegen Wutte. Der Ausgang schien völlig ungewiss. Denn mit Wutte hatte die GKB nicht nur einen politisch äußerst einflussreichen und gewieften Manager, sondern auch die vorhandene Kohle als dringend benötigte Primärenergie sowie die Sicherung Tausender Arbeitsplätze in die Waagschale zu werfen. Dagegen stand die STEWEAG zwar als Gesellschaft mit Landesbeteiligung, jedoch mit einem in sich nicht ganz einigen Management, einem eher konziliananten Manager an der Spitze, der noch nicht etablierten Wasserkraft und vor allem mit den geschilderten enormen Finanzproblemen. Die Verwertung der steirischen Kohle, vor allem aus Köflach, blieb in den folgenden fast 100 Jahren ein virulentes und vielschichtiges Problem der steirischen E-Wirtschaft und Politik.

An der Vollendung des Arnsteiner Kraftwerkes hing zweifelsfrei der Fortbestand des Unternehmens, so dass man alles daranzusetzen hatte, den Konkurrenten niederzuringen oder ins eigene Versorgungsnetz zu zwingen. Doch die GKB hatte die Nase vorne, war schneller. Das von 1920 bis 1922 mit rund 1.400 kW Leistung von der GKB zunächst zur Stromversorgung ihrer eigenen Betriebe im Voitsberg-Köflacher Kohlenrevier erbaute Dampfkraftwerk war mit 1. Juli 1922 in Betrieb gegangen. Es wurde ausschließlich mit minderen Kohlenqualitäten aus den Gruben der GKB betrieben und trug so zur intensiveren Nutzung und besseren Vermarktung der Köflacher Kohle bei, für die sich zu dieser Zeit bereits erste Absatzprobleme zeigten. Neben Bärnbach betrieb die GKB noch in Kalkgrub bei Schwanberg ein weiteres Dampfkraftwerk, das die Kohle aus den seit 1877 von der GKB erworbenen Gruben verheizte und das ab 1928 über eine 20-kV-Freileitung mit Bärnbach verbunden war.⁷⁷

Als ein Verkauf steirischer Kohle – wegen der starken ausländischen Konkurrenz – immer schwieriger wurde und die durchschnittliche Tagesförderung in den Kohlenrevieren der GKB um gut ein Drittel sank⁷⁸, steuerte die GKB entgegen. Zur Arbeitsplatzsicherung ihrer rund 5.500 Beschäftigten erhöhte sie die Leistung ihres Dampfkraftwerkes Bärnbach in Etappen von 1.500 kW auf 12.000 kW. Immerhin verbrauchte das DKW mit 210 Tonnen pro Tag dadurch rund 14 Prozent der Tageskohlenproduktion des Köflacher GKB-Reviers.

Auch über den Verkauf des in Zukunft erzeugten Stromes machte man sich auf Seiten der GKB bereits präzise Vorstellungen. So sollte der in Bärnbach erzeugte Strom über eine 107 Kilometer lange 60-kV-Fernleitung von Premstätten über Tobelbad, Graz und Bruck an der Mur bis nach Kapfenberg geleitet werden. Damit wäre die GKB direkt in Hoffungsgebiete der STEWEAG eingedrungen und hätte noch dazu mit ihrem viel rascher fertiggestellten Kraftwerk einen Zeitvorsprung in der Strombelieferung der dortigen Abnehmer auf ihr Konto verbuchen können. Zudem war inzwischen auch die STEWEAG bei der Landesregierung um die Konzession zur Errichtung einer Fernleitung von Graz nach Bruck/Mur sowie einer Verbindungsleitung von Arnstein nach Graz vorstellig geworden.

Der Kampf um den weiteren Ausbau des DKW Bärnbach wurde in der Folge zwischen GKB und STEWEAG vor allem im Grundsätzlichen, deshalb aber nicht minder hart, geführt. Eine Konzessionserteilung für diesen

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Die Wasserwirtschaft, Nr. 8/1923, S. 86.

⁷⁵ Elektrizitätswege-Gesetz, BGBl. Nr. 348/1922, v. 7.6.1922. – Das Elektrizitätsrecht, sowohl Gesetzgebung als auch Vollziehung, war in Österreich bis 1928 generell Bundessache. Es wurde durch die Gewerbeordnung, durch die darauf beruhende Konzessionsordnung vom 26.7.1922, durch die allgemeinen Bestimmungen über konzessionierte Gewerbe und durch das 1922 erlassene Elektrizitätswege-Gesetz ergänzt. Mit 1.10.1925 wurde das Gesetz dahingehend novelliert, dass die Grundsätze des Elektrizitätsrechtes Bundessache, die Erlassung und Vollziehung jedoch Landessache waren. Ausgenommen davon waren u. a. Typisierungen und Sicherheitsmaßnahmen sowie Starkstromleitungen, wenn diese über mindestens zwei Bundesländer führten. Handelskammer VV, 19.11.1928, S. 121ff.

⁷⁶ Verhandlungsschrift der o. Vollversammlung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Graz (= Handelskammer VV), am 25.10.1921, S. 155–158.

⁷⁷ Privatbestand Karner, Sammlung GKB sowie: Freundl. Mitteilung von Herrn Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz.

⁷⁸ Die Kohlenförderung in den GKB-Revieren sank von 2.805 t im Jahr 1922 auf 1.985 t im Jahr darauf. Zur Krise der GKB in den 1920er-Jahren, teilweise verursacht durch die „risikofreudige Unternehmensführung von Dr. Wutte“, vgl. Amschl, GKB, S. 42f.



Hofbauers Konzept zur Energieversorgung der Mittelsteiermark von 1922

Quelle: Privatbestand Karner, Sammlung E-Wirtschaft.

Ausbau wurde damit zum Präzedenzfall für weitere Projekte und zum ersten Prüfstein der Idee einer einheitlichen Landesstromversorgung in der Steiermark.

Wie nicht anders zu erwarten, fiel die erste Stellungnahme der STEWEAG zum GKB-Projekt negativ aus, Kernsätze der Argumentation der STEWEAG waren:

- Die Passivität der österreichischen Handelsbilanz, die nach Meinung der STEWEAG den Ausbau der heimischen Wasserkraftreserven notwendig machte.
- Die für den Versorgungskreis I (Mittelsteiermark) durch den Betrieb des ausgebauten DKW zu hohe Stromaufbringung (siehe Abbildung oben).
- Die Torpedierung des Auftrages der STEWEAG, ein einheitliches Fernleitungs- und Verbundnetz zu schaffen.

Schließlich warnte die STEWEAG die Landesregierung deutlich: „Das Land Steiermark hat die Garantie für unser Obligationsskapital übernommen und beabsichtigt, sich auch noch in ganz bedeutendem Maße durch Übernahme der Garantie für einen Auslandskredit bis zu fünf Millionen Franken an der Förderung des Unternehmens zu beteiligen.“

Auch der „Arbeiterwille“ wandte sich gegen das GKB-Projekt: „Nachdem die Hochkonjunktur für die Kohle vorüber ist, soll nun eine Umwandlung in elektrische Energie an Ort und Stelle erfolgen. Anstelle des Kohlenmonopols soll nun das Kraftmonopol treten, das die Konsumenten zwingt, elektrische Energie zu jenen Preisen abzunehmen, die der GKB genehm sind [...]. Dieser famose Schachzug soll der GKB für alle Zeiten Beschäftigung und große Gewinne sichern.“

In die gleiche Kerbe schlug auch der „Österreichische Kurier“. Unter dem Titel „Die Konzessionserweiterung für die Kraftzentrale des Herrn Dr. Wutte“ schrieb das Blatt: „Dieser alte Dreh mit den billigen Kohlenpreisen! – Hoffentlich klären die Herren aus dem Finze-Konzern⁷⁹ die Regierung recht bald auf, wie es in Wirklichkeit mit den billigen Kohlenpreisen aussieht, wenn der Herr Dr. Wutte einmal sein Ziel erreicht hat.“

Um vielleicht doch noch die weit auseinanderklaffenden Standpunkte auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, hielt die Steiermärkische Landesregierung nochmals Rücksprache mit den Vertretern der beiden Kontrahenten. Dabei erklärte sich die GKB zu folgenden weit in die innerbetriebliche Selbstbestimmung reichenden Zugeständnissen bereit:

- Die höhere Leistungsfähigkeit des DKW wird ausschließlich bei Ausfall des ersten Aggregates und im Notfall zur öffentlichen Stromversorgung (über Aufforderung des Landeshauptmannes) eingesetzt werden.
- Der im DKW erzeugte Strom wird auf die STEWEAG-Spannung transformiert, so dass die Einheitlichkeit des Landesnetzes gewahrt bleibt.
- Die GKB trifft mit der STEWEAG ein Stromlieferungsübereinkommen, wofür sich jedoch die STEWEAG verpflichtet, die Grube der GKB in Bergla mit elektrischem Strom zu versorgen.
- Um eine finanzielle Schädigung der STEWEAG zu vermeiden, wird der Strom aus dem ausgebauten kalorischen Kraftwerk von der GKB keinesfalls unter sechs Goldhellern/kWh⁸⁰ abgegeben werden.

Trotz der vielen, betriebswirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigenden Konzessionen der GKB war die STEWEAG mit dem Erreichten noch nicht zufrieden, zeigte sich nicht mehr kompromissbereit und forderte die vollständige Ablehnung des Konzessionsansuchens der GKB durch die Landesregierung. Unmissverständlich machte sie der Landesregierung klar, dass eine Bewilligung zur Vergrößerung des DKW ihre Chancen, ausländisches Kapital (das man dringend zur Fertigstellung des Kraftwerkes Arnstein brauchte) zu erhalten, zunichte machen könnte: „Es ist für einen ausländischen Kapitalisten sicher kein Ansporn, Geld für ein mittelsteirisches Kraftwerk anzulegen, wenn nebstdem ein kalorisches Konkurrenzkraftwerk entsteht.“

In dieser verfahrenen Situation entschied die Landesregierung. Halbherzig und nicht eindeutig. Zwar erhielt die GKB am 7. September 1923 die offizielle Bewilligung zum gewerbemäßigen Betrieb und weiteren Ausbau des

⁷⁹ Gemeint war hier die Allgemeine Verkehrsbank, die eine indirekte Verbindung zur GKB hatte und deren Verwaltungsrats-Vorsitzender Dr. Julius Finze von Lapp-Finze, Kalsdorf, war. Die Allgemeine Verkehrsbank AG wurde 1927 von der Bodencreditanstalt und nach deren Auflösung von der Creditanstalt-Bankverein übernommen. Nach: Finanz-Compass 1927. Wien 1928.

⁸⁰ Zur Umrechnung: 1 Kilowattstunde sind 1.000 Wattstunden, 1.000 kWh sind 1 Megawattstunde, 1.000 MWh sind 1 Gigawattstunde, 1.000 GWh sind 1 Terawattstunde (TWh). Siehe auch Anhang.

Dampfkraftwerkes, doch fehlte die Erlaubnis, den erzeugten Strom auch weiterliefern zu können. Weitere Konzessionsbedingungen der Landesregierung waren:

- Das Ausmaß des an Dritte gewerbsmäßig abgegebenen Stromes darf pro Jahr 6.000 kWh nicht überschreiten.
- Die zweite Dampfturbine von 6.000 kW Leistung darf nur als Maschinenreserve verwendet werden. Einzige Ausnahme: eine Krisensituation.

Beide Kontrahenten fochten die Entscheidung der Landesregierung an und erhoben Rekurs beim übergeordneten Bundesministerium für Handel und Verkehr. Die GKB, weil die Bewilligung zur Weiterleitung des im Dampfkraftwerkes erzeugten Stromes fehlte. Die STEWEAG, weil sie in der grundsätzlich positiven Erledigung des Konzessionsansuchens vor allem einen Bruch der ihr von der Landesregierung gemachten Zusicherungen sah und sich „in ihren Rechten auf das Empfindlichste verletzt“ fühlte. Außerdem kolportierte sie einen Ausspruch Dr. Wutttes, wonach „sich die GKB über die Einschränkungen der Stromabgabe schon hinwegzusetzen wissen“ werde.

Der Bundesminister für Handel und Verkehr, Hans Schürff, wies allerdings den Rekurs der STEWEAG ab und erteilte der GKB darüber hinaus auch noch die Konzession zur Verteilung des kalorischen Stromes in den Bezirken Voitsberg, Graz-Umgebung und Bruck/Mur, sofern der Bedarf in diesen Gebieten durch das Arnsteiner Kraftwerk der STEWEAG nicht oder nur ungenügend gedeckt werde. Dabei blieb es. Die STEWEAG hatte im Ringen um die „weiße Kohle“ nur einen Kompromiss erzielt, ihre Wasserkraft als Basis der steirischen Elektrizitätsversorgung fürs Erste etabliert, die Kohle blieb – trotz der erwiesenen Vorteile als schneller Energielieferant und als Ausgleichsenergie, vor allem im Winter, zunächst zweiter.

Auch ein Arrangement zwischen GKB und STEG, das DKW Bärnbach als Reserveanlage der STEG-Kraftwerke Deutschfeistritz und Lebring einzusetzen, war keine Lösung. Die Stromabgabe der GKB an die STEG durfte die Jahresmenge von 6.000 kW nicht überschreiten! Als Grund für die Beschränkung nannte Landesbaudirektor Georg Eichkitz: „Es würde damit die kalorische Großkraftanlage eine Bedeutung erhalten, welche ihr in einem Staat, wie es Österreich ist, nicht zukommt.“

Die GKB versorgte weiterhin mit ihren beiden Dampfkraftwerken in Bärnbach und Kalkgrub ein eigenes Verteilungsnetz, das sich vorwiegend in das Deutschlandsberger und Eibiswalder Gebiet erstreckte.⁸¹ Ein Vergleich der Stromerzeugung zwischen dem Kraftwerk Arnstein und dem DKW Bärnbach zeigt letztlich deutlich, dass die „weiße“ Kohle die schwarze Kohle verdrängt hatte.

In Finanznöten – das Engagement der Italiener

Nachdem man den unmittelbaren Konkurrenten GKB weitgehend ausgeschaltet und 1922 das Kapital auf ein Nominale von zehn Milliarden Kronen erhöht hatte,⁸² kam die STEWEAG etwas leichter an ausländisches Geld. Als erstes wurde man mit der Edison-Gruppe in Mailand handelseins. Landeshauptmann Rintelen hatte die Fäden gezogen, zweifellos in einem feinen Netz, das im Hintergrund Camillo Castiglioni gesponnen hatte.⁸³ Denn über die Banca Commerciale Italiana in Mailand hatte sich Castiglioni auch großen Einfluss in der Mailänder Edison-Gruppe gesichert, den er nun für die Anliegen der STEWEAG, vor allem jedoch für seine eigenen, einsetzte. In der Sitzung des STEWEAG-Exekutivkomitees am 19. Oktober 1923 zeigten sich die Verwaltungsräte auch pikiert über das Milliarden-Kronen-Engagement der Italiener, zumal es mit einem Kauf der Landesgesellschaft, mit dem persönlichen Engagement Castiglionis und einer weitgehenden Neubesetzung des STEWEAG-Verwaltungsrates verbunden war. Die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“⁸⁴, hinter der die Arbeiterkammer und die sozialdemokratische Gewerkschaft standen, kritisierte unter dem Titel „Verschacherungstendenzen“ am 15. November 1923: „Da ist zunächst die Angelegenheit der STEWEAG. In dem für den Ausbau der steirischen Wasserkräfte und damit für die ganze steirische Industrie ausschlaggebenden Unternehmen [...] sollen 60 Prozent der neu zu emittierenden Aktien an eine italienische Gruppe unter Führung von Castiglioni übergehen. Hatten Land und Stadt bisher 16 von 24 Mandaten im Verwaltungsrat [...], so sollen sie jetzt nur mehr zehn haben, die Majorität soll somit an das ausländische Privatkapital übergehen, die Tarifhoheit aufgeben und damit die steirische Industrie den ausländischen Banken überantwortet werden. Und es findet sich ein Landeshauptmann, der seinen politischen Einfluss benutzt, um den Finanzminister zur Durchdrückung der Bewilligung der Kapitalerhöhung zu bewegen, die die Voraussetzung des ganzen Geschäftes ist. Man versteht die erfolgreichen Bemühungen der Regierung, die Sozialisierungskommissionen bei der Bewilligung von Kapitalerhöhungen auszuschalten.“ Ein deutlicher Hinweis auf die in Österreich nicht erfolgte Sozialisierung/Verstaatlichung der großen Unternehmungen.⁸⁵ Durch den öffentlichen Druck in den Zeitungen und den politischen Druck auf Landeshauptmann Rintelen

⁸² Die Wasserwirtschaft Nr. 8/1923, S. 85f.

⁸³ Camillo Castiglioni (1879–1957), ein Rabbi-Sohn aus Triest, hatte sich über geschickte Finanzaktionen gesellschaftlichen Zugang zum Wiener Hof verschafft und war Berater der Anglo-Österreichischen Bank und 1904 Direktor der Semperit-Werke geworden. Während des Ersten Weltkrieges erwarb er über seine Depositen-Bank größere Anteile an verschiedenen Firmen, v. a. der Luftfahrt, handelte mit weichen Rüstungsgütern und stand 1918 als einer der großen Kriegsgewinner da. Über den Kauf von Aktienpaketen brachte er u. a. die Oesterreichische Daimler Motoren AG, die Grazer Puchwerke, die Brown-Boveri-Werke, Felten & Guillaume in Bruck/Mur, die Leykam-Josefsthal AG in Gratkorn, die Schoeller-Werke und die Feinstahlwerke Traisen in sein Firmenimperium. Dazu kamen Betriebe in Ungarn, Rumänien, Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und im Königreich SHS (Jugoslawien). Neben seinem industriellen Engagement betätigte sich Castiglioni Anfang der 1920er-Jahre auch als Kunstmäzen. Für Max Reinhardt erwarb und sanierte er in Wien das Theater in der Josefstadt und förderte großzügig die Salzburger Festspiele. Am Zenit seines industriellen Engagements, 1923, stellte Karl Kraus den Mäzen in seiner „Fackel“ als „Haifisch“ mit scharfen Zähnen an den politischen Pranger. 1924 brach sein Firmenimperium im Zuge einer falsch eingeschätzten Franc-Spekulation, die die Rothschilds eingefädelt hatten, zusammen. Castiglioni zog sich nach einem niedergeschlagenen Strafverfahren aus allen seinen Beteiligungen zurück und zog nach Berlin zu seinem seinerzeitigen Kompagnon Hugo Stinnes, mit dem er 1921 mit wenig Einlagekapital einen sehr bedeutenden Einfluss auf den größten österreichischen Betrieb, die Alpine Montan AG, erworben hatte. Eben dieses sensible Aktienpaket erwarben später die Ver. Stahlwerke Düsseldorf, die es 1937 an die Hermann Göring-Werke weiterverkauften. Nachdem Castiglioni auch bei BMW die Aktienmehrheit erworben hatte, emigrierte er – nach Hitlers Machtergreifung – in die USA und wurde zum Finanzberater mehrerer US-Banken. Während des Zweiten Weltkrieges lebte Castiglioni in der Schweiz, erhielt nach 1945 politisches Asyl in Italien und starb 1957 in Triest. Ein einziger finanzpolitischer Coup machte noch einmal auf ihn aufmerksam, als er Staatschef Tito in Washington bei einer Staatsanleihe unterstützte. Zu Castiglioni vgl. aus der umfangreichen biografischen Literatur v. a.: Dieter Stiefel, Camillo Castiglioni. Oder die Metaphysik der Haifische. Wien – Köln – Weimar 2012; Franz Mathis, Camillo Castiglioni und sein Einfluss auf die österreichische Industrie, in: Sabine Weiss (Hg.), Historische Blickpunkte. FS Johann Rainer. Innsbruck 1988, S. 423ff.; Reinhard Schlüter, Der Haifisch. Aufstieg und Fall des Camillo Castiglioni. Wien 2015. Ich beziehe mich hier auf meine vielfach gehaltenen Vorlesungen an der Universität Graz zu den „Kriegsgewinnern“ und Finanzjongleuren nach 1918: Castiglioni, Stinnes und Čuček.

⁸⁴ Nach außen traten als Eigentümer, Verleger und Herausgeber von „Arbeit und Wirtschaft“ Anton Hueber und als verantwortlicher Redakteur Eduard Straas, beide Wien I, Ebendorferstraße 7, auf. Gedruckt wurde das Blatt in der sozialdemokratischen „Vorwärts“-Druckerei im V. Wiener Bezirk. Vgl. Impressum 1922/23.

⁸⁵ An der Debatte beteiligten sich führende Ökonomen wie Gustav Stolper und die Politiker nahezu aller Coleurs, allen voran Otto Bauer und Ferdinand Hanusch. Vgl. Fritz Weber, Vor dem großen Krach. Österreichs Bankwesen der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe. Wien – Köln – Weimar 2016; Rudolf Gerlich, Die gescheiterte Alternative: Sozialisierung in Österreich nach dem 1. Weltkrieg, Wien 1980.

⁸¹ Das Verteilungsnetz der GKB umfasste sämtliche Gemeinden des Bezirkes Deutschlandsberg, 17 Gemeinden im Bezirk Voitsberg, zehn Gemeinden im Bezirk Leibnitz und drei Gemeinden im Bezirk Graz-Umgebung. Die Gemeinden waren damals in Fläche und Bevölkerungszahl wesentlich kleiner als heute. GKB-Archiv, Graz, E-Werk Südwest der GKB, Bezugsbedingungen.



Camillo Castiglioni

Quelle: Privatbestand Karner.

seitens der Sozialdemokraten musste sich Castiglioni mit 50 Prozent der STEWEAG-Aktien zufriedengeben. Dennoch zählte die STEWEAG nun auch zum Firmenimperium des Italo-Österreichers.⁸⁶ Mit dem zusätzlichen Kapital konnte andererseits am Hochdruckwerk Arnstein weitergebaut und über Leitungen die Stromversorgung für die Mittelsteiermark, den Versorgungskreis I, in Aussicht gestellt werden.⁸⁷

Eine von der Handelskammer in Graz in großem Stil abgehaltene Enquete über den weiteren Ausbau des steirischen Fernleitungsnetzes sollte Mitte November die entsprechenden Probleme ansprechen und die Richtung vorgeben:⁸⁸ Dabei ging es um die Gründung einer eigenen Gesellschaft für die Verteilung des Stroms, wie dies Rohshaendler vorgeschlagen hatte, dazu um Fragen der Rentabilität und Amortisation, des Stromkonsums, der Eigenverbraucher und der Preisbildung. Als Leitlinien für die Steiermark wurden formuliert: Die Landes-sammelschiene darf kein Monopolist und kein reiner Transporteur werden; sie muss auf privatwirtschaftlicher Basis als Aktiengesellschaft (Beteiligung durch die größeren E-Werke) mit beschränkter Rentabilität aufge-baut sein; eine freie Konkurrenz, ohne gesetzliche Erschwernisse, die den Strom verteuern, ist zu erhalten. Zur Deckung verstärkter Nachfrage soll per Ausschreibung der sich „bindend verpflichtende billigste Lieferant“

⁸⁶ Dieses sollte v. a. für den Bau von Pernegg verwendet werden. 50 Jahre STEWEAG, S. 23.

⁸⁷ Ebd., S. 57.

⁸⁸ Handelskammer, VV 16.11.1923. – Beilage. Zusammenfassung des Verlaufes der am 18. und 19. November abgehaltenen Enquete über den Ausbau des steirischen Fernleitungsnetzes (Landessammelschiene), S. 115–140. Teilnehmer der Enquete waren u. a. Generaldirektor Friedrich Schuster (Wien), Gewerke Hans Pengg, Viktor Franz (E-Werk Gösting), Ludwig Kranz, Hermann Bühlren, Viktor Wutte (GKB), Viktor d. Ä. und Viktor d. J. Czerweny, Joseph Rohshaendler (STEG) sowie Richard Hofbauer (STEWEAG). Als Experte beigezogen wurde auch der Vorsitzende des Verbandes bayrischer E-Werke, Direktor Langlotz (Isarwerke).

herangezogen werden; die Preise sollten je nach Zeitpunkt der Lieferung variabel sein: im Winter höher, im Sommer niedriger.⁸⁹

Arnstein – Zeichen der wirtschaftlichen Sanierung des Landes

Die Bauarbeiten am ersten STEWEAG-Kraftwerk bogen 1923/24 in die Zielgerade ein. Die wichtigsten Aufträge hatte ein neu gegründetes Syndikat aus steirischen und Wiener Wasserbaufirmen übernommen.⁹⁰ Zur gleichen Zeit erwarb die Grazer Firma Kranz die schon bestehende Teigitschmühle und adaptierte sie als Hilfskraftwerk, im Jahr darauf schaffte sie die elektrischen und maschinellen Ausrüstungen (drei Francis-Turbinen mit je rund 10.000 kW Leistung und Kräne) an. Nach dem Baubeginn der Langmannsperre und einer Druckrohrleitung konnte im Dezember 1924 mit dem Füllen des Stausees und im Februar 1925 mit dem Probetrieb des Werkes begonnen werden. Im Frühjahr 1925 lieferte man über eine 60-kV-Fernleitung bereits Arnsteiner Strom nach Graz und an die STEG und baute im Süden von Graz ein Umspannwerk als Verteilungszentrale für die Mittelsteiermark. Dazu kamen 1926 Fernleitungen (60- und 110-kV) von Graz über Bruck/Mur und Mürzzuschlag nach Ternitz mit den dazugehörigen Umspannwerken. Damit waren die obersteirischen Industrien und die Schoeller-Bleckmann-Werke zusammengeschlossen. Sehr schnell breiteten sich weitere Übertragungsleitungen in die benachbarten Gebiete wie ein Fächer aus: nach Weiz, Hartberg, Leoben und Kindberg, um nur die größeren Zentren zu nennen. Diese Leitungen waren für die zusätzlichen Strombezüge der örtlichen Elektrizitätswerke bestimmt.

Schließlich war es am 28. März 1925 so weit. Das erste STEWEAG-Kraftwerk am Teigitschbach bei Arnstein konnte feierlich eröffnet werden. Bundespräsident Michael Hainisch, Bundeskanzler Rudolf Ramek, die Landeshauptmänner der Steiermark, Anton Rintelen, und von Niederösterreich, Karl Buresch, die Bürgermeister von Wien, Karl Seitz, und von Graz, Vinzenz Muchitsch, sowie zahlreiche weitere Vertreter öffentlicher Einrichtungen und der am Bau beteiligten Firmen fuhren an die Teigitsch, um an der Zeremonie teilzunehmen. Arnstein stand für den Aufschwung nach der „Genfer Sanierung“, die der christlichsoziale Bundeskanzler Ignaz Seipel 1922 eingeleitet hatte.

Private E-Werksbetreiber wie Viktor Franz kritisierten allerdings die Monopolisierungstendenzen der steirischen E-Wirtschaft: „Mit der Eröffnung des Teigitsch-Werkes hat die Planwirtschaft eingesetzt!“ Kleinere Werke müssten nachziehen, von Gleichstrom auf Drehstrom umstellen und Graz setze zur Landesabgabe von fünf Prozent noch einen Anerkennungszins fest, „etwa für einen Leitungsmast zwei Schilling, für einen Meter Kabel einen Groschen“. Die Landespolitik wäre gefordert, so die Industriellen unisono, allein wie sollte dies geschehen, säßen doch „die selben Männer in der STEWEAG, die unsere Planwirtschaft betreibt“.⁹¹

Mitten in den Bankskandalen der 1920er-Jahre

Sehr bald schon erwiesen sich die Vorbehalte der Sozialdemokraten und eines Teils der Verwaltungsräte gegen Castiglioni als begründet, denn im Handumdrehen bestimmten nun die Italiener über die Strompreise der STEWEAG. Und diese schnellten in die Höhe: Gift für die Industrie, die ihre Konkurrenzfähigkeit einzubüßen drohte. Schließlich geriet 1925 mit dem Crash Castiglionis und der Krise zahlreicher kleinerer Banken in

⁸⁹ Handelskammer, VV 16.11.1923. – Beilage, Enquete, S. 131f.

⁹⁰ 50 Jahre STEWEAG, S. 55; Micke, STEWEAG, S. 9–11. 25 Jahre Teigitsch-Kraftwerk Arnstein. Graz 1950 (= 25 Jahre Arnstein).

⁹¹ Handelskammer VV, 29.12.1925, S. 143.

Österreich auch die STEWEAG in die politische Auseinandersetzung. Im Zentrum der engen Verfilzung von Politik und Wirtschaft, von Spitzenpolitikern, Beamten und Banken standen Landeshauptmann Rintelen, sein Nachfolger Franz Prisching sowie der stellvertretende Landeshauptmann und kurzzeitige Finanzminister Alois Ahrer. Am Ende des Korruptionsskandals standen Rücktritte von Finanzminister Ahrer, Landeshauptmann Prisching sowie die Demission der Bundesregierung unter Rudolf Ramek. Prisching beerbten zwei Kurzzeit-Landeshauptmänner, Alfred Gürtler und Hans Paul. Was jedoch in der zunehmend innenpolitisch aufgeheizten Situation in Österreich besonders schwer wog, war der ungeheure Vertrauensverlust der Christlichsozialen Partei des Landes, die sich bei den Landtagswahlen im April 1927 nur noch durch ein Wahlbündnis mit der Großdeutschen Volkspartei retten konnte.⁹²

Die Genese der Skandale zeigte die starke Verschränkung von Politik und Wirtschaft, das skrupellose Agieren Einzelner für eigene und vorgebliche Parteiinteressen. Im Detail: Zu den Aufgaben der 1920 von Landeshauptmann Rintelen gegründeten und mit Eigenkapital schlecht ausgestatteten „Steirerbank“ gehörte die kräftige finanzielle Unterstützung eines von den Steirern so bezeichneten „ökonomischen Neustarts“, einer Initiative gegen den Kurs von Bundeskanzler Seipel und Finanzminister Viktor Kienböck. Man forderte forsch eine offensive Wirtschaftspolitik, Investitionen in neue Technologien und in schnell wachsende Unternehmungen mit Zukunftspotenzial sowie das Lukrieren von Landes- und Bundesförderungen. Dazu kamen die heiklen Programmpunkte: Finanzierung der Christlichsozialen Partei⁹³ und die Wahrung privater Interessen Rintelens und seines Stellvertreters Ahrer. Abgesehen von den Förderungen für die Partei und ihre führenden Männer stand eine Art erster Deficit Spending Policy auf der Agenda, wie sie in den 1930er-Jahren, vor allem in den USA und unter Hjalmar Schacht auch im Deutschen Reich, praktiziert wurde. Die STEWEAG sollte eine erste Benchmark dieser neuen Wirtschaftspolitik werden: eine neue Technologie, eine Gesellschaft mit starker Landesbeteiligung, schnell zu erwartende finanzielle Erfolge und eine große Breitenwirkung. Das benötigte Geld sollte über Kapitalerhöhungen, Anleihen, private Investoren, Hilfen des Landes und über die „Steirerbank“ aufgebracht werden. Die Fäden im Hintergrund zog Rintelen.

Nachdem 1925 die „Steirerbank“ in Schwierigkeiten geraten war und die Finanzierung des „ökonomischen Neustarts“ wankte, gab ihr die Postsparkasse – über Vermittlung von Finanzminister Ahrer – einen unglaublich günstigen und „sittenwidrigen“ einprozentigen Kredit von einer Million Schilling und verbuchte diesen auf einem Sonderkonto der ebenfalls von den Christlichsozialen kontrollierten „Centralbank der deutschen Sparkassen“ in Wien. Zu ihrer Absicherung war Ahrer sogar bereit, Staatseigentum (die „Österreichische Tabakregie“ oder die Österreichischen Salinen) zu verpfänden und stellte aus eigener Machtvollkommenheit und ohne das Parlament damit zu befassen, eine große Geldsumme zu deren Rettung zur Verfügung – ein offener Affront.

Als Ahrer gegen den Willen von Bundeskanzler Rudolf Ramek auch beim Postsparkassenamt ähnlich vorging, musste er als Finanzminister am 15. Jänner 1926 zurücktreten – das erste politische „Bauernopfer“ für Rintelen. Nach einem sehr kurzen Intermezzo im steirischen Landtag floh Ahrer im Sommer 1926 Hals über Kopf nach

Kuba und Südamerika. „Wir wollten ihn alle nicht mehr sehen, damit konnten wir alle roten Pfeile auf ihn umlenken“, erinnerte sich Rintelen-Vertrauter Franz Huber.⁹⁴ Wie zu erwarten war, erschien Ahrer nicht vor dem U-Ausschuss des Parlaments. Vermutlich förderten die Christlichsozialen, vor allem Rintelen und Seipel, seine Absenz auch durch finanzielle Zuwendungen.⁹⁵

Der Verdacht von Betrug, Parteienfinanzierung, persönlichen Bereicherungen und vermuteter, indirekter Heimwehrfinanzierung traf besonders Landeshauptmann und STEWEAG-Vorsitzenden Rintelen. Dieser war im Juni 1926 im Kabinett Ramek Unterrichtsminister geworden und hatte das steirische „Minenfeld“ elegant hinter sich gelassen. Eventuell als Sprungbrett, um Bundeskanzler zu werden, eher jedoch, um den abgehalfterten Ahrer in Wien zu ersetzen, sein steirisches Netzwerk zu beteiilen und als Schutzherr der „Centralbank“ aufzutreten, die ein Schlüsselinstitut für seine Interessen geworden war. So hatte er „vorsorglich“ gerade noch aus einem Sanierungskredit für die „Centralbank“ einen 400.000-Schilling-Kredit für „seine“ „Steirerbank“ abzweigen können, die de facto zu einer Filiale der „Centralbank“ geworden war.

Ein von den Sozialdemokraten erzwungener parlamentarischer Ausschuss im zweiten Halbjahr 1926 hatte die dubiosen Geschäfte und Spekulationen der defizitären Banken, persönliche Bereicherungen, Erpressungen und Korruption aufgedeckt. So hatte man den zinsgünstigen Postsparkassen-Kredit und den letzten, von der „Centralbank“ abgezweigten Kredit an die „Steirerbank“ auch dazu verwendet, die Kreditschulden führender bürgerlicher und christlichsozialer Politiker und Beamter von insgesamt 685.000 Schilling einfach zu erlassen. Der ganze Korruptionssumpf zog weite Kreise und blieb auch im Ausland nicht verborgen. Für die angelaufenen Verhandlungen um eine größere Dollaranleihe, in erster Linie für den weiteren Bau von STEWEAG-Kraftwerken, eine denkbar schlechte Ausgangslage.

Zum Bankenskandal kam im Herbst 1926 der damit zusammenhängende, sogenannte STEWEAG-Skandal. Von 8. Juni bis 15. Juli 1926 war der Kurs der kaum wahrgenommenen Prioritätsaktien der STEWEAG fast um das Dreifache, von 2.500 auf 6.800 Schilling,⁹⁶ gestiegen. Der Grund lag im massiven Ankauf von Aktien durch das Land Steiermark unter Rintelen-Nachfolger Franz Prisching. Rintelen hatte die Aktion mit „Kurspflege“ begründet, um die Anteile des Landes an der STEWEAG zu steigern, falls sich ein italienischer Kreditgeber zurückziehen würde. Die Ankäufe wickelten die „Steirerbank“ und die „Agrarbank“ ab. Prisching hatte aber nicht nur den beiden Banken ein gutes Geschäft ermöglicht. Es mehrten sich bald Vorwürfe einer persönlichen Bereicherung durch den An- und Verkauf von STEWEAG-Aktien. Dazu flog auf, dass auch Hans Schüller, Chef der Landes-Finanzabteilung, und Max Pflieger, Präsident der Finanzlandesdirektion, aufgrund ihres Insiderwissens über die „Steirerbank“ privat Aktien an das Land verkauft und an der inszenierten Kursralley persönlich gut verdient hatten.

Der erste Geschädigte im Sommer 1926 war das Land Steiermark und damit der Steuerzahler. Die Gelder fehlten im Budget – mit ein Grund, dass das Land schon im Juni 1926 eine Fünf-Millionen-Golddollar-Anleihe im Ausland aufnehmen musste.⁹⁷ Ihre Rückzahlung belastete die Steiermark schon wenige Jahre später, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, schwer.

⁹² Zum folgenden Abschnitt über die Skandale im Umfeld Rintelens und die Auswirkungen auf die STEWEAG vgl., wenn nicht anders zitiert, die umfangreiche und die Wechselbeziehungen von Politik und Wirtschaft darstellende Arbeit von Alfred Ableitinger, Die Krise der Christlichsozialen 1925/27, in: Alfred Ableitinger – Martin Moll (Hg.), Licence to detect. FS Siegfried Beer zum 65. Geburtstag, Schriftenreihe des Instituts für Geschichte, Bd. 19. Graz 2013, S. 234–286, und: ders., Unentwegt Krise. Politisch-soziale Ressentiments, Konflikte und Kooperationen in der Politik der Steiermark 1918 bis 1933/34, in: Alfred Ableitinger (Hg.), Bundesland und Reichsgau. Geschichte der Steiermark, Bd. 9/I. Wien – Köln – Weimar 2015, v. a. S. 87–95.

⁹³ Wie dies etwa die von Karl Renner gegründete „Arbeiterbank“ für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs u. v. a. durchaus gesetzeskonform eine Zeit lang auch taten.

⁹⁴ Mitteilung Franz Hubers an den Autor, Graz 1987.

⁹⁵ Nachdem etwas Gras über die Skandale gewachsen war, kehrte Ahrer nach Österreich zurück und arbeitete als Rechtsanwalt. Ahrer starb 1962 in Wien.

⁹⁶ StLA, LT-LReg, K. 109 (1926–27). Bericht über Kursentwicklung der STEWEAG-Prioritätsaktien, 1926. Vgl. auch Finanz-Compass 1929, Wien 1930, S.1085f.

⁹⁷ Vgl. Siegfried Beer – Eduard Staudinger, Die Penetration Österreichs durch privates US-Kapital nach dem Ersten Weltkrieg am Beispiel der Steiermark, in: Herwig Ebner, u. a. (Hg.), FS Othmar Pickl. Graz – Wien 1987, bes. S. 57–61.

Prisching, oft als der „lustige Finanzdechant“ bezeichnet, war politisch nicht mehr zu halten und musste, auch wenn ihm viele Anschuldigungen nicht nachgewiesen werden konnten, am 28. September 1926 als Landeshauptmann zurücktreten. Die Position blieb einen Monat lang unbesetzt, weil man sich auf keinen neuen Landeshauptmann einigen konnte.

Eine Woche vor dem Rücktritt Prischings hatte die Zentralbank dem U-Ausschuss des Parlaments einen Bericht über die STEWEAG-Aktienankäufe des Landes während des Sommers erstattet. Die Wogen gingen in den Zeitungen abermals hoch, Tumulte auf der Straße waren Alltag geworden. Ebenso der raue Ton in der Landstube. Daraufhin wurde im Oktober 1926 ein U-Ausschuss des Landtages zur Causa „STEWEAG-Aktien“ eingerichtet, der bis Jahresende insgesamt 14 Sitzungen abhielt,⁹⁸ 21 Zeugen einvernahm und den Beweis anträgen aller Parteien Folge leistete. Die Beweislage schien erdrückend: Als Landesrat für Finanzen und als Landeshauptmann habe Prisching STEWEAG-Aktien „für sich mit Privatmitteln gekauft und verkauft sowie als Landeshauptmann und Finanzreferent für das Land forcierte Käufe durchgeführt⁹⁹, so dass ihm aus diesen Transaktionen materielle Vorteile erwachsen sind“. Prisching habe diese Aktienkäufe ohne Berechtigung und freihändig getätigt und einem entsprechenden Wink des sozialdemokratischen Abgeordneten Ludwig Oberzaucher keine Folge geleistet. Prisching und Oberzaucher waren auch die Hauptkontrahenten in den mehr als untergriffigen Redeschlachten.¹⁰⁰ Der Schlussbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des U-Ausschusses zeigte noch weitere Verknüpfungen des steirischen Netzwerkes von Rintelen und Ahrer, wie mit der Wiener Unionsbank, die mit der Grazer Genossenschaftsbank AG und mit Ahrer eng verquickt war, oder die tiefe Verstrickung der „Bank für Steiermark“ und der „Agrarbank“ sowie des Gutsbesitzers und zweiten Landtagspräsidenten Hannes Schreckenthal (Landbund) in die Machinationen.

„Diebstahl von Landesvermögen von einer organisierten politischen Bande“, wie etwa die „Arbeiterzeitung“¹⁰¹ schon im September 1926, als das ganze Ausmaß des Skandals noch gar nicht abzusehen war, titelte, waren noch harmlose Headlines. So bezeichnete der christlichsoziale Finanzlandesrat Adolf Enge schon 1927 die Fünf-Millionen-Golddollar-Anleihe des Landes als „kein gutes, sondern ein ruinöses Geschäft für das Land“. ¹⁰² Viel schlimmer und nachhaltiger war der politische Scherbenhaufen, den die Skandale in der Innenpolitik hinterlassen haben. Rede- und Schreiduelle im Landtag, vermischt mit antisemitischen Vorwürfen, Obstruktion, Dauerreden, „Pultdeckel-Lärmen“, kurz: ein Bild des vergifteten Klimas. Rintelen, aus Wien glücklos nach Graz zurückgekehrt und von den Christlichsozialen provokativ wieder auf den Schild gehoben, war für viele Abgeordnete als Landeshauptmann nicht mehr wählbar. Als Kompromiss- und Übergangskandidaten fand man Ende Oktober 1926, angesichts des Finanzsumpfes, den Finanzrechtler Prof. Alfred Gürtler.

Bei den Landtagswahlen im April 1927, nur wenige Monate nach den Schüssen von Schattendorf, die auf sozialdemokratischer Seite zwei Tote gefordert hatten, erlitt die steirische Einheitsliste von Christlichsozialen und Großdeutschen eine erdrutschartige Niederlage und verlor gegenüber 1923 rund zwölf Prozent der

Stimmen. Die Sozialdemokraten lagen nur noch knapp dahinter, gefolgt vom „Landbund“ mit 16 Prozent der Stimmen. Die Niederlage der Einheitsliste war deutlich und vor allem eine Folge der Skandale um die Banken, die STEWEAG, um Rintelen und Ahrer sowie des Antretens von Johannes Ude. Der Moraltheologe hatte mit seinen Forderungen nach einer „Diktatur der anständigen Menschen“ vielen Steirern aus der Seele gesprochen und auf Anhieb zwei Mandate erreicht. Doch sowohl Ude als auch der „Landbund“ (unter Franz Winkler und Franz Thoma) galten für die Regierungskoalition als unsichere Kantonisten. Christlichsoziale und Großdeutsche schafften gemeinsam im Landtag gerade noch eine bürgerliche Mehrheit. Die politische Wende im Land fand nicht statt. Neuer Landeshauptmann wurde Prof. Hans Paul, mehrfacher Rektor und Wasserbauer an der Technischen Hochschule Graz. Ihn hatten die Bauernvertreter in der Partei auf den Schild gehoben. Rintelen demissionierte als Parteiobmann und verhielt sich vorerst bedeckt. Seine Chancen, wieder Landeshauptmann zu werden, sanken allerdings gegen Null.

Die Skandale um die STEWEAG-Aktien und der Kampf gegen den 1927 von den Bundesbahnen¹⁰³ beabsichtigten Elektrifizierungsstopp hinterließen auch im Unternehmen Spuren. Die Landessammelschiene der STEWEAG lief Gefahr, einen Großkunden, die Österreichischen Bundesbahnen (BBÖ), endgültig zu verlieren, die steirische Industrie und Wirtschaft jedoch den Anschluss an eine moderne Bahn. So hoffte man in der Steiermark auf eine baldige Elektrifizierung der Semmering-Strecke, wofür die STEWEAG im April 1924 auch bereit war, den BBÖ Strom zu günstigen Preisen und Bedingungen zu liefern. Dennoch: Die Elektrifizierung der Bahnen wurde eingestellt und 1930 nur in den westlichen Bundesländern wieder aufgenommen. In der Steiermark erfolgte die Elektrifizierung der wichtigen Bahnstrecken erst zwischen 1960 und 1972. Das dazugehörige Umformerwerk wurde in St. Michael bei Leoben errichtet, allerdings aus dem Stromnetz der VERBUND AG gespeist. Der STEWEAG blieb die Strombelieferung von Bahnhöfen und Bahnanlagen in jenen Gebieten, in denen sie auch die Allgemeinversorgung betrieb, eine Strombelieferung für den Fahrbetrieb der Bahn seitens der STEWEAG erfolgte nie. Lediglich die STEG konnte – zurückgehend auf das frühe Engagement ihrer Kraftwerke Lebring und Peggau – bis in die 1980er-Jahre die Grazer Bahnhöfe mit Strom beliefern.¹⁰⁴

Die ersten Murkraftwerke: Lafnitzdorf und Pernegg

Trotz der Bankenskandale und der fast schon chronischen Finanznot gelang es der STEWEAG, sich innerhalb des österreichischen Verbundnetzes zu etablieren und innerbetrieblich zu konsolidieren. Parallel zu Arnstein wurde – teilweise mit dem Kapital der italienischen Geldgeber – nach Plänen des Architekten Fritz Haas¹⁰⁵ im Frühjahr 1925 mit dem Bau des Murkraftwerkes Pernegg begonnen. In diesem ersten Murkraftwerk der STEWEAG, errichtet als Ausleitungskraftwerk und bekannt wegen der architektonischen Gestaltung seines Wehrs, wurde das Wasser in einem offenen Kanal zum Kraftwerk mit drei installierten Francis-Spiralturbinen geleitet. Nach einem mehrmonatigen Probelauf ging das Werk 1928 mit einer Höchstleistung von 18 MW und einer Regeljahreserzeugung von 105 GWh in Betrieb.

⁹⁸ StLA, LT-LReg, K. 109 (1926–27). Berichte des Vorsitzenden des U-Ausschusses, LAbg. Dr. Viktor Hornik, über die Ergebnisse der Untersuchung an den Landtag v. 24.3.1927 (alt) und ebenfalls v. 24.3.1927 (neu).

⁹⁹ Eine Begünstigung von Banken oder von Politikern und Landesbeamten konnte LH Prisching letztlich nicht nachgewiesen werden.

¹⁰⁰ Mitglieder im LT-U-Ausschuss waren die LT-Abgeordneten: Viktor Hornik (Vorsitz), Dr. Ernst Kammerer, Reinhard Machold, Ludwig Oberzaucher, Raimund Riemelmoser, Johann Sagburg und Franz Winkler. Die erste Ausschuss-Sitzung fand am 1.10.1926 statt. Dazu die umfangreichen Ausschuss-Sitzungsprotokolle und Beilagen. StLA, LT-LReg, K. 109 (1926–27), Teil 1.

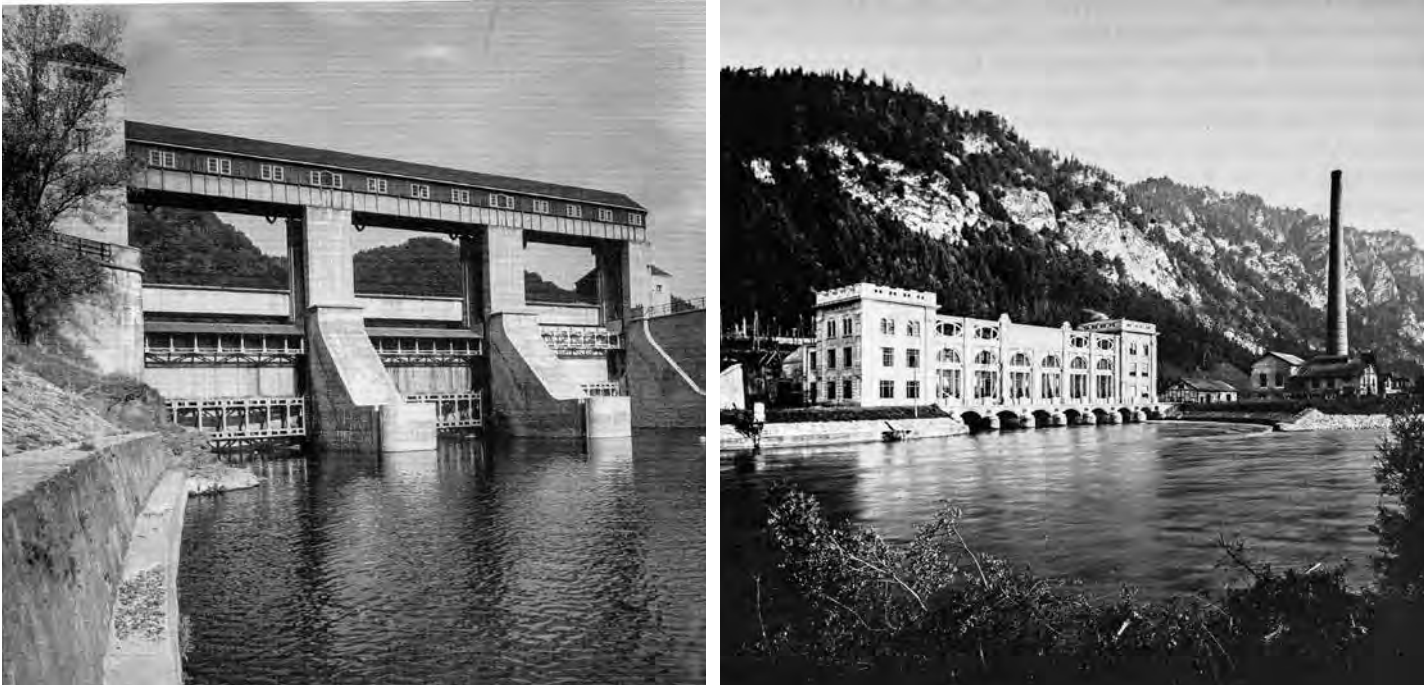
¹⁰¹ AZ, v. 17.9.1926

¹⁰² StLA, Protokolle LReg, 1925–1928. – Die Fünf-Millionen-Golddollar-Anleihe des Bundeslandes Steiermark wurde bei der New Yorker Bank „Baker, Kellog & Co“ aufgenommen.

¹⁰³ Zu den Bundesbahnen und ihrer Elektrifizierung vgl. zeitgenössisch v. a.: Oskar Vas, Grundlagen und Entwicklung der Energiewirtschaft Österreichs. Offizieller Bericht des Österreichischen Nationalkomitees der Weltkraftkonferenz. Wien 1930, S. 136–157 sowie: Alfred Horn, Eisenbahn-Bilderalbum. Die Zeit von 1918 bis 1938, Bd. 4. Wien 1998.

¹⁰⁴ Freundl. Mitteilung von VSt-Dir. a. D. Dipl.-Ing. Michael Schmeja, Graz.

¹⁰⁵ Prof. Fritz Haas (1890–1968) hatte sich besonders als Architekt von Kraftwerksbauten einen Namen gemacht. 1938–1942 war er Rektor der Technischen Hochschule Wien. Im Auftrag der Stadt Graz plante er die „Stadt der Volkserhebung“ nach NS-Vorstellungen in großzügiger Weise um. Ab 1942 plante Haas auch das Draukraftwerk Marburg-Felberinsel/Mariborski otok. – Valentin E. Wille, Die architektonische Inszenierung von Wasserkraftwerken, in: Blätter für Technikgeschichte, Bd. 69/70, 2007/08, S. 79–90; Hermann Grengg, Fritz Haas – ein Lebens- und Werksbericht, hrsg. vom Verein für Heimatschutz und Heimatpflege. Graz 1973.



**Außenansichten der Kraftwerke Pernegg und Peggau (rechts).
Zeugnisse aufwendiger Industriearchitektur zu Beginn des 20. Jahrhunderts**

Quelle: Privatbestand Karner.

Das nächste, größere Bauvorhaben der STEWEAG war die Anlage eines Speichersees im Einzugsbereich der Teigitsch. Im Tal des Packbaches wurden eine Staumauer und an deren Fuß ein kleines Kraftwerk errichtet sowie der sogenannte Packer Stausee 1931 fertiggestellt, vor allem zum Zweck, die Stromerzeugung des Kraftwerkes Arnstein den jahreszeitlichen Schwankungen des Strombedarfs besser anpassen zu können, weil sich die ursprünglich errichtete Langmannsperre für den Schwankungsausgleich als zu klein erwiesen hatte. So konnte man nun im Sommer Regenwasser speichern und dieses im Winter, wenn die Teigitsch wenig Wasser führte, dem Kraftwerk zuführen.

Expansion gegen die Weltwirtschaftskrise

Inzwischen hatte die Weltwirtschaftskrise, ausgehend von der Wall Street 1929 und in Österreich angeheizt durch den Zusammenbruch der Creditanstalt, die gute Konjunktur jäh gestoppt. Banken brachen zusammen, Industrien verloren Aufträge, ein Heer von Arbeitslosen und bald auch „Ausgesteuerten“, Armut und Hoffnungslosigkeit prägten den Alltag Hunderttausender Menschen. Die steirische Wirtschaft schlitterte binnen zwei Jahren in ihre bis dahin schwerste Krise. Und sie war stärker als in anderen Bundesländern (siehe Tabelle, Seite 49). Aus eigener Kraft der Krise entgegenzusteuern, etwa durch Landesinvestitionen, war wegen der scharfen Austerity-Politik der Bundesregierung und des eigenen begrenzten Haushalts kaum möglich. Lediglich längerfristige Investitionen und Förderungen für den weiteren Ausbau bereits projektieter Wasserkraftwerke sowie Stromleitungen und Umspannstationen blieben vom Sparstift weitgehend verschont. Weil sie arbeitsintensiv waren, gehörten sie zu den spärlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von Bund und Land.

So konnte man gegen Jahresende 1931 das Kraftwerk Laufnitzdorf fertigbauen und eröffnen, das wie Pernegg ein Ausleitungskraftwerk war, aber bereits mit Kaplan-Turbinen ausgestattet wurde. Mit einer Höchstleistung

von 16,5 MW und einer Regeljahreserzeugung von 108 GWh wurde Laufnitzdorf, dessen Wehr man bei Mixnitz errichtete, auch etwa gleich groß wie Pernegg.¹⁰⁶

Der Bau dieser Kraftwerke machte auch Übertragungsleitungen erforderlich, um den erzeugten Strom zu den Verbraucherzentren zu bringen. Als erstes entstand, wie erwähnt, die 60-kV-Leitung von Arnstein nach Graz-Süd, danach die gleich starke Leitung von Graz-Süd über das Umspannwerk Graz-Nord nach Pernegg, wobei man diese Leitung auch im Grazer Stadtgebiet als Freileitung mit Gittermasten entlang des rechten Murufers führte. Die von Pernegg in die obersteirischen und niederösterreichischen Industriegebiete errichtete Leitung hatte allerdings bereits eine Spannung von 110 kV.

Die neuen Anlagen und Erweiterungen erhöhten auch die Strombereitstellung (Eigenerzeugung und Fremd-bezug) der STEWEAG bis 1931 auf das Vierfache: von 46,1 GWh im Jahre 1927 auf 188,5 GWh im Jahre 1931. Im Jahr darauf verkaufte man – entgegen der Depression – bereits über 200 GWh,¹⁰⁷ ein Volumen, das lange nicht mehr erreicht werden konnte. Das Unternehmen war mit diesen ersten Kraftwerken und den Übertragungs-leitungen bis nach Niederösterreich zu Jahresende 1931 gut aufgestellt: mit einer installierten Gesamtleistung von rund 60 MW, zahlreichen Umspannwerken und einem Hochspannungsnetz von 420 Kilometern. Dazu kamen noch kalorische Reserven der Dampfkraftwerke Bärnbach und Kalkgrub, auf die man im Bedarfsfalle zurückgreifen konnte.¹⁰⁸

Die STEWEAG war in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ein Eckpfeiler des österreichischen Verbundbetrie-bes geworden und hatte im Wesentlichen verwirklicht, was die ersten Planungen der STEG vor und im Ersten Weltkrieg sowie der STEWEAG Anfang der 1920er-Jahre vorgesehen hatten. Die beiden Männer, die als treibende Kräfte hinter der Entstehung und dem Aufbau der STEWEAG gestanden waren, konnten diese Erfolge noch erleben. Beide, Richard Hofbauer und Josef Ornig, starben im Jahre 1935.

Konjunkturdaten Steiermark und Österreich 1929–1935

	Österreich	Steiermark
Unterstützte Arbeitslose	+59	+60
Einnahmen des Landes	–22	–13
Ertrag der Bundessteuern	–22	–27
Einlagenstand der Sparkassen	+19	+4
Einlagenstand der Raiffeisenkassen	+11	–14

Quelle: Gerundete Werte in Prozent, nach: WStJb 1936, S. 414f.

Entgegen der Lehrmeinung, in einer Rezession sinke auch die Nachfrage nach Energie, war der Strombedarf der STEWEAG ab Anfang der 1930er-Jahre gestiegen. Hatte man bis dahin mehr Strom erzeugt als verkauft werden konnte, so trat nunmehr der umgekehrte Fall ein. Bedingt durch viele neue Lieferverträge, vor allem jenem von 1931 mit der Stadt Wien (für den Absatz von Laufnitzdorf), stand die STEWEAG plötzlich vor der Notwendig-keit, selbst Strom einkaufen zu müssen, um auch die anderen Kunden beliefern zu können. Bei der Suche nach potenten aushilfsbereiten Stromlieferanten wurde für die STEWEAG abermals das DKW Bärnbach, das man noch einige Jahre zuvor hart bekämpft hatte, aktuell.

¹⁰⁶ Finanz-Compass 1936. Wien 1936, S. 927.

¹⁰⁷ 50 Jahre STEWEAG, S. 61.

¹⁰⁸ Finanz-Compass 1936. Wien 1936, S. 927.

Damit trat die steirische Kohle wieder stärker ins Blickfeld der Energiekonzeption der STEWEAG und des Landes. Fast ein Viertel der Stromerzeugung in den steirischen Großkraftwerken entfiel auf die Dampfkraft. Wasser und Kohle waren gemeinsam die Basis des industriewirtschaftlich orientierten Kraftwerksnetzes, vor allem der STEWEAG, geworden. Denn das seit seiner Gründung 1921 stark wasserwirtschaftlich orientierte Unternehmen verlegte sein Ausbauprogramm nun stärker auf Kohle und auf ein noch zu bauendes Dampfkraftwerk in Voitsberg.¹⁰⁹ Mit der GKB hatte man am 1. Juli 1937 ein wechselseitiges Energielieferungsübereinkommen abgeschlossen. Danach verpflichtete sich die GKB, für die STEWEAG dauernd eine Kraftwerksleistung von fünf MW zur Verfügung zu halten, wofür die STEWEAG sich bereit erklärte, jährlich 5,5 Millionen kWh aus dieser Leistung abzunehmen.¹¹⁰

Gründung der Ennskraftwerke

Einen weiteren wesentlichen Akzent ihrer Expansion setzte die STEWEAG an der Enns. Nach vielen Vorarbeiten seit Ende der 1920er-Jahre hatte man 1934, über maßgebliches Betreiben ihres Direktors Hermann Grengg, gemeinsam mit dem Land Steiermark die „Steirische Ennswerke GmbH“ gegründet und sich mit 60 Prozent am Aktienkapital beteiligt, um den Bau eines Kraftwerkes an der Enns im Gesäuse vorzubereiten.¹¹¹ Für das erste Kraftwerk an der Enns, in Hieflau, hatte die STEWEAG noch im September 1937 in Gstatterboden eine wasserrechtliche Verhandlung erreicht. Hermann Grengg gelang mit dem Projekt „Enns“ auch ein erster persönlicher Erfolg, der seine Position im Führungsmanagement der STEWEAG stärkte.

Die wilden Wasser der Enns in einem Kraftwerk zu bändigen, war ohne Zweifel eine planerische Großleistung, der anschließende Baubeginn scheiterte jedoch sowohl an einem Konkurrenzprojekt aus Oberösterreich als auch an der Einstufung des Bauvorhabens „Untere Enns“ als „bevorzugter Wasserbau“ im Jahre 1939 sowie an der NS-Großraumplanung, für die Hieflau doch nur ein kleines Projekt war.¹¹² Nicht viel besser erging es während der NS-Zeit im Übrigen den Ennsstufen in Oberösterreich, die trotz des großen Einsatzes von Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen bis Kriegsende nicht mehr fertiggestellt werden konnten.¹¹³ Hieflau, in der Zeit des Wiederaufbaus Ende der 1949er-Jahre auch als das „steirische Kaprun“ bezeichnet, wurde erst 1955/56 – nach Beendigung des Streits mit der VERBUND AG – eröffnet.¹¹⁴

¹⁰⁹ 50 Jahre STEWEAG, S. 27.
¹¹⁰ GKB-Archiv, 67R/Strom-Kohle. Vertragsschrift v. 1.7.1937.
¹¹¹ Finanz-Compass 1936. Wien 1936, S. 927.
¹¹² Siehe dazu: 50 Jahre STEWEAG, S. 29.
¹¹³ Adolf Brunnthaler, Strom für den Führer. Der Bau der Ennskraftwerke und die KZ-Lager Ternberg, Großraming und Dipoldsau. Weitra 2000; Oliver Rathkolb – Florian Freund (Hg.), NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“, 1938 – 1945. Wien – Köln – Weimar 2014 (= Rathkolb – Freund).
¹¹⁴ Siehe dazu auch: 50 Jahre STEWEAG, S. 34, 63 u. 69.

1931 bis 1945

1, 2 & 4 Innenansichten des Kraftwerks Dionysen*
3 Kriegsschaden beim Turmschaltergerüst (1945) 5 Materiallieferungen für das Kraftwerk Dionysen* 6 Einsatz von Zwangsarbeitern beim Bau des Kraftwerks Dionysen*



* Quelle: VERBUND

Elektrizitätswirtschaft im „Dritten Reich“

„Energie ist Waffe“

Eine hochentwickelte Schwerindustrie und gut ausgebildete, jedoch vielfach arbeitslose Arbeiter erkannten die Kriegswirtschaftsplaner des „Dritten Reiches“ als österreichische Assets schon vor dem „Anschluss“, als sie 1936 ihre Fühler nach den alpenländischen Ressourcen ausstreckten: nach Eisen, Stahl, Kohle, Erdöl, Erdgas und Elektrizität – die Grundlagen jeder Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie. Vor allem eine ausreichende Versorgung mit Energie wurde in der Kriegswirtschaft zur Waffe in der Rüstungsproduktion. Mit dem Vierjahresplan von 1936 hatte Hitler im Deutschen Reich das Tempo der Aufrüstung deutlich erhöht.¹¹⁵ Österreich, so sahen es die deutschen Planungen vor, sollte möglichst bald eine Million Tonnen Stahl pro Jahr und dazu Blei, Zink, Magnesit und Molybdän für die Rüstung sowie die Energieträger Holz, Kohle und Elektrizität liefern.¹¹⁶ Die Steiermark verfügte mit dem Erzberg und der Alpine-Montan bereits über Schlüsselanlagen im reichsdeutschen Besitz und über die von NS-Sympathisanten wie dem Alpine-Generaldirektor Anton Apold geführten Stahlwerke Judenburg, Zeltweg und Donawitz, weiters über die Edelstahlwerke von Böhler in Kapfenberg und von Schoeller-Bleckmann in Mürzzuschlag, über die Magnesitwerke in der Breitenau und in der Veitsch, über die Kohlengruben in Fohnsdorf, Seegraben und Köflach-Voitsberg wie auch über viele noch nicht ausgebaute Wasserkräfte.

Die alpenländischen Wasserkräfte standen an sechster Stelle des von Göring Ende März in Wien verkündeten „Aufbauprogramms für Österreich“. Große Kraftwerke und eine „Ostmark“-Verbundschiene sollten die NS-Vorzeigeprojekte in Österreich werden und elektrischen Strom für die chronisch unterversorgte deutsche Wirtschaft liefern, wie dies die Tiroler Landesgesellschaft TIWAG und die Vorarlberger Illwerke schon seit einiger Zeit in großem Umfang taten.¹¹⁷

Die Nationalsozialisten an den Schalthebeln der Unternehmen erfüllten, was ihnen die NS-Wirtschaftspolitik und Hermann Göring bei seinen Österreichauftritten in den ersten Wochen nach dem „Anschluss“ diktiert hatte. Für die österreichische Stromwirtschaft hieß das: Aufgabe der Eigenständigkeit, Ausbau der Wasserkraft- und Dampffressourcen, Stromlieferung nach Deutschland sowie Versorgung der kriegswirtschaftlich wichtigen Betriebe des Landes. Organisatorisch bedeutete dies, dass eine neue, reichseigene Elektrizitätsgesellschaft, die Alpen-Elektrowerke AG, die gesamte Stromerzeugung aus den größeren E-Werken Österreichs zu bündeln und in ein landesweites Verbundnetz zu integrieren hatte. Über dieses war dann der Energieausgleich mit den österreichischen Kraftwerken wie auch der Stromexport in das so bezeichnete „Altreich“ herzustellen. Um den

zu erwartenden großen Strombedarf einigermaßen zu decken, sollten das seit den 1920er-Jahren geplante Tauernkraftwerk Kaprun, ein Donaukraftwerk bei Ybbs-Persenbeug¹¹⁸ sowie ein Flusskraftwerk an der Drau bei Schwabegg errichtet werden.

Die STEWEAG war von diesen Ausbauplänen zunächst auch nur am Rande und nur insofern betroffen, als man durch die größer gewordene Nachfrage der steirischen Rüstungsbetriebe im Winter die Erzeugung aus Dampfenergie steigern musste.

Ihre Kraftwerke erhielten in den NS-Planungen zwar eine „wehr- und kriegswirtschaftliche Bedeutung“, die zunächst höher als jene der erzeugungsstarken Wiener E-Werke eingestuft wurde, doch verfügte die Steiermark über keine großen Bauvorhaben, die versprachen, Strom in großen Mengen und schnell zu liefern.¹¹⁹ Daher spielten die steirischen E-Werke in der Kriegswirtschaft nur noch in der zweiten und dritten Liga mit. Interessant für die Kriegsvorbereitungen des „Dritten Reiches“ war, dass die steirischen Dampfkraftwerke nahe an den Rüstungs- und Waffenproduzenten lagen und man diese, dank der Kohle und geringer Leitungsverluste, auch im Winter ausreichend beliefern konnte.

Gleichgeschaltet

Sehr schnell nach dem „Anschluss“ besetzte das NS-System die Spitzenpositionen in der steirischen Wirtschaft und Industrie mit NS-Sympathisanten und NSDAP-Mitgliedern: vom Rundfunk über die Verlage, Zeitungsredaktionen und Hochschulen bis zur Großindustrie. Parallel dazu setzte die „Entjudung“ der steirischen Wirtschaft und danach die Arisierung jener Betriebe ein, deren Eigentümer man verjagt, getötet oder in Konzentrationslager verbracht hatte. Nur ein kleiner Teil von ihnen konnte noch rechtzeitig durch Flucht und unter Leistung einer sehr hohen „Reichsfluchtsteuer“ entkommen. In vielen Orten wurden zu den Ortstafeln noch Zusatztafeln montiert, die anzeigten, dass der jeweilige Ort „judenrein“ geworden war. Insgesamt wurden in der Steiermark mehr als 1.500 Juden aus dem Land und aus dem öffentlichen Leben gedrängt.¹²⁰

In der STEWEAG wurde Kurt Konrad Tanzer sofort als Direktor abgesetzt und an seine Stelle der langjährige Abteilungsleiter, jedoch ausgewiesene Stromfachmann Karl Augustin, seit 1933 NSDAP- und ab 1938 auch SS-Mitglied,¹²¹ gesetzt. Neu in den Vorstand kamen von 1939 bis 1941 Dipl.-Ing. Alois Hölzl und Dr. Odo Pretner. Auch der STEWEAG-Aufsichtsrat wurde, neben den Vertretern der italienischen Società Finanziaria d’ Elettricità (Mailand),¹²² seitens des Landes mit führenden Nationalsozialisten besetzt: mit prov. Landeshauptmann und

^[1] Ybbs-Persenbeug sollte ursprünglich von der Rhein-Main-Donau AG gebaut werden, ESt-Archiv, Bericht über die Energieversorgung der Ostmark. Vermutl. 1940.

^[2] Die Wiener Großkraftwerke hatten 1937/38 insgesamt eine Nennleistung von 328 kVA, die steirischen hingegen rund 128 kVA. – Mf-T-71, R-102, 604047.

^[3] Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. 3. Aufl., Graz 1994 (= Karner, Steiermark im Dritten Reich), S. 171ff.

^[4] ÖStA, AdR, Res-Akten, 1956. 6A 5-56, 587001/56. Schreiben des BMin. a. D. und Rektors der Uni Graz, Univ.-Prof. Wilhelm Taucher, an Bundeskanzler Leopold Figl, v. 27.5.1955; Sachverhaltsdarstellung des BMI, GD für die Öffentl. Sicherheit, v. 16.9.1955; Totenschein, übermittelt durch BMaA, 18.4.1955. – Herrn HR Dr. Hubert Steiner, Wien, danke ich für seine Hilfestellung bei den Archivarbeiten. Dipl.-Ing. Karl Augustin galt, unabhängig von seiner politischen Orientierung als Nationalsozialist und SS-Führer, als exzellenter Fachmann auf dem Gebiet des Wasserbaus. Er wurde am 28. Oktober 1888 in Gleisdorf geboren, röm.-kath., war mit Helene Augustin verheiratet und wohnte in Graz (Panoramagasse 7). Augustin wurde am 1.3.1933 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer: 1,521.282), 1938 Mitglied der SS, im November 1941 SS-Hauptscharführer, am 21.6.1944 SS-Untersturmführer und ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD in der Steiermark. Neben seiner Position im Vorstand der STEWEAG (1936–38 gemeinsam mit Kurt Konrad Tanzer, siehe Compass 1936) wurde Augustin auch Gruppenfachwalter der Energiewirtschaft in der NSDAP Steiermark. Zu Kriegsende 1945 wurde Augustin in seiner Wohnung von sowjetischen Organen festgenommen und in die Sowjetunion verbracht (zu seinem weiteren Schicksal siehe die Kurzbiografie).

^[5] ESt-Archiv, Geschäftsberichte 1938 und 1939; ÖStA, AdR, BMF-VS 229175-15, AEW. Società d’ partecipazioni Azionarie, Roma, an STEWEAG, v. 13.10.1947.

Gauwahlleiter Sepp Helfrich¹²³ als Präsident, Gauhauptmann Armin Dadieu, Landesrat Alois Sernetz¹²⁴, Wirtschaftskammerpräsident Oskar Koppitsch¹²⁵ und Wasserbauer Hermann Grengg¹²⁶ als Mitglieder.

Entsprechend begrüßte auch der neue Verwaltungsrat des Unternehmens im Geschäftsbericht für 1937 den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich in einer Huldigungsadresse: „Unter dem tiefen Eindruck der jüngsten weltgeschichtlichen Ereignisse, die einen jahrhundertealten Wunsch des deutschen Landes Österreich verwirklicht haben, steht an der Spitze unseres Berichtes die Kundgebung des freudigen Dankes für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich und der Ausdruck der Bewunderung für den Schöpfer dieses Werkes, den Führer und Kanzler Großdeutschlands.“¹²⁷

Um dem deutschen Kapital einen direkten Zugriff auf die österreichische Elektrizitätswirtschaft zu sichern, bediente sich das NS-Regime, zum Teil gegen den Widerstand einiger österreichischer Gauleiter,¹²⁸ eines „Trojanischen Pferdes“: der „Vereinigten Industrie-Unternehmungen AG“ (VIAG) in Berlin.¹²⁹ Das nach der NS-Machtübernahme 1933 „arisierte“ Unternehmen hatte am 22. April 1938 die „Österreichische Elektrowerke AG“ gegründet und diese am 13. Mai 1938 in die „Alpen-Elektrowerke AG“, Wien, (AEW) umbenannt. Das Ziel dieser Aktion war klar: Zusammenfassung der wichtigsten österreichischen Player unter einem gemeinsamen Dach, den Alpen-Elektrowerken. Sie sollten auf österreichischem Gebiet Großkraftwerke errichten und den Strom in eine „ostmärkische“ Sammelschiene bringen, um ihn dann weiter nach Mitteldeutschland zu leiten. Als nächsten Schritt hatte die VIAG die „Österreichische Industriekredit AG“ (Inkredit), Wien, liquidiert und

deren Aktienanteile an zahlreichen österreichischen Firmen übernommen,¹³⁰ darunter auch den 3,3-Millionen-Schilling-Anteil der Inkredit an der STEWEAG.¹³¹

An der entscheidenden Beiratssitzung der Reichsgruppe Industrie in Wien nahmen unter Vorsitz des deutschen Industriellen und Hauptreferenten für den Vierjahresplan, Hans Kehrl, Minister Hans Fischböck¹³², der Tiroler Gauleiter Franz Hofer, Vertreter der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) und der VIAG teil. Von steirischer Seite wurden dazu der kurz zuvor zum AEW-Vorstandsdirektor ernannte Hermann Grengg, Franz Pichler als kommissarischer Leiter des Hauptverbandes der E-Wirtschaft in Österreich, der Generaldirektor des Grazer Gas- und E-Werkes Ernst Schobert sowie STEWEAG-Direktor Karl Augustin eingeladen.¹³³ Sehr rasch war klargestellt worden, dass die STEWEAG in die neue AEW übernommen werden sollte.

Doch da war noch das italienisch-österreichische Syndikat zu beachten, das eine Aktienmehrheit an der STEWEAG von rund 70 Prozent hatte, was die VIAG für „in keiner Weise gefährlich!“ hielt.¹³⁴ Das Syndikat bestand aus einer österreichischen Bankengruppe unter Führung der Creditanstalt in Wien und einer bedeutenden italienischen Finanzgruppe unter Führung der Societé Finanziaria di Elettricitá in Mailand, deren beider Engagement letztlich auf die Zeiten Castiglionis und Rintelens zurückreichten. Die österreichische Bankengruppe fand sich sofort zur Übergabe ihrer Aktienanteile und Industriebeteiligungen an das Deutsche Reich bereit, wobei CA-Vorstandsdirektor Baurat Erich Heller dabei eine treibende Kraft war. Dem Drängen gab auch die italienische Finanzgruppe nach und verkaufte ihre Aktien zu etwa der Hälfte des damaligen Kurswertes.¹³⁵ So gingen mit einem Schlag 765.833 STEWEAG-Aktien in den Besitz der VIAG und damit des „Großdeutschen Reiches“ über, das damit die Mehrheit am steirischen Landesversorger übernommen hatte. Heller belohnte man

^[123] Dipl.-Ing. Sepp Helfrich, geb. 1900 in Lugos/Banat, kam 1911 nach Graz, maturierte 1918 und meldete sich noch vor Kriegsende als Einjährig-Freiwilliger an die Italienfront nach Südtirol. Als Student der TH Graz nahm Helfrich mit den „Deutschen Studenten“ an den Kärntner „Abwehrkämpfen“ teil. Nach Absolvierung des Bauingenieur-Studiums trat er zunächst in den Dienst der Agrarbezirksbehörde Leoben, danach in die Agrartechnische Abteilung des Amtes der Landesregierung ein. Helfrich trat der NSDAP bei, wurde Kreisleiter für die Weststeiermark, 1936 illegaler Gauleiter der NSDAP. Am 12. März 1938 wurde Helfrich kommissarisch NS-Landeshauptmann der Steiermark, konnte sich jedoch gegen Armin Dadieu und Sigfried Uiberreither innerparteilich nie durchsetzen und gab die Funktion des Landeshauptmannes am 22. Mai 1938 an Uiberreither ab. Im Zuge des Revirements übernahm Helfrich schließlich die Landesbaudirektion und nach dem Aufbau der Reichsgauverfassung die Abt. V für Bauwesen und Wasserwirtschaft, die er bis Kriegsende 1945 führte. Im Entnazifizierungsverfahren zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, wurde Helfrich 1948 vorzeitig aus der Haft entlassen und wiederum im Landesdienst eingestellt. Zuletzt wirkte er als Agraroberbaurat. Politisch engagierte sich Helfrich in der ÖVP als Bezirksorganisationsreferent in Graz-Geidorf. Helfrich starb 1963 in Graz.

^[124] Dr. Alois Sernetz war NS-Landes-Handwerksmeister und Betriebsführer der Stahlbaufirma Ludwig Binder in Graz-Eggenberg. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 230f.

^[125] Dr. Oskar Koppitsch, geb. 1882 in Graz, heiratete in die Familie Carl Schweizer ein und wurde, nach einigen Praxisjahren im Unternehmen, Direktor der gleichnamigen Papierfabrik in Frohnleiten. Als Funktionär der Handelskammer Steiermark versuchte Koppitsch vor allem die Handelsbeziehungen nach Südosteuropa zu vertiefen. Koppitsch hatte zahlreiche Kammerfunktionen und war Präsident der Steiermärkischen Bank in Graz. 1939 trat Koppitsch der NSDAP bei und wurde – nach Dadieu – Präsident der Industrie- und Handelskammer in Graz und gleichzeitig Präsident der Wirtschaftskammer „Südmark“ (Kärnten und Steiermark), nach ihrer Teilung 1943 war er bis 1945 Präsident der Gauwirtschaftskammer Steiermark. Nach Kriegsende widmete er sich seinem eigenen Betrieb in Frohnleiten. Koppitsch starb 1958 in Graz. – Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 230; Stefan Karner, Maßgebliche Persönlichkeiten 1938 in Graz, in: Graz 1938. Histor. Jb. der Stadt Graz 18/19/1988 (= Karner, Maßgebliche Persönlichkeiten), S. 405.

^[126] Prof. Dr. Ing. Hermann Grengg war Leiter des Entwurfsbüros der STEWEAG und ab 1939 Vorstandsdirektor der neu gegründeten „Alpen-Elektrowerke“, Wien, geworden.

^[127] ESt-Archiv, Geschäftsbericht 1937, Grußadresse des Verwaltungsrates unter Sepp Helfrich.

^[128] ESt-Archiv, Beiratssitzung der Reichsgruppe Energie, v. 21.6.1938, auf der die „Trägerschaft“ der 100-prozentig reichseigenen VIAG für die E-Wirtschaft, nach dem Muster der Reichsbahn, besprochen wurde.

^[129] Die bereits 1923 gegründete VIAG wurde im „Dritten Reich“ eigentumsrechtlich und personell „arisiert“ (entjudet). Auf den Gebieten Aluminium (bis zu 70 Prozent der Produktion des „Dritten Reiches“), Stickstoff und Elektrizität wurde die VIAG zu einem der wichtigsten Konzerne der deutschen Aufrüstung und Kriegswirtschaft. Ähnlich den Reichswerken Hermann Göring hatte auch die VIAG vor allem den Auftrag, ein Großkonglomerat an Firmen in das Eigentum des NS-Staates zu bringen. Vgl. vor allem: Manfred Pohl, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), publiziert am 13. Mai 2014; in: Histor. Lex. Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/VIAG> (10.08.2020).

^[130] NA-Washington, General Records 1945–1950, File 2-530, p. 1-63. Inkredit, Aufstellung der Firmenbeteiligungen; ESt-Archiv, Beiratssitzung der Reichsgruppe Energie, v. 21.6.1938. – Zu den VIAG-Beteiligungen zählten u. a. die TIWAG (Tirol), wofür zuvor die Stadt Innsbruck zu entschulden war, die Österreichische Kraftwerke AG (ÖKA), die OKA (Oberösterreich) und die Stadt Linz. Ein Aktienpaket lag auch bei der Elektrobank in Zürich.

^[131] BA, R 2/13486. Kapitalerhöhung der VIAG. Bericht 25.6.1938. Der VIAG-Anteil an der STEWEAG von 3,331.250 Schilling errechnete sich aus dem Inkredit-Aktienpaket von 2,562.500 Schilling und seinem Buchwert zum Zeitpunkt der Übernahme von 130 Prozent. Die Inkredit hatte auch am E-Werk Wels (Gesellschaftskapital: vier Millionen Schilling) einen Anteil von 37,32 Prozent. ÖStA, AdR, BMF-VS, 320.467, 52521-15/46. Verteilung des Aktienpakets der Landes-EVUs.

^[132] Der Niederösterreicher Hans Fischböck, geb. 1895, Jurist, wurde nach dem Berchtesgadener Abkommen 1938 unter Kurt Schuschnigg österreichischer Staatsrat, zuständig für die Wirtschaftskontakte zum Deutschen Reich; nach dem „Anschluss“ Minister für Handel und Verkehr, Reichstagsabgeordneter, im Mai 1938 noch Minister für Wirtschaft und Arbeit sowie Finanzen. Nach der Reichspogromnacht 1938 war Fischböck ein Planer und Umsetzer der „Entjudung“ und „Arisierung“, v. a. der Wiener Wirtschaft. Im Mai 1939 wurde Fischböck Vorstandsvorsitzender der CA. Von 1939 bis 1945 war er Beigeordneter im Wiener NS-Stadtrat. Ab 1940 Mitglied der NSDAP (vordatiertes Eintrittsdatum zum 1.5.1938), ab 1940 Mitglied der SS, zuletzt SS-Brigadeführer und als Wirtschaftsführer Mitglied im „Freundeskreis Reichsführer SS“ (Himmler). Unter Seyß-Inquart war Fischböck in den Niederlanden wesentlich an den Arisierungen, dem Einsatz von Zwangsarbeitern und der Kriegsfinanzierung beteiligt; gegen Kriegsende übertrug ihm Albert Speer leitende Rüstungsagenden. Nach Kriegsende lebte Fischböck unter falschem Namen kurz in München, ehe er, vermutlich über die Organisation „Odessa“, nach Argentinien entkommen konnte. Als argentinischer Staatsbürger 1961 wieder nach Deutschland zurückgekehrt, dürfte Fischböck in Essen als Berater eines Stahlkonzerns tätig gewesen sein, ohne dass sein Wohnort ausfindig gemacht werden konnte. Ein österreichisches Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats führte zu keiner Verurteilung, 1957 wurde Fischböck in Österreich amnestiert. Fischböck, der sich nie vor Gericht verantworten musste, verstarb 1967 nahe Marburg/Lahn. Vgl. u. a.: Wolfgang Graf, Österreichische SS-Generäle. Himmlers verlässliche Vasallen. Klagenfurt – Ljubljana – Wien 2012, S. 202–204, 208f.; Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main, 2. Aufl., 2005, S. 151; Edith Blaschitz: NS-Flüchtlinge österreichischer Herkunft. Der Weg nach Argentinien. Jb. d. Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes: Schwerpunkt Exil. Wien 2003, S. 112; vgl. auch die entsprechenden Passagen bei: Gerhard Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration – Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1949–1945. Stuttgart 1984.

^[133] ESt-Archiv, Beiratssitzungen der Reichsgruppe Energie, v. 21.6.1938, 11./12.7.1938.

^[134] Ebd., Einschätzung von VIAG-Direktor Alfred Olscher.

^[135] BA, R 2/13487. Zusammenstellung der von der AEW übernommenen Werte, 9.7.1938. – Das STEWEAG-Gesellschaftskapital betrug zum 13.3.1938 27,750.000 Schilling, der Anteil der AEW am Nominalwert 2,677.525 Schilling (= 1,785,016 RM). Der Erwerbspreis wurde trotz des gestiegenen Buchwertes von 130 Prozent nur noch mit 2,329.8778 RM festgelegt. Der Verkauf erfolgte damit zum Wiener Börsenkurs vom Jänner 1938 (!). Der geschuldete Betrag selbst ging in das „Waren-Clearing“ (ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Italien für gegenseitige Warenlieferungen zu Weltmarktpreisen) ein und wurde ausreichend mit Waren abgedeckt. Vgl. auch Elisabeth Dietinger, Die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in der Steiermark von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert. Sowi-DA Graz 2003 (= Dietinger, E-Wirtschaft), S. 15, die sich bezieht auf Christian Mitteregger, Die betriebliche Entwicklung der STEWEAG unter besonderer Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse. Sowi-DA Graz 1989 (= Mitteregger, STEWEAG).

mit einem Vorstandsposten in der Berliner Holdinggesellschaft VIAG, die AEW konnte 1941 ihren STEWEAG-Anteil von 70,8 auf 75,5 Prozent erhöhen.¹³⁶

Im Wesentlichen entsprach dies einer deutschen Kapitalübernahme, wie sie etwa auch an den Tiroler Wasserkraftwerken, am E-Werk in Wels oder an den Pölswerken Knittelfeld, welche die AEW um 1,5 Millionen Reichsmark (RM) gekauft hatte, vorgenommen wurde.¹³⁷ Den Liquidationserlös der Inkredit verwendete die AEW vor allem für den Bau des NS-Prestigeprojektes Kaprun.¹³⁸ Mit dem Bau des Tauernkraftwerkes konnten zunächst zwar propagandistische Erfolge erzielt werden, allerdings stockte der Bau schon ab 1940 und war bald nur noch durch den Einsatz von Zwangsarbeitern unter härtesten Bedingungen aufrechtzuerhalten, ehe man 1943 die Bauarbeiten überhaupt einstellte.¹³⁹

Ausgleich mit der GKB

Das Kraftwerksprojekt Hieflau aus dem Jahr 1937 hätte der STEWEAG die notwendigen Strommengen bereitgestellt. Die neuen NS-Planungen sahen Hieflau allerdings nicht mehr vor. Als Alternative bot sich der STEWEAG nur die Erneuerung des Stromlieferungsvertrages mit der GKB, ebenfalls aus dem Jahr 1937, an. Mit der GKB wurde man sehr schnell handelseins: politisch, weil die Köflacher Kohle nun zur Alpine Montan/Reichswerke „Hermann Göring“ gehörte, und betrieblich, weil die STEWEAG mit der dort angesiedelten Dampfkraft wesentliche Strommengen erhalten konnte. Bereits im Oktober 1938 einigte man sich auf größere gegenseitige Stromlieferungen,¹⁴⁰ erwarb von der GKB größere Grundflächen¹⁴¹ und begann in Voitsberg in großem Tempo ein neues, großes Dampfkraftwerk zu bauen. Verbunden war dies mit der Hoffnung, in naher Zukunft auch das gesamte Leitungsnetz der GKB übernehmen zu können.

Das neue Dampfkraftwerk Voitsberg sollte nicht nur das alte GKB-Dampfkraftwerk in Bärnbach ersetzen, sondern war auch wesentlich leistungsstärker. Binnen drei Jahren, also 1941, ging das DKW Voitsberg mit einer Leistung von 40 MW in Betrieb.¹⁴² Per Vertrag verpflichtete sich die STEWEAG, die zum Betrieb des Dampfkraftwerkes Voitsberg nötige Kohle (aus Abfallkohle hergestellte Staubkohle), jährlich mindestens 25.000 Tonnen, ausschließlich aus den Bergbauen der GKB zu beziehen, wofür die STEWEAG der GKB im Austausch



verfahren den benötigten Strom lieferte. Mit der Sprengung des Dampfkraftwerkes Bärnbach 1943¹⁴³ hatte sich auch der Streit zwischen schwarzer und „weißer“ Kohle erübrigt, in der Kriegs- und Rüstungswirtschaft wurden sowohl Dampf- als auch Wasserkraft dringend benötigt.

1940 verkaufte die GKB dem „Gauversorgungsunternehmen“ STEWEAG schließlich den größten Teil ihrer Leitungs- und Transformatoranlagen sowie das gesamte Stromversorgungsgebiet.¹⁴⁴ Mit der Übernahme des GKB-Leitungsnetzes begann auch der Aufbau von schließlich sieben Betriebsbezirken (inklusive Graz-Stadt). Sie wurden aus unterschiedlichen Gründen und in verschiedenen Gegenden des Landes errichtet und standen organisatorisch in keinem Zusammenhang mit den Kraftwerken der STEWEAG. Vielmehr hatten die

¹³⁶ StLA, LReg-Präs. K 3449, STEWEAG, Bericht 9.4.1946. – Die STEWEAG-Aktien der italienischen Finanzgruppe gingen zum Nominale von 25 Schilling (Stand 1.1.1938) in reichsdeutschen Besitz über. Die Aktien der CA und anderer Aktionäre wie der Inkredit wurden zu einem etwas höheren Preis abgegeben. Vom Gesellschaftskapital der STEWEAG 1938 von 27,750.000 Schilling entfielen auf die Mailänder Gruppe 60 Prozent, auf das Land Steiermark 5,5 Prozent, auf die Stadt Graz 1,1 Prozent und auf verschiedene andere Aktionäre 33,4 Prozent. – ÖSStA, AdR, BMF-VS 320.467-35/37, GZ 52521-15/46. AEW und etwas ungenau: Dietinger, E-Wirtschaft, S. 15.

¹³⁷ BA, R 2/13487. Zusammenstellung der von der AEW übernommenen Werte, 9.7.1938. – Der Erwerbspreis für die Pölswerke betrug 1,583.028 RM.

¹³⁸ Im Zuge der Errichtung der Großglockner-Hochalpenstraße erfolgte Ende der 1920er-Jahre die Gründung des „Tauernkraftwerkes“ (Bau des Kraftwerkes Kaprun) durch die AEG/Berlin. Maria Magdalena Koller, Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1938–1947. Von den Alpelektrowerken zur Verbundgesellschaft. Phil. Diss. Graz 1985 (= Koller), S. 77.

¹³⁹ ESt-Archiv, Sammlung KW Kaprun, Schriftverkehr Gauleiter Rainer – Reichskommissar Bürckel und Gemeinde Gastein. 1938; ÖStA, AdR, BMF-VS [Vermögenssicherung] 320.467, AEW-Kaprun. – Nach 1945 wurde das Kraftwerk Kaprun zu einem „Mythos“ und ein Teil österreichischer Identität. Die Fertigstellung des Baus erfolgte v. a. mit Mitteln des ERP/Marshallplans der USA. – Vgl. u. a. die entsprechenden Ausführungen von Margit Reiter, Das Tauernkraftwerk Kaprun, in: Rathkolb – Freund, S. 127–198.

¹⁴⁰ GKB-Archiv, 67R/Strom-Kohle. Vereinbarungen v. 4. und 11. 10.1938; Stromlieferungsübereinkommen v. 14.10.1938.

¹⁴¹ Diese wurden der STEWEAG, nach zähen Verhandlungen und einem umfangreichen Briefwechsel, zu einem äußerst kulanten Preis von 83.– Pfennig pro Quadratmeter verkauft. GKB-Archiv, 70R/Stew.-Stp.

¹⁴² Zur Entwicklung des DKW und des Standortes Voitsberg vgl. Petra Neuherz, Der DKW-Standort Bärnbach-Voitsberg. Eine historische Betriebsanalyse. Sowi-Diss. Graz 2013 (= Neuherz); Walter Fraissler, Betriebsgeschichte des DKW Voitsberg unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes. Sowi-DA Graz 1988.

Betriebsbezirke Aufgaben eines Verteilnetzbetreibers zu erfüllen: die Errichtung und Instandhaltung der Nieder- und Mittelspannungsleitungen und der Hausanschlüsse, die Montage und Ablesung der Zähler, die Wartung der Umspannstellen (Transformatoren) sowie die Behebung von Leitungsstörungen. Beispielhaft soll hier der Betriebsbezirk Deutschlandsberg kurz dargestellt werden.

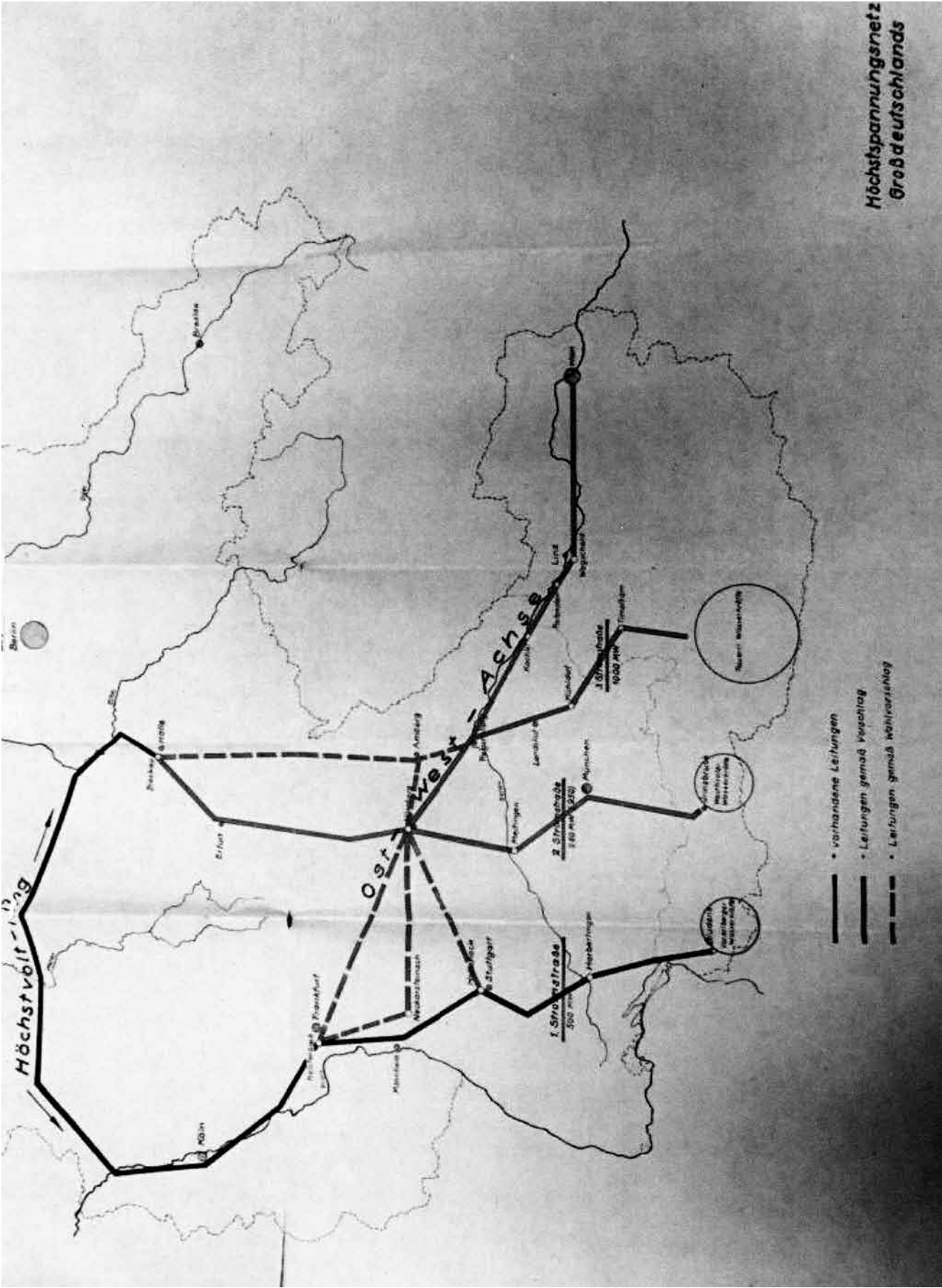
Die GKB hatte 1922/23 ihre beiden nahe an den Kohlenrevieren gelegenen Dampfkraftwerke Bärnbach und Kalkgrub in Betrieb genommen und mit einer 20-kV-Leitung verbunden, vorbei an Stainz, das von der STEG versorgt wurde, und weiter bis nach Deutschlandsberg. Damit war auch das Gebiet des künftigen GKB-Versorgungsgebietes umrissen, für das die GKB eine eigene Abteilung „Elektrizitätsversorgung Südwest“ einrichtete. Die in diesem Gebiet bereits vorhandenen kleinen E-Werke waren interessiert daran, zusätzlichen Strom zu beziehen. In strommäßig noch nicht erschlossenen Regionen wurden eigene „Lichtbaugemeinschaften“ gegründet und an das GKB-Leitungsnetz angeschlossen.

Weil das Elektrizitätswesen für die GKB an sich ein fremdes Geschäftsfeld war, brauchte sie entsprechendes Know-how. Dieses erhielt sie vom Strompionier Viktor Franz. So übernahm das E-Werk Gösting bei Graz 1932 auf Basis eines Betriebsführungsvertrages im Namen und auf Rechnung der GKB den Betrieb und den Ausbau des Leitungsnetzes im Bezirk Deutschlandsberg. Betriebsleiter wurde Erich, der Sohn von Viktor Franz. 1940 ging das gesamte GKB-Leitungsnetz an die STEWEAG, die in diesem Gebiet ihren Betriebsbezirk Deutschlandsberg einrichtete.¹⁴⁵

Strom nach Deutschland

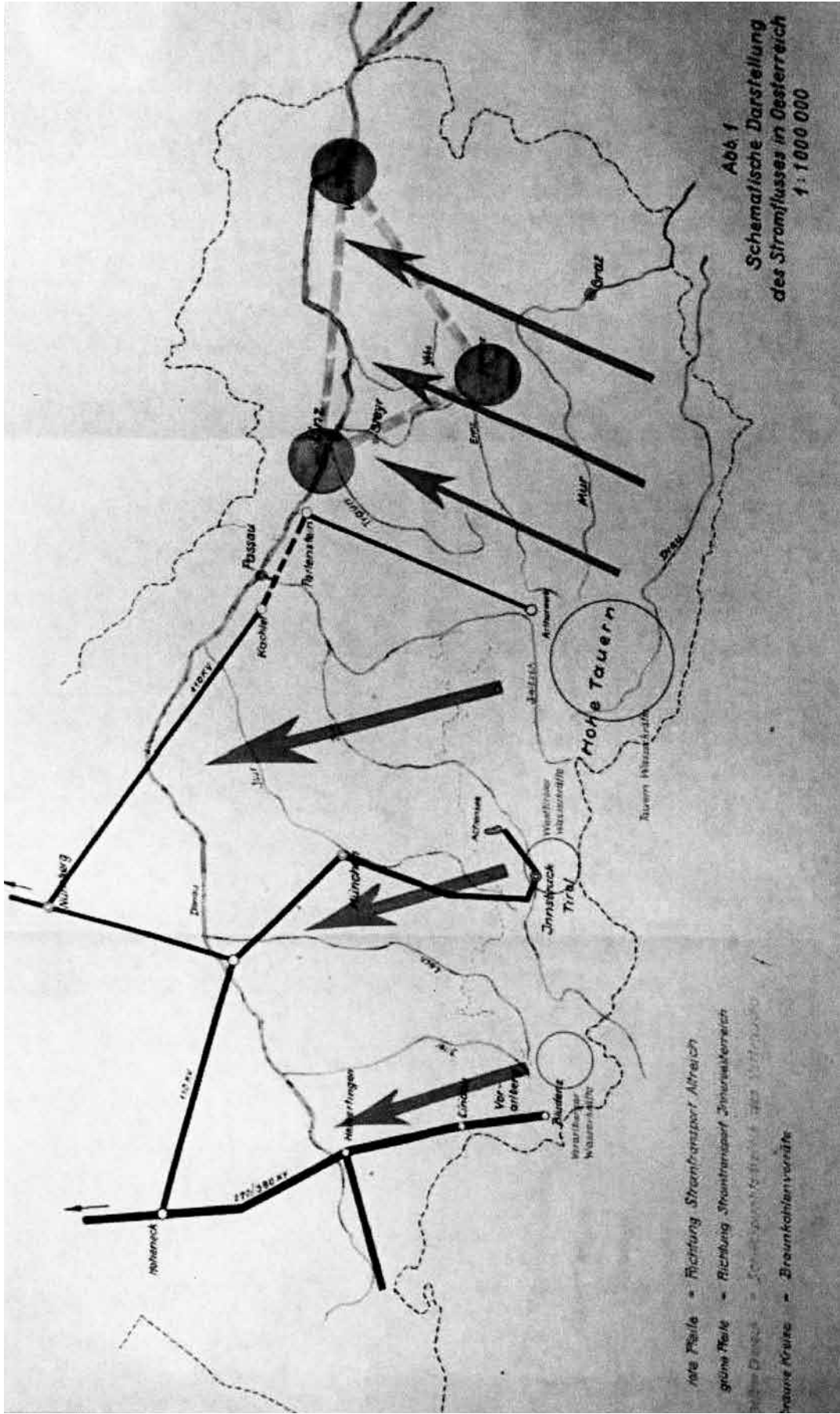
Nach den Direktiven Görings und den Ausführungen des Hauptreferenten für den Vierjahresplan, Hans Kehrl, sollte die Stromversorgung nicht nur auf dem „ostmärkischen“ Gebiet gesichert, sondern vor allem Strom aus den Alpen nach Deutschland geliefert werden, obwohl der Strombedarf im österreichischen Raum stärker stieg als im sogenannten „Altreich“.¹⁴⁶ Um die österreichische E-Wirtschaft für die Bedürfnisse der „Ostmark“ und des „Altreiches“ zu organisieren, waren die verschiedenen Planungen zu vereinheitlichen, die übergeordneten Stromleitungstrassen zu fixieren, die Strompreise für die Industrie, zulasten der Kleinkunden, zu senken,¹⁴⁷ ein leistungsstarkes „Ostmark“-Verbundnetz aufzubauen, neue Flussläufe für Kraftwerke zu erschließen, die Dampfkrafterzeugung zu erhöhen, Speicherwerke in den Alpen anzulegen, das deutsche Energiewirtschaftsgesetz¹⁴⁸ einzuführen und vor allem eine Prioritätsreihung der Maßnahmen festzulegen.¹⁴⁹

Die ersten großen Stromleitungstrassen sollten den Strom von Vorarlberg und Tirol nach Norden führen, die dritte Stromtrasse sollte vor allem das Tauernwerk in Salzburg mit dem deutschen Hochspannungsring verbinden und den Strom aus den Alpen in den Raum Nürnberg leiten. Die steirischen Kraftwerke, besonders jene der STEWEAG, sollten, ebenso wie Schwabegg¹⁵⁰ in Kärnten, über eine innerösterreichischen Verbundschiene an-



Planungen zur Integration der Alpenkraftwerke in die süddeutsche Verbundschiene 1938/39
Quelle: ESt-Archiv.

¹⁴⁵ Informationen von Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz, v. 2.2.2021.
¹⁴⁶ ESt-Archiv, Sammlung Kaprun, Statistiken 1938.
¹⁴⁷ ESt-Archiv, Beiratssitzung der Reichsgruppe Energie, v. 21.6.1938.
¹⁴⁸ ESt-Archiv, Schreiben der Bezirksgruppe Ostmark der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung, Wien, an Reichskommissar Bürckel, v. 22.12.1938. – Das deutsche Energiewirtschaftsgesetz wurde am 15.2.1939 auf das Gebiet der „Ostmark“ überbunden. ÖStA, AdR, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Fasz. 3845.
¹⁴⁹ ESt-Archiv, Stromversorgung Deutsch-Österreichs und ihre Eingliederung in das Altreich, Berlin 11.5.1938.
¹⁵⁰ Zum Bau und zur Integration des KW Schwabegg in die „ostmärkische“ Verbundschiene liegt umfangreiches Material im BA. R 4/173 (Reichsfinanzministerium) vor.



Geplante Stromlieferungen aus den Draukraftwerken in die Verbraucherzentren Wien – Linz – Obersteiermark und der Stromabfluss in das „Altreich“ 1938/39

Quelle: ESt-Archiv.

und zusammengeschlossen werden und überschüssige Strommengen in die dritte Stromtrasse einspeisen. Damit würden dem damals so bezeichneten „Altreich“ riesige Strommengen aus der „Ostmark“ zur Verfügung gestellt werden. Für die großen Stromlieferungen nach Deutschland, wie sie in den Grafiken dargestellt werden, spielte die STEWEAG keine oder nur eine sehr marginale Rolle. Ihre eigentliche Aufgabe während der NS-Zeit war die Versorgung der wichtigen steirischen Rüstungsindustrie.

Strom als Waffe

Im Dreieck Linz – Wien – Obersteiermark lagen die Stromverbrauchscentren. 1938 war man noch davon ausgegangen, mit der gegebenen Stromerzeugung, den zusätzlichen Erweiterungen des DKW Voitsberg und dem neuen Draukraftwerk Schwabegg¹⁵¹ den Leistungsbedarf für die nächsten Jahre decken zu können. Eine völlige Fehlannahme. Schon im Winter 1938/39 waren die Anlagen der Gemeinde Wien bis zur äußersten Grenze belastet, eine rasch errichtete Dampfturbine brachte kaum Entlastung, die Stromlieferverträge von Wien und Niederösterreich deckten schon nach Kriegsbeginn im Herbst 1939 die Versorgung beider Länder nicht mehr ab.¹⁵²

Daher wurden noch 1938 der Strombedarf der steirischen Industriebetriebe, deren Eigenerzeugung und Fremdbezug erhoben (siehe Tabelle, Seite 62). Dabei zeigte sich, dass die steirischen Betriebe 1938 noch durchwegs in der Lage waren, ihren Bedarf zu rund drei Viertel durch Eigenerzeugung zu decken. Nur jede vierte Kilowattstunde war vertraglich geregelter Fremdbezug und kam vor allem aus dem Netz der STEWEAG; für die Leykam, die Mürztaler und Mayr-Melnhof auch aus dem Netz der STEG.¹⁵³

¹⁵¹ So schätzte man im Mai 1938, dass die zusätzliche Strommenge durch die Erweiterungen rund 4,5 Millionen kWh betragen werde. – ESt-Archiv, Stromversorgung Deutsch-Österreichs und ihre Eingliederung in das Altreich, Berlin 11.5.1938.

¹⁵² ESt-Archiv, Bericht über die Energieversorgung der Ostmark, o. J., vermutlich 1941, S. 3f.

¹⁵³ ESt-Archiv, Anlagen zum Bericht über die Energieversorgung der Ostmark, o. J., vermutlich 1941, Zahlentafel II, S. 1–34.

Der Strombedarf der steirischen Industrie und seine Bedeckung 1938 (in Millionen kWh)

Unternehmen	Strombedarf	Eigenerzeugung	Fremdbezug	Überschuss
Steir. Gußstahlwerke, Judenburg	19.860	6.112	13.756	12
Eisenwerke Krieglach	2.603	2.758	0	155
Rottenmanner Eisenwerke	8.652	9.107	0	455
Joh. Pengg, Thörl	2.940	3.267	0	327
Böhler, Kapfenberg	38.011	10.963	28.048	1.000
Schoeller-Bl., Mürzz. u.Ternitz	38.579	7.559	31.020	0
Styria Judenburg	3.568	3.340	228	0
Vogel & Noot, Wartberg	3.426	3.666	0	240
Grazer Waggonfabrik	350	0	350	0
Felten & Guillaume, Diemlach	9.000	8.544	456	0
GKB, Köflach	7.262	6.567	695	0
Pibersteiner, Leoben	1.520	1.688	0	168
Alpine Montan, RW H. Göring	104.909	96.302	8.607	0
Veitscher Magnesit	3.685	2.029	1.656	0
Mürztaler Holz und Papier	10.235	8.067	2.168	0
Mayr-Melnhof, Frohnleiten	6.616	7.448	0	832
Schweizer, Frohnleiten	11.614	11.905	0	291
Brigl & Bergmeister, Niklasdorf	29.925	29.935	0	10
Pölser Zellul. u. Papier	12.694	13.320	0	326
Guggenbacher Papier	10.730	4.890	5.840	0
Leykam Josefthal, Gratkorn	35.770	39.780	0	4.010
Zellulosefabr. St. Michael b. L.	3.040	3.180	0	140
Leibnitzer Baumwollspinn.	2.446	2.666	0	220
Borckenstein, Neudau	1.913	2.126	0	213
Solo, Deutschlandsberg	441	410	31	0
Summe	369.789	285.629	92.855	8.399

In der Aufstellung fehlen u. a. die Reichsbahn, die Andritz AG in Graz-Andritz, die Elin AG in Weiz und das Puchwerk in Graz, weshalb der Gesamtbedarf der größeren steirischen Industriebetriebe höher anzusetzen ist. Die Elin AG wurde von den Pichlerwerken, die Maschinenfabrik Andritz AG und die Puchwerke von Eigenanlagen und der STEWEAG versorgt.

Die Erhebung zeigte, dass sich die Steiermark 1938 mit Strom zwar selbst versorgen konnte, jedoch mit der Inbetriebnahme stillgelegter Betriebe, wie der Weitzer Waggonfabrik in Graz, der erhöhten Produktionsnachfrage aus der „Kriegswirtschaft im Frieden“ und durch die neuen Aufträge für die deutsche Rüstung ein zusätzlicher, enormer Bedarf entstehen würde. So stieg bis Jahresende 1938 der Stromabsatz an die steirische Industrie um zehn Prozent, während die zur Verfügung stehende Wasserkraftmenge wegen der schwachen Wasserführung der Flüsse um neun Prozent gesunken war, sodass man um 14 Prozent mehr Strom aus anderen Kraftwerken

zukaufen musste.¹⁵⁴ Und das schon sehr schnell. Denn zusätzlich zu den in untenstehender Tabelle genannten Unternehmen wurden in den folgenden Jahren eine ganze Reihe von Firmen zu Rüstungsbetrieben erklärt und waren damit prioritär auch mit dem notwendigen Strom zu beliefern. 1944 hatte die Steiermark über 200 Rüstungsbetriebe, der Strombedarf war entsprechend gestiegen.

Die steirischen Rüstungsbetriebe 1938/39

Gebrüder Böhler & Co AG, Kapfenberg
Felten & Guillaume AG, Bruck-Diemlach
AG der Austria Emailwerke, Knittelfeld
Maschinenfabrik Andritz AG
Ludwig Binder & Co, Graz
Elin AG, Weiz
Lapp-Finze AG, Kalsdorf
Alpine-Montan AG, Donawitz
Johann Pengg, Thörl
August Sattlers Söhne, Graz
Jakob Rathleitner, Graz
Schoeller-Bleckmann AG, Hönigsbg. u. Mürzzu.
Steirische Gußstahlwerke AG, Judenburg
Steyr-Daimler-Puch AG, Graz
Treiber & Co, Graz
Grazer Waggonfabrik AG, Graz
Pengg-Walenta, Graz
Robert Bieber, Graz
Franz Rieckh, Graz
Rottenmanner Eisenwerke AG
Hutter und Schrantz, Pinkafeld
Brüder Assmann, Leibnitz

Quelle: Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 239f.

Nachdem die AEW im Frühjahr 1939 die STEWEAG-Aktien mehrheitlich erworben hatte, wurden die energiewirtschaftlichen Ziele des Unternehmens, die sich nicht in allen Punkten mit denen der AEW deckten (obwohl Hermann Grengg Vorstandsdirektor der AEW geworden war und beachtlichen Einfluss hatte), zunehmend den Bedürfnissen des süddeutschen Raumes untergeordnet.

¹⁵⁴ EST-Archiv, Bericht des Verwaltungsrates, Geschäftsbericht 1938 und Reichsmarkeröffnungsbilanz zum 1.1.1939, beide vorgelegt am 26.5.1939. Bis zur Anwendung des deutschen Aktienrechtes spiegelte der Verwaltungsrat die starke Beteiligung der italienischen Finanzgruppe an der STEWEAG wider, wobei der Verwaltungsrat auch als Vorstand fungierte. Ihm gehörten an: prov. NS-Landeshauptmann Dipl.-Ing. Sepp Helfrich (Präsident), Dr. Ing. Mario G. Soldini (Vizepräsident), Werner Axt, Dr. Ing. Giuseppe Cenzato, NS-Landesstatthalter Prof. Dr. Ing. Armin Dadiou, Prof. Dr. Ing. Hermann Grengg, Francesco Idone, Dr. Oskar Koppitsch, Dipl.-Ing. Hermann Leonardo, Viktor Von der Lippe, Dr. Giovanni Malvezzi, Dr. Ing. Giuseppe Romagnoli-Mosca, Landesrat Dr. Alois Sernetz, Dipl.-Ing. Robert Steiner. Als Direktor arbeitete Dipl.-Ing. Karl Augustin. Ab 22. Juni 1939 wurde das deutsche Aktienrecht umgesetzt, der Verwaltungsrat durch einen Aufsichtsrat ersetzt, der die neue Eigentümerstruktur widerspiegelte, und ein dreiköpfiger Vorstand bestellt. Der NS-Aufsichtsrat der STEWEAG setzte sich folgend zusammen: Landesstatthalter (später NS-Gauhauptmann) Prof. Dr. Ing. Armin Dadiou (Vorsitz), Dr. Alfred Olscher (VIAG), Werner Axt (AEW), Prof. Dr. Ing. Hermann Grengg (AEW), Otto Neubaur (VIAG), Dipl.-Ing. Ernst Schobert (Stadtwerke Graz), Landesrat und NS-Gauhandwerksmeister Dr. Alois Sernetz, Dr. Ing. M. G. Soldini (Mailand) und Dipl.-Ing. Robert Steiner (AEW). Der Vorstand bestand aus Dipl.-Ing. Karl Augustin, Dipl.-Ing. Alois Hölzl und Dr. Odo Pretner.

Steiermark: hinten anstellen

Daher hatten in der Stromversorgung der „Ostmark“ der Raum Wien, die Hochspannungsleitungen in Richtung „Altreich“ und der Ausbau der oberösterreichischen Kraftwerke (OKA) Vorrang,¹⁵⁵ die steirischen Belange jedoch Nachrang (siehe Abbildung Karten, Seiten 59 und 60). Davon ausgenommen waren nur der Einbau einer 20.000-kW-Maschine im STEWEAG-Dampfkraftwerk Voitsberg, die 110-kV-Leitung der AEW von Voitsberg nach Klagenfurt¹⁵⁶ und die Planung einer weiteren 110-kV-Leitung der AEW vom geplanten Draukraftwerk Lavamünd nach Donawitz, um den Strombedarf des Stahl- und Rüstungswerkes zu decken.

Um die Leitung von Voitsberg nach Klagenfurt und die Trassenführung im Lavanttal entspann sich im Frühjahr 1939 ein etwas kurioser Streit. Obwohl die Trassenführung schon im Dezember 1938 abgesteckt, von Göring ihre hohe Dringlichkeit erklärt wurde und das Leitungsmaterial bestellt war, beeinspruchte das Luftgaukommando 17, Wien, Ende März 1939 die Trassenführung in den Bereichen Grutschen und St. Stefan, um das Lavanttal „gegebenenfalls für die Notlandung von Flugzeugen der Luftwaffe freizuhalten“. Die AEW argumentierte, bei einer derart exzessiven Auslegung des Luftverkehrsgesetzes könnte in den Alpentälern keine wirtschaftlich sinnvolle Errichtung von Freileitungen mehr erfolgen. Zudem wären, so die AEW, die gestellten knappen Bautermine bei einer weiteren Verzögerung nicht mehr einzuhalten, und außerdem seien noch genügend Flächen für eventuelle Notlandungen von Flugzeugen vorhanden.¹⁵⁷ Die AEW setzte sich mit Hilfe des Reichskommissars Joseph Bürckel durch, die notwendigen Grundablösen und teilweisen Enteignungen wurden im Sommer 1939 gemeinsam mit der projektierten Leitung Lavamünd – Donawitz vorgenommen und beide Leitungen zügig gebaut.¹⁵⁸

Zu Jahresbeginn 1939 kaufte die STEWEAG das E-Werk Liezen und übernahm die Oststeirisch-burgenländische Wasserkraftwerke AG (Ostburg), an der man bereits seit 1927 die Aktienmehrheit erworben hatte.¹⁵⁹ Das wesentlich vom Grazer Industriellen Ludwig Kranz aufgebaute Unternehmen hatte ein E-Werk im oststeirischen Kleinlungitz und verteilte den Strom im Raum Hartberg – Oberwart. Dazu verfügte die Ostburg bereits über ansehnliche 180 Kilometer Hochspannungsleitungen, 56 Transformatoren und 38 Ortsnetze. Damit arrondierte die STEWEAG ihr Verteilungsgebiet in den drei Bezirken des Südburgenlandes, das ab Oktober 1938 der Steiermark zugeschlagen wurde. Die Übernahme der Ostburg und des E-Werkes Liezen führten zur Gründung der STEWEAG-Betriebsbezirke Oberwart und Liezen.

1939 zeigten sich allerdings vor allem im Leitungsbau bereits erste Engpässe durch den Mangel an verfügbarem Eisen, was auch auf Energieengpässe bei den Eisen- und Stahlwerken in den Wintermonaten zurückzuführen

war. Eine gegenseitige Abhängigkeit, die sich ab Kriegsbeginn 1939 extrem verstärkte.¹⁶⁰ Daher wurden die steirischen Rüstungsbetriebe in ihrer Stromversorgung in drei Dringlichkeitsgruppen eingeteilt, in:

- absolut wichtige Betriebe, die nicht zum Stillstand kommen durften und unbeschränkt mit Energie zu beliefern waren,
- Betriebe, die erst in zweiter Linie mit Strom beliefert werden mussten und schließlich in
- Betriebe, die über ausreichend eigene Anlagen verfügten.¹⁶¹

Die Bevorzugung der Industriebetriebe in der Strombelieferung blieb nicht unwidersprochen. So befürchtete Ende Mai 1939 NS-Landwirtschaftsminister Anton Reinthaller eine „schwere Beeinträchtigung“ der Versorgung der Landwirtschaft sowie dass nach Einführung der „Ostmark“-Verwaltung im Sommer 1939 (Einteilung Österreichs in sieben, direkt Berlin unterstellte Reichsgaue) die zentralen landwirtschaftlichen Belange unter die Räder kämen.¹⁶² Die zuständige Wasserrechtsverwaltung für die österreichischen Länder wurde zentral in Berlin im Reichsministerium für Landwirtschaft eingerichtet und die bisherige Zentralstelle in Wien damit ausgeschaltet. Reinthallers Vorschlag, Österreicher in eine leitende Position der E-Wirtschaft in Berlin zu bringen oder zumindest in die Planungen weiterer Kraftwerke einzubeziehen, scheiterte.¹⁶³

Am Sonntag, 3. September 1939, traf in Graz der X-Befehl zur wirtschaftlichen Mobilmachung ein. Der Zweite Weltkrieg hatte auf allen Ebenen und in allen Bereichen begonnen. Aus der Friedenswirtschaft war eine Kriegswirtschaft geworden. Damit hatten sich Industrie, Landwirtschaft und Energie den Erfordernissen des Krieges unterzuordnen und jedermann unterstand der allgemeinen Dienstpflicht (ob als Soldat an der Front oder an der sogenannten „Heimatfront“). Denn es war „Pflicht jedes Volksgenossen in der Heimat, alle seine Kräfte und Mittel Volk und Reich zur Verfügung zu stellen und danach die Fortführung eines geregelten Wirtschaftslebens zu gewährleisten“. Eine Fülle von Verordnungen schränkte die persönlichen Freiräume drastisch ein: von Ausgehbeschränkungen, luftschutzmäßigem Verhalten (besonders nachts) über die Führung des Arbeitsbuches und der praktischen Unmöglichkeit des Arbeitsplatzwechsels bis hin zu den Lebensmittelkarten.¹⁶⁴

Dahinter stand nach dem Kriegsbeginn bereits ein erster Stimmungsknick in der Bevölkerung,¹⁶⁵ der sich im Stillen etwa im Ärger über die wieder eingeführte Planwirtschaft (Bezugsscheine, Verbot des Arbeitsplatzwechsels) äußerte und sich in NS-Kreisen da und dort auch bereits gegen eine Bevormundung aus Berlin richtete.¹⁶⁶

Kein steirisches E-Werk hatte den Status eines höchst kriegswichtigen Betriebes oder eines Rüstungsbetriebes erhalten, was im täglichen Kampf um Zuteilungsquoten von Material, Krediten und Arbeitskräften ein großer Nachteil gegenüber jenen Betrieben war, die man mit Strom zu beliefern hatte. Dies traf besonders die privaten Elektrizitätsunternehmen wie die Pichler-Werke in Weiz, das E-Werk Gösting, die obersteirischen E-Werke

^[155] ÖStA, AdR, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Fasz. 3845; Reg.-Rat Dr. Melchinger, Wirtschaftsministerium, an GenMj. a. D. Pürmann. Programm für den Ausbau der Energieversorgung der Ostmark.

^[156] Die Leitung Klagenfurt – Voitsberg wurde von Göring am 23.2.1939 als „staatspolitisch bedeutsam und dringend“ erklärt. – ESt-Archiv, AEW an Reichkommissar Bürckel, v. 23.3.1939. Die Trassenführung ging von Voitsberg über St. Stefan bei Wolfsberg nach Lassendorf bei Klagenfurt. In St. Stefan gab es Überstrom, den man möglichst schnell nach Mittelkärnten bringen wollte, weil das E-Werk in Klagenfurt im Winter 1939/40 seinen Lieferpflichten voraussichtlich nicht mehr nachkommen konnte. – RGBI I, S. 1246ff, v. 27.9.1938 sowie: Erlass II En 5-20011/38 v. 1.8.1938 der Luftwaffe (Richtlinien für die Verlegung und den Bau von Hauptversorgungsleitungen).

^[157] ESt-Archiv, AEW Reichskommissar Bürckel und an die Reichsgruppe Energie, v. 23.3.1939.

^[158] ÖStA, AdR, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Fasz. 3846/359, AEW-Enteignungen, Reichswirtschaftsminister an Reichskommissar Bürckel, 29.6.1939.

^[159] Die Ostburg war 1925 gegründet worden. Präsident des Verwaltungsrates war 1927 Dr. Ludwig Kranz, weitere Verwaltungsrats-Mitglieder waren Dr. Hans Friedl (Wien), Ing. Richard Hofbauer, Dr. Ing. Josef Ornig, Ing. Franz Pichler, Ing. Giacomo Merizzi, Ing. Mario Giuseppe Soldini, Karl Steinlechner; Direktor war Kurt Tanzer. Das Aktienkapital der Ostburg betrug anfänglich 640.000.– Schilling. – Betrieblicher Kern der Gesellschaft war das aufgrund von STEWEAG-Verträgen von der Elektro- und Metallwarenfabrik „Walga“ übernommene Lafnitz-Kraftwerk in Unterlungitz sowie ebenfalls von der STEWEAG, der Thalheimer Kohle in Oberwart sowie der Elin AG in Weiz übernommene Leitungen. – Finanz-Compass 1929. Wien 1930, S. 1114; Finanz-Compass 1936. Wien 1936, S. 927.

^[160] Wie zuvor Anm. 155.

^[161] NA-Washington, Mikrofilm Mf-T-77, Rolle 741, Akt 971517. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Graz v. 17.10.1939.

^[162] ESt-Archiv, Brief Reinthallers an Bürckel, v. 22.5.1939.

^[163] Neu organisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die wichtige Wasserstraßenverwaltung für die Flüsse Österreichs. Vgl. dazu: Alexandra Wachter, Die Neuorganisation der österreichischen Wasserstraßenverwaltung nach dem „Anschluss“, in: Bertrand Perz – Gabriele Hackl – Alexandra Wachter (Hg.), Wasserstraßen: Die Verwaltung von Donau und March 1918–1955. Wien 2020, S. 53–92.

^[164] Vgl. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 237f., dort auch die weiterführende Literatur und die gesetzlichen Grundlagen.

^[165] Vgl. die entsprechenden Abschnitte in Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 235–248.

^[166] Vgl. dazu etwa die steirische Kulturpolitik unter Josef Papesch, die Salzburger Festspiele oder die Situation in Wien, wie sie u. a. von Botz, Hanisch und Karner dargestellt werden: Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg. Wien 1978; Ernst Hanisch, Nationalsozialismus in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983 und Karner, Steiermark im Dritten Reich.

KrempI in Leoben oder Kofler & Gföller in Schladming, aber auch das Grazer städtische E-Werk oder die STEG, deren Mitarbeiter zunehmend zum Frontdienst eingezogen wurden. Dank ihrer Schweizer Konzernzentrale hatte die STEG wenigstens noch ihre Eigenständigkeit behaupten können, wenngleich sie aufgrund eines „Führererlasses“ ab 1943/44 mit der STEWEAG eine Betriebsgemeinschaft ohne Vertragsbindung zur gegenseitigen Aushilfe bei Personal und Material einzugehen hatte.¹⁶⁷

Mehr Dampfkraft für die Waffenschmieden

Andererseits war Strom eine Bedingung für die Rüstungs- und Waffenproduktion geworden. Deutlich wurde dabei das Rüstungskommando in Graz: „Die in Durchführung begriffene Verstärkung der Dampfkraftwerke der Alpine in Eisenerz und Donawitz muss ehestens beendet werden und muss die 110-kV-Leitung Bruck – Donawitz und das Umspannwerk in Donawitz (= Hessenberg, Anm. d. V.) bis zum Herbst 1940 fertiggestellt werden. Die für die Stromversorgung der Rottenmanner Stahlwerke in Rottenmann und Liezen erforderliche 30-kV-Leitung Rottenmann – Liezen muss bis zum Mai dieses Jahres [1940] und der Teil Donawitz – Rottenmann bis zum Herbst fertiggestellt sein.“¹⁶⁸

Denn bereits der erste volle Anlauf der steirischen Rüstungs- und Zulieferbetriebe im Winter 1939/40 offenbarte den deutlichen Mehrverbrauch an Strom. Die notwendigen zusätzlichen Stromlieferungen an bis dahin kaum versorgte Betriebe erforderten dringend neue Leitungen und Umspannwerke und die Knappheit an Ressourcen erzwang die Zurückstellung aller nicht kriegsnotwendigen Aktivitäten.¹⁶⁹ So waren im November 1939 bei Böhler, wo die Stromversorgung bis dahin klappte, durch den Auftrag für die Produktion von Torpedokesseln für die Kriegsmarine und andere Rüstungsaufträge des Heeres dringend das Umspannwerk fertigzustellen und für die verstärkte Stromlieferung der STEWEAG zwei Transformatoren einzubauen.¹⁷⁰ Ähnliches galt auch für andere Rüstungsbetriebe, vor allem im Ennstal (Schmidhütte Liezen und Rottenmanner Eisenwerke), wo die STEWEAG 1939 das E-Werk Oberaigner erworben hatte.¹⁷¹ Im Sommer 1939 führten die steirischen Flüsse wiederum sehr wenig Wasser, so dass die eigene Stromerzeugung deutlich schwächer war und viel Strom zugekauft werden musste.¹⁷²

Dennoch gab die STEWEAG-Direktion dem Grazer Rüstungskommando Anfang Dezember 1939 einen positiven Bericht ab und schätzte die Versorgung des Landes mit Strom, vor allem dank des bald in Betrieb gehenden Dampfkraftwerkes Voitsberg, für die „nächste Zeit als gesichert“ ein. Man würde in herausfordernden Wintermonaten genügend Strom liefern können, und wenn nicht, dann gab es noch den technischen Nothilfeplan, den das E-Werk Graz für das ganze Land ausgearbeitet hatte.¹⁷³ Den Optimismus unterstrich auch der Bericht des STEWEAG-Vorstandes für das erste Kriegsjahr 1939, das der Landesversorger – bei deutlich erhöhten Steuern und Zuwendungen an die rund 250 Beschäftigten – mit einem Gewinn von fast 1,5 Millionen RM abschließen konnte.¹⁷⁴

Die STEWEAG verfügte zu Kriegsbeginn 1939 über die Großkraftwerke Arnstein, Pernegg und Laufnitzdorf sowie über die Kleinkraftwerke Teigitschmühle, Pack, Mixnitz, Liezen und Unterlungitz. An größeren Umspannwerken besaß sie Graz-Süd, Graz-Nord, Bruck, Mürzzuschlag, Böhler, Ternitz in Niederösterreich und Oberwart in dem ab 1938 zur Steiermark gehörenden südlichen Burgenland. Dazu kam ein Hochspannungsnetz, das teils mit 60 kV, teils mit 110 kV betrieben wurde und die Kraftwerke bzw. größeren Umspannwerke miteinander verband.¹⁷⁵ Mittlerweile war die STEWEAG aber auch in den Bereich der Stromverteilung eingestiegen und hatte in verschiedenen Gegenden des Landes bestehende Verteilnetze übernehmen und auch mit der Elektrifizierung von noch nicht erschlossenen Gebieten beginnen können. Von den größeren Umspannwerken ausgehend, führten 20-kV- und 30-kV-Mittelspannungsleitungen nicht nur zu bestehenden E-Werken, sondern auch zu eigenen kleineren Umspannwerken und Umspannstellen. Von diesen aus wurden die eigenen Verteilnetze gespeist. Mit der Betriebsführung dieser Verteilnetze wurden die Betriebsbezirke betraut.

Ab Sommer und Herbst 1939 wurden die steirische Industrie, das Gewerbe und teilweise auch das Handwerk mit einer großen Anzahl von Wehrmachts- und Rüstungsaufträgen belegt. Die Betriebe arbeiteten auf Hochtouren, eine Arbeitslosigkeit gab es nicht mehr, im Gegenteil: Vielfach suchte man bereits dringend Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter. Waren bis zum Sommer 1939, vor allem wegen der guten Verdienstmöglichkeiten, ausländische Arbeitskräfte noch freiwillig ins Land gekommen, so änderte sich dies nach dem Kriegsbeginn mit Polen im Herbst 1939. Nun rekrutierten die NS-Stellen in den eroberten und besetzten Gebieten zuerst polnische und in der Folge Zwangsarbeiter aus nahezu allen Teilen Europas, um die Einberufungen zur Wehrmacht einigermaßen auszugleichen. Die Zwangsarbeiter wurden – je nach Qualifikation – vor allem in der Landwirtschaft und am Bau, weniger in der Industrie, eingesetzt. Für die STEWEAG waren sie zunächst beim Bau der dringlichen Hochspannungsleitungen von St. Dionysen im Einsatz, wo man sich anschickte, ein neues Murkraftwerk zu errichten, sowie im Raum Bruck und Kapfenberg, vor allem zur Versorgung der Rüstungsbetriebe Felten & Guillaume und Böhler, und sie wurden auch von Hessenberg¹⁷⁶ nach Liezen zur Versorgung der Eisenwerke Rottenmann und der Schmidhütte in Liezen, die Bombenkörper erzeugte, geschickt.¹⁷⁷

Böhler in Kapfenberg, das zu einer wichtigen Waffenschmiede der NS-Rüstung geworden war,¹⁷⁸ verfügte weder über billige Kohle zum Betrieb des eigenen Dampfkraftwerkes, noch hatte die Mürz genügend Gefälle für ein Flusskraftwerk.¹⁷⁹ Die Errichtung eines kleineren Flusskraftwerkes nach dem Ersten Weltkrieg scheiterte am Geld, am noch geringen Absatzmarkt und an der Verfügbarkeit entsprechender Grundstücke. Die Hindernisse wurden nach dem „Anschluss“ vom Tisch gewischt und das alte Kapfenberger Vorhaben nun in Mötschlach – St. Dionysen umgesetzt. Das notwendige Geld wurde mit Staatsgarantien (d. h. durch Scheinfinanzierung) zur Verfügung gestellt, der Bau der Kraftwerksanlage zunehmend mit Zwangsarbeitern bewerkstelligt.

Neue Stromleitungen für die Rüstung

Neben Dionysen und dem Bau der Hochspannungsleitungen wurden Anfang 1940 noch eine Reihe kleinerer Bauten begonnen, darunter eine Leitung Fohnsdorf – Knittelfeld zur Austria Email, die für das Heer vor allem Eisenführungsringe für Granaten fertigte, der Ausbau des Pichler-Raabklammwerkes, eine Leitung Bruck –

¹⁶⁷ Dietinger, E-Wirtschaft, S. 16.

¹⁶⁸ NA, T-77, R-741, 972005, Ber. v. 27.4.1940.

¹⁶⁹ Zur Organisation der Kriegswirtschaft in der Steiermark vgl. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 235–270.

¹⁷⁰ NA-Washington, KTB RüKdo Graz, v. 20.11.1939, T-77, R-741,971560.

¹⁷¹ 50 Jahre STEWEAG, S. 63.

¹⁷² ESt-Archiv, STEWEAG-Geschäftsbericht 1939.

¹⁷³ NA-Washington, KTB RüKdo Graz, v. 1.12.1939, T-77, R-741,971577. Besprechung RüKdo Graz mit den Direktoren Ing. Micke und Ing. Augustin.

¹⁷⁴ ESt-Archiv, Geschäftsbericht 1939, vorgelegt im April 1940. Auf das von 18,5 auf 22 Millionen RM erhöhte Grundkapital wurde an die Aktionäre, die italienische Investorengruppe, die VIAG, die AEW und das Land Steiermark, eine sechsprozentige Dividende von insgesamt über 1,3 Millionen RM ausgegeben.

¹⁷⁵ ESt-Archiv, Hauptbuch 1939/40.

¹⁷⁶ NA-Washington, T-77, KTB, Rüstungsbauten 1940 in der Steiermark. R-742, 972695f.; vgl. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 243.

¹⁷⁷ Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 371.

¹⁷⁸ Vgl. Iber – Karner, Böhler.

¹⁷⁹ Dazu und zum KW Dionysen vgl. David Lukas Weihs, Der lange Weg zur Wasserkraft: am Beispiel des Murkraftwerkes Mötschlach – St. Dionysen. Gewi-DA, Graz 2014.

Oberdorf zum Oberdorfer Magnesitwerk, ein Leitungszusammenschluss zwischen der Fabrik in Pöls und der Weißkirchner Weberei, das Umspannwerk Böhler II in Kapfenberg, die Verstärkung des DKW Voitsberg sowie die Fertigstellung der 110-kV-Schaltanlage in Arnstein.¹⁸⁰

1940 waren zu den 23 steirischen Rüstungsbetrieben noch weitere 17, vor allem im Raum Graz, Mürztal sowie in Weiz und Pinggau, hinzugekommen. Die Handwerksbetriebe wurden über eine Art von Clustern für die Wehrmachtsfertigung und als Zulieferer herangezogen. Dies betraf vor allem Tischler, Sattler, Schlosser so wie Schuh- und Kleidermacher. Sie waren auf die ganze Steiermark verteilt und fertigten nach Zeitplänen und präzisen Vorgaben der Deutschen Wehrmacht Ski, Uniformen, Wehrmachtsschuhe und Schlitten für die Front, besonders im Osten und im Hohen Norden.

Generatorgas – eine Alternative zum Strom?

Um den stark gestiegenen Strombedarf der ausgeweiteten Rüstungs- und Schwerindustrie zu sichern, sollte möglichst schnell Generatorgas, damals als „Ferngas“ bezeichnet,¹⁸¹ eingesetzt werden. Die Berliner Planungen der „Reichsstelle für Wirtschaftsausbau“¹⁸² waren mit dem Vierjahresplan Görings abgestimmt, umfassten das ganze Reichsgebiet und wurden ab 1938 auch für den österreichischen Raum¹⁸³ aufgenommen. An diesen war ab 1938 maßgeblich der Steirer Wolf Egghart¹⁸⁴ beteiligt. Sie legten zwei Ferngas-Versorgungsgebiete fest: Den Donauraum mit Wien sowie die Steiermark und die angrenzenden Kärntner Gebiete. Tatsächlich sprachen die hohen Kohlekosten in Oberösterreich und der Steiermark sowie die längere Zeitdauer beim Bau von Wasserkraftwerken für den Einsatz von Ferngas. Die Pläne wurden rasch konkreter. Steirische Betriebe und vor allem die Stadt Graz beschäftigten sich intensiv mit den neuen Möglichkeiten, die Energieversorgung auf einen neuen Fuß, Ferngas, zu stellen. So stellte der Grazer Oberbürgermeister Julius Kaspar zwar „jede Entscheidung hinsichtlich der Gaswirtschaft“ auf Ersuchen Uiberreithers fürs erste zurück, deutete jedoch eine deutliche Präferenz für die Belieferung des städtischen Gaswerkes mit Köflacher Kohle an.¹⁸⁵ Uiberreither versuchte unterdessen auch Böhler-Generaldirektor Franz Leitner für das Projekt zu gewinnen.¹⁸⁶ Die STEWEAG blieb in der folgenden, hart geführten Auseinandersetzung abwartend.

Befürworter des Projektes waren der steirische Gauleiter Uiberreither, der eine Achse mit den Gauleitern von Wien und Niederdonau geschmiedet hatte. Ihre Gegner waren Alpine-Generaldirektor Hans Malzacher und dem Generaldirektor der „Hermann-Göring-Werke“, Paul Pleiger. Wie der SS-Sicherheitsdienst vertraulich an

Uiberreither berichtete,¹⁸⁷ wandte sich Malzacher vor allem gegen den von Uiberreither forcierten Kohlenbezug aus dem Alpine-Betrieb in Köflach. Einerseits müsste man, um einen akzeptablen Gaspreis zu erzielen und gegenüber der Elektrizität konkurrenzfähig zu sein, die Kohle viel zu billig abgeben (das Rohkohlegeschäft schien lukrativer) und ein Leitungstransport über den Semmering nach Wien und in den Donauraum sei technisch undurchführbar, andererseits könne man Ferngas in Linz und Wien leichter aus Deutschland und aus dem Kohlenrevier von Mährisch-Ostrava beziehen. Vor allem aber seien die Vorräte in Köflach beschränkt und müssten „für Notzeiten reserviert bleiben“. Für den südlichen Bereich des Projektes, Steiermark – Niederdonau, gab Malzacher als Gasproduktionsstätte lediglich sein Werk in Fohnsdorf frei, wobei er im Gegenzug einen Zusammenschluss der obersteirischen Stahlindustrie bis Mürzzuschlag (unter seiner Führung) forderte.

Im August 1940 verlangte Uiberreither fast ultimativ vom „Reichsamt für Wirtschaftsaufbau“, im Zusammenwirken mit ihm „alle Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, die Frage der Ferngasversorgung für die Steiermark einer gesunden Lösung zuzuführen“.¹⁸⁸ Kurz darauf, am 2. September 1940, düpierte ihn allerdings sein eigenes „Gauamt für Technik“ unter Fritz Ostheim in einer Weise, die im totalitären NS-Staat äußerst selten war. Ostheim begründete seine dezidierte Ablehnung eines weiteren Kohlenabbaus in Köflach und Fohnsdorf mit den neu „zum Reich gefallenen Kohlenvorkommen Oberschlesiens“, dem günstigeren Ferngasbezug aus dem böhmisch-schlesischen Raum und dem baldigen Bau des Oder-Donau-Kanals, der eine deutlich bessere Situation schaffen würde. Schließlich forderte Ostheim den Gauleiter ostentativ auf, „nicht nur für die allernächste Zeit und für den engsten Raum unserer Umgebung zu denken“.

Uiberreither steckte die interne Zurechtweisung seines Untergebenen weg und hielt weiter am Plan fest. Dafür sicherte er sich die vertragliche Unterstützung seiner Gauleiter-Kollegen in Niederdonau, Dr. med. Hugo Jury, und des eben erst zum Wiener Gauleiter ernannten NS-Reichsjugendführers Baldur von Schirach, weil man die Ferngasversorgung „in den drei Gauen [...] nur einheitlich lösen könne“.¹⁸⁹ Schirachs Gegenforderung, die Bestellung eines Wiener Geschäftsführers für die zu errichtende Ferngasgesellschaft, bedeutete, dass Uiberreither den steirischen Kandidaten Wolf Egghart fallen ließ. Erst nach Erledigung dieser Personalie befürwortete auch Schirach die Gründung einer „Vorbereitenden Gesellschaft“ für Wien, Niederdonau und die Steiermark, deren Gesellschafter die drei Gauleiter und Reichsstatthalter, die Präsidenten der drei Industrie- und Handelskammern sowie die Ferngasabteilung der „Reichswerke Hermann Göring“ werden sollten.¹⁹⁰

Doch dazu kam es nicht mehr. Denn das Aus für die Ferngaspläne der drei Gauleiter kam, nach Verhandlungen im Berliner Reichswirtschaftsministerium, sehr schnell. Am 10. Oktober 1940 entschied das „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“ und teilte dies den Gauleitern brieflich begründend mit: „Es sei zurzeit nicht möglich, an vielen Stellen gleichzeitig Ferngasnetze auszubauen. In der Ostmark sei vorläufig nur der Ausbau des Ferngasnetzes im Bezirk Niederdonau bis südlich zum Semmering in Bearbeitung genommen worden. An einen Ausbau des Ferngasnetzes in der Steiermark könne [...] nicht herangetreten werden.“¹⁹¹

^[187] Ebd., Bericht SD-Unterabschnitt Steiermark, an Uiberreither, 22.2.1939, gez. Dr. M.; handschriftl. Vermerk Uiberreithers auf dem Bericht: „Zum Akt ,Vergasung der Kohle““.

^[188] Ebd., Schreiben Uiberreithers v. 8.8.1940 und Begründung Ostheims v. 2.9.1940, StLA, RSH 106 (1943); BA, R3112.

^[189] Ebd., Schreiben Uiberreithers an Schirach v. 28.9.1940 und Vereinbarung mit Jury v. 12.9.1940.

^[190] Statt des Steirers Dipl.-Ing. Wolf Egghart kam über Verlangen Schirachs der Direktor der Wiener Stadtwerke, Ing. Hans Günther, auf den Vorschlag. Ebd., Schreiben Schirachs an Uiberreither v. 1.11.1940. – Zusätzlich lud Uiberreither noch die Stadt Graz ein, an der Vorbereitenden GmbH als Mitglied mitzuwirken. Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Julius Kaspar v. 23.9.1940.

^[191] Ebd., Schreiben des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau vom 10.10.1940 an Uiberreither.

Strom sparen

Damit war die steirische Energieversorgung in der Strombereitstellung weiter auf den beschleunigten Ausbau der Dampf- und Wasserkraft angewiesen. Die STEWEAG fuhr ihre Anlagen bis an die Leistungsgrenzen hoch, schaffte 1940 deutlich höhere Stromlieferungen und erreichte die runde Marke von 300 GWh,¹⁹² weil man die Eigenerzeugung dank des angelaufenen ersten Aggregats in Voitsberg und der höheren Wasserstände der Mur um 16,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern konnte. Dennoch zu wenig.

Um Strom zu sparen, wurden die Stromlieferungen an Normalverbraucher, nach Wien und „Niederdonau“ (Überschussmengen) zu Jahresende 1940 eingestellt. Gleichzeitig wurden alle zur Verfügung stehenden Strom produzierenden Maschinen in Dampf- und Heizkraftwerken eingeschaltet. Ab 18. Dezember 1940 galten Verbrauchseinschränkungen für alle Betriebe der Versorgungsstufe IV zu 100 Prozent (Ziegeleien, Schotterwerke, Mühlen oder Sägewerke), für Betriebe der Versorgungsstufe III zu 50 Prozent und für Betriebe der Versorgungsstufe II zu 20 Prozent.

Die wichtigsten Rüstungsfirmen der Versorgungsstufe I blieben im Winter 1940/41 von Stromkürzungen noch verschont. Allerdings mussten die obersteirischen Stahlwerke die Betriebszeiten ihrer Elektroöfen und anderen Stromgroßverbraucher in die Nachmittags- und Nachtstunden verlegen, um die für einen Netzzusammenbruch besonders gefährliche Vormittagsspitze zu entschärfen. Der Beginn der Tagesschichten in den Betrieben und der Arbeitsbeginn in allen Ämtern, Geschäften und Schulen wurde auf 9.00 Uhr verschoben.

Als sich die Lage Anfang Februar etwas entspannt hatte, trat Mitte Februar ein schwerer Engpass in der Kohlenversorgung der „Ostmark“ ein, sodass die Dampfkraftwerke von Schoeller-Bleckmann in Ternitz und Mürzzuschlag sowie das alte Dampfkraftwerk der GKB in Bärnbach stillgelegt werden mussten. Auch die Stromzuschüsse aus den kalorischen Anlagen des Elektrizitätswerkes der Stadt Wien blieben aus. Selbst die ausreichende Kohlenbelieferung des halb fertiggestellten Dampfkraftwerkes Voitsberg war am 10. Februar 1941 nur noch für weitere zehn Tage gesichert. Der starke Rückgang in der Stromerzeugung machte erstmals auch Stromdrosselungen in den wichtigsten Rüstungsbetrieben notwendig. Weitere flächendeckende Stromkürzungen waren die Folge.¹⁹³

Um über die Runden zu kommen, musste die STEWEAG bereits über zehn Prozent des Stroms teuer zukaufen. Der Reingewinn des Unternehmens sank, obwohl der Staat die Steuern für Wasserkraftanlagen wesentlich gesenkt hatte.¹⁹⁴

Konnte diese erste Stromkrise noch als Schuss vor den Bug verstanden werden, so zeigte doch die im Sommer 1941 von der STEWEAG errechnete Bilanz längerfristig ein enormes Leistungsdefizit. Daher setzte man wohl oder übel auf die Dampfkraftwerke und auf die Anlagen der AEW. Eine STEWEAG-Prognose zum Strombedarf für die Jahre 1941–1944 zeigte, noch ohne die nach dem „Jugoslawien-Feldzug“ von 1941 integrierten untersteirischen Anlagen (siehe dazu auf den folgenden Seiten), gegenüber 1940 einen steigenden Leistungsabgang bis zu mehr als 300 (!) Prozent.¹⁹⁵

^[192] 50 Jahre STEWEAG, S. 63.

^[193] Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 381ff.

^[194] ESt-Archiv, Bericht des Vorstandes vom April 1941. Geschäftsbericht 1940. Der Reingewinn sank von 1,4 Millionen RM im Jahre 1939 auf 1,3 Millionen RM im Jahre 1940. Die Steuerzahlungen sanken im gleichen Zeitraum von 1,5 auf 1,2 Millionen RM.

^[195] Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 378, Tab. 5, nach: BA, R-4/240. STEWEAG-Planung, 19.6.1941.

Ohne Strom keine Waffen

Der Hilferuf der STEWEAG an Rüstungsminister Fritz Todt¹⁹⁶ zeigt, wie sehr die Waffen- und Rüstungsproduktion am seidenen Faden der Stromlieferungen hing.¹⁹⁷ Schon 1941 habe man 9.000 kW zu wenig Leistung, für 1943/44 würde das Defizit über 50.000 kW betragen.¹⁹⁸ Daher nahm die STEWEAG weitere Kredite¹⁹⁹ auf, um die Bauten voranzutreiben, forderte aber vordringlich das notwendige Material und vor allem Arbeitskräfte, darunter ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, für:

- die 100-kV-Leitung Linz – Hessenberg und das Umspannwerk Hessenberg, um über den AEW-Verbund im Winter Strom zu beziehen, die Waffenproduktion bei den Rottenmanner Eisenwerken und in Donawitz drohte ansonsten zusammenzubrechen.
- das DKW Voitsberg, auf dessen Fertigbau ein Teil der Hoffnungen ruhte. Einige Lieferfirmen weigerten sich dennoch, die hohe Priorität der STEWEAG-Bauten anzuerkennen und verzögerten bestellte Maschinenlieferungen.²⁰⁰
- das Murkraftwerk Dionysen, das seit Mai 1941 nach einer von Böhler erworbenen Konzession²⁰¹ im Bau war,²⁰² doch nur mit einem Dutzend Arbeitern, ohne Baustahl und Baumaschinen. Das Arbeitsamt Bruck wies zwar schnell weitere 15 Arbeiter zu, doch verließen mehr als die Hälfte von ihnen wieder die Baugruben, tauchten unter oder meldeten sich wieder im Lager zurück, obwohl sie dafür abermals hohe Strafen zu erwarten hatten. Ein deutlicher Hinweis auf die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf der Baustelle in Dionysen (siehe dazu detailreicher auf den folgenden Seiten).
- die 100-kV-Leitung aus Marburg/Maribor, für Stromlieferungen der Dampfkraftwerke Trifail/Trbovlje und Reichenburg/Sevnica nach Graz.

Im Bemühen, den rasant steigenden Bedarf der Rüstungsbetriebe zu decken, stand das Unternehmen allein auf verlorenem Posten. Durch die Ausweitung des Krieges hatte, nach Heer und Marine, besonders die Luftwaffe riesige, dringliche Aufträge auch an steirische Firmen wie Steyr-Daimler-Puch in Graz-Thondorf, Treiber & Co und das neue Flugmotorenwerk in Marburg/Maribor vergeben.²⁰³ Neben den Betrieben der Waffen- und Munitionserzeugung sowie der Schwer- und Maschinenbauindustrie hatte man auch Bergbaubetriebe, wie jenen auf Antimon in Schlaining (Südburgenland), die Talkumwerke Naintsch, die Kohlengruben in Tauchen oder die Veitscher Magnesitwerke zu beliefern.²⁰⁴

^[196] BA, R 4/240. STEWEAG an Wk-Beauftragten XVIII, v. 20.6.1941.

^[197] STEWEAG: „Die energiewirtschaftliche Lage im Gau Steiermark, die in der vergangenen Winterperiode schon derart angespannt war, dass nicht mehr alle Lieferverpflichtungen erfüllt werden konnten, hat sich weiterhin verschärft und wird katastrophale Formen annehmen, wenn nicht die […] Bauvorhaben besonders beschleunigt fertiggestellt werden bzw. zur Durchführung kommen.“

^[198] Ausgedrückt in einer 17-stündigen Mittelleistung.

^[199] Allein bei der Creditanstalt in Wien hatte die STEWEAG schon von 1939 auf 1940 ihr Gesamtobligo von 1,8 auf 4,5 Millionen RM erhöht. BA, R 2/17630, Anlagen zum CA-Geschäftsbericht 1941.

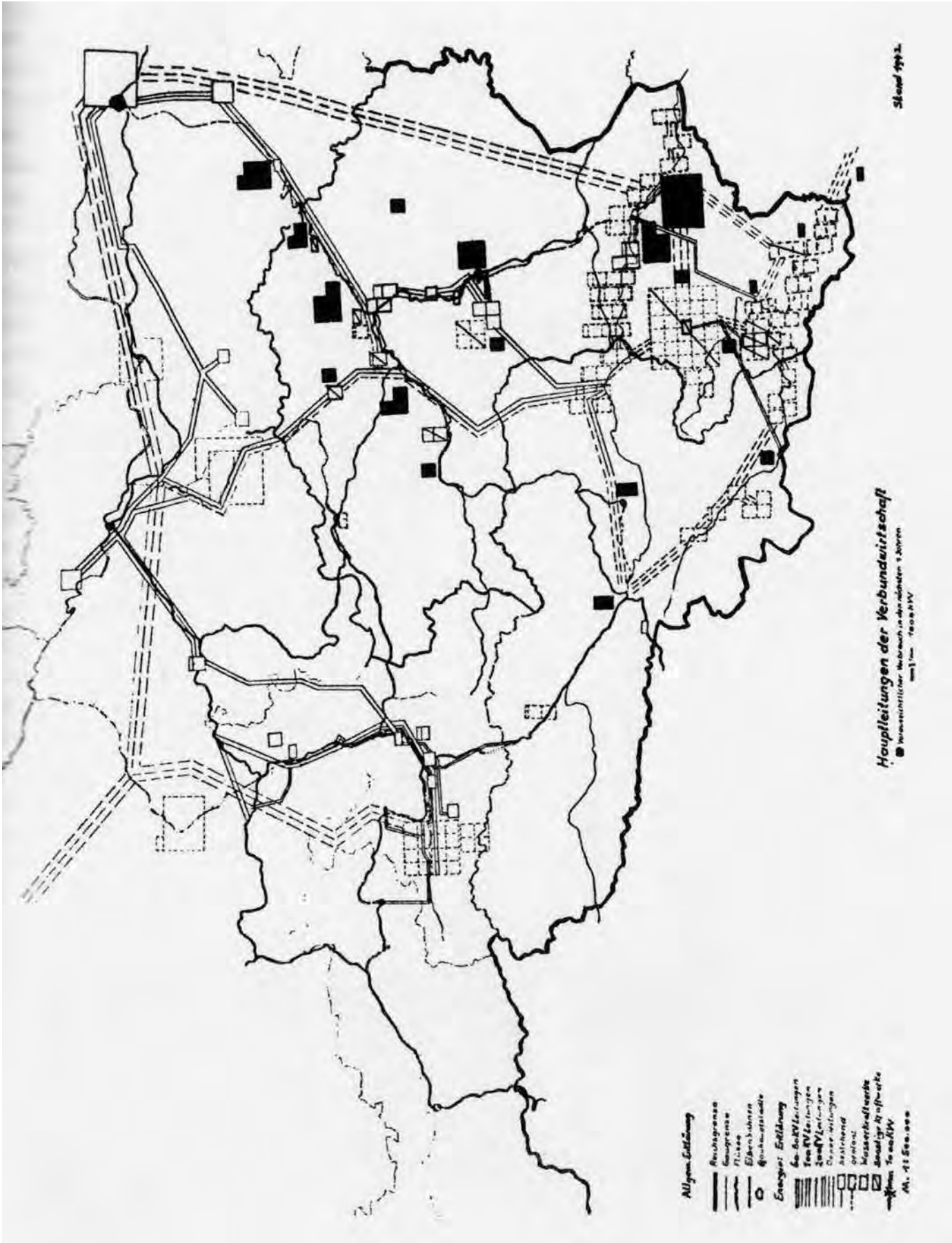
^[200] Teilweise hatten die Lieferanten auch selbst ähnliche Zuteilungsprobleme. Zu den säumigen Firmenlieferungen zählten eine Niederdruckpumpengruppe der Maschinenfabrik Andritz, ein Bekohlungskran der Simmeringer Maschinenfabrik, Apparate für die Kesselautomatik von Siemens & Halske in Graz, verschiedene Schaltanlagen von Brown Boveri in Wien sowie Anlagen zweier deutscher Firmen. BA, R 4/240. STEWEAG an Wk-Beauftragten XVIII d. RMin f. BuM, 20.6.1941.

^[201] 50 Jahre STEWEAG, S. 29.

^[202] Dem KW Dionysen fehlten wegen der niedrigen Prioritätsstufe „W“ vor allem Eisen, Maschinen und Arbeitskräfte. Im Juni 1941 arbeiteten lediglich zwölf Arbeiter der Baufirma Hinteregger & Fischer auf der Baustelle.

^[203] Vgl. dazu im Detail: Stefan Karner, Bemühungen zur Ausweitung der Luftrüstung im Dritten Reich 1940–1941. Die Flugmotorenwerke Ostmark und ihr Marburger Zweigwerk 1941–1945, in: Zeitgeschichte 6/9-10/1979 (= Karner, Luftrüstung), S. 318–345.

^[204] ESt-Archiv, Jahresabschluss 1945.



Die Steiermark in den NS-Plänen zur Energiewirtschaft der „Alpen- und Donaureichsgaue“

Quelle: Karner, Die Steiermark im Dritten Reich.

Einen Ausweg aus der schwierig gewordenen Bedarfsdeckung sah die STEWEAG in Zukäufen aus dem AEW-Verbundnetz. Doch auch die AEW war kaum in der Lage, den benötigten Strom zu liefern: ihre Leitungen und Umspannwerke waren nicht fertiggestellt, die steirischen Werke Voitsberg und Dionysen in Bau, die Ennswerke Weißenbach, Mühlrading und Staning, vor allem das Draukraftwerk Schwabegg, die Salzachstufen, das Tauernwerk Kaprun, das Donaukraftwerk Persenbeug sowie die Wiener Werke (Pumpenspeicher Bodenwiese und Wien-Mitte) waren baulich überhaupt noch am Anfang.²⁰⁵ Der Lastverteiler XI. in Wien, für den selbst das Anlaufen der neuen Dampfkraftwerke Timelkam und Voitsberg nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen wäre, forderte im Juli 1941 dringend Material, Treibstoff und Arbeiter an.²⁰⁶ Die gewaltigen Gesamtkosten der Vorhaben (ausgenommen Kaprun, Voitsberg und Timelkam) von 438,3 Millionen RM stellten demgegenüber für die Kriegsfinanzierung des Deutschen Reiches ein kleineres Problem dar,²⁰⁷ weil man die Scheinkredite durch die Ressourcen aus den eroberten Ländern wieder hereinbekommen wollte.

Durch die Einberufungen zur Deutschen Wehrmacht fehlten vor allem Arbeitskräfte. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sollten zunehmend die entstandenen Lücken füllen. Höherreihungen in den Prioritätslisten gab es kaum noch. Die Berichte des Rüstungskommandos in Graz dokumentierten nur noch die Bemühungen um Verbesserungen, Erfolge gab es nicht mehr zu vermelden.²⁰⁸ In der STEWEAG versuchte das NS-Regime mit einem Wechsel im Vorstand das Ruder herumzureißen. Statt Alois Hölzl kam NS-Gauwirtschaftsberater Alfred Fleischmann,²⁰⁹ womit das Unternehmen noch stärker an die NSDAP angebunden wurde, und als drittes Vorstandsmitglied rückte Franz Pichler jun. in die Firmenleitung auf.

1941: Strom aus der Untersteiermark

Eine gewisse Entspannung bei der Strombereitstellung hatte sich die STEWEAG durch die Kraftwerke der im April 1941 angegliederten Untersteiermark, vor allem des ehemaligen STEG-Werkes in Faal/Fala erwartet. Die slowenischen Energieanlagen von Kohle und Wasserkraft wurden sofort enteignet und von der neu gegründeten „Energieversorgung Südsteiermark AG (EV-Süd)“ übernommen. Diese war im Juli 1941 vom Reichsgau Steiermark und der STEWEAG gegründet, vom Chef der Zivilverwaltung für die Untersteiermark, Uiberreither, mit einem Aktienkapital von fünf Millionen RM ausgestattet und ihr Vorstand deckungsgleich mit jenem der STEWEAG bestellt worden. Die EV-Süd übernahm das ehemalige STEG-Draukraftwerk der Elektrarna Fala d.d., die Kohlenbergwerke der Trifailer Gesellschaft und der staatlichen Bergwerke Wöllan/Velenje sowie die Krainischen Landes-Elektrizitätswerke.²¹⁰ Ein Arbeitsausschuss aus AEW und Reichsgau Steiermark sollte die Energieversorgung gemeinsam planen und durchführen.²¹¹ Im Zuge der Fusion mit der

²⁰⁵ BA, R 63/146. – Wirtschaftskammer Wien. Übersicht Materialbedarf für die einzelnen Projekte bis 1945.

²⁰⁶ BA, R 4/173. Lastverteiler XI. an die Rüstungsinspektion XVII in Wien, v. 8.7.1941, gez. Steiner.

²⁰⁷ BA, R 63/146. – Wirtschaftskammer Wien. Übersicht Materialbedarf für die einzelnen Projekte bis 1945. – Die teuerste projektierte Anlage (ausgenommen Voitsberg, Timelkam und Kaprun) war mit 120 Millionen RM Weißenbach an der Enns der AEW.

²⁰⁸ So etwa ein Bericht der Rüstungsinspektion XVIII in Salzburg v. 15.7.1941, NA, T-77, R-749, 982853.

²⁰⁹ Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 80. – Alfred Fleischmann, geb. 1907 in Graz, galt als Obersteirer, war illegales NSDAP- und SS-Mitglied, im NS-Jargon als „Alter Kämpfer“ bezeichnet, zuletzt SS-Standartenführer, 1938 Gauwirtschaftsberater der NSDAP, NS-Gauinspektor I und Mitglied der Gauleitung der NSDAP, 1941 Vorstandsleiter der STEWEAG.

²¹⁰ BA, R 2/11448, Reichsfinanzminister, Regelung der Energieversorgung in der Untersteiermark, EV-Süd, v. 26.1.1942. Die Besitzverhältnisse der vier Betriebe waren 1941: Trifail/Trbovlje mit einem Aktienkapital von zehn Millionen RM war zu 14 Prozent im französischen, zu 11,4 Prozent im Schweizer, zu 3,6 Prozent im Protektorats-, zu 1,3 Prozent im italienischen und zu 11,4 Prozent im deutschen Besitz. 27,4 Prozent hielt die Dresdner Bank, der Rest war Streubesitz. Faal/Fala hatte 250.000 RM an Aktienkapital, wovon 87,5 Prozent in der Schweiz, der Rest bei der Ersten Kroatischen Sparkasse lagen. Die Krainer Landes-Elektrizität war, ähnlich der STEWEAG, ein Landesbetrieb der „Drau-Banschaft“ (= Slowenien) und der Wöllaner Bergbau war ein reiner jugoslawischer Staatsbetrieb.

²¹¹ ESt-Archiv, Abschlussbilanz und Kapitalberichtigungs-Bilanz 1941. Bericht des Vorstandes, vom Mai 1942.

STEWEG räumten die Creditanstalt und die Länderbank der EV-Süd einen Fünf-Millionen-Kredit²¹² ein, der auch über die CA-Filiale Cilli/Celje bedient werden konnte.²¹³ Die Kraftwerksplanungen zum Ausbau der Drau sahen vor:²¹⁴ im Reichsgau Kärnten den Fertigbau von Schwabegg nach den Planungen der STEWEG-Bauabteilung²¹⁵ und den Bau der Kraftwerke Lavamünd und Unterdrauburg/Dravograd; in der Untersteiermark den Bau von vier Kraftwerken im Drautal von Unterdrauburg/Dravograd bis Faal/Fala (Saldenhofen/Vuzenica, Wuchern/Vuhred, Fresen/Brezjo und Oswald/Ožbold),²¹⁶ den Weiterbetrieb des Faaler Werkes, das weite Teile der Untersteiermark sowie die Stickstoffwerke in Maria Rast/Ruše²¹⁷ versorgte, sowie den Bau des Kraftwerkes Marburg/Maribor-Felberinsel/Mariborski otok.

Zusätzlich begann man 1941 mit dem Ausbau des Dampfkraftwerkes Trifail/Trbovlje, der Errichtung eines großen Umspannwerkes in Wöllan/Velenje, einer 100-kV-Leitung von Faal/Fala über Marburg/Maribor nach Graz, eines Dampfkraftwerkes in Reichenau/Brestanica sowie einer Verbindung von Tüffer/Laško nach Trifail/Trbovlje.

Ausbau der Drau

Im Wesentlichen ging es jedoch um den Ausbau der Drau im untersteirischen Abschnitt von Unterdrauburg/Dravograd bis Marburg/Maribor. Weitere Staustufen bis nach Pettau/Ptuj waren nur angedacht. Im Vollbetrieb sollten die projektierten Werke der Draukette bis 1945 eine gewaltige Leistung von 305 MW haben.²¹⁸ Strommengen vor allem für das AEW-Verbundnetz und weniger für die Untersteiermark. Denn durch die Elektrifizierung des Gebietes in der Zwischenkriegszeit, vor allem durch den Strom des Faaler Kraftwerkes, wurden bis 1941 alle größeren Orte und wichtigeren Industrien in das Landesnetz eingebunden.²¹⁹

Die Genehmigung für den Ausbau der Drau durch den Generalinspektor für Wasser und Energie erfolgte allerdings erst nach über zwei Jahren, am 11. März 1944.²²⁰ Bis dahin wurden zwar einzelne Arbeiten in Erwartung der Genehmigung durchgeführt, allerdings fehlten – mit Ausnahme von Schwabegg und Felberinsel/Mariborski otok – die höheren Dringlichkeitsstufen für die Zuteilung von Material, Maschinen und Arbeitskräften.²²¹

Die untersteirischen Kraftwerke waren als Stromlieferanten der vierte Eckpfeiler des „ostmärkischen“ 200-kV-Verbundnetzes (Kaprun, Simbach als Anschlussstelle nach Mitteldeutschland, Wien und die Untersteiermark).

Zweitrangig waren daher bereits die 110-kV-Landesleitungssysteme, die in der Untersteiermark die Drau- und Saveketten verbinden sollten und den innerösterreichischen Verbund bildeten.²²²

Das tatsächlich Erreichte hielt mit den Planvorgaben nicht Schritt. Erst ab dem Winter 1942/43 konnte ein Teil des untersteirischen Stroms in das AEW-Verbundnetz und in die Steiermark geliefert werden: am 20. Dezember 1942 durch die 110-kV-Doppelleitung Wöllan/Velenje-Schwabegg²²³ und zu Kriegsende über die 110-kV-Leitung Marburg/Maribor – Unterdrauburg/Dravograd – Hessenberg.²²⁴ Das Kraftwerk Felberinsel ging ebenfalls 1944/45 in Teilbetrieb²²⁵ und erzeugte bis Kriegsende 12.530 MWh Strom.²²⁶

Widerstand und Partisanenkrieg

Seit Herbst 1942 kämpfte die Stromversorgung in der Untersteiermark zusätzlich noch mit einer zunehmend schwierigeren Sicherheitslage. Partisanenüberfälle auf Strommasten, Zwangsrekrutierungen von Arbeitern auf Baustellen, die Entwendung von wichtigen Baumaterialien und Maschinen, Überfälle auf Betriebe und Geldtransporte²²⁷, Sprengungen und die tägliche Unsicherheit machten einen geregelten Betrieb immer schwieriger. Durch den Abzug von deutschen Polizeieinheiten aus der Untersteiermark nach Frankreich gegen Jahresende 1942 entstand ein zusätzliches Sicherheitsvakuum, zumal die Aufstellung von schlecht ausgerüsteten antikomunistischen Landwehreinheiten (Domobranzen) die reguläre Polizei kaum ersetzen konnte.²²⁸

Ziel von Partisanenanschlägen waren immer wieder Betriebe und Mitarbeiter der EV-Süd,²²⁹ wie 1943 die Kohlenbergbaue in Edlingen/Zagorje²³⁰ und Trifail/Trbovlje²³¹, die Pirschenberger Gruben bei Rann/Brežice²³² sowie der Kohlenbergbau in Reichenburg/Brestanica²³³ und das Wöllaner Revier, das in der Nacht zum 1. Mai 1944 Ziel eines Brandanschlages von 300 bis 500 Partisanen geworden war. 40 Mann der Wehrmannschaft und 25 Mann des Werkschutzes lieferten den Partisanen ein langes Feuergefecht, bei dem drei Männer des Werkschutzes getötet wurden. Die Anlagen waren derart stark beschädigt, dass das Werk nicht weitergeführt werden konnte.²³⁴ Ab Mitte Mai 1944 wurden seitens der Partisanen die Zwangsrekrutierungen von Arbeitern forciert. So verloren im Mai binnen kurzer Zeit die EV-Süd-Betriebe Trifail/Trbovlje 35, Eichthal/Hrastnik 71 und Tüffer/Laško fünf Beschäftigte.²³⁵ Allein der Werkschutz für die Betriebe der EV-Süd verschlang im Jahr 1943 beträchtliche Geldmittel.²³⁶ Bald musste die Produktion in den EV-Süd-Betrieben zurückgefahren werden, weil ein größerer Teil der Beschäftigten fehlte: durch Einrückungen zur Wehrmacht, durch Rekrutierungen der

^[1] Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 382.

^[2] StLA, 313-A 5/1943, 15.1.1943, 31.12.1942. Bescheid des CdZ, Meldung der AEW.

^[3] BA, R 4/236a. Baufortschrittsmeldung, v. 1.3.1945 der Reichsgruppe Energiewirtschaft, Berlin.

^[4] ESt-Archiv, KW Marburg der AEW, CdZ Bescheid zur gewerbe- und wasserrechtlichen Bewilligung für KW Felberinsel v. 27.7.1943, Eingabe v. 8.12.1942.

^[5] Privatbestand Karner, Sammlung STEWEG, LLV-STEWEG, AV 1.7.1975, gez. ObIng. Strobl.

^[6] Wie am 15.7.1943 der Partisanen-Überfall auf einen Werks-Geldtransport von 70.000 RM des Kohlenbergbaus Edlingen/Zagorje. NA, T-77, R-743,974633. KTG 21.7.1943

^[7] NA, T-77, R-743,974394, Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Graz, 12.12.1942. Sitzungsbericht der Unterkommission.

^[8] NA, T-77, R-743,974480, KTG 6.3.1943.

^[9] NA, T-77, R-743,974533, KTG 27.4.1943.

^[10] NA, T-77, R-743,974572, KTG 12.6.1943.

^[11] NA, T-77, R-743,974660, KTG 11.8.1943. Überfall v. 4.8.1943 durch 200 Partisanen, die die Obertageleitung in Brand steckten. Einrichtungen wurden zerstört, Maschinen unbrauchbar gemacht. Der Schaden des Überfalls wurde mit 50.000 bis 70.000 RM angegeben.

^[12] NA, T-77, R-743,974893, 974904, KTG 10.2.1944, 22.2.1944. Nach dem Überfall in der Nacht vom 9. auf den 10. Februar 1944 mit starken Infanteriewaffen wurden drei Werkschutzmänner vermisst, zwei Gendarmen tot aufgefunden. Der Sachschaden betrug 496.000 RM.

^[13] Die Zahl der getöteten Partisanen wird nicht angegeben. NA, T-77, R-743,975012, KTG, 9.5.1944.

^[14] NA, T-77, R-743,975030.

^[15] BA, R 2/11481. CdZ UStmk, 17.12.1943. Uiberreither forderte als CdZ volle Kompensation der entstandenen Kosten von 250.000 RM.

Partisanen, durch Arbeitsverweigerungen oder durch laufende Arbeiterabstellungen zu kriegswichtigeren Waffenerzeugern.²³⁷

Produktionsausfälle

Trotz aller Probleme bezog die STEWEAG von der EV-Süd während des Krieges deutlich mehr Strom, als sie in die Untersteiermark geliefert hatte.²³⁸

Im November 1941, noch ohne die untersteirischen Strommengen, wurde präventiv eine generelle Stromeinschränkung von sieben Prozent verfügt, die im Februar 1942 auf zehn Prozent erhöht wurde. Durch die Stromdrosselungen wurden die verpflichtenden Produktionssolls der Rüstungsfirmen zunehmend Wunschträume der Rüstungsplaner, der Maschinenfabrik Andritz, Böhler und in Donawitz. Probleme im Netz der STEG führten zu Produktionsausfällen bei den Steyr-Daimler-Puch-Werken, bei Waagner-Biro und bei Lapp-Finze in Kalsdorf. Dem DKW Voitsberg ging im Winter 1942 die Kohle aus!

Je länger der Krieg dauerte, desto mehr STEWEAG-Mitarbeiter wurden zur Wehrmacht eingezogen und zum Kriegsdienst verpflichtet. Bei den verschiedenen „Auskämmaktionen“ der Rüstungsdienststellen konnten immer weniger Mitarbeiter Uk (unabkömmlich) gestellt werden. Immer mehr fielen an den Fronten, immer stärker griff das NS-System, gegen seine ideologischen Vorgaben, auf die Arbeit von Frauen zurück. Ab dem Frühjahr 1943, besonders nach den verlustreichen Schlachten von Stalingrad, am Don und im Kursker Bogen, kehrten immer mehr Gefallene in Särgen in die Steiermark zurück. Die ersten Begräbnisse wurden vom NS-System noch als „Heldenfeiern“ im Landhaus oder in offiziellen Gebäuden der Städte inszeniert. „Für Führer, Volk und Vaterland fielen auf dem Felde der Ehre“ war die gängige Formel für Gefallenenlisten, wie sie bald in allen Gemeinden auflagen. Der nur vierseitige, äußerst dürre STEWEAG-Geschäftsbericht 1943 druckte bereits eine Parte für die Mitarbeiter Johann Buchhauser, Georg Hanner und Franz Schrießl ab.²³⁹

Mitte Februar 1942 brachte eine hartnäckige Kältewelle einen neuerlichen Engpass. Allerdings hatte man auf Seite des Rüstungskommandos und des Ortslastverteilers aus den Stromkürzungen und darauffolgenden Protesten der Rüstungsproduzenten schon gelernt und drosselte die Lieferungen nicht mehr generell für alle Produktionen, sondern kontingentierte die Strommengen, was den Betrieben größere Flexibilität brachte. So wurde die Waffenproduktion bei Böhler von den Kürzungen vollkommen ausgenommen, obwohl Böhler und die Alpine-Donawitz ihre Elektroöfen wegen Strommangels stilllegen mussten. In den letzten drei Kriegsjahren stieg der Stromverbrauch der Rüstungsbetriebe weiter, wogegen die Ausbauziele immer seltener erreicht wurden. Das Defizit bei den Stromlieferungen war auch durch drastische Sparmaßnahmen, vor allem bei nicht „kriegsnotwendigen“ Betrieben, im Gewerbe, in Haushalten und in der Landwirtschaft nicht mehr zu beheben. Die Strom-

preise regelte ab 1942 ein neuer „Reichs-Tarif“, der verbilligte Basis-Einheitspreise vorsah, an die sich alle Elektrizitätsgesellschaften zu halten hatten. Bei den Preisen für Kleinabnehmer orientierte sich die Steiermark an der sehr billigen Preisfestsetzung für Oberösterreich.²⁴⁰

Im vorletzten Kriegsjahr 1944 hatte die STEWEAG etwa 85 Prozent ihres verkauften Stroms von 480,5 GWh in eigenen Anlagen erzeugt, wovon wiederum 80 Prozent aus Wasserkraft und 20 Prozent aus Kohlekraftwerken stammten. Von den verkauften 480,5 GWh entfielen fast drei Viertel zu Sonderpreisen auf die fünf Großabnehmer Böhler, AEW, E-Werk Graz, Schoeller und EV-Süd. Ein Viertel ging an Industrie- und Gewerbebetriebe nach der kriegswirtschaftlichen Prioritätsreihung und nur 0,01 Prozent an Privatkunden und Tarifabnehmer.²⁴¹ Die Verkaufspreise waren äußerst unterschiedlich und hingen von vertraglichen Verpflichtungen, von kriegswirtschaftlichen Vorgaben und von Prioritätsreihungen ab. An eine betriebswirtschaftliche Preiskalkulation war nicht mehr zu denken. Insgesamt hatte die STEWEAG 1944 Strom um 15,1 Millionen RM verkauft, davon 8,7 Millionen RM an die fünf Großabnehmer, fünf Millionen an mittelspannungsseitige Abnehmer wie die STEG, die Alpine-Montan, die Steyr-Daimler-Puch, Vogel & Noot, die Paltenstahlindustrie, die E-Werke Ganz (Feldbach), Kapfenberg oder die Pichlerwerke. Aus dem Verkauf im Niederspannungsbereich, vor allem an Privatkunden und kleinere Betriebe sowie für Straßenbeleuchtungen nahm man 1,4 Millionen RM ein.²⁴²

Dionysen – erbaut mit Zwangsarbeit

Der Kraftwerksbau der STEWEAG, die 1942 für den Ausbau der Kraftwerke ihr Grundkapital nochmals um das Vierfache erhöht hatte,²⁴³ konzentrierte sich in den letzten zweieinhalb Kriegsjahren vor allem auf das Murkraftwerk bei St. Dionysen und die beiden untersteirischen Draukraftwerke. Sie waren vor allem zur Versorgung der umliegenden Rüstungsbetriebe vorgesehen: Dionysen vor allem für Böhler in Kapfenberg, Brigl & Bergmeister in Niklasdorf, Felten & Guillaume in Bruck/Mur, die untersteirischen Kraftwerke für die starke Rüstungsindustrie um Marburg/Maribor, Cilli/Celje und Pettau/Ptuj.

Auf der STEWEAG-Baustelle in St. Dionysen arbeiteten im Auftrag der STEWEAG zunächst vor allem die „Universale Hoch- und Tiefbau AG“ und „Hinteregger & Fischer“. Um den Bau des Kraftwerkes trotz eklatanten Arbeitskräftemangels durchzuführen, wurden ab Oktober 1942 für die Bauarbeiten an der Staumauer, an einem parallel zur Mur verlaufenden Kanal von Niklasdorf bis zum Kraftwerk und für die weiteren Bauarbeiten vor allem Zwangsarbeiter aus den nahe gelegenen Zwangsarbeiterlagern und ab 1943 Häftlinge des eigens errichteten Arbeitserziehungslagers (AEL) Dionysen herangezogen.²⁴⁴ Das AEL Dionysen hatte die SS zwischen 28. Februar 1943 und 11. August 1944 in Picheldorf ausschließlich für Männer eingerichtet.

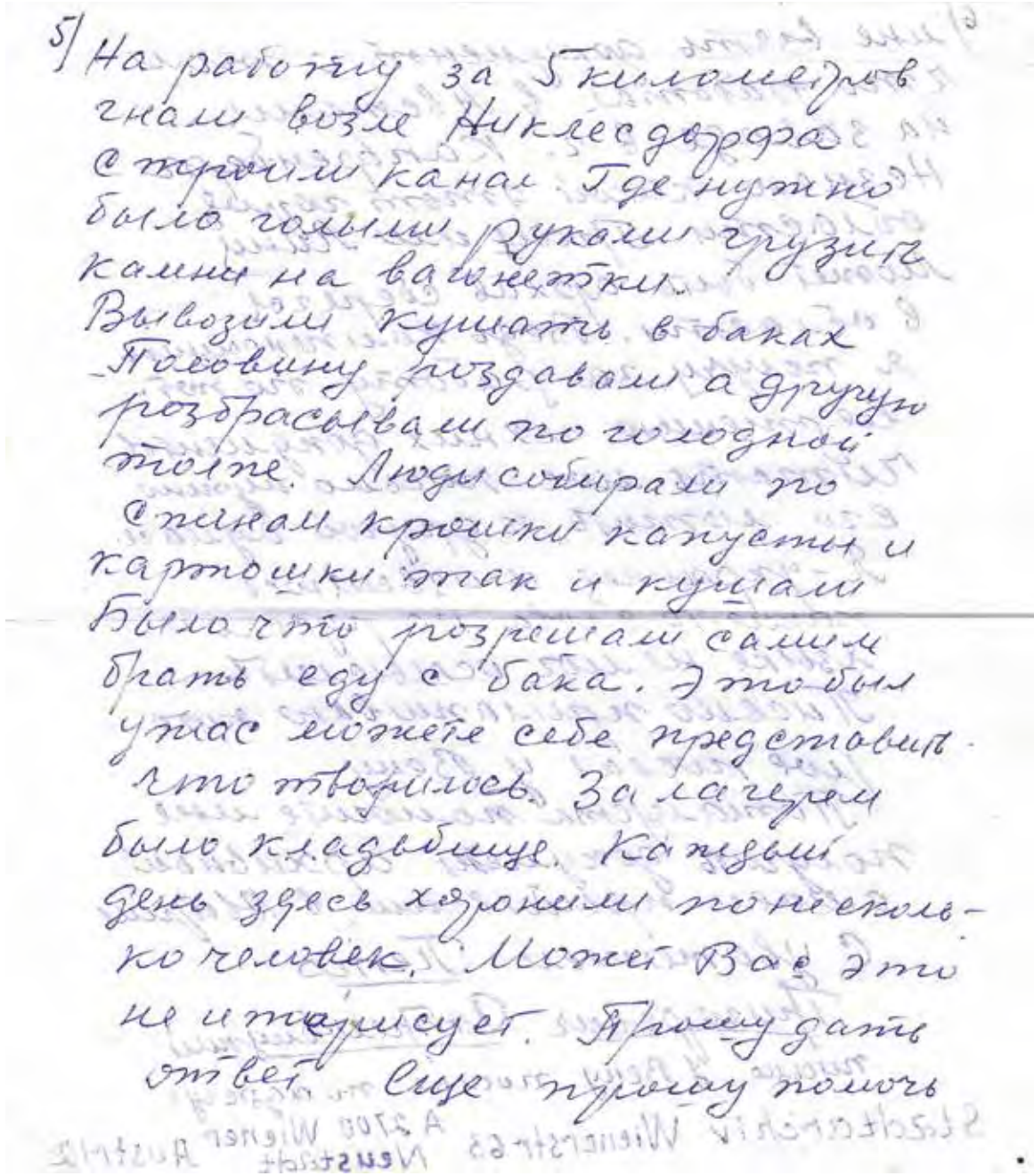
^[240] StLA, RStH, 431-510 (1942). Briefwechsel der Gauleiter August Eigruber und Sigfried Uiberreither vom Mai 1942.

^[241] ESt-Archiv, Jahresabschluss 1945. Bilanz. Beilage 38. Energieverkauf 1944 (in Millionen kWh) an Großkunden 347,459.682; an Hochspannungsabnehmer 125,143.603 und an Niederspannungsabnehmer 7.894,313.

^[242] ESt-Archiv, Jahresabschluss 1945. Bilanz. Beilage 39/1-3. Energieverkauf. – Stromverkauf 1944 in Millionen RM (gerundet): Böhler 4,0, E-Werk Graz 2,0, AEW 2,0 Schoeller 0,5 und EV-Süd 0,1.

^[243] Aufgrund der Dividendenabgabeverordnung v. 18.8.1941 wurde das Gesellschaftskapital von 6,660.000 RM auf 28,860.000 RM aufgestockt. Die Mittel dazu wurden aus den offenen Reserven, wie sie 1941 im Geschäftsbericht ausgewiesen waren, entnommen. ESt-Archiv, Geschäftsbericht 1942, Bilanz 1942, vorgelegt am 19.5.1943 und: 50 Jahre STEWEAG, S. 63.

^[244] Nach der NS-Betriebsordnung und „Ehrengerichtsbarkeit“ hatten sogenannte „Ehrengerichte“, später auch die Gestapo, das Recht, Beschäftigte, aber auch Betriebsführer, die Arbeitsvertragsbrüche begangen hatten, mit Strafen zu belegen. Die Ahndung der Arbeitsvertragsbrüche erfolgte je nach Schwere der Vergehen oder der oftmaligen Wiederholung in fünf Stufen. Diese reichten vom „Verweis“ bis zur Einlieferung in „Arbeitserziehungslager“ bzw. in ein Konzentrationslager. Vgl. dazu und zum Folgenden ausführlicher: Stefan Karner, Arbeitsvertragsbrüche als Verletzung der Arbeitspflicht im „Dritten Reich“, in: Archiv für Sozialgeschichte. Bonn 1981, (= Karner, AVB), S. 269–328, hier S. 281. Die Haft im AEL galt in der NS-Diktion nicht als Strafe, sondern als „Erziehungsmaßnahme“.



Faksimile der Schilderung des Zwangsarbeiters Petr Strelbickij über Arbeitsbedingungen in Dionysen
Quelle: BIK-Graz, Foto: Karner.

Die Zwangsarbeiter des AEL Dionysen waren meist wegen verschiedener Vergehen gegen die Arbeitsordnung bei Böhler und bei Brigl & Bergmeister²⁴⁵ zur „Arbeitserziehung“ für anfangs 56 Tage, später für längere Zeit, nach St. Dionysen gebracht und unter härtesten Bedingungen eingesetzt worden.

²⁴⁵ Hermann Rafetseder, NS-Zwangsarbeiter-Schicksale. Erkenntnisse zu Erscheinungsformen der Oppression und zum NS-Lagersystem aus der Arbeit des Österreichischen Versöhnungsfonds. Bremen 2014 (= Rafetseder), S. 487.

Als erstes begann man in Dionysen mit dem Bau des Wasserkanals. Dazu setzten die Baufirmen bereits Dutzende Zwangsarbeiter täglich zehn bis zwölf Stunden und sechs Tage pro Woche ein. Die Arbeiten waren schwer, körperliche Quälereien, Schläge und andere Schikanen gehörten zum Alltag. Fluchtversuche (wie ein Kroat, den man im September 1943 wegen „Arbeitsflucht“ inhaftiert hatte)²⁴⁶, aber auch Essensschmuggel wurden hart bestraft und konnten zur Einweisung in ein KZ führen. Ein Franzose gab an, ein Zwangsarbeiter habe eine Lebensmittelration aus Kapfenberg ins AEL Dionysen geschmuggelt, worauf dieser ins KZ Flossenbürg eingewiesen wurde. Aus Eigennutz versuchte man die bloße Arbeitskraft der Häftlinge zu erhalten, für eine entsprechende Arbeitsleistung gab es neben der normalen Gefangenenverpflegung eine Schwerarbeiterzulage. Der Arbeitslohn der Häftlinge, der sich generell an den entsprechenden Lohnklassen für Bauarbeiter orientierte, wurde von den Vertragsfirmen an die Lagerverwaltung und an die Staatspolizeistelle überwiesen. Die Häftlinge selbst erhielten ein Taschengeld von rund 50 Pfennig pro Tag. Nur selten konnte das Los der Zwangsarbeiter erleichtert werden, schafften es Werksangehörige, für Zwangsarbeiter eine Vergünstigung zu erreichen, wie etwa eine etwas höhere Essensration, ein Nachschlag bei der Essensausgabe, die Zuteilung zu einer körperlich leichteren Arbeit oder wärmere Kleidung. Ein Werksverantwortlicher von Böhler verkürzte die schwere Arbeit in Dionysen für zwei Tschechen zur Jahreswende 1942/43 um vier Wochen. Einer Serbin ersparte „die Frau des Firmenchefs“ überhaupt das „Straflager“ Dionysen.

Die Zahl der Zwangsarbeiter auf der Kraftwerksbaustelle lässt sich nicht mehr genau rekonstruieren. Einerseits gab es eine hohe Fluktuation allein schon wegen der durchschnittlich achtwöchigen Zuteilung, andererseits wurden neben den Häftlingen des AEL Dionysen auch Zwangsarbeiter aus den Zwangsarbeiterlagern in Bruck/Mur und Niklasdorf auf der Baustelle des Kraftwerkes eingesetzt, in deren Unterlagen oft Aufzeichnungen des genauen Arbeitsortes fehlen.²⁴⁷

Einen kleinen Einblick geben dazu die Akten des Österreichischen Versöhnungsfonds. Demnach waren im Jahr 2000 noch 57 ehemalige Zwangsarbeiter der STEWEAG-Baustelle in Dionysen am Leben und konnten einen Antrag auf Entschädigung für ihre Arbeiten beim Kraftwerksbau stellen.²⁴⁸ Von ihnen lebten 21 in Tschechien, 15 in der Ukraine, neun in Frankreich, drei in Russland, je zwei in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, je einer in Belarus, Griechenland, Großbritannien, Polen und in den USA. Als Geburtsland gaben 21 die Tschechoslowakei, 19 die Sowjetunion, neun Frankreich, vier Jugoslawien, und je eine Person Griechenland und Polen an. Zu den jüngsten zählten eine Russin, die noch keine 16 Jahre alt war und ein Grieche mit knapp 17 Jahren.²⁴⁹ Die Häftlinge des AEL Dionysen hatten zusätzlich zum obligaten schwarzen Winkel²⁵⁰ noch ein weißes A aufgenäht.²⁵¹

Der 21-jährige Ukrainer Petr G. Strelbickij war im Juli 1942 von Kapfenberg ins Zwangsarbeiterlager Winkel bei Bruck/Mur gebracht worden und arbeitete zunächst täglich zwölf Stunden bei Böhler in der Produktion des deutschen Panzers „Tiger“. Zu Jahresbeginn 1943 geriet Strelbickij mit einem Deutsch-Russen, der für den

²⁴⁶ Dazu und zum Folgenden: Rafetseder, S. 487ff.

²⁴⁷ Vgl. dazu den Bestand des Österreichischen Versöhnungsfonds im ÖStA, Wien.

²⁴⁸ Rafetseder, S. 485–491. Herrn Dr. Hermann Rafetseder, Linz, danke ich besonders für seine kollegiale Zusammenarbeit bei der Erfassung der AEL-Häftlinge in St. Dionysen. Dem Österreichischen Staatsarchiv, GD Priv.-Doz. Dr. Helmut Wohnout, Dir. HR Rudolf Jerzabek und HR Hubert Steiner danke ich für die stets zuvorkommende Bereitstellung und Aufarbeitung der entsprechenden Unterlagen des Österreichischen Versöhnungsfonds.

²⁴⁹ Rafetseder, S. 488.

²⁵⁰ Jeder KZ-Häftling hatte eine Nummer und einen farbigen Dreieckswinkel an der linken Brustseite sowie am rechten Hosenbein zu tragen. Die AEL galten nach Eugen Kogon oder Martin Broszat als „mildeste Form“, als „Vorstufe“ und „spezielle Form“ von Konzentrationslagern. Vgl. Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager, in: Hans Buchheim – Martin Broszat, u. a. (Hg.), Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Olten 1965; Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1974.

²⁵¹ Karner, Arbeitsvertragsbrüche, S. 287, und eine der ersten Arbeiten zu den AEL: Herwig Mikutta – Max Stelzl, Nationalsozialistische Arbeitserziehungslager. SE-Arbeit, Uni-Linz 1980.

Sicherheitsdienst der SS arbeitete und ihn laufend als „Russen-Schwein“ beschimpfte, in einen Streit und Raufhandel. Gefängnishaft in einer „eisigen Zelle“ in Bruck/Mur im Februar 1943 und Einweisung in das Arbeits-erziehungslager waren die Folgen. „Das Lager war mit dreifachem Stacheldraht und Wachtürmen mit MG-Sol-daten gesichert. Wir schliefen auf dreistöckigen Pritschen. Im Lagerhof gab es eine Bank, auf die Verurteilte gebunden und um vier Uhr früh mit kaltem Wasser übergossen wurden. Andere wurden mit Gummiknüppeln geschlagen. Wir hatten Holzpantoffeln an den Füßen. Einmal verlor ein Häftling sein Essgeschirr, worauf er die Suppe aus seinen Holzpantoffeln zu schlürfen hatte. Um den Hunger einigermaßen zu stillen, wurde heimlich alles Essbare gestohlen. Denn zum Essen gab es wenig“, so Strelbickij, oft „haben sie das Essen zur Hälfte ein-fach in die hungernde Menge geworfen“. Hinter dem Lager gab es einen kleinen Friedhof, wo die Toten bestattet wurden. „Zur Arbeit trieb man uns täglich etwa fünf Kilometer in Richtung Niklasdorf, wo wir einen Kanal zu bauen hatten, mit bloßen Händen mussten die Steine aus der Erde gelöst und auf Waggonen verladen werden.“²⁵²

Im August 1944 hatte ein tschechischer Häftling die Personalkarteikarten des AEL Dionysen zu ordnen. Dabei sah er, dass die Sterberate im Lager hoch war und kurz vor seiner eigenen Einweisung „angeblich eine Kontrolle vom Roten Kreuz im Lager war, weil dort schreckliche Bedingungen herrschten“. Nach draußen drang fast nichts, höchstens Gerüchte, deren Verbreitung wiederum härteste Strafen nach sich zogen. Hinter vorgehaltener Hand erzählte man sich, dass die Russengräber am Ortsfriedhof erst mit dem Jahr 1943 begin-nen, weil man die Toten bis dahin einbetoniert hatte.²⁵³ Die Menschen, so stellte der Tscheche fest, blieben so lange im Lager, „wie sie die schrecklichen Bedingungen aushielten [...] Viele starben an Unterernährung und wegen der harten Arbeit“. Im September 1944 sei das AEL Dionysen aufgelöst, die Insassen ins Lager Eisen-erz gebracht worden.²⁵⁴

Unter härtester Ausnützung der Zwangsarbeiter hatte man das Kraftwerk und das Krafthaus so weit im Rohbau errichtet, dass am 30. April 1943 die Gleichenfeier begangen werden konnte.²⁵⁵ Es folgten vor allem die Fer-tigstellung des Wehrs und seiner Ausrüstung, Unterwasserverschlüsse, Turbinen und die komplette elektrische Einrichtung. Errichtet auf den Knochen der bei den Bauarbeiten uns Leben gekommenen Zwangsarbeiter, ging das Werk im August 1944 in Betrieb.

Das parallel zu Dionysen ebenfalls im Wesentlichen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen²⁵⁶ errichtete Marburger Felberinsel-Draukraftwerk, vorgesehen vor allem für die Stromversorgung des VDM-Luftfahrtwer-kes auf der Thesen/Tezno, konnte bis Kriegsende nur zu etwa einem Drittel fertiggestellt werden, lief aber den-noch mit zwei Aggregaten an.²⁵⁷ Das Draukraftwerk Pettau/Ptuj, das Strom für das Aluminiumwerk in Sterntal/Kidričevo und für die Zinkhütte des Bleiberger Bergwerks Union liefern sollte, konnte die Stromerzeugung vor Kriegsende nicht mehr aufnehmen.²⁵⁸ An beiden Kraftwerksbaustellen wurden ebenso wie in St. Dionysen

Zwangsarbeiter, vor allem Serben, Ukrainer und später italienische Militärinternierte eingesetzt.²⁵⁹ Die schon weit fortgeschrittenen Bauarbeiten an den Dampfkraftwerken Reichenburg/Brestanica und Trifail/Trbovlje der EV-Süd AG wurden 1943 gestoppt, weil die Dampfanlage in Trifail/Trbovlje schon 1942 um ein Drittel vergrößert wurde. Das „bautechnisch kühne“, kostengünstige, aber „naturschutzrechtlich schwierig durchzusetzende“ Projekt (Grengg) eines Murkraftwerkes bei Farrach war im Sommer 1943 nicht mehr umzusetzen, obwohl es für die Pölswerke und das Alpine-Stahlwerk Judenburg von großer Bedeutung gewesen wäre. Die Ressourcen schienen erschöpft.

Strom für den „Totalen Krieg“

Die Stimmung in der Bevölkerung kippte nach der Schlacht von Stalingrad 1943 und dem beginnenden Bomben-krieg der Alliierten, auch wenn Propagandaminister Joseph Goebbels den „Totalen Krieg“ ausgerufen hatte und seither überall im Land Durchhalteparolen plakatiert wurden. NS-Gauhauptmann Armin Dadiou, Vorsitzender des Aufsichtsrates der STEWEAG, notierte handschriftlich resignierend auf dem Aktendeckel: „Besprechung mit Gauleiter hat stattgefunden. Ablegen“.²⁶⁰

Doch nicht nur die Waffenerzeugung, wie 1943 etwa die Daimler-Benz-Motorenerzeugung für die Messer-schmidt-Jäger bei Steyr-Daimler-Puch in Graz-Thondorf,²⁶¹ sondern auch Gemeinden, private Haushalte und die Landwirtschaft brauchten dringend elektrischen Strom und obwohl deren Bedarf nur rund 1,5 Prozent der STEWEAG-Gesamterzeugung ausmachte, war er kaum noch zu bekommen.²⁶²

Ein typisches Beispiel schilderte am 18. Juni 1943 der Bürgermeister der Kleingemeinde Neudorf im Sau-sal²⁶³ und suchte bei Uiberreither, der sich gerade auf einer Besichtigungstour auf der Krim befand,²⁶⁴ um die Elektrifizierung der 236-Einwohner-Gemeinde und der gemeindeeigenen Dreschanlage an, umso mehr, als die Stromleitung der STEG knapp vor der Dorfmitte endete: „[...] bei einer Elektrifizierung unserer kleinen Ge-meinde würden insgesamt jährlich ca. 1.200 lit Benzin und 2.000 lit Petroleum für andere Zwecke frei [...]. Nun wird das benachbarte Gut Waldschach, [...] mit einer 20.000-Volt-Leitung beschickt und ersuche ich Sie dahin zu wirken, dass die kleine noch restliche Strecke bis Neudorf i./S. auch noch dazugebaut wird, denn wir haben hier [...] 39 Besitzer [...] deren Söhne beim Heer dienen (vier von ihnen haben bereits den Heldentod erlitten). Anstelle der 39 einberufenen landw. Arbeitskräfte haben wir nur acht, im Höchstfall zehn engl. Kriegsgefange-ne, deren Arbeit ja auch nicht mit der der Einberufenen zu vergleichen ist. [...] Der Mangel an landw. Arbeits-kräften ist stark zu spüren.“ Die Bauern müssen das benötigte Benzin aus Preding oder Deutschlandsberg holen, daher „werden Sie verstehen, dass [...] viel Arbeitszeit vergeudet wird, die im Falle einer Elektrifizierung für

^[252] Brief von Petr Grigorevič Strelbickij, geb. 5.2.1923, an das Boltzmann Institut (Priv.-Doz. Mag. Dr. Peter Ruggenthaler) und an das Stadtarchiv in Wiener Neu-stadt, v. 4.8.2000. Meldekarteikarte Kapfenberg sowie Arbeits- und Versicherungsbestätigung der Betriebskrankenkasse Böhler v. 21.12.2000. Schriftwechsel mit Stmk. Landesregierung, ORR Dr. Fally-Happl, 16.1.2001. Herrn Doz. Ruggenthaler danke ich für die Bekanntgabe des Briefes von Strelbickij sehr herzlich.

^[253] Georg Gasz, in: „Im Strom der Zeit. 100 Jahre Energie Steiermark“, ORF 2, Österreich-Bild (Gestaltung: Franz Neger (Regie), Erhard Seidl (Kamera) und Martin Steffens (Cutter), v. 4.7.2021 (= Neger, Seidl, Steffens, Im Strom der Zeit, ORF 2).

^[254] Rafetseder, S. 490.

^[255] StLA, RStH 111-136 (1943). Gleichenfeier Dionysen, für die der Betriebsleiter der „Universale Hoch- und Tiefbau AG“ von Gauwirtschaftsberater Fleischmann bzw. von Gauleiter Uiberreither die Freigabe von 250 Litern Wein angefordert und genehmigt bekommen hatte.

^[256] Zur Arbeitsdisziplin auf untersteirischen Baustellen und in untersteirischen Rüstungsbetrieben vgl. die case-study: Karner, AVB.

^[257] Das erste Aggregat lief im Dezember 1943, das zweite Aggregat im Juli 1944 an. Zum Marburger Kraftwerk bietet Wikipedia, Hidroelektrama Mariborski otok eine Erstinformation.

^[258] Zur BBU während der NS-Zeit siehe die umfangreichen Hinweise und Darstellungen bei: Stefan Karner, Kärntens Wirtschaft 1938–1945. Klagenfurt 1976 (= Karner, Kärntens Wirtschaft 1938–45), S. 131–185.

^[259] Zum Einsatz von italienischen Militärinternierten generell: Gerhard Schreiber: Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich. 1943–1945. Verraten – verachtet – vergessen. Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 28. München 1990.

^[260] StLA, RStH 441-485 (1943), Wasserbau in der Steiermark, Schreiben Grengg an Uiberreither, v. 28.5.1943. Uiberreither übergab den Akt Gauhauptmann Armin Dadiou zur Vorprüfung und Stellungnahme.

^[261] StLA, RStH 271-325 (1943). – Das Werk Thondorf produzierte ab 1942 vor allem Daimler-Benz-Motoren für die Messerschmitt-Jagdflugzeuge Me 109. – Schreiben GD Meinl an Uiberreither. – Vgl. Karner, Luftrüstung, S. 318–345. Ähnliche Ansuchen um erhöhte Material-, Arbeitskräfte- und Stromzuteilungen richteten an Uiberreither etwa gleichzeitig Böhler und Rottenmanner Eisenwerke. Ebd.

^[262] Errechnet nach STEWEAG-Verkaufsstatistik. ESt-Archiv, Div. Unterlagen 1925–1945. So verkaufte die STEWEAG im Jahr 1944 an E-Werke in- und außerhalb der Steiermark195,2 GWh, an die Industrie 279,3 GWh und an den Kleinkonsum (inkl. Landwirtschaft) 5,6 GWh.

^[263] StLA, RStH 111-136 (1943). Schreiben des Bürgermeisters und Ortsbauernführers von Neudorf i./S. (Unterschrift unleserlich) an Uiberreither v. 18.6.1943.

^[264] StLA, RStH 1-110 (1943). Uiberreithers Ukraine-/Krim-Reise v. 8.-14.6.1943. Mit von der Partie waren u. a. Reichsleiter Alfred Rosenberg, Reichskommissar für die Ukraine, Gauleiter Erich Koch und Gauleiter Otto Hellmuth (Unterfranken).

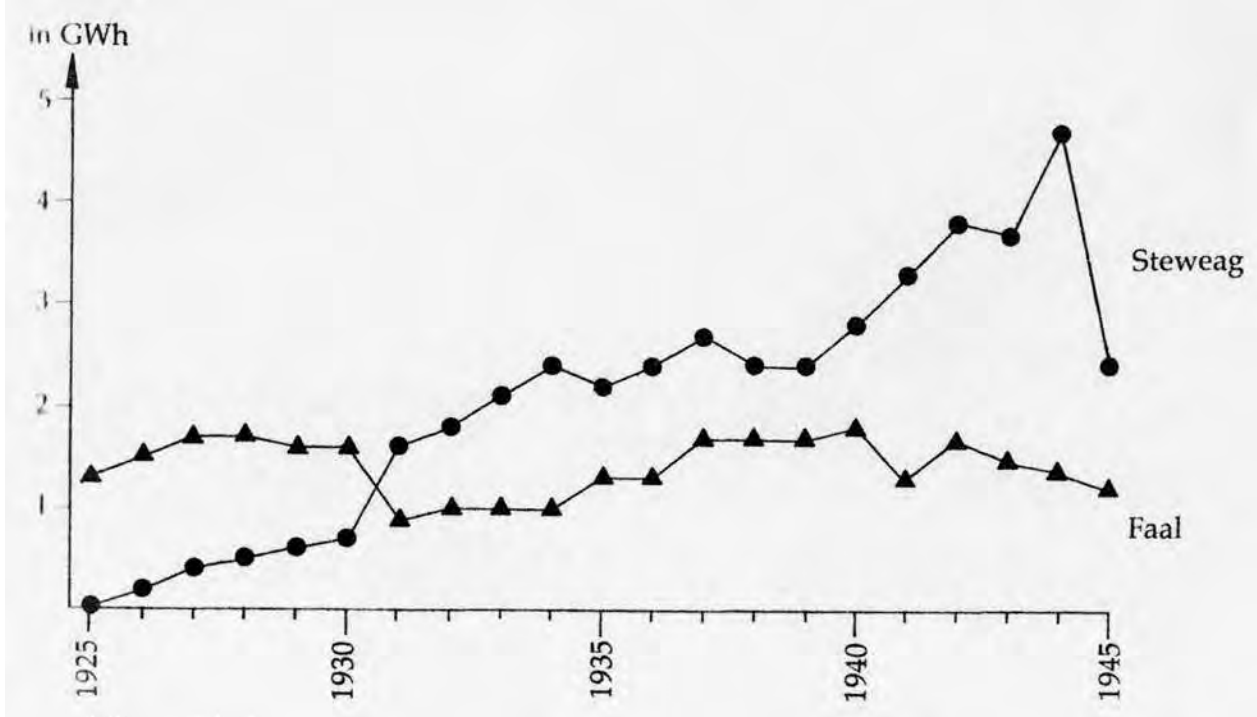
die Erzeugung von Volksgut verwendet werden kann“. Relativ barsch wurde dem Bürgermeister umgehend vom Reichsstatthalter beschieden, „er möge vor Abschluss der Arbeiten in Waldschach noch einmal ansuchen“.²⁶⁵

Überreither nutzte das Desaster in der Stromerzeugung innerparteilich aus, überging Gauhauptmann Dadiou und bestellte Alfred Fleischmann zu seinem Stellvertreter beim Energiebeauftragten für den Donauraum, Steiermark, Salzburg und Kärnten.²⁶⁶ Für Uiberreither galt Dadiou wegen seines moderateren Kurses in der NS-Germanisierungspolitik in der Untersteiermark als zu nachgiebig.²⁶⁷ Fleischmann sollte die Prioritätsreihung gegen alle Widerstände beinhart durchsetzen und den nötigen Strom für die Waffenerzeugung und für die „Ernteschlacht“ zur Verfügung stellen.

Drastische Stromkürzungen

Vordringlich war kurzfristig daher der Bau von Stromleitungen, um den erzeugten Strom wenigstens an die wichtigsten Abnehmer bringen zu können. So wurden bis Kriegsende noch fertiggestellt: die 110-kV-Leitung von Kapfenberg nach St. Marein zur Versorgung des neuen Böhler-Stahlwerkes, die 110-kV-Leitung Altenmarkt – Liezen der AEW zur besseren Versorgung der Schmidhütte Liezen, die 110-kV-Leitungen der AEW von Schwabegg nach Hessenberg, von der Hütte Linz nach Hessenberg und von Schwabegg nach Wöllan/Velenje, die 110-kV-Leitung Marburg/Maribor – Unterdrauburg/Dravograd – Hessenberg, das Umspannwerk in Mitterdorf sowie einige Trafostationen.²⁶⁸ Die detaillierten Planungen für fünf Murkraftwerke zwischen Judenburg und Bruck/Mur (siehe den projektierten Murabschnitt Leoben – Lebring des Originalplans 1942) waren am 30. November 1944 „mit sofortiger Wirkung einzustellen“, sofern sie nicht wegen „besonderer Kriegswichtigkeit [...] ausdrücklich angeordnet wurden“.²⁶⁹ Dies betraf auch die Minimalvariante, den Bau des projektierten Zweistufen-Werkes bei Farrach, um die es Anfang 1944 zudem einen Behördenstreit zwischen dem Reichsstatthalter in Graz und dem Generalinspektor für Wasser und Energie in Berlin gegeben hatte.²⁷⁰

Auch Fleischmann schaffte keine Wunder mehr. Im Verordnungswege mussten am 6. Dezember 1944 für das ganze Land (ausgenommen Graz und Murau) drastische Stromeinschränkungen und Stromkontingente (wie bei anderen Waren auch) „in Haushalt, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie“ verfügt werden.²⁷¹ Und diese betrafen ab sofort alle: Generelles Einstellen der elektrischen Raumheizung, temporäres Einstellen der Warmwasserheizung (von 6 bis 22 Uhr) und des elektrischen Kochens, sofern andere Koch- und Heizmöglichkeiten bestehen. Die Beleuchtung von Schaufenstern und Reklameschildern wurde verboten, die elektrische Straßenbeleuchtung wurde auf ein Minimum reduziert und ganze Versorgungsgebiete wechsel- und stundenweise abgeschaltet. All das drückte, zusammen mit der zunehmenden Gefahr von alliierten Bombenangriffen, auf die Stimmung in der Bevölkerung. Die Einhaltung der Maßnahmen hatten alle Elektrizitätsversorger streng zu



Die Stromerzeugung der STEWEAG und von Faal/Fala 1938–1945

Quelle: Karner, Die Steiermark im Dritten Reich.

überwachen, Verstöße konnten mit bis zu zwei Jahren Gefängnis und einer sofortigen Stromabschaltung bestraft werden. Der Stromabsatz in den steirischen Haushalten sank auf die Hälfte der Vorkriegszeit, alle verfügbaren Strommengen wurden der Rüstungsindustrie, den öffentlichen Einrichtungen, der Grundversorgung mit Lebensmitteln (wie für Molkereien oder Backstuben) sowie den zahlreichen Zulieferbetrieben der Kriegsmaschinerie – nach einer Prioritätsreihung – zur Verfügung gestellt. Dazu zählte etwa auch die Stromversorgung der Funkstation „Gladiole“ auf dem Stradner Kogel, die bis Ende März 1945 die Bewegungen der alliierten Bomber überwachte und dem „Drahtfunk“ in der Grazer Polizeidirektion meldete.²⁷² Noch 1944 hatten Kriegsgefangene von Haag aus eine Transportseilbahn zur Station gebaut. Die Funkstation wurde noch vor der Einnahme durch die Russen gesprengt.

Notprogramme

Die Stromerzeugung der STEWEAG konnte den Bedarf nicht mehr decken, obwohl 1944, dem Jahr mit der höchsten Rüstungsproduktion, mit 470,2 GWh ein Spitzenwert erreicht wurde.²⁷³ Dionysen und Voitsberg waren die stärksten Assets der STEWEAG im vorletzten Kriegsjahr. Ab Februar 1944 hatten die verstärkten Luftangriffe der Westalliierten auch die Stromerzeugung wesentlich erschwert, obwohl kein einziges STEWE-

²⁶⁵ StLA, RStH 111-136 (1943). Gez. Dipl.-Ing. Kastner. – Am 23.6.1943 ersuchte Dr. Alfred Jager, persönlicher Referent Uiberreithers, Dipl.-Ing. Josef Kastner um eine Stellungnahme, die dieser am 5.7.1943 abgab.

²⁶⁶ StLA, RStH 441-485 (1943). Schreiben Uiberreithers an den Gebietsbeauftragten für Elektrizitätswirtschaft im Energiebezirk Donaugau, Kärnten, Salzburg, Steiermark, GD Sterzinger, Innsbruck, v. 5.11.1943, gef. von Dr. Jager.

²⁶⁷ Zu Uiberreither bereite ich eine Biografie vor.

²⁶⁸ Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 382. – Die 100-kV-Leitungen wurden in der Folge auf 110 kV aufgeschaltet.

²⁶⁹ ESt-Archiv, Murplanungen Judenburg – Bruck/Mur, 1944. Einstellungsverfügung v. 30.11.1944 durch die Wasserwirtschaftsstelle für das untere Donaugebiet in Wien, Theresianumgasse 31. – Die STEWEAG-Planungen der fünf Murstufen zwischen Judenburg und Bruck/Mur, samt einem Generalplan, begannen bereits 1942.

²⁷⁰ ESt-Archiv, Mur-Planungen Judenburg – Bruck/Mur, 1944. Schreiben des RStH, Unter-Abt. VI, Sepp Helfrich, v. 25.2.1944. – Korrespondenz RStH – GIWE Februar/März 1944.

²⁷¹ Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Steiermark, 31. Jg., v. 6.12.1944, S. 260, gez. Dr. Mayrhofer. – Die Verordnung nahm Bezug auf den Runderlass des Rüstungsministers Nr. 50/44.

²⁷² Die Transportseilbahn von Haag zur Funkstation „Gladiole“ hatten 1944 Kriegsgefangene errichtet. Frdl. Mitteilung an den Verfasser von Karl Walch, Feldbach, einem ehemaligen Mitarbeiter der STEWEAG, vom April 2021, für die ich herzlich danke. Vgl. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 394ff.; Beer – Karner, Krieg aus der Luft, S. 93ff.; Franz Josef Schober, Der Luftkrieg über dem Bezirk Radkersburg 1939–1945. Ratschendorf 1989; Stefan Karner, Der Luftkrieg gegen Graz im Drahtfunk, in: Histor. Jb. der Stadt Graz, Bd. 16/17 (1986), S. 239–256.

²⁷³ 50 Jahre STEWEAG, S. 65; ESt-Archiv, Geschäftsbericht 1944, vorgelegt im März 1944.

AG-Kraftwerk verbombt wurde:²⁷⁴ Stundenlanges Ausharren in Bunkern, Stollen und Kellern wurde auch für STEWEAG-Mitarbeiter Alltag, Tarnanstriche an Kraftwerken und Umspannanlagen, die Einberufungen aus den Reihen der Beschäftigten sowie Materialmängel, weil Bahntransporte durch Bombenabwürfe auf Bahnhöfe und Schienen nicht mehr ankamen, reduzierten die Erzeugung.

Zusätzlich zum Luftkrieg häuften sich ab 1944 auch in der Steiermark Fälle von Sabotage und Anschlägen auf Energieeinrichtungen. Teils operierten kleinere Widerstandsgruppen in Kombination mit Partisanen der Untersteiermark, teils waren sie selbstständig und kämpften vor allem auf der Koralm und im Gebiet der Niederen Tauern.²⁷⁵ Am 28. Februar 1944²⁷⁶ meldete etwa der Hüttendirektor in Donawitz „Kurzschlüsse auf der Linzer Versorgungsleitung für Donawitz. Der Betrieb konnte durch Eigenstromerzeugung aufrechterhalten werden, später erfolgte Umschaltung auf Wasserkraftwerke Drau und Stromlieferung der STEWEAG über Bruck. Leitung war durch Feindeinwirkung gestört (vielleicht Sabotage).“

Schwere Beeinträchtigungen durch den Partisanenkrieg hatten besonders die Werke in der Untersteiermark erfahren. So wurde in der Nacht auf den 29. September 1944 das Faaler Kraftwerk gesprengt. Ein zur Partisanenbekämpfung ausgerückter Marburger SS-Lehrgang kam zu spät, so dass beträchtliche Ölmengen in die Drau flossen. Alle Beschäftigten des Werkes, bis auf zwei Monteure, die verwundet zurückblieben, wurden verschleppt, der deutsche Betriebsleiterstellvertreter wurde erschossen, der slowenische konnte sich in Sicherheit bringen.

Ein schwerer Schlag für die Stromversorgung der Untersteiermark. Das Notstromaggregat bei Hutter & Poche in Marburg/Maribor half notdürftig aus und konnte wenigstens dem VDM-Luftfahrtwerk auf der Thesen/Tezno etwas Strom zuführen.²⁷⁷ Eine Umschaltung auf das DKW Trifail/Trbovlje war ein weiterer Ersatz für den Ausfall. Die steirischen E-Werke konnten keinen Strom liefern, sie hatten selbst keinen mehr.

„Das Gebiet befrieden“

Die empfindlichen Störungen in der steirischen Rüstungsindustrie wirkten sich 1944 in Teilbereichen auch bereits auf die Gesamtrüstung des „Dritten Reiches“ aus, weil die obersteirische Edelstahlproduktion, nach Produktionsausfällen in anderen Gebieten, „kriegsentscheidend“ geworden war (Donawitz, Kapfenberg und St. Marein zählten gegen Kriegsende zu den Stützen aller „Notprogramme“).²⁷⁸ Die obersteirischen Rüstungsfirmen konnten im Herbst 1944 keine weiteren Stahlföfen mehr in Betrieb nehmen, Böhler wegen Strommangels einen weiteren 30-t-Ofen, der im November 1944 betriebsbereit gewesen wäre, nicht mehr anblasen.²⁷⁹ Ebenso erging es der Alpine in Donawitz mit einem 25-t-Ofen und den Judenburger Gußstahlwerken, die ebenfalls einen neuen 15-t-Ofen kalt stehenlassen mussten. Der zusätzliche Strombedarf für alle drei Öfen hätte nur rund 24 MW betragen. In der Untersteiermark hatten die Partisanen die Kohlenzufuhr zu den Dampfkraftwerken fast gänzlich unter ihre Kontrolle gebracht, so dass sie der Reihe nach ausfielen. Das DKW Trifail/Trbovlje konnte statt mit 24 nur mit sechs MW, das Dampfkraftwerk Wöllan/Velenje statt mit sieben nur mit fünf MW gefahren werden und das Kraftwerk

Reichenburg/Brestanica war mit zwölf MW im September 1944 vollkommen zum Stillstand gekommen. „Würde dieses Gebiet befriedet“, so folgerte man im Wehrkreiskommando 1944, „stünden 43 MW zur Verfügung, statt heute elf MW.

In einer Aussprache mit Hauptdienstleiter Karl Otto Saur und den Stäben des Planungs-, Rohstoff- und Technischen Amtes im Rüstungsministerium schilderte der von Speer noch am 14. Februar 1945 zum Rüstungsbevollmächtigten des Rüstungsbezirkes Donau-Drau ernannte Böhler-Generaldirektor Franz Leitner die Energiesituation im Südosten: „Im Südosten herrscht eine schlechte Versorgung. Es geht darum, dass wir schnell die Reparaturen fertigmachen können. In Kohle sind wir nur drei bis zehn Tage bevorratet. Von 34 MW bei Böhler sind 20 MW in Vor- und Nachmittagsstunden abzuschalten. Bei Schoeller-Bleckmann liegt es ähnlich, ebenso in Donawitz. Das Werk in Liezen steht ganztägig und kann nur nachts mit einem Ofen fahren. Vorige Woche sind 30 MW zugeschaltet worden. Wir fallen leider in der Produktion stark ab [...]. Wir brauchen zum Schmelzen die doppelte Zeit. Es gehen leider viele Schalter entzwei. Von 200 Schweißmaschinen ist in 14 Tagen die Hälfte reparaturbedürftig geworden. Der Südosten verbraucht etwa 40 bis 50 MW. Bis das Wasser wieder mehr von den Bergen fließt, muss die Sache in Ordnung gebracht werden.“

Bomben auf elektrische Anlagen

Die „Sache“ war nicht mehr in Ordnung zu bringen. Die Stromversorgung wurde immer häufiger unterbrochen. Dies lag an nicht fertiggestellten Anlagen, Kraftwerken und Leitungen, an der Sicherheitslage, den zunehmenden Anschlägen auf Strommasten und Umspannwerke, an dem stark gestiegenen Strombedarf durch die Rüstung und punktuell an den Angriffen westalliieter und ab März 1945 auch zunehmend sowjetischer Bomber und Jagdflugzeuge auf Fabriken, Bahnanlagen und ganze Orte, wie Graz, Knittelfeld oder Zeltweg. Nahezu bei jedem der rund 300 Luftangriffe auf Ziele in der Steiermark (meist waren es Ausweichziele) wurden, im Wesentlichen von Februar 1944 bis Ostern 1945, auch Stromleitungen, Trafostationen oder Umspannwerke getroffen. Ein direkter Luftangriff mit 46 Bombenabwürfen auf das STEWEAG-Kraftwerk Pernegg (1. Februar 1945) verfehlte das Ziel, der Angriff auf das STEG-Kraftwerk Peggau vom gleichen Tag fügte dem Werk jedoch große Schäden zu. Auch die Bombentreffer auf das Draukraftwerk Schwabegg am 4. März 1945 bedeuteten für die Steiermark größere Stromausfälle. Am Ostermontag, dem 2. April 1945, wurde das kurz zuvor durch neue Turbinen erneuerte Kraftwerk Gösting samt der Umspann- und Schaltanlage durch alliierte Bomben schwer beschädigt. Allein im Werksgelände zählte man 63 Bombentrichter. Eine Übernahme des Werkes durch das städtische Grazer E-Werk konnte von Obermonteur Eduard Karel und von Melitta Franz, der Gattin des kriegsgefangenen Firmeninhabers Erich Franz, in der Folge noch verhindert werden.²⁸⁰ Schwere Schäden, die man notdürftig binnen weniger Tage behob, gab es immer wieder an den 110-kV-Überlandleitungen und am STEWEAG-Umspannwerk Bruck/Mur, das genau in der Abwurfschneise alliierter Bomber auf die Schwerindustrie in Bruck-Kapfenberg lag.²⁸¹ Insgesamt verzeichnete die STEWEAG Bombenschäden an ihren Anlagen im Wert von knapp 49.055 Schilling.²⁸² Größere Schäden durch die befohlenen Sprengungen der elektrischen Versorgungsanlagen durch Spezialkommandos hatte Rüstungsminister Albert Speer zu Kriegsende durch die bewusste Nicht-Befolgung des Zerstörungsbefehls Hitlers verhindert.

^[274] Vgl. Siegfried Beer – Stefan Karner, Krieg aus der Luft. Kärnten und Steiermark 1941–1945. Graz 1992 (= Beer – Karner, Luftkrieg).

^[275] Zum Widerstand der Koralmpartisanen vgl. Christian Fleck: Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer. Wien 1986; Stefan Karner – Karl Duffek (Hg.), Widerstand in Österreich 1938–1945. Graz – Wien 2007, darin besonders die Beiträge von Harald Knoll und Augustin Malle; Heimo Halbrainer – Gerald Lamprecht, Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer – Täter – Gegner. Innsbruck – Wien – München. 2015.

^[276] Das Folgende nach: Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 386.

^[277] Karner, Luftrüstung, S. 318–345.

^[278] Zum Folgenden vgl. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 250ff.

^[279] Zu den Anfängen der besonders in der Steiermark wesentlichen Elektrostahlproduktion der Mur-Mürz-Furche vgl. besonders: Hans Jörg Köstler, Der Beginn der Elektrostahlerzeugung in Österreich, in: Berg- und Hüttenmännische Monatshefte, Jg. 123, 9/1978, S. 301–310.

^[280] Vgl. Franz, E-Werk Gösting, S. 12 und 18.

^[281] Dazu: Beer–Karner, Luftkrieg, S. 214f. sowie die entsprechenden Hinweise zu den einzelnen Orten im gesamten Buch; außerdem: www.landesarchiv.steiermark.at, cms, Dokument 6: Luftschutz und Luftkrieg in der Steiermark, S. 74; Größere Schäden an elektrischen Anlagen, vor allem der STEWEAG, entstanden durch den alliierten Luftkrieg am 27.12.1944 (bei Kapfenberg), 28.12.1944 (bei Mautern), 1.2.1945 (KW Peggau), 7.2.1945 (bei Zeltweg), 23.2.1945 (Knittelfeld), 4.3.1945 (KW Schwabegg), 14.3.1945 (Thalheim), 19.3.1945 (Bruck), 21.3.1945 (Bruck–Kapfenberg), 1.4.1945 (Zeltweg), 17.4.1945 (bei Hafendorf).

^[282] ESt-Archiv, Jahres-Abschluss 1945. Bilanz. Beilage 10d/1–2. Der Wert ist inkl. geringer Schäden durch Flaksplitter bei Amstein angegeben.

1945

Neuaufbau der Elektrizitätswirtschaft

Am Gründonnerstag, dem 29. März 1945, überschritten erstmals sowjetische Truppen der 3. Ukrainischen Front die österreichische Grenze bei Klostermarienberg im mittleren Burgenland. Zu Ostern standen sie bereits in St. Ruprecht und in Kirchberg an der Raab. Es folgten hinhaltende, schwere Kämpfe im Raabtal, in den Fischbacher Alpen, am Wechsel und im Raume Semmering sowie ständige Frontwechsel in der Oststeiermark mit zahlreichen zivilen Opfern (wie etwa in Jagerberg), Verschleppungen, Denunziationen und die Einsetzung neuer örtlicher Organe durch die sowjetischen Truppen. Die mit großem Aufwand und großen menschlichen Verlusten (vor allem durch den Einsatz von ungarischen Juden, der „Hitlerjugend“ und von älteren Menschen im „Volkssturm“) errichteten Verteidigungsstellungen („Südostwall“) hielten die sowjetischen Verbände nicht auf.²⁸³ Die Oststeiermark war damit ab Anfang April von der Roten Armee weitgehend von der NS-Herrschaft befreit und militärisch besetzt.

1945: Befreit und fünffach besetzt

Am Morgen des 9. Mai 1945 marschierten Einheiten der Roten Armee kampflos in Graz ein und rückten so lange weiter vor, bis sie im Raum Köflach und bei Scheifling auf die Briten, an der Enns auf die Amerikaner und knapp vor Leibnitz auf Bulgaren und Tito-Partisanen stießen. Im Wettlauf der alliierten Armeen um den Süden des „Dritten Reiches“ war die Steiermark ganz zuletzt besetzt worden. Murau war die letzte von alliierten Truppen besetzte Bezirkshauptstadt Österreichs.²⁸⁴ Demarkationslinien zwischen den alliierten Verbänden waren zufällig und wurden gerade dort gezogen, wo die Truppen zu Kriegsende jeweils zum Stillstand gekommen waren. Judenburg wurde, ebenso wie der Raum Köflach-Voitsberg, zwischen sowjetischen und britischen Truppen geteilt. Eine kilometerlange Kolonne von Frauen, Männern und Kindern mit Leiterwagen und Fuhrwerken wand sich tagelang durch das Liesing- und Paltental in Richtung Liezen, um in amerikanischen Gewahrsam zu kommen.

Damit war die Steiermark fünffach besetzt: der Großteil von sowjetischen Verbänden, die Weststeiermark bis Köflach und im oberen Murtal von Briten, das Ennstal bis Liezen von Amerikanern und die Südsteiermark von Tito-Partisanen und bulgarischen Truppen. Das Land war überlaufen: rückflutende Wehrmachtssoldaten vom Balkan, ungarische und kroatische Truppen („Pfeilkreuzler“ und „Ustaschi“), Flüchtlinge, vor allem „Volksdeutsche“ aus den ehemals deutschen Gebieten Jugoslawiens, umgesiedelte Südtiroler, Schwarzmeer- und Dobrudscha-deutsche, ungarische Juden und KZ-Häftlinge, die man in den letzten Kriegstagen in Richtung Mauthausen getrieben hatte, bombenverschickte Zivilpersonen vor allem aus Wien und dem „Altreich“, Kosaken, Soldaten der Russischen Befreiungsarmee (ROA), Wlassow-Einheiten, die gegen die Rote Armee gekämpft hatten sowie die Soldaten der alliierten Besatzer.

Dazu kamen Zehntausende Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, vor allem Polen, Franzosen, Ukrainer, Russen und Italiener. Die allermeisten warteten in Lagern auf ihre Repatriierung, einige – vor allem Russen und



Die Mitglieder der provisorischen Landesregierung 1945 mit Landeshauptmann Reinhard Machold (SPÖ, Mitte) und seinen Stellvertretern Alois Dienstleder (ÖVP) und Viktor Elser (KPÖ), sowie den Landesräten Ditto Pölzl und Raimund Bachmann (KPÖ), Norbert Horvatek und Fritz Matzner (SPÖ) Anton Pirchegger, Josef Schneeberger, Ferdinand Wultsch (ÖVP)

Quelle: Privatbestand Karner, Sammlung Steiermark 1945.

Ukrainer – versteckten sich, weil sie zu Recht fürchteten, nach ihrer Heimkehr in der Sowjetunion als „Vaterlandsverräter“ zu gelten.²⁸⁵ Immerhin hatten sie für den „Feind“ Häuser, Fabriken oder E-Werke gebaut, so die sowjetische Begründung.²⁸⁶ Insgesamt kam zu Kriegsende auf zwei bis drei Steirer eine versetzte Person (DP).

Die erste steirische Nachkriegsregierung

Viele NS-Machthaber tauchten noch vor der alliierten Besetzung des Landes unter, flohen und verließen ihre Stellungen. Anfang Mai hatten sich in Graz Vertreter der demokratischen Parteien der 1930er-Jahre im Geheimen zusammengetan, um im Falle des erwarteten Zusammenbruchs des NS-Regimes wieder eine Regierung zu bilden. Unter den ersten, die einen demokratischen Aufbau in der Steiermark begründeten, waren der Sozialdemokrat Reinhard Machold, von 1930 bis 1934 stellvertretender Landeshauptmann, der Christlichsoziale, schon kränkliche Kirchenrechtler Alois Dienstleder, Landeshauptmann von 1933 bis 1934, und der Sozialdemokrat, Sicherheitsdirektor Alois Rosenwirth. Gauhauptmann Armin Dadieu unterhielt zu Kriegsende bereits vorsichtige, lose Verbindungen zu den neuen, demokratischen Kräften; Machold kannte Gauleiter Sigfried Uiberreither, der allerdings knapp vor dem Einmarsch der Roten Armee in Graz geflohen war, noch aus der Zeit, als beide in der Kreiskrankenkasse Graz tätig waren. Daher konnte trotz des gewaltigen politischen Umbruchs

²⁸⁵ Siehe dazu auch: Dieter Bacher – Stefan Karner (Hg.), Zwangsarbeiter in Österreich 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal. Stefan Karner (Hg.), Veröff. d. Inst. f. Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Klagenfurt, Bd. 21. Innsbruck – Wien – Bozen 2013, hier bes. S. 318ff. (das Beispiel von Anton Banasch).

²⁸⁶ Vgl. dazu pionierhaft u. a.: Pavel Poljan, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung. Stefan Karner (Hg.) Kriegsfolgenforschung, Bd. 2. München – Wien 2001; ders., Žertvy dvuch diktatur [Opfer zweier Diktaturen]. Ostarbajtery i voennoplennyye v Tret'em Rejche i ich repatriacija. Moskau 1996 und weiterführend: Peter Ruggenthaler – Walter Iber (Hg.), Hitlers Sklaven – Stalins „Verräter“. Aspekte der Repression an Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Eine Zwischenbilanz. Stefan Karner (Hg.), Veröff. d. Inst. f. Kriegsfolgenforschung, Bd.14. Innsbruck – Wien – Bozen 2010.

²⁸³ ESt-Archiv, Jahresabschluss 1945. Beilage 40. – Auch die STEWEAG hatte als Vergütung für den Bau des „Südostwalls“ und den „Volkssturm“ 13.172 RM und für den Luftschutzdienst 3.918 RM zu bezahlen.

²⁸⁴ Vgl. Stefan Karner, Steiermark. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Innsbruck – Wien 2012 (= Karner, Steiermark), S. 92ff.

sehr schnell eine gewisse Ordnung hergestellt werden. Machold, Dienstleder und Rosenwirth sowie einige andere bildeten schon am 8. Mai in Graz ein erstes Leitungsgremium, bald darauf wurde eine provisorische Drei-Parteien-Koalitionsregierung unter Machold und – als Zeichen gegenüber den sowjetischen Organen – mit der KPÖ installiert.²⁸⁷ Auch die steirischen E-Werksunternehmen schafften den Übergang ohne größere Probleme. Die kommunalen und privaten Unternehmungen liefen weiter und produzierten Strom, soweit dies ihnen noch möglich war.

„Russenzeit“: Die sowjetische Besatzung

Die sowjetische Besatzungsverwaltung machte auch von Beginn an klar, dass sie nun im Land das Sagen hatte.²⁸⁸ In der „Grazer antifaschistischen Volkszeitung“ (wie nun das NS-Organ „Tagespost“ hieß) publizierte sie den Befehl Nr. 1 des kurzzeitig eingesetzten Grazer Militärkommandanten Obstlt. Chabarov: „Alle Gewalt ist in meiner Person konzentriert als dem Repräsentanten des Oberkommandos der Roten Armee. Die Anordnungen des Ortskommandanten der Roten Armee sind für die Bevölkerung bindend und haben Gesetzeskraft“.²⁸⁹ Nur wenige Stunden nach dem Einmarsch in Graz am 9. Mai 1945, nach Moskauer Zeit am frühen Nachmittag, befahl Armee-General Almaier die Repräsentanten von Stadt und Land sowie Chabarov zu sich. Das Protokoll der ersten, sogenannten „Vorsprache“ Macholds und des Grazer Bürgermeisters Engelbert Rückl vom 9. Mai 1945 ließ nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig.²⁹⁰ Nach den organisatorischen Befehlen zur Ablieferung aller Waffen und Munition im Hotel „Wiesler“, zur Sicherung der Ernährung, Ingangsetzung der wichtigsten Betriebe, vor allem von Bäckereien, einem Eisenbahn-Notbetrieb, Alkohol- und Ausgehverboten, der Meldung aller Offiziere und Soldaten (mit Uniform und Soldbuch), der Öffnung und Bewachung von NS-Lebensmitteldepots und der Einsetzung von Polizisten und Hilfspolizisten folgten die ersten Durchführungsbefehle: 1. Bereitstellung von sechs Stadtplänen, aus denen die „Straßen, die Hausnummern und die Häuser ersichtlich sind“, 2. Bereitstellung von zehn Dolmetschern, zehn Aufräumern bzw. Aufräumerinnen und Redakteuren. Um beim Aufspüren von versteckten NS-Funktionären, Ustaschi, militärischen Gegnern wie Kosaken und Vlasov-Soldaten, aber auch von fanatisierten Jugendlichen („Werwolf“) Erfolg zu haben, sollte bald die ganze Bevölkerung nach In- und Ausländern erfasst werden. Und dann die wichtige Frage Chabarovs: „Wie viel Kohle ist für Groß-Graz pro Tag nötig für Gemeindebetriebe, Bäckereien usw.“ Schnell errechnete Prof. Wilhelm Taucher den Kohlenbedarf der Stadt mit monatlich 7.406 t Braun- und 3.590 t Steinkohle sowie 121 t Koks. Dieser sollte aus dem Voitsberg-Köflacher Revier gedeckt werden. Den größten Bedarf meldeten die Eisenbahn, die Brauereien, Ziegeleien und das Grazer Gaswerk.²⁹¹ Einen besonderen Wert legte Chabarov „auf die Wiedereröffnung der Theater“.²⁹²

²⁸⁷ Karner, Steiermark, S. 98f.

²⁸⁸ Vgl. Stefan Karner – Othmar Pickl (Hg.) Die Rote Armee in der Steiermark. Sowjetische Besatzung 1945. Veröff. d. L. Boltzmann Instituts f. Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 8; Quellen z. geschichtl. Landeskunde der Steiermark, Bd. 21. Graz 2008 (= Karner – Pickl, Rote Armee in der Steiermark).

²⁸⁹ Grazer antifaschistische Volkszeitung, 11.5.1945.

²⁹⁰ Stadtarchiv Graz (= StAG), Mappe Anordnungen des russischen Stadtkommandanten 1945. Protokoll der Vorsprache beim sowj. Stadtkommandanten General Almaier von der Armee Konjeff [!] und des Landeshauptmannes Machold und Bürgermeisters Rückl am 9. Mai 1945. – Ein Grund für die Anwesenheit von General Almaier von der 4. Ukrainischen Front unter Marschall Ivan St. Konev erschließt sich aus dem historischen Kontext nicht. Es könnte sich auch um eine Verwechslung des städtischen Protokollschreibers gehandelt haben. Denn die steirischen Gebiete und Graz wurden militärisch von der 3. Ukrainischen Front unter Marschall Fedor I. Tolbuchin besetzt. Konev operierte mit seiner 4. Ukrainischen Front im Raume Tschechien und bis nach Wien.

²⁹¹ StAG, Mappe Anordnungen des russischen Stadtkommandanten 1945. Bericht Kolbensschlag, v. 22.5.1945.

²⁹² Ebd., Bericht Dr. Schöndorfer, v. 11.5.1945.



Karikatur zu den vier Besatzungsmächten mit einem Bezug zu Renners Rede 1947

Quelle: Privatbestand Karner.

Keine Milch, kein Brot

Die Versorgung der Bevölkerung, besonders in Graz, war am Kippen. Es fehlte an allem: an Milch für die Kinder, an Fett, Kartoffeln und Brot, wobei man eine Tagesration nur noch mit 30 dkg (!) kalkuliert hatte. Den Lebensmittelproduzenten, v. a. den Bäckereien, fehlte es an Strom und Kohle.²⁹³ Ein Hilferuf des Grazer Bürgermeisters an Chabarov zeigt die Situation in den ersten Tagen nach dem Kriegsende: „Es ist der Stadt Graz nicht möglich auch nur an Spitäler und Kinder eine kleine Menge Zucker auszugeben, weil keinerlei Vorräte da sind [...]. Graz hatte 5.000 kg Zucker in Deutsch-Landsberg eingelagert, der zur Versorgung von Graz mitbestimmt war. Dieser Zucker wurde von bulgarischen Truppen weggeführt. Ich bitte aus Beständen der Roten Armee einen Ersatz zu geben!“²⁹⁴ Dies geschah auch.²⁹⁵

²⁹³ Ebd., Bericht der Kriegswirtschaftsämter, v. 16.5.1945.

²⁹⁴ Ebd., Handschriftliches Ersuchen, o. D., verm. 19. Mai 1945.

²⁹⁵ Ebd., Niederschrift von Franz Karner, Dir. der Steirischen Konsumgenossenschaft, v. 19.5.1945 über die Besprechung zwischen dem Stadtkommandanten der Roten Armee und dem Staatssekretär für Volksernährung zu Versorgung von Graz mit Getreide, Mehl, Fleisch, Fett, Zucker und Kohle. – Rotarmisten wurde ausdrücklich verboten, in Geschäften einzukaufen.

Nur einen Tag später, am 10. Mai, lud Major Popov wichtige Vertreter der steirischen Wirtschaft zu einer ersten Aussprache, um das „Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen“, unter ihnen Dr. Fiala für das Landesernährungsamt und den Wirtschaftskammer-Mitarbeiter Herbert Jentl für Handel, Gewerbe und die E-Werke.²⁹⁶ Die Wirtschaft musste wieder zum Laufen gebracht, die Menschen mit dem Notwendigsten versorgt und Seu-chen verhindert werden.

Auch die Landeskasse war leer, die steirischen Geldinstitute geschlossen und die dort verwahrten Guthaben auf den Konten gesperrt. Staatskanzler Karl Renner intervenierte erfolgreich bei Sowjet-Marschall Ivan S. Konev, beschlagnahmte Banknoten als verrechenbaren Vorschuss und rückzahlbar auszugeben, um wenigstens die drin-gendsten Zahlungen tätigen zu können. Schließlich brachte Finanzstaatssekretär Georg Zimmermann (partei-los) im Juni 1945 persönlich mit einem Lkw 50 Millionen RM aus dem beschlagnahmten Staatsvorschuss nach Graz.²⁹⁷ Das Geld wurde auf die verschiedenen Körperschaften, wie Finanz, Post, Justiz, Polizei, Bahn, Uni-versität, Landesinvalidenamt, Versicherungen und Landeskasse aufgeteilt und reichte bis einschließlich Ende Oktober 1945, ehe im Herbst aus eigener Kraft wieder ein bescheidener Wirtschaftskreislauf in Gang gebracht werden konnte.²⁹⁸

Die tägliche Gefahr

Wie in Graz, so wurde im ganzen sowjetisch besetzten Gebiet des Landes bereits in den ersten Tagen nach Kriegsende²⁹⁹ die männliche Bevölkerung (ausgenommen die Beschäftigten lebenswichtiger Betriebe) zu Sam-melpunkten gerufen und zu Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten verpflichtet: Schutt, Straßensperren, Ver-klausungen an Flüssen und aufgetürmte, weggeworfene Waffen waren zu entfernen, die ersten Betriebe, da-runter Umspannwerke der STEWEAG, in Gang zu bringen und die Rüstungsfirmen auf zivile Produktionen umzustellen (Rüstungskonversion). In Unternehmungen, die sich in mehrheitlich deutschem Eigentum befan-den oder deren Unternehmer nicht auffindbar waren, wurden bald staatliche Verwalter eingesetzt. Auch in der STEWEAG waren alle Beschäftigten ab dem 16. Lebensjahr registriert, NS-Parteigänger inhaftiert, teilweise auch zu Aufräumarbeiten herangezogen worden.

Die tägliche Unsicherheit, die tägliche Angst vor etwas Unvorhersehbarem, Lebensbedrohlichem, blieb und verfestigte sich auch in den ersten Wochen der sowjetischen Besatzung besonders in Graz und in der Oststeier-mark.³⁰⁰ An die 10.000 Mädchen und Frauen im Alter von 10 bis 70 Jahren wurden allein in drei oststeiri-schen Bezirken³⁰¹, vor allem in den ersten Wochen der Besatzung, von Sowjetsoldaten vergewaltigt, Tausende

Wohnungen geplündert. Die Rote Armee reagierte jedoch auf Übergriffe bald sehr rigide und zog die Straftäter zur Rechenschaft.

Menschen verschwanden immer wieder aus scheinbar unerklärlichen Gründen, oft nach Denunziationen, wurden in den ersten Wochen von den sowjetischen Besatzern und der militärischen Gegenspionage Smerš („Tod den Spionen“) festgenommen und in Lager und Gefängnisse der Sowjetunion deportiert, aus denen vie-le nicht mehr zurückkehrten. Unter den bis zu 500 Verschleppten und dauernd Vermissten aus der Steiermark war neben STEWEAG-Direktor Augustin etwa auch der provisorische Landesgendarmerie-Kommandant Karl Ortner.³⁰²

Die Erzähltopoi prägt andererseits der „kinderliebende Russe“, dem etwa Hans Klöpfer für den Ersten Welt-krieg in seinem Gedicht „Der Ruß“ ein Denkmal gesetzt hatte.

Kriegsschäden

Die materiellen Schäden des Zweiten Weltkrieges (vor allem durch den alliierten Luftkrieg und den Landkrieg ab Ende März in der Oststeiermark) und der unmittelbaren Nachkriegszeit waren in der Steiermark gewaltig: Zehntausende zerstörte Wohnungen, Tausende Hektar vernichtete Flächen an Frühjahrsaussaat, zerstörte Stra-ßen, gesprengte Eisenbahnbrücken.³⁰³ Allein durch Panzergräben, Verteidigungsanlagen und Schützengräben waren 324 Hektar an Äckern, Wiesen und Wald beschädigt und wurden 600.000 Kubikmeter Erde ausgeho-ben.³⁰⁴ Dazu kamen die Schäden an Betrieben, Stromleitungen, Kraftwerken, an öffentlichen Gebäuden, Schulen und an Beherbergungsbetrieben sowie indirekte Schäden durch Auftragsstorni von Großbetrieben, die sich stark auf die Zulieferbetriebe auswirkten. Entlassungen und Kurzarbeit für die Beschäftigten waren die Folge.³⁰⁵ In Fällen, in denen mit wenig Zuschuss ein Maximum an Abhilfe geschaffen werden konnte, gab das Land den Be-trieben ab 1946 eine Teilentschädigung.³⁰⁶

Das Gesamtausmaß der materiellen Kriegs- und ersten Nachkriegsschäden errechnete man für die Steiermark mit 387 Millionen RM (zu Preisen des Jahres 1945),³⁰⁷ dies war mehr als das Siebenfache des Landesbudgets im ersten vollen Wiederaufbaujahr 1946.³⁰⁸ Um den ersten und dringendsten Wiederaufbau zu bewerkstelligen,

^[1] Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russ. Föderation (CAMO), Fonds (o. Bestandsnummer), op. 29222, d. 49, S. 168ff. – Zu den NKVD-Truppen im Hinterland der Front, die zahlreiche Festnahmen durchführten. Vgl. Karner – Pickl, Rote Armee in der Steiermark, zusammenfassend S. 12ff. sowie darin zahlr. abgedruckte, sowjetische Dokumente; zum Schicksal von Karl Ortner, vgl. u. a. Stefan Karner, Die sowjetische Justiz gegenüber Österreichern nach 1945 – am Beispiel von Karl Ortner, in: Norbert Weigl (Hg.), FS Herbert Killian. Wien 2001, S. 101–145. Ein US-Geheimdienstbericht schätzte, dass aus der Steiermark rund 500 Personen von sowjetischen Organen verschleppt wurden. Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 432.

^[2] Beispielhaft für die Versorgungs-, Gesundheits- und Wohnungssituation in der Südoststeiermark vgl. Die Briten in den Bezirken Feldbach und Radkersburg 1945–1955, Feldbacher Beiträge zur Heimatkunde der Südoststeiermark, Heft 9/10. Feldbach 2005.

^[3] StLA, Stmk-LT, Stenografischer Bericht der 14. Sitzung des Steierm. Landtages, I. Periode, v. 17.10.1946, S. 232.

^[4] Privatbestand Karner, BBC-Archiv (o. Ordner-Nr.). Jahresbericht des Techn. Büros der BBC für 1945.

^[5] StLA, Stmk-LT, Stenografischer Bericht der 6. LT-Sitzung, v. 1.3.1946, Beschlüsse Nr. 19 und 20.

^[6] Karner, Steiermark, S. 98.

^[7] Die Umrechnung von RM zu Schilling erfolgte 1945 im Verhältnis 1:1. – Zu den Budgetzahlen: StLA, Stmk-LT, I. Periode, 11. LT-Sitzung, v. 29.5.1946, Beschluss Nr. 63; und: I. Periode 1947, 20. LT-Sitzung, v. 1.4.1947. – Steiermärkisches Landesbudget 1946: Der ordentliche Haushalt 1946 umfasste 48,686.700.– Schilling, bei einem Defizit von 2,965.600.– Schilling; ao. Haushalt Erfordernis: 7,049.700.– Schilling, Bedeckung: 1,230.900.– Schilling, Abgang 5,818.800.–, der durch die verfügbaren Mittel aus dem Überschuss des Rechnungsjahres 1944 von 2,965.600.– Schilling sowie durch die Verwertung verschiedener Rücklagen von insgesamt 1,701.500.– Schilling zu bedecken war. Der unbedeckte Restbetrag von 4,117.300.– Schilling musste durch ein Darlehen bedeckt werden. – Das Landesbudget für 1947 umfasste im o. Haushalt 73,940.700.– Schilling, bei einem Defizit von 3,602.700.– Schilling; der ao. Haushalt umfasste 11,951.700.– Schilling, bei einem Abgang von 8,517.500.– Schilling. Der Abgang des o. Haushaltsplanes war durch Mehreinnahmen und Einsparungen auszugleichen, Ausgaben des ao. Haushaltsplanes durften nur geleistet werden, wenn sie durch ao. Zuwendungen des Bundes bedeckt wurden.

brauchte man etwa 17 Millionen Mauerziegel, 38 Millionen Dachziegel, über 4.000 Tonnen Zement, riesige Mengen an Bauholz, Eisen und Blech.³⁰⁹ All dies war praktisch nicht zu bekommen, weil Österreich bis zur Jahresmitte 1946 durch die Zonengrenzen wirtschaftlich zunehmend geteilt war, ja einzelne Zonen eher mit dem Ausland als mit den Nachbarbundesländern Tauschverträge abschlossen.³¹⁰

Stromleitungen waren in diesen ersten Monaten oft das einzig Verbindende zwischen den einzelnen Landes-teilen und gingen über die Demarkationslinien hinweg. Ein Großteil der Elektrizitäts-Infrastruktur – Kraft- und Umspannwerke, Hochspannungsleitungen – lag freilich auf dem sowjetisch besetzten Gebiet, ihre Bewachung hatten Rotarmisten übernommen. Vielfach fehlte es an Fachpersonal, um die Turbinen und Maschinen bedienen zu können, Umspannwerke und Leitungen waren zu reparieren. Die sowjetischen Befehlshaber hielten fast vier Monate lang, bis zum 24. Juli 1945, die Schlüssel zur Erzeugung des steirischen Stroms in ihrer Hand und waren auch die eigentlichen Herren der STEWEAG.

Die STEWEAG

Von den errechneten Gesamtschäden des Krieges und den ersten Nachkriegswochen von 387 Millionen RM ent-fielen fast 4,9 Millionen RM auf die STEWEAG. Mehr als die Hälfte der Schadenssumme war dem Unterneh-men aus der Demontage des Murkraftwerkes Dionysen, ausgeführt von sowjetischen Spezialkräften, entstanden. Dazu kamen Kriegs- und Bombenschäden an Trafostationen, Elektroleitungen, Zählern, an einem Wohnhaus in Bruck/Mur, zerstörte bzw. wertlos gewordene Anlagen, vor allem von den sowjetischen Besatzern requirierte Hilfs- und Betriebsstoffe, Transportverluste sowie nicht mehr einzubringende Stromlieferungen. Die sowjeti-schen Besitzer requirierten in großem Stil, andere Besitzer eher in kleinen Mengen.³¹¹

Die STEWEAG

Einen riesigen, schwer zu quantifizierenden Schaden stellten die Abgänge von Beschäftigten dar, die jahrelang im Unternehmen gearbeitet hatten und kaum zu ersetzen waren. Ein Teil von ihnen war zur Deutschen Wehr-macht eingerückt und noch in alliierter Kriegsgefangenschaft oder galt als vermisst, andere waren noch in den letzten beiden Kriegsjahren an den Fronten gefallen. Im Notbetrieb behalf man sich anfangs mit angelernten Arbeitskräften.³¹²

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

³⁰⁹ StLA, Stmk-LT, Stenografischer Bericht der 6. Sitzung des Steierm. Landtages, I. Periode, v. 1.3.1946, S. 55, Bericht Landesrat Josef Hollersbacher (ÖVP).

³¹⁰ Vgl. dazu u. a.: Stefan Karner, Der Handel überwindet die Grenzen: Zum Aufbau des österreichischen Handels 1945/46, in: Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Horn – Wien 2005, S. 1969–1972

³¹¹ ESt-Archiv, Jahresabschluss 1945. Bilanz. Beilagen 4b, 10d/1, 34a, 34b. – Insgesamt betrugen die im Buchwert 1945 ausgewiesenen Abgänge an Leitungen 232.103.– Schilling. Die Umrechnung von RM auf öS erfolgte im Verhältnis 1:1.

³¹² Vgl. zur Nachkriegszeit auch: Ludwig Musil, Die STEWEAG in den Jahren 1945 bis 1970. Eine Dokumentation, in: 50 Jahre STEWEAG. ÖZE 4/1971, S. 168–190.

An STEWEAG-Anlagen entstandene Kriegs- und Nachkriegsschäden 1945

Von den Alliierten requirierte und demontierte Anlagenwerte:		3,218.818
KW Dionysen:	Maschinen u. elektr. Einrichtung KW Dionysen	2,431.217
	Stationäre Trafos	191.415
	Betriebsgebäude (beschädigt)	117.000
	Telefonausrüstung	4.983
	Barackenteile	2.000
UW Mürrzzuschlag:	Holztrockenanlage	19.475
UW Böhler Wk. XII:	Transformator	228.338
	Elektr. Einrichtungen	68.934
UW Böhler Wk. II:	Ersatzteile	97
UW Mitterdorf:	Elektr. Einrichtungen	83.349
Schaltstelle Bruck:	Elektr. Einrichtungen	41.734
	2 Transformatoren	2.013
	Hochspannungszähler	4.979
	Niederspannungszähler	9.671
	Elektr. Einrichtungen	5.182
Station Thondorf:	Elektr. Einrichtungen	5.182
Maria Trost:	Ausweichbaracke	8.424
	Wertlos gewordene Anlagen	133.705
Böhler Wk XII:	Stahlbetongerüste	59.999
	Leitungsverlegung	13.835
UW Mitterdorf:	Freiluftanlage	41.509
Maria Trost:	Ausweichbaracke (restl. Teile)	18.360
	Bombenschäden	96.067
Schaltstelle Bruck:	Wohnhaus	53.217
	Elektr. Einrichtung	41.683
	Telefon	704
	Niederspannungszähler	461
Von den Alliierten requirierte Hilfs- und Betriebsstoffe		63.427
Nicht eingelangte Waren (Transportverluste)		50.742
Sonstige Bomben- und Kriegsschäden		247.210
Lieferungen an deutsche Reichsstellen		55.889
Rüstungs-Zulieferungen (Stromforderungen)		200.000
Schäden aus dem Umlaufvermögen		821.405
Gesamtsumme		4,887.265

Quelle: ESt-Archiv, Jahres-Abschluss 1945. Bilanz. Beilagen 15, 17d, 34a. – Die angeführten Schadenwerte sind buchhalterisch ausgewiesene Anschaffungswerte, gerundet in Schilling. 1 öS entsprach 1 RM. Die STEWEAG-Investitionen in der Untersteiermark wurden in der Tabelle nicht angeführt. So verursachte allein der Verlust der STEWEAG-Stromleitung von Marburg/Maribor nach Retznei einen Schaden von 206.000 Schilling.

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

Die STEWEAG

das „Deutsche Eigentum“ für ihre Bedürfnisse, auch als eine Art Reparationsleistung, zu beschlagnahmen. Die Westalliierten machten davon kaum Gebrauch. Von den 1,20 Milliarden RM an demontierten Werten in Österreich gingen 1,15 Milliarden RM auf das Konto der Sowjets. Ab Juli 1946 überließen die Westalliierten die wenigen von ihnen beschlagnahmten Anlagen wieder der österreichischen Verwaltung. Nicht so die sowjetischen Besatzer. Ihre Beschlagnahmungen sowie der gezielte Abbau von 220 Betrieben und betrieblichen Großanlagen, wie auch von kleineren Apparaten, ihre Verladung auf 31.200 Eisenbahnwaggons und ihr Abtransport wurde auf drei Gruppen von Gütern angewandt:³¹³Auf Geräte und Sachinvestitionen, die während des „Dritten Reiches“ angeschafft wurden, auf Anlagen, die in breiter Auslegung als „Deutsches Eigentum“ angesehen werden konnten und schließlich auf Fabrikate aus Deutschland bzw. aus den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten. Der Gesamtwert der Güter, die 1945/46 aus Österreich verbracht wurden, betrug rund 204 Millionen US-Dollar,³¹⁴ knapp ein Drittel der UNRRA-Hilfe 1946/47³¹⁵ und etwa ein Viertel der gesamten Marshallplanhilfe an Österreich von 1948 bis 1952!

Die sowjetisch besetzte Steiermark bot bis zum 23. Juli 1945 vielfältige Möglichkeiten für Demontagen, vor allem im Mur- und Mürztal, teilweise auch in Graz:³¹⁶ vom 1944 neu errichteten, modernen Böhler-Stahlwerk in St. Marein bei Kapfenberg, das man zur Gänze demontiert hatte, über große und vollständige Walzstrecken und Elektroöfen in Donawitz, Kapfenberg und Judenburg, Lokomotiven und Waggons aus Graz, Kurbelwellen und Flugzeugreparaturanlagen in Thondorf und Peggau, Bagger und Kipper in Eisenerz, Wickler-Produktionsmaschinen bei der Elin bis hin zu Werkbänken, Hydraulikpressen, Rohren, Pumpen, Kränen (etwa bei der Andritzer Maschinenfabrik, die sie noch für U-Boot-Werften in Norddeutschland gebaut hatte) und Mühlen.

Die gesamten Schäden, die durch Demontagen und Plünderungen in der Steiermark entstanden waren, wurden mit 284,9 Millionen RM (Wertbasis 1945) angegeben, etwa ein Viertel aller sowjetischen Demontageschäden in Österreich und dreimal mehr, als die Luftkriegs- und Kampfschäden im Lande betragen hatten.³¹⁷ Ein Teil der bis 23. Juli 1945 demontierten Anlagen kam gar nicht mehr an ihre Bestimmungsorte und verrottete auf den langen Fahrtstrecken in die Ukraine und nach Russland. Ein anderer Teil wurde allerdings in sowjetische Fabrikanlagen eingebaut und produzierte noch jahrelang weiter.³¹⁸

Die steirische Elektrizitätswirtschaft blieb von den Demontagen durch sowjetische Organe keineswegs verschont: 368 Kilometer Starkstromkabel, 826 Kilometer Starkstromleitungen³¹⁹, Konstruktionspläne und Know-how³²⁰ wurden entwendet. Der größte Schaden entstand der STEWEAG durch die Demontage und die Verbringung des neu errichteten Mur-Laufkraftwerkes Dionysen. Darunter war ein großer Teil der Elektrogeneratoren mit und ohne Motoren, Krafttransformatoren sowie Dutzende Elektromotoren. Dionysen selbst musste, wie

³¹³ Siehe Stefan Karner, Sowjetische Demontagen in der Steiermark 1945. FS Walter Brunner. ZHVSt, Sdbd. 26. Graz 2010, S. 656f.; Stefan Karner, Zum Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich 1945/46. Eine erste Aufstellung aus russischen Quellen, in: Karl Hardach (Hg.), Wirtschaftshistorische Studien. FS Othmar Pickl. Frankfurt/M. – Berlin – Wien 2007, S. 117–168; Bogdan Musial, Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich 1945/46, in: Gerald Schöpfer – Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert. FS Stefan Karner. Graz 2012, S. 341–350.

³¹⁴ Auf Basis der Angaben der sowjetischen Zentralverwaltung für Statistik. 1945: 127,5 bis 131,2 Mill. USD, 1946: 73,7 Mill. USD; Preise der Jahre 1945/46. Die sowjetischen Stellen wiesen eigens darauf hin, dass man nur den Zeitwert der Anlagen berücksichtigt habe. Musial, S. 349, der sich v. a. auf den entsprechenden Bestand im Russischen Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAE), Moskau: F. 1562, op. 362, d. 1769 stützt.

³¹⁵ Die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration)-Hilfe stellte für Österreich einen Wert von etwa 700 Millionen US-Dollar dar. – Vgl. Wilfried Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945–1950. Phil. Diss. Wien 1985.

³¹⁶ ALGKSt, Gendarmeriechronik Mürzzuschlag.

³¹⁷ Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 437f.

³¹⁸ Russisches Staatsarchiv für Neueste Geschichte, Moskau (= RGANI), o. F., Aufstellungen der demontierten Betriebsanlagen, gem. sowj. Befehlen.

³¹⁹ Musial S. 346f.

³²⁰ Vgl. Stefan Karner, Demontagen; Musial, S. 346f.

in:	Speicher-	Dampf-	Laufwerken
1925	8,4		
1926	27,6		
1927	38,9		2,2
1928	14,8		38,1
1929	27,3		41,2
1930	23,0		48,5
1931	44,7		122,3
1932	27,3		158,6
1933	43,1		176,0
1934	55,5		190,3
1935	40,6		182,2
1936	52,7		191,6
1937	64,4		205,9
1938	52,1		196,2
1939	43,4		199,1
1940	53,9	15,9	213,4
1941	41,6	83,1	209,9
1942	47,9	138,5	196,7
1943	24,2	170,5	176,6
1944	63,1	173,7	233,4
1945	33,6	49,1	159,5
1946	24,9	52,7	146,3
1947	37,3	99,4	142,3
1948	39,1	22,9	214,0
1949	37,5		196,7
1950	51,8		254,0
1951	79,6		279,0
1952	60,0		297,4
1953	55,0		275,2
1954	91,0		295,2
1955	78,9		328,2
1956	86,5		552,3
1957	74,9		578,3
1958	88,5	11,3	582,7
1959	83,7	78,0	554,8
1960	82,5	44,4	624,1
1961	66,0	73,3	700,8
1962	81,1	119,5	699,3
1963	78,0	312,1	642,5
1964	90,7	392,0	734,2
1965	109,8	356,8	842,4
1966	99,6	189,0	979,8
1967	91,1	198,3	1016,5
1968	82,3	262,0	1045,4
1969	89,0	562,4	887,7

Die Stromerzeugung der STEWEAG
Quelle: 50 Jahre STEWEAG.

noch zu zeigen sein wird, in den Jahren 1948 und 1949 wieder – diesmal wie Kaprun und Ybbs-Persenbeug wesentlich mit amerikanischen Marshallplangeldern – neu aufgebaut werden.

Abgesehen vom Wert der Anlagen und der Schwierigkeit, die abgeschraubten Apparate und Maschinen wieder zu beschaffen, bestand ein großer Schaden vor allem durch die Verringerung der Stromproduktion. Diese sank allein bei den Laufkraftwerken der STEWEAG in den folgenden fünf Jahren bis 1950 um fast die Hälfte gegenüber 1944 ab und konnte erst 1951 wieder an den Wert von 1944 anschließen.³²¹

Öffentliche Verwaltung

Am 24. Juli 1945 war die ganze Steiermark britische Besatzungszone geworden und blieb es bis 1955. Sowjets, Amerikaner und – soweit sie noch im Lande waren – Tito-Partisanen und versprengte bulgarische Truppenteile waren abgezogen. Noch im Juli ernannte die provisorische Landesregierung Edmund Berger³²², Karl Lipp und Kurt Konrad Tanzer zu öffentlichen Verwaltern der STEWEAG. Tanzer übernahm auch innerhalb der öffentlichen Verwaltung die eigentliche Leitung und schaffte es gemeinsam mit Berger und Lipp, die Stromversorgung sehr rasch auszuweiten, was sowohl betrieblich als auch rechtlich eine gewaltige Anstrengung bedeutete: Die Anlagen waren dezimiert, das Anlagevermögen 1945 durch die Demontagen und Kriegszerstörungen auf ein Minimum von nur noch 93,2 Millionen Schilling gesunken (zwei Drittel davon entfielen auf Kraftwerke, ein Drittel auf Leitungen und Umspannwerke). Eigentümer der STEWEAG zu Kriegsende waren noch zu drei Viertel die AEW, zu knapp einem Fünftel Private, zu rund fünf Prozent das Land Steiermark und zu rund einem Prozent die Stadt Graz.³²³

Zu allererst galt es für die öffentlichen Verwalter, den erzeugten Strom wieder an die Abnehmer zu bringen, was vor allem bedeutete, Leitungen zu reparieren, Kriegsschäden in der Ortsversorgung zu beheben und jene Mitarbeiter – besonders in den Betriebsbezirken – zu ersetzen, die noch gegen Kriegsende gefallen waren oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Dies alles drückte naturgemäß auf die Finanzsituation der STEWEAG, die das Jahr 1945 mit einem Verlust von 311.884 Schilling abschloss. Zeitgleich mussten Schlüsselpkräfte und für die Aufrechterhaltung des Betriebes wertvolle Mitarbeiter erhalten werden. Dabei zeigte sich auch das Talent des von den Nationalsozialisten gemaßregelten Tanzer in der Personalführung.

Entnazifizierung

Kriegsende und Zusammenbruch des NS-Systems waren ein bedeutender Einschnitt für die Belegschaft, aber auch für die Führungsebene der STEWEAG. Der Aufsichtsrat und der amtierende Vorstand mit Karl Augustin, Alfred Fleischmann, Odo Pretner und Franz Pichler jun. wurden sofort aufgelöst. Augustin übergab die Agenden dem 1938 von den Nationalsozialisten abgesetzten Kurt Konrad Tanzer. Er selbst wurde unmittelbar darauf von der sowjetischen Spionageabwehr verhaftet. Ein Intermezzo mit sowjetischen Direktoren, wie dies andernorts mitunter erfolgt war, konnte dadurch verhindert werden.

Augustin, der während der NS-Zeit auch „Gruppenfachwalter“ der Energiewirtschaft in der NSDAP Steiermark gewesen war, dürfte in Graz festgenommen worden sein, wenngleich es einige Hinweise gibt, wonach

er zu Kriegsende in seine Geburtsstadt Gleisdorf geflohen sein soll.³²⁴ Die „Hausmeisterin“ seines Wohnhauses auf dem Grazer Rosenberg³²⁵ berichtete den österreichischen Behörden, ein sowjetischer Offizier habe ihr erklärt, „sie möge der Frau des Direktors Augustin ausrichten“, dass ihr Mann für Russland arbeiten werde. Auch der Sender Hamburg des britischen Nachrichtendienstes hatte berichtet, Augustin sei im Mai 1945 von sowjetischen Organen festgenommen und als Experte für Wasserwirtschaft in die Sowjetunion verbracht worden. Die österreichischen Behörden intervenierten in der Folge jahrelang bei den sowjetischen Behörden, um Aufklärung über das Schicksal Augustins zu erlangen und setzten ihn auf die ständige Interventionsliste. Die Interventionen des ehemaligen Ministers Wilhelm Taucher, von Bundeskanzler Leopold Figl, der Botschaft in Moskau und des österreichischen Innenministeriums blieben ergebnislos. Seine Frau Helene und seine Familie blieben ohne weitere Nachrichten, so dass Augustin schließlich über Antrag seiner Gattin mit Beschluss des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen in Graz am 31.3.1949 für tot erklärt wurde. Erst 1955, nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags, gab es sowjetischerseits vage Auskünfte über ihn. Demnach soll Karl Augustin schon 1945, im Alter von 57 Jahren, nahe Moskau verstorben sein. Als Todesdatum wurde von den sowjetischen Behörden der 15.11.1945 festgesetzt.³²⁶ Als Todesort kann auch die Westukraine, Rumänien oder Moldawien angenommen werden. Sein Schicksal blieb bis heute ungeklärt.³²⁷

Die Mitarbeiter der STEWEAG wurden, so weit sie unter das NS-Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 fielen und man ihrer habhaft wurde, gemaßregelt.³²⁸ Sie hatten sich dazu in ihren Wohnortgemeinden und städtischen Ämtern behördlich zu registrieren.³²⁹ STEWEAG-Mitarbeiter, die höhere NS-Grade und Parteifunktionen gehabt hatten, waren in den britischen Lagern Wetzelsdorf und Wolfsberg/L. zu internieren und vor österreichische Gerichte zu stellen,³³⁰ was jedoch nicht immer möglich war, wie sich etwa an einzelnen Verwaltungsräten zeigte. Sepp Helfrich, 1938 Vorsitzender des STEWEAG-Verwaltungsrates, wurde vom Volksgericht Graz zu vier Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall verurteilt. Er lebte anschließend als Pensionist in Graz. Sein Nachfolger, Prof. Armin Dadieu, konnte aus einer kurzzeitigen sowjetischen Haft in Graz mit Hilfe von Freunden in der Verwaltung und Polizei entkommen, sich versteckt halten und 1946 nach Argentinien fliehen, wo er an der argentinischen Condor-Rakete mitarbeitete. Anschließend wirkte Dadieu für Präsident Gamal Abdel Nasser am ägyptischen Raketenprogramm, ehe er in der Bundesrepublik Deutschland nacheinander die Leitung von zwei Instituten im Bereich der Raketentechnik übernahm. Zudem gehörte er den Ausschüssen für Transportsysteme des Apollo-Nachfolgeprogramms und für die Trägerrakete EUROPA-III an. Eine abermalige Berufung an die TH Graz scheiterte.³³¹ Alois Sernetz, NS-Gauhandwerksmeister und langjähriger Aufsichtsrat der STEWEAG, der die Schlosserei seines Schwiegervaters Binder 1926 übernommen hatte, wurde 1941 von

^[324] Dies erscheint deshalb als wenig wahrscheinlich, weil Gleisdorf seit Ende März 1945 von sowjetischen Einheiten besetzt war.

^[325] Adresse: Panoramagasse 9.

^[326] Akt Augustin im ÖStA, AdR, BKA/AA. 587.001-RA/56. Mitteilung über Botschafter Dr. Norbert Bischoff. Das Todesdatum erscheint plausibel, weniger der Sterbeort.

^[327] Ebd., Ausforschung Dipl.-Ing. Karl Augustin; ESt-Archiv, PA Augustin 1952–1961. – Herrn Mag. Harald Knoll, BIK-Graz, danke ich auch hier für Hinweise auf Basis seiner langjährigen Erfahrung in der Erforschung von Vermisstenschicksalen. Der umfangreiche Datensatz im L. Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz zu den österreichischen Kriegsgefangenen und Internierten in der Sowjetunion (Datensatz, Stefan Karner) gibt keine Auskünfte zu Karl Augustin.

^[328] Die Liste ehemaliger NS-Mitglieder unter den Beschäftigten der STEWEAG ist nicht mehr auffindbar.

^[329] Die Registrierung nach dem Verbotsgesetz, Art. II, betraf alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder, Parteianwärter sowie Mitglieder in den sogenannten „Wehrverbänden“ der NS-Bewegung, v. a. Mitglieder der SA, der SS, des NSKK und des NSFK.

^[330] Vgl. zu den britischen Camps Weissenstein, Wetzelsdorf und Wolfsberg, u. a.: Florentine Kastner, 373 Camp Wolfsberg. Britische Besatzungslager in Österreich von 1945 bis 1948. DA-Univ. Wien 2011; Alexander Verdnik, Wolfsberg dunkelstes Kapitel. Wolfsberg 2015. – Von den Spitzen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft wurde etwa Franz Pichler jun. für eineinhalb Jahre wegen seiner NS-Funktionen inhaftiert. Dietinger, E-Wirtschaft, S. 19.

^[331] Armin Dadieu starb 1978 in Graz. Vgl. Stefan Karner, Maßgebliche Persönlichkeiten 1938 in Graz, in: Histor. Jb. d. Stadt Graz 1988, S. 386, sowie Maximilian Brunner, Armin Dadieu. Versuch der Biographie eines Nationalsozialisten. MA-Univ. Graz 2017.

der NSDAP ausgeschlossen. 1947 hatte ihn das Volksgericht in Graz zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt. Sernetz widmete sich anschließend seinem Familienbetrieb, der später von Graz nach Gleisdorf übersiedelte und als Binder & Co zu einem führenden steirischen Unternehmen aufstieg.³³² Hermann Grengg, führender STEWEAG-Mitarbeiter seit den 1930er-Jahren, NSDAP-Mitglied und von 1938 bis 1945 AEW-Vorstandsdirektor, wurde am 16. August 1945 in Kaprun von US-Soldaten verhaftet und für knapp ein Jahr in den US-Entnazifizierungslagern Golling und Glasenbach inhaftiert. Ohne Gerichtsverfahren wurde Grengg 1946 von den US-Behörden wieder entlassen und kehrte als Konsulent zur STEWEAG zurück, ehe er 1949 die Lehrkanzel für Wasserbau an der TH Graz erhielt – gegen den Widerstand des zuständigen ÖVP-Ministers Felix Hurdes, aber protegiert von Landeshauptmann Josef Krainer sen.³³³

Tanzer versuchte in dieser schwierigen Phase des politischen Umbruchs in der STEWEAG auch jenen die Hand zu reichen, die zwar Nationalsozialisten geworden, nun aber bereit waren, den demokratischen Weg mitzugehen. Vor allem gelang es Tanzer, der ab 1947 auch Vorsitzender der Industriellenvereinigung, Landesgruppe Steiermark, geworden war,³³⁴ erfahrene Mitarbeiter und Experten, besonders in den Abteilungen Bauwesen und Planung, im Unternehmen zu halten. Er entsprach damit den Intentionen des ehemaligen KZ-Häftlings und geschäftsführenden ÖVP-Landesobmanns Alfons Gorbach und den Vorgaben von ÖVP-Landeshauptmann Simon Pirchegger: „Ich verlange Gerechtigkeit für die Nationalsozialisten. Hass und Rachepolitik lehne ich ab. […] Aber diese Gerechtigkeit verlangt von uns, dass wir die großen Nazis […] nicht besser behandeln wie viele kleine Nazi und Mitläufer, die heute auf der Straße schaufeln gehen, während ihre geistigen Verführer […] hohe Posten bekleiden. Alle übrigen aber, soweit sie nicht ihre Parteizugehörigkeit missbraucht haben, wollen wir in Ruhe lassen und lieber dafür sorgen, dass sie nützliche Mitglieder unseres Staates werden […]“.

Detaillierte Angaben zur Entnazifizierung im Bereich der STEWEAG liegen nicht mehr vor. Allerdings kann von einem Anteil an STEWEAG-Mitarbeitern in NS-Organisationen mindestens im Landesdurchschnitt ausgegangen werden.³³⁵ Als Beispiel kann die „Oststeirische Elektrizitäts-GesmbH, vorm. Ganz, Feldbach“ gelten, ein Betrieb, der – ebenso wie die STEWEAG – unter kommissarische Verwaltung gestellt wurde. Von den rund 70 Mitarbeitern, Angestellten und technischen Fachkräften des E-Werksunternehmens unterlagen 18 in den Jahren 1945/46 der Entnazifizierung.³³⁶

Die Neuorganisation der Stromwirtschaft

Die riesigen Beschaffungsprobleme – Draht, Kupfer, Eisen oder Elektromaterial waren kaum erhältlich – hemmten in den ersten Nachkriegsjahren Reparaturen, Erneuerungen und die Behebung der Kriegsschäden. Vor allem fehlte es an Blitzschutzeinrichtungen und Kupferseilen.³³⁷ Nachdem man dies geschafft hatte, konnte weiter geplant werden. Dabei war schnell klar geworden, dass die Idee einer Sammelschiene in einer

noch zu bestimmenden rechtlichen Form für den österreichischen Markt, auch teilweise als Fortsetzung der AEW-Planungen, umsetzbar und geeignet wäre. Dazu mussten allerdings die Landesgesellschaften wieder als Stromversorgung der Bundesländer eingesetzt, die AEW³³⁸ aufgelöst und eine neue österreichische Stromgesellschaft, die „Österreichische Elektrizitätsverwertungs-AG (Östevag)“ sowie eine neue Bank für die notwendigen Kreditoperationen, die „Elektrobank“, gegründet werden.³³⁹

Die Östevag sollte eine österreichische Sammelschiene aufbauen und die AEW-Großkraftwerke, vor allem Ybbs-Persenbeug, Kaprun und Schwabegg,³⁴⁰ die während der NS-Zeit vor allem zur Belieferung des binnen-deutschen Raumes konzipiert wurden, übernehmen. Die kleineren AEW-Werke, die in der Steiermark Verteilnetze betrieben, wie die Pölswerke in Knittelfeld, sollten an die STEWEAG übergeben werden,³⁴¹ an der das Land Steiermark in Hinkunft mit 54 Prozent die Mehrheit an Aktien bekommen sollte. Dazu waren die AEW-Beteiligung von 75,5 Prozent³⁴² und ein Anteil an der zu gründenden „Elektrobank“ herauszulösen.³⁴³

Um die STEWEAG breiter aufzustellen, erreichten die öffentlichen Verwalter am „Kathreintag“, dem 25. November 1946, von Bundesminister Herbert Krauland die Ermächtigung, Geld zum Bau des Kraftwerkes Salza aufzutreiben. Geld, das man dringend brauchte, hatte man doch das Jahr 1946 operativ mit einem Geschäftsverlust von 1,2 Millionen Schilling abschließen müssen und auch für 1947 war keine Besserung zu erwarten. Der Verlust erhöhte sich 1947 sogar noch auf 1,3 Millionen Schilling.³⁴⁴ Der Baubeginn von Salza 1946 war ein erster Lichtblick für das Unternehmen – ein persönlicher Erfolg vor allem für Kurt Konrad Tanzer, der immer mehr in die Rolle eines Generaldirektors der STEWEAG schlüpfte. Vier Jahre später, 1950 eröffnet, wurde es ein Symbol für den gemeinsam getragenen Wiederaufbau im Lande – und war bis dahin eines der wenigen E-Werksbauten in Österreich, bei dem der Bauzeitplan präzise eingehalten werden konnte.³⁴⁵

^[1] Die Aktiva der AEW betrugen zu Jahresende 1944 rund 294 Millionen RM, die 1945 in 294 Millionen Schilling umgerechnet wurden. – StLA, LH-Korrespondenz, K. Diverses 1945–1947, Vermögensrechnung der Östevag bei ihrer Gründung.

^[2] Dazu und zum Folgenden: StLA, LH-Korrespondenz, K. Diverses 1945–1947, Bericht zur Reorganisation der ö. E-Wirtschaft, Nov. 1945. Für die Östevag wurde folgender Aktien-Anteilsschlüssel vorgeschlagen: Bund 30 Prozent, Länder 70 Prozent, die Landesanteile gleichmäßig zu je zehn Prozent des Gesamtkapitals aufgeteilt auf die sieben Landesgesellschaften: TIWAG, Safe, ÖKA, KELAG, STEWEAG, NEWAG und EW Wien. Das Burgenland wurde von der NEWAG und der STEWEAG versorgt. Vorarlberg hatte keinen Anschluss an eine österreichische Sammelschiene, sein Energieexport war außerdem durch die finanzielle Beteiligung der ausländischen Abnehmer vorweggenommen. – An der Elektrobank sollten der Bund mit 40 Prozent und die Bundesländer Tirol, Salzburg, Ober- und Niederösterreich, Steiermark und Kärnten mit je zehn Prozent beteiligt werden.

^[3] Die Übernahme des KW Schwabegg durch die ÖDK nach dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz erfolgte rückwirkend mit 1.8.1947, Vertrag zwischen ÖDK und AEW v. 4.2.1948; ÖStA, AdR, BMF-VS 320.467-35/37; 270.571-15/48. – Herrn Hofrat Dr. Hubert Steiner, ÖStA, danke ich für die fachliche Beratung zu den umfangreichen Akten des BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.

^[4] In Kärnten war die KELAG während der NS-Zeit bei den Bauvorhaben überhaupt leer ausgegangen, während die Draukraftwerke von der AEW für den gesamt-österreichischen Markt und darüber hinaus für die Sammelschiene des Deutschen Reiches produzierten. Karner, Kärntens Wirtschaft 1938–45, S. 63f.

^[5] Die AEW war am Aktienkapital der STEWEAG 1945 von 28,850.000 Schilling mit 21,781.900 Schilling Nominalwert bzw. mit 15,012.623,16 Schilling Buchwert zum 31.12.1945 beteiligt. ÖStA, AdR, BMF-VS 320.467, 52521-15/46. Beteiligungen der AEW.

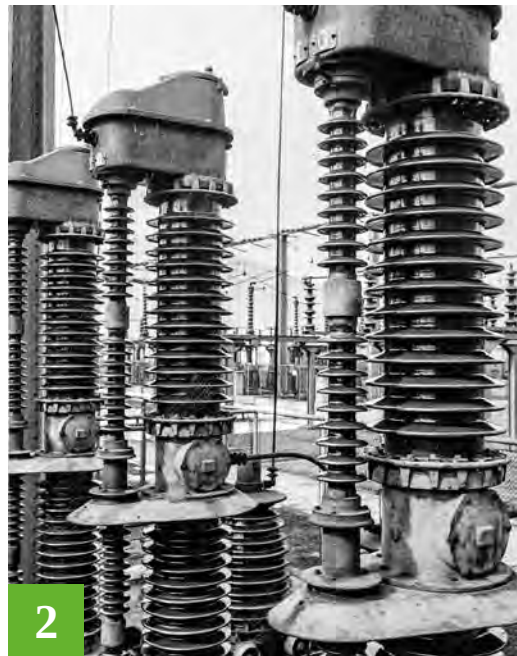
^[6] StLA, LH-Korrespondenz, K. Diverses 1945–1947, Bericht zur Reorganisation der ö. E-Wirtschaft, Nov. 1945. – Zu Kriegsende betrug das Gesellschaftskapital der STEWEAG 28,850.000 RM/Schilling, wovon 75,5 Prozent die AEW hielten, 4,3 Prozent das Land Steiermark, 1,1 Prozent die Stadt Graz und 19,1 Prozent Streubesitz waren. – ÖStA, AdR, BMF-VS, 320.467, 52521-15/46. Verteilung des Aktienkapitals der Landes EVUs, 25.7.46, gez.

^[7] STEWEAG-Geschäftsbericht 1947. Gewinn- und Verlustrechnung 1947.

^[8] ESt-Archiv, Protokoll der 2. AR-Sitzung, v. 13.7.1948. – Lieferanten für die Generatoren und Turbinen waren die Maschinenfabrik Andritz AG und die Elin AG in Weiz.



1



2



5



6



3



4

1946 bis 1960

1 Das Umspannwerk Voitsberg im Jahr 1953 2 Detailansicht des Umspannwerks Graz-Nord (1953) 3 Die 60-kV-Leitung Gleisdorf – Weiz (1954) 4 Der Stollendurchschlag beim Kraftwerk Hieflau im Juli 1954 5 Aufnahme Kraftwerk Salza 6 Infotafel über die Industriebetriebe der Obersteiermark (1952) 7 Arbeiten beim Umspannwerk Graz-Süd II (1959) 8 Luftaufnahme vom Umspannwerk Graz-Süd II (1959) 9 Trafo-Anlieferung beim Umspannwerk Graz-Süd II (1959)



7



8



9



1



2



3

1946 bis 1960

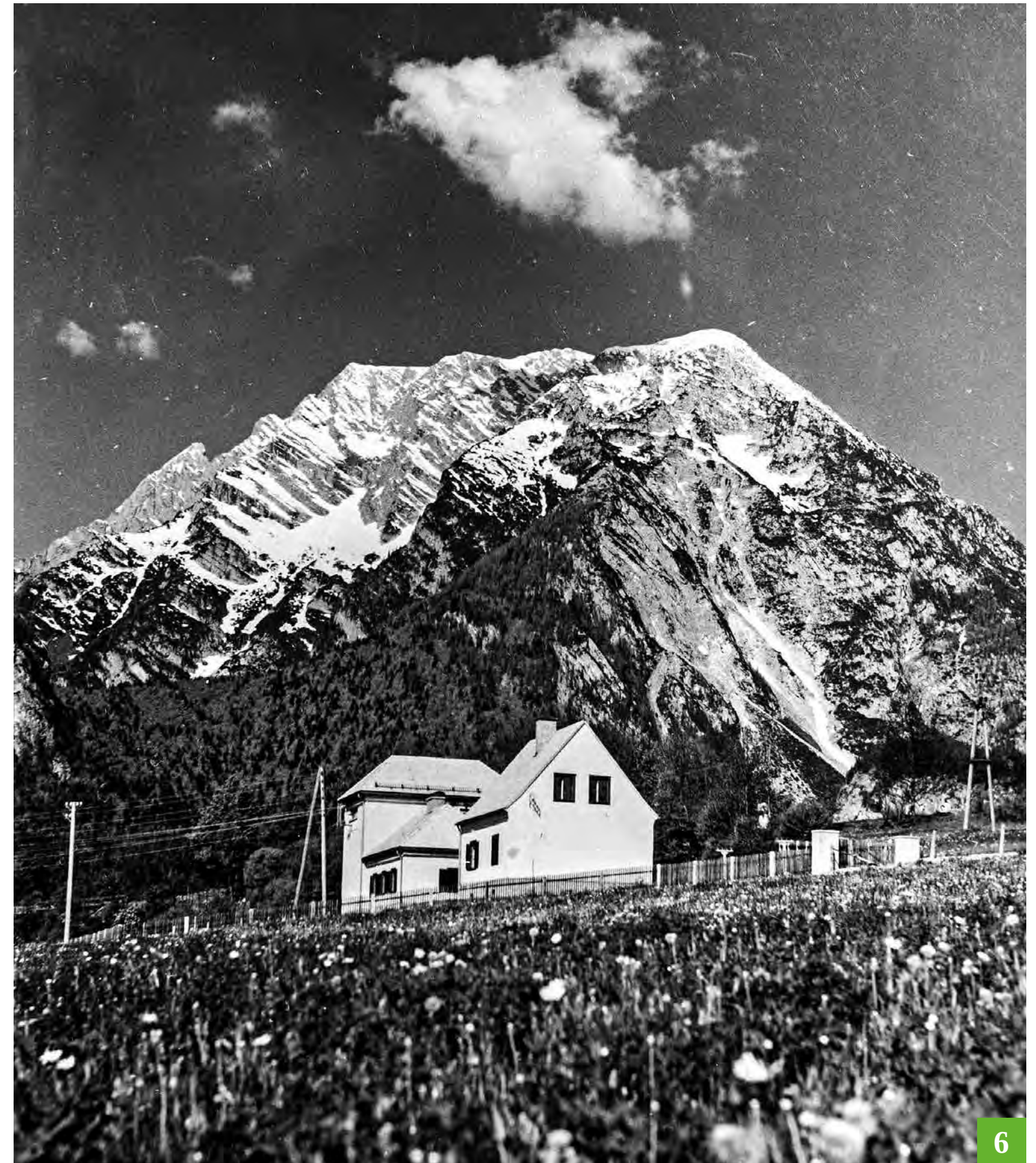
1 Außenansicht des Umspannwerks Graz-Süd im Frühjahr 1953 2 Das STEWEAG-Betriebsgebäude in Voitsberg (1953) 3 Außenansicht des Umspannwerks Graz-Nord im Sommer 1953 4 Außenansicht des Umspannwerks Gleisdorf (1955) 5 Bauphase des Umspannwerks Graz-Süd II (1959) 6 Stromversorgung für Trautenfels am Grimming (1953)



4



5



6

Die verhaltene Verstaatlichung

Der steirische Sonderweg

Eine Sozialisierung bzw. Verstaatlichung der gesamten österreichischen Elektrizitätswirtschaft wurde, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, abermals heftig auf wirtschaftlicher und vor allem auf politischer Ebene diskutiert. Dabei ging es in der Substanz um die zwei grundlegenden Modelle: Zentralismus oder Föderalismus, wie dies schon in den 1920er-Jahren offen zutage getreten war. 1930/31 hatten die Länder ihre starke Stellung, gegen die Intentionen der Steirer (vor allem von Franz Pichler) verankert.³⁴⁶ Nun standen die Steirer auf der anderen Seite und traten stark gegen eine rigorose Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft ein.

Denn die großen Elektrizitätsunternehmen in den Bundesländern, so wurde in der Steiermark argumentiert, stünden ohnehin mehr oder weniger in öffentlichem Eigentum und die kommunalen und privaten Elektrizitätsversorger seien wegen ihres Zustrombezuges aus dem übergeordneten Leitungsnetz von Großunternehmen von diesen abhängig. Damit ging es zunächst um das bedeutende „Deutsche Eigentum“ an den AEW-Anlagen, das über eine Verstaatlichung nun von der Republik Österreich entschädigungslos übernommen werden konnte.³⁴⁷ Eine Verstaatlichung der vielen mittleren und kleinen E-Werke im Lande (siehe Tabelle, Seite 106/107)³⁴⁸ konnte nicht entschädigungslos erfolgen, eine Verstaatlichung der schweizerischen STEG schien außenpolitisch nicht machbar. Der für die Verstaatlichung zuständige Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, der Steirer Herbert Krauland, wurde persönlich vor allem von Rechtsanwalt Walter Kastner beraten.³⁴⁹

Als erstes preschte die zu liquidierende AEW vor und intervenierte über Walter Kastner bei Minister Krauland. Ihr ging es vor allem darum, das Unternehmen, wenn auch in geänderter und neuer Konstruktion, doch irgendwie zu erhalten und damit eine weitgehende Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft zu erreichen.

Das Zweite Verstaatlichungsgesetz 1947 – die „Magna Charta“ der Stromwirtschaft

Dagegen formierte sich Widerstand besonders in den ÖVP-geführten Ländern, deren wesentlicher Sprecher STEWEAG-Direktor Tanzer war. Nach längeren Planungen im ersten Nachkriegsjahr hatte die AEW ihren

Direktor Rudolf von Stahl³⁵⁰ mit dem Vorstoß beauftragt. Stahl entstammte einer führenden deutschen Industriellenfamilie mit Beziehungen sowohl in die NS-Wirtschaftshierarchie, als auch in Widerstandskreise um Carl Friedrich Goerdeler. Ihm assistierten Ministerialrat Edmund Hartig und der steirische Landesbeamte Eberhard Harnoncourt.

Die STEWEAG und mit ihr ein gewichtiger Teil der Landesgesellschaften forcierten das niederländische Modell: Bildung einer gemeinsamen Sammelschienen-Gesellschaft aus den führenden Elektrizitätsunternehmen der Bundesländer zum Bau und zum Betrieb des übergeordneten Netzes. Die Großkraftwerke, wie Kaprun oder Ybbs-Persenbeug, sollten von den daran interessierten Gesellschaften gebaut werden. Dagegen standen die Zentralisten. Sie schlugen eine Bundes-Elektrizitätsgesellschaft nach dem Muster der Electricité d France vor.³⁵¹ Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss, ein taktisch kluges Konzept:³⁵² flexible Verstaatlichung, feste Verankerung der Landesgesellschaften, Errichtung einer Verbundgesellschaft durch die Landes- und sechs Großkraftgesellschaften, keine Eigentumsübertragung bestehender Leitungen auf die neue VERBUND AG und schließlich sollte eine „Österreichische Alpenwerke AG“ als beschränkte Nachfolgerin der AEW zur Versorgung von Wien und Niederösterreich gegründet werden.

Doch noch ehe es in den Besprechungen mit Krauland um die Verstaatlichung der vielen E-Werke und ums „Eingemachte“ ging, entzündete sich bereits der Streit³⁵³ um die Zuordnung des DKW Voitsberg. Stahl argumentierte relativ pragmatisch gegen eine Eingliederung des STEWEAG-Werkes in die neu zu gründende Verbundgesellschaft: weil das Werk „für die Landesversorgung bestimmt ist“. Die Befürworter einer Verstaatlichung argumentierten, dass die Kohle, die das DKW vor allem aus dem Revier Köflach-Voitsberg bezog,³⁵⁴ ohnehin bereits im Ersten Verstaatlichungsgesetz 1946 verstaatlicht worden war.

Doch die Verstaatlichung der österreichischen Elektrizitätswirtschaft war in einem großflächigen Paket zwischen den Parteien in Wien bereits paktiert, ohne den Anliegen der Steirer wirklich zu entsprechen. Anfang des Jahres 1947 zeichnete sich ab, dass Voitsberg abzutreten war, ebenso die obersteirischen 110-kV-Leitungen, die wegen des Fehlens von 45- oder 60-kV-Leitungen de facto die Landes-Sammelschiene bildeten und damit unverzichtbar waren.³⁵⁵

^[350] Dr. Rudolf von Stahl war AEW-Direktor führte auch den Vorsitz im Österreichischen Wasserwirtschaftsverband. Sein Stellvertreter war Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Harnoncourt, Oberregierungsrat in der Stmk. Landesregierung. Ein wesentlicher Mitstreiter Stahls war auch der Ministerialrat im Landwirtschaftsministerium, Edmund Graf von Hartig. – Vgl. dazu auch: Edmund Hartig, Vom österreichischen Wasserwirtschaftsverband. Schriftenreihe des Österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes, Heft 7. Wien 1947. Zum Großindustriellen Karl Rudolf v. Stahl, erschossen 1946 im sowjetischen Speziallager Nr. 2 (Buchenwald), siehe u. a.: Andreas Weigelt u. a. (Hg.), Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie. Göttingen 2015, S. 677–679 und die entsprechenden Passagen bei Gregor Janssen, Das Ministerium Speer – Deutschlands Rüstung im Krieg. Berlin 1968; Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.

^[351] Ludwig Musil, Die STEWEAG in den Jahren 1945 bis 1970. Eine Dokumentation, in: 50 Jahre STEWEAG. ÖZE 4/1971 (= Musil, STEWEAG 1945–1970), S. 172f.

^[352] Dazu und zum Folgenden: ÖStA, AdR, BMF-VS, 320.467-35/37., Stahl (AEW) an Kastner, 27.11.1946 als Besprechungsunterlage bei Minister Krauland. Die Unterlage Stahls wurde von Kastner wohlwollend z. K. genommen.

^[353] Neben Voitsberg ging es um die Zuordnung der E-Werke Kirchbichl und Gerlos in Tirol und Timelkam in Oberösterreich.

^[354] Der Kohlenverbrauch des DKW Voitsberg betrug (in 1.000 Tonnen): 1940: 24,4; 1941: 129,6; 1942: 206,3; 1943: 248,8; 1944: 265,8; 1945: 78,1; 1946: 81,6 und 1947: 156,0. Ab 1948 wurde das DKW an die Österreichische Draukraftwerke AG übergeben. – Privatbestand Karner, Sammlung STEWEAG, Kohlenmeldungen der STEWEAG an den Reichs- bzw. Bundeslastverteiler. Handschriftl. Information ObIng. Strobl 1976 an Stefan Karner.

^[355] Vgl. auch ESt-Archiv, Geschäftsbericht 1947, S. 5: Bericht des Vorstands.

Die größten Elektrizitäts-Unternehmen der Steiermark zu Kriegsende 1945

des Unternehmens	Kapitalbildung über	Anmerkung
Jahresabgabe über 100 Millionen kWh		
STEWEAG	AG	Beteiligung Land Stmk.
Jahresabgabe 25 bis 100 Millionen kWh		
Graz-Köflacher Eisenbahn- u. Bergbau AG	AG	E-Werk im Nebenbetrieb
Alpine Montan AG	AG	E-Werk im Nebenbetrieb
STEG	AG	Schweizer Kapital
Jahresabgabe 5 bis 25 Millionen kWh		
Städt. E-Werk Bruck/Mur	Gemeindeunternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
E-Werk d. Stadt Judenburg	Gemeindeunternehmen	
L. Krempl's Erben, Leoben	Privates Unternehmen	
Pölser Zellulose u. Papierfabrik	AG	
Joh. Pengg, Eisenwerke, Thörl	Privates Unternehmen	
Pichlerwerke, Weiz	Privates Unternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
Jahresabgabe 2 bis 5 Millionen kWh		
E-Werk Gösting, V. Franz	Privates Unternehmen	
Feistritzwerke, E-Werk Gleisdorf	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Stadtgemeinde Kapfenberg	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Stadtgemeinde Köflach	Gemeindeunternehmen	
Jahresabgabe 1 bis 2 Millionen kWh		
Oststeir. E-Werke Feldbach, GmbH	Privates Unternehmen	
E- u. Wasserwerk Stadt Fürstenfeld	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Marktgemeinde Kindberg	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Stadtgem. Mürzzuschlag	Gemeindeunternehmen	
Jahresabgabe 500.000 bis 1 Million kWh		
E-Werk Benediktinerstift Admont	Privates Unternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
Älteres Bäcker- u. Mühlenkonsortium, Graz	Privates Unternehmen	
E-Werk Sattentalerb., Gröbming, GmbH	Privates Unternehmen	
E-Überlandwerk Neudorf, Graz	Privates Unternehmen	
E-Werk Hartberg	Gemeindeunternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
Brüder Kranz, Papierfabriken, Graz	Privates Unternehmen	
E-Gen. für Mooskirchen, GmbH	Privates Unternehmen	
E-Werk Schladming, Kofler & Gföller	Privates Unternehmen	
Franz Heresch, Wildon	Privates Unternehmen	
Jahresabgabe 400.000 bis 500.000 kWh		
Überlandzentrale Lafnitz, GmbH	Privates Unternehmen	
E-Werk Aussee, Schwarz, Wagendorfer & Co	Privates Unternehmen	
E-Werk Marktgemeinde Eisenerz	Gemeindeunternehmen	
Städt. E-Werk Murau	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Falkenburg, Irdning, rGmbH	Privates Unternehmen	
Franz Kindler, E-Werk Ragnitzmühle Wildon	Privates Unternehmen	

des Unternehmens	Kapitalbildung über	Anmerkung
Jahresabgabe 300.000 bis 400.000 kWh		
Drahtwarenfabrik V. Bergmann, Graz	Privates Unternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
Feistritztaler E-Werk, Gr.Wilfersdorf rGmbH	Privates Unternehmen	
E-Werk Gasselsdorf	Privates Unternehmen	
E-Werk Maria Clement, Kirchberg/R.	Privates Unternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
Fürst Liechtenstein'sche Forst- und Güterdirektion, Kallwang	Privates Unternehmen	
Märkisches E-Werk, Gem. Mariazell	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Schöder, GmbH	Privates Unternehmen	
Veitscher Magnesitwerke	AG	E-Werk im Nebenbetrieb
E-Werk Marktgemeinde Trofaiach	Gemeindeunternehmen	
Stromlieferungsunternehmen der Marktgemeinde Stainz	Gemeindeunternehmen	
Jahresabgabe 100.000 bis 300.000 kWh		
E-Werk der Marktgemeinde Admont	Gemeindeunternehmen	E-Werk im Nebenbetrieb
Hugo Thaller E-Werk Anger bei Weiz	Privates Unternehmen	
E-Werk Marktgem. Bad Gleichenberg	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Stadtgemeinde Donawitz	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Ebenau, Peter Brüderl	Privates Unternehmen	
E-Werk A. Deutschmann, Eibiswald	Privates Unternehmen	
Franz Rieckh's Nachf. Ludw. Appl, Ehrenhausen	Privates Unternehmen	
E-Werk, Lamberg'sche Güterinspektion Feistritz bei Ilz	Privates Unternehmen	
E-Werk Franz Purkarthofer, Fernitz	Privates Unternehmen	
E-Werk Jöbstl, Frauenthal-Gams	Privates Unternehmen	
Fürst Schwarzenberg'sches E-Werk Frauendorf b. Unzmarkt	Privates Unternehmen	
E-Genossenschaft Gaishorn GmbH	Privates Unternehmen	
L. Polsterer, Rösselmühle, Graz	Privates Unternehmen	
E-Werk Maria Schafner, Gersdorf	Privates Unternehmen	
E-Werk F. Lugitsch sen., Gniebing	Privates Unternehmen	
E-Werk Graz, Franz Bretschko	Privates Unternehmen	
Lapp-Finze, Eisenwarenfabrik, Kalsdf.	AG	
E-Werk Lassing rGmbH	Privates Unternehmen	
Graf Kottulinsky'sches Forstamt E-Werk Neudau	Privates Unternehmen	
E-Werk Krenn & Fuxjäger, Obdach	Privates Unternehmen	
E-Werk Stadt Radkersburg	Gemeindeunternehmen	
E-Werk F. Horvath, Rohr b. Feldbach	Privates Unternehmen	
E-Werk R. Lugitsch, Pertlstein	Privates Unternehmen	
E-Werk Gem. Neuberg/Mürz	Gemeindeunternehmen	
E-Werk Gem. Neumarkt	Gemeindeunternehmen	
Palten-Stahlindustrie	AG	
E-Werk Stadt Rottenmann	Gemeindeunternehmen	
Mühlengen. rGmbH, Stubenberg	Privates Unternehmen	
E-Werk Strallegg GmbH	Privates Unternehmen	
E-Werk Helene Clement, Studenzen	Privates Unternehmen	
Neuper'sches E-Werk Unterzeiring	Privates Unternehmen	
Stromvert.-St. Marktgem. Unzmarkt	Gemeindeunternehmen	
Lichtgen. Wildalpe GmbH, St. Gallen	Privates Unternehmen	
Marie Wilfinger E-Werk, Zöbing	Privates Unternehmen	
„Styria“, Stmk. Sensen AG	AG	

Quelle: ÖStA, AdR, BMF-VS 320.467-35/37. Verband der Elektrizitätswerke. Auswertung der Mitgliedsliste, korr. 27.8.1946.

Die Leitungen sollten an die neue Verbundgesellschaft, Voitsberg an die neue Österreichische Draukraftwerke AG (ÖDK)³⁵⁶ gehen. Resignierend Musil: „Trotz aller Bemühungen [...] war es nicht möglich, diese den zukünftigen Ausbau der steirischen Elektrizitätsversorgung schwer schädigenden Maßnahmen zu verhindern“.³⁵⁷ Schon am 28. Februar 1947 hatten die ÖVP-Abgeordneten einen Entwurf zur Verstaatlichung der E-Wirtschaft im Nationalrat eingebracht und darin die Ziele, die Art und den Umfang der Verstaatlichung festgelegt. Die Steirer waren mit ihren Anliegen, Voitsberg und die obersteirischen Leitungen für die STEWEAG zu erhalten, in Wien zu spät und argumentativ offenbar zu schwach aufgetreten. Dafür hatte man auch im Land einen Pakt zwischen ÖVP und SPÖ um die vielen privaten und kommunalen E-Werke vorbereitet. Stillschweigend sollten die städtischen E-Werke der SPÖ-dominierten Gemeinden und die privaten E-Werke im gegenseitigen Einvernehmen zwischen ÖVP und SPÖ nicht verstaatlicht werden.

Mit dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz vom 26. März 1947 wurde ein bedeutender Teil der österreichischen Elektrizitätswirtschaft zu öffentlichem Eigentum. Die Bundesländer-Gesellschaften wurden zu Landesgesellschaften mit hoheitlichen Rechten und mit folgenden Aufgaben: die „Allgemeinversorgung mit elektrischer Energie im Bereich der einzelnen Bundesländer“ zu bewerkstelligen, die „Verbundwirtschaft im Landesgebiet zu besorgen und Energie mit benachbarten Gesellschaften auszutauschen“ und generell die Übertragung aller „Unternehmungen, Betriebe und Anlagen zur Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie [...] auf die öffentliche Hand“.³⁵⁸

Die STEWEAG³⁵⁹ wurde nun zur Landesgesellschaft für die Steiermark und das südliche Burgenland bestellt und blieb es bis 1987, als man das Zweite Verstaatlichungsgesetz außer Kraft setzte. Alleiniger Eigentümer der STEWEAG wurde ab 1947 das Land Steiermark, das den Eigentümern eine angemessene Entschädigung leistete.³⁶⁰ Die Stellung der STEWEAG als Landesgesellschaft hatte Auswirkungen auf die kleineren E-Werke ebenso wie auf die Strombezieher. So beantragte etwa die Landesgesellschaft die Tarife für die Stromabnehmer beim Land Steiermark. Wurden diese genehmigt, dann waren sie für alle steirischen E-Werksunternehmen, ausgenommen die Grazer Stadtwerke, verbindlich. Eine rigorose Verstaatlichung der privaten und kommunalen E-Werke wurde in der Steiermark nicht vorgenommen, wobei Kleinunternehmen mit weniger als

200 kW Nennleistung ohnehin schon von Gesetzeswegen von der Verstaatlichung ausgenommen blieben.³⁶¹ Für die weitgehende Nicht-Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft in der Steiermark wurden offiziell vor allem betriebliche und geschäftliche, selten politische Gründe ins Treffen geführt. So fehle es dem Land bzw. der nunmehrigen Landesgesellschaft STEWEAG an Geld, um die Entschädigungszahlungen für die zahlreichen zu verstaatlichenden Betriebe zu leisten und wäre eine Zusammenführung der Verteilernetze der privaten und kommunalen E-Werke mit dem der STEWEAG nur schwer zu bewältigen. Dazu kam die Problematik einer Verstaatlichung des größten privaten E-Werkes der Steiermark, der STEG, die im Eigentum einer Schweizer Kapitalgruppe stand. Aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen wagte man es nicht, Schweizer Vermögen zu enteignen. Parteipolitisch wurde das stille Einvernehmen zwischen ÖVP und SPÖ umgesetzt: Die ÖVP um Pirchegger und Krainer war ein Gegner der Verstaatlichung und schob eine Übernahme der privaten E-Werke auf die lange Bank. Die kommunalen E-Werke der zumeist SPÖ-dominierten Gemeinden³⁶² beließ man, auch mit Rücksicht auf den Koalitionspartner im Land, weiter im Einflussbereich der SPÖ und übertrug diese nicht der ÖVP-dominierten STEWEAG.

So ließ man die kleineren E-Werke weiter bestehen und beschränkte sich darauf, diese mit Zusatzstrom zu beliefern, sofern sie ihn benötigten, weil sie selbst für ihre Abnehmer zu wenig produzierten – ein solides Geschäftsmodell: Waren die Werke gut geführt, so waren sie für die STEWEAG sichere und auch pünktlich zahlende Kunden. Wollten sich einzelne E-Werksbesitzer, etwa aus familiären Gründen³⁶³, von ihren Werken trennen, so war meist die STEWEAG ihr erster Ansprechpartner.

Immerhin hatte die STEWEAG 1946 bereits über 34.000 Einzelabnehmer. Jeder dritte Haushalt im Lande war über die Verteilerkreise auch direkter STEWEAG-Kunde.³⁶⁴

Die Stromerzeugung der STEWEAG 1944 bis 1947

	1944	1945	1946	1947
in eigenen Wasserkraftwerken	296.521	193.046	171.255	179.622
in eigenen Dampfkraftwerken	173.707	49.121	52.654	99.396
Fremdbezug	57.957	40.421	35.081	28.451
Gesamt	528.185	282.588	258.990	307.469

Quelle: ESt-Archiv.

^[356] Zur ÖDK vgl. auch: Hans Belsak u. a., Die Österreichische Draukraftwerke AG. Klagenfurt 1972 (= Belsak, ÖDK); Andrea Gradischnig, Die Österreichische Draukraftwerke AG. Eine historische Betriebsanalyse. Sowi-DA. Graz 1997 (= Gradischnig); 25 Jahre Österreichische Draukraftwerke AG. Klagenfurt 1972 (= 25 Jahre ÖDK), S. 60ff.

^[357] StLA, LH-Korrespondenz, K. Diverses 1945–47. Vermerk Dr. Musils, Zl. 372/Mu1/7, v. 29.3.1947. Unterlage für LH Pirchegger.

^[358] Ausgenommen davon waren in der Steiermark die Grazer Stadtwerke sowie das Ausseer Land, das von der ÖKA versorgt wurde, sowie das mittlere Salztal, das im Versorgungsbereich der Wiener Stadtwerke lag.

^[359] Wobei der Landtag aus energiewirtschaftlichen Gründen auch eine ausländische Minderheitsbeteiligung genehmigen konnte. Dietinger, E-Wirtschaft, S. 22.

^[360] Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der STEWEAG folgte dem Parteienproporz sowie den Versorgungsgebieten. 1947 bestand der AR aus: LH-Stv. Tobias Udier, Arbeiterkammer-Präsident und Grazer Stadtrat Otto Möbes, Dir. Anton Braun (Fürstenfeld), dem Brucker Bürgermeister August Hahn, den Landesräten Norbert Horvatek, Fritz Matzner und Udo Illig, Staatssekretär a. D. ÖR August Kraft, LH Krainer, Handelskammer-Vizepräsident Karl Lipp, Handelskammer-Direktor Rupert Roth, dem Grazer Gemeinderat Franz Schlagenhaufen, dem Fürstenfelder Bgm. Franz Schragen und Böhler-Zentraldirektor Franz Walch. Vom Betriebsrat wurden in den AR Kurt Goriupp und Anton Pommer entsandt. Der Vorstand setzte sich zusammen aus GD Kurt Konrad Tanzer, Ludwig Musil und Anton Barwig. Als Öffentliche Verwalter fungierten Kurt Konrad Tanzer und Edmund Berger. – ESt-Archiv, Geschäftsbericht 1947. Von der Bilanzsumme von 119,4 Millionen Schilling entfielen 104,6 Millionen Schilling auf das Anlagevermögen (davon wiederum 65,0 Millionen auf Kraftwerke und 25,7 Millionen Schilling auf Verteilungsanlagen). Der operative Verlust betrug im Jahr 1947 1,3 Millionen Schilling.

^[361] BGBl, 21. Stück, v. 10.5.1947, Bundesgesetz v. 26.3.1947 (Zweites Verstaatlichungsgesetz). – Als Kleinkraftwerke galten nach dem Gesetz auch Unternehmen mit einer Energieabgabe, die im Jahresmittel nicht mehr als das Doppelte der Eigenerzeugung betrug, sowie Anlagen, deren direkter Stromverkauf an Dritte pro Jahr unter 100 MWh lag bzw. deren weitere Stromabgabe nur an die öffentliche Hand erfolgte. Zur Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft vgl. u. a.: Susanne Penz, Das Zweite Verstaatlichungsgesetz 1947 und der Aufbau der österreichischen Energiewirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Gerald Schöpfer (Hg.), Aspekte zur Energiewirtschaft und Energiepolitik in Österreich seit 1918. Schriftenreihe der Arge für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Heft 4/5. Graz 1984, S. 80–89.

^[362] Dazu zählten u. a. die kommunalen E-Werke der Gemeinden Judenburg, Mürzzuschlag, Bruck/Mur und Köflach.

^[363] Wie der Verkauf der E-Werke Krempl’s Erben in Leoben oder von Kofler & Gföller in Schladming. In diesen Fällen wurde aus steuerlichen Gründen formell das Verstaatlichungsgesetz angewandt, weil nach diesem Gesetz alle zur Durchführung der Verstaatlichung erforderlichen „Rechtsgeschäfte, Schriften und Amtshandlungen“ keiner öffentlichen Abgabe unterlagen. Freundl. Auskunft von Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz, 2.2.2021.

^[364] StLA, LReg. 344. K. 5270 (1947). Klein-Kraftwerke. STEWEAG-Aufstellung der zu verstaatlichenden E-Werke und Energiebedarf Stmk. und südl. Burgenland (1944 und 1946), v. 17.6.1947.

Großkraftwerke, die weder Eigenversorgungsanlagen noch Anlagen zur „Erfüllung der Aufgaben der Landesgesellschaften“ waren, hatte man per Verstaatlichungs-Gesetz an Sondergesellschaften übertragen. Die treuhändische Verwaltung der staatlichen Anteile an den Landes- und Sondergesellschaften oblag der staatseigenen Verbundgesellschaft³⁶⁵, die ihrerseits über die Landes- und Sondergesellschaften Bedarf und Erzeugung an Strom zu ermitteln sowie Bau und Betrieb von Großkraftwerken zu veranlassen und über ein Hochspannungsnetz eine österreichweite Sammelschiene zu betreiben hatte.

Voitsberg an die ÖDK

Das STEWEAG-Dampfkraftwerk Voitsberg, das organisch im Verband der STEWEAG entstanden war und zur neu geschaffenen ÖDK überhaupt keine Verbindung hatte, musste am 1. April 1948 an die Sondergesellschaft abgegeben werden – eine energiewirtschaftliche Begründung dafür fehlte gänzlich. Ein schwerer Verlust für die Landesgesellschaft, die dies erst 1958/1962 mit dem Ölkraftwerk Pernegg einigermaßen kompensieren konnte. Auch die Leitung von Voitsberg nach Arnstein fiel nach dem Gesetz an die ÖDK.³⁶⁶ Die 110-kV-Leitung Hessenberg – Bruck – Müzzzuschlag der AEW samt den Umspannwerken Hessenberg und Müzzzuschlag und der Schaltstelle Bruck ging an die VERBUND AG, ebenso das Umspannwerk in Weißkirchen. Zuerkannt wurde der STEWEAG zunächst lediglich die Mitbenützung der 110-kV-Leitung Weißkirchen – Hessenberg – Bruck, die den Strom von den Kärntner Draukraftwerken in die Steiermark brachte.

Das städtische E-Werk Graz brauchte nicht an die STEWEAG übergeben zu werden, wohl aber die vielen anderen steirischen Unternehmungen mit einer Leistung von über 200 KW (ausgenommen Anlagen zur Eigenversorgung von Betrieben). Derartige Ausnahmen von der Verstaatlichung waren „aus triftigen energiewirtschaftlichen Gründen“ möglich.³⁶⁷ Zu entscheiden hatten in erster Instanz Landeshauptmann Pircheger, ab 6. Juli 1948 sein Nachfolger Josef Krainer, in zweiter Instanz die befassten Bundesministerien.

Die Steiermark hatte mit dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz ein mehrfaches Problem: Erstens gab es im Land die meisten Kleinkraftwerke in Österreich, die nun zu verstaatlichen gewesen wären. Zweitens verlor man Voitsberg, für das man im Jahr zuvor noch einen reparierten Rotor³⁶⁸ herbeigeschafft hatte, an die ÖDK und wesentliche 110-kV-Leitungen an die VERBUND AG. Die Landesgesellschaft STEWEAG spielte im Österreich-Konzert nur noch die zweite oder dritte Geige, obwohl sie nun auch für die Stromversorgung des südlichen Burgenlandes zuständig wurde und Werke in Pinkafeld, Güssing und Dobersdorf sowie einige mittelgroße steirische Werke zu übernehmen hatte.³⁶⁹ Dazu kam, dass sich bei politischen Parallelgesprächen auch keine entsprechend starke STEWEAG-Vertretung in der ÖDK und in der VERBUND AG abzeichnete, um steirischen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen.³⁷⁰ Die Bewilligung des Landwirtschafts-Ministeriums zu Vorarbeiten

für den Bau der Hierzmannsperre am Tag der Beschlussfassung des Verstaatlichungsgesetzes konnte die Steirer kaum zufriedenstellen.³⁷¹

Eine Kompensation für den Ausfall von Voitsberg durch den Ausbau der Enns gelang der STEWEAG ebenfalls nicht. Hier geriet man mit den Oberösterreichern in den Clinch, die den Fluss allein für sich nutzen wollten, wogegen die Steirer eine gemeinsame Nutzung der Enns durch den Bund, Ober- und Niederösterreich und die Steiermark verlangten. Voitsberg und die Ennsfrage waren Knackpunkte, wollte man wieder Anschluss an die erste Liga der österreichischen Stromwirtschaft finden. Landeshauptmann Pirchegger sprang in die Bresche und machte am 27. Februar 1947 bei der Länderkonferenz in Wien den steirischen Anteil an der Stromversorgung von Wien und Niederösterreich deutlich: „Die Stromausfuhr aus der Steiermark nach Wien und Niederösterreich im Jahre 1945 [betrug] 93,4 Millionen kWh, d. i. mehr als ein Viertel der gesamten steirischen Stromerzeugung.“ Noch etwas höher war der Wert 1946.³⁷² Und STEWEAG-Konsulent Ludwig Musil sekundierte ihm und rechnete vor, dass man ohne Voitsberg und die Ennswerke den Strombedarf des Landes in den nächsten 20 Jahren nicht werde decken können.³⁷³ Auch die Hoffnungen, die Investitionen der STEWEAG in der Untersteiermark (zwischen 1941 und 1945) kompensiert zu erhalten, zerschlugen sich durch die Verstaatlichung im kommunistischen Jugoslawien.

Den steirischen Anliegen in Wien Gehör verschaffen

Nun ging es vor allem darum, Schadensbegrenzung für die STEWEAG zu erreichen. Daher forcierte man eine betriebliche Zusammenarbeit zwischen STEWEAG, ÖDK und der VERBUND AG, um der Landesgesellschaft wenigstens die Betriebsführungen für Voitsberg und die dazugehörigen Leitungen und Umspannwerke zu sichern sowie einen höheren Eigentumsanteil und Aufsichtsrats- und Vorstandsposten bei den ÖDK und damit mehr Einfluss auf das Unternehmen zu erhalten.³⁷⁴ Der einstimmige Beschluss der Landesregierung vom 3. April 1947 sollte den Steirern nunmehr wenigstens bei den Verhandlungen um die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes in Wien den Rücken stärken.³⁷⁵ Entsprechende Begleitschreiben Pircheggers und Udiers an die ÖVP-Parteifreunde in Wien, Bundeskanzler Leopold Figl und Minister Krauland sowie an SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf sollten den Wünschen der Steirer Nachdruck verleihen. Tenor der Schreiben: Man habe dem Verstaatlichungsgesetz mit den steirischen Abgeordneten überhaupt nur zugestimmt in der Erwartung, dass in der Durchführung des Gesetzes die steirischen Anliegen entsprechend Gehör fänden.³⁷⁶

Diese galten ganz besonders auch den Kommunen, darunter Bruck/Mur, Kapfenberg, Müzzzuschlag, Judenburg, Murau und Gleisdorf, die ihre gemeindeeigenen E-Werke nicht an die STEWEAG abtreten wollten, vor allem weil sie damit auf wesentliche Einnahmen verzichtet hätten.³⁷⁷ Weil die großen, mehrheitlich SPÖ-

³⁶⁵ Die VERBUND AG war im 100-prozentigen Eigentum der Republik. 1988 wurden 49 Prozent des Grundkapitals in Form von Inhaberaktien an der Wiener Börse emittiert.

³⁶⁶ Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 173, 189. – 1958 ging der erste, 1962 der zweite Block des DKW Pernegg in Betrieb.

³⁶⁷ Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen des Verstaatlichungsgesetzes wurden hier dem Sinne nach wiedergegeben.

³⁶⁸ 50 Jahre STEWEAG, S. 65. Der reparierte Rotor eines Turbosatzes war im Mai 1946 aus Berlin nach Voitsberg gebracht worden. Zum Werk Voitsberg vgl. auch 25 Jahre ÖDK, S. 118ff.

³⁶⁹ StLA, LReg. 344. K.5270 (1947). Klein-Kraftwerke. STEWEAG-Aufstellung der zu verstaatlichenden E-Werke und Energiebedarf Stmk. und südl. Burgenland/1944 und 1946), v. 17.6.1947.

³⁷⁰ Zur Situation der steirischen Elektrizitätswirtschaft Ende der 1940er-Jahre: Helmut Scio, Die Elektrizitätswirtschaft der Steiermark im Rahmen der gesamtösterreichischen Energiewirtschaft. Graz 1949.

³⁷¹ Genehmigung des BM für Land- und Forstwirtschaft, v. 26.3. 1947. Die Hierzmannsperre wurde von November 1947 bis April 1950 errichtet. – 50 Jahre STEWEAG, S. 65.

³⁷² StLA, LH-Korrespondenz, K. Diverses 1945–47. Information Landesrat Illig für Pirchegger, v. 26.2.1947.

³⁷³ Ebd., Berechnungen und Planungen von Ludwig Musil, Anfang 1947.

³⁷⁴ Die Verbindungen zwischen Landesgesellschaften und VERBUND AG untersuchte Inge Walzel, Das Verhältnis von Verbundkonzern und Landesgesellschaften in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Graz 1965.

³⁷⁵ StLA, LH-Korrespondenz, K. Diverses 1945–47. 50. Sitzung der Stmk. Landesregierung, v. 3.4.1947, Antrag und Beschluss, gez. [Landesrat] Tobias Udier.

³⁷⁶ StLA, LReg., 344. K. 5270 (1947). Schreiben Udier an Schärf v. 8.4.1947, an Krauland v. 17.4.1947, Pirchegger an Figl v. 25.4.1947. Sehr ähnliche Wortwahl und Argumentation in den drei Schreiben.

³⁷⁷ StLA, LReg. 344. K. 5270 (1947). Dringlichkeits- und Entschließungsanträge der Gemeinden.

dominierten Gemeinden der Obersteiermark wesentlich das Wunschkpaket der Landesregierung bildeten, hatte man in der ÖVP-dominierten Landesregierung in den Fragen der E-Wirtschaft auch die notwendige Einstimmigkeit herstellen können. Neben den gemeindeeigenen E-Werken ging es, wie schon kurz angedeutet, um die Verstaatlichung privater, mittelgroßer Unternehmungen, wie von Franz in Graz-Gösting, Krempl in Leoben, Pichler in Weiz, Heresch (Frizberg) in Wildon, Kofler & Gföller in Schladming, Ganz in Feldbach oder Neuper in Unterzeiring (siehe Tabelle, Seite 106/107). Das Sonderthema STEG, die mehrheitlich im Schweizer Eigentum war, wurde erst gar nicht berührt.³⁷⁸

Am 1. August 1947 waren die „Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG“ (VERBUND AG) von der Republik Österreich gegründet³⁷⁹ sowie Aufsichtsrat und Vorstand nominiert worden. Für den 24. September 1947 hatte Krauland zu einer umfassenden Besprechung nach Wien eingeladen. Dabei sollten die offenen Fragen der Ländervertreter aus Ober- und Niederösterreich und der Steiermark gelöst werden. Vizekanzler und SPÖ-Vorsitzender Schärff hoffte, wie auch andere Regierungsmitglieder, „dass es im Verhandlungsweg“ möglich sein würde, „eine den Interessen des Landes Steiermark entsprechende Vereinbarung zu treffen“. ³⁸⁰ Wie haarig dies war, hatte sich bereits im Vorfeld der nach dem Parteien-Proporz³⁸¹ erfolgten Bestellung des Aufsichtsrates der VERBUND AG abgezeichnet. Nicht nur die proporzmäßige Aufteilung der Posten zwischen den beiden Großparteien, sondern auch die ultimative Vorbedingung der Steirer und Oberöreicher, abgesichert durch Regierungsbeschlüsse, „zur Wahrung der Landesinteressen“ Vertrauensleute in den Aufsichtsrat der „Verbund“ zu entsenden, stieß in Wien sauer auf.³⁸² Zunächst ging es um STEWEAG-Direktor Musil und um OKA-Direktor Franz Holzinger. Postwendend lehnten dies Krauland und die VERBUND AG wegen der Unvereinbarkeit ab, worauf die steirische Landesregierung harsch reagierte und am 3. Juli 1947 gegen den eigenen Minister einen Beharrungsbeschluss fasste. Erfolgreich: Musil wurde Aufsichtsrat der VERBUND AG.³⁸³

Das Ergebnis der Besprechung beim Steirer Krauland am 24. September selbst, von der man sich ein Entgegenkommen bei der Durchführung des Verstaatlichungsgesetzes erwarten durfte, war für die Steiermark ernüchternd. Kein einziges Ziel konnte befriedigend erreicht werden: Die Hochspannungsleitung und Umspannanlagen von Hessenberg – Bruck – Mürzzuschlag verblieben bei der VERBUND AG, die Zuordnung der Stichleitung zu den Stahlwerken von Schoeller-Bleckmann blieb ungelöst. An die neu gegründete ÖDK gingen endgültig die 110-kV-Leitung Voitsberg – Arnstein und das DKW Voitsberg sowie die Durchschleifung durch das Kraftwerk Arnstein.³⁸⁴ Als Entschädigung für Voitsberg erhielt die STEWEAG 1948 lediglich das im Besitz der AEW

befindliche Aktienpaket von 22,5 Prozent der ÖDK-Aktien,³⁸⁵ ein bis zwei Aufsichtsratsposten³⁸⁶ sowie die Betriebsführung der 110-kV-Leitung Altenmarkt – Liezen und 1950 die Pölswerke in Knittelfeld.³⁸⁷ Der steirische Einfluss auf die ÖDK blieb weiterhin marginal, wenngleich man mit der Kärntner Landesregierung, insbesondere mit Landeshauptmann Ferdinand Wedenig (SPÖ), in vielen energiepolitischen Fragen einen Gleichklang herstellen konnte.

³⁷⁸ Unter den zahlreichen Arbeiten zur Geschichte der STEG, vor allem von Michael Schmeja, vgl. besonders auch: Margareta Veit, Die Steiermärkische Elektrizitäts AG im Rahmen der gesamtösterreichischen Elektrizitäts-Wirtschaft. Eine historische Betriebsanalyse. Graz 1997 (= Veit).

³⁷⁹ StLA, LReg. 344. K. 5270 (1947). Anmeldung der VERBUND AG beim Handelsgericht, eingel. in Graz am 3.10.1947. – Die notarielle Beurkundung der Gründungsverhandlung v. 1.8.1947 mit der Satzung der Genehmigungsklausel des BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung nach dem Verstaatlichungsgesetz v. 26.3.1947 und das Protokoll der Aufsichtsratssitzung der VERBUND AG v. 1.8.1947 sowie die Bestellung des vierköpfigen Verbund-Vorstandes mit Rudolf Stahl, Franz Hintermayer, Karl Kölliker und Oskar Vas, alle wohnhaft in Wien.

³⁸⁰ StLA, LReg. 344. K. 5270 (1947), Brief Schärffs an Pirchegger v. 20.5.1947.

³⁸¹ StLA, LReg. Präs., K. 3446. Schreiben Straubinger (Kabinett Krauland) an Stmk. LReg., v. 29.7.1947.

³⁸² Dazu und zum Folgenden: StLA, LReg. 344. K 5270 (1947). Beschlüsse der Stmk. Landesregierung v. 19.6.1947 und 3.7.1947.

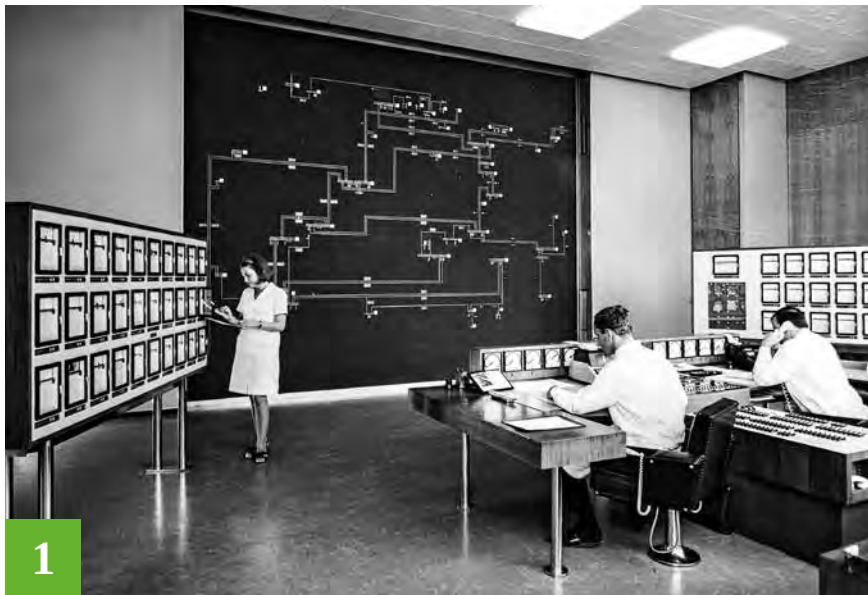
³⁸³ StLA, LReg. 344, K. 5270 (1947). Schreiben Udiers an Krauland, v. 6.8.1947.

³⁸⁴ ÖStA, AdR, BMF-VS 320.467-35/37, Notizen zur Durchführung des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes, v. 25.9.1947 aufgrund der Besprechung v. 24.9.1947.

³⁸⁵ StLA, LReg. 344, K. 5270 (1947). AV Musils, v. 21.8.1947.

³⁸⁶ Ebd., Beschluss der Stmk. Landesregierung v. 22.1.1948, gez. Udier. Die Beteiligung Kärntens an der ÖDK betrug ebenso 22,5 Prozent. Beide Länder hatten damit zusammen 45 Prozent, der Bund 55 Prozent an den ÖDK. Ebd., Schreiben der Ktn. LReg an die Stmk. LReg, v. 21.2.1949.

³⁸⁷ Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 173. – Zu den Pölswerken: ÖStA, AdR, BMF-VS 320.467-35/37. Handelsregister-Auszug des Kreis- und Handelsgerichtes Leoben, v. 12.10.1953. Der AEW-Unterstützungsfonds für die Beschäftigten des Werkes wurde von der STEWEAG übernommen.



1



2



4



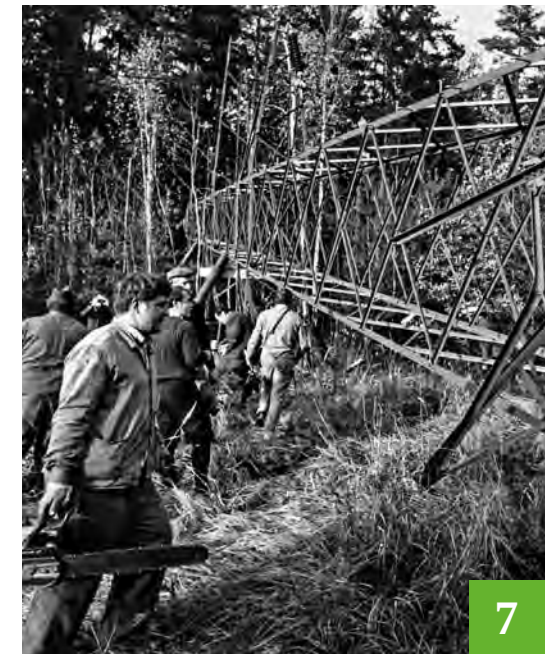
3



5



6



7



8

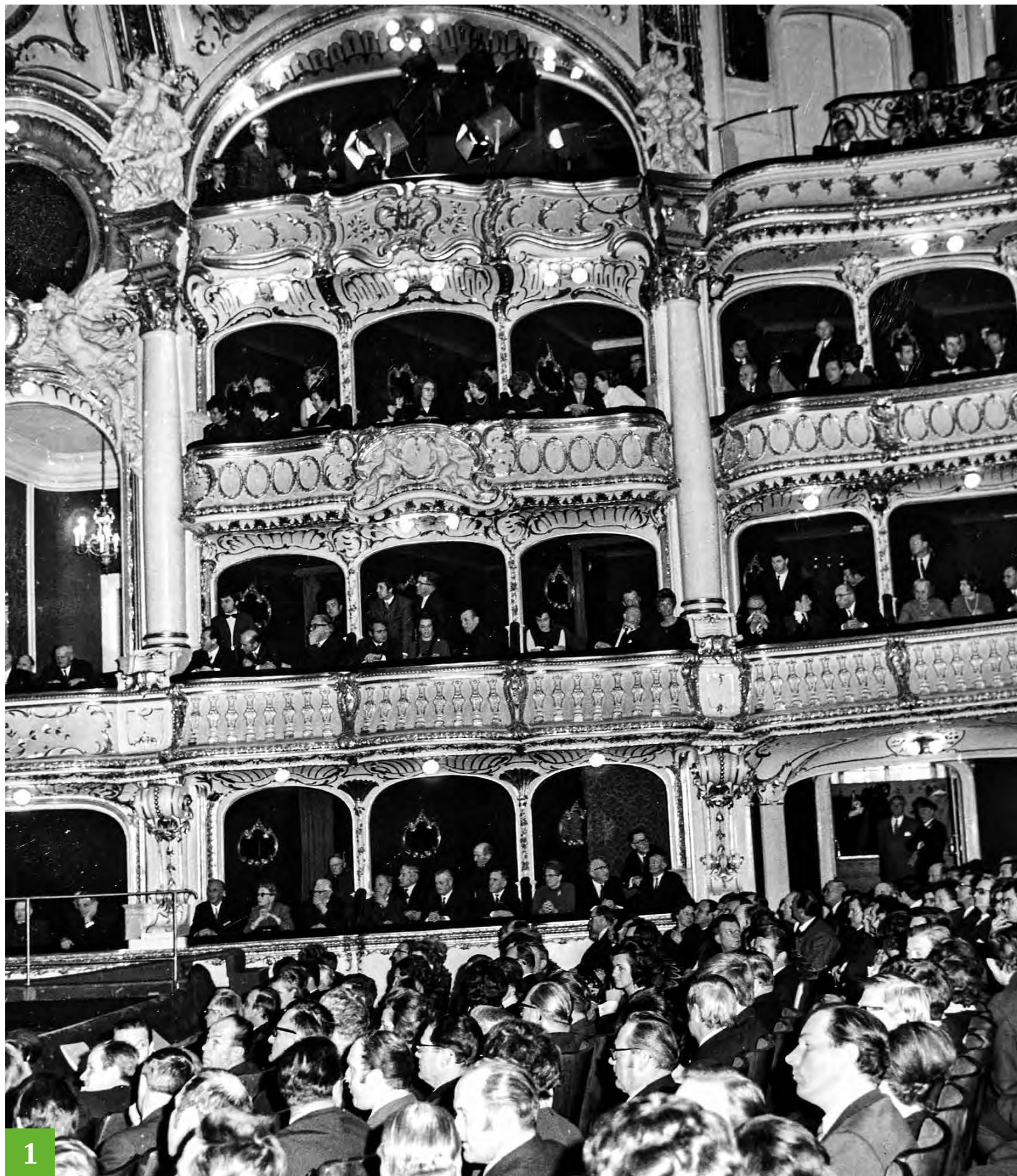


9

1961 bis 1975

- 1 Die Grazer Lastverteilerwarte in den 1960er-Jahren 2 Außenansicht des Umspannwerks Graz-Nord (1971) 3 Leitungsarbeiten (1973) 4 Die „OEG“-Werkstätte in der Außenstelle Feldbach (1969) 5 Stromleitungen quer durch Graz* 6 Der alte Unternehmensstandort am Grazer Opernring (1963) 7 Wiederherstellung nach einem nicht aufgeklärten Anschlag im Oktober 1972 8 Hinweistafel beim Unternehmensstandort am Opernring (1963) 9 Bau der neuen Hauptverwaltung im Jänner 1962

* Quelle: Sammlung Franz



1961 bis 1975

- 1 Feier zum 50-jährigen Bestehen der STEWEAG in der Grazer Oper (1971)
- 2 Festgäste auf dem Weg zur 40-Jahr-Feier (1961)
- 3 Büroräumlichkeiten beim Standort am Opernring (1963)
- 4 Baustelle Kraftwerk Hieflau
- 5 Bau der 110-kV-Leitung Leibnitz-Feldbach (1968)
- 6 Baustelle Speicher Waag Bau (1963)





1976 bis 1980

- 1 Hubschraubereinsatz bei der Errichtung eines 30-kV-Trafos am Hauser Kaibling (1980) 2 Tag der offenen Tür zum 30-jährigen Bestehen der Außenstelle Bruck (1979) 3 Die Zentralsteuerwarte in Graz-Süd (1976) 4 Außenansicht des Umspannwerks Deutschlandsberg (1978) 5 Führungen durch das Umspannwerk Graz (1976) 6 Infotag in der Außenstelle in Knittelfeld (1980) 7 Außenansicht Umspannwerk Knittelfeld West (1976)

1948–1996

Die STEWEAG als Landesgesellschaft

Die STEWEAG war nach dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz, gemessen am Umfang ihrer Eigenanlagen und ihrer Strombereitstellung, auf den Stand von vor 1938 zurückgefallen. Ein Neuaufbau des Unternehmens war sowohl personell als auch anlagentechnisch notwendig, wollte man nun die per Gesetz übertragenen Aufgaben der Versorgung des Landes Steiermark sicherstellen.³⁸⁸ Die Ablöse der öffentlichen Verwaltung des Unternehmens und die Bestellung von Organen nach dem Aktienrecht waren im Mai 1948 ein erster Schritt, um das Agens des Unternehmers und die volle Handlungsfähigkeit nach außen wieder zu erlangen, vor allem auch um jene finanziellen Investitionen tätigen zu können, die den Ausfall der Kraftwerke Voitsberg und Dionysen ausgleichen sollten. Im Wesentlichen besetzte man den 16-köpfigen Aufsichtsrat proportional nach dem Stärkeverhältnis der Parteien im Landtag, in kleinerem Maße auch nach regionalen Gesichtspunkten, wobei ÖVP und SPÖ weiterhin den Vorsitzenden (Landeshauptmann-Stv. Tobias Udier) und seinen Stellvertreter (Gemeinderat Otto Möbes) stellten.³⁸⁹

Einstimmig wurde schließlich ein Dreier-Vorstand mit einem beachtlichen Pouvoir auf fünf Jahre bestellt. Ihm gehörten Kurt Konrad Tanzer als Generaldirektor, Prof. Ludwig Musil als technischer und Arnold Harwig als kaufmännischer Direktor an. Damit endete auch die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung.³⁹⁰ Zusätzlich wählte der Aufsichtsrat aus seiner Mitte einen Personalausschuss,³⁹¹ (Udier, Möbes, Krainer) und einen siebenköpfigen Arbeitsausschuss (Udier, Möbes, Horvatek, Kraft, Lipp, Roth, Walch) mit weitreichenden Vollmachten. Die beiden Ausschüsse wurden so, neben dem Vorstand, zum eigentlichen Entscheidungszentrum der Landesgesellschaft.

Ungelöste Aufgaben gab es für das Unternehmen in Hülle und Fülle.³⁹² Die größten Brocken waren neben der Verstaatlichungsfrage die Kraftwerksbauten Salza, Dionysen und die Hierzmannsperre sowie die Fragen um die Realisierung eines Ennskraftwerkes bei Hieflau. Dazu kamen Arbeiten am Netz, an Umspannwerken, die

Errichtung eines Kühlturms in Voitsberg und der Kampf mit der VERBUND AG um die lukrative und strategisch wichtige Versorgung der Alpine-Werke.

Anhaltende Schlechtwetterperioden und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Turbinen für das Kraftwerk Salza sorgten für große Terminprobleme. Der Turbinenauftrag musste der sowjetisch verwalteten (USIA)³⁹³ Voith AG in St. Pölten, die unerfüllbare Kompensationen und Zahlungskonditionen gefordert hatte, entzogen werden. Schließlich fertigte die Maschinenfabrik Andritz die Turbinen für das Salzakraftwerk.

Wenig erfreulich war auch der Fortschritt beim Wiederaufbau von Dionysen, weil abermals Voith in St. Pölten die bestellten Kaplan-Turbinen nur bei Vorauszahlung liefern wollte. Tanzer war genötigt, zur Bezahlung der Turbinen ein Exportgeschäft von 300 Tonnen Zellulose und 3.000 Festmeter Schleifholz zu tätigen und musste dafür das Holz in den landeseigenen steirischen Forsten schlägern lassen.³⁹⁴

Für das vielversprechende Ennsprojekt Hieflau strebte man eine Beteiligung der VERBUND AG an, um die Finanzierung gegen Konkurrenzprojekte in Oberösterreich sicherzustellen. Doch obwohl Hieflau gesamtstaatliche Bedeutung hatte, weil man durch die nachts gefüllten Speicher die wichtigen Tagesspitzen abdecken konnte, zierte sich die VERBUND AG, eine Beteiligung einzugehen. Der Bau der Hierzmannsperre durch die Arge Ast und die Universale mit zusammen 470 Arbeitern musste überhaupt zeitweise eingestellt werden. Die Gründe: Geldmangel und die schwierige Aufstellung einer 7,5 km langen Seilbahn zur Anlieferung von Baumaterial. Die Hierzmannsperre war aber notwendig geworden, um die Stromabgabe von Arnstein zu verbessern.

„Die STEG muss als erstes verstaatlicht werden!“

Das heikelste Thema blieb die einvernehmlich von ÖVP und SPÖ hinausgeschobene Verstaatlichung der rund 60 bis 80 E-Werke in der Steiermark. Dies auch wegen der großen Differenz in den Lohn- und Gehaltsschemata. Tanzer forderte, nichts zu überstürzen, sich zunächst den technischen Zustand der Werke anzusehen und gebietsweise vorzugehen. Vor allem dann, wenn Werke notwendige Investitionen angesichts einer bevorstehenden möglichen Verstaatlichung nicht mehr vornehmen und diese dann der STEWEAG zuschieben würden. „Richtigerweise“, so Tanzer, „müsste als erstes Werk die STEG verstaatlicht werden“. Eine Besprechung mit den Spitzen der STEG stand unmittelbar bevor, wobei die Positionen schon vorweg klar waren: Die STEG wollte keine Verstaatlichung, die STEWEAG war dafür, brauchte die Leistung der STEG, verlangte jedoch eine Regelung der Entschädigung durch die Republik.

Die STEG war auch das bei Weitem größte, private Elektrizitätsversorgungsunternehmen des Landes, zu rund 90 Prozent im Eigentum der Schweizerischen Elektrizitäts- und Verkehrsgesellschaft, die auch eine Anleihe von sechs Millionen Schweizer Franken begeben hatte. Die Situation war komplex, die Verhandlungen erforderten Fingerspitzengefühl. Als erstes waren fünf Vertreter des Schweizer Eigentümers nach Graz angereist, wo sie am 19. Juli 1948 die Spitzen der Landesgesellschaft trafen.³⁹⁵ Tanzer ging mit einer Maximalforderung in die Verhandlung: „Es dürfte zweckmäßig sein, wenn die beiden Gesellschaften, die sich am ähnlichsten sind,

^[393] USIA = Upravlenie sovet skim imuščestvom v Avstrii (Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich).

^[394] Landesrat Horvatek und Hofrat Dr. Krusitsch (zuständig für die Landesforste) organisierten diese ungewöhnliche Aufgabe.

^[395] Zum Weiteren: ESt-Archiv, AV über die Besprechung v. 19.7.1948 betr. Verstaatlichung der „STEG“. An der Besprechung nahmen teil: seitens der STEWEAG Udier, Möbes, Tanzer, Barwig und Musil, auf Seite der STEG: GD Türler als Vorsitzender des AR, Ing. Jobin als AR-Mitglied und die Vorstandsdirektoren Dr. Krasting, Ing. Kirschner und Dkfm. Kellersberg.

den Grundstock für die künftige Organisation der Landesgesellschaft bilden“ und machte den Schweizern die Verstaatlichung schmackhaft, „als eine der ersten in die Landesgesellschaft aufgenommen zu werden, schon um am Aufbau mitzuwirken, während sich [zu einem späteren Zeitpunkt] gewisse personelle und organisatorische Schwierigkeiten ergeben würden“. Die Avancen Tanzers parierte STEG-Generaldirektor Krasting, flexibel in der Verstaatlichtenfrage, aber um die finanziellen Nöte des Landes wissend, knallhart: Die bislang aufgelaufenen finanziellen Forderungen der Schweizer Gruppe gegenüber dem Land Steiermark stünden mit 10,6 Millionen Schweizer Franken zu Buche. Diese seien in jeder Hinsicht abzudecken. Weiters verwies er auf einen Besuch des österreichischen Energie- und Elektrifizierungsministers Alfred Migsch (SPÖ) in Basel, der um Schweizer Geld für das österreichische Elektrifizierungsprogramm geworben und dabei durchblicken hatte lassen, dass „für die nächste Zeit“ ein Entschädigungsgesetz in Österreich ohnehin nicht zu erwarten sei und damit die Debatte eigentlich vom Tisch wäre. Daher wolle die Schweizer Eigentümerin der STEG die Verhandlungen bis zu einer „Regelung einer angemessenen Gegenleistung“ sistieren. Außerdem habe Migsch die Möglichkeit angedeutet, die STEG von einer Verstaatlichung überhaupt auszunehmen, wozu ein entsprechender Antrag der STEWEAG erforderlich wäre.

Tanzer sah prinzipiell drei Möglichkeiten der Entschädigung: erstens eine Entschädigung für die Frankenforderung in ausländischer Währung, jedoch ohne sofortige Barzahlung des Aktienkapitals in Schilling; zweitens den ganzen Wert der STEG in Form von festverzinsten STEWEAG-Papieren,³⁹⁶ eventuell für einen Teil mit Gewinnbeteiligung, und drittens: eine Fusion beider Firmen. Allerdings wären dafür ein Landtagsbeschluss sowie die Regelung virulenter Ansprüche der italienischen Finanzgruppe gegenüber der STEWEAG, die bis zu einer Minderheitsbeteiligung von 25 Prozent gingen, notwendig. Unabhängig von den Gesprächen zwischen den beiden Unternehmen wurde die mögliche Verstaatlichung der STEG schnell zu einem Politikum. Landesrat Horvatek (SPÖ): „Eine Verstimmung der Schweizer Gruppe muss vermieden werden, da auch in Zukunft Schweizer Kapital gebraucht werden wird.“ Für Landesrat Illig und die ÖVP kam eine Verstaatlichung ohne Entschädigung nicht in Frage und „wäre auch verfassungswidrig“.³⁹⁷ Neben dem Problem, die riesigen Geldsummen für eine Entschädigung aufzubringen, gab es auch das technische Problem des Geldtransfers, in Form des Währungsrisikos bei der Umrechnung von Schweizer Franken auf Österreichische Schilling.

Verstaatlichung im Hickhack der Parteien

Die STEG war zwar das größte in die Verstaatlichungsdebatte gebrachte Unternehmen, sie war jedoch bei Weitem nicht das einzige. Im Herbst 1948 war nach einer genauen Erhebung der Umfang eines möglichen Verstaatlichungsprogramms für die STEWEAG deutlich geworden: In der Steiermark ging es um 51 E-Werke zur allgemeinen Stromversorgung und 25 Eigenanlagen. Im südlichen Burgenland waren es drei E-Werke. Damit wäre der Bestand der STEWEAG von 7 auf 34 Wasserkraftwerke, die Ortsnetze von 2.500 auf 13.500 Kilometer, die Zahl der Abnehmer von rund 34.000 auf rund 129.000 angestiegen.³⁹⁸ Jedes einzelne Übernahmeprojekt hatte seine speziellen Bedingungen, eigene Eigentumsverhältnisse und war eigens zu organisieren, einige standen

noch unter öffentlicher Verwaltung. An der Oststeirischen Elektrizitätsgesellschaft (Ganz) in Feldbach³⁹⁹ war etwa amerikanisches, an den Pichlerwerken südafrikanisches Kapital beteiligt, das Ausseer Land hing mit der OKA zusammen, vor allem die ehemaligen AEW-Anlagen waren, wie die Pölswerke,⁴⁰⁰ zunächst betrieblich zu führen. Krempl war aufgrund eines alten Vertrages an die Stadt Leoben⁴⁰¹ abzutreten, das in Niederösterreich gelegene Leitungsnetz war an die NEWAG zu verkaufen und bei den diversen Mühlen ging es um die Trennung zwischen Eigen- und Versorgungsanlagen.⁴⁰²

Tatsächlich war zu Jahresende 1948 die Verstaatlichung der STEWEAG die beherrschende Frage. Die Debatten im Aufsichtsrat und Vorstand, zwischen den ÖVP- und SPÖ-Politikern, wurden heftig; fast glaubte man, sich im Nationalrat oder in der Landstube zu befinden. Die SPÖ war Schritt für Schritt von dem seinerzeitigen stillen Agreement mit der ÖVP abgewichen und trat nunmehr für die Verstaatlichung der privaten E-Werke ein. Dagegen hatte die ÖVP auf ihrem zweiten Landesparteitag am 27. November 1948⁴⁰³ in einer Resolution die Bundesregierung aufgefordert, „sowohl die kommunalen als auch die genossenschaftlichen EVU aus der Verstaatlichung herauszunehmen“.⁴⁰⁴ Ein Schritt, um die vorgesehene Verstaatlichung in der Steiermark nicht oder nur in Ansätzen durchzuführen, obwohl diese in anderen Bundesländern bereits anlief. Kärnten hatte bereits alle Verstaatlichungsbescheide erlassen. Die Steiermark riskiere durch das Hinauszögern in der Verstaatlichung, bei der Verteilung der Marshallplan-Gelder benachteiligt zu werden, so die SPÖ-Vertreter Möbes und Horvatek.⁴⁰⁵

Worauf man sich Anfang Dezember 1948 dennoch einigen konnte, war die Übernahme aller ehemaligen AEW-Anlagen in das Eigentum der STEWEAG. Weitere Verhandlungen mit den Pichlerwerken und mit Krempl in Leoben wurden in Kampfabstimmungen abgelehnt. Auch das persönlich gute Verhältnis zwischen Krainer und Horvatek sowie ein Kompromissvorschlag der Oberösterreicher, die Verstaatlichung generell beizubehalten, aber erst ab einer Nennleistung von 750 kW umzusetzen,⁴⁰⁶ nützten nichts. Die ÖVP hatte sich für die Ablehnung der Verstaatlichung privater Anlagen in der Steiermark entschieden. Die Positionen waren bezogen.

Daran änderten vorerst auch weitere Besprechungen mit den privaten E-Werken und vor allem mit der STEG am 19. und 20. Jänner 1949 in Basel nichts mehr. Man überlegte, das Thema STEG auch in die Wirtschaftsverhandlungen Schweiz – Österreich einzubinden und verlor sich in finanztechnischen Berechnungen, der

^[1] Das Feldbacher E-Werk, eines der ersten in der Steiermark, wurde mit ungarischem Kapital gegründet und bis 1938 von Budapest aus geleitet. Das Unternehmen mit rund 70 Beschäftigten (1939) firmierte unter verschiedenen Bezeichnungen: „Österreichische Ganz’sche Elektrizitäts-Gesellschaft mbH“, Zweigniederlassung Feldbach (bis 1943); „Ganz’sche Elektrizitäts-Ges.“ (ab 1944); – Mit 1.1.1949 übernahm die STEWEAG per Vertrag die Betriebsführung des E-Werkes, in den folgenden Jahren, bis 1954, wurde das Unternehmen samt seinem Leitungsnetz zur Gänze übernommen. 50 Jahre STEWEAG, S. 67.

^[2] Die Pölswerke wurden schließlich per 1.1.1950 im Zuge der Verstaatlichung in das Eigentum der STEWEAG gebracht – Ebd.

^[3] ESt-Archiv, Protokoll der 19. AR-Sitzung, v. 25.2.1949. – Der Vertrag stammte aus dem Jahre 1927.

^[4] Tanzer-Bericht im ESt-Archiv, Protokoll der 17. AR-Sitzung, v. 7.10.1948.

^[5] Auf ihrem 2. LPT beschloss die ÖVP Steiermark auch ihr Landesparteistatut. Vgl. zum Hintergrund auch: Alfred Ableitinger, 1945–1955. Vom Wiederaufbau zum frühen Reformgeist, in: Klaus Poier – Manfred Prisching (Hg.), 70 Jahre steirische Reformkraft. Politicum, Heft 118/2015, S. 8–21; Alfred Ableitinger: Startschwierigkeiten, Triumph und Krisen 1945–1948, in: Alfred Ableitinger – Bernd Beutl (Hg.): 60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen. Graz 2005, S. 13–38.

^[6] ESt-Archiv, Protokoll der 17. AR-Sitzung, v. 7.10.1948.

^[7] Ebd.

^[8] StLA, LReg. 344. K 5270 (1947). Den Vorstoß der oberösterreichischen Handels- und Gewerbekammer hatte LH Pircheggers Sekretär, Dr. Heinz Pammer, zusammengefasst. – Die Oberösterreicher signalisierten Ende 1947 und 1948 auch in der Frage der Ennskraftwerke Bewegung. So sollte für Ober- und Niederösterreich und die Steiermark die Ennskraftwerke AG aufgelöst und die einzelnen Werke der OKA und der NEWAG zugeteilt werden, denn „die Einheit der Enns ist nicht so wichtig“.

schwebenden Finanzschuld von mehr als zwölf Millionen Franken und Fragen der Kursentwicklung.⁴⁰⁷ Die Schweizer wollten, wenn überhaupt, die STEG nur gegen eine entsprechende Entschädigung abgeben, die STEWEAG war prinzipiell für eine Übernahme der STEG, hatte jedoch weder das Geld noch die Landes-ÖVP den politischen Willen, dies zu bewerkstelligen.⁴⁰⁸

Als die Österreichische Nationalbank eine STEG-Ablöse in Schweizer Franken wegen der angespannten Devisenlage „als unmöglich“ bezeichnete – wobei man die Beträge laufend nach oben schraubte –⁴⁰⁹ und SPÖ-Landesrat Horvatek klarmachte, dass, wie Bundeskanzler Leopold Figl erklärt hatte, eine Novellierung des Verstaatlichungsgesetzes „nicht mehr in Frage käme“,⁴¹⁰ war die Übernahme der STEG Ende Februar 1949 eigentlich vom Tisch. Nicht unwesentlich für die anstehenden Übernahmen von Krempl und den Pichlerwerken, die sich ebenfalls nach Kräften dagegen wehrten.⁴¹¹ Eine Verstaatlichung der E-Werke von Bruck, der GKB, von Feldbach und von Schladming wurde weiterhin, allerdings ohne Nachdruck seitens der Politik, verhandelt. Krainer argumentierte gegenüber Horvatek, der auf rasche Verstaatlichungen drängte, dass die Herausgabe von Bescheiden zwecklos sei, so lange es in der Entschädigungsfrage keine Lösung gebe.⁴¹² Tatsächlich konnte man mit der Lösung bzw. der Neufassung eines entsprechenden Bundesgesetzes die Verstaatlichung auf die lange Bank schieben. Wesentlichen Anteil an der Verzögerungstaktik hatte Helmut Frizberg (Hereschwerke), der in diesen Fragen das Ohr des Landeshauptmannes hatte und die angepeilte Entschädigung nach dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz in Grund und Boden kritisierte. Er sprach wohl für alle privaten Stromversorger: Die „Enteigneten“ würden um den Erlös geprellt, Aktien ohne Stimmrecht als „Entschädigung“ käme einer entschädigungslosen Konfiskation gleich, die Landesgesellschaften würden doppelt begünstigt und willkürliche Bewertungen ermöglicht werden. Alles in allem liefere, so Frizberg, der Entwurf zur Novelle 1952 keine „geeignete Diskussionsbasis“. ⁴¹³

Auch der Wahlkampf für die Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen am 9. Oktober 1949, bei denen erstmals auch der Verband der Unabhängigen (VdU)⁴¹⁴ antrat, machte sich in der STEWEAG deutlich bemerkbar. Hart trafen Krainer, der ebenfalls zum ersten Mal als ÖVP-Spitzenkandidat zur Landtagswahl antrat, daher die Vorwürfe der SPÖ. Er habe Dionysen verschleppt, sei bei Hieflau nicht von einem rein steirischen Projekt abzugehen bereit, was Verzögerungen mit sich bringe und Arbeitsplätze gefährde und stünde bei der Verstaatlichung auf der Bremse. Mit Blick vor allem auf den Kontrahenten um bürgerliche Wählerstimmen, dem VdU, konterte die ÖVP mit Programmen zum Wiederaufbau des Landes, mit Appellen zur Gemeinsamkeit bei der Realisierung der anstehenden Bauvorhaben und dem Erhalt von Geldern aus dem US-Marshallplan.

^[407] ESt-Archiv, ausführliche 15-seitige Aktennotiz über die Besprechungen am 19. und 20.1.1949 in Basel. Von STEWEAG-Seite nahmen daran Udier (nur am 19.1.1949), Tanzer und Barwig, von STEG-Seite Türler, Jobin, Krasting und Kirschner teil.

^[408] Ab 1954/55 erfolgten die Entschädigungen von Betrieben, die nach dem Ersten und Zweiten Verstaatlichungsgesetz in die öffentliche Hand überführt worden waren, nach dem Ersten Entschädigungsgesetz v. 7.7.1954. Dietinger, E-Wirtschaft, S. 25.

^[409] Im November 1949 forderten die Schweizer als Ablöse für die STEG bereits 15 bis 20 Millionen Schweizer Franken. ESt-Archiv, Protokoll der 21. AR-Sitzung, v. 15.11.1949.

^[410] ESt-Archiv, Protokolle der 19. und 20. AR-Sitzungen, v. 25.2. und 26.4.1949.

^[411] ESt-Archiv, Protokoll der 22. AR-Sitzung, v. 28.11.1949.

^[412] ESt-Archiv, Protokoll der 21. AR-Sitzung, v. 15.11.1949.

^[413] ESt-Archiv, Sammlung STEG, Bemerkungen Frizbergs zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Entschädigung nach dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz, Nov. 1952.

^[414] Zum Verband der Unabhängigen (1949–1955), der bei den Wahlen als Wahlverband (WdU) antrat, vgl. vor allem: Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz 1999.

Krainer: „Keine Zustimmung zu einem solchen Raub!“

Das Wahlergebnis hatte zwar wenig mit der Entwicklung in der STEWEAG zu tun, veranlasste aber die ÖVP, sich noch stärker gegen eine Verstaatlichung zu positionieren, weil ihr im Verband der Unabhängigen (VdU) ein starker Konkurrent um bürgerliche Stimmen erwachsen war. ÖVP und SPÖ hatten sowohl bei den Nationalrats- wie auch bei den Landtagswahlen erdrutschartig zugunsten des VdU verloren. In der Landesregierung selbst stand es nunmehr 4:4 zwischen den Großparteien, weil der VdU einen Sitz von der ÖVP geholt hatte.⁴¹⁵

So kritisierte Krainer Ende Oktober 1951 auch gegenüber dem STEG-Vorstand Krasting offen die Wiener Regierungsstellen (besonders Verstaatlichtenminister Karl Waldbrunner), die der Steiermark vorwarfen, in der Verstaatlichung zu wenig Initiative zu zeigen. Er werde, so Krainer, „einem solchen Raub […] seine Zustimmung freiwillig nicht geben“. Krainer schlug ein Gegengeschäft vor: Beteiligung der Schweizer Financiers am Bau von Hieflau, im Gegenzug keine Verstaatlichung und eine Ausnahmegenehmigung per Bescheid, die nur er, über Antrag der STEWEAG, ausstellen könne. Das streng vertrauliche Vieraugengespräch mit Krasting wurde Anfang November in Caux mit Generaldirektor Türler fortgesetzt.

Den Schweizern schien das Investment in die zahlungsschwache STEWEAG jedoch zu riskant. Und Tanzer drohte den Schweizern sogar, es „sei gescheiter für sie, wenn sie 20 Prozent von ihrem Geld verlieren, als dass sie einmal [bei einer Verstaatlichung] 100 Prozent einbüßen werden!“ Die Schweizer zeigten sich von der Drohung unbeeindruckt. Tanzer: „Ein Mann wie der Bankier Türler kann sich nicht vorstellen, wie man hier irgendwie eine Hilfe riskieren könne. Er sieht nur Aktiva und Passiva!“ Auch die Steirer blieben hart. Anders die österreichische Außenhandelskommission, die sich gegenüber den Eidgenossen, wie Tanzer berichtete, sehr nachgiebig zeigte, weil sie um den Handelsvertrag mit der Schweiz fürchtete. Krainer verärgert im STEWEAG-Aufsichtsrat: „Mit einem Wort, zahlt’s den Schweizern, sonst werden sie nie mehr ein Geld hergeben!“ Und diesmal unterstützte ihn Horvatek: „Wenn schon in dieser Frage ein Staatsinteresse besteht, dann werden wir Steirer nicht allein zahlen! Und woher sollen wir die sieben Millionen Schweizer Franken nehmen?“ Es gab sie nicht. Damit war an sich alles gesagt. Die Frage wurde eingefroren.⁴¹⁶

Mehr als zehn Jahre später kam das Thema einer STEG-Übernahme noch einmal auf den Tisch. Schweizer Banken hatten der STEWEAG für die Finanzierung des Fernheizwerkes Graz, das wiederum für die Aufrechterhaltung der Kohlengrube in Pölfing-Bergla von Bedeutung war, einen Kredit in Aussicht gestellt. Außerdem wollte auch die STEG einen Schweizer Bankenkredit zum Umbau ihres E-Werkes Peggau-Deutschfeistritz. Bei den Kreditverhandlungen wurde seitens der Banken abermals die Frage der Wirksamkeit des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes aufgeworfen, weil, so die Schweizer, die STEG laut Gesetz immer noch von einer Verstaatlichung bedroht sei. Erst jetzt beantragte die STEWEAG offiziell, die STEG von einer Verstaatlichung auszunehmen („ausgenommen auf Basis eines freiwilligen Übereinkommens“),⁴¹⁷ worauf die Landesregierung am 21. Februar 1961 die Ausnahme auch per Bescheid erklärte.⁴¹⁸ Damit blieb die STEG auch de jure (bis 1992) ein großes privates Elektrizitätsunternehmen – die Schweizer hatten sich durchgesetzt.

^[415] Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, S. 350f.

^[416] ESt-Archiv, Protokoll der 26. AR-Sitzung, v. 20.6.1950.

^[417] ESt-Archiv, Schreiben des Vorstandes der STEWEAG an die STEG AG, v. 3.12.1960.

^[418] ESt-Archiv, Archiv STEG, Protokolle und Schriftverkehr Krasting, Türler, Tanzer, RA Helmut Frizberg (als Präs. der Vereinigung österreichischer E-Werke), GD Wilhelm Altziebler. Antrag der STEWEAG v. 28.1.1961, Unterstützung des STEWEAG-Antrages durch STEG, v. 4.2.1961, Bescheid zur Ausnahme der STEG von der Verstaatlichung gem. § 7, Abs. 2, BGBl Nr. 81/1947 der Stmk. Landesregierung, GZ 3-344 St 15/3-1961, gez. LH Krainer. – Als Begründung wurde angeführt, dass die STEG der Verpflichtung, „das ihr anvertraute Gebiet“ mit Strom zu versorgen, „in einwandfreier Weise“ nachkomme, die STEWEAG nicht in der Lage sei, die beträchtlichen Mittel zur Entschädigung der STEG-Eigentümer aufzubringen und es schließlich der STEG ermöglicht würde, den Umbau ihres Werkes in Peggau-Deutschfeistritz zu finanzieren.

Kraftwerksbau mit amerikanischem Geld

Die Bauprogramme der STEWEAG verschlangen große Geldsummen. Gelder, die man nicht hatte und daher ab 1949 über den Marshallplan lukrierte, über Schweizer Banken oder auch über ÖDK-Kredite auf dem freien Kapitalmarkt aufnehmen musste. Die vom ERP-Fonds über die verstaatlichen Banken Creditanstalt-Bankverein und Österreichische Länderbank zur Verfügung gestellten Kredite wurden gemäß dem Baufortschritt an der Salza, in Dionysen, bei der Hierzmannsperre, in Hieflau sowie an den Leitungen und Umspannwerken ausbezahlt. Für die Kredite mussten jeweils eine Genehmigung von der Kreditlenkungskommission im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (Sektionsleiterin Margarethe Ottillinger, nach ihrer Verhaftung durch sowjetische Organe im November 1948 Sektionsleiter Karl Straubinger) erteilt und von der Nationalbank eine Refinanzierungszusage eingeholt werden.⁴¹⁹ Insgesamt erhielt die STEWEAG bis 1950 vom Marshallplan vier Kredite über zusammen 15 Millionen Schilling auf jeweils 25 Jahre. Der Aufwand um die Offerte, Zahlungspläne, Sicherstellungen, Befürwortungen, Belastungs- und Veräußerungsverbote, Genehmigungen, Zusagen und zuletzt um die Endgenehmigung der ECA in London, der obersten Behörde des Marshallplans, war enorm, allerdings alternativlos.

Am 29. März 1949 hatte die STEWEAG um einen Investitionskredit zum Bau des Salzakraftwerkes von 40 Millionen Schilling angesucht, was etwa auch den geschätzten Baukosten von 43,5 Millionen Schilling entsprach. Auf Basis der Genehmigung durch die Kreditlenkungskommission wurden jedoch bis Dezember 1949 nur 15 Millionen Schilling an Krediten über die Länderbank und die Creditanstalt bewilligt, ein Betrag, der bis dahin zur Gänze durch die Baukosten aufgebraucht war. Daher hoffte man für 1950, dem Jahr der Fertigstellung des Kraftwerkes, auf die Zuerkennung weiterer Aufbaumittel von 25 Millionen Schilling aus dem ERP-Fonds.⁴²⁰ Davon unabhängig ging das Kraftwerk an der Salza, eingebettet in die Talschlucht der Mitterndorfer Salza, mit seinem sechs Kilometer langen Stausee am 5. September 1949 in Betrieb und lieferte hochwertigen Tages Spitzenstrom.⁴²¹ Bezahlt war es freilich noch lange nicht!

War Salza, trotz aller Finanzierungsprobleme, zügig und plangemäß errichtet worden, so stockte das Projekt Hieflau im ehemaligen Erzabbaugebiet. Dies vor allem deshalb, weil die VERBUND AG massives Interesse daran hatte, Hieflau nur im Rahmen der Ennswerke AG zu verwirklichen, die STEWEAG und vor allem Landeshauptmann Krainer es jedoch als rein steirisches Projekt ansahen, jedoch nicht in der Lage waren, dafür auch die notwendige Finanzierung aufzubringen.⁴²² Direkte Konkurrenzprojekte für Hieflau waren die Ennsstufe St. Pantaleon und das dritte Aggregat im DKW Voitsberg der ÖDK. Krainer hatte sich wegen der Verwertung der Köflacher Kohle und einer drohenden Arbeitslosigkeit im Bezirk auch für Voitsberg stark gemacht, obwohl ihm der sozialistische Verkehrs- und Verstaatlichtenminister Karl Waldbrunner dezidiert mitgeteilt hatte, dass für Hieflau „derzeit keine Mittel bereitgestellt werden können“. Auch die Vorsprache Tanzers bei Prof. Taucher, dem Beauftragten für den Marshallplan, brachte keine weiteren Geldzusagen. Die vom ERP-Fonds für 1950 bereitgestellten zwölf Millionen Schilling waren bereits für die Hierzmannsperre und den Straßenbau über den Pass Stein verplant. Auch die Ambitionen Krainers, aus den für das Dampfkraftwerk St. Andrä/L. und die Westbahnstrecke der ÖBB bereitgestellten Mitteln Gelder für Hieflau abzuzweigen, stießen sofort auf Widerstand.



ERP-Wiederaufbaukredit von zwei Millionen Schilling für das Kraftwerk Salza

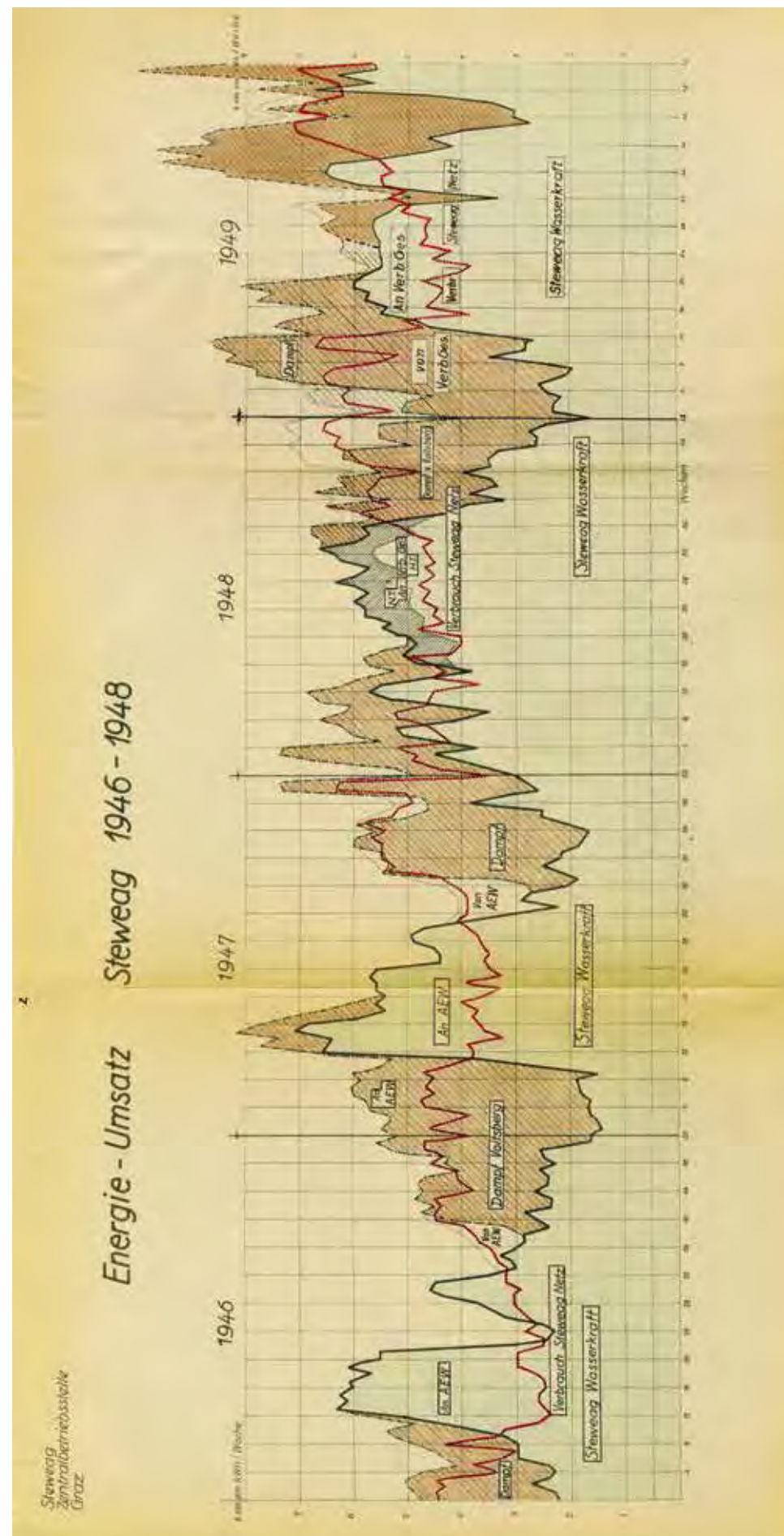
Quelle: ESt-Archiv.

⁴¹⁹ ESt-Archiv, Kreditabteilung, Kredite 1948–1950. – Zur Sicherstellung der Kredite dienten Prolongationswechsel. Der Zinsfuß wurde ab 1.7.1950 (Tag der ersten Rückzahlungsrate) mit drei Prozent ausverhandelt.

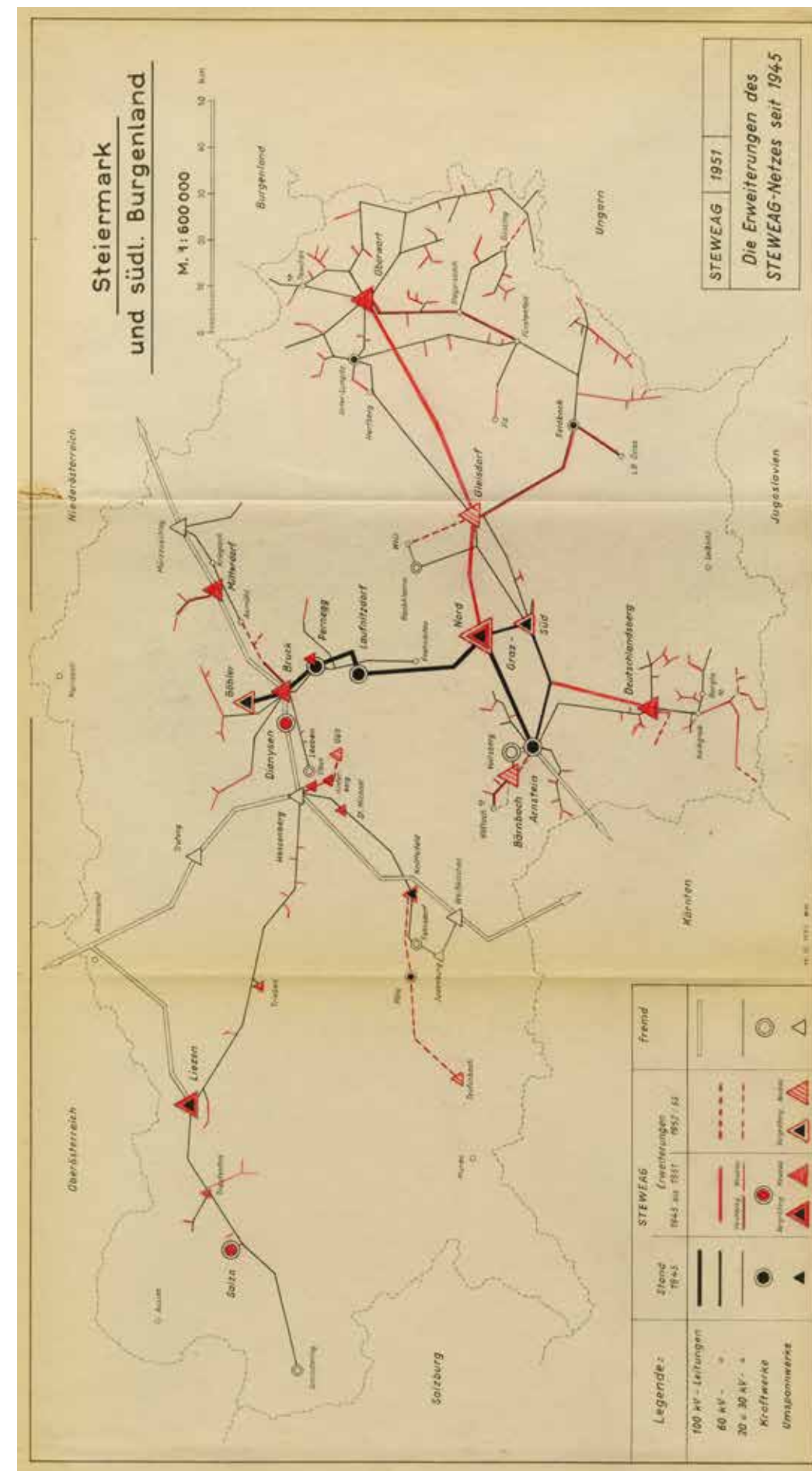
⁴²⁰ ESt-Archiv, Kreditabteilung. Aufbaukredit Nr. 48b, Salza, Schreiben STEWEAG an Länderbank, v. 6.12.1949 und dazugehörige Unterlagen.

⁴²¹ ESt-Archiv, Protokoll der 24. AR-Sitzung, v. 23.2.1950.

⁴²² Zur Debatte um das KW Hieflau auch: Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 176, der die Position der STEWEAG reflektiert.



STEWEAG-Energieumsatz 1946 bis 1949
Quelle: ESt-Archiv.



Die Erweiterungen des STEWEAG-Netzes 1945–1951
Quelle: ESt-Archiv.

„Wie soll man mit 4,5 Millionen acht Millionen decken?“

Wie schlecht es 1950 um die Finanzen der STEWEAG tatsächlich stand, dokumentierte die emotional geführte Diskussion im Aufsichtsrat vom Juni 1950.⁴²³ Finanzlandesrat Horvatek machte deutlich, dass der Voranschlag für das laufende Jahr mit Einnahmen operierte, die man nicht hatte und langfristig nur über eine eventuelle Strompreiserhöhung hereinbekommen würde. Dabei standen hohe Ausgaben an. Horvatek: „Wie soll man mit einem Betriebsüberschuss von 4,5 Millionen Bauvorhaben von acht Millionen decken?“ Und Handelskammerpräsident Roth warf Finanzvorstand Barwig vor: „Sie machen bei sich selbst immer wieder eine Anleihe [...] ich nehme an, dass Sie das schon seit 1945 so machen.“ Horvatek: „Wenn ein großer Trafoschaden entstehen würde, dann sind wir schon in Verlegenheit, weil wir überhaupt kein Geld haben“ und warnte, man könne dann nicht einfach zum Land gehen und um Hilfe bitten. Und Horvatek weiter: „Wir haben Rücklagen, die wir verbaut haben, sie existieren nur platonisch, wir haben Zinsen und Tilgungsraten, die wir nicht bezahlen, sie existieren ebenfalls nur platonisch [...] Wir müssen Schulden bezahlen, wenn auch in bescheidenem Maße. [...] Wenn wir den Banken sagen, wir zahlen ein oder zwei Millionen zurück, dann verlängern sie uns den Rest wieder.“ In der Phase der staatlichen Lohn- und Preisabkommen galoppierten auch den Beschäftigten der STEWEAG die Preise davon, so dass die Arbeitnehmervertreter das Unternehmen trotz der schwierigen Finanzlage um Urlaubsgelder für die Mitarbeiter ersuchten, wie sie auch die NEWAG und OKA ausbezahlte. Tanzer winkte ab – das Geld fehlte an allen Ecken und Enden.

Gleichzeitig lag ein Bauprogramm vor, das in den nächsten Jahren zwar keine Highlights von Neubauten an E-Werken, wohl aber viele unspektakuläre Verbesserungs- und Reparaturarbeiten von zusammen mindestens 28 Millionen Schilling vorsah: die Reduktion von Leitungsverlusten, neue Leitungen, vor allem in der Oststeiermark, oder neue Umspannwerke. Auch Hieflau wartete auf den Baubeginn. Vieles musste warten, auch Übernahmen kleinerer Werke.

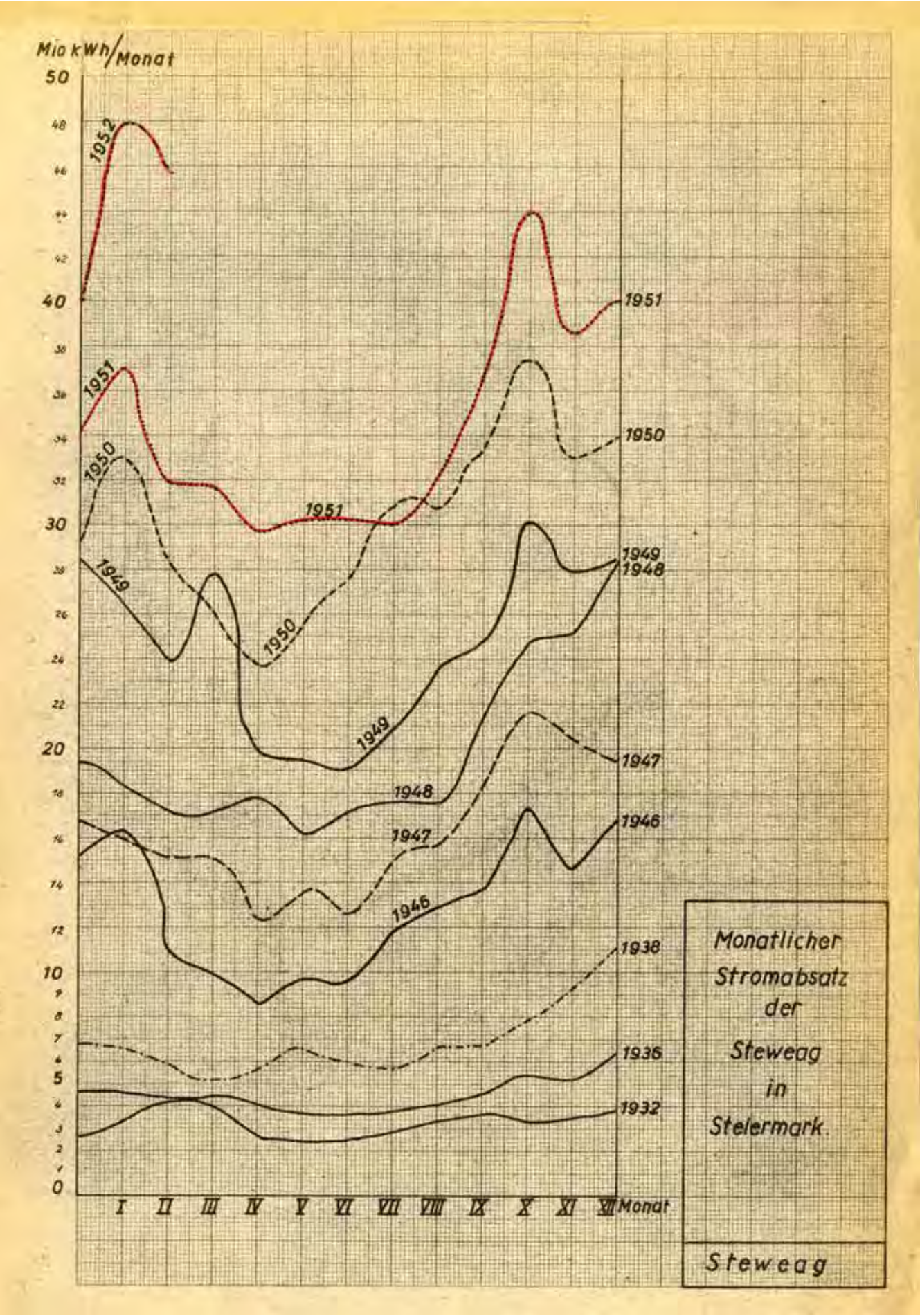
Die drohende Pleite der STEWEAG

Denn die STEWEAG stand 1950 vor der Pleite und musste diese irgendwie abwenden. Vorrang hatte daher die finanzielle Konsolidierung der Landesgesellschaft. Die Neubauten seit 1945 hatten nahezu 150 Millionen Schilling verschlungen, fast ein Drittel davon konnte nicht bezahlt werden, zwei Drittel deckten Kredite aus dem Marshallplan, von Banken, der ÖDK und eigene Mittel ab. Oft hatte man mit teuren Wechseln zwischenfinanziert, Zinsen für alte Anleihen nicht mehr bezahlt. Nun stellten die Banken zu Jahresende 1950 die offenen Forderungen von 43 Millionen Schilling fällig,⁴²⁴ Fristverlängerungen kamen für sie nicht mehr in Betracht. In zahllosen Gesprächen, vor allem mit der CA, der Länderbank und der VERBUND AG, versuchte man den Zusammenbruch des Unternehmens bei einer Fälligestellung der Kredite abzuwehren und die Rückzahlungen auf vier bis fünf Jahre zu strecken.

Sofort war auch klar, welche landespolitische Dimension die drohende Pleite der Landesgesellschaft annehmen würde. Landeshauptmann Krainer verlangte „genau ins Bild gesetzt zu werden“ und Finanzlandesrat Horvatek schob die Verantwortung für die großen Ausgaben zunächst von sich: „Es ist in der Steiermark üblich, dass der Landesfinanzreferent als das Mädchen aus der Fremde angesehen wird. Diese Bauten wurden begonnen ohne Zustimmung der Landesregierung. Einmal kommt das dicke Ende, jetzt ist es da. Jetzt heißt es, Land, gib das

⁴²³ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 26. AR-Sitzung, v. 20.6.1950.

⁴²⁴ Im Folgenden beziehe ich mich auf die Angaben im umfangreichen Protokoll der 27. AR-Sitzung v. 31.10.1950, ESt-Archiv.



Der monatliche Stromabsatz der STEWEAG im Langzeitvergleich 1932–1952

Quelle: ESt-Archiv.

Geld [...] Jeden Tag fällt ein neuer Ziegelstein auf den Kopf des Finanzreferenten!“ Und der Geldbedarf, so Horvatek, steige weiter: „Statt 28 sind es auf einmal 58 Millionen. Und wo ich die herauskratzen soll, ist mir rätselhaft.“ Allein der Bau der 60-kV-Leitung nach Oberwart kostete an die 16 Millionen Schilling, wovon die Hälfte gar nicht aufgetrieben werden konnte.⁴²⁵

Es gab mehrere Unterbrechungen der Aufsichtsratssitzung, hektische Beratungen zwischen den Parteien und Aufsichtsräten, doch man stand mit dem Rücken zur Wand. Sollte man die Landesgesellschaft in die Pleite gehen lassen? „Denn“, so Horvatek, „im Programm für die nächsten fünf Jahre von rund 120 Millionen Schilling sind vielleicht 20 bis 30 Millionen [an Einsparungen] drinnen, 80 bis 90 Millionen sind lauter Sachen, die wir machen müssen!“ Da sich die Banken für weitere Stundungen und Kredite verschlossen zeigten und dringend Geld benötigt wurde, ging man – auch hohe Zinsen in Kauf nehmend – zu Versicherungen wie der Allianz AG oder der Alpen-Treuhandgesellschaft. Zur Sicherstellung wurden sogar Teile der Umspannwerke Graz-Süd und Graz-Nord angeboten. Schließlich wandte man sich wieder an den Eigentümer, das Land Steiermark, dessen Spitzen ohnehin auch die STEWEAG zu verantworten hatten.

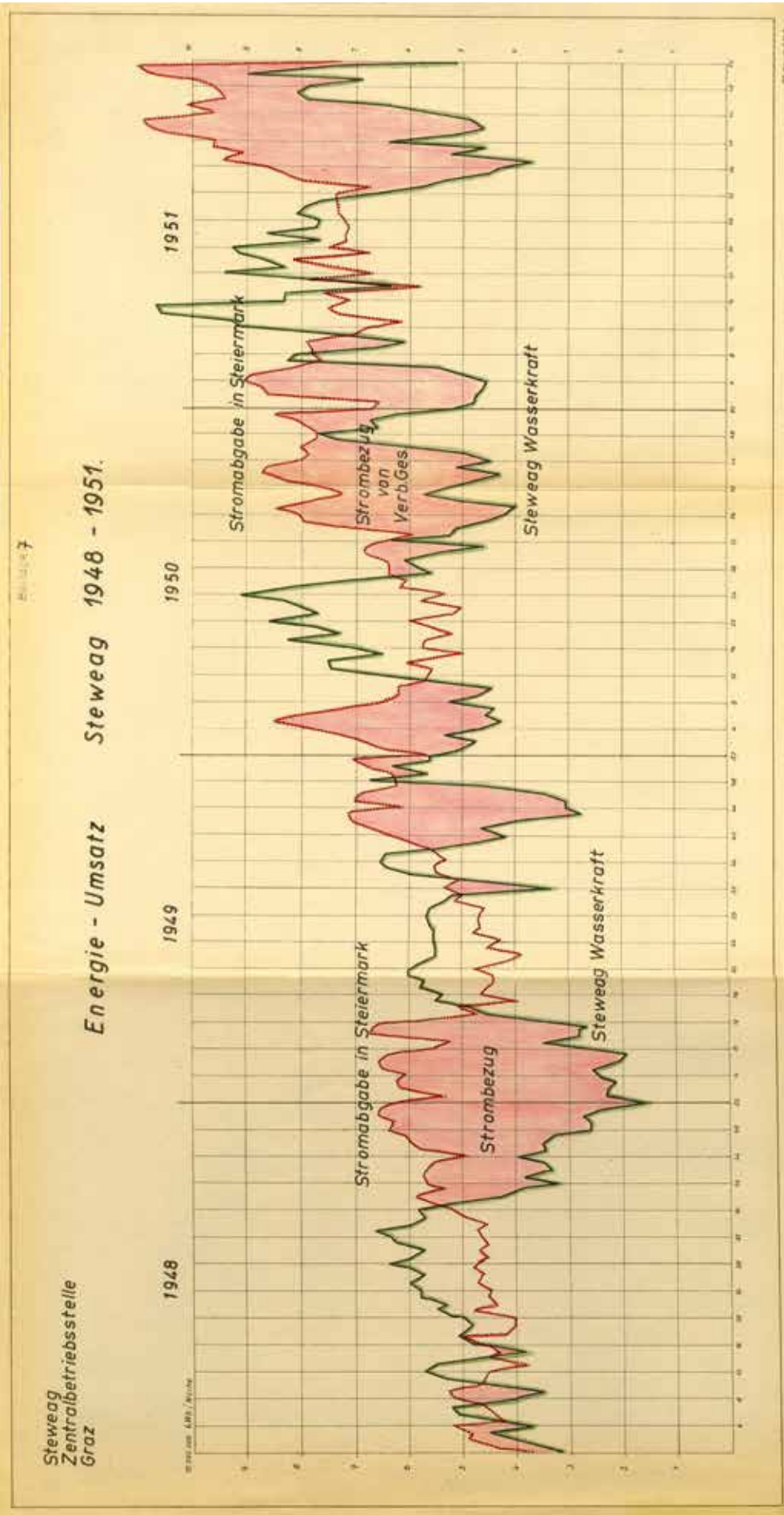
Nach einigem Zögern entschied sich die Landesregierung doch noch für eine abermalige, kleinere Finanzspritze in Form eines Darlehens von drei Millionen Schilling. Geld, das die STEWEAG vor einer Pleite rettete. Diese wäre bei einer drohenden Fälligkeit der Kredite durch die Banken eingetreten.⁴²⁶ Eine einigermaßen solide Abdeckung des Geldbedarfs erhielt die STEWEAG erst im Mai 1951 durch eine Kapitalerhöhung von 28,860.000 auf 60,000.000 Schilling, wofür das Land alle neu ausgegebenen Aktien übernahm,⁴²⁷ damit „die Energie gesichert zu den Verbrauchern kommen“ konnte.⁴²⁸

Die parallel geführten Auseinandersetzungen zwischen Horvatek und Tanzer um die Mitfinanzierung von Leitungen und Umspannanlagen der Mürztaler Holzstoffindustrie, Felten & Guillaume und der Alpine⁴²⁹ konnten letztlich am Miteinander von ÖVP und SPÖ in der entscheidenden Frage des Weiterbestands der STEWEAG nichts ändern, wiewohl sich der Landesfinanzreferent laufend an Tanzer rieb, ihm zu große Industriefreundlichkeit, wie auch zu wenig Information an den Aufsichtsrat vorwarf und dass „hintenherum koventikelt“ werde.⁴³⁰

Hieflau – Eckstein der Ennsgruppe

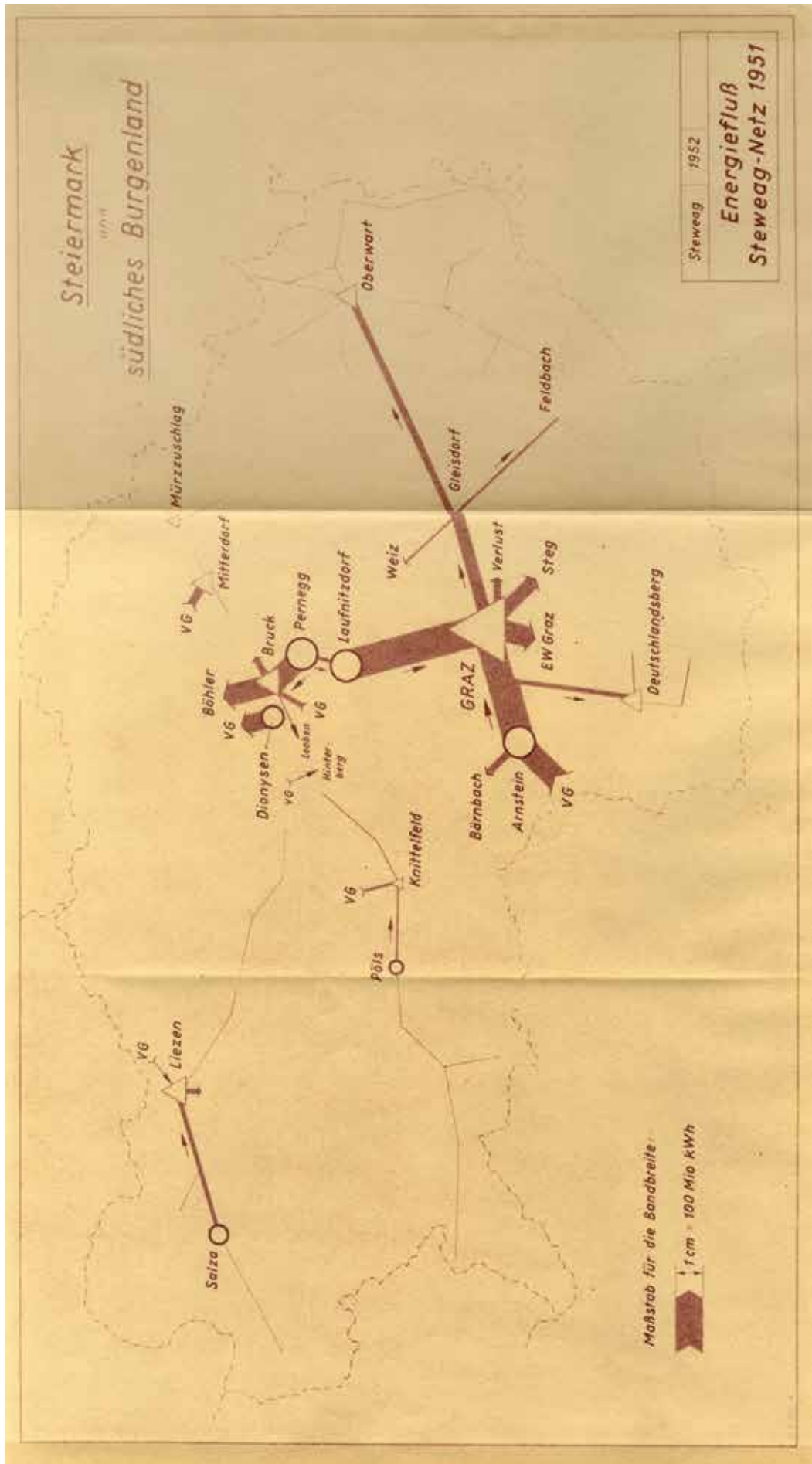
Kaum hatte man finanziell etwas Oberwasser bekommen, kam wieder das Ennsprojekt Hieflau aufs Tapet, um das in der Aufsichtsratssitzung am 1. Juli 1952 eine äußerst hitzige Debatte entbrannte, die hier als Beispiel für ähnliche Entscheidungsfindungen innerhalb der STEWEAG gelten möge. Hermann Grengg, nunmehr Wasserbau-Professor an der TH Graz und seit Mai 1951 wieder im Aufsichtsrat des Unternehmens, hatte mit Leidenschaft dafür geworben: „Wenn nur die geringste Möglichkeit besteht, dort zu bauen, dann soll man sofort damit

⁴²⁵ Die Landeshypothekenanstalt gab statt der erwarteten zwölf Millionen nur drei Millionen Schilling, der Raiffeisenverband gab weitere fünf Millionen Schilling.
⁴²⁶ Beschluss der LReg v. 14.11.1950. – ESt-Archiv, Protokoll der 31. AR-Sitzung v. 26.4.1951.
⁴²⁷ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 31. AR-Sitzung, v. 26.4.1951. – Die neuen Aktien lauteten auf 1.000 Schilling. Damit gab es zwei Kategorien von STEWEAG-Aktien, solche zu 100 und solche zu 1.000 Schilling Nominale. Auch das Burgenland bekam eine Beteiligungsmöglichkeit an der Kapitalerhöhung, obwohl die Steiermark als alleiniger Zeichner auftrat. Die Zahlungen des Landes erfolgten in drei Etappen.
⁴²⁸ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 26. AR-Sitzung, v. 20.6.1950.
⁴²⁹ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 32. AR-Sitzung, v. 17.5.1951.
⁴³⁰ Die Kritik Horvateks zog sich durch mehrere AR-Sitzungen, besonders scharf wurde sie 1951: ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 33. AR-Sitzung, v. 18.12.1951. – Als „Koventikeln“ wurden Treffen in kleinerem Kreis, etwa Bibelrunden, bezeichnet.



Der Energieumsatz der STEWEAG 1948–1951

Quelle: ESt-Archiv.



Der Energiefluss der STEWEAG 1952

Quelle: ESt-Archiv.

beginnen!“⁴³¹ Allerdings fehlten eine genauere Kostenkalkulation (man sprach von 400 Millionen Schilling Baukosten) und ausreichende Einnahmen des Landes aus den Erträgen von Voitsberg, um die neuen STEWEAG-Aktien abzulösen und dem Unternehmen Geld zuzuführen. Obendrein wusste man nicht, ob das dafür erhoffte Investitionsbegünstigungsgesetz im Parlament beschlossen würde. In der Hinterhand hatte man allerdings die Absicht, notwendige Investitionen in bestehende Anlagen zugunsten von Hieflau zu streichen. Krainer und Illig setzten dafür in der Sitzung der Landesregierung einen eher symbolischen Goodwill-Landesbeitrag von 30 Millionen Schilling durch, aber damit, so Horvatek, „kann man nicht bauen, höchstens ankratzen“.⁴³²

Tatsächlich erforderte der zunehmend hohe Fremdstrombezug der STEWEAG (vor allem von der VERBUND AG) enorme Kosten und gebot, die Eigenstromerzeugung des Unternehmens auszubauen. Dies wiederum war in kurzer Zeit nur durch eine verstärkte Erzeugung in den kalorischen Kraftwerken möglich. Eine schwierige Entscheidung für die wasserkraftaffine STEWEAG. Daher suchte man noch nach anderen Möglichkeiten – vor allem eben den Ausbau der Enns.

„Die Überfuhr nicht verpassen!“

Eine grobe Schätzung zeigte, dass die STEWEAG ab 1959/60 wertmäßig pro Jahr so viel Fremdstrom, vor allem von der VERBUND AG, werde beziehen müssen, wie der Ausbau der ersten Stufe von Hieflau kosten würde. Also verlangte Wirtschaftslandesrat Udo Illig (ÖVP) für seine Begriffe fast polternd: „Wir dürfen die Überfuhr nicht verpassen! [...] Diese 30 Millionen waren nur als Initialzündung gedacht. [...] In diesem Fall gibt es nur die erlösende Tat!“ Ziemlich unwirsch konterte SPÖ-Landesrat und Gemeindereferent Fritz Matzner, mögliche Kürzungen von Landesgeldern für SPÖ-Gemeinden befürchtend: „Diese Methode, fangen wir halt einmal an, man kann uns dann sowieso nicht hängen lassen, habe ich immer abgelehnt.“ Obwohl sich Krainer wegen anderer Zugeständnisse, die er von der SPÖ brauchte, nicht mit Matzner anlegen wollte, stärkte ihm Illig den Rücken („Es wäre ja wirklich tragisch, wenn es nur lauter Wenn und Aber gäbe!“), forderte genaue Kalkulationen und verlangte, „dass wir hier einfach zugreifen müssen“, unabhängig davon, wer sonst noch mitgehen würde. Und schließlich spielte Krainer den steirischen Reflex gegen Wien aus, um auch die SPÖ an seine Seite zu bekommen: „Wenn die Minister Migsch und Waldbrunner sagen, die Enns ist ein Projekt, das man nicht zerreißen sollte, [...] so ist uns das völlig gleich! [...] Alles in allem, das Projekt ist gut, wir brauchen Strom, kommen sonst in eine äußerst ungünstige Abhängigkeit, werden zu reinen Händlern, haben dann auch keinen Einfluss auf die Tarife mehr. [...] Wir haben schließlich ein Landesbudget von 600 Millionen. Ich finde die Beträge, von denen die STEWEAG meint,⁴³³ dass sie das Land in Form einer Anleihe zur Verfügung stellen soll, ja nicht so erschütternd.“ Udier, als Vorsitzender des Aufsichtsrates, sekundierte ihm: „Es war ein großer Fehler, dass wir nach Beendigung von Salza nicht gleich an der Enns angefangen haben.“

Letztlich kam es zum Kompromiss und es wurde nicht das gesamte Bauprojekt freigegeben, sondern zunächst nur der erste Bauabschnitt. Dafür hatte man die SPÖ im Boot, der Beschluss erfolgte einstimmig. Dies war umso wichtiger, als man durch die arbeitsintensiven Vorbereitungen und Erdarbeiten die hohe Arbeitslosigkeit

⁴³¹ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 35. AR-Sitzung, v. 1.7.1952.

⁴³² Horvatek und Matzner, beide SPÖ-Landesräte, äußerten sich in der Tendenz sehr ähnlich. Das Zitat selbst stammt von Horvatek.

⁴³³ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 35. AR-Sitzung, v. 1.7.1952.

im Winter 1952/53 etwas mildern konnte. Sie war nach dem Auslaufen des Marshallplans auf Rekordhöhen geklettert, überboten nur noch in der Zeit der Weltwirtschaftskrise ab 1930 und in der Corona-Pandemie 2020.⁴³⁴

Krainer: „Einfach die Wiener Stellen überlaufen!“

Der Mut, mit dem Bau von Hieflau zu beginnen, ohne eine Gesamtfinanzierung vorlegen zu können, wurde – wie noch zu zeigen sein wird – belohnt. Das letztlich doch beschlossene Elektrizitätsförderungsgesetz ermöglichte es, dass dem Laufkraftwerk Hieflau (Gesamtkosten 250 Millionen Schilling) ab 1955 jährlich etwa 20 Millionen Schilling zugeführt werden konnten, ohne dass man andere Investitionen zurückstellen musste.⁴³⁵ Krainer, zufrieden über den gleichzeitig gefassten Beschluss zur Finanzierung von Hieflau als ein „steirisches“ Projekt: „Vielleicht ist es nicht immer verstanden worden, dass ich mich nicht gescheut habe, [...] einfach die Wiener Stellen zu überlaufen, weil mir seit vielen Jahren klar war, dass die VERBUND-Gesellschaft einen Bau von Hieflau verhindern will. [...] Die VERBUND-Gesellschaft hat den Antrag gestellt, Hieflau als Großkraftwerk zu erklären. Hier müssen wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen, uns [über die Verstaatlichung] dieses Werk wieder nehmen zu wollen!“⁴³⁶

Hieflau, das man früher als zuletzt geplant, allerdings mit kleineren, schnell behobenen Dichtheitsproblemen in der Sohle,⁴³⁷ ab November 1955 in Etappen in Betrieb nehmen konnte, zeigte sich sehr schnell als höchst rentabel, der Strom konnte mit einer kurzen Verbindung über die bestehende VERBUND-Leitung Hessenberg – Ernsthofen auch in das österreichische Netz eingespeist und verkauft werden. Die Soll-Produktion wurde von Anfang an deutlich überschritten.⁴³⁸ Hieflau war ein neuer, hoffungsvoller Impuls: Es ging wieder aufwärts! Sehr rasch besserte sich auch die finanzielle Lage der STEWEAG. Die Gefahr einer Unternehmenspleite war gebannt.

Das Elektrizitätsförderungsgesetz, für das Tanzer wesentliche Vorarbeiten geleistet hatte, ermöglichte es der Landesgesellschaft, nicht nur Gewinne zu machen, sondern auch 24 Prozent dieser Gewinne zur Beteiligung an Sondergesellschaften zu verwenden. Die STEWEAG machte davon, mit Hilfe der Kärntner Landesregierung, durch Übernahme von ÖDK-Aktien sehr schnell Gebrauch. Auch notgedrungen, weil die ÖDK eine Kapitalerhöhung vornahm und der STEWEAG-Anteil von 20 Prozent gehalten werden musste.⁴³⁹

Gleichzeitig mit dem Bau von Hieflau schaffte es die STEWEAG, ihren Strom durch kleinere Investitionen in die Breite und in die ländlichen Regionen zu bringen. Dies war durch eine gezielte Erweiterung des Leitungsnetzes und die Übernahme einiger kleinerer, privater E-Werke inklusive ihrer Versorgungsnetze möglich geworden.

^[434] ESt-Archiv, Protokolle der 36. AR-Sitzung, v. 3.11.1952 und der 39. AR-Sitzung, v. 23.4.1952.

^[435] ESt-Archiv, Protokoll der 40. AR-Sitzung, v. 12.8.1953. Von 1955 bis 1958 sind es genau 19,5 Millionen Schilling jährlich. Dazu kamen noch die der Beteiligung an den Sondergesellschaften vorbehaltenen Beträge.

^[436] ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 40. AR-Sitzung, v. 12.8.1953.

^[437] ESt-Archiv, Protokoll der 54. AR-Sitzung, v. 22.11.1955. Die Kosten für die Sanierung der Sohle, deren Undichtheit im Untergrund zu suchen war, beliefen sich auf rund 2,7 Millionen Schilling. Mit der Bauaufsicht von Hieflau waren Landesbaudirektor Dipl.-Ing. Hazmuka und OBR Dr. Moosbrugger betraut gewesen. – Der Aufsichtsrat erfuhr von dem Schadensfall erst aus der Presse und wurde vom Vorstand der STEWEAG nicht rechtzeitig vorinformiert, was zu harschen Wortmeldungen im AR, v. a. von Horvatek, führte. ESt-Archiv, Protokoll der 55. AR-Sitzung, v. 15.12.1955. – Ende September 1956 wurde allerdings, zum Missfallen der STEWEAG, eine Überprüfung des Kraftwerksbaus Hieflau durch das Kontrollamt der Landesregierung angeordnet, die von Amtsleiter Hofrat Ritter und Hofrat Lütgendorf durchgeführt werden sollte. Die Sache wurde im AR einstimmig vertagt. ESt-Archiv, Protokoll der 61. AR-Sitzung, v. 31.10.1956.

^[438] ESt-Archiv, Protokoll der 55. AR-Sitzung, v. 15.12.1955. So war bereits die Soll-Erzeugung des am 21.11.1955 in Betrieb gegangenen ersten Maschinensatzes von 480.000 kWh/Tag im Durchschnitt um 20.000 kWh überschritten worden. Allein vom 21.11. bis 14.12.1955 erzeugte Hieflau zehn Millionen kWh.

^[439] ESt-Archiv, Stenografische Wortprotokolle der 40. AR-Sitzung, v. 12.8.1953 und der 42. AR-Sitzung, v. 14.12.1953; Protokolle der 48. AR-Sitzung, v. 9.11.1954 und der 51. AR-Sitzung, v. 11.1.1955.



Schlagzeilen zum Kraftwerk Hieflau 1949

Quelle: ESt-Archiv.

Auf diese Weise gelang in der Folge die Elektrifizierung Zehntausender Bauernwirtschaften. Auch dies sehr zum Missfallen der SPÖ-Aufsichtsräte, vor allem von Landesrat Matzner, der darin eine einseitige Bevorzugung der ÖVP-dominierten Bauern, besonders in der Ost- und Südsteiermark, sah.⁴⁴⁰ Im politischen Tagesgeschäft hatte die ÖVP dafür SPÖ-Wünsche in der Obersteiermark zu erfüllen.

Die Entschädigungsansprüche bereinigen!

Doch dies waren letztlich Schärmützel. Viel entscheidender war, dass im Juli 1955 (kurz nach Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages in Wien) durch eine Vereinbarung zwischen STEWEAG, Land Steiermark, VERBUND-Gesellschaft, AEW und ÖDK alle noch schwebenden Entschädigungsansprüche⁴⁴¹ zwischen den Gesellschaften bereinigt werden konnten. Die STEWEAG trat dafür Anlagen an die VERBUND-Gesellschaft und an die ÖDK ab, die AEW übergab der STEWEAG nach langwierigen Verhandlungen die Pölswerke und Knittelfeld sowie die alten Aktien an das Land Steiermark. Eine lange währende Folge des Krieges und der NS-Zeit war damit vom Tisch. Die Pölswerke hatten ein interessantes Versorgungsgebiet aufgebaut, mit hoher Verbrauchsdichte, das in der Folge von der STEWEAG als Betriebsbezirk Knittelfeld organisiert und stark modernisiert wurde.⁴⁴²

Die Kapitalerhöhung 1951, eine neue Anleihe 1955, ein effizienter Sparkurs, der Neubau von Dionysen, Hiefiau sowie neue Leitungen hatten die Vermögenslage der STEWEAG binnen fünf Jahren verbessert. Sichtbar wurde dies auch in der Schilling-Eröffnungsbilanz 1955, einem „Kassasturz“ des Unternehmens, der auch eine betriebliche Zeitenwende anzeigte. Das Reinvermögen der STEWEAG von 769 Millionen Schilling bestand aus 76 Prozent Eigen- und 24 Prozent Fremdmitteln. Allein der Wert der Kraftwerke und Leitungen war von 1947 bis 1955 von rund 158 auf 603 Millionen Schilling gestiegen. Damit lag man auch im Vergleich zu anderen Landesgesellschaften im guten Mittelfeld.⁴⁴³ Auch die Zahl der Beschäftigten konnte etwas erhöht werden, auf 449 Angestellte und 669 Arbeiter zu Jahresende 1955.⁴⁴⁴

Die „Lichtmacher“ kommen

Mit diesem Erfolg im Rücken, einer neu aufgelegten 50-Millionen-Schilling-Anleihe⁴⁴⁵ und im Aufwind der guten österreichischen Konjunktur ab Mitte der 1950er-Jahre (Raab-Kamitz-Kurs) ging man an neue Projekte. Mit 60-kV-Überlandleitungen stieß man von Graz-Süd nach Leibnitz, Deutschlandsberg und Feldbach sowie von Gleisdorf über Feldbach nach Fürstenfeld vor und riskierte dafür sogar, die Geschäftsjahre 1955 und 1956 mit Verlusten abzuschließen.⁴⁴⁶ Die Leitungen erschlossen große Teile der Süd-, West- und Oststeiermark und



⁴⁴¹ Gemäß den österreichischen Entschädigungsgesetzen von 1954/55.

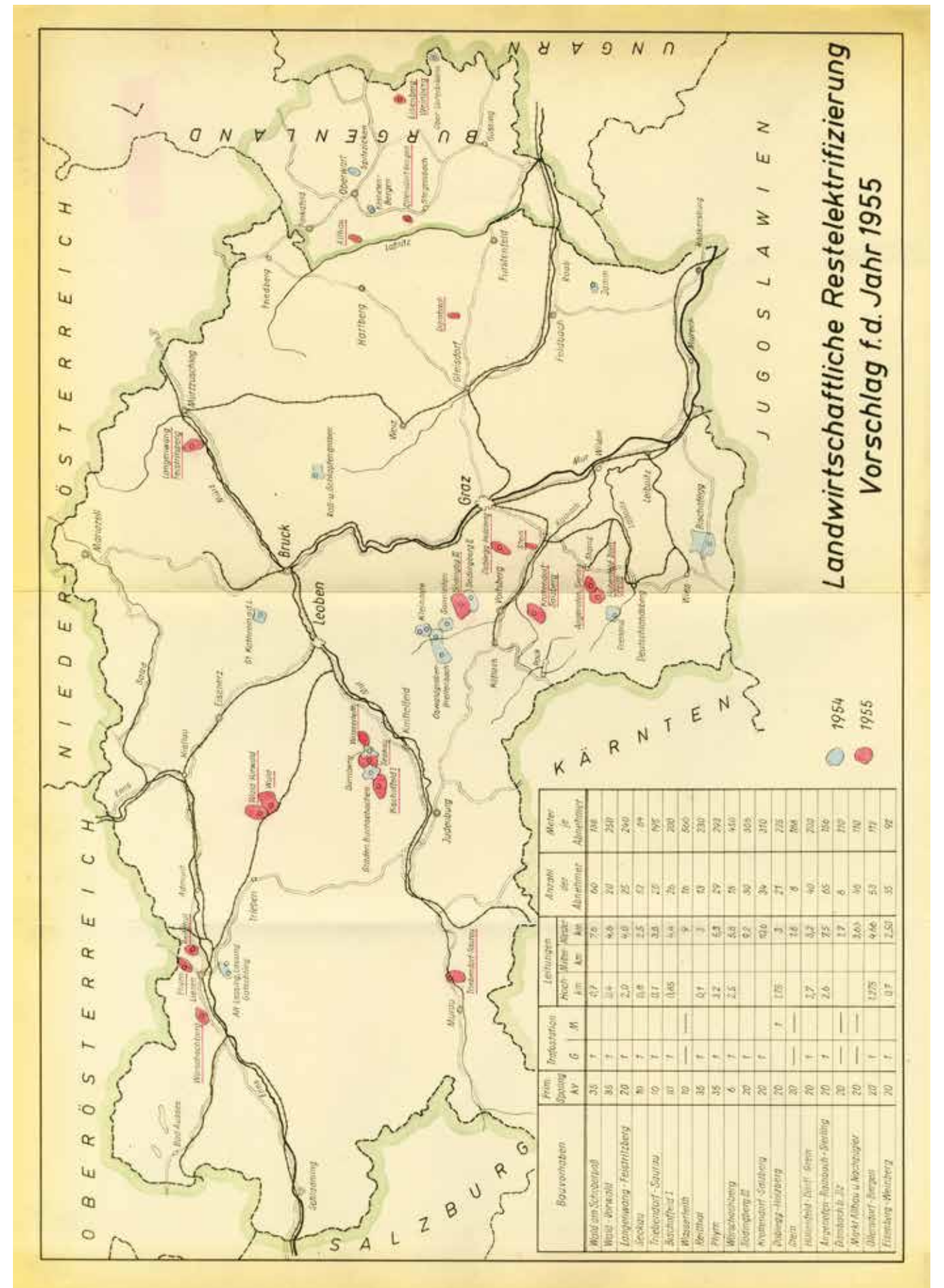
⁴⁴² ESt-Archiv, Protokoll der 52. AR-Sitzung, v. 31.3.1955; 50 Jahre STEWEAG, S. 69. – Vgl. auch: Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 175. – Neben der STEWEAG und zahlreichen kommunalen und Firmenanlagen zur Eigenversorgung, wie Alpine oder Brigl & Bergmeister, verfügte das Land Steiermark somit 1955 über mehrere mittelgroße, private Elektrizitätsunternehmen. Darunter waren die STEG, die Pichlerwerke, das E-Werk Gösting V. Franz, die Österreichische Ganz'sche Elektrizitätsgesellschaft, Feldbach und das E-Werk Ludwig Krempf's Erben, Leoben. Jedes einzelne hatte eine Gebietsversorgung, ein Leitungsnetz und eigene Erzeugungsanlagen. Die meisten wurden in den folgenden Jahrzehnten von der STEWEAG übernommen. Vgl. auch Dietinger, E-Wirtschaft, S. 27ff.

⁴⁴³ ESt-Archiv, Protokoll der 63. AR-Sitzung, v. 26.2.1957.

⁴⁴⁴ Est-Archiv, Bericht des Vorstandes zum Geschäftsjahr 1955, Beilage zur AR-Sitzung, v. 19.9.1957.

⁴⁴⁵ Est-Archiv, Protokoll der 52. AR-Sitzung, v. 31.3.1955, Beilage: Erlass BM für Finanzen zur 5,5-prozentigen Anleihe der STEWEAG mit zehnjährige Laufzeit, gehandelt an der Wiener Börse und im Amtlichen Kursblatt der Wiener Börse notiert, Erlass BMF, 25.4.1955.

⁴⁴⁶ Est-Archiv, Protokoll der 71. AR-Sitzung, v. 25.11.1958. – Das Geschäftsjahr 1955 schloss mit einem Verlust von 27 Millionen Schilling. 1956 erreichte man wieder einen Gewinn von 15,2 Millionen Schilling. Bereits 1957 betrugen die flüssigen Mittel 6,9 Prozent des Gesamtvermögens, gegenüber 5,6 Prozent im Jahr 1956. Die Liquidität des Unternehmens war damit, für österreichische Verhältnisse, außerordentlich hoch.



Der Beginn der landwirtschaftlichen „Restelektrifizierung“ 1955

Quelle: ESt-Archiv.

elektrifizierten vor allem Haushalte und bäuerliche Betriebe, vielfach kleine Keuschlerwirtschaften. Tausende Stromlieferverträge wurden geschlossen. Die damalige STEWEAG-Sekretärin Elfriede Mühlbeck erinnert sich: „Wir haben ja die ganzen Verträge geschrieben. Mit sieben Durchschlägen und [in die Schreibmaschine] geklopft. Elektrische Schreibmaschinen sind erst in den 1970er-Jahren gekommen“.⁴⁴⁷ Die „Lichtmacher“⁴⁴⁸ brachten den Strom in die entferntesten Gegenden für den Einsatz von Elektromotoren, Pressen, Mühlen, Sägen, Häckslern, Melk- und Dreschmaschinen. Eine technologische Revolution erfasste das ganze Land und erleichterte die Arbeiten und den Alltag vor allem von Frauen und Kindern, die vielfach nach dem täglichen Schulbesuch am Hof mitzuarbeiten hatten. Die STEWEAG hatte eigene Haushaltsberaterinnen eingestellt. „Die sind am Montag mit Elektrogeräten in die Betriebsbezirke gefahren und da sind die Bäuerinnen dann hingekommen und haben sich einschulen lassen“, erzählt Elfriede Mühlbeck.

Das bäuerliche Wohnhaus wurde umgestaltet. In die alten, geräumigen Küchen mit den Truhen und Kredenzen, den verschiedenen Lebensmittelladen und den gesetzten Küchenherden mit den Wasserschiffen zog die „neue Zeit“ ein: Die „Frankfurter“ Küche (allgemein als „amerikanische“ bezeichnet) brach mit allen Traditionen. Ober- und Unterkästen mit Arbeitsplatten ersetzten die alten Truhen, Kästen und Kredenzen, glatte und bunte Resopalfflächen brachten Farbe in die altholzfarbenen, dunklen Küchen mit ihren oft schweren, dunklen Tramdecken. Elektrische Glühbirnen ersetzten das schwache Licht der Petroleumlampen. „Die Lichtmacher kommen! So hieß es im Volksmund. Wir waren angesehene Leute. Wir wurden eingeladen: ‚Kommst in die Küche!‘ Es war damals eine Aufbruchstimmung. Das war etwas, wenn eine Leitung gebaut worden ist und der Trafo gebrummt hat. Der ist in einer kleinen Ortschaft verehrt worden“, beschreibt Herbert Mitteregger diese Zeit am Land und erinnert sich, dass man Anfang der 1960er-Jahre auch bereits das Geläut der Pfarrkirche von Trautmannsdorf elektrifiziert hatte.⁴⁴⁹ Mit den „Lichtmachern“ kam elektrischer Strom in die Küche und damit auch der E-Herd. Per Drehschalter konnte nun zu jeder Zeit und schnell gekocht und das Wasser gewärmt werden. Das morgendliche Einheizen des Herdes durch die Bäuerin und der tagsüber ständig geheizte Herd gehörten bald der Vergangenheit an. Hatte mit dem technologischen Umbruch auch die traditionelle Rolle der Frau als Hüterin des Herdfeuers ausgedient? Bald erleichterten die ersten Wäscheschleudern, Waschmaschinen, Warmwasserkessel und elektrischen Bügeleisen den Arbeitsalltag der Frauen. Die Waschrumpel und das Schwemmen der Wäsche am Bach hatten ausgedient, der elektrische Strom beendete gegen Ende der 50er-Jahre die Arbeitsweisen des „Mittelalters“ im Haushalt,⁴⁵⁰ das jahrhundertealte soziale Gefüge begann sich deutlich zu verändern und mit ihm kippte langsam auch das tradierte Rollenbild der Frau.⁴⁵¹

Alois Gschanes,⁴⁵² geboren 1921, im Jahr der Gründung der STEWEAG, erinnert sich an die Etappen der Elektrifizierung auf seinem Hof im oststeirischen Rohrbach: „Zuerst ein Licht. Dann hat es lange gedauert – bis

⁴⁴⁷ Elfriede Mühlbeck, in: Neger – Seidl – Steffens, Im Strom der Zeit, ORF 2, „Österreich-Bild“, v. 4.7.2021.

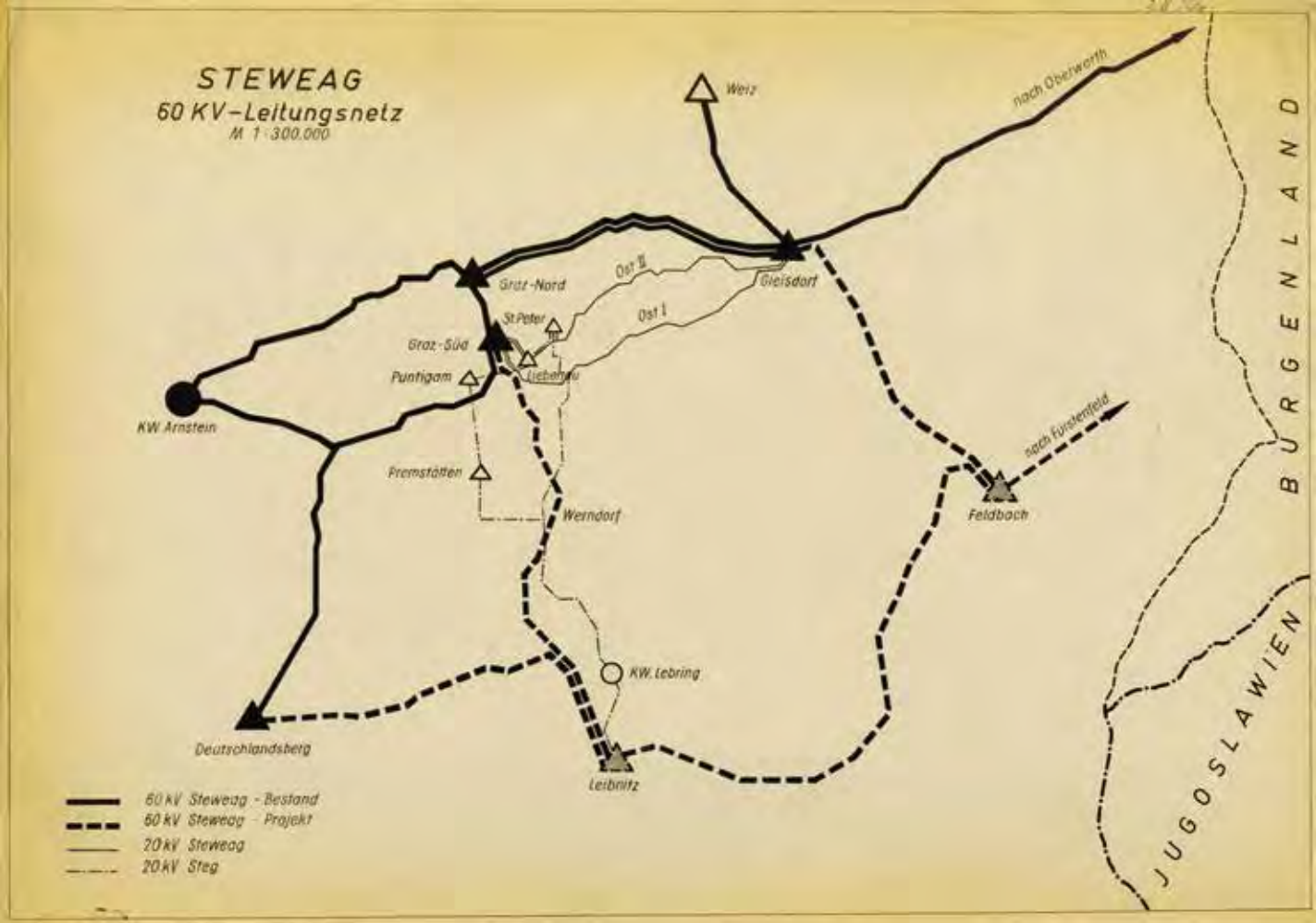
⁴⁴⁸ So der ehemalige STEWEAG-Mitarbeiter Herbert Mitteregger, in: Neger – Seidl – Steffens, Im Strom der Zeit, ORF 2.

⁴⁴⁹ Herbert Mitteregger, in: Neger – Seidl – Steffens, Im Strom der Zeit, ORF 2.

⁴⁵⁰ Vgl. die entsprechenden Passagen bei: Stefan Karner – Heinz Kopetz (Hg.), Die „grüne“ Mark. Steirische Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Graz 2004.

⁴⁵¹ Die „Frankfurter“ Küche geht wesentlich auf die Wiener Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky zurück. Vgl. etwa: Wolfram Dornik, „Nein, das mach ich nicht mehr mit!“ Techniktransfer, Wahrnehmung und Folgen der Elektrifizierung in der Südoststeiermark, in: Wolfram Dornik – Rudolf Grasmug (Hg.), Möglichkeiten – Abhängigkeiten. Strukturwandel in der Südoststeiermark. Schriften aus dem „Museum im Tabor“, Bd. 10. Feldbach – Graz 2012, S. 97–117. Einen strukturierten Überblick geben auch: Karl Kaser – Karl Stocker, Bäuerliches Leben in der Oststeiermark. Zwischen 1848 und dem ausgehenden 20. Jahrhundert, in: ebd., S. 121–147; sowie zahlreiche Passagen bei Stefan Karner – Heinz Kopetz (Hg.), Die grüne Mark. Steirische Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. 75 Jahre Steirische Landwirtschaftskammer 1929–2004. Graz 2004 und Ernst Bruckmüller – Ernst Hanisch – Roman Sandgruber (Hg.), Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Regionen – Betriebe – Menschen. Wien 2003.

⁴⁵² Alois Gschanes, in: Neger – Seidl – Steffens, Im Strom der Zeit, ORF 2.



Der Strom kommt ins Dorf: Der Ausbau des 60-kV-Netzes in den 1950er-Jahren

Quelle: ESt-Archiv.

wir eine Waschmaschine gehabt haben, dann ein Bügeleisen. Dann haben wir alles angeschlossen: eine Futter-schneidemaschine [für das Heu], einen elektrischen Motor haben wir uns gekauft!“

Eingerichtete Elektroherde in der Steiermark 1947–1954

Jahr	Stück	Anschlusswert in MW
1947	8.088	38
1949	10.528	53
1950	11.389	60
1951	14.103	71
1952	15.250	79
1953	18.749	95
1954	25.840	130

Quelle: Betrachtungen über die zukünftige Deckung des steirischen Strombedarfes. STEWEAG-Studie. Graz 1956. – Die Anschlusswerte wurden gerundet.

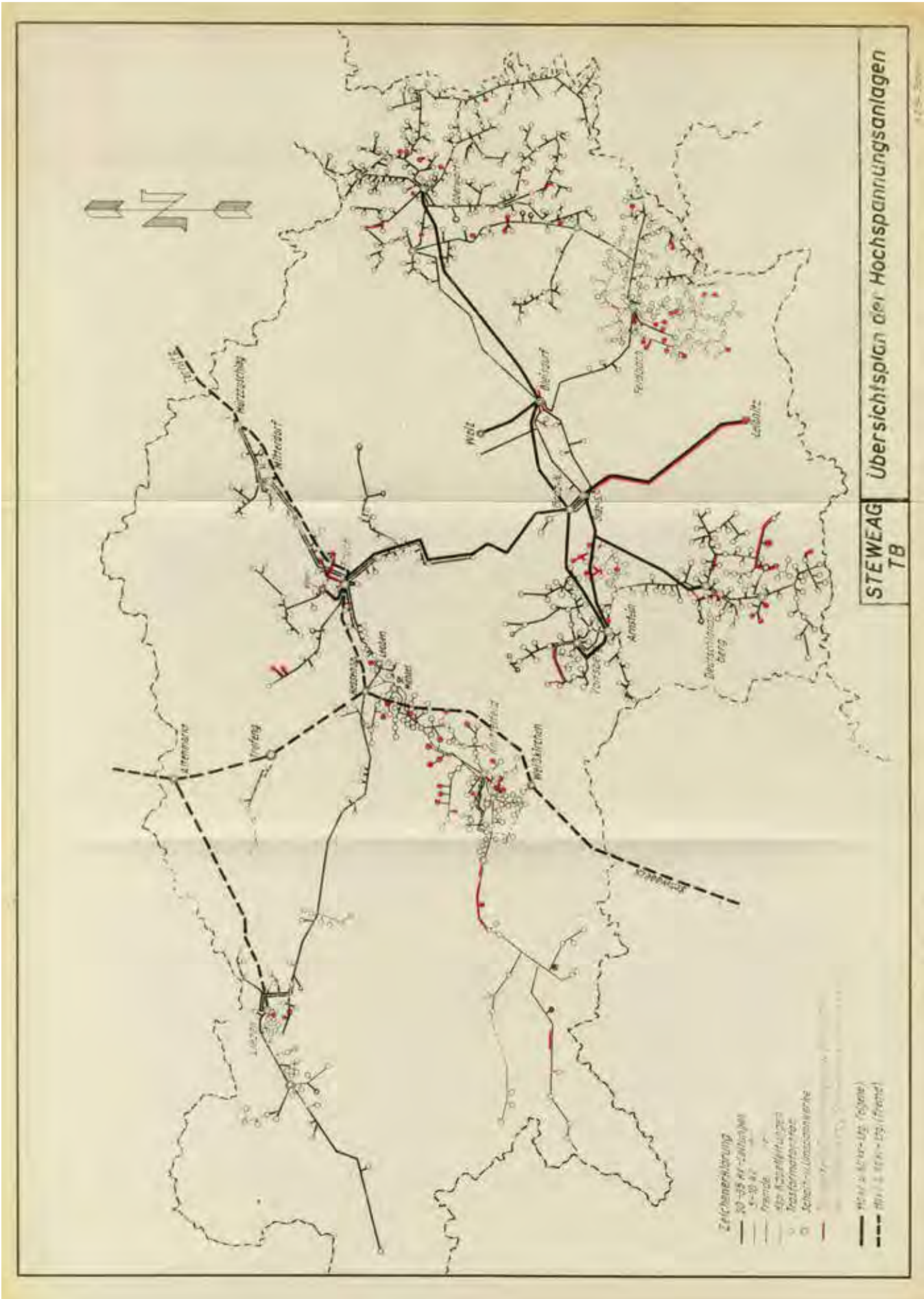
Das Ölkraftwerk Pernegg – auch eine Kampfansage gegen das VERBUND-Diktat

Das nächste Großprojekt, das man mit dem Rückenwind der prosperierenden österreichischen Wirtschaft in Angriff nahm, war das thermische Kraftwerk Pernegg.⁴⁵³ Neben dem persönlichen Engagement Musils für die Dampfkraft lagen dem Baubeschluss vor allem betriebswirtschaftliche Gründe zugrunde: der hohe, teure Fremdstrombezug, vor allem von der VERBUND AG, und die Verfügbarkeit einer Reserve im Winter. Ohne kalorisches Werk würde die STEWEAG bald zu einem Stromhändler werden, der 1960 fast drei Viertel seiner Eigenaufbringung fremd zukaufen müsste.⁴⁵⁴ Außerdem – so wurde argumentiert – könnte man mit Pernegg, dem ersten von Anfang an geplanten, ölbefeuerten Dampfkraftwerk Europas,⁴⁵⁵ im Falle eines Netzzusammenbruches im Winter zwei Notversorgungsgebiete errichten, eines für die Weststeiermark und Graz und ein zweites für den Raum Bruck und Böhler (das Kraftwerk Salza war im Notfall für das Versorgungsgebiet von Liezen vorgesehen). Für Pernegg sprachen zudem die günstige Stromerzeugung⁴⁵⁶ und die Möglichkeit, die niedrigen Gesamtkosten des Werkes von rund 104 Millionen Schilling aus eigenen Mitteln zu stemmen. Außerdem wurde bald klar, dass Pernegg auch gebaut werden sollte, um im langjährigen und zermürenden Preiskampf mit der VERBUND AG ein Trumpf-As im Ärmel zu haben. Musil, der entscheidende Verfechter des Ölkraftwerks: „Wenn die VERBUND AG mehr Geld [für ihren Strom] will, dann fahren wir eben Pernegg hoch. Ansonsten lassen wir Pernegg kalt!“⁴⁵⁷

Am 19. November 1958 ging das gänzlich mit Öl befeuerte Dampfkraftwerk Pernegg in Betrieb. Die Befürchtungen, dafür Öl aus dem Ausland importieren zu müssen, konnten fürs erste zerstreut werden, denn das Heizöl wurde vor allem aus Österreich bezogen und nur ein einziger der drei Tanks mit Heizöl aus Jugoslawien gefüllt.⁴⁵⁸

Um den Absatz von Strom brauchte man sich noch keine Sorgen zu machen, denn der Pro-Kopf-Verbrauch hatte in Österreich noch viel Potenzial nach oben. 1956 lag er mit 1.200 kWh deutlich unter jenem der Schweiz mit 2.400 oder Schwedens mit 3.000 kWh. 1957 erzeugten alle österreichischen Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen zusammen rund 9.600 GWh. Der STEWEAG-Anteil lag noch bei bescheidenen 6,8 Prozent, jener der STEG bei 0,9 Prozent.⁴⁵⁹

⁴⁵³ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 56. AR-Sitzung, v. 13.2.1956 und: Ludwig Musil, Der Weg zum ölgefeuerten Kraftwerk Pernegg, in: Das ölgefeuerte Dampfkraftwerk Pernegg. ÖZE 5/1959, S. 278–281; ders., STEWEAG 1945–1970, S. 176f.
⁴⁵⁴ Betrachtungen über die zukünftige Deckung des steirischen Strombedarfes. STEWEAG-Studie. Graz 1956.
⁴⁵⁵ ESt-Archiv, Protokoll der 77. AR-Sitzung, v. 22.1.1960, Beilagen.
⁴⁵⁶ Neue Zeit, v. 16.1.1960: Ölkraftwerk Pernegg erzeugt den Strom billiger, und: Internationale Wirtschaft, v. 22.1.1960.
⁴⁵⁷ Information von Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, v. 2.2.2021.
⁴⁵⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 71. AR-Sitzung, v. 25.11.1958.
⁴⁵⁹ Quelle: Emmerich Dichtl, Elektrizitätswirtschaft seit 1945. Wien 1959 (= Dichtl), S. 29.



Die Hochspannungsanlagen der STEWEAG 1955

Quelle: ESt-Archiv.

Die größten Elektrizitätsversorgungsunternehmen Österreichs 1957

Erzeugung in GWh EVU	Wasserkraft	Wärmekraft	Summe	in Prozent
ÖDK	547	828	1.375	14,2
Tauernwerke AG	1.030	–	1.030	10,6
Wiener Stadtwerke	97	832	929	9,6
Illwerke AG	911	–	911	9,4
TIWAG	898	–	898	9,3
Ennskraftwerke AG	833	–	833	8,6
STEWEAG	659	–	659	6,8
Innwerk AG	476	–	476	4,9
OKA	361	108	469	4,9
Jochenstein AG	437	–	437	4,5
Österr.-bayr. KW AG	267	–	267	2,8
NEWAG	162	25	187	1,9
E-Werk Innsbruck	131	–	131	1,4
Österr. Donaukraftw.	120	–	120	1,2
E-Werk Salzburg	95	19	114	1,2
KELAG	111	–	111	1,1
SAFE	96	–	96	1,0
STEG	86	–	86	0,9
Vorarlberger KW AG	73	–	73	0,8
E-Werk Wels	50	–	50	0,5
E-Werk Klagenfurt	16	27	43	0,4
E-Werk Reutte	40	–	40	0,4
E-Werk Bruck/Mur	23	–	23	0,2
Sonstige	327	3	330	3,4
Summe	7.846	1.842	9.688	100

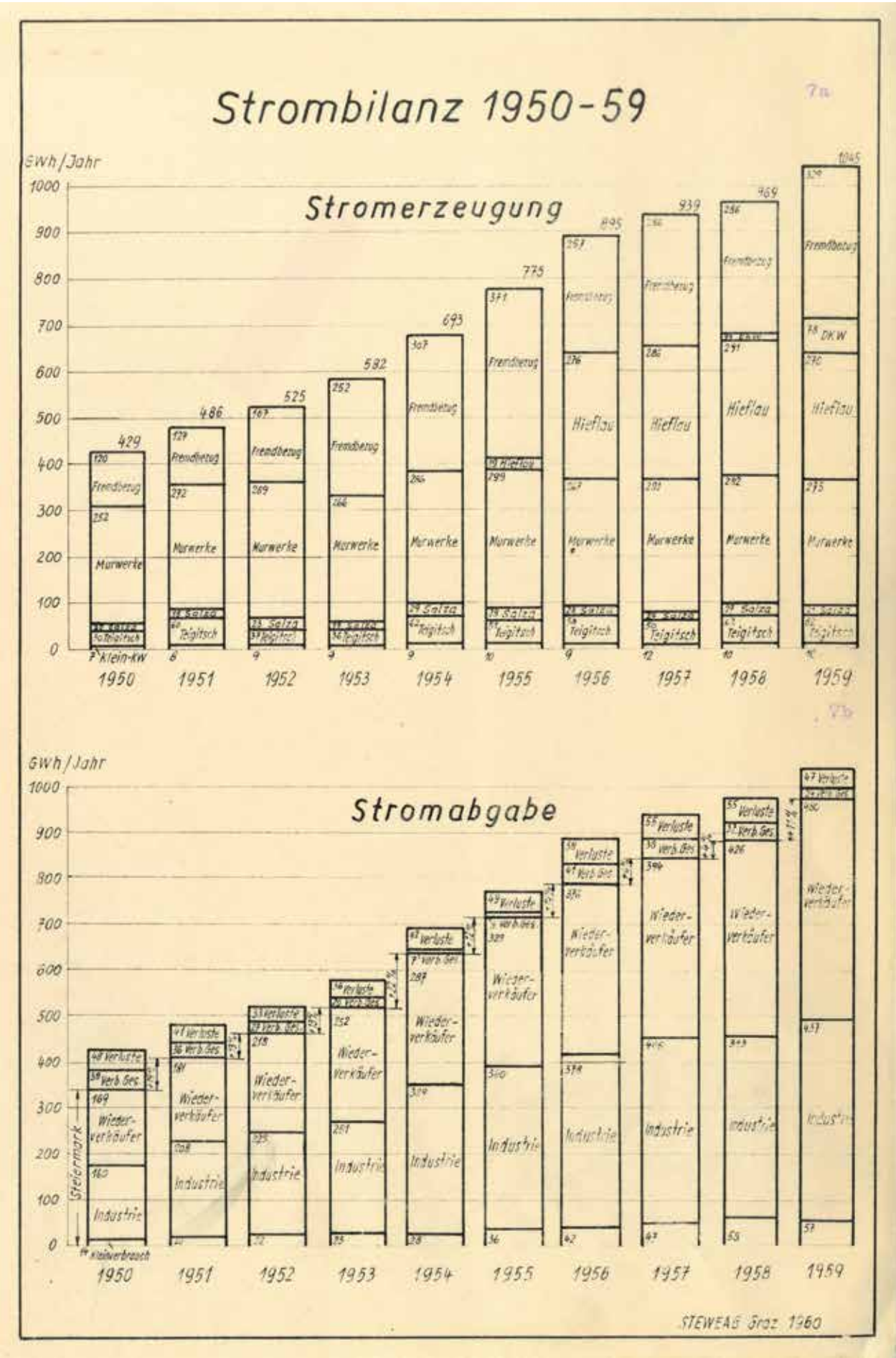
Quelle: Dichtl, S. 29.

Neue Energien: Atom und Ferngas

In die zukünftige Dimension neuer Energieformen und Entwicklungen wiesen bereits Mitte der 1950er-Jahre, mitten im „Kalten Krieg“ der Atommächte, erste Diskussionen: über die friedliche Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung und über die Übertragung von Erdgas über weite Strecken, wozu man neben den Vorkommen und der Gasgewinnung vor allem entsprechend groß dimensionierte Rohre brauchte. So nahm Ludwig Musil für die STEWEAG an der ersten Internationalen Atomkonferenz der UNO im August 1955 in Genf teil, die aufgrund der Rede von US-Präsident Dwight D. Eisenhower („Atoms for Peace“) einberufen wurde und zur Gründung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) führte.

Dabei wurde der österreichischen Delegation einerseits klar, dass noch keine baureifen Konstruktionen für Kernkraftwerke existierten und andererseits – was noch schwerer wog –, dass die Beseitigung des radioaktiven Abfalls noch völlig ungelöst war.⁴⁶⁰ Damit erschien die Frage eines Einsatzes von Kernkraft für Österreich

⁴⁶⁰ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 54. AR-Sitzung, v. 22.11.1955.



Die Stromerzeugung der STEWEAG-Kraftwerke 1950–1959

Quelle: ESt-Archiv.

noch nicht vordringlich. Klar wurde aus den Diskussionen der Atomkonferenz und den vorgelegten Prognosen aber auch, dass die fossilen Brennstoffe, vor allem Kohle und Erdöl, im Jahr 2050 aufgebraucht sein würden, während man mit dem Einsatz von Uran, sofern die Frage des Endlagers gelöst wäre, noch für die nächsten 100 Jahre rechnen könnte.

Sehr schnell sprachen sich die Vertreter der VERBUND AG für die baldige Errichtung eines großen Atomkraftwerkes in Österreich aus, während die Landes- und Sondergesellschaften zunächst eher für den Erwerb eines Versuchsreaktors waren und sich damit auch durchsetzten. Daher beteiligte sich die STEWEAG eher pro forma mit 90.000 Schilling an der Gründung der entsprechenden Atomforschungsgesellschaft, die einen Versuchsreaktor erwerben und das technische Personal einschulen sollte.

Ähnlich gestaltete sich die Situation am Sektor Erdgas. Man wusste von großen Erdgasvorkommen u. a. in den sowjetischen Gebieten Sibiriens sowie Zentralasiens und hörte von ersten Ferngaspipelines in das europäische Russland und in Satellitenstaaten der UdSSR, aber auch von den Produktionsproblemen entsprechend groß dimensionierter Rohre für dessen Transport. Würde es je möglich sein, im „Kalten Krieg“ von der Sowjetunion Erdgas zu beziehen? Die Aussichten dafür schienen gering. Daher hatte auch die Beteiligung der STEWEAG an der Gründung der Steirischen Ferngasgesellschaft mit einer Einlage von 10.000 Schilling eher symbolischen Charakter. Zumindest wollte man in der Informationskette bleiben und an diesem neuen Energieträger nicht vorbeigehen.⁴⁶¹

„Die Kohle ist ja weniger wertvoll, aber die Belegschaft...“

Trotz der weltweit eher düsteren Prognosen für die Kohle sah man in der Steiermark eine Chance und Prosperität für die eigenen Kohlenvorkommen, auch wenn die steirische Kohle von minderer Qualität war. So sah die Alpine ihre Kohlenvorräte in Fohnsdorf noch über das Jahr 2000 hinaus als abbauwürdig und gesichert an. Mehr noch: Durch Rationalisierungen sollte die Jahresförderung auf 720.000 Tonnen erhöht werden. Gleichzeitig wollte die Alpine ihre alten, unwirtschaftlich gewordenen Dampfkraftwerke, soweit sie nicht Abfallkohle verheizten, stilllegen und den eigenen Stahlofenbetrieb auf Erdgas umstellen. Dies würde, so rechnete man vor, pro Jahr über 300.000 Tonnen Kohle (für eine Jahresstromerzeugung von rund 500 Millionen kWh) frei machen, die man irgendwie absetzen musste, weil sonst der Bergbaubetrieb eingeschränkt und Bergarbeiter ihre Arbeit verlieren würden. Krainer: „Die Kohle ist ja weniger wertvoll, aber die Belegschaft!“ Sehr einleuchtend dazu – und gegen die Parteilinie – Horvatek: „Diese Gasleitung, von der gesprochen wird, die schwebt noch irgendwie in den Wolken [...]. Daher hängt auch die Frage Fohnsdorf davon irgendwie ab. Denn kommt kein Gas runter, braucht die Alpine ja die Fohnsdorfer Kohle. Kriegt sie das Gas, braucht sie die Fohnsdorfer Kohle nicht. [...] Die beste Kohle für den Haushalt ist und bleibt die Fohnsdorfer, nur muss man halt alle drei bis vier Jahre die Herdplatte erneuern, weil sie ja doch Schwefel enthält“.⁴⁶²

Eine Hoffnung für die steirische Kohle – mehr nicht. Denn zu Beginn der 1960er-Jahre war die steirische Kohle als Folge der Erschließung großer Erdöl- und Erdgasvorkommen im Vorderen Orient und in der Sowjetunion sowie der gestiegenen Einfuhr von Kohle mit höherem Heizwert in eine veritable Krise geraten. Noch 1957 hatte

die Steiermark mit 4,2 Millionen Tonnen Glanz- und Braunkohle knapp zwei Drittel der österreichischen Kohle gefördert⁴⁶³ und in Fohnsdorf mit 1.130 Metern den tiefsten Glanzkohlschacht der Welt abgeteuft. Die Kohle war zusammen mit Eisen und Stahl das Rückgrat der steirischen Industrie und ihrer Flaggsschiffe.

Doch plötzlich war alles anders. „Den Söhnen der Gruben und der Berge“ wurde förmlich der Boden unter den Füßen weggezogen. Ab 1958/59 sanken die Erträge der Kohle rapide, Tausende Arbeitskräfte in den steirischen Revieren wurden gekündigt, Förderprogramme erstellt und nur noch die Verwertbarkeit minderwertiger Kohle in Dampfkraftwerken forciert. Allein im Revier Köflach-Voitsberg war die Existenz von Tausenden Menschen und ihrer Familien bedroht. Binnen zwölf Jahren, von 1955 bis 1967, verlor die GKB fast die Hälfte ihrer 6.000 Arbeitskräfte.⁴⁶⁴ Ein deutliches Anzeichen der beginnenden Krise der steirischen Industrie, die zur Mitte der 1970er-Jahre und im folgenden Jahrzehnt vor allem die Ober- und Weststeiermark schwer traf und ein enormes politisches, wirtschaftliches und soziales Problem darstellte, dem die Landespolitik durch verschiedene Maßnahmen gegenzusteuern versuchte: unter anderem mit der Errichtung der Kraftwerke Zeltweg, bald des Fernheizkraftwerkes Graz, von Voitsberg II und III und viel später von Mellach.

Die Alpine offerierte der STEWEAG und der VERBUND AG ihre Fohnsdorfer Kohle. Die STEWEAG hat „jetzt einmal einen Brocken zu schlucken, das ist Pernegg“, hörte man nüchtern aus dem Aufsichtsrat. Daher kam, wenn überhaupt, für Fohnsdorf auch nur eine gemeinsame Verwirklichung mit der VERBUND AG in Betracht.⁴⁶⁵ Horvatek hatte versucht, auch das Risiko des Ölimports, wenn es als Alternative zu einem weiteren Ausbau von Pernegg käme, in die Waagschale zu werfen und damit für die „heimische Kohle“ geworben.⁴⁶⁶

Letztlich war es eine betriebswirtschaftliche Entscheidung, sich an Fohnsdorf nicht zu beteiligen: Die Stromgestehungskosten lagen nur knapp unter jenen der VERBUND AG, die jährlich anfallenden 120.000 Tonnen an Asche hätten von der STEWEAG „irgendwie versetzt werden müssen“, ihre Ableitung in die Mur war nicht möglich,⁴⁶⁷ ebenso wenig wie ein Zwang zum Bezug von Kohle aus Fohnsdorf, so dass im Sommer die Wasserenergie nicht ausgenutzt hätte werden können, weil man ja die Kohle zu verfeuern gehabt hätte. Dies alles sprach gegen eine Beteiligung an Fohnsdorf. Ganz abgesehen von der Umweltbelastung, die in den Erwägungen damals zwar noch eine kleine Rolle spielte, doch schon bald jede Entscheidung stark beeinflussen sollte.

Denn gerade am DKW Pernegg entzündeten sich auch in der Steiermark die Diskussionen über die Verfeuerung von Kohle und um den Betrieb des reinen Ölkraftwerkes in Pernegg. Sie wiesen zu Beginn der 1960er-Jahre bereits auf ein beginnendes, generelles Umdenken in der Gesellschaft hin. Hatte man bis dahin Projekte nahezu ausschließlich nach der Wirtschaftlichkeit bewertet, so kam nun die Bewertung nach Kriterien des Umweltschutzes hinzu.

Damit nahm die Bedeutung der Kohle, das Symbol der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, nach über 100 Jahren ein Ende.⁴⁶⁸ Die Arbeitsplätze in den Revieren Fohnsdorf, Köflach/Voitsberg und Pölfing-Brunn konnten

⁴⁶³ Vgl. zum Folgenden: Franz Mittermüller, Strukturelle Veränderungen in Industrie, Bergbau und Gewerbe, in: Josef Riegler (Hg.): Die Neue Steiermark. Unser Weg 1945–2005, Red. Elisabeth Schöggel-Ernst. Graz 2005, S. 235f.; Zur steirischen Kohle vgl. auch hier Roth, Glas und Kohle; Privatbestand Karner, Sammlung GKB, Bergbuch der GKB.

⁴⁶⁴ Hatte die GKB 1955 noch rund 6.150 Beschäftigte, so verringerte sich diese Zahl bis 1967 auf rund 3.500.

⁴⁶⁵ STEWEAG-Studie über den Ausbau der „Mittleren Enns“. Graz, Februar 1957.

⁴⁶⁶ ESt-Archiv, Protokoll der 70. AR-Sitzung, v. 30.5.1958.

⁴⁶⁷ Technisch: „Die Asche war nicht wasserbindend“. – ESt-Archiv, Protokoll der 70. AR-Sitzung, v. 30.5.1958.

⁴⁶⁸ Vgl. Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, S. 453f. – Die steirische Kohle hatte 1957 noch 87 Prozent der österreichischen Inlandsaufbringung gestellt.

⁴⁶¹ ESt-Archiv, Protokoll der 56. AR-Sitzung, v. 13.2.1956. – Dem STEWEAG-Aufsichtsrat war die Beteiligung an der Ferngas GmbH keine Diskussion wert, ihr wurde unter „Allfälliges“ ohne Beschluss einhellig zugestimmt.

⁴⁶² ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 63. AR-Sitzung, v. 26.2.1957.

nur noch mit Stützungen und Abnahmegarantieren für die Dampfkraftwerke der STEWEAG, der ÖDK und der VERBUND AG erhalten werden. Eine Zeitenwende der Energiepolitik bahnte sich an.

Die Enns – ein steirisches Kernprojekt

Heftige Auseinandersetzungen, vor allem mit Oberösterreich und der VERBUND AG, gab es auch bei den Planungen für die Ennsstufen. Zwischen Hieflau und Großraming sollten drei kombinierte Staukraftwerke (Landl, Krippau und Altenmarkt), der Waagspeicher bei Hieflau (vor den Toren des Nationalparks Gesäuse), der vielfach diskutierte Speicher Hohentauern sowie eine 110-kV-Leitung von Bruck nach Hieflau errichtet werden. Damit würde die Ennskette ein Rückgrat der Eigenerzeugung der STEWEAG bilden, wie dies, nach dem Wegfall der Drau, seit den 1930er-Jahren immer wieder geplant war. Die Gesamtkosten dafür wurden auf 1,8 Milliarden Schilling geschätzt – wesentlich günstiger als das oberösterreichische Projekt Groß-Kastenreith der Ennskraftwerke, bei nur geringfügig weniger an Leistung.⁴⁶⁹ Der Bau des Waagspeichers war, für heutige Verhältnisse einigermaßen kurios, mit der Zunahme der Elektroherde im Land von 8.000 im Jahr 1947 auf über 25.000 Stück (siehe Tabelle, Seite 141) im Jahr 1954 begründet worden, was – aufgrund des Kochens – auch die Mittagsspitzen stark erhöhte.⁴⁷⁰

Der Kampf mit den Oberösterreichern und der VERBUND AG um die Ennsstufen wegen des Konkurrenzprojektes Groß-Kastenreith beherrschten Anfang der 1960er-Jahre die Arbeit der STEWEAG. Ludwig Musil sprach gar von einem „Stromkrieg“ um die mittlere Enns.⁴⁷¹ Um medial auf Augenhöhe zu sein, nannte die STEWEAG ihr steirisches Ennsprojekt nunmehr auch „Groß-Enns“,⁴⁷² auf die man seit dem Verstaatlichungsgesetz 1947 nicht verzichtet habe. „Und nun“, so Krainer erbost, seien „wieder umfassende Verzögerungs- und Rückzugsmanöver von den Ennskraftwerken zu erwarten. [...] Wir müssen auf unserem Recht bestehen und müssen es bis zur letzten Konsequenz durchfechten“. Er hoffe jedoch, die „Sache [Groß-Kastenreith] würde wie das Hornberger Schießen ausgehen, weil: wer bringt das Geld auf? Nachdem ja an der Donau dringend gebaut werden soll“ und das meiste Geld dorthin gehe.⁴⁷³

So war es aber nicht, denn die VERBUND AG und die Oberöreicher beharrten hartnäckig auf Groß-Kastenreith, die Steirer blieben – trotz „ihres“ Wirtschaftsministers Illig in Wien – allein. Der jahrelange Streit ging wieder in die Verlängerung,⁴⁷⁴ „weil die Oberöreicher meinen, dass nur sie die Enns ausbauen dürfen“. Aber, so Krainer weiter, „wir haben das Glück, dass es die Entwicklung der STEWEAG gestattet, und v. a. auch durch den Mut, den wir seinerzeit [1952/53] gehabt haben, Hieflau zu bauen, was uns in die Lage versetzt hat, dass wir heute Geld haben [...] und bauen können. Ich glaube, dass wir also bauen werden. [...] Wir haben ja [vorbereitend] ein ‚Versuchsloch‘ schon gebohrt!“

⁴⁶⁹ Vgl. auch: STEWEAG-Studie über den Ausbau der „Mittleren Enns“. Graz, Februar 1957. Zur gesamten Ennskette vgl. auch Reismann – Wiedner, Elektrizität, S. 474ff.

⁴⁷⁰ ESt-Archiv, Protokoll der 57. AR-Sitzung, v. 23.3.1956.

⁴⁷¹ Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 178ff.

⁴⁷² ESt-Archiv, Protokoll der 64. AR-Sitzung, v. 5.4.1957. – Wobei die Befürchtung bestand, dass von der VERBUND AG und den Ennskraftwerken die Errichtung des Kraftwerks Altenmarkt durch dilatorische Verhandlungen verzögert wird.

⁴⁷³ Dazu kamen noch andere Argumente, wie die notwendige Absiedelung von 2.000 Menschen aus der Region mit allen verheerenden Folgen für die Betriebe, u. a. die Neusiedler Papierfabrik.

⁴⁷⁴ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 69. AR-Sitzung, v. 29.4.1958.

Der angesprochene Richtstollen, um die Geologie abzuschätzen, war durch die alte Konzession für Altenmarkt gedeckt, woraus die Steirer das Recht auf das Projekt „Groß-Enns“ ableiteten. Tanzer, der die harte Haltung besonders seines Kollegen Stahl (nunmehr in der VERBUND AG) gut einschätzte, ging realistisch und vorsichtig auf Distanz zur Euphorie der Regierer: „Wenn wir die Oberösterreicher nicht auf unsere Seite bringen [...], so müssen wir selbstverständlich das alte Projekt ausbauen, selbst wenn wir die bisher hineingesteckten 1,4 Millionen verlieren.“ Schließlich schien Krainer damit zufrieden, das kleinere alte Projekt, Altenmarkt, zu bauen. Die Oberösterreicher bestritten freilich, dass es eine alte Konzession überhaupt gebe und ließen durchsickern, sie würden gemeinsam mit der VERBUND AG Kastenreith jedenfalls 1960 oder 1961 bauen.⁴⁷⁵

Ein Kompromiss schien durch eine Teilung der Enns möglich: „Was in der Steiermark liegt, bleibt der STEWEAG“ und erst ab der Grenze soll es dann an Oberösterreich gehen.“ Damit verfolgte man den Grundsatz: „Die steirische Enns [zwei Werke] den Steirern und das Zwischenwerk Altenmarkt-Schönau wird geteilt“.⁴⁷⁶ Schließlich beschloss die STEWEAG im Dezember 1958, das Ennsprojekt Altenmarkt mit dem Krafthaus am Frenzbach zu realisieren und erreichte im Jahr darauf, mit Hilfe der ÖVP-Landwirtschaftsminister Franz Thoma und Eduard Hartmann und anfangs gegen den Widerstand von Verstaatlichtenminister Karl Waldbrunner, das Vorhaben zum bevorzugten Wasserbau zu erklären. Die entsprechenden Bauaufträge gingen im Herbst 1959 an die Baufirmen Porr und Hinteregger & Söhne.⁴⁷⁷

Eine kleinere Auseinandersetzung hatte sich zu Jahresende 1958 noch mit den Veitscher Magnesitwerken um den Bau eines Speicherkraftwerkes bei Trieben angebahnt, das im Zuge der Ennsausbaupläne von der Expertenkommission als besonders geeignet qualifiziert worden war. Die Veitscher Magnesit hatte die Sorgen um ihr Bergwerk den Geländebereich des projektierten Staudammes betreffend – eher ungewöhnlich – nicht dem Aufsichtsrat der STEWEAG, sondern in Einzelschreiben an jedes Mitglied des Aufsichtsrates geäußert. Harsch reagierte namens der STEWEAG Prof. Grengg, der wichtigste Betreiber des Projektes Hohentauern: „Die Projektidee wird immer wieder aufstehen, sie kann auf Dauer nicht negiert werden. [...] eine vorgefasste ablehnende Stellungnahme ist nicht zweckmäßig“.⁴⁷⁸

Erfolgreich war die STEWEAG hingegen in Altenmarkt, als man am 17. November 1960, nach einem Jahr effektiver Bauzeit, in der Kaverne Frenz des Ennskraftwerkes die Stromerzeugung aufnehmen und den Strom, nach Abschluss eines entsprechenden Liefervertrages, über eine neue 110-kV-Leitung in das gesamtösterreichische VERBUND-Netz einspeisen konnte.

„Jeder will nur noch mit Öl heizen!“

Dabei war Altenmarkt zunächst alles andere als friktionsfrei über die Bühne gegangen. So hatte Landesrat Fritz Matzner knapp vor Weihnachten 1958 nochmals die nicht verwertbare steirische Kohle in Pölfing-Bergla und die daran hängenden Tausenden Arbeitsplätze in die Diskussion geworfen und für ein neues Dampfkraftwerk nahe der Landscha-Brücke bei Leibnitz plädiert.⁴⁷⁹ „Damit wir die ärgste Not da draußen mit unserer Hilfe bannen!“

⁴⁷⁵ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 73. AR-Sitzung, v. 11.3.1959 (Aussage von LH-Stv. Horvatek).

⁴⁷⁶ ESt-Archiv, Protokoll der 70. AR-Sitzung, v. 30.5.1958

⁴⁷⁷ 50 Jahre STEWEAG, S. 69. – Hier engagierte sich besonders LH Krainer beim Steirer und seinem Parteifreund und ehemaligen Landbündler, Landwirtschaftsminister Franz Thoma. ESt-Archiv, mehrere AR-Sitzungen 1958 und 1959, in denen etwa LR Matzner LH Krainer vorwarf, nicht zuerst den Energieminister Karl Waldbrunner (SPÖ), sondern den Landwirtschaftsminister über Details des Projektes zu informieren.

⁴⁷⁸ Schreiben Prof. Grengg an Veitscher Magnesitwerke AG, v. 27.10.1958, Beilage der AR-Sitzung, v. 25.11.1958, ESt-Archiv.

⁴⁷⁹ Zur folgenden Diskussion: ESt-Archiv, Wortprotokoll im Auszug aus der 73. AR-Sitzung, v. 17.12.1958.

Matzner wusste sich mit diesem Vorstoß von Krainer unterstützt, dem ebenfalls die Krise der Kohlenreviere große Sorgen bereitete. Die STEWEAG hatte das Projekt einige Jahre zuvor nicht mehr verfolgt. Und zwar aus technischen Gründen (die Bergla-Kohle neigte zur Selbstentzündung) sowie aus der Befürchtung heraus, die Alpine wolle die STEWEAG nur gegen die ÖDK benützen, der sie die Kohle über Voitsberg verkaufen wollten. Krainer: „Es ist einfach alles gegen die Kohle! Das Öl überhaupt. Jeder will ja nur mehr Öl heizen. Dann kommt in weiterer Zukunft die Atomkraft dazu. [...] Ein kalorisches Werk zu bauen, ist auch für die STEWEAG eine Notwendigkeit. Wo werden wir denn die Bergarbeiter hingeben? [...] Man kann sie nicht so ohne weiteres umschulen. Und wo? Man kann diese Leute nicht der Arbeitslosigkeit anheimfallen lassen und muss alles daransetzen, um zu einem kalorischen Kraftwerk mit Kohlenverheizung kommen!“ Und er legte noch nach, dass auch die Sulmtalbahn „in ihrer Existenz“ bestehen bliebe! Horvatek hieb in die selbe Kerbe: „Erdöl könnte gespart werden, ohne Schwierigkeit. Das geschieht nicht. Kohle sollte gespart werden. Das ist unmöglich, weil die Leute eine Beschäftigung wollen. [...] In der Steiermark hat man ursprünglich angenommen, dass man genug Kohle wird abzweigen können, um Voitsberg II zu versorgen. Nun denken die ÖDK an Voitsberg III. Die notwendige Kohle dazu aus St. Andrä/L. kommt jetzt [mit Tausenden Lkw-Fuhren] über die Pack.“⁴⁸⁰ Aber, im Widerspruch zu Matzner, „die STEWEAG kann sich kein passives [defizitäres] Werk zulegen“.

Das Projekt möge, so Matzner, nochmals geprüft werden und „wir sollten uns bei den ÖDK die Versicherung holen, dass sie in Voitsberg noch ein drittes Aggregat bauen“, was die wirtschaftlichste Lösung wäre, ergänzte ihm Musil. Doch Krainer gab sich damit nicht zufrieden: „Jetzt haben wir ein Ölwerk [Pernegg] – es tut uns geradezu weh im Hinblick darauf, dass wir einen solchen Anfall von Kohle hier sehen – [...] aber es ist erst geschehen, nachdem [...] die Kohle abgewiesen wurde“.⁴⁸¹

Der Kampf ums Burgenland: „Unfair und dreist!“

Mitten in die Diskussionen um die Enns, Altenmarkt, die Kohle und ein weiteres Dampfkraftwerk platzte Ende Februar 1959 ein Verstaatlichungsbescheid der Burgenländischen Landesregierung.⁴⁸² Demnach waren, gestützt auf ein Landesgesetz und das Zweite Verstaatlichungsgesetz, die STEWEAG-Stromversorgungsanlagen im Südburgenland an die 1958 gegründete Burgenländische Elektrizitätswirtschafts-AG (BEWAG)⁴⁸³ abzutreten.

Der direkte Bezug zum Verstaatlichungsgesetz war durch einen Passus gegeben, wonach die Versorgung des Burgenlandes von der NEWAG und der STEWEAG so lange zu übernehmen war, als das Burgenland keine eigene Landesgesellschaft hatte. Eine Beteiligung des Burgenlandes an den beiden Landesgesellschaften war dafür auch vorgesehen, wurde aber nie realisiert.⁴⁸⁴ Die Burgenländer waren nun bei ihrem Vorgehen der Ansicht, dass ihr Land mit fünf Prozent an der STEWEAG beteiligt wäre und daher fünf Prozent aller STEWEAG-

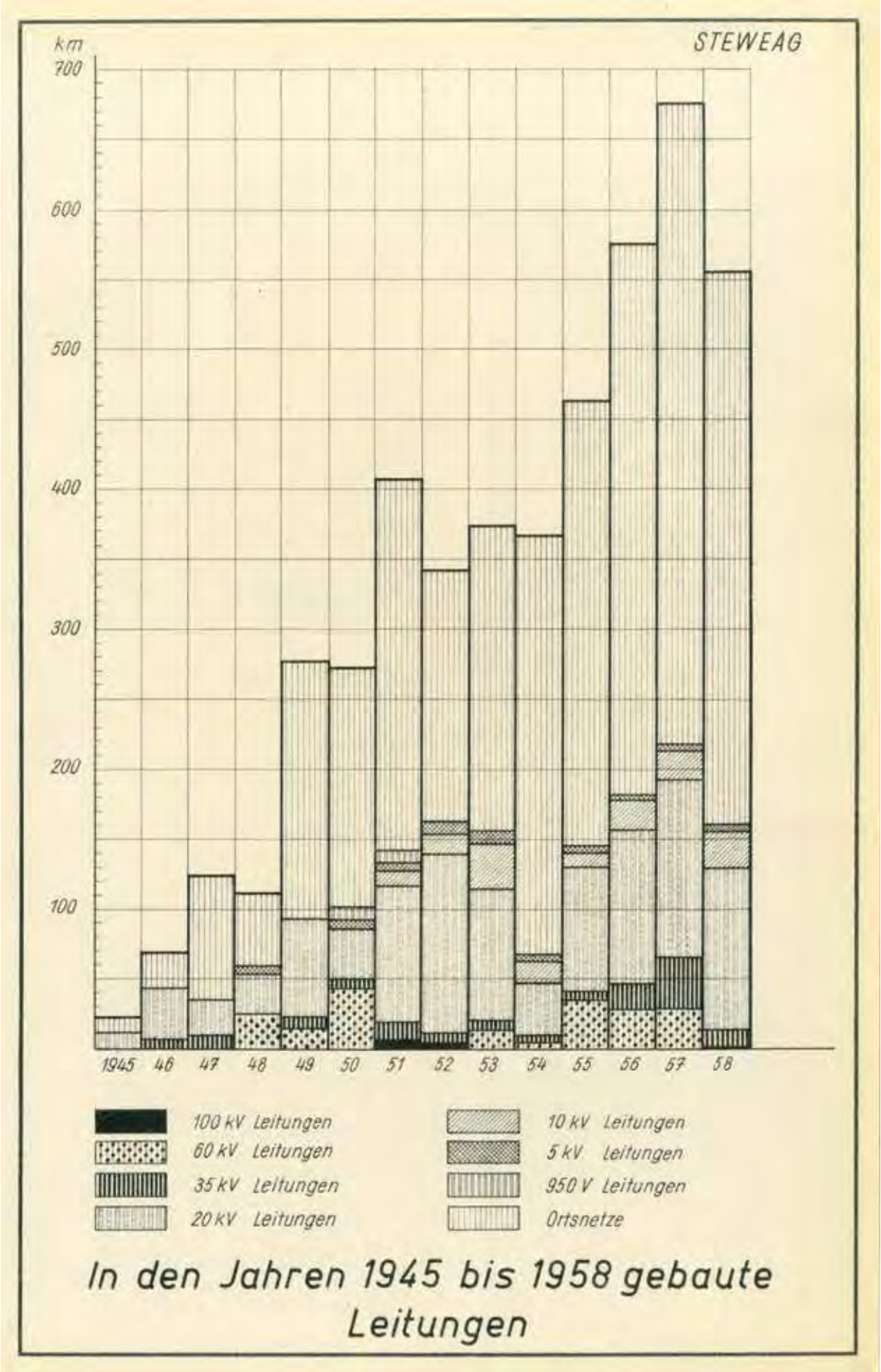
⁴⁸⁰ Weil es anfangs in St. Andrä technische Probleme beim Hauptschacht gab, musste Kohle zwischenzeitlich nicht nur aus Köflach-Voitsberg, sondern in großen Mengen auch aus Jugoslawien herangekarrt werden.

⁴⁸¹ ESt-Archiv, Protokoll der 73. AR-Sitzung, v. 11.5.1959.

⁴⁸² Verstaatlichungsbescheid der Bgl. LReg, v. 27.2.1959, der STEWEAG zugestellt am 28.2.1959, 8 Uhr früh, zur folgenden Auseinandersetzung: ESt-Archiv, Protokoll und Stenografisches Wortprotokoll der 73. AR-Sitzung, v. 11.3.1959.

⁴⁸³ Die BEWAG wurde am 30.6.1958 gegründet und am 31.10.1958 im Handelsregister eingetragen. An der Gründungsversammlung nahm auch STEWEAG-Bezirksleiter Dipl.-Ing. Karpellus von Oberwart teil, dem sofort ein Vorstandsposten in der BEWAG angeboten wurde, worauf ihn die STEWEAG zunächst beurlaubte, er wurde auch im Register wieder gelöscht.

⁴⁸⁴ Zweites Verstaatlichungsgesetz, § 3, Abs. 5: „Solange eine eigene Landesgesellschaft für das Land Burgenland nicht errichtet ist, übernehmen deren Aufgabe die NEWAG und STEWEAG. Einigen sich die beteiligten Länder über die Beteiligung des Burgenlandes an den genannten Landesgesellschaften nicht, so entscheidet die Bundesregierung“. BGBl, 21. Stück, v. 10.5.1947, Bundesgesetz v. 26.3.1947 (Zweites Verstaatlichungsgesetz).



Die Nachkriegsleistung der STEWEAG: Der Leitungsbau 1945–1958

Quelle: ESt-Archiv.

Anlagen, im Wert etwa der südburgenländischen, übernehmen könnte. Zudem wäre ein Teil des burgenländischen STEWEAG-Netzes ohnehin mit burgenländischen Landesförderungen errichtet worden. In die folgende Auseinandersetzung der Burgenländer mit der NEWAG und der STEWEAG war auch Burgenlands Landeshauptmann Johann Wagner (ÖVP) stark involviert, der die Argumentationslinien 1958 in der „Internationalen Wirtschaft“ publizistisch vorgegeben hatte. Die STEWEAG bezog dagegen sofort Stellung und behielt sich alle rechtlichen Schritte vor, so lange über eine Entschädigung ihrer südburgenländischen Investitionen von 78 Millionen Schilling nicht entschieden sei. In seiner Stellungnahme argwöhnte STEWEAG-Referent Wilhelm Altziebler, weshalb wohl das Burgenland nicht schon früher eine eigene Landesgesellschaft gegründet habe und fragte, ob man denn „die STEWEAG zunächst zwölf Jahre lang die Anlagen [...] auf den modernsten Stand bringen lassen wollte“, um sie ihr „dann erst entschädigungslos wegzunehmen?“⁴⁸⁵ Die STEWEAG warnte zudem die BEWAG, dass sie gegenüber der burgenländischen Landesgesellschaft keine Versorgungspflicht habe. Eine Sanktion, die rein rechtlich zwar möglich, aber in der Praxis, angesichts der Spitäler und anderen, wichtigen, Einrichtungen, die am Netz hingen, nicht durchführbar gewesen wäre. Wagner rief kurzerhand bei Krainer an und erbat, den Strom nicht abzuschalten, sondern sofortige Verhandlungen zu beginnen, um aus dieser heiklen Situation herauszukommen, ohne das Gesicht zu verlieren.

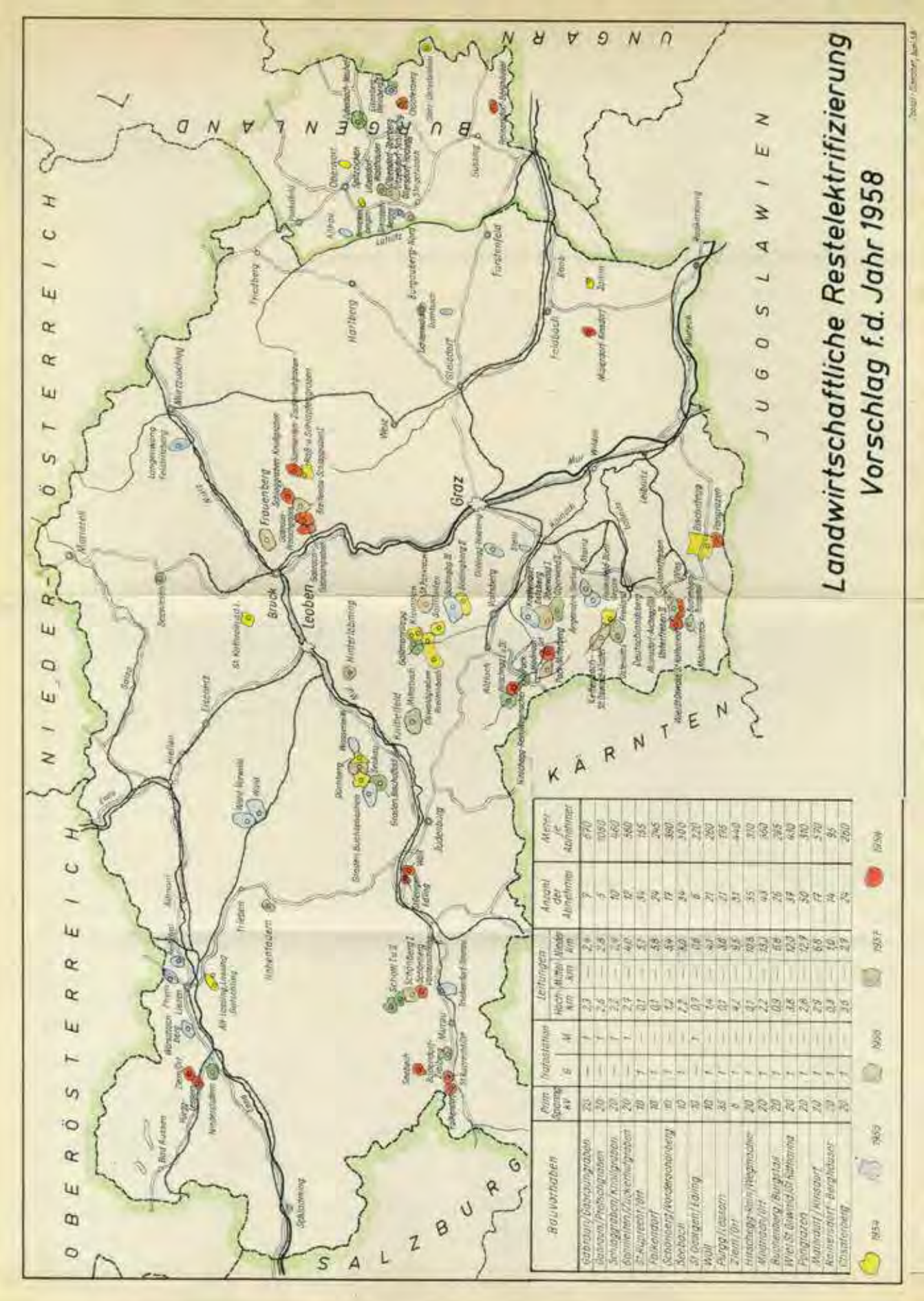
Die ungewöhnliche Verschärfung hatte freilich eine nicht alltägliche Vorgeschichte: Noch während der Gründungsversammlung der BEWAG im Juni 1958 wurde dem sehr erfolgreichen STEWEAG-Bezirksleiter in Oberwart, Richard Karpellus,⁴⁸⁶ von den Burgenländern ein Vorstandsposten angeboten, vor allem um ihn von der STEWEAG abzuwerben. Der Burgenländer Karpellus saß nun zwischen zwei Stühlen: jenem der STEWEAG, die er im Südburgenland mitaufgebaut hatte, und jenem der BEWAG, die ihm einen gut dotierten Chefposten anbot. „Er ist ziemlich aufgeregt zu uns gekommen, worauf wir ihm erklärt haben, dass er das selbstverständlich nicht annehmen kann. Denn wenn diese BEWAG nun anfängt zu amtieren, so wird sie eine Reihe von Handlungen gegen uns richten müssen. Er muss sich also dann überlegen, will er zu der Gesellschaft wechseln oder bei uns bleiben. Er hat dann tatsächlich niedergelegt“, berichtete konsterniert Tanzer dem Aufsichtsrat. Karpellus wurde durch den Grazer Direktionsmitarbeiter Wörndl ersetzt.⁴⁸⁷

Die folgende Auseinandersetzung war kurz, aber hart. Die STEWEAG fühlte sich unfair und dreist behandelt. Die BEWAG, die eine Stütze in Verstaatlichtenminister Waldbrunner gefunden hatte, verweigerte Wörndl das Betreten der Anlagen und setzte dies auch unter Einsatz von Gendarmeriebeamten durch. Die Situation eskalierte, die STEWEAG drohte den Strom abzudrehen und forderte die Burgenländer auf, Wörndl zu den Anlagen vorzulassen. Es nützte nichts. Erst als der Oberwarter Bezirkshauptmann die Gendarmerie zurückgezogen hatte, beruhigte sich die Lage. Ähnlich war die Situation im Nordburgenland, wo sich um die Anlagen der NEWAG, die ebenso gegen den burgenländischen Bescheid berufen hatte, eine noch härtere Auseinandersetzung auf freiem Feld, unmittelbar bei den Stromanlagen, abspielte. Die folgenden harten Verhandlungen mit der STEWEAG und der NEWAG klärten die rechtlichen Standpunkte und die Fragen der Entschädigung, wobei man auch durchaus nicht mit Stereotypen gegen die Burgenländer sparte. Niederösterreicher und Steirer sahen jedoch bald, dass die BEWAG „einen Zweifrontenkrieg nicht wollte!“ In der Sache ging es letztlich vor allem auch um

⁴⁸⁵ StLA, LReg. 344, K. 5270 (1947, 1963). Entwurf Abänderung des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes, 5.12.1963; Stellungnahme Altziebler, v. 4.1.1964.

⁴⁸⁶ Der aus Ödenburg/Sopron gebürtige Richard Karpellus hatte an der TH Graz studiert, war danach in der „Ostburg“ tätig, ehe er 1949 von der STEWEAG übernommen wurde. Karpellus war führend am Ausbau des Stromnetzes im Südburgenland beteiligt, war, noch in Diensten der STEWEAG, bei der Gründung der BEWAG 1958 anwesend, wurde 1959 von der STEWEAG abgeworben (vermutlich über Vermittlung von LH Lorenz Karall (ÖVP) und Alois Wessely (SPÖ) und 1959 Generaldirektor der BEWAG.

⁴⁸⁷ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 73. AR-Sitzung, v. 11.3.1959.



Strom für den ländlichen Raum. Die landesweite Restelektrifizierung 1958

Quelle: ESt-Archiv.

burgenländisches Landesvermögen, das in der NS-Zeit nach Niederösterreich gekommen war und nun „unter irgendwelchen Vorwänden immer wieder zurückgehalten wird“, wie sich die Landesregierung in Eisenstadt beschwerte.

Die STEWEAG zeigte sich großzügig, lieferte den Strom weiter, einigte sich sofort in der Personalfrage, teilte die Inkassobeträge für den gelieferten Strom bis Ende Februar 1959 und half beim Aufbau der Organisation. Krainer bat die STEWEAG pragmatisch, „die Verhandlungen fortzusetzen, sich jetzt zu einigen und den Burgenländern den Weg zu ebnen. Weil das Geld, das wir jetzt kriegen, wo die Burgenländer schon froh wären, einen Teil erledigt zu haben, das kriegen wir später nie mehr. Es müssen ja nicht 60 Millionen sein. Ich werde alles tun, um auf Landeshauptmann Wagner einzuwirken und bitte Kollegen Horvatek, das auch bei [dessen Stellvertreter] Wessely zu tun. Wir sollten diesen Fall hinter uns bringen!“ Und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen „wären wir selig, wenn wir es loskriegen, bezahlt loskriegen selbstverständlich“. „Es wäre nicht unanständig“, sekundierte ihm Generaldirektor Tanzer.

Hinter dem Appell Krainers und Horvateks für eine schnelle und gütliche Lösung, wenn dies auch der NEWAG gelänge, stand vor allem die Sorge, dass ein „Anknabbern“ des Verstaatlichungsgesetzes „sehr weitreichende Folgen haben könnte“, gerade was die nicht durchgeführte Verstaatlichung von E-Werken in der Steiermark, besonders der STEG, betraf.

Die Hoffnungen auf ein schnelles Verfahren schwanden allerdings. Denn wie schon erwähnt hatte im Sommer 1959 auch die Niederösterreichische Landesregierung einen Verstaatlichungsbescheid gegen Anlagen der Wiener E-Werke in Niederösterreich erlassen. Und das Verstaatlichungsministerium hatte den burgenländischen Verstaatlichungsbescheid gegen die STEWEAG zwar aufgehoben, er wurde aber seitens der BEWAG nicht nur beeinsprucht, sondern es wurde sogar ein Streikbeschluss gefasst und die Beschäftigten verpflichtet, das Betreten der Anlagen durch Gendarmerie oder andere Exekutivorgane zu verhindern.⁴⁸⁸ Alles richtete sich auf einen langwierigen Rechtsstreit ein, wobei klar war, dass die „Solidarität mit der NEWAG [...] nicht bis zur Kameradschaft, nicht bis zum Exzess getrieben werden kann. [...] Denn die NEWAG“, so Tanzer, „wird die erste sein, die ausspringt, wenn sie sich in anderer Weise schadlos gehalten sieht“.⁴⁸⁹

Auch dieser Streit ging in die Verlängerung und wurde, wie noch zu zeigen sein wird, erst 1966 beigelegt. Damit hatte die STEWEAG in den 1960er-Jahren zwei wichtige offene Fragen, in denen eine befriedigende Lösung schwer erzielbar war: die Verbauung der Enns und die Ablöse für die südburgenländischen Anlagen.

Grazer Fernheizwerk – Abnehmer der Köflacher Kohle

Im Dezember 1960 ging man an den Bau des Fernheizkraftwerkes Graz, für das besonders die Grazer Betriebe von Waagner-Biro und Simmering-Graz-Pauker sowie Brown Boveri (BBC) wesentliche Anlagen lieferten. Die Kohle sicherte man sich ab April 1963 durch einen Kohlenlieferungsvertrag mit den GKB,⁴⁹⁰ die Bauarbeiten übernahm ab dem Spätherbst 1961 die Firma Ast & Co. Um die Staub- und Geruchsbelästigungen möglichst gering zu halten, wurden die damals modernsten Elektrofilter eingebaut und der Schornstein auf 80 Meter Höhe

gebracht.⁴⁹¹ Dabei hatte man gegen das teils berechnigte Argument zu kämpfen, das Fernheizwerk nur zu bauen, um die Kohle aus Bergla zu verfeuern. Dagegen tischte die STEWEAG eine neue Variante auf: Man habe das Fernheizwerk nur zum Zwecke der leichteren Geldbeschaffung gebaut.

Tatsächlich stand man vor der Wahl zwischen den Energieträgern Öl und Kohle. Horvatek: „Ich möchte aber nicht haben, dass in der Presse jetzt erscheint, dass man nachdenkt, wie man noch ein Ölkraftwerk bauen kann“. Zur Finanzierung wurde man bei Schweizer Banken sowie der Girozentrale in Wien vorstellig. Bei den Schweizer Bankiers deutete man als Druckmittel sogar die Verstaatlichung der STEG an. Jedoch zwecklos. Wesentlich stärker wogen die Geschäftsinteressen der Schweizer BBC, deren Präsident Walter Boveri selbst Bankier war. Auch deutsche Banken wurden konsultiert, deren Kredite jedoch wesentlich teurer waren, so dass man diese Option nicht weiterverfolgte.⁴⁹² Schließlich kam es zu einer Mischfinanzierung, wobei etwa die Hälfte der Gesamtkosten (150 bis 180 Millionen Schilling) durch billiges Geld aus der Schweiz, teilweise mit einer Schweizer Bankenanleihe bedeckt wurde.⁴⁹³

1960: Das Zukunftsprogramm

Wesentlich für die weitere Entwicklung der nächsten rund 15 Jahre war die „Zukünftige Energieplanung“ der STEWEAG vom Dezember 1960. Sie sollte teilweise gemeinsam mit der VERBUND AG durchgeführt werden, obwohl sich ab Herbst 1961 die Beziehungen mit der STEWEAG verschlechtert hatten, weil die VERBUND AG ein eigenes Zukunftsbauprogramm aufgestellt und dabei auf die Landesgesellschaften wenig Rücksicht genommen hatte.⁴⁹⁴ Die STEWEAG ging in ihrem 15-Jahres-Programm grundsätzlich von einer jährlichen Konsumsteigerung von 7,2 Prozent aus, was einen geschätzten Mehrbedarf von über 1.500 GWh pro Jahr bedeutete. Eine Größenordnung, die umfangreiche Investitionen und den Neubau zahlreicher Werke erforderte,⁴⁹⁵ denn ein Zukauf dieser Strommenge von der VERBUND AG würde die STEWEAG finanziell ruinieren. Weil man eine Strompreiserhöhung allein niemals durchsetzen konnte, war es erforderlich, die Kosten deutlich zu senken und billigeren Strom als der VERBUND zu liefern. Drei Bauprogramme sollten dies langfristig bewerkstelligen: erstens Dampfkraftwerke mit Öl- und Kohlenbetrieb⁴⁹⁶ (vorerst im südlichen Grazer Feld), zweitens Speicherkraftwerke an der Enns (inklusive Hohentauern) und zwei Ennsstufen in Oberösterreich (wo man noch immer gegen Kastenreith, das von der VERBUND AG unterstützt wurde, kämpfte)⁴⁹⁷ und drittens weitere Murkraftwerke zwischen Lebring und Radkersburg, wofür man sich mit Jugoslawien einigen musste. Schließlich warf man noch ein Auge auf die Mur im Lungau und in der Obersteiermark sowie auf eine Beteiligung an den ÖDK und deren Strom aus der Drau in Kärnten.⁴⁹⁸

Dabei gab es kein „entweder oder“, sondern nur ein „sowohl, als auch“. Allein Hiefrau zeigte, dass man den Strom um neun Groschen pro kWh produzieren konnte, demgegenüber stand der Preis des VERBUND-Tarifs

⁴⁹¹ Dazu und zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 87. AR-Sitzung, v. 7.11.1961. – Der Wirkungsgrad der Filter lag bei 99,5 Prozent.

⁴⁹² ESt-Archiv, Protokoll und stenografisches Wortprotokoll der 84. AR-Sitzung, v. 10.1.1961.

⁴⁹³ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 87. und 92. AR-Sitzung, v. 7.11.1961 und 25.10.1962. – Die günstigen Absprachen mit den Schweizer Financiers erweckten den Neid anderer österreichischer Gesellschaften, v. a. der VERBUND AG, die versuchten, den Deal platzen zu lassen. Die Anleihe wurde mit 25 Millionen SFr gezeichnet.

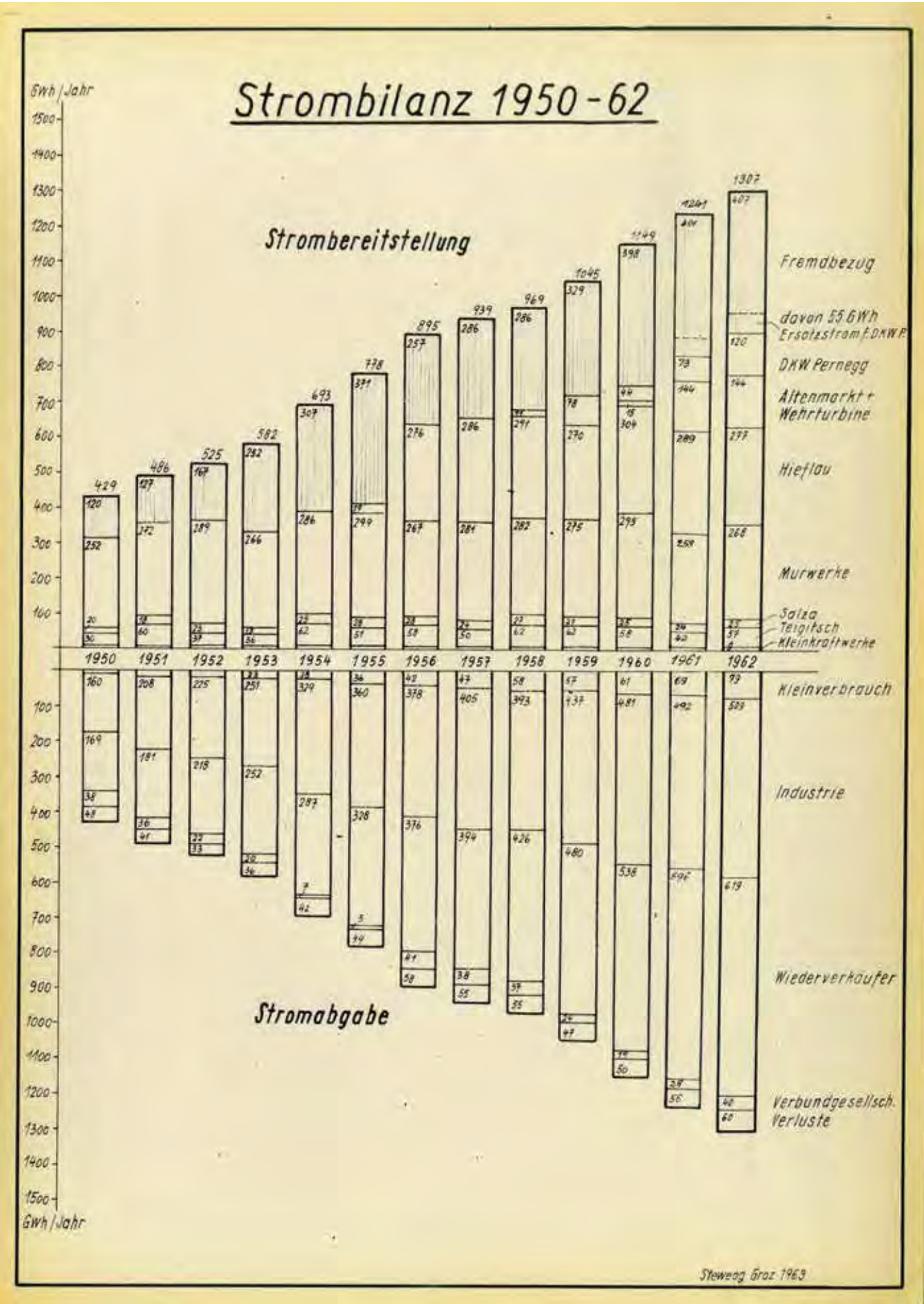
⁴⁹⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 87. AR-Sitzung, v. 7.11.1961.

⁴⁹⁵ ESt-Archiv, Protokolle der 84. und 87. AR-Sitzung, v. 10.1.1961 und 7.11.1961. – Allein schon bis 1966, das 1960 gut kalkulierbar war, errechnete man einen Mehrbedarf von 630 Millionen kWh, von 1966–1970 von weiteren 700 Millionen kWh. Für die Gesamtdauer bis 1975 kann von einem Mehrbedarf von knapp zwei Milliarden kWh ausgegangen werden.

⁴⁹⁶ Womit man den Strom zwischen 18 und 27 Prozent billiger als die VERBUND AG erzeugen könnte.

⁴⁹⁷ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 90. AR-Sitzung, v. 10.4.1962.

⁴⁹⁸ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 87. AR-Sitzung, v. 7.11.1961.



Strombereitstellung und Stromabgabe der STEWEAG 1950–1962

Quelle: ESt-Archiv.

mit 22 Groschen. Dies war auch die Richtung, die es einzuschlagen galt, wollte man langfristig als Stromerzeuger überleben. In Sichtweite waren folgende Fertigstellungstermine: für das DKW Pernegg bis 1962 (zweite Stufe bis 1966), für die Ennsstufen Krippau bis Herbst 1964 sowie von Landl (der Waagspeicher bis Herbst 1966), das Fernheizkraftwerk Graz (nach Plänen des Architekten Ferdinand Schuster)⁴⁹⁹ bis zum Herbst 1963.

Das Grazer Fernheizkraftwerk sollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: saubere Wärmeenergie liefern und die schwer absetzbare Kohle aus Köflach verbrennen. Die Idee, Orte und Gebäude über längere Leitungen mit Fernwärme zu versorgen, war nicht neu. Der Betrieb von Anlagen in Skandinavien und in der Bundesrepublik Deutschland wirkte vielversprechend. Vor allem sah man, dass in Westdeutschland mit den Fernwärmewerken der immer schwieriger verkaufbaren Ruhrkohle ein sicherer Absatz gegeben und Zehntausende Arbeitsplätze erhalten werden konnten. Auch in der Steiermark waren die Kohlenhalden in Fohnsdorf und Köflach größer und größer geworden. Daher ergriffen Landeshauptmann Krainer und der Grazer Bürgermeister Gustav Scherbaum (SPÖ) die Initiative und beauftragten die STEWEAG und die Grazer Stadtwerke, für Graz eine Fernwärmeversorgung aufzubauen und eine absehbare Win-Win-Situation sowohl für die Köflacher Kohle als auch für die Stadt herzustellen. Geplant war, im zukünftigen Werk jährlich rund 200.000 Tonnen Kohle zu verfeuern. Die Stadtwerke sollten das entsprechende Netz in Graz aufbauen und die Fernwärme im Stadtgebiet verkaufen, wogegen die STEWEAG das Kraftwerk zu bauen hatte.

STEWEAG-Zentrale: „Warum muss das Haus auf Stelzen stehen?“

Neben den verschiedenen Kraftwerksbauten, den Erweiterungen ihres Leitungsnetzes und Plänen für eine Fernwärmeversorgung hatte die STEWEAG einen Neubau ihres Verwaltungsgebäudes am Grazer Leonhardgürtel beschlossen. Ein Kraftakt, denn es fehlte an Geld für die 43 Millionen Schilling teure Zentrale. Ebenso hing noch die Finanzierung des bereits vergebenen Fernheizwerkes Graz in der Luft. Man ging den Bau daher Schritt für Schritt an und wollte zunächst den Rohbau unter Federführung der Universale Bau AG⁵⁰⁰ hochziehen, die Fenster einhängen und die Fassade gestalten, „so dass alles wetterfest ist!“. Dann hoffte man, „dass die Schweizer doch noch vernünftig werden und das [Grazer] Fernheizwerk finanzieren, so dass wir dann zügig weiterbauen können“ (Musil).

Die Diskussionen entzündeten sich jedoch weniger am nicht vorhandenen Geld als an einer Nebenfront: der Architektur des Gebäudes. Denn die Pläne und Modelle des 43-Millionen-Schilling-Projektes waren nicht nach dem Geschmack der doch schon etwas älteren Aufsichtsräte. Prof. Grengg: „Warum muss das Haus auf Stelzen stehen? Wie in Kuba und Neuseeland!“ Krainer: „Ich glaube, dass es nicht klug ist, dass wir uns auch in die allgemeine Mode, nur Glas zu verbauen, mit hineinreißen lassen. [...] Denn diesen Bau, wie er hier ist, sehen Sie in New York, Istanbul oder Pakistan. Und auch die Russen bauen das. [...] Natürlich ist die Klimaanlage von sechs Millionen mit dem Glas verbunden. Denn ich muss mich vor der Wärme schützen in diesem Glaskotter. [...] Die Kosten werden steigen. Und dass wir auf einmal kein Dach mehr bauen! Der Dachstuhl hat doch einen Sinn gehabt: Das war ein Luftpolster, Schutz gegen Wärme und Kälte. Aber wir machen jeden Unsinn mit, weil es einfach Mode ist! Weil den Architekten nichts anderes einfällt. Aber ich kann nichts mehr abändern, wir sind schon bei der Bauvergebung.“ Horvatek: „Welcher Architekt zeichnet verantwortlich? Wenn ich mir vorstelle, dass man die Ringstraße abreißen und lauter solche Häuser hinstellen würde, kein Mensch kommt mehr nach Wien, das kann niemand anschauen. Und: In den Räumen werden die Leute zu Schablonenmenschen gemacht!

⁴⁹⁹ Errichtet auf dem Gelände Puchstraße 51 als Fernheizkraftwerk Graz-Süd.

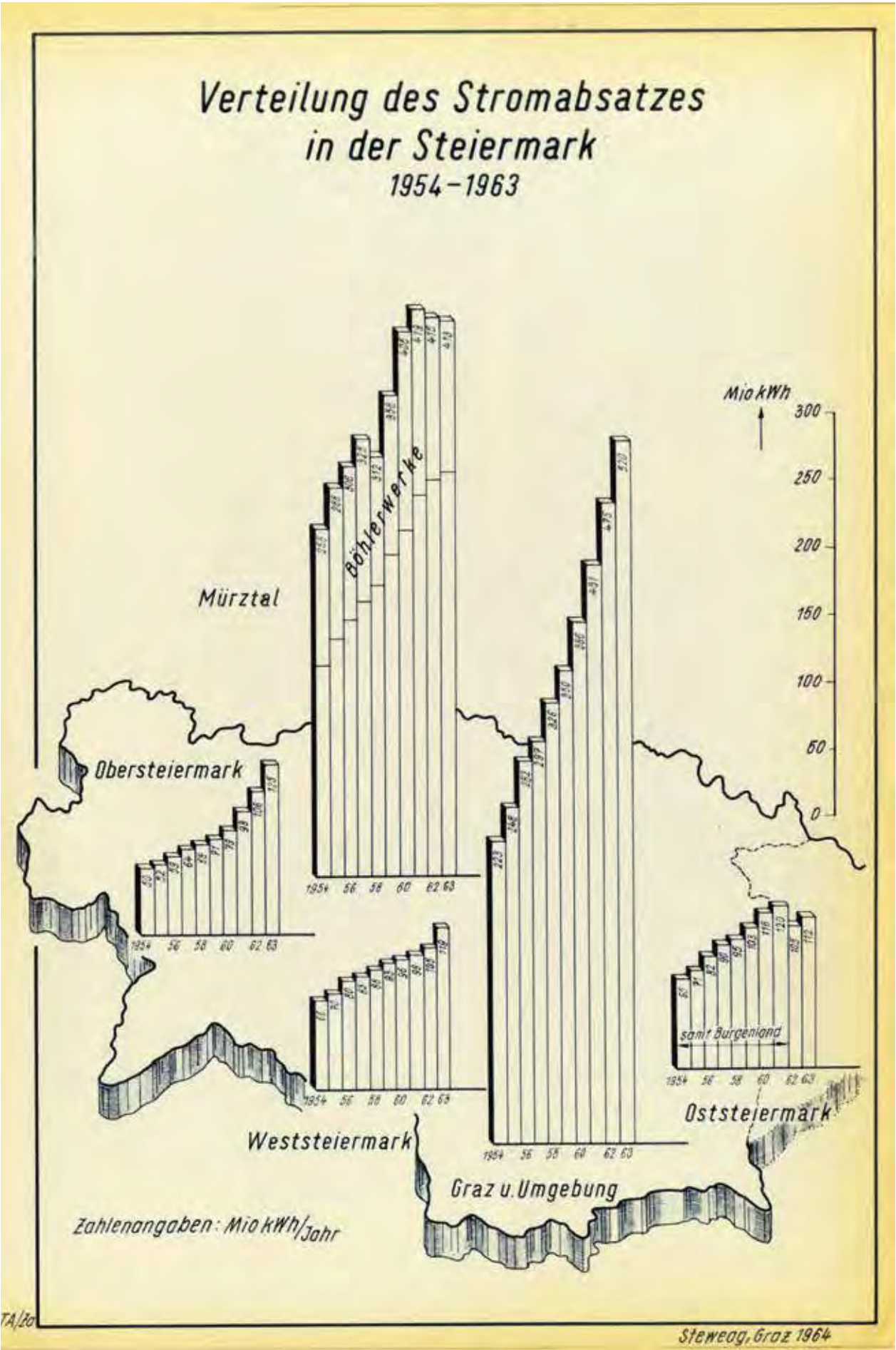
⁵⁰⁰ Zum Bau des Verwaltungsgebäudes: ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 84. AR-Sitzung, v. 10.1.1961. – Die Arge bestand aus der Universale AG, Erwin Franz sowie Holzmann & Stark.

In der Schweiz und Italien gibt es moderne Bauten, über die man sich freut!“ Musil versuchte zu beruhigen, es wären zwei Grazer Architekten, Lebwohl und Kordon,⁵⁰¹ die Zeichnungen gäben ein falsches Bild, die Fenster würden zentral aufsperrbar sein. Resignierend Tanzer: „Ich verachte solche Glasbauten auch! Mein Predigen hat bei den Architekten so viel bewirkt, dass zwischen diesen Fenstern nun sehr viel Fleisch ist. Es steht auch nicht mehr auf Stelzen dadurch, weil das Glas zurücktritt und infolgedessen sieht es nicht wie ein Glashaus oder eine Gärtnerei aus.“ Darauf fuhr Krainer ein schweres Geschütz auf: „Heizen Sie mit Kohle?“ Nein, mit Öl, das sei billiger, entgegnete Musil.

Der Bau schritt dennoch weiter fort. Der Kauf der Ölheizung wurde zwar fürs erste zurückgestellt, die Bauarbeiten und die Klimaanlage jedoch in Auftrag gegeben. Im April 1961 erfolgte auch die Bestellung der umstrittenen Ölheizung,⁵⁰² im April 1962 bereits die Vergabe der Fliesenlegerarbeiten an die Grazer Firmen Lipp und Büttinghaus,⁵⁰³ wenig später die restlichen Innenarbeiten, bis zur Verfliesung und der Ausgestaltung der Konferenzräume.⁵⁰⁴ Am 1. Februar 1963 war es schließlich so weit und der Umzug der STEWEAG-Mitarbeiter⁵⁰⁵ in die neue Zentrale am Leonhardgürtel 10 mit rund 10.000 Quadratmetern Büro- und Verkehrsflächen und 164 Büroräumen konnte binnen einer Woche bewerkstelligt werden. 75 Lkw-Fuhren brachten 300 Tonnen Akten (verpackt in 1.600 Kisten) aus den verschiedenen dezentralisierten, meist angemieteten Arbeitsstellen in der Stadt in die neuen Räumlichkeiten.⁵⁰⁶ Erstmals seit Jahrzehnten waren damit alle zentralen Abteilungen unter einem Dach zusammengefasst. Das alte seit 1924 als Sitz der Zentrale verwendete Verwaltungsgebäude am Opernring 7 hatte man schon Ende 1962 um sechs Millionen Schilling an die Landesregierung verkauft.⁵⁰⁷ Das neue Gebäude zeigte sich, trotz aller anfänglichen Unkenrufe, als zweckmäßig und architektonisch interessant. Form und Funktion waren stimmig.

Mit dem Bezug des neuen Verwaltungsgebäudes fiel auch ein Umbau der Führungsstruktur der STEWEAG zusammen.⁵⁰⁸ Die Ära von Generaldirektor Kurt Konrad Tanzer, der nach Hofbauer zum führenden Strategen der STEWEAG geworden war und über vier Jahrzehnte das Unternehmen wesentlich mitgestaltet hatte, ging über eigenes Ersuchen zu Ende. Tanzer blieb der Landesgesellschaft jedoch weiterhin als Konsulent verbunden. Der neue Vorstand bestand nun aus Ludwig Musil als Vorsitzendem, Ludwig Pesendorfer als kaufmännischem Direktor und LH-Stv. a. D. Tobias Udier, der mit seiner Bestellung auch den Vorsitz im Aufsichtsrat zurücklegte. Seine Funktion als Präsident des Aufsichtsrates übernahm Max Albegger, langjähriger Präsident der Finanzlandesdirektion für Steiermark.

Auf den neuen Vorstand warteten große Aufgaben, für die das Unternehmen beträchtliche Geldmittel benötigte. Tanzer hatte noch vorsorglich einen 200-Millionen-Schilling-Überbrückungskredit mit österreichischen Banken und eine 300-Millionen-Schilling-Inlandsanleihe in die Wege geleitet.⁵⁰⁹ Komplex und äußerst schwierig



Die Verteilung des Stromabsatzes der STEWEAG 1954-1963

Quelle: ESt-Archiv.

⁵⁰¹ Architekturbüro Christiane, geb. Schmid-Schmidsfelden, und Walther Kordon, das zahlreiche Großbauten durchführte, u. a. die Wirtschaftskammer in Graz, zuletzt den Umbau der Grazer Oper; Das Werk Karl Lebwahls kennzeichneten vor allem Sakralbauten und große Stahlkonstruktionen. Vgl. zur Stahlarchitektur und den entsprechenden Bauten in der Steiermark, wie dem Alpine-Verwaltungsgebäude und dem Forschungszentrum in Leoben: Holger Neuwirth – Friedrich Bouvier, Ingenieurkunst und Eisenarchitektur, in: Paul W. Roth (Hg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beitragsband zur steirischen Landesausstellung 1984, Graz 1984, S. 323–343.

⁵⁰² ESt-Archiv, Protokoll der 85. AR-Sitzung, v. 7.4.1961.

⁵⁰³ Obwohl Büttinghaus Bestbieter war. Karl Lipp durfte nach Öffnung des Angebotes nachbieten. ESt-Archiv, Protokoll der 90. AR-Sitzung, v. 10.4.1962.

⁵⁰⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 90. AR-Sitzung, v. 10.4.1962. – Die Baukosten des Verwaltungsgebäudes betrugen schließlich 51,7 Millionen Schilling, wofür sich Architekt Lebwohl in einem ausführlichen Bericht zu verantworten hatte. Protokolle der 92. und 94. AR-Sitzung, v. 25.10.1962 und 14.12.1962. Beilage.

⁵⁰⁵ Im Jahre 1963 hatte die STEWEAG rund 1.200 Bedienstete. ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 97. AR-Sitzung, v. 18.5.1963 (Angaben von VR-Präsidenten Max Albegger).

⁵⁰⁶ STEWEAG-Bote, 3. Jg., Nr. 12, Februar 1963; S. 3f.

⁵⁰⁷ ESt-Archiv, Protokoll der 94. AR-Sitzung, v. 14.12.1962.

⁵⁰⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 97. AR-Sitzung, v. 18.5.1963.

⁵⁰⁹ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 97. AR-Sitzung, v. 18.5.1963.

waren auch die Verhandlungen mit der VERBUND AG um einen Stromlieferungsvertrag, weil es einen solchen auf dem Papier nicht gab.⁵¹⁰ Seit 1947 hatte die STEWEAG Strom von der VERBUND AG einfach nach dem jeweiligen Tarif, ohne vertraglich abgesicherte Störfälle, gekauft. Bei den behördlichen Strompreisregulierungen war der STEWEAG seit 1951 jedes Mal die niedrigste Erhöhung zugestanden worden, weil man kalkulatorische Zinsen auch für den relativ hohen Kapitalanteil des Landesunternehmens ansetzte. Die VERBUND AG brauchte andererseits Abnehmer jenes Stroms, den sie von den Sondergesellschaften wie der ÖDK erhalten hatte, und versuchte daher gegenüber den Landesgesellschaften Zwangsabnahmekontingente durchzusetzen: für die STEWEAG bis zu 30 Prozent ihrer eigenen Erzeugung. Schließlich verständigte sich die STEWEAG 1966 wohl oder übel auf einen Stromliefervertrag mit der VERBUND AG, der dem Landesunternehmen zumindest Planungssicherheit bot. Die VERBUND AG erhielt eine Abnahmegarantie von 25 Prozent der STEWEAG-Erzeugung für zwölf Jahre, die Landesgesellschaft jedoch nur eine Strompreiseerhöhung von 15,4 statt der erhofften 20 Prozent.⁵¹¹

Streit um die mittlere Enns

Immer noch auf eine Lösung von seiten der STEWEAG wartete der Wasserkraftausbau „Mittlere Enns“. Zur Unterstützung ihrer Landesgesellschaft hatte der Steiermärkische Landtag am 14. Juni 1962 eine einhellige Resolution gefasst, die sich – im Einklang mit dem Landwirtschaftsministerium – gegen die Realisierung des oberösterreichischen Projektes Kastenreith und für das Fünfstufenprojekt der STEWEAG aussprach. Zugleich bot man jedoch der OKA und der VERBUND AG einen Ausgleich an. Dieser ging über die engere Ennsproblematik weit hinaus, schloss bereits einige Punkte des Zukunftsplans vom Dezember 1960 ein und knüpfte an die Vorüberlegungen an: Die Enns wird an der Landesgrenze geteilt. Die OKA oder die Ennskraftwerke sollten die oberösterreichischen Ennsstufen errichten, jedoch alle fünf Stufen betrieblich gemeinsam geführt werden. Die STEWEAG beteiligt sich dafür an den beiden nächsten Draustufen der ÖDK in Rossegg und Feistritz (wobei die Kärntner der STEWEAG zunächst die kalte Schulter zeigten und auf das Angebot nicht einmal reagierten)⁵¹² sowie an dem künftigen ÖDK-Dampfkraftwerk, Voitsberg III, um die steirische Kohlenkrise zu mildern.⁵¹³

Doch die Dampfkraft war nicht das eigentliche Betätigungsfeld der STEWEAG, die in Wasserbauprojekten, vor allem an Mur und Enns, ihr wichtigstes Betätigungsfeld sah. Gerade an der Enns aber hatte sie schon seit Jahren einen veritablen Streit mit der OKA, der sich in erster Linie an Kastenreith auf oberösterreichischer und Altenmarkt auf steirischer Seite entzündet hatte.

1962 wähnte sich die STEWEAG schon auf der Siegerstraße, da kippte der Verwaltungsgerichtshof die Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums zum bevorzugten Bau des Kraftwerkes Altenmarkt und erklärte damit das schon weit gediehene Projekt de facto zum „Schwarzbau“.⁵¹⁴ Klar war auch, dass damit der politische Streit zwischen Landwirtschaftsminister Eduard Hartmann (ÖVP) und Verkehrs- und Energieminister Karl Waldbrunner, der die STEWEAG von oben herab behandelte, offen ausbrach. Im Hintergrund agierte die VERBUND AG, die auf dem Standpunkt stand, nur „sie hätte das Privileg der Errichtung von Kraftwerken“ (Tanzer). Der wieder aufgeflammte Streit um die „Mittlere Enns“ hatte zwei unmittelbare Folgen: die Gefahr, die

Vorarbeiten für das Ennskraftwerk Krippau abbrechen zu müssen⁵¹⁵ und den raschen Beschluss der STEWEAG, unter großem Zeitdruck ein neues Murkraftwerk bei Gralla zu bauen, um die Eigenerzeugung weiter auf 70 Prozent der gesamten Energiebeschaffung zu halten, und um mit dem Bau von Krippau sofort beginnen zu können, falls eine Entscheidung im Ennsstreit noch vor Ostern 1963 fallen sollte. Eine Vorwärtsstrategie, die auch Stärke und Entschlossenheit demonstrierte.⁵¹⁶ Denn es war klar, dass das 1964 in Betrieb gehende Gralla allein den Entfall der Ennsstufen nicht würde ersetzen können, sodass in den Diskussionen wiederum die Notwendigkeit ventiliert wurde, ein thermisches Werk südlich von Graz, eventuell ebenfalls bei Gralla, zu errichten. Trotz aller Zeitnot wurde beim Bau von Gralla vielen Forderungen der ersten Bürgerinitiativen entsprochen, erstmals großer Wert auf den Naturschutz gelegt und Rücksicht auf die heimischen Vogelarten und Zugvögel genommen, die am Stausee neue Nist- und Rastplätze vorfinden sollten.⁵¹⁷ Für die STEWEAG war es eine neue Erfahrung, sich noch vor den Detailplanungen mit der Bevölkerung, verschiedenen Bürgerinitiativen und Naturschutzgruppen zusammenzusetzen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Tatsächlich entschied der Verwaltungsgerichtshof im Widerstreitverfahren um die Enns, „dass dem Fünfstufenprojekt als jenem Projekt der Vorzug gebührt, das dem öffentlichen Interesse besser dient“.⁵¹⁸ Die Höchstrichter hatten sich für das STEWEAG-Projekt entschieden, obwohl Kastenreith die Enns besser ausnutzen konnte. Entscheidend waren das öffentliche Interesse und die menschliche Komponente, wären doch bei Kastenreith umfangreiche Absiedlungen von Menschen notwendig geworden. Gegen dieses Erkenntnis gab es kein Rechtsmittel mehr. Die STEWEAG und vor allem Landeshauptmann Krainer, der vehement die menschlichen Probleme bei Kastenreith ansprach, hatten sich durchgesetzt. Krippau konnte weitergebaut, im Herbst 1963 die etwas größere Kaverne und ein Wohnhaus für die Beschäftigten⁵¹⁹ errichtet werden.

Bis Jahresende 1967 erzeugte die STEWEAG an den steirischen Ennsstufen rund 4.800 GWh Strom. Auch bei Berücksichtigung aller Nebenkosten war der Strom aus der Enns um fast die Hälfte billiger als der zugekaufte Strom der VERBUND AG. Eine klare Erfolgsstory. Auch weil aus der heftigen Auseinandersetzung mit der OKA schon bald eine gedeihliche Zusammenarbeit wurde. Dazu kam, dass die seit dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz geltende Maxime „der VERBUND erzeugt den Strom, die Landesgesellschaften verteilen ihn“ nun nicht mehr aufrechtzuerhalten war.⁵²⁰

„Wer mehr schreit, bekommt auch mehr!“

Das Ausbaukonzept der STEWEAG bis 1975 war ambitioniert und mit einem ebenso mutigen Finanzplan von insgesamt rund 1,8 Milliarden Schilling abgedeckt. Von den jährlichen Ausgaben sollten zwischen 48 und 57 Prozent aus Eigenmitteln bestritten werden. Der zeitliche Schwerpunkt der Investitionen in neue Kraftwerke lag in den ersten Jahren bis 1967, wofür man deutlich mehr als die Hälfte der Mittel selbst aufbringen wollte und den Rest fremdzufinanzieren hatte.

⁵¹⁵ ESt-Archiv, Protokoll der 92. AR-Sitzung, v. 25.10.1962.

⁵¹⁶ ESt-Archiv, Die Möglichkeiten für einen Kraftwerksausbau im südsteirischen Raum. Stellungnahme der Technischen Direktion der STEWEAG, Oktober 1962, Beilage zum Protokoll der 92. AR-Sitzung, v. 25.10.1962. Die Bauarbeiten für Gralla wurden am 14.12.1962 teilweise an die Firma Rella & Co, Graz, vergeben, der Hauptauftrag ging jedoch an die Arge Porr – Hinteregger, was zu Unstimmigkeiten seitens der nicht beteiligten Eduard Ast & Co, bzw. wegen vermutetem „Diebstahl geistigen Eigentums“, von Prokurist Dr. Bratschko (Ast) führte. Protokolle der 94. und 96. AR-Sitzung, v. 14.12.1962 und 6.5.1963.

⁵¹⁷ Vgl. Reismann – Wiedner, Elektrizität, S. 473.

⁵¹⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 95. AR-Sitzung, v. 16.4.1963.

⁵¹⁹ ESt-Archiv, Protokoll der 100. AR-Sitzung, v. 9.10.1963.

⁵²⁰ Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 180.

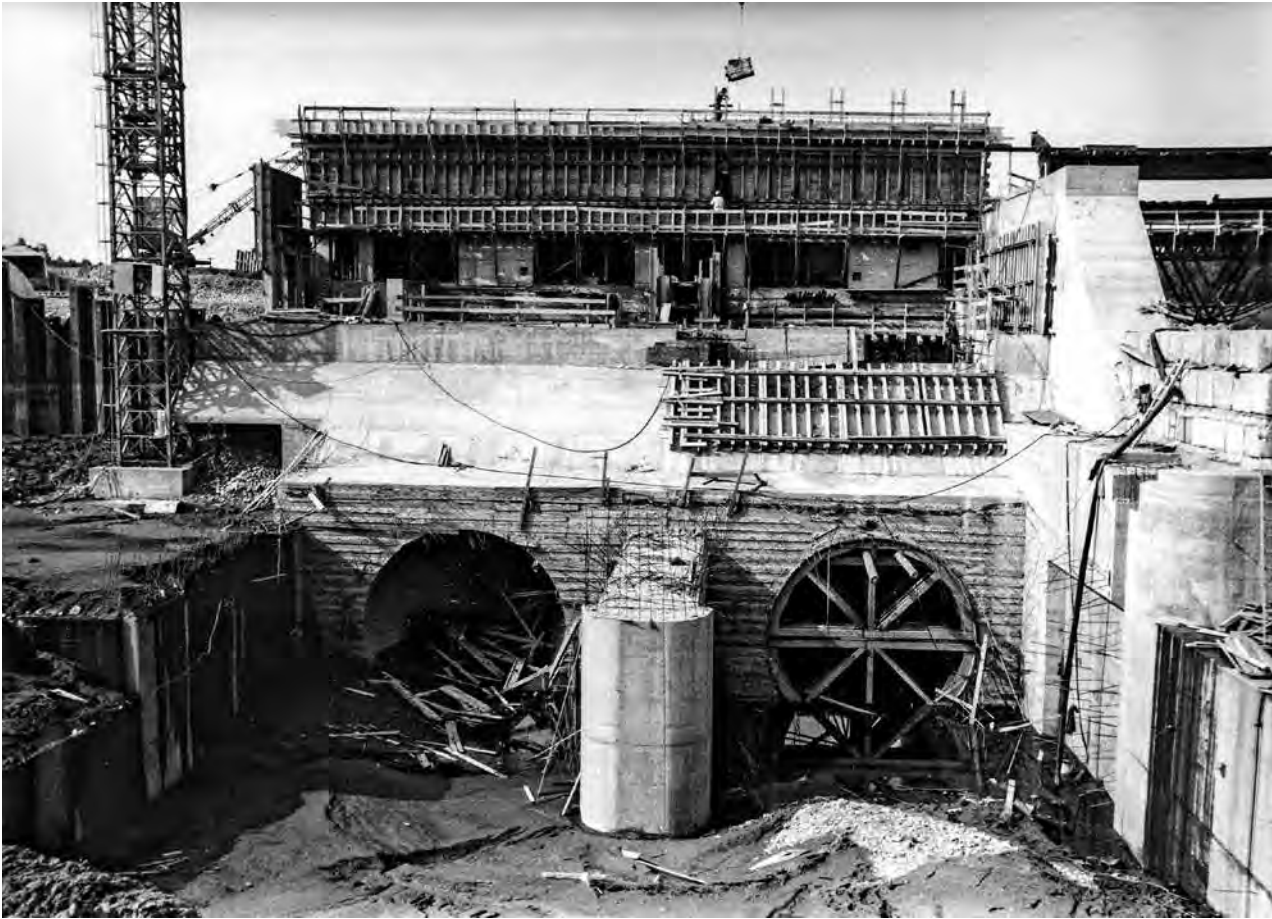
⁵¹⁰ 50 Jahre STEWEAG, S. 41ff.

⁵¹¹ ESt-Archiv, Stenografische Wortprotokolle der 118. und 121. AR-Sitzung, v. 18.4.1966 und 27.8.1966.

⁵¹² ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 92. AR-Sitzung, 25.10.1962. Bericht GD Tanzer.

⁵¹³ ESt-Archiv, Vergleichsangebot der STEWEAG, v. 23.6.1962, basierend auf der Resolution des Stmk. Landtages v. 14.6.1962. Beilage der 91. AR-Sitzung, v. 11.7.1962

⁵¹⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 91. AR-Sitzung, v. 11.7.1962.



Auslauf der zwei Rohrturbinen im Krafthaus Gabersdorf

Quelle: Privatbestand Karner, Sammlung E-Wirtschaft.

Das STEWEAG-Kraftwerks-Ausbaukonzept 1963 bis 1973/75

Kraftwerk	Bauzeit	Investitionsbedarf in Mill. S
Fernheizkraftwerk Graz	1963–64	120
Krippau	1963–65	300
Gralla	1963–64	140
Waagspeicher b. Hieflau	1963–64	50
Hieflau (3. Maschinensatz)	1964–65	50
St. Martin	1965–66	40
Landl	1965–67	300
Murfeld I	1966–68	200
Gabersdorf	1968–69	150
Diepersdorf	1970–71	150
Murfeld II	1970–73	200
Wagna	1972–73	140
Summe		1,840

Quelle: Erstellt nach ESt-Archiv, Protokoll der 98. AR-Sitzung, v. 26.6.1963. Beilagen.

Die Fremdmittel flossen allerdings nicht im erhofften Ausmaß. So erhielt man schon im September 1963 für das Grazer Fernheizkraftwerk, offiziell aus eher formalen Gründen, vom ERP-Fonds statt der beantragten 50 Millionen nur 24 Millionen Schilling. Die VERBUND AG hatte das Lobbying beim Wiener Verkehrsministerium effizienter betrieben und das Gros der US-Gelder erhalten.⁵²¹ „Bei der VERBUND marschieren beide Seiten [ÖVP und SPÖ] auf! Ich würde also Krainer und Hofrat Schachner ersuchen, in Wien zu [Sektionschef] Guido Preglau⁵²² zu gehen. [...] Wer mehr schreit und lästig ist, bekommt mehr. Wer bescheiden ist und nur auf seine sachlichen Argumente pocht, der kommt nie weiter. [...] Von Oberösterreich marschieren Landeshauptmann Gleißner mit seinem Stellvertreter Bernaschek alle 14 Tage dort auf. Die wollen 150 Millionen für Linz“, forderte Musil.

Krainer, eher sachlich und pragmatisch sowie skeptisch, was steirische Interventionen in Wien anging: „Wir müssen bei der Verteilung dabei sein. Da haben wir eine Begründung: die unterentwickelten Grenzgebiete. Aber sonst sind wir als Kraftwerksbauer am kürzeren Hebel, weil ja die VERBUND AG den Löwenanteil abschöpfen will. Wir werden eine gemeinsame Vorsprache vornehmen. Nur möchte ich bitten, die Finanzierungspläne nicht auf den ERP-Krediten aufzubauen.“ Musil beklagte, dass die steirischen Interessen bei den Wiener Zentralstellen nicht mit dem nötigen politischen Nachdruck vertreten würden, Kreditmöglichkeiten ungenutzt blieben.

Die Vorsprache bei Sektionschef Preglau hatte tatsächlich nur einen bescheidenen Erfolg: Von den beantragten 100 Millionen für die Murkraftwerke Gralla und Gabersdorf stellte er nur 30 Millionen Schilling in Aussicht,⁵²³ obwohl deutlich wurde, dass man die Murstufen in Zukunft dringend brauchen würde, war doch der Großraum Graz der größte Stromabnehmer mit den stärksten Zuwächsen (siehe Abbildung, Seite 159). Seit 1960 hatte man jährlich zusätzlich zwischen 80 und 105 GWh Strom absetzen können⁵²⁴ und dabei den Fremdbezug nicht über 30 Prozent steigern wollen.

Intervenieren und lobbyieren um günstige Kredite und die Forderung nach einer Strompreiserhöhung von sechs bis sieben Prozent sowie der langjährige Verzicht des Landes auf eine Dividende aus dem STEWEAG-Kapital⁵²⁵ waren das eine, sparen das andere.⁵²⁶ Die Restelektrifizierung der Landwirtschaft (siehe Abbildung, Seite 153) bot wieder einmal an, den Sparstift einzufordern. Eine große Hilfe war der sogenannte „Thoma-Plan“, ⁵²⁷ wonach die Kosten der Restelektrifizierung zu jeweils einem Drittel von Bund, Land und Elektrizitätsgesellschaft zu tragen waren. Pro Anschluss am Land mussten bereits 500 Meter Leitungen (auf der Soboth 700 Meter) verlegt werden. „Das wird immer teurer. Der Erlös deckt weder die Amortisation noch die Strombeschaffung, d. h. die Sonderabnehmer zahlen das irgendwie letzten Endes mit! Und bei der Soboth war das auch eine staatspolitische Notwendigkeit. Die haben keinen Strom dort gehabt. Die Jugoslawen, die sehr leicht vom Drautal herauf elektrifiziert haben, stellten riesige, beleuchtete Transparente an der Grenze auf: ‚So sorgt die Volksdemokratie für ihre Bevölkerung‘, notierte man im Wortprotokoll des Aufsichtsrates 1963.⁵²⁸

⁵²¹ ESt-Archiv, Protokoll der 99. AR-Sitzung, v. 2.9.1963. – Auch die Salzburger Safe war stark gekürzt worden.

⁵²² Guido Preglau, Dkfm., Dr. iur., geb. 1910 in Villach, gest. 2001 in Wien, Mitglied der ÖCV-Verbindung „Austria“, seit 1956 Sektionschef im Bundeskanzleramt unter Julius Raab, zuständig anfangs für den ERP-Fonds, 1962 Mitautor des ERP-Fonds-Gesetzes, später u. a. für die Ablöselieferungen an die Sowjetunion, v. a. für die USIA. Preglau war ein international anerkannter Finanz-Experte. – www.oecv.at (erstellt von Gerhard Hartmann und Preglaus Sohn, SC Herbert Preglau).

⁵²³ ESt-Archiv, Protokoll der 104. AR-Sitzung, v. 17.3.1964.

⁵²⁴ Ebd.

⁵²⁵ ESt-Archiv, Protokolle der 102. und 103. AR-Sitzung, v. 21.12.1963 und 25.2.1964.

⁵²⁶ Beim Bau des Grazer Fernheizkraftwerkes konnten rigide 24 Millionen Schilling eingespart werden. Statt 295 Millionen kostete die Anlage 271 Millionen Schilling. ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 101. AR-Sitzung, v. 30.11.1963.

⁵²⁷ Benannt nach dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (1952–1959), dem Steirer Franz Thoma.

⁵²⁸ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 100. AR-Sitzung, v. 9.10.1963, in St. Gallen (Gh. Rappel).

Energiekrisen fordern alternative Energien

Die Erzeugung und Bereitstellung von Energie machte ab den 1970er-Jahren eine zaghaft beginnende Veränderung durch: weg von Kohle, Erdöl, Erdgas und dem Projekt eines Kernkraftwerkes, hin zu einer sauberen, erneuerbaren Energie, auch wenn diese bis in die 1990er-Jahre nur marginale Anteile am Gesamtenergieaufkommen erreichen konnte. Dennoch schaffte man – auch über politische Programme – eine verstärkte Bewusstseinsbildung für energiepolitische Fragen und konnte über alternative Energieerzeugungsmöglichkeiten Tausende Menschen zu Kleinerzeugern von Wind-, Solar-, Erdwärme-, Luft-Wärme- oder Biomasseanlagen machen. Der Klimawandel, wesentlich hervorgerufen durch die hohen CO₂-Emissionen und den Feinstaub, verstärkte jedoch erst ab den 2010er-Jahren die breite Zustimmung der Bevölkerung zu erneuerbaren Energien, besonders in der jüngeren Altersgruppe.

Einen entscheidenden Anstoß zum Bewusstseinswandel hatten anfänglich die Energiekrisen der 1970er-Jahre gegeben. So waren etwa wieder geförderte Eigentumswohnungen mit einem Heizkaminanschluss auszuführen. Die Bedeutung der steirischen Kohle nahm dramatisch ab und sank auf nur noch 1,9 Prozent des gesamten Verbrauchs an primärer Energie im Jahre 1990; Tausende Arbeitsplätze gingen dadurch verloren. Das vor allem aus der Sowjetunion stammende Erdgas deckte 1980 bereits 16 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfs der Steiermark. Seit 1977 versorgte die Steirische Ferngas GmbH Gewerbebetriebe und Haushalte; Fernheizwerke entstanden, das größte davon 1986 in Mellach.

Geldsorgen begrenzen den Bau neuer Kraftwerke

Der STEWEAG drohte Mitte der 1960er-Jahre wiederum ein kräftiges Finanzierungsproblem. Allein für die Investitionen im Jahr 1964 rechnete man mit einem zusätzlichen Aufwand von 234 Millionen Schilling, den man durch die 300-Millionen-Inlandsanleihe⁵²⁹ und einen Überbrückungskredit abzudecken hoffte – Fremdkapital, das man dringend brauchte, und zwar für Krippau, einen Umbau in Salza, für Gralla und bald auch schon für Landl, das seit 1957 geplante Werk an der Enns mit vorgesehenen Baukosten von 320 Millionen Schilling.⁵³⁰ Auch die Forderung des VERBUNDS, sich stärker an der ÖDK zu beteiligen, war angesichts des finanziellen Engpasses nicht erfüllbar. Obwohl man nur zwei Jahre zuvor für den Fall, dass in der Ennsfrage keine Lösung gefunden würde, eine Beteiligung an der ÖDK durchaus angestrebt hatte. Jetzt monierten Krainer und Horvatek abermals für ein Engagement an der ÖDK: „Das einzig Mögliche ist, dass man sich bei den Draukraftwerken beteiligt, dass man sich beteiligt, denn dann bekommt man den Strom zu Selbstkosten. Das hat die KELAG gemacht. Sie bekommt den Edlinger Strom zu Selbstkosten, das ist sehr günstig“, so Horvatek. Und Krainer: Das ist das beste Geschäft!⁵³¹ Daraus wurde nichts – jedenfalls noch nicht. Denn letztlich entschied der Rechenstift die Frage einer echten Partnerschaft, zu der die ÖDK nicht bereit war. Von 1955 bis 1962 hatte die STEWEAG 750 Millionen Schilling in eigene Kraftwerke investiert. Hätte man diesen Betrag der ÖDK als Beteiligung gegeben, so das Kalkül, dann wären 250 Millionen Schiling an Abschreibungen bei der ÖDK verblieben, ganz abgesehen vom Bau einer neuen Leitung nach Kärnten. Das STEWEAG-Investitionsvolumen wäre mindestens um ein Drittel kleiner gewesen.⁵³²

Wenig Hoffnung hatte man auch, vom Burgenland noch eine Entschädigung für die der BEWAG abgetretenen Anlagen zu bekommen. Denn mit dem Ministerratsbeschluss vom 18. Dezember 1963 zur Novellierung des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes hatte die BEWAG die rechtliche Stellung einer Landesgesellschaft erhalten. Vielmehr glaubten die Burgenländer, sie wären von der STEWEAG „geschröpft“ worden. Minister Otto Probst (SPÖ) bestätigte zudem, er habe keine Handhabe, die Burgenländer „zur Leistung einer Entschädigung zu zwingen“.⁵³³ Die vor allem von Krainer vorgegebene weiche Linie war für die STEWEAG schlussendlich finanziell nachteilig. Die Einigung kam schließlich im Februar 1966 als Entschädigungsvergleich zustande, wobei man auf ein Schiedsgericht verzichtete, um der BEWAG kein Präjudiz für ihre Verhandlungen mit der NEWAG zu geben. Die STEWEAG erhielt für ihre ehemaligen Anlagen im Südburgenland statt der ursprünglich kalkulierten 73 Millionen nur noch 20 Millionen Schilling bei Vertragsabschluss und weitere zehn Millionen unverzinst in zehn Jahresraten.⁵³⁴

Auch eine Entschädigung von 3,5 Millionen Schilling durch die Ennskraftwerke für die Kosten der Arbeiten auf der oberösterreichischen Seite der Enns war kaum mehr durchzusetzen.⁵³⁵ So ging man auch da zu einer weichen Verhandlungslinie über: „Das Schwergewicht in den Verhandlungen soll nicht mehr auf dem Wort ‚Kosten, Kostenzuschuss, Gestehungskosten‘ usw. liegen, sondern auf dem Wort ‚Ausgleich‘“,⁵³⁶ so der Grundtenor im STEWEAG-Vorstand.

Bei beiden Entschädigungsfragen hatte die STEWEAG ihre ursprünglichen Vorstellungen nicht durchgebracht, teilweise aus politischen Rücksichtnahmen, die ihr die Landespolitik diktiert hatte, teilweise nach eigenen Fehlern. Das nagte am Image der STEWEAG ebenso wie das Versäumnis, sich stärker an Voitsberg beteiligt zu haben. Das Dampfkraftwerk der VERBUND AG in Zeltweg schien keine wirkliche Alternative. Seine Errichtung hielt man energiewirtschaftlich mehrheitlich zwar für falsch, sozialpolitisch jedoch für gerechtfertigt.⁵³⁷ Horvatek: „Es hat sehr viele Menschen beschäftigt. Es ist nicht ganz einfach, ein Gebiet [...] zu entäußern und die Bevölkerung verelenden zu lassen. So wie Bergla gestützt wird, und mit Recht, so war Fohnsdorf umso mehr zu stützen!“

Ähnlich zweifelhaft war betriebswirtschaftlich das Ennskraftwerk Landl, „weil es eigentlich gegen die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes [errichtet] würde. Wir müssen die [Enns]Kette schließen, wir müssen das bauen und insofern [...] zur Kenntnis nehmen, dass dieses Werk von den drei Stufen – Landl, Altenmarkt und Krippau – das unwirtschaftlichste ist“. Weil man Landl aber bauen musste, besonders im Hinblick auf das laufende Streitverfahren mit den Ennskraftwerken, sollten andere, neue Kraftwerke „solche Dinge wie Landl verdauen“.⁵³⁸

Zu viel Öl heißt weniger Fernwärme

Auch der Bau des Grazer Fernheizkraftwerkes, das ja nur aus dem Grund errichtet wurde, um dem Kohlenbergbau zu helfen, lief „erschreckend“ (Krainer) schlecht. Die Baukosten waren wesentlich höher als vorausberechnet, mit Betriebsverlusten war bis weit in die 1970er-Jahre hinein zu rechnen. Die Verluste in der Anlaufphase ab 1963 waren fast unvermeidlich. Einerseits waren die Kosten für den Ausbau des Fernwärmenetzes in der Stadt

⁵²⁹ ESt-Archiv, Protokoll der 103. AR-Sitzung, v. 25.2.1964. – Dabei handelte es sich um eine Obligationsanleihe von 300 Millionen Schilling, bei sechsprozentiger Verzinsung und 20-jähriger Laufzeit, wovon fünf Jahre tilgungsfrei waren.

⁵³⁰ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 109. AR-Sitzung, v. 16.2.1965.

⁵³¹ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 102. AR-Sitzung, v. 21.12.1963. – Aufgabe der Sondergesellschaften war es, neue Kraftwerke zu errichten und den daraus gewonnenen Strom an die VERBUND AG mit einem kleinen Zuschlag abzugeben. Zur Stärkung der Sondergesellschaften war 1963 eine Beteiligung der Länder diskutiert worden.

⁵³² ESt-Archiv, Protokoll der 104. AR-Sitzung, v. 17.3.1964.

⁵³³ ESt-Archiv, Protokoll der 103. AR-Sitzung, v. 25.2.1964.

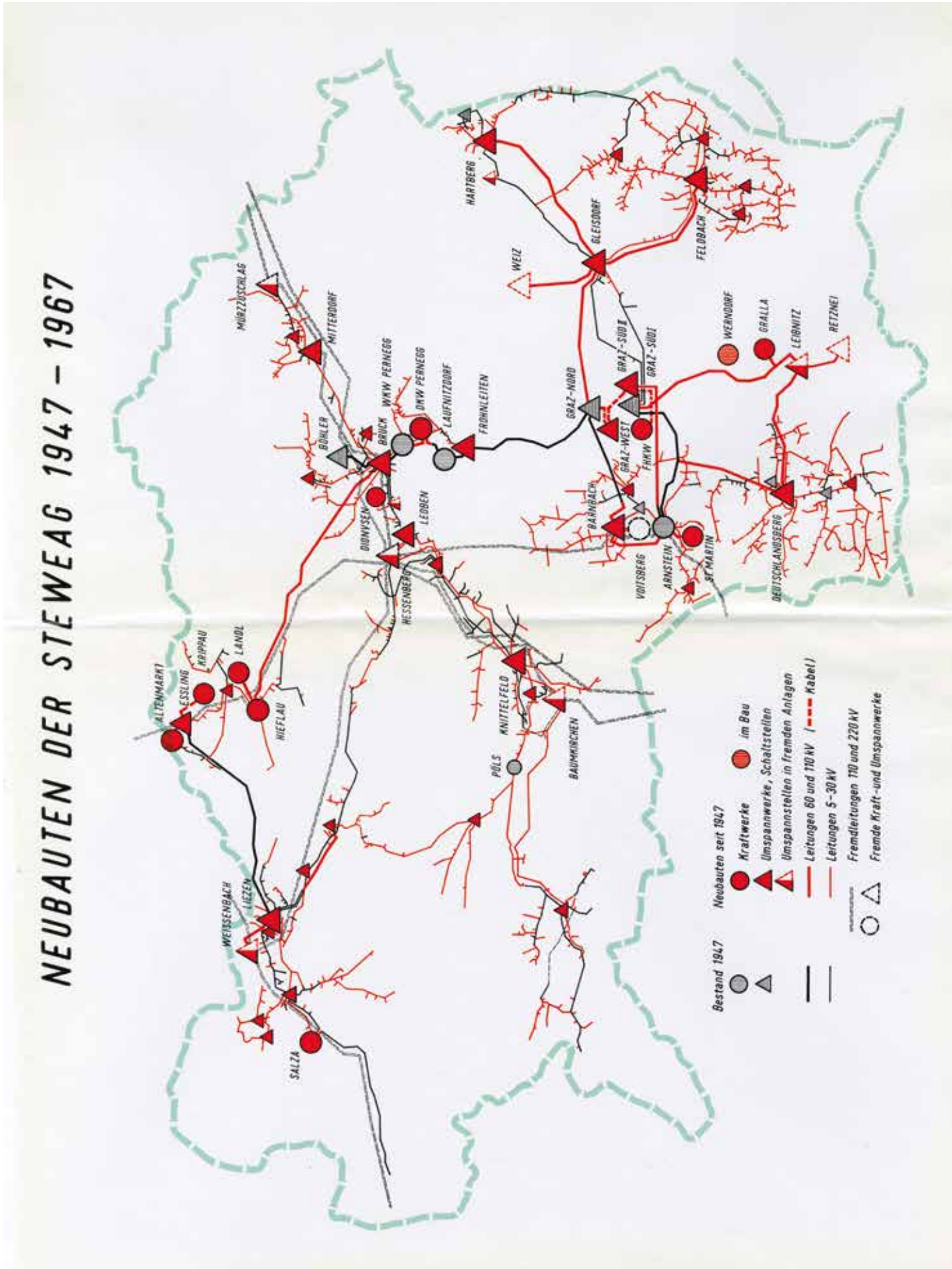
⁵³⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 117. AR-Sitzung, v. 22.1.1966.

⁵³⁵ ESt-Archiv, Protokoll der 105. AR-Sitzung, v. 22.4.1964.

⁵³⁶ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 108. AR-Sitzung, v. 23.12.1964.

⁵³⁷ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 102. AR-Sitzung, v. 21.12.1963.

⁵³⁸ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 109. AR-Sitzung, v. 16.2.1965. Landl ging im April 1968 in Betrieb. ESt-Archiv, Protokoll der 137. AR-Sitzung, v. 3.8.1968.



Die Neubauten der STEWEAG 1947–1967
Quelle: ESt-Archiv.

sehr hoch, andererseits hatten sich die Preise für die Fernwärme am billigen Heizöl zu orientieren, das seinerseits ja wesentlichen Anteil am Ausbruch der Kohlenkrise hatte.⁵³⁹ Der Markt wurde mit billigem Erdöl förmlich überschwemmt und viele Häuslbauer und Wohnbaugenossenschaften installierten Ölkesselanlagen. Die Befürworter der Fernwärme argumentierten mit den sich „durchaus positiv“ entwickelnden Anlagen in Klagenfurt oder Salzburg.⁵⁴⁰

Eine wirkliche Änderung der Situation trat erst ein, als im Zuge der Energiekrisen und der beiden Erdölschocks in den 1970er-Jahren Öl und Energie empfindlich teuer wurden und einen neuen Stellenwert bekamen. Man war gezwungen, neue energiepolitische Ansätze wie etwa örtliche Energiekonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Oft basierten sie auf Think Tanks, wie sie in der Steiermark beispielsweise im „Modell Steiermark“ der ÖVP oder in den „Leitlinien“ der SPÖ von meist parteifreien Experten erarbeitet und diskutiert wurden.

Die Kosten für die Fernwärmeversorgung waren eine Investition in die Zukunft und bedeuteten für Tausende Menschen in den Ballungsgebieten saubere Luft in den Wintermonaten. Jeder Anschluss bedeutete einen rauchenden Kamin weniger. Die Zahl der Abnehmer – unter den ersten befanden sich vornehmlich öffentliche Gebäude und Wohnblocks – nahm mit zweistelligen jährlichen Anschlussraten sehr rasch zu. Nach einem kurzen Rückgang verzeichnete man nach dem zweiten Erdölschock einen neuerlichen Boom an Anschlüssen. Der Grundstein für eine Entwicklung war gelegt, deren positive Auswirkungen damals noch schwer abzuschätzen waren, die aber heute, besonders angesichts der Bedeutung des Umweltschutzes, Standard geworden ist. Und: Die STEWEAG verfügte nun über ein neues, stark wachsendes Standbein.

Die hochfliegenden Zukunftspläne mussten natürlich auf den Boden gebracht werden. Die Realisierung und Umsetzung wenigstens eines Teils der Planungen erforderte große Geldmittel, die man auch Mitte der 1960er-Jahre nicht zur Verfügung hatte. 1965 hatte die STEWEAG ein betriebliches Defizit von 42 Millionen Schilling eingefahren und rechnete im folgenden Jahr mit einem Abgang von 240 Millionen Schilling. Also war wieder Geld über eine vom Land besicherte 400-Millionen-Schilling-Anleihe aufzunehmen. Doch schon bei der Antragstellung im Finanzministerium lief es wegen der verschlechterten Marktlage nicht wirklich rund und man musste sich mit teuren Überbrückungskrediten bei den Wiener Großbanken behelfen.⁵⁴¹

In einem Sofortprogramm sollte 1965 ein großes kalorisches Werk zumindest projektiert werden.⁵⁴² Denn die STEWEAG hechelte mit der Stromerzeugung laufend der Nachfrage hinterher. „Wir müssen einmal so weit kommen, bei einem normalen Konsumanstieg auf drei Jahre im Voraus etwas gebaut zu haben, [...] damit wir dann wieder Luft kriegen“ für kleinere Vorhaben, für Leitungen und Umspannwerke.⁵⁴³ Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage ging immer weiter auseinander, „zu wenig Reserve, zu wenig Leistung. Würde nicht mit Öl ausgeglichen werden, müsste man die Kohlekraftwerke auf 5.000 Benützungsstunden im Jahr, [also auch im Sommer] an die obere Kapazitätsgrenze fahren“, so das STEWEAG-Kalkül.⁵⁴⁴

⁵³⁹ Zum Folgenden auch: Fernwärme 500. Graz 1988.
⁵⁴⁰ ESt-Archiv, Protokoll der 116. AR-Sitzung, v. 18.12.1965.
⁵⁴¹ ESt-Archiv, Protokoll der 116. AR-Sitzung, v. 18.12.1965. – Krainer und Horvatek traten dafür ein, die Anleihe schon Anfang des Jahres 1966 aufzulegen und nicht die Nationalratswahlen im März 1966 abzuwarten.
⁵⁴² Kurz auch bei Musil, STEWEAG 1945–1970, S. 184f.
⁵⁴³ Wie im Dezember 1965 die Fertigstellung des Umspannwerkes Graz-Nord.
⁵⁴⁴ Die Wärmekraft wurde in einem normalen Regeljahr auf den Winterbetrieb beschränkt. Dieser hatte 4.400 Jahresstunden. Nachdem nachts weniger verbraucht wurde als tagsüber, rechnete man mit 3.500 bis maximal 4.000 Stunden.

Die Köflacher Kohle liegt auf Halde!

Auch die Verhandlungen mit der VERBUND AG über einen Stromlieferungsvertrag kamen erst 1966 zu einem Abschluss. Für die STEWEAG war es dabei auch um den Bezug der Köflacher Kohle gegangen, die sich in wasserreichen Jahren auf den Halden sammelte. Ein weiteres „Opfer“ zur Verfeuerung dieser Kohle wollte die STEWEAG nicht mehr bringen, nachdem man mit dem Grazer Fernheizkraftwerk ohnehin jährlich ein Defizit von bis zu 16 Millionen Schilling einfuhr. Aber, „der ganze Vorstand hat sich nicht gewehrt, weil Landeshauptmann Krainer gesagt hat: Jetzt bauen wir! Da ist keiner aufgestanden und hat gesagt: Das ist gut und schön, aber wer zahlt’s?“⁵⁴⁵

Im Frühjahr 1966 hatte die STEWEAG zudem außertourlich das Dampfkraftwerk Pernegg stillgelegt, um mehr Strom von der VERBUND AG zu erhalten, obwohl dieser teuer war. Der Grund lag einzig darin, die VERBUND AG dazu zu bringen, mehr Kohle aus Köflach zu beziehen und der GKB damit zu helfen. Mehr VERBUND-Strom hätte für die STEWEAG durch einen deutlich höheren Strompreis abgegolten werden sollen, den man aber seit 1951 nie zugesprochen erhalten hatte. Dazu kam, dass man sich in Graz von der VERBUND AG in Wien nicht bevormunden lassen wollte und an einer Südachse mit der ÖDK arbeitete.⁵⁴⁶ Die Verhandlungen zogen sich hin und man pokerte auf beiden Seiten hoch. In dieser Situation fasste die STEWEAG am 17. September 1966 den Beschluss, in Neufeld/Werndorf ein kalorisches Kraftwerk (zur Befeuerung mit Kohle und Öl) zu errichten, ein Vorhaben, das man schon seit 1962 immer wieder erwogen hatte. Werndorf sollte ein deutlicher Schritt zu mehr Unabhängigkeit besonders im Winter sein und es ermöglichen, das jährliche Defizit im Grazer Fernheizwerk abzufangen und die Kohlenkrise zu mildern. Und man tat gut daran, denn die VERBUND AG bestand auf einer Abnahmegarantie von 25 Prozent ihres Stromaufkommens für zwölf Jahre. Allerdings erhielt die STEWEAG nur eine Strompreiserhöhung von 15,4 statt der erhofften 20 Prozent, musste also möglichst viel billigen Strom selbst erzeugen.

Der VERBUND-Konzern lieferte mit seinen kalorischen Werken Voitsberg, Zeltweg und St. Andrä/L. genügend Strom, das bedeutete – durch die Fixabnahme der STEWEAG, deren Werk in Pernegg deutlich heruntergefahren werden musste – einen gravierenden finanziellen Nachteil für den Landesversorger. Erreichen konnte man in einer Nebenabrede einen Gebietsschutz, wonach die VERBUND AG weiterhin die Alpine in Donawitz und Judenburg sowie Schoeller-Bleckmann mit Strom belieferte, andererseits aber der STEWEAG keine Konsumenten „abwarb“.⁵⁴⁷ Es war eine Vorwegnahme des Übereinkommens zwischen der VERBUND-Gesellschaft und allen Landesgesellschaften, wie es Anfang 1968 abgeschlossen wurde, worin beide Seiten für die Zukunft mit einem jährlichen Konsumzuwachs von 72 Prozent rechneten. Dafür war der Strom bereitzustellen, von den Landesgesellschaften und durch Ausgleichslieferungen von der VERBUND AG.⁵⁴⁸

Atom statt Kohle und Erdöl?

Ein noch kaum ausgesprochener Hoffnungsschimmer für die gesamte Elektrizitätswirtschaft in Österreich schien ein geplantes 300 MW-Atomkraftwerk im Tullnerfeld (Zwentendorf) zu werden. Die STEWEAG hatte sich schon seit 1967 intensiv mit der Nutzung der Kernkraft auseinandergesetzt und einen eigenen Experten, der am Bau deutscher Atomkraftwerke beteiligt war, in ihren Mitarbeiterstab geholt.⁵⁴⁹ Die ersten Gespräche in

einem Koordinierungskomitee verliefen haarig. Zunächst wollte die VERBUND-Gesellschaft das AKW allein errichten und mit dem billig produzierten Atomstrom den Landesversorgern Konkurrenz machen. Dies wurde verhindert, denn an der im April 1968 im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichung gegründeten und von der STEWEAG wesentlich mitkonzipierten „Kernkraftwerk Planungsgesellschaft“ beteiligten sich auch die Landesgesellschaften: die STEWEAG mit knapp sieben Prozent.⁵⁵⁰

Parallel dazu wurden auf einer anderen Bühne, in Verhandlungen über sowjetische Erdgaslieferungen, energiepolitische Weichen gestellt, die auch für die STEWEAG bald von großer Bedeutung werden sollten.⁵⁵¹ Wie wenig allerdings in der STEWEAG davon noch Notiz genommen wurde, geht schon allein daraus hervor, dass in der folgenden Sitzung des Aufsichtsrates am 23. November auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei und die Eröffnung der Erdgaspipeline aus der Sowjetunion in den Westen mit keiner Silbe Bezug genommen wurde.⁵⁵²

Hervorgehoben wurde allerdings die Aufnahme des Probetriebs des neu errichteten kalorischen Werkes in Neudorf/Werndorf I am 4. November 1968, mit einer Höchstleistung von 120 MW einer der größten kalorischen Kraftwerksblöcke Österreichs und das größte Kraftwerk der Steiermark.⁵⁵³ In den folgenden Monaten begann das Dampfkraftwerk Strom in das Leitungsnetz, vorwiegend in die Oststeiermark, abzugeben. Auch die Restwärme des Werkes sollte später über die Steirische Ferngas GmbH in Tausende Wohnungen, vor allem nach Graz, geleitet werden.

Der erneuerte, von der VERBUND AG erstellte österreichische Energieplan für die Jahre bis 1975 stellte plötzlich ein wahrscheinliches Überangebot an Energie fest. Die Gründe lagen auf der Hand: Atomstrom aus Zwentendorf, die Ausweitung der Sondergesellschaften, die sich ein „Freistilringen“ liefern (Generaldirektor Hans Märzendorfer), die neu errichteten Zemmkraftwerke in Tirol und das geplante Donaukraftwerk Ottensheim in Oberösterreich.⁵⁵⁴ Für die Steiermark bedeutete dies, dass die steirischen Werke durch die zu erwartende Stromschwemme eine übermächtige Konkurrenz zu befürchten hatten, die den Strom zu sehr günstigen Preisen anbieten konnte. Dadurch wurde eine Verwertung der steirischen Kohle schon allein aus preislichen Konkurrenzgründen unmöglich und Tausende Arbeitsplätze gerieten in der Steiermark in Gefahr.

Krainer war der erste, der nüchtern analysierte: „Tatsache ist, dass wir ein Überangebot an Energie haben werden. Und im Besonderen wird es 1973 durch die Zulieferung des Erdgases weiter erschwert. [...] Die einzige Möglichkeit ist die Verstromung des Gases. [...] Und es scheiden sich die Geister, was vernünftiger ist, die Wasserkräfte zu nützen oder die Atomenergie als das kommende Ziel in der Energieversorgung einzusetzen. Wir werden [...] die Wasserkräfte ausbauen, auf lange Sicht. Aber wir dürfen auch nicht den Zustand unserer Kohlengruben übersehen.“⁵⁵⁵ Die STEWEAG protestierte im Koordinierungskomitee der E-Werke am 18. Dezember 1968 heftig gegen Ottensheim, durch dessen Betrieb die steirischen und im geringen Maße auch Kärntner

⁵⁵⁰ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 130. und 134. AR-Sitzungen, v. 24.6.1967 und v. 24.2.1968. – Das Stammkapital der Gesellschaft betrug 360.000 Schilling. Die VERBUND-Gruppe und die Landesgesellschaften waren daran je zur Hälfte beteiligt. Der von der STEWEAG entsandte Prokurist war Dipl.-Ing. Christian Held, der die verantwortliche Bearbeitung des nuklearen Teils zugeteilt erhielt, womit man sich einen entscheidenden Einfluss auf die Gesellschaft sicherte.

⁵⁵¹ Vgl. dazu v.a.: Michael Borchard – Stefan Karner – Hans Jürgen Küsters – Peter Ruggenthaler (Hg.), *Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE*. Graz – Wien 2020, in dem v.a. Stefan Karner, Andrej Keller und Olga Pavlenko in ihren Beiträgen auf den bundesdeutsch-sowjetischen Energiedialog seit den 1950er-Jahren eingehen. Einen nicht unwesentlichen Anteil am Zustandekommen des Vertrages hatte auch Margarethe Ottillinger, ÖMV-Vorstandsdirektorin. Siehe dazu auch Stefan Karner, *Im Kalten Krieg der Spionage*. Margarethe Ottillinger in sowjetischer Haft 1948–1955. Innsbruck 2016.

⁵⁵² In Lannach plante man eine eigene Öl-Raffinerie, zu deren Bau es allerdings nicht kam. Freundl, *Auskunft von Herrn Ing. Wilhelm Graf*, 3.2.2021.

⁵⁵³ ESt-Archiv, Protokoll der 138. AR-Sitzung, v. 23.11.1968. – Zu Werndorf I vgl. Das Dampfkraftwerk Neudorf/Werndorf I. STEWEAG-Info, [verm. 1992].

⁵⁵⁴ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 139. AR-Sitzung, v. 14.12.1967.

⁵⁵⁵ Ebd.

Kohlenhalden der ÖDK bis 1973 auf rund vier Millionen Tonnen anwachsen würden.⁵⁵⁶ Ein unhaltbarer Zustand für die Wirtschaft des Landes. Die VERBUND AG ließ sich dadurch aber nicht von ihren Vorhaben abbringen, Ottensheim 1975, Rossegg 1974/75 und das AKW 1977/78 in Vollbetrieb zu bringen. Die STEWEAG ging nun in die Öffentlichkeit, veranstaltete Pressekonferenzen, intervenierte bei der Alpine Montan, bei Verstaatlichungsminister Ludwig Weiß (ÖVP) und bei der ÖDK. Gleichzeitig reaktivierte sie ihre Planungen für ein Speicherkraftwerk in Hohentauern. Sachliche Argumente wurden in der harten Diskussion nicht mehr gehört. Die steirische Kohlenkrise ließ die Wiener Zentralstellen unbeeindruckt.

Einsatz für Atomstrom

Natürlich wollte die STEWEAG beim AKW Zwentendorf, dessen Bau am 11. November 1969 von der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Josef Klaus genehmigt und auf Drängen der Bundesländer am 22. März 1971 vom Ministerrat unter Bruno Kreisky beschlossen wurde,⁵⁵⁷ weiterhin dabei sein. Daher beteiligte man sich an der Errichtung der „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld GmbH“ und trat der Gesellschaft am 10. Februar 1970 mit einer Stammeinlage von 30 Millionen Schilling bei.⁵⁵⁸ Von der dort erzeugten Stromleistung von 600 MW sollten zumindest 60 MW an die STEWEAG fließen, zu einem um zwei Drittel niedrigeren Preis als man ihn jemals in einem Dampfkraftwerk erzielen hatte können.⁵⁵⁹ Für das mittlerweile 50 Jahre alt gewordene Unternehmen mit 1.557 Beschäftigten ergaben sich mit dem Atomstrom neue Möglichkeiten. Eine Entwicklung, die von der Landesgesellschaft – trotz aller Für und Wider wegen der Kohlenkrise im Land – forciert, in der Öffentlichkeit und in den Medien teilweise heftig bekämpft wurde. Die ersten zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Bürgerinitiativen, ebenso die Grün- und alternative Bewegung, gehen wesentlich auf den Anti-Atomkampf zurück.⁵⁶⁰

Um sich nicht allzu stark vom Atomstrom abhängig zu machen und weiterhin Reservekapazitäten zur Verfügung haben, forcierte die STEWEAG nach wie vor auch die Eigenerzeugung, kaufte 1970 das E-Werk in Schladming und beteiligte sich an der Kapitalerhöhung der ÖDK.⁵⁶¹ Ziel steirischer Energiepolitik blieb die Erhaltung der Eigen- und Selbstständigkeit der STEWEAG. Dazu erarbeitete man zwei Varianten, sie sollten

^[556] Zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 140. AR-Sitzung, v. 12.2.1969.

^[557] Die Planung sah einen Siedewasserreaktor mit einer Nettoleistung von 692 MW vor.

^[558] Gesellschaftsvertrag der „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Gesellschaft mbH“, Zwentendorf. ESt-Archiv, Beilage zur 145. AR-Sitzung, v. 2.2.1970. – Die Idee eines Gemeinschaftskraftwerkes ging prinzipiell bereits auf Beratungen zum Zweiten Verstaatlichungsgesetz zurück. Damals sollten die Sondergesellschaften nach dem Vorbild der Schweizer Kraftwerksgruppe „Oberhasli“ echte Gemeinschaftskraftwerke werden. Finanzielle Schwierigkeiten führten jedoch zum Entstehen des VERBUND-Konzerns, der Gedanke des Gemeinschaftskraftwerkes wurde fallengelassen. – Nach Musil, der in der 151. AR-Sitzung, v. 5.4.1971, ausführlicher darüber referierte.

^[559] ESt-Archiv, Protokoll der 145. AR-Sitzung, v. 2.2.1970. Damit bestanden zur Errichtung des AKW in Zwentendorf die seinerzeit gegründete „Kernkraftwerk Planungsgesellschaft mbH“ und die „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld GmbH“. Zwischen beiden gab es laufende Kompetenzschwierigkeiten.

^[560] Zur 50-Jahr-Feier hatte man, nach einem Wettbewerb, u. a. eine Skulptur des Bildhauers Hartlauer um 600.000 Schilling bestellt, eine Festsitzung in der Grazer Oper mit der Operette „Die Fledermaus“ am 30.3.1971 durchgeführt, eine Reproduktion der zehn Radierungen von Fritz Silberbauer zu Arnstein, eine Festschrift verfassen lassen sowie großzügige Jubiläumsgaben für die Beschäftigten (zusammen 10,4 Millionen Schilling) beschlossen. Die Gesamtkosten für die Feierlichkeiten des Jubiläumsjahres wurden mit 12,6 Millionen Schilling veranschlagt. Einen Disput im Aufsichtsrat gab es um die Verfassung der Festschrift. Der ehemalige Nationalsozialist und Vorstand der AEW, Prof. Grengg – der „einzige Überlebende in führender Position aus der NS-Zeit“ –, hatte, gegen ein Honorar, den Text verfasst. Offenbar zu umfangreich und die sensible NS-Zeit nur kursorisch behandelt. Krainer urgierte: „Aber die NS-Zeit braucht man nicht zu verschweigen, es ist ja eine weitere Entwicklung.“ – ESt-Archiv, Protokoll der 147. AR-Sitzung, v. 23.9.1970.

^[561] Der Erwerb des E-Werkes Schladming, der Kofler & Gföller OHG und des Elektrohauses Schladming zum 1.10.1970 entsprach der starken Aufwärtsentwicklung der Region (Tourismus, Liftanlagen), der das E-Werk nicht gewachsen war. Der Kauf durch die STEWEAG war nicht unproblematisch. Der Verstaatlichungsbescheid war in „außerordentlich kurzer Frist“ im Sommer 1970, binnen 14 Tagen, ergangen, die übernommenen Anlagen entsprachen nicht mehr dem Standard der STEWEAG und der Kaufpreis von zusammen 32 Millionen Schilling schien überhöht zu sein. – Die STEWEAG beteiligte sich zu 50 Prozent an der auf das Land Steiermark entfallenden Kapitalerhöhung der ÖDK, womit die zehnprozentige Beteiligung des Landes Steiermark an der ÖDK gesichert war. ESt-Archiv, Protokoll der 149. AR-Sitzung, v. 21.10.1970.

für die 1970er-Jahre gelten und von der Errichtung des AKW abhängig sein: Bei Anlaufen des AKW wollte man lediglich Werndorf I ausbauen und Gabersdorf ans Netz nehmen. Ohne den Strom aus dem AKW war geplant, zusätzlich noch Pernegg auf Gas umzurüsten und stärker zum Einsatz zu bringen.⁵⁶²

Tatsächlich schien im Frühjahr 1971 der Bau des AKW in Zwentendorf wieder fraglich zu werden. Aus der VERBUND-Gruppe wurde plötzlich verlautet, man wolle sich nicht mehr an der Errichtung des AKW beteiligen, was auf interne Querelen um Beteiligungsverhältnisse, Bundeszuschüsse und den weiteren Ausbau der Donau zurückzuführen war. Nun war höchste Eile geboten, denn die Landesgesellschaften wollten in keinem Fall eine Bauverzögerung von zwei bis drei Jahren hinnehmen, und diese gemeinsame Linie wurde auch bei Verkehrsminister Erwin Frühbauer (SPÖ) durchgesetzt. Keinesfalls wollte man auch einen Gegensatz zwischen Wasserkraft und Atomkraft konstruiert wissen, so dass in einem Vergleich die Grenzen gezogen wurden: Das AKW liefert die Energie für den Winter, die immer billiger als mit Dampf- oder Wasserkraft produziert werden kann, die Donauwerke (vor allem Altenwörth) liefern Energie zur Deckung der Grundlast in Abhängigkeit zum Wasserstand der Donau (die teuerste Energie wurde im Speicher Malta mit 68,6 Groschen je kWh, die günstigste in Altenwörth mit 23,3 Groschen je kWh erzeugt).⁵⁶³

Die Möglichkeiten einer jahreszeitlichen Unabhängigkeit sowie der Erzeugung von billigem Strom in großer Menge waren auch die entscheidenden Argumente der Stromindustrie für den Bau eines Kernkraftwerkes in Zwentendorf gewesen. Die 1971 geschätzten Kosten des AKW von 5,1 Milliarden und der steirische Anteil von 500 Millionen Schilling rechtfertigten aus energiepolitischer Sicht das Engagement des STEWEAG, die daraus jetzt einen Anteil von 70 MW beanspruchte, obwohl sie parallel dazu noch die großen Bauvorhaben Gabersdorf (1974) und Werndorf II (1975),⁵⁶⁴ 16 Umspannwerke und neue 220-kV-Leitungen zu errichten hatte. Um für ihre kalorischen Werke Werndorf, Graz und Pernegg den notwendigen Brennstoff zu sichern, schloss der Landesversorger längerfristige Verträge mit Mineralölfirmen für jährlich 150.000 bis 200.000 Tonnen Heizöl, für 170.000 Tonnen Kohle und für Erdgas ab.⁵⁶⁵ Mit der auf diese Weise deutlich erhöhten Eigenerzeugung wollte man mehr Unabhängigkeit und eine stärkere Position am österreichischen Markt erreichen. Bereits 1971 wurden erstmals mehr als 2.000 GWh an die Konsumenten verkauft. Dazu trugen auch die neu übernommenen E-Werke Falkenburg und Clement bei.⁵⁶⁶ 1976 erzeugten allein Werndorf I und II gemeinsam knapp die Hälfte dieses Bedarfes.⁵⁶⁷

1968: Sowjetisches Erdgas und der Aufbau von Ferngas und Fernwärme

Das Erdgas erlangte eine immer größere Bedeutung im Rahmen der österreichischen Energiewirtschaft. Dieses gewann man einerseits aus eigener Produktion in den niederösterreichischen Erdgasfeldern um Zistersdorf und Zwerndorf durch die Rohöl-Gewinnungs-AG (RAG) und die ÖMV, die nach Unterzeichnung des Staatsvertrages die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) abgelöst hatte. Noch 1955 nahm Landeshauptmann Krainer mit Bundeskanzler Raab erste Gespräche zur Versorgung der obersteirischen Industriebetriebe mit Erdgas aus

^[562] ESt-Archiv, Studie über die Möglichkeiten für den Ausbau der STEWEAG-Eigenerzeugung im nächsten Jahrzehnt. Graz, September 1970. – ESt-Archiv, Protokoll der 148. AR-Sitzung, v. 14.10.1970, Beilage.

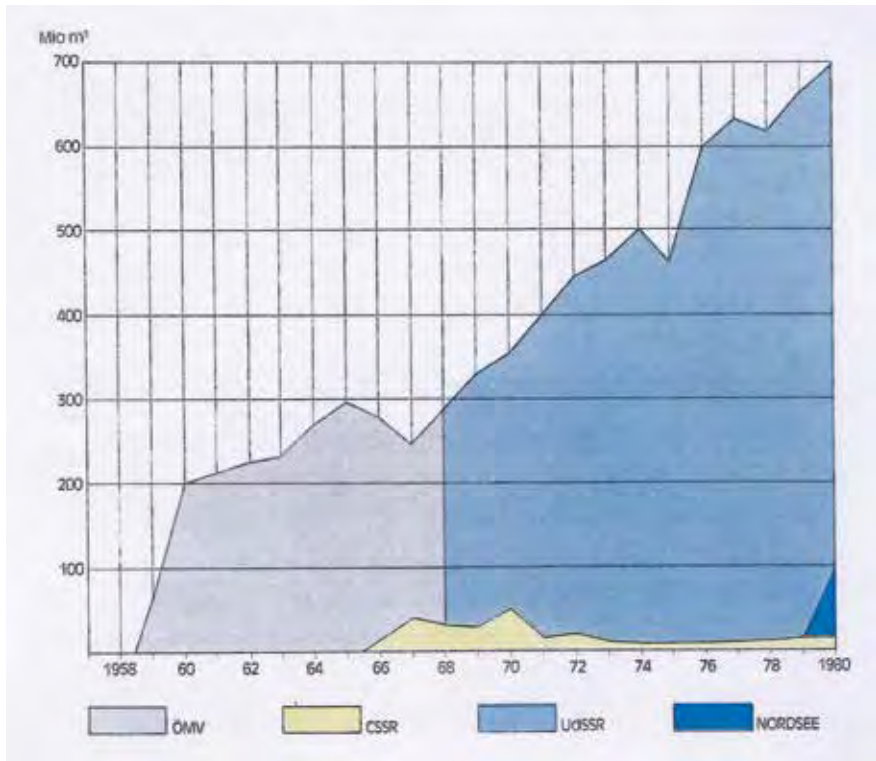
^[563] ESt-Archiv, Protokoll der 151. AR-Sitzung, v. 5.4.1971.

^[564] ESt-Archiv, Protokoll der 153. AR-Sitzung, v. 16.11.1971. Vgl. Das Dampfkraftwerk Neudorf/Werndorf der STEWEAG. STEWEAG-Info [verm. 1976]. Werndorf II (= 2. Block) hatte eine Leistung von 175.000 kW, sodass Neudorf/Werndorf ab 1976 insgesamt eine Leistung von 295.000 kW aufwies, was etwa der Hälfte des Gesamtstrombedarfes der Steiermark entsprach. Die Jahreserzeugung lag bei rund 900 Millionen kWh.

^[565] ESt-Archiv, Protokoll der 152. AR-Sitzung, v. 25.6.1971.

^[566] ESt-Archiv, Protokolle der 154. und 156. AR-Sitzung, v. 1.12.1971 und v. 14.4.1972.

^[567] Das Dampfkraftwerk Neudorf/Werndorf der STEWEAG. STEWEAG-Info [verm. 1976].



Die Erdgasabgabe der Steirischen Ferngas und die Herkunft des Erdgases 1960 bis 1980

Quelle: Ferngas Gesellschaft.

österreichischer Produktion auf. Als liefernde Produktionsgesellschaften wurden 1956 die ÖMV und für die Steiermark die „Steirische Ferngas GmbH“⁵⁶⁸ gegründet. Im Jahr darauf wurde, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen⁵⁶⁹ geschaffen worden waren, mit dem Bau der Hochdruckleitung Semmering-Donawitz begonnen, 1958 folgte ein Liefervertrag zwischen der ÖMV und der Ferngas GmbH. Noch 1959 begann die Belieferung der Veitscher Magnesitwerke, der Alpine Montangesellschaft, von Vogel & Noot, der Pengg-Werke und von Schoeller-Bleckmann. Wegen der verringerten österreichischen Erdgasförderung, dem steigenden Gasbedarf und dem auslaufenden Gaslieferungsvertrag der Steirischen Ferngas GmbH mit der ÖMV gründeten 1963 die drei Landesgesellschaften von Wien, Niederösterreich und der Steiermark die Austria-Ferngas (AFG) für die Erdgasimporte. Die AFG verhandelte in den folgenden Jahren großteils erfolgreich mit den Niederlanden, Algerien, der Sowjetunion und der CSSR über Gaslieferungen.

Wirklich erfolgreich war man bei der Sowjetunion, die Mitte der 1960er-Jahre unter Leonid I. Brežnev verstärkt an westlichem Know-how interessiert war und dafür vor allem Erdgas angeboten hatte. Der entsprechende

Vertrag mit dem neutralen Österreich am 1. Juni 1968 für 1,5 Milliarden m³ Erdgas sollte die neue Westpolitik Moskaus dokumentieren, die zwei Jahre später durch den Moskauer Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland auch eine politische Wende einleitete.⁵⁷⁰ Österreich erhielt dadurch als erstes westliches Land am 1. September 1968 über eine schon bestehende Pipeline Erdgas direkt aus Westsibirien. Die neu gegründete „Österreichische Erdgaswirtschafts-GmbH“, der auch die STEWEAG angehörte, hatte – gestützt auf einen Regierungsbeschluss – nicht nur die Verträge mit der sowjetischen Gesellschaft „Sojusnefteksport“, sondern auch die Lieferverträge mit den Landesgesellschaften, darunter mit der Steirischen Ferngas GmbH, abgeschlossen. War am österreichischen Gasmarkt anfänglich noch das heimische Gas aus Niederösterreich dominant, so nahm der Fremdbezug von Jahr zu Jahr zu. Zu Beginn der 2000er-Jahre lag er bei rund 85 Prozent.

Ausgehend von der Übergabestation im an der slowakischen Grenze gelegenen Baumgarten entstand in den folgenden Jahren ein umfangreiches Netz von Pipelines, die ab 1974 das westsibirische Erdgas auf der Südachse (TAG) nach Italien und ab 1980 auch auf der Westachse (West Austria Gasleitung, WAG) nach Deutschland transportierte. Nur ein kleiner Teil der gewaltigen Liefermengen wurde über Seitenstränge der Hauptleitungen in den österreichischen Markt gepumpt.

So entstand neben dem Stromnetz der VERBUND AG und der Landesgesellschaften ein Gas-Fernleitungs- und Verteilernetz, das vor allem auf die Hauptverbrauchsgebiete, die größeren Städte und Industriezonen ausgelegt war. Denn neben der Verwendung in der Industrie und zur Erzeugung von elektrischem Strom wurde Ferngas sehr rasch als Ersatz für das „Stadtgas“ eine erstrangige Energiequelle für Haushalte, Gewerbe und öffentliche Einrichtungen.⁵⁷¹ Schon 1978 hatte aufgrund eines entsprechenden Gutachtens von Michael Schmeja, Graz, die generelle Gasversorgung von Stadtgas auf die Direktversorgung mit Erdgas umgestellt.⁵⁷² Landeshauptmann Krainer versuchte, gerade auf dem Gebiet des Einsatzes von Gas von der ÖMV unabhängiger zu werden. Für den Transport und die Verteilung des sowjetischen Ferngases baute daher die „Steirische Ferngas“ ab 1969 ihr Netz stark aus – zunächst zur Versorgung von Kapfenberg, Frohnleiten und Bruck.⁵⁷³ Damit entwickelte sich für die Steiermark das Erdgas als ein wesentlicher, zukunftssträchtiger Energieträger.⁵⁷⁴

Das Ferngas hatte die Bereitstellung von Gas durch städtische Gaswerke abgelöst, das ehemalige „Stadtgas“ aus Kohle war schwächer, teurer und zudem umweltbelastend. Nahezu jährlich wurde das Versorgungsgebiet erweitert, mussten neue Lieferverträge und höhere Liefermengen von sowjetischem Ferngas ausverhandelt werden. Für die Gasversorgung der Steiermark erlangte die Trans Austria Gasleitung GmbH (TAG) Bedeutung, die auf einer Länge von rund 380 Kilometern die beiden Eckpunkte Baumgarten und Arnoldstein an der Grenze zu Italien verband und sowohl der Versorgung österreichischer Verbraucher als auch dem Transit von Erdgas nach Italien diente. An vier Übergabepunkten wurde sowjetisches Erdgas für die Steiermark abgegeben: Grafendorf, St. Margarethen/Raab, Weitendorf und Sulmeck/Greith. Die Steirische Ferngas GmbH garantierte 1971 im Gegenzug, das Transportrisiko in einer „ship or pay“-Verpflichtung zu tragen.⁵⁷⁵

Allein für den Betrieb des STEWEAG-Kraftwerkes in Werndorf waren vom sowjetischen Erdgas zunächst jährlich 90 Millionen Normalkubikmeter vorgesehen. Zu wenig, denn „es hätten sich stets, sobald die Möglichkeit von Energielieferungen gegeben war, zusätzliche Interessenten gemeldet, so dass die Kapazität nicht mehr

⁵⁶⁸ 25 Jahre Steirische Ferngas GmbH. Graz 1981 (= Ferngas). – Die Gründung der Steirischen Ferngas GmbH erfolgte am 4.2.1956 durch Unternehmen der privaten und verstaatlichten Industrie des Landes. Der Gesellschaftsvertrag war bereits am 28.1.1956 unterzeichnet worden. Geschäftsführender Gesellschafter wurde der Wiener Dr. Paul Moser von Moosbruch, der bis 1946 Mitglied des Vorstandes der Veitscher Magnesit AG war. Moser verstarb 72-jährig 1966 an einem plötzlichen Herzversagen. 1957 wurden zusätzlich Otwin Cuscoleca, Rudolf Töpfer und Eugen Schetz zu Geschäftsführern bestellt. Ihm folgte der steirische Industrielle (Hereschwerke, E-Werk, Säge und Kunstmühle in Wildon) Helmut von Frizberg, der das Unternehmen bis 1977 maßgeblich und erfolgreich gestaltete. Insbesondere setzte er sich für den Import von sowjetischem Erdgas für die Steiermark ein, womit man direkt an den 1968 ausgelaufenen Vertrag mit der ÖMV anschließen konnte.

⁵⁶⁹ Bundesgesetz zur Förderung der Energiewirtschaft 1956, das die früheren Energiewirtschaftsgesetze, vor allem von 1935 und 1939, neu fasste.

⁵⁷⁰ Zur Bedeutung des Moskauer Vertrages vgl. vor allem: Borchard – Karner – Küsters – Ruggenthaler, Entspannung, darin namentlich diess., Einleitung, S. 11–30.

⁵⁷¹ Vgl. Christoph Edler, Das österreichische Gasnetz. BA-TU Wien 2013, bes. S. 29–48.

⁵⁷² Geschichte der Holding Graz. www.holding-graz.at, v. 28.12.2020.

⁵⁷³ Vgl. Steirische Ferngas GmbH, Festschrift. Graz 1981, S. 18ff.

⁵⁷⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 162. AR-Sitzung, v. 21.3.1973.

⁵⁷⁵ Ferngas, S. 19–25.

ausreichte“.⁵⁷⁶ Landeshauptmann Friedrich Niederl sollte die „steirischen Interessen bei der Auslegung der TAG von Anbeginn an“ durch eine Erhöhung der Transportkapazität der TAG (um 2,8 Prozent) durchsetzen, was auch gelang und durch die ÖMV 1972 zugesichert wurde.⁵⁷⁷ Damit erhielt die STEWEAG die doppelte Menge und die Steirische Ferngas ebenfalls 90 Millionen Normalkubikmeter zugesichert. Obwohl man mit der hohen Fixabnahme ein finanzielles Risiko von jährlich rund 3,8 Millionen Schilling einging, überwogen die Argumente des Umweltschutzes und der Investition in die Zukunft,⁵⁷⁸ wobei man sich zurecht große Chancen besonders für den Ballungsraum Graz und die Südsteiermark ausrechnete. Bis 1980 hatte man im Land ein Leitungsnetz von 415 Kilometern errichtet und 68 Gewerbe- und Industriebetriebe mit 700 Millionen Kubikmetern Gas versorgt.⁵⁷⁹

Allein zwischen 1975 und 1980 stieg der Erdgaseinsatz in der Steiermark von 439,7 auf 682,3 Millionen Kubikmeter (rund 7.800 GWh) an. Beachtliche Zahlen, doch im Bundesländervergleich lag man damit nur im Mittelfeld. Jährlich setzte man in der Steiermark in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre nur 12 bis 16 Prozent des österreichischen Aufkommens ein. Das meiste Erdgas verbrauchten Oberösterreich, Niederösterreich und Wien, dessen Einsatz allerdings deutlich abnahm. Bei den Kleinabnehmern, den privaten Haushalten, blieb Erdgas in der Steiermark allerdings mit einem rund Ein-Prozent-Anteil weit hinter den festen Brennstoffen (14 Prozent) und dem Heizöl (13,2 Prozent) zurück.

Sparprogramm, aber weiter Geld für AKW

Die Finanzvorschau für die Jahre 1972 bis 1976 war alles andere als rosig. Zu schwer wog das finanzielle Engagement für das AKW Zwentendorf. Trotz Einsatzes aller Anleihen, Kredite und Darlehen fehlten dem Unternehmen 201,1 Millionen Schilling, um die begonnenen Kraftwerke und Leitungen bauen und warten zu können. Sollte das zweite geplante AKW gebaut werden, so würden der STEWEAG bis 1981 weitere 1,1 Milliarden Schilling fehlen.⁵⁸⁰ Für die Beteiligungen an den beiden AKWs mussten daher 2,5 Milliarden Schilling bereitgestellt werden, Beträge, die nur aufzubringen waren, wenn man den Sparstift rigoros ansetzte. Kein weiterer Bau von Dampf- und Laufkraftwerken, Umwandlung des Engagements beim Grazer Fernheizkraftwerk in einen Wärmelieferungsvertrag,⁵⁸¹ keine Beteiligung an Donaukraftwerken. Einzig der Baubeginn eines Speicherkraftwerkes in Hohentauern (nahe dem Sunkbach) 1979/80 sollte nicht ganz aufgegeben werden, obwohl das Vorhaben stark mit dem Zweigwerk der Veitscher Magnesit AG verknüpft war, mit der man jedoch eine schwierige Gesprächsbasis hatte. Seit 15 Jahren warteten beide Parteien darauf, dass die jeweils andere Seite ihr Vorhaben bzw. ihren Abbau einstellen würde.⁵⁸²

⁵⁷⁶ Ing. Franz Walch war ehemaliger stv. GD des Grazer Gaswerkes und langjähriger AR der STEWEAG.

⁵⁷⁷ Niederl wurde nach dem Tod von LH Krainer zum Vorsitzenden des Ferngas-AR und Gesellschafterausschusses gewählt, 1974 übernahmen LR Anton Pelzmann, 1976 LR Helmut Heidinger die Position. 1977 wurde, auch nach dem Ausscheiden von Helmut Frizberg, der Vorstand des Unternehmens mit Adolf Fehringer (Sprecher), Rudolf Haas und Hans Maninger neu bestellt. Gesellschafter im Jahre 1980 waren: Eisenwerke Breitenfeld, Felten & Guillaume, Joh. Pengg, Land Steiermark, Leykam-Mürztaler, Steirische Magnesit-Industrie, STEWEAG, Veitscher Magnesit, Vereinigte Edlstahlwerke, Vogel & Noot und Voest-Alpine. Ferngas, S. 3ff.

⁵⁷⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 158. AR-Sitzung, v. 7.7.1972.

⁵⁷⁹ 700 Millionen Kubikmeter Gas entsprachen rund 7,9 Milliarden kWh.

⁵⁸⁰ Der Finanzbedarf für Werndorf II war mit 785, das AKW Zwentendorf mit 504, Gabersdorf mit 180, Wagna mit 68 und die Leitungen mit 1,2 Millionen Schilling kalkuliert worden. Für das zweite AKW waren Anteilskosten für die STEWEAG von 1,4 Milliarden Schilling kalkuliert worden. – ESt-Archiv, Protokoll der 158. AR-Sitzung, v. 7.7.1972. Finanzbedarf der STEWEAG 1972–1976, interne Kalkulationen v. 29. und 30.5.1972, gez. Klepp.

⁵⁸¹ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 162. AR-Sitzung, v. 21.3.1973.

⁵⁸² ESt-Archiv, Protokoll der 165. AR-Sitzung, v. 5.9.1973. Beilage AV Besprechung STEWEAG mit Veitscher, v. 8.2.1972 (Teilnehmer: Rosenberg und Nemec von den Veitscher Magnesitwerken, Altziebler und Märzendorfer von der STEWEAG).

Als Argument für dieses Crash-Programm konnte nur gelten, dass der Atomstrom durch seine niedrigen Produktionskosten langfristig die hohen Investitionen wieder hereinspielen würde⁵⁸³ und man die Ölkraftwerke langsam zurückfahren und die Wasserkraft nicht mehr weiter ausbauen müsste.⁵⁸⁴ Bis 1985 wollte die STEWEAG etwa ein Drittel ihrer gesamten Stromabgabe aus Kernkraft⁵⁸⁵, das zweite Drittel aus Fremdbezug und das letzte Drittel aus Wasserkraft sowie abnehmend aus den Ölkraftwerken Pernegg und Werndorf I aufbringen.⁵⁸⁶

Neben dem ersten AKW hatten die Betreiber- und Landesgesellschaften bereits 1972/73 ein komplettes Beteiligungs- und Abnahmeprogramm für das zweite AKW nahe der Ennsmündung⁵⁸⁷ ausgearbeitet, eine Planungsgesellschaft gegründet und die Inbetriebsetzung für 1980 terminisiert. Danach war für die STEWEAG ein Anteil von jährlich 150 MW der Ausbauleistung vorgesehen, mehr als für alle anderen Landesgesellschaften und etwa gleich viel wie das für E-Werk Wien.⁵⁸⁸ Auch ein drittes AKW wurde bereits angedacht sowie eine Kooperation mit den AKWs der Nachbarstaaten zur gegenseitigen Aushilfe, etwa bei Störfällen und zur Regelung der Abwässer. Sarkastisch LH-Stellvertreter Adalbert Sebastian: „Wenn wir drei oder gar vier Kraftwerke [an der Donau] gebaut haben, können die Ungarn die Fische gleich gekocht haben.“⁵⁸⁹

In den Energiekrisen: Grenzen des Wachstums?

Kaum waren die Planungen aufgestellt, die langfristigen Vorschauen bis in die Mitte der 1970er-Jahre hinein beschlossen, änderte sich im Herbst 1973 die Energiesituation grundlegend. Der erste Erdölschock hatte die ganze Welt in ein Dilemma gestürzt und nicht nur die Begrenzung der Rohstoffvorräte aufgezeigt, sondern auch, wie sehr die Weltwirtschaft am Tropf der ölproduzierenden Staaten hing, die sich in einer eigenen Organisation mit Sitz in Wien, der OPEC, zusammengeschlossen hatten. Ihre Sitzungen wurden zu medialen Höhepunkten. Gespannt wartete man auf jede Nachricht, auf jedes Indiz einer Erhöhung der Rohölpreise, die binnen weniger Monate und Jahre explodierten und sich für jeden Autofahrer an der Zapfsäule bemerkbar machten. Die galoppierenden Heizölpreise bedeuteten für die STEWEAG allein für 1974 Mehrkosten von 110 Millionen Schilling, die man nicht einfach durch höhere Strompreise auf die Stromkunden abwälzen konnte. „Da können wir schreiben, so viel wir wollen – es wird kein neues Strompreisverfahren geben“, resümierte LH-Stellvertreter Sebastian im Juni 1974 und forderte einmal mehr den Einsatz der steirischen Kohle, obwohl man auch diese „immer in Relation zum Strompreis sehen muss“.⁵⁹⁰

Der Kampf um Rohstoffimporte und Energielieferungen, vor allem um Erdöl, entbrannte. Jedem Staat war das Hemd näher als der Rock. Japan vollzog binnen 24 Stunden eine Änderung seiner Außenpolitik, die EWG wurde erschüttert, weil die Gemeinsamkeit verloren zu gehen drohte. In Österreich wurden Reservelager angelegt, die gesamte Wirtschaft zu einer Art „Wehrwirtschaft light“ umgebaut. Um Treibstoff zu sparen, hatte man das Autofahren drastisch eingeschränkt und Bezugsscheine für lebenswichtige Waren vorbereitet. Energie war plötzlich nicht nur wesentlich teurer, sondern knapp geworden. Die großzügigen Langfristprognosen schienen

⁵⁸³ Ein durchkalkulierter Vergleich der Baukosten, des Wärmeverbrauchs und der Stromerzeugungskosten zwischen Werndorf und dem AKW Zwentendorf zeigte deutlich, dass der Atomstrom deutlich günstiger produziert werden konnte. Bei angenommenen 5.000 Stunden pro Jahr lag die Differenz zwischen 1.300 bis 2.000 Schilling.

⁵⁸⁴ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 158. AR-Sitzung, v. 7.7.1972.

⁵⁸⁵ Geplant waren zwei Kernkraftwerke, ein drittes wurde ins Auge gefasst.

⁵⁸⁶ Zugrundegelegt war den Berechnungen eine jährliche Verbrauchssteigerung von 7,2 Prozent.

⁵⁸⁷ ESt-Archiv, Protokolle der 162. und 164. AR-Sitzung, v. 21.3.1973 und 6.8.1973.

⁵⁸⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 160. AR-Sitzung, v. 14.11.1972.

⁵⁸⁹ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 160. AR-Sitzung, v. 14.11.1972.

⁵⁹⁰ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 169. AR-Sitzung, v. 19.6.1974.

nur noch Makulatur. Erdgas schien fürs Erste eine Alternative. So entspann sich schnell ein Kampf um Liefermengen (vom sowjetischen Gas sollte die Steiermark nur noch die Hälfte der vereinbarten Menge bekommen), um neue Ersatzlieferungen aus arabischen Ländern, vor allem aus Algerien, um die Verteilung des Gases in der Steiermark und um die Eigentumsverhältnisse an der Ferngas GmbH. Denn die Steirische Ferngas GmbH unter Führung von Helmut Frizberg war keine Landesgesellschaft, wie in anderen Bundesländern.⁵⁹¹ Die Ferngas GmbH hatte bis dahin ihr Verteilungsnetz von Norden her nur bis Peggau ausgebaut. Um im Kampf um die Zuteilung des algerischen Gases nicht ins Hintertreffen zu geraten, war das Land mit einer Haftung von rund einer dreiviertel Milliarde Schilling in Vorlage getreten und wollte dafür, gemeinsam mit der STEWEAG, mit 51 Prozent die Mehrheit an der Ferngasgesellschaft. Ein Plan, der auf heftigsten Widerstand stieß.

Die Erdölschocks 1973 und 1977 hatten zudem zu einer Neugewichtung innerhalb der Energieträger geführt. Plötzlich war die heimische Kohle wieder gefragt, waren Erdöl und auch Ferngas als Risikoenergien eingestuft worden. Die riesigen Defizite beim Betrieb des politisch von Krainer sen. und Gustav Scherbaum zehn Jahre zuvor durchgesetzten Grazer Fernheizkraftwerkes hatte man so schnell vom Tisch gewischt wie der Erdölschock gekommen war. Die Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme (vor allem Fernwärme aus Dampfkraftwerken) sollte mit der weststeirischen Kohle hergestellt werden. Parallel dazu lief ein interessanter Versuch an: 1976 hatte die STEWEAG das Institut für Umweltforschung beauftragt, erstmals zu versuchen, ein 130 Quadratmeter großes Einfamilienhaus ausschließlich mit Sonnenkollektoren zu beheizen.⁵⁹²

Ein Fernheizwerk in Graz-Gösting?

Anfang 1974 nahm die STEWEAG sogar Verhandlungen mit der VERBUND AG, der ÖDK und der GKB mit dem Ziel auf, gemeinsam ein großes Fernheizkraftwerk, Graz II, zu errichten und krisensicher mit steirischer Kohle zu befeuern.⁵⁹³ Um den Standort wurde gerungen. Der SPÖ-dominierte Bezirk Graz-Gösting war dafür vorgesehen, was aber geheim bleiben sollte. LH-Stellvertreter Adalbert Sebastian (SPÖ): „Denn, wenn wir das dort hinstellen in Gösting, wo wir es geplant haben, dann sagt uns ein jeder, warum genau dorthin, wo der Wind den Schmutz nach Graz trägt, wobei alle Fachleute wissen [trotz aller Investitionen in Filter] wird der Schmutz da sein!“ Gerade im Grazer Westen war die Bürgerbewegung stark geworden, hatte die Verlegung der Autobahntrasse und in der Folge den Bau des Plabutschtunnels durchgesetzt und schließlich in Graz einen politischen Wechsel verursacht. Erstmals seit 1945 musste die SPÖ unter Scherbaum den Bürgermeisterstuhl räumen. Der Freiheitliche Alexander Götz wurde Bürgermeister, Franz Hasiba (ÖVP) sein Vize. Die Sorge Sebastians war also nachvollziehbar. Das Projekt wurde nicht realisiert.

Dafür fasste die STEWEAG ein neues Dampfkraftwerk bei Werndorf ins Auge. Allein 1975 wurden dafür, trotz einer sehr angespannten finanziellen Situation des Unternehmens, 188 Millionen Schilling veranschlagt, nahezu das Doppelte der Jahresaufwendungen zum Bau der Kraftwerke Wagna und Gabersdorf.⁵⁹⁴ Der finanzielle

Engpass, in den die STEWEAG 1975 abermals geraten war, resultierte vor allem aus den gestiegenen Energiekosten und dem stärkeren finanziellen Engagement beim Atomkraftwerk. Die Finanzsorgen hatten aber zur Folge, dass die Landesgesellschaft den Kauf von Kleinkraftwerken kaum noch bewältigen konnte.

So umfasste etwa im Dezember 1974 die Liste der übernahmebereiten Kleinkraftwerke 28 Anlagen, für die teilweise auch massiv politisch interveniert wurde. Aufsichtsratsvorsitzender Max Albegger forderte, gegen heftigen Widerstand von Franz Pichler aus Weiz, Vorsorge und einen „gewissen Schutzwall gegen die ‚übernahmeverdächtigen‘ EVU“.⁵⁹⁵ Entscheidend sollte der Ertragswert⁵⁹⁶ eines zu übernehmenden Kleinkraftwerkes sein und nicht die politische Intervention. Bei der Übernahme kleinerer E-Werke war meist neben der Modernisierung der Anlagen auch die Anpassung an das hohe STEWEAG-Lohnniveau hinzugekommen, das auch im Vergleich zu den anderen Landesgesellschaften im Spitzenfeld lag.⁵⁹⁷ Zudem galt für die neuen Mitarbeiter auch das breite STEWEAG-Sozialprogramm: von Erholungsheimen über Sonderzahlungen, einen Kündigungsschutz, der Landesbediensteten nahekam, bis zu Schihütten für den Winterurlaub. Um Interventionen möglichst hintanzuhalten, einigte man sich schließlich auf den Vorschlag von Theodor Piffl-Perčević, in Hinkunft den breit zusammengesetzten Aufsichtsrat mit jedem einzelnen Übernahmefall eigens zu befassen.

Wasserkraftwerke wieder interessant

Durch den Preisdruck am Energiesektor, den die internationale Ölkrise erzeugt hatte, schienen neben den Dampf- auch die ursprünglich weniger günstigen Wasserkraftwerksprojekte wieder interessant zu werden. Der Steiermärkische Landtag forderte am 7. Dezember 1973 die Landesregierung auf, ungenützte Energiequellen, besonders die freien Strecken von Mur und Enns sowie die Speicherprojekte Triebenbach, Talbach nahe Schladming, Gams, Flattnitz und Krumbach sowie das Pumpspeicherprojekt Hierzmann zu untersuchen.⁵⁹⁸ 1974 wurden rund 4.000 GWh⁵⁹⁹ Strom erzeugt, doch nur 1.500 GWh stammten aus Wasserkraftwerken, wovon die STEWEAG

⁵⁹¹ ESt-Archiv, Protokoll der 168. AR-Sitzung, v. 19.12.1973.

⁵⁹² Dietinger, S. 50.

⁵⁹³ Dass Grazer Fernheizkraftwerk I („Eine riesige Kohlenvernichtungsanlage!“, LH-Stv. Sebastian) sollte niedergefahren werden. ESt-Archiv, Stenografisches Protokoll der 170. AR-Sitzung, v. 27.2.1974.

⁵⁹⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 173. AR-Sitzung, v. 3.12.1974. Beilage Finanzplan 1975. Der Plan sah eine Unterdeckung der STEWEAG von 236 Millionen Schilling vor, mehr als ein Viertel der präliminierten Einnahmen! Als eine Sofortmaßnahme wurde darauf geachtet, in Hinkunft unrentable Kleinkraftwerke, trotz heftiger, teilweise politischer Interventionen, nicht mehr zu übernehmen. Altziebler: „Wenn der Ertragswert gleich Null ist, dann ist der Anreiz, eine solche Anlage zu kaufen, ebenfalls gleich Null.“

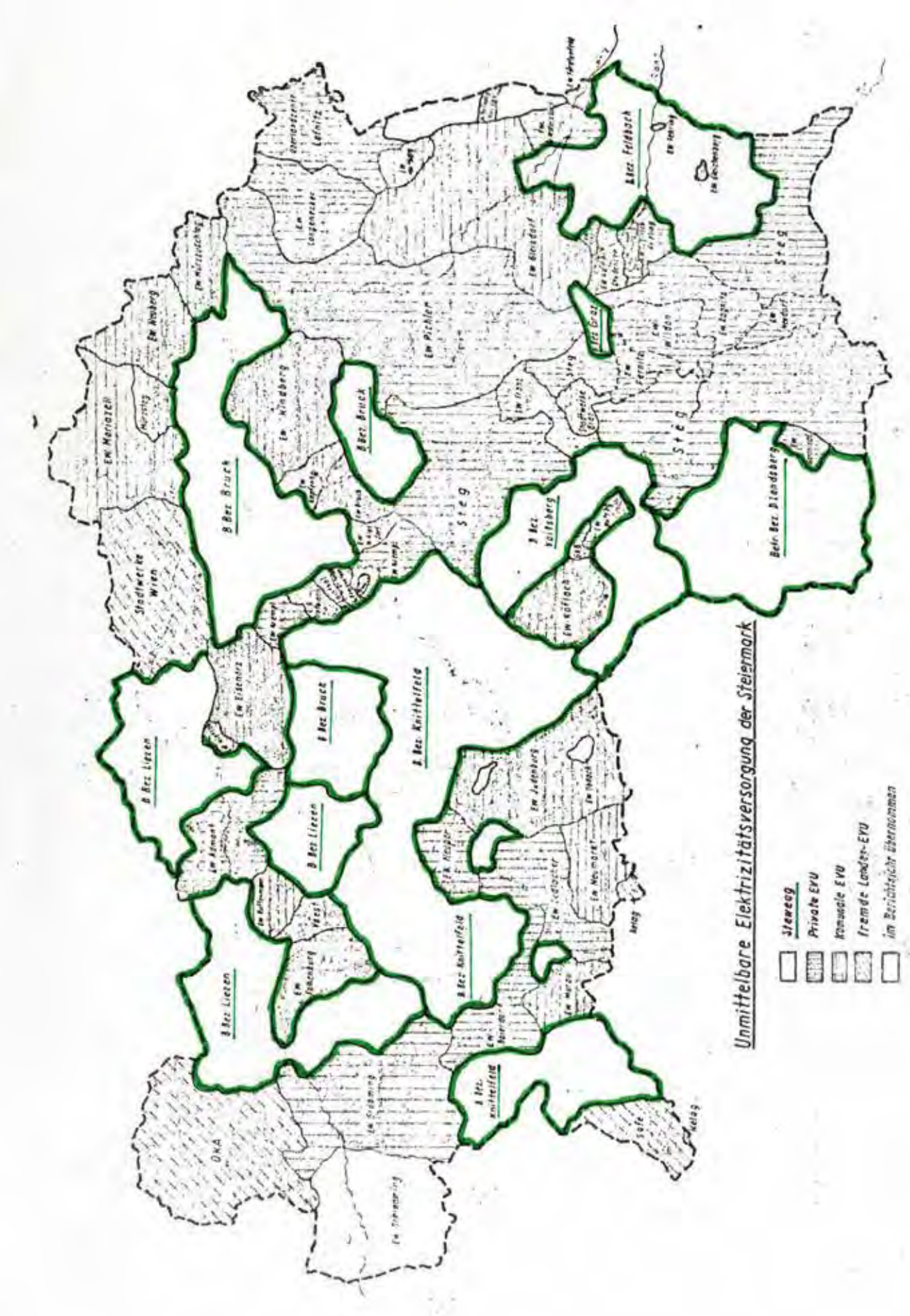
⁵⁹⁵ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 173. AR-Sitzung, v. 3.12.1974.

⁵⁹⁶ Nach der Formel: Ablöse = Ertragswert plus Zeitwert, geteilt durch 2.

⁵⁹⁷ ESt-Archiv, Protokoll der 165. AR-Sitzung, v. 5.9.1973. Bericht GD Altziebler über die Übernahmen von Feldbach und Schladming.

⁵⁹⁸ Studie über die Möglichkeiten des weiteren Ausbaus der steirischen Wasserkräfte. Graz, Oktober 1974. Beilage zur 173. AR-Sitzung, v. 3.12.1974.

⁵⁹⁹ 1 GWh = 1.000.000 kWh.



Die Versorgungsgebiete der steirischen Elektrizitätsunternehmen zu Beginn der 1980er-Jahre

Quelle: Privatarchiv Eberhard Franz.

wiederum rund 1.000 GWh erzeugte.⁶⁰⁰ Diesen Anteil wollte man bis in die 1980er-Jahre deutlich steigern, um gegen internationale Krisen resistenter zu sein. Und das trotz der beginnenden ökologischen Diskussion über den weiteren Ausbau von Donaukraftwerken, die in den 1980er-Jahren schließlich in der Besetzung der Hainburger Au gipfelten, und des gleichzeitigen Festhaltens der STEWEAG an der Kernenergie.

Als mögliche Projekte wurden entlang der Mur vor allem Farrach, kleinere Werke um Preg, Frohnleiten, Weinzödl, Werndorf, Wildon, Spielfeld und sechs Werke im Grenzbereich der Mur zu Jugoslawien sowie die Speicherprojekte Talbach bei Schladming, Gams an der Mariazeller Salza, Flattnitz und Krumbach an der Landesgrenze zu Kärnten bei Turrach ins Auge gefasst. Von einem Ausbau der Enns im Bereich des Eingangs zum Gesäuse nahm die STEWEAG aus Naturschutzgründen Abstand.

Damit, so wurde errechnet, stünden für die nächsten Jahrzehnte an Ausbaumöglichkeiten an der Mur rund 1.288 GWh und an Speicherwerken rund 430 GWh zur Verfügung.⁶⁰¹ Die Ausbauleistung der Werke sollte rund 500 MW betragen, etwa 75 Prozent der Leistung des AKW Zwentendorf. Vor allem auf Betreiben von Hermann Grengg, der Vorarbeiten zur Studie geleistet hatte, forcierte die STEWEAG nun ab Mitte der 1970er-Jahre neben der Kernkraft in drei Atomkraftwerken und dem Ausbau des Erdgasangebotes wieder ihr eigentliches Kompetenzfeld, die Wasserkraft. Es waren auch Aufträge für den Ausbau der Wasserkraftwerke, die die steirische Wirtschaft in den Krisen der 1970er-Jahre belebten; besonders die Bauindustrie, die heimischen Lieferanten elektromaschineller Bestandteile und zahlreiche Zulieferer. Allein das im Juli 1975 begonnene Kraftwerk Sölk im Einzugsbereich der Enns, nach Hieflau das zweitgrößte Wasserkraftwerk der STEWEAG,⁶⁰² hatte ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Schilling, wovon rund 95 Prozent für Aufträge an heimische Firmen (Negrelli, Ast-Mayreder-Union, Soravia-Ilbau, Andritz, Voith, Elin oder Voest) verwendet wurden. Von ebenso belebender Wirkung waren der nahezu gleichzeitige Bau des Kraftwerkes Obervogau⁶⁰³ im steirischen Grenzland zu Jugoslawien sowie das Pumpspeicherprojekt Talbach im Einzugsbereich der Schladminger

⁶⁰⁰ Die Lauf- und Speicherkraftwerke von STEWEAG und STEG 1974 (Jahr der Inbetriebnahme) und Arbeitsvermögen im Regeljahr in GWh

Laufkraftwerke (Jahr der Inbetriebnahme)

STEWEAG	
Pöls (1904)	8,8
Pernegg (1927)	105,0
Laufnitzdorf (1931)	108,0
Dionysen (1944/1949)	70,0
Hieflau, mit Wagspeicher (1955/65)	269,4
Altenmarkt (1960)	129,0
Gralla (1964)	71,0
Krippau (1965)	153,0
Landl (1967)	123,0
Gabersdorf (1974)	74,0

STEG

Lebring (1904)	32,6
Peggau (1912)	79,0

Speicherkraftwerke der STEWEAG

Arnstein (1925/30)	50,0
Pack (1931)	1,8
Salza (1949)	27,0
St. Martin in der Teigitsch-Gruppe (1965)	14,0

Quelle: ESt-Archiv, Studie über die Möglichkeiten des weiteren Ausbaus der steirischen Wasserkräfte. Graz, Oktober 1974.

⁶⁰¹ Ohne den Ausbau des Projektes Gams.

⁶⁰² Das Kraftwerk Sölk sollte gleich viel Energie erzeugen wie die Teigitsch-Gruppe (Arnstein und St. Martin) sowie zwei Murkraftwerke. – ESt-Archiv, Protokoll der 178. AR-Sitzung, v. 11.7.1975. Vgl. auch Reismann – Wiedner, Elektrizität, S. 475f.

⁶⁰³ ESt-Archiv, Protokoll der 178. AR-Sitzung, v. 11.7.1975.

Tauern.⁶⁰⁴ Die Gelder dafür sollten über Kredite heimischer Banken, eine Schweizer Anleihe⁶⁰⁵ und eine zehnprozentige Strompreiserhöhung aufgebracht werden,⁶⁰⁶ die aber von den industriellen Großabnehmern wie Böhler oder den Papierproduzenten in der Krise kaum verkraftbar war.

Auf Basis der Gesamtkosten hatte man bis dahin die Rentabilität von Wasserkraftwerken kalkulatorisch mit 50 Jahren angenommen. Allerdings bewies etwa Arnstein, dass die Lebensdauer von Wasserkraftwerken weit darüber hinaus ging, was sie angesichts der stark gestiegenen Ölpreise auch wieder betriebswirtschaftlich interessant machte.⁶⁰⁷ Ganz abgesehen davon, dass sie die Abhängigkeit von Energieimporten senkten, umweltfreundlicher und ökologisch nachhaltiger waren. Gleichzeitig mit den Bauarbeiten machte sich die STEWEAG auch an die touristische Erschließung des jeweiligen Gebietes. Auch dabei konnte man auf die Expertisen der Leiter der sechs Betriebsbezirke der STEWEAG zurückgreifen, die sowohl die örtlichen Bedürfnisse kannten als auch die Stimmungslage in der Bevölkerung einzuschätzen wussten.

„(K)ein Opfer für den Kohlenbergbau?“

Dass Wasserkraftwerke in den Wintermonaten generell weniger Strom lieferten als kalorische Anlagen oder ein Atomkraftwerk, war nicht mehr so entscheidend wie noch zehn Jahre zuvor. Dieses Manko wollte man mit einem zusätzlichen Strommix, vor allem aus Gas und Kernkraft, ausgleichen.

Doch auch die Kohle war noch nicht endgültig aus dem Rennen. In Köflach war ein neues Kohlenfeld erschlossen worden, dessen Prospektion auch die STEWEAG unterstützt hatte. Damit hatten ÖDK und GKB ein neues Dampfkraftwerk, Voitsberg III, aufs Tapet gebracht. Es sollte vor allem als Reserve bei Versorgungsengpässen und, um das Projekt der STEWEAG schmackhafter zu machen, eventuell als Ersatz für ein neues, umstrittenes Fernheizwerk in Graz-Gösting dienen. Doch das Verhältnis der STEWEAG zu einer möglichen Beteiligung an Voitsberg III war eher ambivalent. Einerseits wollte man diese Stromreserve und auf politischer Ebene die Arbeitsplätze und den Standort in der Region erhalten, andererseits war eine entsprechende Beteiligung an den geschätzten Errichtungskosten von rund drei Milliarden Schilling, aufzubringen eventuell über eine Beteiligung am Aktienkapital der ÖDK, doch etwas abschreckend. Denn diese würde der STEWEAG, so wurde im Aufsichtsrat kalkuliert, „nichts bringen, weil das eine verlorene Kapitalweggabe wäre, weil wir bestenfalls Dividenden von der ÖDK sehen würden. Und dabei habe ich nicht das Gefühl, dass wir das in absehbarer Zeit erleben werden!“ Außerdem müsste man allein aus finanziellen Gründen das Projekt Talbach verschieben.⁶⁰⁸

Landeshauptmann Niederl und sein Stellvertreter Sebastian einigten sich schließlich auf ein prinzipielles Ja zu Voitsberg III, wobei Sebastian nicht mehr „von einem Opfer für den Kohlenbergbau“ sprechen wollte, für eine signifikante zehnprozentige Beteiligung des Landes Steiermark an Voitsberg III plädierte und zudem mögliche längere Ausfallzeiten bei Kernkraftwerken als Argument für das Kohlekraftwerk anführte. Mit den errechneten hohen Stromerzeugungskosten wurde Voitsberg III abermals zum Energiepolitikum zwischen

mehreren politischen und betriebswirtschaftlichen Argumenten: dem Erhalt Tausender Arbeitsplätze und des Industriestandortes Köflach-Voitsberg gegen „relativ teuren Strom“, der garantiert abgenommen werden müsste,⁶⁰⁹ eine „sehr, sehr teure Errichtung“ und eine stark hinkende Gesellschaftskonstruktion zwischen VERBUND AG, ÖDK und STEWEAG zur Errichtung des Werkes. So lagen etwa die geschätzten Stromerzeugungskosten für Voitsberg III bei 56 Groschen, wohingegen sie beim Heizölkraftwerk Neudorf/Werndorf mit rund 32 Groschen/kWh kalkuliert wurden. Voitsberg III würde also den Strompreis in der Steiermark weiter nach oben treiben. Dies war allen klar und war umso schmerzlicher, als man sich eingestehen musste, versäumt zu haben, sich rechtzeitig über die ÖDK Draustrom aus Rossegg um 16 Groschen/kWh zu sichern. Schließlich einigte man sich in der STEWEAG darauf, vier Prozent der Jahresproduktion von Voitsberg III abzunehmen, was Niederl und auch Wirtschaftslandesrat Anton Pelzmann (ÖVP) aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen vorschlugen. Doch sehr rasch musste die Korrektur auf zehn Prozent nach oben erfolgen, um die steirischen Wünsche hinsichtlich des Strompreises durchzubringen.⁶¹⁰

Ab den 2000er-Jahren fuhr die GKB ihre Kohlenproduktion, deren Hauptabnehmer das ÖDK-Kraftwerk Voitsberg III war, massiv zurück. Mit der Unternehmensspaltung in die Bereiche Verkehr und Bergbau im Jahre 1998 und nahezu zeitgleich mit der Privatisierung der GKB-Muttergesellschaft, der ÖIAG-Bergbauholding im Jahre 2004, wurde nach rund 160 Jahren auch die Gewinnung der Kohle im weststeirischen Kohlenrevier eingestellt.⁶¹¹

Sebastian: „Es geht nicht ohne Atom“

Während die STEWEAG den Bau ihrer neuen Kraftwerke Sölk, Obervogau, Neudorf/Werndorf II und Talbach forcierte, sich noch mit 2,8 Millionen Schilling am Bau der Erdgasleitung der Ferngas GmbH zum geplanten Fernheizwerk in Graz-Gösting⁶¹² beteiligte und die Gründung der „Ortsgasversorgung Steiermark GmbH“ zur Versorgung von Kleinabnehmern mit Erdgas mit einer Drittelbeteiligung unterstützte⁶¹³, wurde die gesamte energiepolitische Diskussion zur Jahreswende 1976/77 auch in der Steiermark von der sehr starken Anti-Atombewegung überrollt. Der Widerstand gegen das AKW Zwentendorf – von einem zweiten AKW sprach man schon bald nicht mehr – richtete sich gegen Atomstrom an sich, gegen Wiederaufbereitungsanlagen und gegen ein mögliches Endlager auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig in Niederösterreich, bekam zunehmend aber auch parteipolitische Komponenten. Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte sich in zahlreichen Auftritten persönlich für den Bau von Zwentendorf stark gemacht. Als der Widerstand noch größer und der Bau oder Nicht-Bau des AKW zum beherrschenden Thema der österreichischen Innenpolitik wurde, hoffte Kreisky, durch eine

⁶⁰⁹ Die Stromabnahme aus Voitsberg sollte ursprünglich nach dem Willen der STEWEAG und der ÖVP nur vier Prozent des dort erzeugten Stroms betragen. Schließlich gab man nach und beteiligte sich mit zehn Prozent der installierten Leistung und der erzeugten Arbeit. ESt-Archiv, Protokoll der 188. AR-Sitzung, v. 11.2.1977.

⁶¹⁰ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 186. AR-Sitzung, v. 6.12.1976.

⁶¹¹ Amschl, GKB, S. 110f. – Gerhard H. Gürtlich, Die Finanzierung der Graz-Köflacher Eisenbahn und die Unternehmensspaltung im Jahre 1998, in: Gerhard Art – Gerhard H. Gürtlich – Hubert Zenz (Hg.), Kohle und Bahn. 150 Jahre GKB. Wien 2010 und Marco Fössl, Die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft. Eine historische Betriebsanalyse. Sowi-DA Graz 2010 und im Überblick: Lasnik, Weststeirische Kohlenreviere.

⁶¹² ESt-Archiv, Protokoll der 186. AR-Sitzung, v. 6.12.1976.

⁶¹³ Die Gründung der „Ortsgasversorgung Steiermark GmbH“ erfolgte im Herbst 1977 durch das Land Steiermark und die Steirische Ferngas GmbH mit dem Ziel, in der Steiermark eine umfassende Flächengasversorgung aufzubauen und zu betreiben. Zunächst war vorgesehen, dass sich jene Gemeinden, in denen eine örtliche Gasversorgungsanlage von der OGV errichtet wird, an der OGV beteiligen. Bald stellte sich jedoch heraus, dass nur wenige Gemeinden, v. a. wegen ihrer schwierigen Finanzlage, eine Beteiligung eingehen konnten. In Gesprächen zeigte sich die STEG bereit, die Anteile jener Gemeinden ihres Versorgungsgebietes zu übernehmen, die sich an der OGV nicht beteiligt hatten. Schließlich übernahm die Ferngas GmbH auch die für die Gemeinden vorgesehenen 49 Prozent der OGV-Anteile, so dass sie Ende 1978 98 Prozent der OGV-Anteile besaß, das Land Steiermark zwei Prozent. Der Beitritt der STEWEAG erfolgte erst im Jänner 1979. Zu Jahresende 1985 versorgte die OGV bereits 36 steirische Gemeinden mit Erdgas. ESt-Archiv, Gesellschaftsvertrag der Ortsgasversorgung Steiermark GmbH (OGV), v. 29.9. und 12.10.1977 und Protokoll der 198. AR-Sitzung, v. 6.11.1978.

Volksabstimmung eine Mehrheit für Zwentendorf zu bekommen. In der heftig geführten Auseinandersetzung wurde das für 1978 angekündigte Referendum auch immer mehr zu einer Abstimmung über die gesamte Politik Bruno Kreiskys.

Niederls Atom-Schwenk: „Die Entsorgung muss klar sein!“

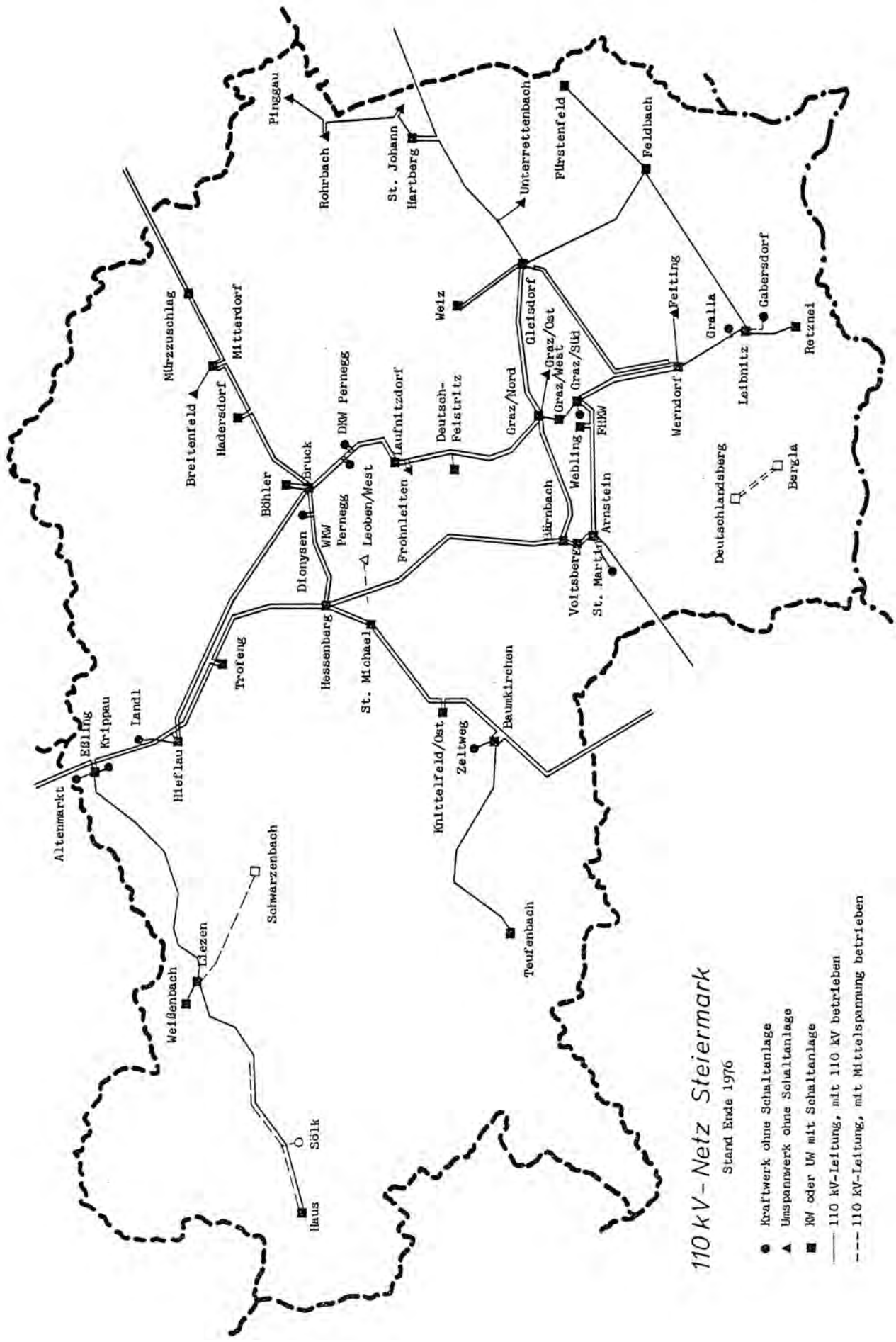
Sachliche Argumente gerieten öffentlich zunehmend ins Hintertreffen. Einige versuchten, klare Positionierungen zu umgehen. Niederl: „Es wird notwendig sein, wenn kein neuer Energieträger gefunden wird, die Atomkraft heranzuziehen, natürlich unter der Voraussetzung der Sicherheit [...]. Praktisch muss die Entsorgung klar sein, wenn das Werk in Betrieb geht.“ Eine trotz zahlreicher wissenschaftlicher Analysen und Studien internationaler Experten ungelöste und unerfüllbare Vorgabe. Landesrat Hermann Schaller (ÖVP) drängte: „Nicht in 400 Jahren, sondern jetzt im Augenblick, wo ich den Würfel mache!“⁶¹⁴ Emotionaler und eindeutig pro Atomkraft Sebastian: „Wenn wir weiter expandieren wollen, geht es gar nicht ohne Atomkraft. [...] Ich hätte mich gefreut, wenn der STEWEAG-Direktor Märzendorfer in den Diskussionen in Graz und Leoben dargelegt hätte, dass es überhaupt keine Gefahr gibt wegen der Abfälle“ [...] statt zu „sagen, das ist jetzt eine politische Entscheidung. Zu den Politikern zu sagen: Jockele, geh Du voran, Du hast die größeren Stiefel an, das ist nicht der Weg!“ Schließlich Niederl: „Ich kann nicht sagen, das Werk ist sicher. [...] Ich bin total überfordert!“ Worauf man sich schließlich verständigte, war, eine Öffentlichkeitskampagne in allgemein verständlicher Form über das hauseigene Organ, den „Elektroboten“, zu starten und die Broschüre an alle Strombezieher in der Steiermark zu versenden. Sebastian: „Die Steirer zu informieren und zu sagen, so schaut es aus und es wird künftig, wenn wir weiter [so leben] wollen, nicht anders gehen, als dass wir Strom dort, wo es bei uns möglich ist, weiter produzieren und ausbauen und den Atomstrom einmal kriegen!“⁶¹⁵

Keine Versorgungssicherheit ohne Atom?

Die damals als „unkonventionell“ bezeichneten alternativen Energieträger spielten in den Diskussionen noch keine große Rolle. Ihr Anteil am Bruttoenergieverbrauch im Jahre 2000 wurde mit weniger als vier Prozent, beim Stromverbrauch gar mit weniger als 0,6 Prozent, angenommen.⁶¹⁶ Abermals stand im Mai 1977 die künftige Stromversorgung des Landes auf dem Prüfstand, zumal eine Versorgung durch Atomstrom in Zukunft nicht mehr sicher schien. Die STEWEAG schlug Alarm und sah die „Stromaufbringung für die kommenden Jahre nicht mehr gewährleistet, wenn die Bestrebungen, den Bau von Kraftwerken zu verhindern, weiterhin anhalten.“⁶¹⁷

Die Kernkraftwerke Zwentendorf und Stein an der Enns waren in weite Ferne gerückt, ein Ersatz nicht in Sicht. Beim Bau von Wasserkraftwerken kämpfte man mit Einwendungen von Naturschutz, lokalen Interessen und den notwendigen Rücksichtnahmen auf die Ökologie, sodass bei Berücksichtigung der Einwendungen, außer den Kraftwerken Sölk und Obervogau, im besten Fall nur noch 620 GWh realisierbar erschienen. Keine guten Aussichten: Das neu erschlossene Braunkohlenrevier Köflach sei durch das Grazer Fernheizwerk, Voitsberg III und die ÖDK belegt, an denen die STEWEAG mit zehn Prozent beteiligt ist. Der Braunkohlenbergbau

⁶¹⁴ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 186. AR-Sitzung, v. 6.12.1976.
⁶¹⁵ ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 189. AR-Sitzung, v. 26.5.1977.
⁶¹⁶ Nach einer Studie des Bundesministeriums für Forschung und Technologie von 1977 sollte ihr Gesamtanteil am Bruttoenergieverbrauch im Jahre 2000 unter Ausnutzung aller Möglichkeiten (Solar- und Windenergie sowie Erdwärme) 3,5 bis 4,2 Prozent „nicht überschreiten“.
⁶¹⁷ Studie über die zukünftige Elektrizitätsversorgung des Bundeslandes Steiermark im Hinblick auf die Kernenergiedebatte, Graz im März 1977. ESt-Archiv, Beilage zur 189. AR-Sitzung, v. 26.5.1977.



Das übergeordnete Stromnetz der Steiermark während der Energiekrisen

Quelle: ESt-Archiv.

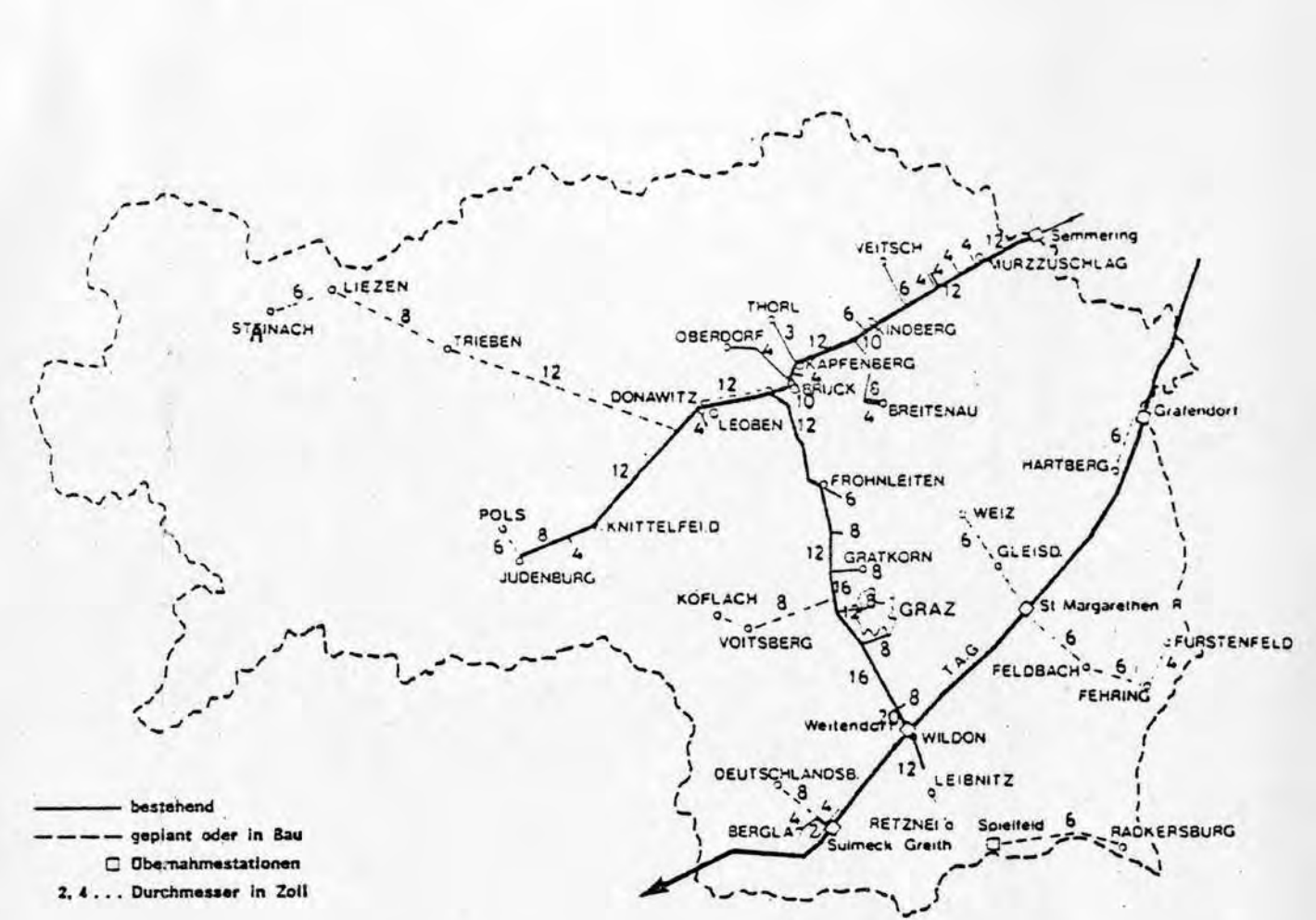
Fohnsdorf stünde vor der Schließung und sollte das Dampfkraftwerk Zeltweg weiterhin mit Kohle befeuert werden, müsse man diese importieren. Heizöl zu importieren erfordere einen hohen Devisenbedarf, sei auslandsabhängig und unsicher. Die Umweltbelastung durch den Ausstoß von Schwefeldioxyd mache die Suche nach einem weiteren, mit Heizöl befeuerten Dampfkraftwerk extrem schwer. Ähnlich sei die Situation bei Erdgas. Sollte es gelingen, von den möglichen Gaslieferungen aus dem Iran Kontingente für die Stromerzeugung abzuzweigen, so wäre ein Standort in der Oststeiermark anzudenken, wogegen jedoch touristische Argumente in der Thermenregion sprächen. Weiters schaffte es die STEWEAG nicht, 70 Prozent der Gesamtabgabe in eigenen Kraftwerken zu erzeugen und war weiterhin stark auf den teuren Fremdbezug angewiesen.

Letztlich werde man, so die nach außen vertretene einhellige Meinung der STEWEAG, um Atomkraftwerke zwar nicht herumkommen, bis dahin jedoch alle ökologisch und energiewirtschaftlich vertretbaren Wasserkraftprojekte ausbauen und hoffe damit an die 900 GWh zu erreichen. Als erstes wurde noch 1977 der Bau des vergleichsweise teuren Murkraftwerkes Spielfeld (kalkulierte Bausumme von 403 Millionen Schilling)⁶¹⁸ beschlossen und Planungen für ein weiteres Kraftwerk bei Stadl an der Mur begonnen; in der Entscheidung zweifellos begünstigt durch die Hoffnung auf eine Erholung der österreichischen Wirtschaft nach der ersten Energiekrise und durch den ungebrochenen, langjährigen Trend, wonach man jährlich rund 7,2 Prozent mehr Strom abzugeben hatte. So hatte sich der Strombedarf in der Steiermark seit Ende der 1950-Jahre alle zehn Jahre verdoppelt!⁶¹⁹

Die Erholung der Wirtschaft war allerdings nur von kurzer Dauer. Die steirische Wirtschaft, wegen ihrer hohen Grundstofflastigkeit besonders stark konjunkturellen Schwankungen unterworfen, schaffte zwar 1976 einen kurzfristigen Turn-off, sackte jedoch in den folgenden zwei Jahren wieder in eine tiefe Krise, aus der sie sich – trotz einiger Hoffnungsschimmer – bis 1983 nicht mehr erholen sollte. Ihr Bruttoinlandsprodukt lag von 1975 bis 1983 nahezu immer deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Ähnliches galt für die Bruttowertschöpfung, die bis weit in die 1990er-Jahre immer hinter der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wertschöpfung der österreichischen Bevölkerung lag. Die Gründe dafür wurden oft analysiert: die „alte“ Industrieregion der Obersteiermark, deren Produktionen immer weniger nachgefragt wurden und ihre Unfähigkeit, neue, nachgefragte Produkte auf den Markt zu bringen („endogene Erneuerung“), die weitgehend „tote“ Grenze zu Jugoslawien und Ungarn sowie Industrien als verlängerte Werkbänke mit zu wenig Qualitätsanspruch für den Weltmarkt. Allein zwischen 1970 und 1977 schrumpfte der Anteil des Bergbaus und der Eisenhütten- bzw. Metallindustrie an der steirischen Industriewertschöpfung von 37 auf 27 Prozent, das Wachstumstempo in der gesamten Steiermark ging zwischen 1974 und 1977 um fast fünf Prozent zurück. 1978 wurde der Kohlenbergbau in Fohnsdorf geschlossen.⁶²⁰

Unter diesen Bedingungen – und mit der nach wie vor offenen Frage der Atomkraftwerke Zwentendorf und Stein/Enns – hatte die STEWEAG ihre energiepolitische Strategie auszurichten sowie Investitionen für neue Kraftwerke und Leitungen zu tätigen, um das Land mit ausreichend Strom und die Stadt Graz mit Fernwärme aus den Kraftwerken Werndorf II und Voitsberg III zu versorgen. Die Millionenaufträge der STEWEAG

⁶¹⁸ Schließlich konnte wesentlich günstiger gebaut werden: Die Baukosten ohne Bauzinsen betrugen lt. Schlussabrechnung per 31.12.1986: 389,176.345 Schilling. ESt-Archiv, Protokoll der 266. AR-Sitzung, v. 18.12.1987.
⁶¹⁹ ESt-Archiv, Protokolle der 192., 193 und 194. AR-Sitzung, v. 17.10.1977, 11.11.1977 und 13.12.1977. Der Baubeschluss für das Kraftwerk Spielfeld erfolgte am 11.11.1977.
⁶²⁰ Karner, Die Steiermark im 20. Jahrhundert, S. 438ff. sowie neuerdings mit ausreichend Zahlenmaterial belegt: Michael Steiner, Wirtschaft. Steiermark. Zwischen Utopie und Realität. Graz – Wien 2020 (= Steiner, Wirtschaft Steiermark), S. 49ff.



Erdgasnetz der Steirischen Ferngas-Gesellschaft m. b. H. Stand: März 1978	
Länge:	285 km (115 km im Jahre 1968)
Transportkapazität:	1000 Millionen m³n/Jahr
Übergabe-/Übernahmestationen:	Semmering Weitendorf b. Wildon Sulmeck-Greith St. Margarethen a. d. R. (nicht ausgebaut) Grafendorf (nicht ausgebaut)

Das Erdgasnetz der Steirischen Ferngas 1978
Quelle: ESt-Archiv.

sicherten Tausende Arbeitsplätze und waren für einzelne Bereiche und Produktionssparten überlebenswichtig. Allein 1977 waren es 796 Millionen Schilling.⁶²¹

1978: Aus für das AKW Zwentendorf

Das äußerst knappe „Nein“ (50,5 Prozent Nein- zu 49,5 Prozent Ja-Stimmen) zur Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten Atomkraftwerkes Zwentendorf in der Volksabstimmung am 5. November 1978 traf die STEWEAG weitgehend unvorbereitet, hatte man doch bis zuletzt auf eine Zustimmung gehofft. Schließlich hatte der Nationalrat am 7. Juli 1978 einen Beschluss über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich und zur Inbetriebnahme von Zwentendorf gefasst und Bundeskanzler Kreisky sein ganzes politisches Gewicht in die Wahlwerbung für den Atomstrom gelegt. In dieser ersten bundesweiten Volksabstimmung der Zweiten Republik stimmten 50,5 Prozent gegen eine Inbetriebnahme und gegen den Gesetzesbeschluss des Nationalrates, in der Steiermark stimmte mit 52,8 Prozent eine Mehrheit für den Atomstrom und die Inbetriebnahme von Zwentendorf.

Mit dem knappen Nein zur Atomkraft in Österreich war die Möglichkeit einer friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich Geschichte. Das AKW wurde eingemottet und nach einigen Jahren einer musealen Nutzung zugeführt. Ein weltweit einzigartiger Vorgang. Der „Schwarze Peter“ für diese aus Sicht der SPÖ-Alleinregierung und Kreiskys schwere Wahlschlappe wurde hin- und hergeschoben. Auch in der STEWEAG, die bis zuletzt für die Kernenergie geworben hatte, waren die Emotionen kaum zu bändigen.⁶²² Noch ganz im Stil der Kampagnen vor dem Referendum warf Adalbert Sebastian Landeshauptmann Niederl vor, zuletzt mit gespalte- ner Zunge gesprochen zu haben: „Die jungen Leute sind also aggressiv. Aber in dem Fall der Herr Landeshaupt- mann auch, und er gehört nicht mehr zu den Jungen. Er war auch dagegen, dass wir Kernstrom verwenden!“ Darauf konterte Niederl: „Ich habe hier die Presseaussendung vom 31. Oktober. Sie heißt schlicht und einfach so: Atomstrom grundsätzlich ja, wenn die Sicherheiten erfüllt sind; Gewissensentscheidung ja oder nein; Ge- setzesentwurf: nein. Parteipolitische Entscheidung: Nein!“

Viel nachhaltiger als die parteipolitischen Vorwürfe waren die finanziellen Einbußen der STEWEAG, die mit zehn Prozent an den Gesamtkosten des AKW von rund 6,8 Milliarden Schilling beteiligt war, wovon man bis zur Volksabstimmung immerhin 528,2 Millionen bezahlt und entsprechende Abschreibungen getätigt hatte. Vorstandsdirektor Werner Klepp⁶²³ errechnete den verbleibenden Reinverlust aus dem Engagement für Zwen- tendorf bei einem noch immer erhofften Umbau des AKW mit 383,1 Millionen Schilling, was etwa den Bau- kosten eines Murkraftwerkes entsprach. Bei einem Abbruch von Zwentendorf hatte man einen Reinverlust für 1978 von einer halben Milliarde Schilling zu stemmen. Die Liquidität der STEWEAG war abermals sehr ange- spannt und konnte nur durch bestehende, veranlagte Festgelder erhalten werden. So ganz wollte man dennoch bei Zwentendorf noch nicht klein begeben, verhandelte mit den anderen beteiligten Landesgesellschaften über einen Umbau auf ein kalorisches Kraftwerk,⁶²⁴ was wesentlich geringere Kosten verursacht hätte, und brachte

⁶²¹ ESt-Archiv, Protokolle der 195. und 196. AR-Sitzung, v. 20.4.1978 und 23.5.1978. – Bericht des Vorstandes für 1977, v. April 1978. – Die hohen Investitionen schlugen sich auch in der Geschäftsgebarung nieder. 1977 betrug der Reinverlust der STEWEAG 101,128.031 Schilling, um 10,093 Millionen mehr als im Vorjahr.

⁶²² Zum Folgenden: ESt-Archiv, Stenografisches Wortprotokoll der 199. AR-Sitzung, v. 15.12.1978.

⁶²³ Werner Klepp, geboren 1942 in Graz, DDR., studierte an der Universität Graz Rechts- und Staatswissenschaften und trat 1967 in die STEWEAG ein. 1970 über- nahm Klepp die Referate „Allgemeine Kontrolle“ und „Wirtschaftsfragen“, 1972/73 wurde er zum Leiter des Referates „Kaufmännische Revision und Steuer- angelegenheiten“ sowie zum Leiter der „Verrechnungsabteilung“ mit Prokura bestellt. Von 1978 bis 1996 war Klepp als Vorstandsdirektor zuständig für die kaufmännischen Belange der STEWEAG. Sein Vertrag wurde wegen Unstimmigkeiten, auch innerhalb der SPÖ, nicht mehr verlängert. Klepp galt als Vertrauensmann der SPÖ und v. a. von Finanzlandesrat Christoph Klausner.

⁶²⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 200. AR-Sitzung, v. 26.1.1979. Die E-Wirtschaft rechnete Anfang 1979 mit einem Sondergesetz, wonach die Verluste aus Zwentendorf auf zehn Jahre aufgeteilt werden könnten.

Erdgasversorgung in der Steiermark



Die Versorgung mit Erdgas in der Steiermark 1989

Quelle: ESt-Archiv.

für den Fall einer Einmottung oder eines Abbruchs Rechtsmittel wie die Möglichkeit von Amtshaftungsklagen und „höherer Gewalt“ ins Spiel.

Anders beim AKW Stein/Enns, das per 31. Dezember 1978 liquidiert wurde. Hier blieb die STEWEAG auf rund 54,4 Millionen Schilling sitzen, hoffte aber, den Betrag durch Grundstücksverkäufe wieder hereinbringen zu können.

Den Bedarf auch ohne Zwentendorf decken

Optimistisch stimmte, dass die STEWEAG aufgrund ihrer bereits Mitte der 1970er-Jahre beschlossenen Ausbauprogramme heimischer Wasserkräfte⁶²⁵ den Strombedarf auch ohne Zwentendorf oder Stein bis 1983 decken konnte. Dazu kam, dass man für den Fall des Falles eine gewisse Leistungsreserve eingeplant, den Baubeschluss für Werndorf II gefasst und seit 1976 eine etwas geringere Stromnachfrage und daher weniger Fremdbezug zu verzeichnen hatte. Selbst eine Übernahme der in der Steiermark befindlichen ÖDK-Werke wurde von Landeshauptmann Niederl erwogen, bald jedoch wieder fallengelassen.⁶²⁶ Für 1984 plante man zusätzlich den Bau eines kalorischen Kraftwerkes vorzuziehen, lehnte aber eine Beteiligung an einem geplanten Kohlekraftwerk an der burgenländisch-ungarischen Grenze ab. Mit Interesse wurde registriert, dass der Verband der E-Werke Österreichs pionierhaft eine Gesellschaft für neue Technologien in der Stromerzeugung gegründet hatte, die sich bereits alternativ mit der Verwertung von Biomasse, Abfallholz und Stroh beschäftigte. Heinz Kopetz forcierte im Aufsichtsrat der STEWEAG jene Kraftwerke, die mit Stroh aus der Landwirtschaft betrieben werden konnten. Mehr als erste Anzeichen einer möglichen energiepolitischen Trendwende waren dies jedoch noch nicht.⁶²⁷

Weil die STEWEAG auch die Gasversorgung im Kleinabnehmerbereich als ihre Aufgabe ansah und Erdgas energiewirtschaftlich immer bedeutender wurde, stieg sie im Jänner 1979 mit einer Sperrminorität von 26 Prozent in die „Ortsgasversorgung Steiermark GmbH“ ein.⁶²⁸ Dadurch konnte eine Abgrenzung zwischen der Fernwärme- und Gasversorgung gefunden werden: Geplant war, in dicht besiedeltes Gebiet Fernwärme, in schwach besiedelte Gegenden Erdgas zu liefern. Als erstes sollten die Gemeinden Voitsberg und Bärnbach aus der Abwärme des Kohlekraftwerkes Voitsberg III beliefert werden.

Die Grün-Bewegung der 1980er-Jahre, das zunehmende Umweltbewusstsein der Öffentlichkeit, private Initiativen der Müllvermeidung und Mülltrennung, entsprechende programmatische Vorgaben von Körperschaften und Parteien, eine über die Medien sensibilisierte Öffentlichkeit und schließlich die Identität einer „sauberen“ Steiermark (Flüsse, Bäche, Seen, Brunnen) führten auch die Wirtschaft zu entsprechenden Maßnahmen. Wesentliche Forderungen waren: eine Entlastung der CO₂-Emissionen durch den Hausbrand (Forcierung von Erdgas, Heizöl,

Strom, Fernwärme), die Industrie (Einbau von Filtern, etwa beim Dampfkraftwerk Voitsberg III oder bei der Papierfabrik Leykam in Gratkorn) und durch den Autoverkehr (Katalysatorpflicht, Forcierung des öffentlichen Verkehrs, Ausbau von Radwegen). Weiters eine Säuberung der Mur („Murgipfel“ 1985) und anderer Flüsse, vor allem durch Maßnahmen der Papierindustrie, der Bau von Kläranlagen und eines Kanalisationssystems in den steirischen Gemeinden bis in die höchstgelegenen Tourismusorte sowie die Einrichtung von zentralen Mülldeponien, wie in Frohnleiten für den Müll aus Graz.

Die Überlegungen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, ein Kraftwerk auf der Basis von Erdgas zu bauen, wurden in der Erdölkrise schnell aufgegeben. 1980 waren die Erdgaspreise gegenüber 1973, dem Jahr des ersten Erdölshocks, um das Fünffache gestiegen. Zudem war die Abhängigkeit von den Ländern der OPEC jedermann vor Augen geführt worden. Als echte Alternative zur Erzeugung von Wärmeenergie bot sich – trotz hoher Bau- und Betriebskosten – allerdings ein weiteres Fernwärmekraftwerk an.

Der lange Anlauf für Mellach

Denn die Fernwärmeversorgung durch die STEWEAG in Graz durch das Fernheizwerk wurde seit der zweiten Erdölkrise immer wichtiger, die Anschlüsse nahmen deutlich zu. Wie schon zu Beginn der 1960er-Jahre arbeiteten auch Ende der 1970er-Jahre die STEWEAG und die Grazer Stadtwerke eng zusammen und planten im Grazer Feld ein neues, viel größeres Fernheizkraftwerk mit der vorläufigen Bezeichnung „Graz-Süd“.⁶²⁹ Unter dem Siegel der Verschwiegenheit begannen Gespräche und Verhandlungen mit den Bürgermeistern der Gemeinden Kalsdorf, Fernitz und Lichendorf. Im Sommer 1979 waren sie schon so weit gediehen, dass man Kalsdorf als Standort ins Auge fassen konnte. Doch ein Einspruch der Luftfahrtbehörde verwarf die Standortpläne, so dass man einen neuen Standort, nahe dem Kraftwerk Werndorf II ausfindig machte.

Für das große Werk mit einer Jahreserzeugung von 1.000 GWh war pro Jahr die Zulieferung von 375.000 Tonnen Steinkohle von Polen und anderen Lieferanten (vor allem über den Triestiner Hafen) vorgesehen, wobei man zur Hälfte auch auf das schadstoffärmere Erdgas ausweichen konnte. Die geplante 16 Kilometer lange Fernleitung nach Graz wurde die damals längste in Mitteleuropa, die Dimensionierung der Rohre jedoch gestaltete sich als echtes technisches Problem, weil man sie – bezogen auf den nicht genau einzuschätzenden Bedarf – für die nächsten Jahrzehnte ziemlich exakt vorzunehmen hatte. Die Kosten eines Fernwärmekraftwerkes wurden mit mehr als drei Milliarden Schilling kalkuliert, für die STEWEAG auf lange Zeit eine große Belastung. „Wären wir ein rein privat orientiertes Unternehmen“, so Generaldirektor Wilhelm Altziebler,⁶³⁰ „würden wir es sicher nicht errichten und würden auch nicht in die Fernwärmeversorgung einsteigen.“ Die Produktionskosten der Wärme aus dem neuen Werk, wo immer es gebaut werde, würden jedenfalls deutlich über jenen des alten Grazer Fernheizwerkes und jenen des eben auch im Bau befindlichen Dampfkraftwerk Voitsberg III liegen. Dies schien klar. Eine Reduzierung der Bezugskosten für die Bevölkerung könnte aber durch die Zusammenlegung mit den niedrigeren Erzeugungskosten den alten Werkes erreicht werden, wurde argumentiert. Im März

^[625] 1979 begann man den Bau des Mur-Laufkraftwerkes Bodendorf bei St. Georgen ob Murau. ESt-Archiv, Protokolle der 202. und 203. AR-Sitzung, v. 29.5.1979 und 7.11.1979. Gemeinsam mit der Mitteldruckstufe an Mini-, Paal- und Turrachbach wurde die Niedrigdruckstufe in einem einzigen Krafthaus in Bodendorf installiert.

^[626] ESt-Archiv, Protokoll der 211. AR-Sitzung, v. 27.3.1981. – Einer Übernahme der ÖDK-Kraftwerke standen das Zweite Verstaatlichungsgesetz sowie ihre geringe Wirtschaftlichkeit entgegen. Altziebler: „Sie sind wirtschaftlich gesehen ‚Nicht-Rosinen‘ im Kraftwerkskuchen der ÖDK“. Vgl. auch 25 Jahre ÖDK. Die Festschrift geht auf diese heiklen Thematiken nicht ein.

^[627] Situation der STEWEAG nach der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf. STEWEAG-Studie, vorgelegt in der 199. AR-Sitzung, v. 15.12.1978.

^[628] Im Zuge der zu erwartenden beträchtlichen Investitionen der OGV wurde ihr Stammkapital von 2,55 auf 40 Millionen Schilling erhöht. Die Anteile an den Stammaktien betrugen: Land Steiermark zwei Prozent, Ferngas 51 Prozent STEWEAG 26 Prozent weitere Gesellschafter 21 Prozent die jedoch vorerst von der Ferngas GmbH und der STEWEAG im Verhältnis 51:26 übernommen wurden, wodurch die STEWEAG zunächst 33,1 Prozent an der OGV hielt. ESt-Archiv, Protokoll der 200. AR-Sitzung, v. 26.1.1979. – 1982 gründete die STEWEAG gemeinsam mit den Grazer Stadtwerken noch die Fernwärmeservice GmbH zur gegenseitigen Abgrenzung und Bevorzugung der eigenen Versorgungsgebiete mit Fernwärme. Das Übereinkommen mit den Grazer Stadtwerken wurde in der 221. AR-Sitzung, v. 7.7.1982 beschlossen.

^[629] ESt-Archiv, Protokoll der 203. AR-Sitzung, v. 7.11.1979. – Der Vertrag mit den polnischen Partnern sah eine Laufzeit vom 1.1.1984 bis 31.12.2004 vor, mit einer Fixmenge von 300.000 t/Jahr und einer Option auf jährlich weitere 75.000 t. Voraussetzung für das Inkrafttreten des Vertrages waren neben der Zustimmung der polnischen und österreichischen Behörden der Baubeschluss bzw. die Bewilligung zum Bau des Kraftwerks, der Abschluss des Transportvertrages zwischen STEWEAG und ÖBB (mit dem Problem des Transits durch die ČSSR) sowie v. a. die Einräumung eines 300-Millionen-Dollar-Finanzkredites an die Polen, der von Handelsminister Josef Staribacher (SPÖ) und dem polnischen Außenhandelsminister verhandelt wurde.

^[630] Wilhelm Altziebler, geb. 1914 in Friedau/Ormož, Dr. jur., nach Kriegseinsatz und Gefangenschaft kam Altziebler 1948 zur STEWEAG, 1968 in den Vorstand, dessen Vorsitzender mit dem Titel eines „Generaldirektors“ er von 1973 bis 1981 war. 1982 wurde Altziebler Energiebeauftragter des Landes Steiermark und war danach von 1987 bis 1993 Vorsitzender des STEWEAG-Aufsichtsrates.

1980 schloss die STEWEAG schließlich mit der Stadt Graz den entsprechenden Vertrag für Wärme aus dem neuen Werk Graz-Süd.⁶³¹

Für Graz sollte dies eine erhebliche Entlastung der besonders im Winter stark belasteten Luft und für große Teile der Stadtbevölkerung, ebenso wie für öffentliche Gebäude, eine echte Verbesserung der Heizqualität bedeuten, wobei sich Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian entschieden gegen einen Zwangsanschluss aussprach. Die Grazer Stadtwerke wurden mit Anträgen überhäuft, sodass die Leistung des vorgesehenen Fernheizwerkes stark erhöht werden musste.

Das Fernheizwerk, dessen genauer Standort noch in Diskussion war, sollte 1984 anlaufen und doppelt so viel an Fernwärme liefern wie 1980 für Graz notwendig war. Den berechtigten Befürchtungen einer zusätzlichen Schadstoffbelastung durch den Betrieb des Werkes versuchte man schon im Vorfeld mit entsprechenden Filter- und Rauchgas-Entschwefelungsanlagen zu begegnen. Landeshygieniker Josef Möse hatte die Federführung in den umfangreichen Umweltschutzmaßnahmen, die auch die Kosten der Stromerzeugung auf 73,1 Groschen/kWh steigerten. Dennoch lagen sie noch deutlich unter jenen der ÖDK-Dampfkraftwerke.

Schließlich stimmte der Aufsichtsrat der STEWEAG am 10. November 1980 dem Bau des „Fernheizkraftwerkes Süd“ in Mellach mit einem Gesamtkostenaufwand von 3,42 Milliarden Schilling zu, inklusive Aufwendungen für die Entschwefelungsanlage von rund 300 und der Kosten für die Wärmeerzeugung und Lieferung von rund 374 Millionen Schilling.⁶³² Die Hauptgründe für Mellach waren: eine relativ saubere Energie und eine weitgehende Unabhängigkeit in der Versorgung mit Brennstoff.⁶³³

Durch überhöhte Preisvorstellungen einiger Eigentümer der für den Kraftwerksbau und die Fernleitungen vorgesehenen Grundstücke des Auwaldes musste zur Jahreswende 1980/81 ein neues Baugelände gesucht werden. Man fasste Mellach ins Auge, ursprünglich „damit die Werndorfer sehen, dass wir nicht unbedingt darauf angewiesen sind“ (Altziebler). Für den neuen Standort in Mellach sprach die etwas kürzere Bahnverbindung, jedoch war der Bau einer Brücke über die Mur einzukalkulieren, mit der „die Grundstückseigentümer ebenfalls keine Freude hatten“.⁶³⁴ Auch diese Standorterhebungen liefen zunächst noch im Geheimen. Einerseits befürchtete man weitere Grundstücksspekulationen, andererseits Proteste der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden wegen möglicher Auswirkungen auf das Trinkwasser und auf die Erwärmung der Mur durch das erhitzte Abwasser des Kraftwerkes. Sorgen hegte die Bevölkerung der unmittelbaren Umgebung des Standortes ebenso wegen eventuell anzulegender Deponien sowie befürchteter weitergehender Umweltbelastungen, „weil ja bei einem 170 bis 175 Meter hohen Schornstein ein Ausscheidungsgrad erreicht wird, der doch alle Gemeinden rundum betrifft“. Von der STEWEAG organisierte Bürgerversammlungen in Werndorf, Wildon und Kalsdorf sollten die Bevölkerung informieren und angesichts der zu erwartenden Investitionen und zusätzlichen Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region für das Projekt einnehmen.

Die Fernwärme-Verbindungsleitung⁶³⁵ sollte ursprünglich von Werndorf aus durch die Auwälder der Mur oberirdisch nach Graz geführt werden. Auch dagegen regte sich bald massiver Widerstand, nicht zuletzt auch seitens des steirischen Naturschutzes – ein Vorspiel der Besetzung der Hainburger Au. Dort hatten sich Tausende

Umweltaktivisten im Dezember 1984 erfolgreich gegen die Rodung des Auwaldes für ein Donaukraftwerk gewehrt, was der Grün- und Alternativbewegung in Österreich einen entscheidenden Auftrieb gegeben und letztlich auch zur Einrichtung des Nationalparks Donau-Auen geführt hatte.

Die STEWEAG wollte in jedem Fall eine längere Auseinandersetzung mit den Projektgegnern vermeiden, führte die neue Trasse entlang der Südbahnlinie⁶³⁶ und entschied sich 1981 angesichts der gleichen Trassenlänge und der kürzeren Leitung für den neuen, wesentlich günstigeren Bau in Mellach.⁶³⁷ Die Noteinspeisung aus dem Ölkraftwerk Werndorf, das durch die Schließung von Zwentendorf sicher am stärksten betroffen war⁶³⁸ und dem nun ein großes Tanklager angeschlossen wurde, war eine Vorsichtsmaßnahme für den Fall, dass es aufgrund der revolutionären Ereignisse in Polen zu Lieferausfällen von Kohle käme. Direkt in Zusammenhang mit dem Baubeschluss des Fernheizwerkes Mellach am 1. Juli 1981⁶³⁹ stand auch die Vorziehung der Errichtung des Murkraftwerkes Mellach um 492 Millionen Schilling⁶⁴⁰, dessen Bau nach Beendigung des Kraftwerkes Spielfeld begonnen wurde.⁶⁴¹ Das Laufkraftwerk erzeugte nicht nur elektrischen Strom, sondern sicherte auch die Kühlwasserentnahme für die beiden kalorischen Anlagen Mellach und Werndorf II.⁶⁴²

Kohle aus Polen

Unabhängig von der Frage des Standortes schien 1980/81 die Belieferung mit Heizmaterial, vor allem der Steinkohle aus Polen, nicht mehr gesichert und die abgeschlossenen Lieferverträge fraglich. Denn Polen sah sich seit Mitte der 1970er-Jahre aufgrund der Wirtschaftsmisere mit fortwährenden Streiks vor allem der Berg- und Metallarbeiter und einem beginnenden politischen Umbruch konfrontiert. Die Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła 1978 zum Papst und die aus den Streiks entstandene antikommunistische Oppositionsbewegung Solidarność unter Lech Wałęsa leiteten in Polen Ende der 1970er-Jahre eine politische Wende ein. 1989 war das KP-Regime zusammengebrochen, der Anfang vom Ende des Ostblocks.⁶⁴³

Die Sorgen der STEWEAG um die Einhaltung der Lieferverträge waren durchaus begründet. So reduzierte Polen die Kohlenexporte für 1981 kurzerhand um die Hälfte, erhöhte die polnische Vertragsfirma den Kohlenpreis auf das Doppelte und stiegen die tschechoslowakischen Transittarife bis zu 100 Prozent. Sofortige politische Interventionen steirischer Politiker, vor allem von Landeshauptmann Friedrich Niederl und Landesrat Hermann Schaller, waren nötig. Schließlich konnte eine Garantie für die vereinbarte Liefermenge an Steinkohle für die STEWEAG ausverhandelt werden.

Alternativen für die polnische Steinkohle waren trotz zahlreicher Gespräche mit Shell, südafrikanischen, australischen, amerikanischen oder großen deutschen Kohlenhandelsfirmen nicht wirklich zu finden. Sogar

⁶³⁶ ESt-Archiv, Protokoll der 248. AR-Sitzung, v. 27.6.1985. Der Bauauftrag ging an die deutsche Firma Mannesmann, die große Erfahrungen im Bau von Fernleitungen mit Rohren von großem Durchmesser hatte. Vgl. Karner, Sowjetische Wirtschaft, in: Borchardt – Karner – Küsters – Ruggenthaler, Entspannung, S. 366ff.

⁶³⁷ Dies auch trotz des relativ hohen, aber angemessenen Grundstückspreises des kirchlichen Vermögensfonds der Diözese Graz-Seckau von 50 Schilling pro Quadratmeter. Die Kirche hatte den Grund etwa ein halbes Jahr zuvor um 15 Schilling erworben und war am 1.7.1981 nur außerbücherlicher Eigentümer des 25 Hektar großen Areals. An dem Gewinn der Kirche von 35 Schilling/Quadratmeter binnen eines halben Jahres entzündete sich eine harte Diskussion, v. a. zwischen den Aufsichtsräten der beiden Großparteien. ESt-Archiv, Wortprotokoll der 214. AR-Sitzung, v. 1.7.1981.

⁶³⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 249. AR-Sitzung, v. 17.7.1985.

⁶³⁹ ESt-Archiv, Wortprotokoll der 214. AR-Sitzung, v. 1.7.1981.

⁶⁴⁰ Die tatsächlichen Errichtungskosten des Wasserkraftwerkes Mellach betrugen 432,2 Millionen Schilling, lagen also deutlich unter den kalkulierten Kosten. ESt-Archiv, Protokoll der 282. AR-Sitzung, v. 26.3.1990. Schlussabrechnung KW Mellach.

⁶⁴¹ ESt-Archiv, Protokoll der 211. AR-Sitzung, v. 27.3.1981.

⁶⁴² Technischer und energiewirtschaftlicher Bericht zum Wasserkraftwerk Mellach. ESt-Archiv, Wortprotokoll der 214. AR-Sitzung, v. 1.7.1981. Beilage.

⁶⁴³ Stefan Karner – Mark Kramer – Peter Ruggenthaler – Manfred Wilke, Die Sowjetunion und Osteuropa 1989. Zur Einleitung, in: diess. (Hg.), Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente. Veröff. d. L. Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 15. Innsbruck – Wien – Bozen 2014, zu Polen, bes. S. 26ff.

Kohlenlieferungen über den Mississippi und aus New Orleans wurden erwogen.⁶⁴⁴ Allerdings zogen nach den Erdölkrisen und Preiserhöhungen auch die Preise für Kohle weltweit kräftig an. In den USA streikten die Kohlenarbeiter 1981 fast vier Monate, der Dollar, über den die Preise abgerechnet wurden, war binnen eines Jahres gegenüber dem Schilling und der Deutschen Mark (DM) um 35 Prozent gestiegen! Vorsichtshalber beteiligte sich die STEWEAG auch an der Gründung einer „Adria-Hafen-Studien GmbH“, um – gemeinsam mit der NEWAG, der Shell-Austria, der VERBUND AG und den Wiener Stadtwerken – in italienischen Adriahäfen, vor allem im nahen Triest, einen großen Lager- und Umschlagplatz für alternative Kohlenlieferungen aus Übersee ausfindig zu machen.⁶⁴⁵

Ein Vorhaben, das bald aufgegeben wurde, weil der Ausbau des Triestiner Hafens auf Schwierigkeiten stieß, im Gegenzug aber die jugoslawischen Häfen Koper und Bakar sehr an einer Kooperation interessiert und preisgünstiger waren und die Kohlentransporte von Koper, Rijeka oder Bakar gemeinsam mit der Voest durchgeführt werden konnten. Selbst der Hafen Hamburg wurde in die Kalkulationen einbezogen.⁶⁴⁶ Da zwei Drittel des Kohleeeinstandspreises auf Transportkosten entfielen, kam dem Transportweg eine wesentliche Bedeutung zu. Die jugoslawischen Politiker zeigten sich in den Verhandlungen sehr entgegenkommend, was vor allem auf die mehrjährigen, guten Beziehungen der Voest zurückzuführen war. Schließlich schaffte es die STEWEAG 1982, einen zehnjährigen Kohlenlieferungsvertrag mit der US-Firma Massey, an der Shell zu 50 Prozent beteiligt war, auf eine Fixabnahme von 70.000 Tonnen Steinkohle mit einer Option auf insgesamt 400.000 Tonnen auszuverhandeln. Damit hatte man bei einem Ausfall der Kohlenlieferungen aus Polen jedenfalls ein zweites Standbein aufgebaut. Ein weiterer Vorteil des Massey-Vertrages war, dass die Kohlenlieferungen mit den Lieferungen für die Voest kombiniert werden konnten.⁶⁴⁷

Mit Wasserkraft und Fernwärme in die 1980er-Jahre

Das Ausbauprogramm der STEWEAG sah bis Ende der 1980er-Jahre Kraftwerke mit insgesamt knapp 900 GWh an Regelarbeitsvermögen vor, wovon die leistungsstärksten das Laufkraftwerk mit Tagesspeicher in Bodendorf bei Turrach, das noch 1982 in Betrieb ging, sowie die Wochenspeicher Gulling bei Strechau, dessen Bau 1986/87 begonnen werden sollte, und Talbach (Enns) mit dem Baubeginn 1985, waren. Dazu kamen einige kleinere Werke wie Farrach (statt Deutschfeistritz) und St. Lorenzen bei Knittelfeld (statt Kaindorf), Mandling, Weissenegg⁶⁴⁸ und St. Georgen bei Murau.⁶⁴⁹ Die großen Kraftwerksbauten schufen durch Jahre hindurch an die 2.000 neue Arbeitsplätze im ganzen Land, vor allem am Bau und im Maschinenbau. Dazu kamen etwa 60 qualifizierte Dauerarbeitsplätze in den fertiggestellten Anlagen. Die Aufträge wurden zu rund 90 Prozent an steirische

⁶⁴⁴ Zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll und stenografische Wortprotokolle der 210. und 213. AR-Sitzung, v. 19.12.1980 und 10.6.1981.

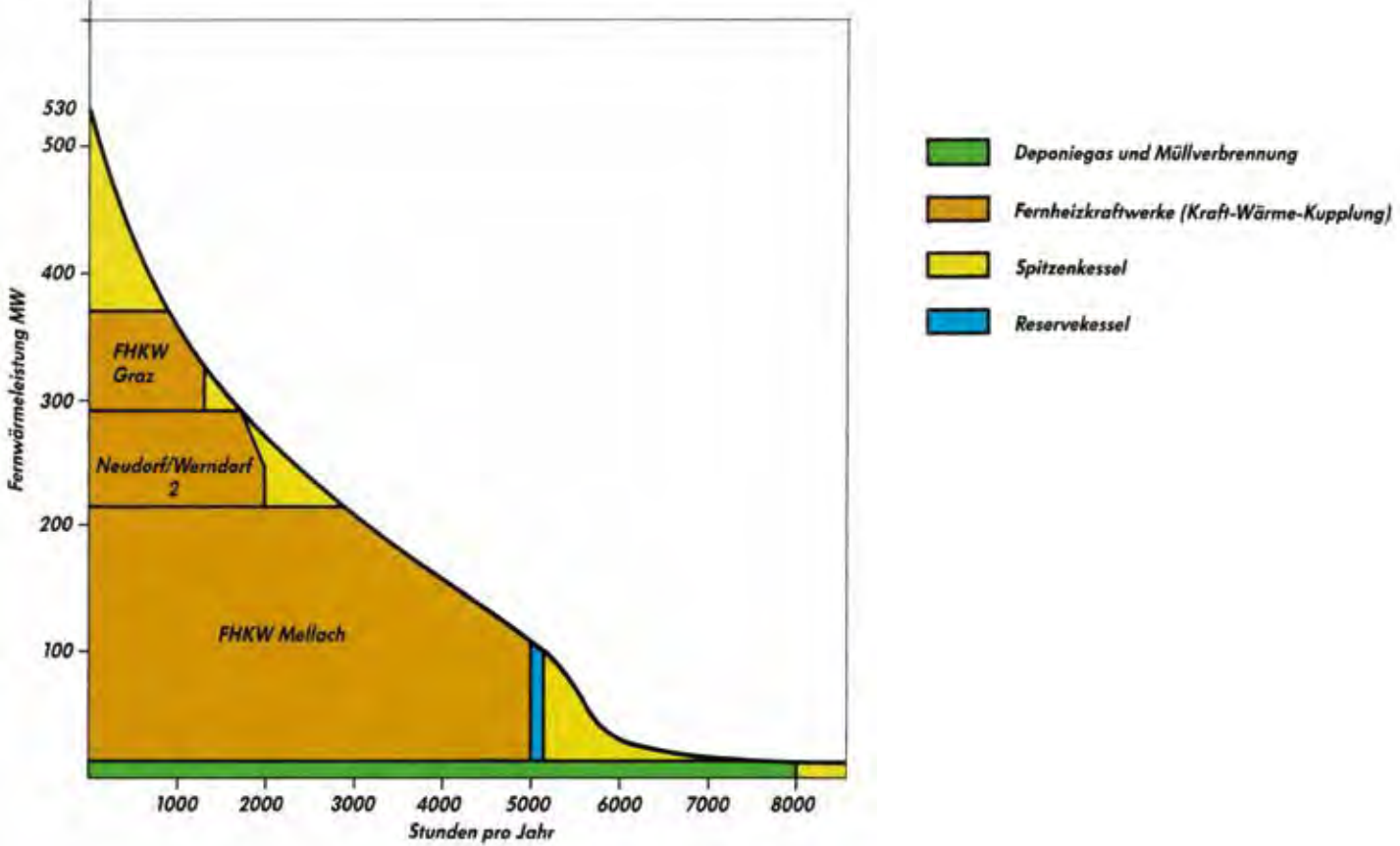
⁶⁴⁵ ESt-Archiv, Vorbesprechung und Wortprotokolle der 212. und 213. AR-Sitzung, v. 25.5.1981 und 10.6.1981. Die Landesräte Hans Georg Fuchs (ÖVP) und Christoph Klauser (SPÖ) sprachen sich zunächst im AR erfolgreich für die Zurückstellung des Antrages einer Beteiligung der STEWEAG an der Studiengesellschaft aus. Hinhaltenden Widerstand gegen die Beteiligung gab es in der folgenden Sitzung besonders von Finanzlandesrat Klauser und der SPÖ, vor allem wegen der Interessen von Shell-Austria. Erst als die Beteiligung mit sechs Millionen Schilling limitiert wurde, konnte der Antrag am 7.8.1981 einstimmig beschlossen werden. ESt-Archiv, Protokoll der 215. AR-Sitzung, v. 7.8.1981.

⁶⁴⁶ Für den Ausbau beider jugoslawischer Nordadriahäfen wurden Weltbankkredite in Aussicht gestellt, weshalb die Jugoslawen für beide Häfen entsprechende Umsatzzahlen vorzuweisen hatten. Entscheidend wurden dabei die Lieferungen für die Voest von Erz und Kohle. ESt-Archiv, Protokoll der 218. AR-Sitzung, v. 26.4.1982.

⁶⁴⁷ ESt-Archiv, Wortprotokoll der 218. AR-Sitzung, v. 26.4.1982.

⁶⁴⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 240. AR-Sitzung, v. 11.7.1984. Für die Finanzierung des Kleinkraftwerk Weissenegg wurde von der STEWEAG und den Hereschwerken Frizberg KG ein Kredit von 23 Millionen Schilling bei der Raiffeisenbank Steiermark aufgenommen. Durch die Mitbeteiligung erhielt man einen ERP-Kredit zu günstigen Konditionen.

⁶⁴⁹ ESt-Archiv, Protokoll der 225. AR-Sitzung, v. 13.12.1982. Baubeschluss St. Georgen, die Errichtungskosten wurden mit 270 Millionen Schilling kalkuliert, tatsächlich lagen die Errichtungskosten bei 226 Millionen Schilling und damit deutlich niedriger. ESt-Archiv, Protokoll der 282. AR-Sitzung, v. 26.3.1990.



Die Deckung des Bedarfs an Fernwärme durch die STEWEAG 1988

Quelle: ESt-Archiv.

Firmen vergeben.⁶⁵⁰ Ein Teil der benötigten Geldmittel wurde durch eine Beteiligungsfinanzierung mehrerer österreichischer Banken und Fonds aufgebracht.⁶⁵¹ Parallel zum kräftigen Bauboom von Kraftwerken und den laufenden internen hitzigen Streitereien zwischen ÖVP und SPÖ, zwischen Vorstand und Aufsichtsrat innerhalb der STEWEAG um die Stromtarife, erkundete die STEWEAG immer stärker alternative Energieformen und trat im Juni 1982 einem entsprechenden, breit unterstützten Verein⁶⁵² bei. In Fürstenfeld führte man Tiefbohrungen⁶⁵³ für eine Geothermieranlage durch.⁶⁵⁴ Die heimischen Wasserkräfte als regenerierbare Energiequelle hatten gegenüber anderen Anlagen unbedingten Vorrang, wie Landesrat Hans-Georg Fuchs (ÖVP) klarmachte.⁶⁵⁵

⁶⁵⁰ ESt-Archiv, Protokoll der 219. AR-Sitzung, v. 17.5.1982.

⁶⁵¹ ESt-Archiv, Protokoll der 222. AR-Sitzung, v. 13.9.1982.

⁶⁵² ESt-Archiv, Protokolle der 220. und 224. AR-Sitzungen, v. 7.6.1982 und 8.11.1982. Beilage: Satzung des „Vereines zur Förderung heimischer, regenerierbarer Energieträger und zur Förderung des Energiesparens“. Der Verein bestand aus 17 Mitgliedern bzw. Körperschaften und Institutionen, darunter waren u. a. das Land Steiermark, die Stadt Graz, die STEG, die Industriellenvereinigung, die drei Kammern, die ÖIAG, die Ferngas GmbH, Städte- und Gemeindebund und der ÖGB. Schon nach wenigen Monaten hatte der Verein nur noch vier Mitglieder, wobei für Finanzierung v. a. die STEWEAG aufzukommen hatte. Die SPÖ-Verwaltungsräte der STEWEAG begrenzten den jährlichen Beitrag des Unternehmens 1982 jedoch mit 1,5 Millionen Schilling. Vgl. auch: Alternativenergien und Energiespardgedanke.

⁶⁵³ ESt-Archiv, Protokoll der 243. AR-Sitzung, v. 11.12.1984. In dieser vorweihnachtlichen Sitzung des AR eskalierte der Streit ganz besonders.

⁶⁵⁴ Ebd., Die erste Messserie wurde ab 1984 durch das Inst. f. Angewandte Geophysik der Montan-Hochschule in Leoben durchgeführt.

⁶⁵⁵ ESt-Archiv, Protokoll der 224. AR-Sitzung, v. 8.11.1982.

Von Herbst 1979 bis Juni 1982 baute die STEG das Murkraftwerk Weinzödl, wie bereits erwähnt sehr zum Ärgernis der STEWEAG, obwohl das Kraftwerk für die Landesgesellschaft eine Entlastung darstellte.⁶⁵⁶ Hier traten alte, historische Wunden zutage, die erst langsam abheilten.

„Gemma Strom schau!“ als Slogan für den Tag der offenen Tür bei der STEWEAG am 19. September 1982 war Ausdruck des Stolzes des Unternehmens, trotz aller Widrigkeiten ein beachtliches Programm an neuen Anlagen vorweisen zu können: das Grazer Fernheizkraftwerk in der Puchstraße, das etwa 30 Prozent des Spitzenstrombedarfs der Landeshauptstadt deckte und Fernwärme für rund 30.000 Wohnungen lieferte, die Anlage des Dampfkraftwerkes Neudorf/Werndorf, wo man auch bereits ein Modell des künftigen Werkes in Mellach bestaunen konnte, das neue Kraftwerk Bodendorf bei Murau sowie das eben fertiggestellte Murkraftwerk Spielfeld.⁶⁵⁷

Neben den reinen E-Werken forcierte die STEWEAG zu Anfang der 1980er-Jahre vor allem die Fernwärmeversorgung. An Voitsberg III war man mit zehn Prozent beteiligt und versorgte damit die Region Voitsberg-Bärnbach. Die bis 1983 verwendeten Ölheizkessel dienten bald nur noch als Ausfallreserve. In Rottenmann eröffnete man im Herbst 1983 das erste Motorheizwerk der Steiermark, das dritte in Österreich, und erzeugte Strom und Wärme für die öffentliche Versorgung. Im Grazer Fernheizwerk baute man um vier Millionen Schilling eine neue, von der ÖDK entwickelte Entschwefelung⁶⁵⁸ ein, das den Schwefelausstoß um die Hälfte reduzierte. In Deutschlandsberg und Mürzzuschlag errichtete man zur Versorgung der Krankenhäuser Blockheizkraftwerke, weitere waren in Bruck, Deutschlandsberg, Loipersdorf und Feldbach in Betrieb. Dazu kam eine Heizkesselanlage in Knittelfeld.⁶⁵⁹ Für Deutschlandsberg wurde 1988 um rund 13,9 Millionen Schilling eine über das Blockheizkraftwerk hinausgehende Fernwärmeversorgung durch die STEWEAG aufgebaut, obwohl dabei mit einem jährlichen Betriebsverlust von 54.000 Schilling gerechnet wurde.⁶⁶⁰ Man rechtfertigte die Anfangsverluste mit der Ausweitung des Wärmeverkaufs in den folgenden Jahren. Graz hatte dazu Mut gemacht. Hier war der Fernwärmeabsatz allein von 1982 auf 1983 um 4,5 Prozent gestiegen!⁶⁶¹

„Wenn wir die Fernwärme nicht absetzen, sperren wir wo anders zu!“

In Mellach lief es nach dem Spatenstich am 5. Juli 1983 zeitlich nicht so rund, wie man es sich vorgestellt hatte. Denn schon bald war klar geworden, dass man das Fernheizwerk nicht wie vorgesehen mit 1. September 1984, sondern erst 1987 in Betrieb werde nehmen können. Längere Behördenverfahren, eine zusätzliche, technisch noch nicht ausgereifte Entschwefelungsanlage,⁶⁶² Anhörungen und Einwendungen von Anrainern, Gerichtsentscheide und vereinzelte Kampagnen machten die Verzögerung und Mehrkosten von rund 1,2 Milliarden

Schilling⁶⁶³ notwendig. Die Mehrkosten durch die dreijährige Verzögerung wurden mit 1,2 Milliarden Schilling berechnet und stiegen auf rund 4,37 Milliarden Schilling. Als Zwischenlösung sollte die Anlage schon am 1. August 1986, doch nur mit rund 50 Prozent Leistung und im Gasbetrieb anlaufen, zumal der Kessel des Fernheizwerkes Mellach ohnehin je zur Hälfte für Steinkohle und Gas ausgelegt war. Erwogen wurde sogar, der Steinkohle in Zukunft bis zu 30 Prozent Braunkohle aus Köflach beizumischen, die dort „im Überfluss vorhanden war“. Dass man dadurch niemals eine 90-prozentige Entschwefelung der Anlage und auch die von Gesundheitsminister Kurt Steyrer in der Dampfkesselverordnung festgelegten Emissionsgrenzwerte würde einhalten können, nahm man als „unternehmerisches Risiko“ auf sich, weil man sich „über den Stand der Technik hinwegsetzen müsse“. Einerseits scheute die Wirtschaftspolitik des Landes, besonders Landesrat Hans-Georg Fuchs, den Vorwurf, „nichts zu unternehmen, um die Lage der steirischen Braunkohle zu verbessern“, andererseits fürchtete man bei einer Verfeuerung von Köflacher Braunkohle in Mellach einen Aufschrei von Bevölkerung und Medien. GKB-Vorstand Hans Juvancic ersuchte daher, „sehr wohl zu überlegen, welche Informationen an die Öffentlichkeit, welche die Vorinformationen nicht kenne, weitergegeben werden sollen“. ⁶⁶⁴ Daneben kamen plötzlich Zweifel auf, die zusätzlichen Wärme- und Strommengen aus Mellach nicht verkaufen zu können.

Sebastian in seiner etwas rauen Art: „Die Ausgangsbasis, dass wir das Werk dort unten errichten, hat geheißen: wir brauchen a) den Strom – Zwentendorf geht nicht in Betrieb [...], b) zusätzlich diese Fernwärme [...] Und dann gibt es ja Kohlenlieferverträge. Werden wir den Kumpels da draußen also sagen, die 220.000 oder 250.000 Tonnen brauchen wir auch nicht mehr, das kriegen wir von draußen? Und wir werden, weil es so modern ist, sagen, jetzt tun wir mit vier Bürgerinitiativen herumraufen?“ Sebastian sorgte sich auch um den Absatz der Fernwärme und des Stroms, „weil wir nicht wissen, wo mit dem Strom hin. Man muss sich da ins Zeug legen, damit man dann auch diese Fernwärme anbringt und nicht sagen, wenn wir [von Mellach] die Fernwärme nicht absetzen, dann sperren wir halt woanders zu!“⁶⁶⁵ Trotz aller Überlegungen, Probleme und Verzögerungen achtete man darauf, dennoch sehr bald die volle Fernwärmemenge liefern zu können,⁶⁶⁶ was auch gelang.

Das Fernheizwerk Mellach ging am 1. August 1986 in Betrieb und wurde schnell ein Erfolg. Es produzierte sehr günstige Wärme,⁶⁶⁷ galt als eine Alternative zur in Österreich abgelehnten Kernenergie,⁶⁶⁸ förderte durch eine Kraft-Wärme-Kupplung das Energiesparen,⁶⁶⁹ ermöglichte zusammen mit der Umstellung des alten Grazer Fernheizwerkes in der Puchstraße auf ein Reserve- und Spitzenwerk⁶⁷⁰ eine großzügige Ausweitung der Wärmeversorgung und konnte zudem abgasarm betrieben werden.

Das neue Gas- und Dampfturbinen-Kombinationskraftwerk Mellach leistete zusätzlich 838.000 kW an elektrischem Strom und 400.000 kW an Fernwärme. Die Stromerzeugung erfolgte in zwei Schritten: die Verbrennung von Erdgas in Gasturbinen und die Nutzung der Wärme des Verbrennungsgases aus dem Gasturbinenprozess in einem nachgeschalteten Dampfprozess. Die Kühlung des Werks erfolgt über das Mur-Laufkraftwerk Mellach.

⁶⁵⁶ Projektleiter war Dipl.-Ing. Michael Schmeja.

⁶⁵⁷ STEWEAG-Kontakt 3/1982, S. 3.

⁶⁵⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 231., 234. und 238. AR-Sitzung, v. 4.7.1983, 11.10.1983 und 7.5.1984. Rahmenvertrag für die definitive Rauchgasentschwefelung.

⁶⁵⁹ STEWEAG-Fernwärme-Jahresbericht 1983. Graz 1984, S. 1ff. – Erfahrungsbericht 1980–1985. Blockheizkraftwerke. Graz April 1985. Erste Erfahrungen zeigten, dass die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Blockkraftwerke höher waren als ursprünglich angenommen. Außerdem zeigte es sich schnell, dass die Abnehmer oft zu hohe Wärmeleistungen bestellten, die sie dann nicht abriefen, so dass die angenommene Benutzungsdauer nicht erreicht wurde und die Wirtschaftlichkeit der Anlagen darunter litt.

⁶⁶⁰ ESt-Archiv, Protokoll der 268. AR-Sitzung, v. 18.4.1988. Beilage Baubeschluss Fernwärme Deutschlandsberg.

⁶⁶¹ ESt-Archiv, Protokoll der 231. – Sitzung, v. 4.7.1983.

⁶⁶² ESt-Archiv, Protokoll der 223. AR-Sitzung, v. 11.10.1982. – Das unternehmerische Risiko der teuren Entschwefelungsanlage mit einem Wirkungsgrad von 80 bis 90 Prozent lag v. a. in der Frage, inwieweit die Technologie bereits ausgefeilt war, das gesteckte Ziel zu erreichen. Entsprechendes Know-how des „Nordwestdeutschen Kraftwerkes“, das mit der Entschwefelung „viel Lehrgeld bezahlt hatte“, zeigten v. a., dass durch die korrosiven Angriffe des Schwefels hohe Standzeiten und damit Betriebsausfälle entstanden waren.

⁶⁶³ Dazu und zum Folgenden: ESt-Archiv, Protokoll der 223. AR-Sitzung, v. 11.10.1982. – Den geschätzten Kosten per 1.1.1983 von gesamt 3,4 Milliarden Schilling standen nun Mehrkosten (inkl. Bauzinsen und Preisgleitungen) von 4,37 Milliarden Schilling gegenüber. Rechnete man nur die Preisgleitungen, so lag die Differenz bei 361 Millionen Schilling.

⁶⁶⁴ ESt-Archiv, Protokoll der 223. AR-Sitzung, v. 11.10.1982.

⁶⁶⁵ ESt-Archiv, Protokoll der 231. AR-Sitzung, v. 4.7.1983.

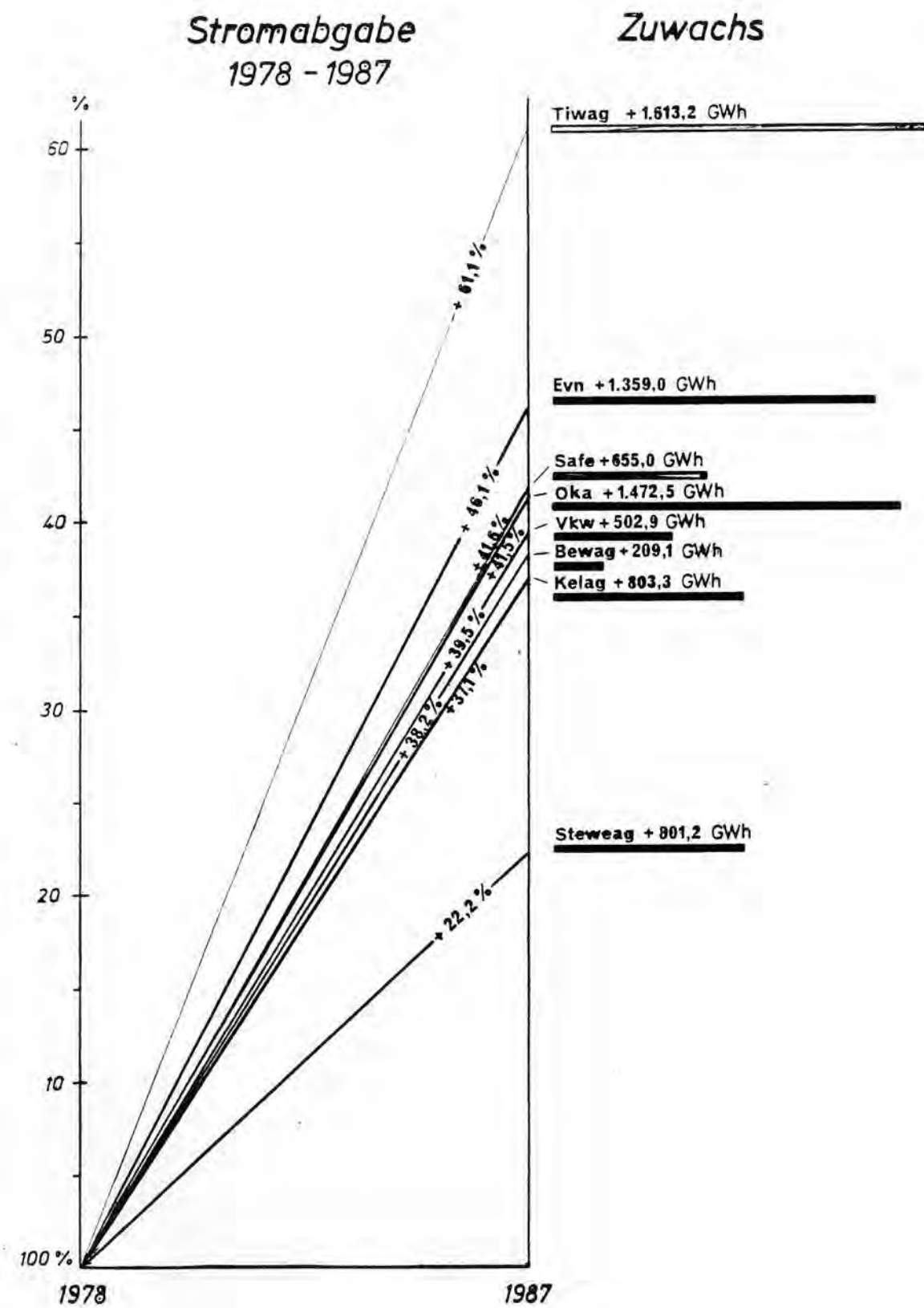
⁶⁶⁶ ESt-Archiv, Protokoll der 222. AR-Sitzung, v. 13.9.1982.

⁶⁶⁷ Mit 24 Groschen/kWh loco Graz. Dazu und zum Folgenden: Mellach, S. 8.

⁶⁶⁸ ESt-Archiv, Protokoll der 249. AR-Sitzung, v. 17.7.1985. Alternativenergien und Energiespardedanke, bes. S. 2–8 sowie: Energieplan, Teil 2, S. 7–69; Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung. Verordnungstext. Teil 2. Energieplan. Landesentwicklungsprogramm Steiermark, Sachprogramm 3. Graz 1983 (= Energieplan, Teil 2, 1983).

⁶⁶⁹ Alternativenergien und Energiespardedanke, bes. S. 2–8 sowie: Energieplan, Teil 2, S. 7–69;

⁶⁷⁰ ESt-Archiv, Protokoll der 258. AR-Sitzung, v. 2.10.1986.



Die Zuwächse der Stromabgabe der Landesgesellschaften im Vergleich 1978–1987

Quelle: ESt-Archiv.

Als erstes Kraftwerk Österreichs erhielt Mellach 1996 das EU-ÖKO-Zertifikat, womit die hohen Umweltstandards des Werkes dokumentiert wurden.⁶⁷¹ Anfang der 2000er Jahre wurde das Werk von einer Tochtergesellschaft der VERBUND AG, der Thermal Power GmbH & Co KG, übernommen, 2012 der Standort Mellach enorm erweitert. Nachdem das Kraftwerk Dürnrohr im August 2019 die Stromerzeugung mit Kohle eingestellt hatte, war Mellach das letzte Kohlekraftwerk Österreichs, ehe in der Anlage am 31. März 2020 zum letzten Mal Kohle verbrannt wurde – die Stromerzeugung mit Kohle war in Österreich an ihr Ende gekommen. Bis März 2020 wurden rund 80 Prozent der gesamten in Graz benötigten Fernwärme (über 30 Milliarden kWh an Strom und 20 Milliarden kWh an Fernwärme) in Mellach produziert.⁶⁷² Viel mehr, als man sich noch 1988 für die Zukunft erhofft hatte.

Die Steirische Ferngas GmbH hatte zur Neuorganisation der steirischen Gasversorgung bereits vor der Inbetriebnahme von Mellach mit der Steirischen Ortsgasgesellschaft fusioniert, an der die STEWEAG einen Drittelanteil hielt, den sie an die Ferngasgesellschaft abtrat.⁶⁷³

Mellach und Zwentendorf reißen große Finanzlücken auf

Einen Kontrapunkt zur berechtigten Freude über die Erfolge des Unternehmens im Kraftwerksbau und bei der bedeutenden, kostengünstigeren Eigenerzeugung von Strom setzte ein Blick auf ihre Finanzlage, die sich zu Beginn der 1980er-Jahre zunehmend verschlechterte.⁶⁷⁴ Bereits der Bruttoverlust im Jahr 1986, als Mellach eröffnet wurde, belief sich auf knapp eine Milliarde Schilling. Dafür mussten freie Rücklagen aufgelöst werden; die Bankguthaben waren zur Gänze aufgebraucht, die neuen Kredite gingen samt und sonders in die Investitionen. Die Situation gebot einen drastischen Gegenkurs.

Doch: Die Preise für die Strombezieher in den Haushalten, in der Landwirtschaft und im Gewerbe konnten nicht mehr erhöht werden, man war bereits an der Schmerzgrenze angelangt. Nur die Strompreise in Wien, Niederösterreich und im Burgenland lagen noch knapp über denen der Steiermark. Mehr als die Hälfte der STEWEAG-Stromabnehmer waren Wiederverkäufer⁶⁷⁵ mit äußerst niedrigen, langfristig festgelegten Preisen, nur 15 Prozent der Kunden bezahlten den regulären, relativ hohen Preis. Daraus resultierten schwache Erlöse und eine noch schwächere Steigerung der Erlöse aus dem Stromverkauf. Damit war man das Schlusslicht unter allen Landesgesellschaften. Gründe für die schlechte Finanzlage suchte man in der Vergangenheit, weniger in der Gegenwart: Die nicht durchgezogene Verstaatlichung⁶⁷⁶, so dass kleinere Werke, wenn sie „abgewirtschaftet“ waren, von der STEWEAG aufgefangen werden mussten, Dumping-Strompreise für die heimische Wirtschaft, die vor allem politisch gewollt waren, die jahrelange Ablehnung, sich an gemeinsamen Bauprojekten zu beteiligen und „alles selbst bauen zu wollen“, die Fernwärmeverluste, die man seit 1963 für die Gesellschaft

⁶⁷¹ Dietinger, S. 43.

⁶⁷² 2012 wurde Mellach enorm erweitert. Das neue Gas- und Dampfturbinen-Kombinationskraftwerk (GDK) Mellach leistete zusätzlich 838.000 KW und 400.000 KW an Fernwärme. Die Stromerzeugung erfolgte in zwei Schritten: 1) die Verbrennung von Erdgas in Gasturbinen und 2) die Nutzung der Wärme des Verbrennungsgases aus dem Gasturbinenprozess in einem nachgeschalteten Dampfprozess.

⁶⁷³ ESt-Archiv, Protokoll der 249. AR-Sitzung, v. 17.7.1985. – Die Stammeinlage der STEWEAG an der Steir. Ortsgasgesellschaft betrug 10,092.450 Schilling. Die Fusion der beiden Gesellschaften erfolgte mit Wirkung v. 31.12.1985. Gesellschaftsvertrag und Erklärung v. 17.4.1986.

⁶⁷⁴ Vgl. Die Revisions- und Treuhandberichte und Prüfung der Jahresabschlüsse 1984–1988 der STEWEAG durch die „Allgemeine Revisions- und Treuhand-Gesellschaft mbH, Graz.

⁶⁷⁵ Was sicherlich auf die 72 kommunalen und privaten EVU in der Steiermark (Stand 1987) in Folge der Nicht-Umsetzung der Zweiten Verstaatlichung 1947 zurückzuführen war. ESt-Archiv, Protokoll der 266. AR-Sitzung, v. 18.12.1987.

⁶⁷⁶ Die nicht durchgängige Verstaatlichung brachte in den ersten Dezennien sicher Vorteile für die STEWEAG, weil durch den Verstaatlichungsvorgang enorme Kapitalabflüsse in ganz andere Wirtschaftszweige weg von der E-Wirtschaft stattgefunden hätten – Kapitalabflüsse und eine Überschuldung wären die Folgen gewesen. ESt-Archiv, Protokoll der 251. AR-Sitzung, v. 17.12.1985.

zu tragen hatte, der kaum zu verkraftende Reinverlust von 627 Millionen Schilling durch Zwentendorf,⁶⁷⁷ der Export steirischer Arbeitsplätze nach Kärnten durch die Beteiligung an der ÖDK und schließlich der „geschützte Bereich der E-Wirtschaft, wohin die Leute drängen, wegen der Sicherheit und des sozialen Umfeldes“ (Landesrat Helmut Heidinger, ÖVP).⁶⁷⁸

Der Rechnungshof nahm sich ebenfalls der STEWEAG an und kritisierte sie 1989 ungewohnt heftig in Fragen des Strompreisantrages 1984, des Personalwesens, bei der Fernwärme, bei den Strompreisen und Rabatten und in Fragen der inneren Organisation des Unternehmens.⁶⁷⁹ Nach einer Klausur und intensiven Beratungen wurde die Kritik teils als ungerecht, ungleichgewichtig und wenig hilfreich zurückgewiesen.⁶⁸⁰

Tatsächlich lag die STEWEAG auch im Vergleich mit den Kennzahlen der anderen Landesgesellschaften im hinteren Feld.⁶⁸¹ Dennoch beteiligte man sich am Abverkauf von VERBUND-Aktien und erwarb um 350 Millionen Schilling Inhaber-Aktien der Staatsholding.⁶⁸² Eine mutige, fast trotzige, risikoreiche Entscheidung: „Wir haben Kapital in Kraftwerke hineingesteckt, das zur Gänze verloren war: Zwentendorf. Wir haben vier bis fünf Milliarden Kapital hineingesteckt in ein Kraftwerksprojekt, das an der Kippe stand, das war Mellach. Und wir erwerben jetzt um 350 Millionen Schilling Aktien, die aller Voraussicht nach im Kurs noch steigen und wir können dann noch immer befinden, ob wir sie wieder veräußern sollen oder nicht“, so das Kalkül von Generaldirektor Hans Märzendorfer.⁶⁸³ Strategisch erhielt man gemeinsam mit den anderen Landesgesellschaften damit eine Sperrminorität in der VERBUND AG.⁶⁸⁴ Ein neuer, für die STEWEAG günstigerer Koordinierungsvertrag mit der VERBUND AG, der vor allem mehr Flexibilität bei den Bezugsmengen festlegte, folgte 1990.⁶⁸⁵

„Verhindern, dass jedes Bacherl verbaut wird!“

Prof. Anton Egger verlangte zur Sanierung der STEWEAG schon im Februar 1986 in einem Gutachten ein hartes Programm mit radikalen Kostensenkungen auf allen Ebenen, eine stärkere Anhebung der Strom- und Wärmetarife, eine Erhöhung der Tarife gegenüber Wiederverkäufern, eine Sistierung der Preisabschläge, vor allem für die Industrie sowie keine Errichtung von Dampfkraftwerken mehr.⁶⁸⁶ Sehr ähnlich waren auch die Empfehlungen von Prof. Gerhard Seicht, wobei dieser ergänzte: Stopp dem Ausbau von Wasserkraftwerken, Stopp dem Ausbau von Kleinkraftwerken durch das Land, Forcierung von Wärmepumpen in privaten Haushalten, um den Strom auch im Sommer abzusetzen. Denn während im österreichischen Durchschnitt der Stromverbrauch in den vergangenen fünf Jahren jährlich noch um 3,1 Prozent gestiegen war, lag der Anstieg in der Steiermark nur bei zwei Prozent. Gewerke Franz Pichler brachte es kurz auf den Punkt: „Die STEWEAG zahlt für Strom, den sie

nicht mehr weitergeben kann, Geld, und bekommt keines dafür“.⁶⁸⁷ Obwohl auch der Strombedarf nicht mehr in dem Maße gestiegen war wie noch wenige Jahrzehnte zuvor, konnte man dennoch mit einem jährlichen kleinen Plus rechnen. Sehr im Gegensatz zum Gesamtenergieverbrauch in Österreich. Dieser war durch die verschiedenen Innovationen, Spar- und Umweltschutzmaßnahmen zwischen 1978 und 1987 zum Stillstand gekommen. 1987 wurde in Österreich nicht mehr Energie verbraucht als zehn Jahre zuvor!⁶⁸⁸

Nach 1986, dem Jahr der Kraftwerkseröffnungen (die Wasserkraftwerke Mellach, St. Georgen ob Murau und Mandling sowie das Dampfkraftwerk Mellach), wurde der Sparstift angesetzt. Als Sofortmaßnahmen waren eine Reduktion des Baus von neuen Kraftwerken, ein weitgehender Stopp des Ausbaus von Kleinkraftwerken sowie Umschuldungen auf zinsengünstige Kredite in Schweizer Franken vorgesehen. Sebastian: „Wir müssen verhindern, dass jedes Bacherl verbaut wird. Wir [die SPÖ] sind genauso mitschuldig. Wie also groß verkündet wurde in der Hysterie – es gibt kein Öl, keinen Strom mehr –, dass man jeden Bach fassen muss. Und wenn es geht, daheim beim Hometrainer den Dynamo anschalten, damit wir Licht haben!“⁶⁸⁹ Immerhin hatte es die Steiermark in ihrer Energiebilanz geschafft, zwischen 1978 und 1987 die Anteile von Erdöl, Kohle und Gas von zusammen 85 auf 81 Prozent zu drücken und jenen von elektrischem Strom von 15 auf 19 Prozent zu erhöhen.⁶⁹⁰

1987/89: Start in die EU – Privatisierung und Liberalisierung

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft arbeitete nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang in einem geschützten Bereich, praktisch wie ein klassischer Monopolist. Dabei war spätestens Mitte der 1980er-Jahre klar geworden, dass eine bevorstehende Liberalisierung der gesamteuropäischen Stromwirtschaft auch tiefe Spuren in der österreichischen E-Wirtschaft hinterlassen werde.⁶⁹¹ Einer solchen Liberalisierung standen gewachsene österreichische Strukturen entgegen, die zu beseitigen waren, ehe man Mitglied in der europäischen Gemeinschaft werden würde. Vor allem ging es um das Zweite Verstaatlichungsgesetz von 1947, das für die Elektrizitätswirtschaft, mit wenigen Ausnahmen, eine öffentliche Trägerschaft bestimmt hatte, ergänzt durch ein ganzes System von planwirtschaftlichen Vorgaben und Lenkungen, wie dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz oder dem Preisgesetz. Dazu kamen die ebenfalls festgelegten Versorgungsrechte und -pflichten sowie die Koordinierungsverträge zwischen der staatlichen VERBUND AG und den Landesgesellschaften.

All dies rief große Befürchtungen in der E-Wirtschaft hervor, denn es war klar, dass nichts mehr so bleiben würde wie vorher und man das Bett der wohlbehüteten öffentlichen Wirtschaft bzw. der Gemeinwirtschaft verlassen und den Wettbewerb in einem liberalisierten europäischen Markt werde bestehen müssen. Ängste vor dem Neuen, einem gewaltigen Umbau der österreichischen Stromwirtschaft, hatten alle drei Ebenen: Die VERBUND AG befürchtete, dass die Landesgesellschaften als ihre wichtigsten Kunden Verträge mit ausländischen Partnern abschließen und das „Nest“ des österreichischen VERBUNDS verlassen oder ihre eigene Erzeugung – nicht akkordiert mit der VERBUND AG – kräftig ausweiten würden. Dazu kam die Angst, das Monopol auf den Stromimport und -export zu verlieren. Gleichzeitig bangten die Landesgesellschaften um ihre

⁶⁸⁷ ESt-Archiv, Protokoll der 260. AR-Sitzung, v. 17.12.1986. Pichler warnte auch davor, in ein STEWEAG-Zukunftsszenario „ökologische und naturschützerische Dinge hineinzubringen. Es ist nicht Aufgabe der STEWEAG, hier eine gewisse Stimmung zu machen. Das wird einmal der STEWEAG auf den Kopf fallen“.

⁶⁸⁸ ESt-Archiv, Kraftwerksprojekt Fischening. Graz 1989. Energieentwicklung der Steiermark.

⁶⁸⁹ ESt-Archiv, Protokoll der 260. AR-Sitzung, v. 17.12.1986.

⁶⁹⁰ Der Energieverbrauch der Steiermark betrug in Mrd. kWh: an Erdöl, Kohle und Gas 1978: 29,7 und 1987: 28,5; an Strom 1978: 5,3 und 1987: 6,5. ESt-Archiv, Kraftwerksprojekt Fischening. Graz 1989. Energieentwicklung der Steiermark.

⁶⁹¹ Ich beziehe mich im Folgenden v. a. auf den Vortrag von Werner Klepp zu EU-Wettbewerbsrecht und österreichische E-Wirtschaft, der mir frdl. schriftlich zur Verfügung gestellt wurde.

Großkunden, weil diese ihren Strom von anderen Stromversorgern des In- und Auslandes beziehen könnten. Die kommunalen und privaten Stromversorger wiederum hatten Angst, dass die Landesgesellschaften aus Gründen des Preiskampfes am liberalisierten Markt die Preisspannen der weiterverteilenden Kraftwerksunternehmen stark beschneiden.

Die Änderung des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes im Jahre 1987 bedeutete den ersten vorbereitenden Schritt auf dem Weg zur Liberalisierung des österreichischen Strommarktes.⁶⁹² Der Artikel 1 legte klar fest: „Von den Anteilsrechten an Landesgesellschaften müssen mindestens 51 vH im Eigentum von Gebietskörperschaften oder von Unternehmungen stehen, an denen Gebietskörperschaften mit mindestens 51 vH beteiligt sind.“ Der Weg zu einer Teilprivatisierung der Landesgesellschaft war damit offen. Die STEWEAG würde keine Landesgesellschaft im alleinigen Eigentum des Landes Steiermark mehr sein. Die Suche nach strategischen Partnern und Miteigentümern begann.

Am 17. Juli 1989 übergab Außenminister Alois Mock das Beitrittsansuchen Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft („Brief nach Brüssel“), zwei Jahre später befürwortete die Europäische Kommission die Aufnahme Österreichs in die Europäische Gemeinschaft. Nur drei Jahre später legte Österreich ein neues Elektrizitätsgesetz vor. Es brachte nach der Privatisierung 1987 nun die Liberalisierung des österreichischen Strommarktes und seine Öffnung für den europäischen Markt durch einen Elektrizitätstransit.⁶⁹³ Damit waren etwa auch die Stromtarife der STEWEAG für die anderen steirischen E-Werksunternehmen nicht mehr bindend. Diese konnten nun am freien europäischen Strommarkt einkaufen und die Preisgestaltung selbst bestimmen.

In der Elektrizitätswirtschaft war nichts mehr wie es vorher war. Eine bedeutende Umwälzung – doch in der breiteren Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen, denn nahezu gleichzeitig vollzog sich eine viel größere, weltpolitische Umwälzung: der Sturz der KP-Regime, der Zusammenbruch des „Ostblocks“ und schließlich der Sowjetunion selbst.

Österreich war mit den Umbrüchen im kommunistischen Herrschaftsbereich Ostmitteleuropas aus der geopolitischen Sackgasse, in der es seit 1918 gewesen war, herausgekommen. Die Grenzen zur Tschechoslowakei, zu Slowenien und zu Ungarn wurden weit geöffnet. Alte Beziehungen lebten wieder auf und es schien, als ob die Zukunftsvision des neuen tschechischen Präsidenten Vaclav Havel vom 29. Dezember 1989 eines freien und friedlichen Europas Wirklichkeit würde.

Die Steiermark lag an der pulsierenden Nahtstelle der historischen Veränderungen. Einen kleinen Teil konnte sie selbst mitgestalten, etwa durch die Aufnahme der Rumänien-, DDR- und Polenflüchtlinge, die seit Mai 1989 von Ungarn durch Österreich in den Westen zu gelangen suchten und die guten Beziehungen, die LH Krainer zum neuen slowenischen Ministerpräsidenten Lojze Peterle aufgebaut hatte. Sie waren Ausdruck langjähriger Kontakte steirischer Landespolitiker, vor allem der ÖVP, wie von Hermann Schaller oder Hermann Schützenhöfer zu den früheren Dissidenten oder des Spitzenbeamten Gerold Ortner zu Lech Wałęsa, zu einer Zeit, als sich noch andere österreichische Politiker mit KP-Führern umgaben. Durch ihre Lage konnte die Steiermark von der Öffnung der Grenzen nach Osten und Südosten unter den österreichischen Bundesländern besonders stark profitieren und einen weitgehenden Strukturwandel vom krisengeschüttelten Grundstoffproduzenten zum Technologie- und Dienstleistungsland schaffen. Wirtschafts- und Tourismusleitprojekte, wie die ersten Technologieparks

und die Clusterung⁶⁹⁴ zukunftsträchtiger Branchen, Investitionen in erneuerbare und alternative Energien, in die Stromerzeugung durch Biomasse, Solaranlagen, Photovoltaik und Erdwärme schafften Tausende neue Arbeitsplätze. Im Ranking der 243 EU-Regionen hatte sich das Land von Platz 119 im Jahr 1993 auf Platz 53 im Jahr 1998 nach vorne gearbeitet und lag damit im vorderen Drittel der EU-Regionen. Innerhalb Österreichs hatte man damit etwa Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Burgenland hinter sich gelassen.⁶⁹⁵

Die Grenzstrecke der Mur zu Slowenien

Sehr schnell kam die STEWEAG wegen des sukzessiven Abbaus der starren Grenzen auch auf die jahrzehntelangen Überlegungen zurück, die Mur als Grenzfluss energetisch stärker gemeinsam zu nutzen. In den 1960er-Jahren war ein STEWEAG-Projekt für sechs gemeinsame Murkraftwerke von jugoslawischer Seite nicht weiterverfolgt worden. Planungen folgten in der Energiekrise der 1970er-Jahre, 1980 wurde der Bau eines jugoslawischen Kraftwerkes im Abstaller Feld/Apaško Polje durch Proteste steirischer Grenzgemeinden wegen der geplanten Errichtung eines großen Stauwerkes auf österreichischer Seite zu Fall gebracht. Schließlich teilte Jugoslawien noch vor der Auflösung des Staates mit, man werde weiter die Planung weiterer Anlagen für die Zeit nach 1991 vorsehen. Ab dem Sommer 1991 gab es Jugoslawien nicht mehr, die Republik Slowenien war am Zug. Mit ihrem Plan, die Mur bei Spielfeld zu stauen und das Wasser für ein Großkraftwerk an der Drau abzuleiten, weil man die jährlichen Bedarfszuwächse von zwei bis drei Prozent mit alternativen und erneuerbaren Energien nicht decken konnte, stießen die slowenischen Planer allerdings in der Steiermark auf Ablehnung.⁶⁹⁶ Auch das Land Steiermark investierte in den 1990er-Jahren bedeutende Beträge in die Ökologie der Grenz-Mur, ab 2001 gemeinsam mit Slowenien. Mit rund 15 Millionen Euro verbreiterte man das Flussbett, legte neue Kiesbänke und Seitenarme an und verbesserte den Haushalt des Grundwassers. 2001 wurde die Grenzstrecke der Mur zudem wegen der Vielfalt an dort beheimateten, seltenen Vögeln als „Natura 2000-Gebiet“ nachgenannt.⁶⁹⁷

Erneuerbare Energie: Der Anfang

Am generellen Umdenken in der Energiepolitik, am Ausbau von erneuerbaren Energien (außerhalb der Wasserkraftwerke), hatte die STEWEAG einen erheblichen Anteil. Der Stromversorger förderte pionierhafte Forschungen und baute, meist über Tochterfirmen, erste Anlagen.⁶⁹⁸ Die Aktivitäten waren vielfältig: ein frühes Experiment im Jahre 1976, ein Standard-Wohnhaus ausschließlich mit Sonnenkollektoren zu beheizen, die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Eisenerzer Reichenstein für die dortige Hütte, ein breit angelegter Test für Einsatzmöglichkeiten von Solarenergie, erste Überlegungen zur Nutzung von Windenergie, das erste Elektroauto, das 1988 gemeinsam mit der Montanhochschule Leoben und der Steyr-Daimler-Puch gebaut wurde, sieben erste, kleinere Kraft-Wärme-Kupplungen, die Propagierung von Wärmepumpen im privaten Haushalt, der Bau eines neuen Fernheizwerkes in Spielberg 1995 oder Biomassekraftwerke in Deutschlandsberg (1993) und Feldbach (gemeinsam mit der Fernwärme GmbH 1996).

⁶⁹⁴ Das englische Wort „cluster“ heißt etwa „Haufen“ oder „Traube“. Der Begriff wurde vor zehn Jahren vom US-Ökonomen Michael Porter geprägt, es ist der Wirtschaftsbegriff für ein vernetztes System von miteinander lose verbundenen Einheiten aus verschiedenen, nicht allein wirtschaftlichen Bereichen wie Universitäten, Produzenten, Dienstleistern, Behörden etc.

⁶⁹⁵ Landesstatistik Steiermark, Graz (LASTAT).

⁶⁹⁶ Vgl. auch Reismann – Wiedner, Elektrizität, S. 457.

⁶⁹⁷ Ebd., S. 459.

⁶⁹⁸ Zum Folgenden vgl. ESt-Archiv, Geschäftsberichte 1989 bis 1996 und zusammengefasst auch bei: Dietinger, S. 50f.

⁶⁹² BGBl 321/1987, v. 21.7.1987, 121. Stück; Bundesverfassungsgesetz, v 2.7.1987, mit dem das Zweite Verstaatlichungsgesetz geändert und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom Zweiten Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden.

⁶⁹³ BGBl 762/1992, v. 4.12.1992, 262. Stück.



1



2

1981 bis 1995

1 Austro-Solar-Rennen über den Großglockner (1990) 2 Neubau des Technikzentrums in Graz (1991) 3 Ein EDV-Schulungsraum im Technikzentrum in Graz in den frühen 1990er-Jahren 4 Objektschutzübung beim Umspannwerk Bärnbach (1984) 5 Übergabe der Solaranlage am Reichenstein (1989) 6 Baustelle des Fernheizkraftwerks in Mellach (1985)



3



4



5



6



1



2



5



6



3



4



8



7



9

1981 bis 1995

1 Einsatz eines Kabelpflugs im Bezirk Knittelfeld (1994) 2 Ernte vom sogenannten „Elefantengras“ in Gleisdorf (1991) 3 Die Fischaufstieghilfe beim Kraftwerk Fisching (1995) 4 Energieberatung in Feldbach (1990) 5 Die 110-kV-Leitung Bruck – Hieflau (1983) 6 Die Kfz-Werkstätte der STEWEAG in Graz (1985) 7 Stromzuleitung mit einer Rakete in der Breitenau (1985) 8 Blick von der Hauptverwaltung auf das Palais Herberstein (1989) 9 Strommessgeräte – Energiedienstleistung im Jahr 1991

1996

Die Gründung der Energie Steiermark. Privatisierung und Liberalisierung

Nichtanwendung des zweiten Verstaatlichungsgesetzes in der Steiermark⁶⁹⁹

Mit dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz von 1947 wurde die Grundlage geschaffen, private Elektrizitätswerke gegen Entschädigung in das Eigentum der Länder überzuführen, das aber auf Geheiß der großen politischen Parteien ÖVP und SPÖ im Land nicht exekutiert wurde. Die Landesgesellschaft STEWEAG widmete sich überwiegend dem Kraftwerksbau. Damit existierten die vielen privaten und kommunalen EVU weiter, was dazu führte, dass die STEWEAG im Vergleich zu anderen Landesgesellschaften eine ungünstige Kunden- und Netzstruktur hatte. Das ging so weit, dass sie bei für die kleinen EVU unwirtschaftlichen Projekten einspringen musste.

Die Lobby der Industrie und der EVU erreichte auch eine Umverteilung bei den Strompreisen. Niedrige Strompreise für die Industrie und EVU, die mit hohen Preisen für Kleinverbraucher, vor allem im gewerblichen Bereich, quersubventioniert waren. Davon profitierten die kleinen EVU sogar ein zweites Mal. Während bei der STEWEAG zusätzliche Erlöse spätestens beim nächsten Strompreisverfahren wieder glattgestellt wurden, verdienten sich die kleinen EVU, die keine Kostenprüfungen hatten, ein stattliches Körberlgeld, insbesondere bei den sogenannten Anschlusskosten.

Zu Beginn der 80iger Jahre hatte die STEWEAG dank des Kostendeckungsprinzips in der Preisregulierung noch relativ gute Bilanzkennziffern. Obwohl die Kalkulationen das nicht rechtfertigen konnten, erhielt die STEWEAG 1980 eine 6%ige Strompreiserhöhung vom damaligen Handelsminister Dr. Josef Staribacher zugestanden. Im Gegenzug musste sie sich verpflichten, sich mit 10% am Braunkohlekraftwerk Voitsberg 3 zu beteiligen, das neben den Kohlekraftwerken in Dürnrohr als Ersatz für das bei einer Volksabstimmung durchgefallene Kernkraftwerk Zwentendorf und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei der GKB notwendig wurde.

Danach nahm die Verschuldung der STEWEAG aufgrund des von LH Josef Krainer jun. gewünschten forcierten Ausbaus der Wasserkraft, dem Bau des Steinkohlekraftwerkes Mellach, der aufgrund der 10%igen Beteiligung am Kernkraftwerk in Zwentendorf versunkenen Investitionen, aber auch wegen eines fehlenden effizienten Kostenmanagements schnell zu.

1984 wurde eine erforderliche Erhöhung der Strompreise um 15,9% (ohne Verbundtangente) von der steirischen Politik abgelehnt und musste, so die Vorgabe, unter 8% bleiben, was erheblich zur weiteren Verschuldung des Unternehmens beitrug.

Anfang der 90iger Jahre befand sich die STEWEAG am Rande der Insolvenz. Das Unternehmen war so knapp bei Kasse, dass es sogar ihre Zähler im Rahmen eines „Sell and Lease Back“- Deals flüssig machen musste. In diese Zeit fiel auch der dilettantisch aufgezozene Versuch, die STEG zu kaufen. Der Schweizerische Bankverein, der damalige Eigentümer der STEG, war in finanziellen Schwierigkeiten und bot das immer hochpro-

fitable Unternehmen, als nicht zum Kerngeschäft einer Bank gehörende Beteiligung, zum Verkauf an. Anstatt diese Akquisition alleine durchzuführen, schloss man sich bei der STEWEAG mit der Grazer Stadtwerke AG und den Privaten Frizberg, Mayr Melnhof und Assmann zum Konsortium PRO STYRIA zusammen und verteilte bereits das Fell des Bären, der noch gar nicht erlegt war. Diese Vorgehensweise erregte den Unmut der Belegschaft der STEG, die sich für den Erhalt des Unternehmens aussprach und sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Filetierung wehrte.

Der Finanzierungsvorschlag der STEWEAG hat auch dazu beigetragen, dass die STEG letztlich an den VERBUND ging. Der Vorschlag der STEWEAG war, den Kauf durch eine Kreditaufnahme beim Schweizerischen Bankverein, der selbst in einem Liquiditätsengpass war und deshalb die STEG verkaufte, zu finanzieren. Die STEG ging zum Preis von rund 3,2 Milliarden Schilling an den Verbund. In der steirischen Politik gingen daraufhin die Wogen hoch. Zwischen Graz und Wien liefen die Telefone heiß. Durch politische Intervention gelang es zwar, 29,1% der STEG-Aktien vom Verbund für die STEWEAG zu erwerben, jedoch ohne adäquate Mitspracherechte.

Ähnlich kurios wurde 1993 auch der Erwerb der Steirischen Ferngas AG durch die STEWEAG finanziert. Da dieser, wie oben erwähnt, die finanziellen Mittel für Akquisitionen fehlten, hat die Steirische Ferngas AG mithilfe eines unkonventionellen Finanzierungsmodells den Kaufpreis, den die STEWEAG zu bezahlen hatte, letztlich selbst geleistet.

Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte

Unternehmensinterne Analysen zeigten die Verletzlichkeit der STEWEAG in einem liberalisierten Strommarkt. Um die STEWEAG in ihrer Marktposition zu stärken, entschied sich der Eigentümer - Land Steiermark - für die Hereinnahme eines strategischen Partners in die STEWEAG, und im Zuge dessen für eine Neuausrichtung des Unternehmens.

Am 8. Juli 1996 wurde die ESTAG gegründet. Der Vorstand, der mit der Suche eines strategischen Partners und den Verkauf der Anteile vorbereiten sollte, wurde mit Mag. Werner Heinzl, Vorstand der Grazer Stadtwerke AG, und Dr. Norbert Ertler, über viele Jahre Berater von LH Josef Krainer jun. in Wirtschafts- und steuerrechtlichen Fragen, besetzt.⁷⁰⁰

⁶⁹⁹ Vgl. Bundesgesetz vom 26. März 1947 über die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft (zweites Verstaatlichungsgesetz) StF: BGBl. Nr. 81/1947, Änderungen idF: durch BVG-Novelle, BGBl. Nr. 321/1987.

⁷⁰⁰ Aufsichtsräte der Energie Steiermark Holding AG waren ab Juli 1998 neben Dr. Norbert Ertler und Dr. Heinz Hofer noch Robert Diethrich und Bernard Faivret (EdF/GdF), Dr.Guido Held, Gerald Raidl und Peter Weiß.

Einstieg EdF/GdF

Der Vorstand der ESTAG wurde vom Eigentümer, dem Land Steiermark, sofort mit der Suche nach einem strategischen Partner beauftragt. Das Angebot von Électricité de France (EdF) und Gaz de France (GdF) lag vom Preis her mit 5,6 Mrd. Schilling für das Aktienpaket von 25% und 1 Aktie über den Erwartungen, weshalb man sich für die Franzosen entschied. Diese Beteiligung räumte der EdF/GdF das Recht auf die Nominierung eines dritten Vorstands ein. Der ESTAG wurden alle Landesbeteiligungen an der STEWEAG, der Steirischen Ferngas AG, der Fernwärme GmbH und der Steirischen Abfallverwertungs GmbH übertragen.

Die strategische Partnerschaft mit EdF/GdF startete am 1. Juli 1998. Dafür wurde in der Holding auch ein neuer Vorstand bestellt. Neben Mag. Werner Heinzl wurden Bergrat h.c. Dipl.-Ing. Adolf Fehringer, Vorstand der Steirischen Ferngas AG und Dipl.-Ing. Jacques Barbé (EdF) in den ESTAG Vorstand berufen.

Die strategische Partnerschaft mit EdF/GdF sollte ein Wachsen der ESTAG am österreichischen Markt ermöglichen. In Übereinstimmung mit dem Land Steiermark wurden folgende strategische Ziele verfolgt:

- Ordnen des steirischen Strommarkts durch Beteiligungen an und Kauf von weiterverteilenden EVU, um der STEWEAG einen größeren Heimmarkt im liberalisierten Markt zu sichern.
- Lösung des durch die fehlgeschlagene Akquisition zu Beginn der 90iger Jahre und der Liberalisierung des Strommarktes verschärften STEG Problems.
- Die Partnerschaft mit EdF/GdF auf reale Beine zu stellen und mit Leben zu füllen, vor allem in den Bereichen Energieaufbringung, Strategie Ausland sowie Forschung und Entwicklung (F&E).

Die Beteiligung der Franzosen an der ESTAG hat unter den anderen Landesgesellschaften und der Verbundgesellschaft, mit dem Hinweis auf Atomstrom, zunächst zu einer abwehrenden Haltung geführt. Es ging die Sorge um die EdF könnte nicht nur in der Steiermark tätig werden. Daher war es auch ein wichtiges Ziel der ESTAG, sich nicht von der österreichischen Energieszene entkoppeln zu lassen. Im Gegenteil, die Steirer waren gegenüber den anderen Landesgesellschaften plötzlich aufgewertet und als Gesprächspartner wieder gefragt. Erste Schritte der Partnerschaft führten zu Verhandlungen von neuen Lieferbedingungen und Kampfansagen an den Verbund.

Entgegen den Vereinbarungen gemäß der Beilage zum Unternehmensbeteiligungsvertrag hat die EdF jedoch weder der STEWEAG günstige Stromlieferungen noch GdF der Steirischen Ferngas günstiges Gas angeboten. Im Gegenteil: ATEL (Schweiz), an der die EdF eine namhafte Beteiligung hielt, belieferte ab 1. Oktober 2001 weiterverteilende EVU in der Steiermark – also Kunden der STEWEAG - mit Strom.⁷⁰¹

EnBW, damals eine Mehrheitsbeteiligung der EdF, präsent auf dem Markt im Süden von Bayern und Baden-Württemberg (gegen EON und RWE), wurde in Österreich mit EnBW Austria neuer Konkurrent am Strom- und Gasmarkt und plante sogar eine Kooperation mit der niederösterreichischen EVN.

2001 strebte die EdF/GdF eine Aufstockung ihrer Beteiligung an der ESTAG von bisher 25% + 1 Aktie auf 49% an. Diesbezügliche Verhandlungen am 29. Juli in Bad Ischl sind jedoch gescheitert.

701 siehe ARS v. 03.04.2001: „...ATEL ist als Lieferant besser als die E.ON oder RWE...“ – Reaktion EdF

Im Endeffekt hat diese strategische Partnerschaft der ESTAG – ausgenommen der finanziellen Stärkung – nicht geholfen ihre Marktposition zu verbessern, in einzelnen Fällen wurde diese sogar behindert.

Im Jahr 2015 erwarb die luxemburgische Gesellschaft SEU Holdings Sàrl, eine Gesellschaft schlussendlich im Besitz des Macquarie Infrastructure Fund 4, den 25 % Anteil der Électricité de France an der Energie Steiermark. Mehrheitseigentümer ist und bleibt jedoch das Land Steiermark – als Garant für Verlässlichkeit, Kontinuität und Heimatverbundenheit.⁷⁰²

ÖSTERREICHISCHE LÖSUNG – ENERGIE AUSTRIA

1998/1999 verfolgte der VERBUND eine österreichische Stromlösung, die aber von EVN, Wienstrom und TIWAG abgelehnt wurde. Das wäre für die STEWEAG, mit und ohne EdF, ein großes Problem geworden.

Die ESTAG arbeitete zu dieser Zeit an der Lösung des STEG Problems und nahm Gespräche mit dem Verbund auf. Ein Verkauf der STEG wurde seitens des VERBUND jedoch kategorisch abgelehnt. Mit der STEG hatte dieser am steirischen Strommarkt ein Trumpf-Ass in der Hand.

Durch die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes hat der VERBUND über die Tochter STEG und diese in weiterer Folge über die größeren Verteiler wie Stadtwerke Graz, Pichler Werke, Stadtwerke Judenburg, Stadtwerke Kapfenberg und andere, zu günstigeren Bedingungen Strom verkaufen können als die STEWEAG. Auch über ihre Beteiligungen an KELAG, bzw. zusammen mit EVN, WIENSTROM und TIWAG, die zusammen ca. 27% an Verbund beteiligt waren, hätte der VERBUND den steirischen Strommarkt bedienen können. Aus diesen Gründen wurde eine engere Kooperation seitens der ESTAG mit VERBUND für äußerst zielführend erachtet. VERBUND hatte die Idee einer Energie Austria noch nicht aufgegeben und daher einen Alleingang von ESTAG und VERBUND vorerst abgelehnt.

Gemeinsam mit der Energie AG Oberösterreich und ESTAG startete der Verbund 1999 das Projekt Energie Austria, mit dem die Stromsparten der beteiligten Unternehmen unter einem Dach und partnerschaftlicher Führung zusammengeführt werden sollten. Das Projekt scheiterte jedoch am 8. September 2000 am Nein von EVN, Wienstrom und TIWAG im Aufsichtsrat des Verbund. Auch die EdF war gegen die Kooperation mit dem Verbund und führte letztlich zur Abberufung von Dipl.-Ing. Jacques Barbé, weil dieser im Vorstand die Energie Austria befürwortete. Ihm folgte mit 1. Dezember 2000 Mag. Hubert Jeneral.

702 Vgl. Homepage ENERGIE STEIERMARK.

ESTAG – VERBUND

Nach dem Scheitern des Projekts ENERGIE AUSTRIA schlug die ESTAG dem VERBUND die Fusion von STEWEAG und STEG, bei gleichzeitiger Beteiligung des VERBUND an dieser neuen Gesellschaft, als steirische Lösung vor, was von VERBUND (vorerst) abgelehnt wurde. Im Dezember 2000 wurden von VERBUND Gespräche über eine bilaterale Kooperation angeregt. Die Grundzüge der Kooperation, bekannt als „Projekt Südpol“, wurden auf Basis der im Rahmen des Projekts ENERGIE AUSTRIA erarbeiteten Bewertungsgutachten eingehend besprochen und in einem „Letter of intend“ festgelegt.

- Verbund bringt Netz und Vertrieb der STEG sowie sein steirisches 110 kV-Netz gegen entsprechende Beteiligung in eine STEWEAG NEU ein.
- Die Wasserkraftwerke von STEWEAG und STEG werden gegen entsprechende Beteiligung in die Austrian Hydro Power (AHP) eingebracht. Die Erzeugung der eingebrachten Kraftwerke bleibt bei der ESTAG (Recht und Pflicht der Abnahme).Sie sichert sich auch den Rückkauf der Wasserkraftwerke bei Change-of-Control beim VERBUND.
- Die kalorischen Kraftwerke werden in die von VERBUND neu gegründete Austrian Thermal Power (ATP)⁷⁰³ eingebracht und diese entsprechend den Beteiligungs-verhältnissen von den Partnern kapitalmäßig so ausgestattet, dass sie bei den damals herrschenden niedrigen Strompreisen wirtschaftlich überleben kann.
- Bei Aufstockung des Verbund-Anteiles an der STEWEAG NEU erhält die ESTAG eine adäquate Beteiligung an der Austrian Power Grid (APG).

Die Kooperation mit dem VERBUND im Rahmen des Projektes SÜDPOL diene der Lösung des STEG Problems. Auch bei dieser Transaktion war die EdF gegen die erarbeitete Kooperation mit VERBUND.

Eine optimale Synergienutzung in den Bereichen Erzeugung der ESTAG bzw. des VERBUND ist nur bei einer einheitlichen Führung der Kraftwerke möglich. Für die Einbringung der Kraftwerke in die entsprechenden Gesellschaften von VERBUND war ursprünglich ein Strombezugsrechtmodell, wie es der VERBUND mit seinen Sondergesellschaften praktizierte, vorgesehen. D.h. der Einbringende erhält ein Strombezugsrecht und bezahlt für den im Kraftwerk erzeugten Strom sämtliche Betriebs- und Instandhaltungskosten und übernimmt aktivierungspflichtige Erneuerungsinvestitionen. Der erzeugte Strom wird weiterhin zu Gestehungskosten abgerechnet.

Der damalige STEWEAG-Vorstand⁷⁰⁴ sah in der Abrechnung zu Marktpreisen jedoch Vorteile und forderte daher die Abrechnung der erzeugten Energie zu Marktpreisen. Verbund hat diesem Wunsch nach Gesprächen mit den anderen Aktionären von AHP und ATP entsprochen und musste somit auch konzernintern auf Marktpreise umstellen. Die von der ESTAG in die AHP eingebrachten Wasserkraftwerke hatten ein Regelarbeitsvermögen von ca. 2100 GWh pro Jahr. Vertraglich wurde vereinbart, dass die ESTAG das Recht auf diese Erzeugung weiterhin hat und auch die Pflicht, diese abzunehmen. Ein Faktum, das in der Öffentlichkeit untergangen ist.

703 Dr. Oswin Kois war von 2002 bis 2009 von der ESTAG nominierter Geschäftsführer der Verbund ATP, ehe er 2009 bis zu seinem gesundheitsbedingten Rücktritt 2012 zum Vorstandsmitglied der Energie Steiermark AG bestellt wurde.
704 Dr. Hubert Zankel, Dr. Oswin Kois, Dipl.-Ing. Pierre Aumont.

Vertraglich wurde auch vereinbart, dass die Synergien mit einem Abschlag von 5% für jede aus Wasserkraft erzeugte Kilowattstunde vom Verbund zum Marktpreis weitergegeben werden. Aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen der STEWEAG-STEAG im Stromliefervertrag mit Verbund APT reduzierte sich der Abschlag auf 3% vom jeweiligen Marktpreis. Mit dieser Strategie hat die ESTAG die Rechtsstreitigkeiten der STEWEAG mit dem VERBUND beendet, eine Kooperation mit diesem aufgebaut und die erfolgreichen Maßnahmen in den folgenden Jahren ermöglicht.

Konsolidierung des steirischen Energiemarktes

Parallel zu den Arbeiten am Projekt SÜDPOL wurde auch der steirische Strommarkt mit dem Kauf von EVU bzw. Beteiligungen an ihnen konsolidiert. Es ist gelungen, Beteiligungen an der Energie Graz, dem größten kommunalen EVU in der Steiermark und den Pichler Werken, nach der STEG das damals zweitgrößte private EVU, zu erwerben. Durch weitere Käufe und Beteiligungen vieler kleinerer, privater und kommunaler EVU stieg die Zahl der Kunden innerhalb kurzer Zeit von rd. 150.000 auf rd. 600.000.

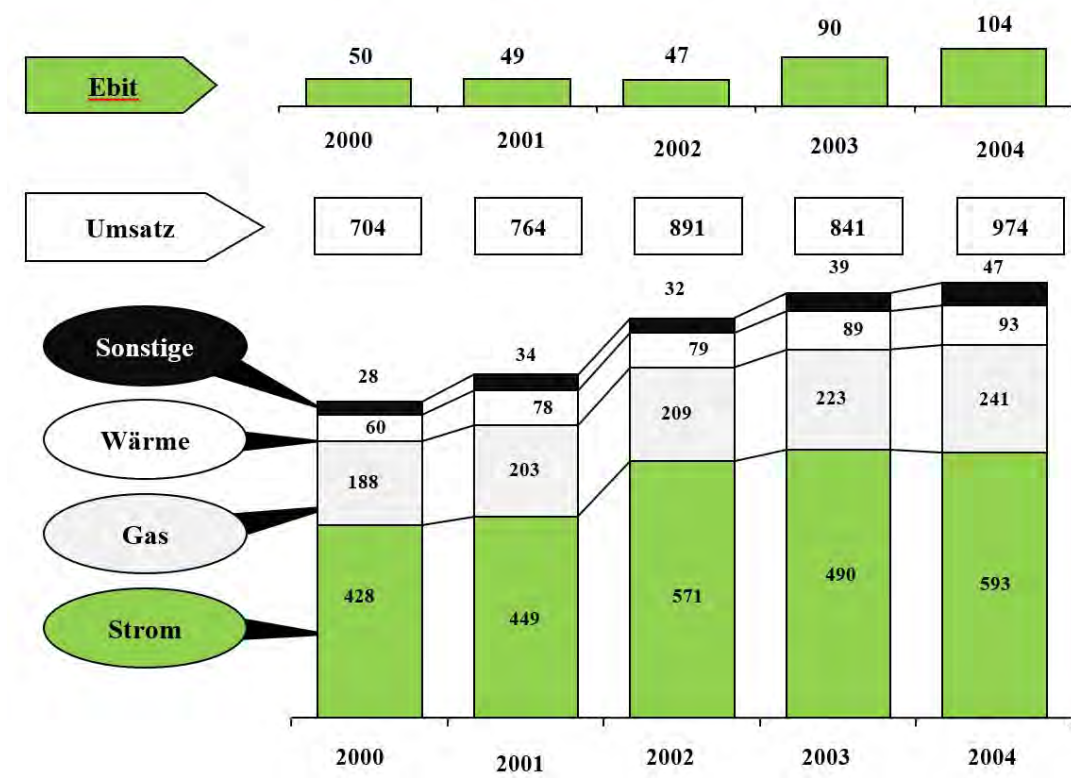
Teilnahme am Verkaufsprozess österreichischer Landesgesellschaften

Energie AG Oberösterreich
Das Land Oberösterreich plante während der Gespräche zur Gründung der Energie Austria den Verkauf von 25% + 1 Aktie des Unternehmens. LH Josef Pühringer signalisierte, dass ein gemeinsames Angebot von VERBUND und ESTAG sehr erwünscht sei. Nach der damaligen Landtagswahl gab es jedoch seitens des Landes OÖ kein Interesse mehr.

Kärntner Energieholding (KEH)
Das Land Kärnten hat 2001 im Rahmen eines internationalen Tenders 49% seiner Tochtergesellschaft KEH, welche die Aktien des Landes an der KELAG managte, zum Verkauf ausgeschrieben. Die ESTAG hatte ein Interesse an dieser 49%igen Beteiligung, um eine starke Südachse Steiermark – Kärnten zu bilden. Im Aufsichtsrat stimmte die EdF – vertragswidrig, weil diese beim Kauf österreichischer Beteiligungen vorab zugestimmt hatte - dem Antrag nicht zu. Der Zuschlag für diese Beteiligung ging an die RWE.⁷⁰⁵

705 Vermutete Absprachen der großen Player am europäischen Strommarkt, siehe Ungarn und Rumänien.

Nachstehende Abbildung zeigt die Umsatz- und EBIT-Entwicklung der ESTAG in den Jahren ohne Südpol (2000 bis 2002) und mit Südpol (2003 bis 2004).



Entwicklung der ESTAG von 2000 – 2004
(Werte in Mio Euro)

Der sogenannte „ESTAG – Skandal“

Nachdem Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. Adolf Fehringer dem Eigentümer ein Jahr vor Ablauf seines Vorstandsvertrages mit 3. Juli 2003 ankündigte, seinen Vertrag nicht mehr zu verlängern, stand bereits Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann als sein Nachfolger fest.

Gerhard Hirschmann war noch gar nicht im Vorstand der ESTAG, als er im Profil ein Interview gab, in dem er feststellte, er könne sich nicht erinnern, dass während seiner 25 Jahre in der Politik „auch nur ein einziger Posten im öffentlichen, halb öffentlichen, staatlichen oder vorstaatlichen Bereich mit jemanden besetzt wurde, der nicht schon vor der Ausschreibung oder dem Hearing festgestanden ist“. Und er setzte nach: „das wäre auch fahrlässig.“

Was zu Beginn seiner Tätigkeit in der ESTAG folgte, ließ sich an Vorwürfen kaum noch überbieten. Die ESTAG wurde Mittelpunkt eines im wesentlichen medial in der Steirerkrone und der Kleinen Zeitung geführten politischen Kleinkrieges, der wie immer auch Opfer hatte und letztlich den Initiator selbst traf, als im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 20.01.2004 der gesamte Vorstand entlassen wurde.

Was folgte waren diverse Prüfungen des Unternehmens durch Wirtschaftsprüfer sowie durch den Landes- und Bundesrechnungshof. Der Vorwurf einer „vermuteten Bilanzfälschung“ wurde laut Expertengutachten⁷⁰⁶ und der Sonderprüfung durch das internationale Wirtschaftsprüfungsunternehmen Ernst & Young klar widerlegt. Außerdem führten die diversen Prüfungen zum Bonmot „die ESTAG zählt zu den bestgeprüften Unternehmen der Welt“. Die Tageszeitung Der Standard titelte dazu am 22.06.2006 „Steirischer ESTAG-Skandal löst sich langsam in Luft auf“.

Die finanziellen Ergebnisse wurden selbst vom Eigentümer als zufriedenstellend bezeichnet. Von sinkenden Konzernergebnissen konnte keine Rede sein. Ausschüttungen - in Summe 115 Mio Euro für 6 Bilanzjahre, davon 88 Mio Euro an das Land Steiermark - belegen dies sehr deutlich. Laut aktienrechtlicher Sonderprüfung war der Wert der ESTAG immer gesichert.

Das bestätigt auch ein Statement des ab August 2004 tätigen Vorstandsprächers der ESTAG VDir. Dr. Karl-Franz Maier „Im Grunde hatten wir ja ein im Kern gesundes, solides Unternehmen übernommen, das aber durch politische und mediale Diskussionen ziemlich durchgebeutelt war.“⁷⁰⁷

706 Siehe aktienrechtliche Sonderprüfung gem. § 118 v. 20.11.2004.
707 Vorstandsprächer Dr. Karl-Franz Maier, 2004.

Der ESTAG-Vorstand und teilweise auch der Aufsichtsrat wurden 2004 aufgrund der Ergebnisse der Sonderprüfung besetzt. Schließlich schaffte auch der Sonderlandtag am 24. November 2004 keine Beschlussfassung zum ESTAG-Untersuchungsausschuss, der damit ohne Ergebnis endete. Waltraud Klasnic, stets darum bemüht, die Streitparteien Hirschmann und Paierl zu versöhnen, war der ESTAG-Skandal in der Wahlbewegung für 2005 ein weiterer, schwerer Klotz am Bein. Sie selbst orchestrierte daher im Hintergrund mit der 75-Prozent-Beteiligung des Landes Steiermark im Herbst 2004 den Neustart des Unternehmens als „Energie Steiermark“. Zu Vorstandsdirektoren wurden nach einem Hearing in Zürich Karl-Franz Maier⁷³⁸ (Sprecher) und Franz Kailbauer⁷³⁹ bestellt; Johannes Ditz (als Vorsitzender) und Peter Schachner-Blazizek verblieben im Aufsichtsrat.⁷⁴⁰

Die ÖVP und Hirschmann gingen fortan getrennte Wege.⁷⁴¹ Paierl zog es erfolgreich in die Privatwirtschaft, Hirschmann trat mit einer eigenen Liste erfolglos bei der Landtagswahl 2005 an, bei der die ÖVP erstmals seit 1945 die erste Position im Lande verlor, u. a. wegen der ESTAG-Affäre und der Landesförderungen an das Schloss Herberstein. Neuer Landeshauptmann wurde der Sozialdemokrat Franz Voves.

Die neue Marke „Energie Steiermark“ sollte die belastete Abkürzung „ESTAG“ vergessen machen und ein öffentlichkeitswirksamer, positiv besetzter Neustart der Holding gelingen. Ein längerfristiges Vorhaben, obwohl ein Teil der nicht zur Energiebranche zählenden branchenfremden Beteiligungen abgestoßen, Auslandsbeteiligungen neu zugeordnet und der Beschäftigtenstand des Konzerns bereits zuvor von rund 3.000 im Jahre 1997 auf etwa 2.300 im Jahre 2004 gesenkt wurden.⁷⁴²

Schwache Konzernergebnisse, ein anhaltender Schwund an Kunden und eine bevorstehende empfindliche Reduktion der Vorstandsgehälter führten 2008 zu neuerlichen innerbetrieblichen Diskussionen um die Führung des Unternehmens. Als deren Folge kündigten Maier und Kailbauer 2008 gegenüber dem Aufsichtsrat den Rückzug aus ihren Funktionen an. Zu neuen Vorständen wurden – nach einigem Hin und Her – mit 1. August 2009 Oswin Kois, den Schachner-Blazizek favorisiert und den man von der ATP ins Unternehmen zurückgeholt hatte,⁷⁴³ sowie der Deutsche Sales-Manager mit internationaler Erfahrung Olaf Kieser⁷⁴⁴ bestellt. Sie sollten den Konzern konsolidieren und die mittlerweile aufgebaute grüne Leitkultur des Unternehmens stärken.

„Energie Steiermark“ als neue Marke

Unabhängig von den unmittelbar anstehenden betriebswirtschaftlichen Aufgaben hatte sich auch die Energie Steiermark strategisch auf den langfristigen Zukunftstrend der Energiewirtschaft einzustellen: auf eine „grüne Energie“. Die weltweit spürbar gewordene Erwärmung des Erdballs, die klimatischen Umstellungen und die daraus resultierende, notwendige Reduktion der Treibhausgase nach dem verbindlichen Kyoto-Protokoll von 1997 hatten auch keine andere Wahl zugelassen. In der Steiermark hatte man schon relativ früh darauf re-

agiert. Die Energie Steiermark war dabei nahezu an allen Zukunftsprojekten direkt oder indirekt beteiligt: von der Gründung einer eigenen Konzerntochter, der „Green Power“, über die Errichtung der größten steirischen Biomasse-Kraft-Wärme-Kupplungsanlage mit Mayr-Melnhof (gemeinsam mit Konzerntochter „Steirische Gas-Wärme“), der Fusion der „Wärme-Gas“ mit der Bioenergie Wildon-Obdach oder die Übernahme einer Reihe von Blockheizkraftwerken (womit die Gas-Wärme auch ein Stromproduzent wurde) bis zur Planung von zwei neuen Murkraftwerken nördlich von Graz und des Murkraftwerkes Graz-Puntigam.⁷⁴⁵

Krško – das ungelöste Problem

Doch parallel dazu ließ vor allem der Lückenschluss der österreichischen 380-kV-Ringleitung in der Steiermark die Wogen hochgehen. Als am 15. August 2003 ein Strom-„Blackout“ plötzlich New York, große Gebiete der amerikanischen Ostküste und des angrenzenden Kanada lahmlegte, wurde auch in Österreich die Sicherheit der Stromversorgung zum Thema.⁷⁴⁶ In der Steiermark kam in den Diskussionen noch die Sorge um die Sicherheit des nahen slowenischen Kernkraftwerkes in Krško/Gurkfeld hinzu. Die Landesregierungen in Graz und Klagenfurt, „Global 2000“, „Greenpeace“ sowie Printmedien machten gegen Krško mobil und forderten mit Unterschriftenlisten ein „Aus“ für das nur 70 Kilometer von der Staatsgrenze entfernte, in einer Erdbebenlinie gelegene Atomkraftwerk. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wurde 2005 von der SPÖ aufgefordert, im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes 2006 einen europaweiten Atomenergieausstieg zu forcieren und Stellung gegen Krško zu nehmen.⁷⁴⁷

Alle Proteste von Umweltgruppen, Volksbegehren und Landespolitikern in Kärnten und der Steiermark, zuletzt im Frühsommer 2021, blieben jedoch wirkungslos. Krško stellt weiterhin ein ungelöstes, erstrangiges Thema in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien dar und steht bei allen Besuchen österreichischer Politiker in Slowenien auf der Agenda. Zunehmend setzt man allerdings auf beiden Seiten auf den Dialog. Eine Laufzeitverlängerung soll mit einer länderübergreifenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unter Einbindung der Steiermark abgesichert werden, ein möglicher Bau eines zweiten Reaktorblocks – frühestens in fünf bis sieben Jahren – ist auch in Slowenien selbst umstritten. Sollte es doch zu einem Bau-beschluss kommen, würden Slowenien und Österreich gemeinsam eine internationale Expertenkommission ins Leben rufen und eine Studie zur Erdbebensicherheit in Auftrag geben.

Die 380-kV-„Steiermark-Leitung“

In der wichtigen Frage der Hochspannungsleitung war man um Beruhigung bemüht und veranstaltete zahlreiche Bürgerversammlungen, Gesprächsforen und Informationsabende in den betroffenen Gemeinden. Die Gefahr eines „Blackouts“ in der Steiermark wurde mit vorhandenen Stromreserven wenig überzeugend heruntergespielt. Man musste ja gleichzeitig für den Bau der 380-kV-Ringleitung argumentieren, mit der die Steiermark gegenüber den anderen Bundesländern (ausgenommen Tirol und Vorarlberg) bereits seit Mitte der 1970er-Jahre ins Hintertreffen geraten war und elektrizitätstechnisch eine Generation aufholen musste. Die 110- und 220-kV-Leitungen waren längst an ihrer Belastungsgrenze angelangt und stellten ein Risiko für die Versorgungssicherheit dar. Die zu errichtende 380-kV-VERBUND-Leitung war den 110- und 220-kV-Leitungen übergeordnet und vor

^[738] Karl-Franz Maier, geb. 1951 in Pischelsdorf, Dr., Betriebswirt, war für die Außenhandelsstellen der WKO in den USA, in Singapur und in Großbritannien tätig, anschließend selbstständiger Unternehmensberater in Österreich, ehe er 1983 zur „Rauch Fruchtsaft“ GmbH kam und bis 31.3.2004 Einzelgeschäftsführer der „Steirerobst“ GmbH war.

^[739] Franz Kailbauer, geb. 1962 in Voitsberg, Dipl.-Ing. Dr., war Assistent am Institut für Strömungslehre, Gasdynamik und Wärmeübertragung an der TU Graz (Prof. Walter Gretler), wechselte danach zur „Austria Energy“ (ehem. Waagner Biro) und zur deutschen BBP-Environment-Gesellschaft (Umwelttechnikanlagenbau des Babcock-Konzerns), wo er die Geschäftsführung eines Teilbereiches übernahm.

^[740] ESt-Archiv, Geschäftsbericht 2004, gez. März 2005.

^[741] News, v. 22.1.2004.

^[742] ESt-Archiv, Geschäftsbericht 2004. Zur Entwicklung der Steiermark Energie im Jahre 2004 siehe v. a. ESt-Archiv, Geschäftsbericht 2004.

^[743] Steirerkrone, 29.9.2008.

^[744] Olaf Kieser, geb. 1966 in Salzgitter/D, Dipl.-Ing. für Maschinenbau, Kraftwerks- und Energietechnik, hatte u. a. lange Jahre im Ausland gearbeitet, u. a. in Südafrika. Siehe Anhang, Liste der Vorstandsdirektoren.

allem für den Stromimport aus dem Ausland und seine Verteilung ausgelegt. Denn Österreich war mangels neuer Kraftwerksprojekte seit den 1990er-Jahren von einem Stromexport- zu einem Stromimportland geworden. Die steirische Lücke im österreichischen 380-kV-Ringschluss – von Rotenturm im südlichen Burgenland bis Zwaring-Pöls in der Südweststeiermark – war angesichts der rasch wachsenden Industrien, vor allem im Großraum Graz (hier vor allem Magna-Steyr und Andritz), und ihrem zusätzlichen Strombedarf eine echte Bedrohung für die Stromsicherheit in der Mittel- und Obersteiermark geworden. Bereits minimale Unterbrechungen der Stromspannung von wenigen Sekunden brachten etwa bei „Sappi“ in Gratkorn oder im Magna-Werk in Graz-Thondorf die dortigen Computeranlagen zum Teilabsturz. Allein eine Papiermaschine bei „Sappi“ wieder zum Laufen zu bringen, bedeutete einen Tag Betriebsausfall und forderte von den Technikern des Unternehmens wahre Trapezkünste, um einen Netzzusammenbruch zu verhindern.⁷⁴⁸

Der erforderliche Lückenschluss betraf auf einer Länge von 95 Kilometern die Bevölkerung von sechs Gemeinden im Burgenland und von 30 Gemeinden in der Steiermark. Die Leitungstrasse führte teilweise durch dicht besiedeltes Gebiet, was seit den 1990er-Jahren auch den Widerstand der Bevölkerung steigen ließ. Argumentiert wurde in unzähligen Stellungnahmen und Gutachten, vor allem mit einem nicht nachgewiesenen zwingenden Strombedarf und mit der Möglichkeit einer unterirdischen Leitungsverlegung.⁷⁴⁹ Eine Volksabstimmung in den betroffenen Gemeinden erbrachte am 28. Jänner 1996 mit über 93 Prozent eine klare Ablehnung der geplanten Trasse. Nach der Entwicklung neuer, niedrigerer Masten (von VERBUND Austrian Power Grid AG und TU Graz), alternativen Trassenvorschlägen, die der Bevölkerung in langwierigen und zahllosen Diskussionsveranstaltungen erklärt wurden und einem Vorprüfungsverfahren ab Mai 2003 beantragte die VERBUND Austrian Power Grid mit teilweiser Beteiligung der STEWEAG-STEAG am 30. Dezember 2003 eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Lückenschluss der Leitung⁷⁵⁰ und legte in der Folge auch die Trassierung fest. Im Frühsommer 2009 konnte der Bau der umstrittenen Leitung fertiggestellt werden, Anfang September 2009 ging die 380-kV-Leitung, die bald „Steiermark-Leitung“ hieß, offiziell ans Netz und wurde zu einem unverzichtbaren Energieträger für die steirische Wirtschaft.

Die langen Schatten der ESTAG und die Stabilisierung bis 2012

In der weltweiten Wirtschaftskrise schrumpfte auch die österreichische Wirtschaft und brach im Jahr 2009 mit einem Minus von 3,8 Prozent gegenüber dem ohnehin bereits schwachen Vorjahr kurzfristig vollends ein.⁷⁵¹ Zwar wurde 2010 dank des hohen Exportanteils wieder ein Aufschwung verzeichnet, der jedoch nicht nachhaltig, sondern eher labil und risikoreich ausfiel. Auch die Energie Steiermark geriet um 2008/09 in Schwierigkeiten, allerdings weniger aufgrund der globalen Krise, mehr wegen später Nachwirkungen des ESTAG-Skandals (öffentliche Vorwürfe wegen überhöhter Gagen für Direktoren). Dazu sanken die Konzernergebnisse, besonders am Stromsektor, trotz eines Zuwachses an Geschäftspartnern.⁷⁵² Die Kundenflucht war alarmierend. Die Anzahl der Stromkunden der STEWEAG-STEAG GmbH sank von 2005 auf 2009 deutlich.⁷⁵³ Auch die Bestellung des

Vorstandes hatte wegen eines immer wieder sichtbar gewordenen Gegeneinanders nicht die erhofften Impulse erbracht. Selbst auf den für den Konzern relevanten mittelosteuropäischen Märkten gab es nur eine moderate Erholung.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen forcierte der Konzern über die STEWEAG-STEAG-Tochter die erneuerbaren Energieträger Wind, Photovoltaik, Biomasse und (gemeinsam mit der VERBUND Hydro Power AG) den Ausbau von Kraftwerken, wie 2009 und 2010 den Baubeginn von Gössendorf, Kalsdorf und – soweit möglich – Graz-Puntigam. Nahezu gleichzeitig begannen die Grundstücksablösen, die Behördenverfahren und Prüfungen sowie die Vorprojekte für die Murkraftwerke bei Gratkorn und bei Stübing. Die Planungen für das Murkraftwerk Graz mussten hingegen im Herbst 2010 gestoppt werden. Der Grund: Die Stadt Graz hatte nach Tausenden Unterschriften von Kraftwerksgegnern eine Bürgerbefragung angekündigt. Graz-Puntigam hatte man als „Schaukraftwerk“ konzipiert, es sollte den Bereich entlang der Mur zu einer attraktiven Freizeit- und Erholungszone aufwerten, durch einen Mischwassersammler das Grazer Kanalnetz aufwerten und die Wasserqualität der Mur deutlich heben.

Der Trend, in steirischen Gemeinden neue Biomasse-Fernwärmenetze zu errichten oder schon bestehende zu erweitern, bedeutete für den Konzern – mit wenigen Ausnahmen in einzelnen Gemeinden – einen erheblichen Rückgang an Kunden. Die Konzerntochter „Steirische Gas-Wärme GmbH“ versorgte zu Beginn der 2010er-Jahre insgesamt rund 37.900 Kunden in 183 Gemeinden direkt mit Erdgas. Die Idee, Erdgas als Tankstoff zu verwenden, zumal es ein Ziel der Energiestrategie Österreichs war, alternative Kraftstoffe zu forcieren und in zehn Jahren über 150.000 Fahrzeuge mit Erdgasantrieb zu betreiben, war allerdings ein Flop: zu wenig Erdgas-tankstellen und kaum Käufer, die sich einen Gastank ins Auto einbauen ließen. 2010 waren nur etwa 600 Autos im Land mit Erdgas unterwegs – und es wurden immer weniger.

Hoffnungsvoller war die Situation jedoch am Fernwärmesektor sowie im Nischenbereich Flüssiggas. Der Ausbau des Fernwärmenetzes der Gas-Wärme GmbH ging mit rund dreiprozentigen Steigerungsraten kontinuierlich voran. 2010 hatte man in 24 Wärmenetzen steiermarkweit bereits 12.200 Verträge abgeschlossen und zusätzlich in Graz auf Basis von rund 5.000 Verträgen etwa 40.000 Wohnungen mit Fernwärme versorgen können. Neben der Fusionierung mit der Ausseer Fernwärme GmbH und der Cogeneration-Kraftwerke Management Steiermark GmbH wurde der Gas-Wärme Gesellschaft auch ein exklusiver Anspruch auf die Wärme aus den neuen Blöcken des Gasdampfkraftwerks Mellach zugesprochen.⁷⁵⁴

Bis zum Frühjahr 2012 konnten die wichtigsten Bereiche der Energie Steiermark Holding – Strom, Gas-Wärme und erneuerbare Energie mit insgesamt rund 600.000 Kunden – stabilisiert werden. Vor allem aber lief eine erfolgreiche Rückholaktion an, mit der bis zum Frühjahr 2012 rund 9.000 ehemalige ESTAG-Kunden zurückgewonnen werden konnten. Die Verkaufs- und Umsatzentwicklung zeigte im Inland einen Aufwärtstrend (ausgenommen die VERBUND Thermal Power AG), während die Auslandsbeteiligungen in Mittelosteuropa, besonders in Tschechien, der Slowakei, in Ungarn und in Slowenien Sorgenkinder des Konzerns blieben und im Geschäftsbericht als „herausfordernd“ umschrieben wurden.

⁷⁴⁸ Wie dies Dietinger beschrieb.

⁷⁴⁹ Was das Achtfache an Verlegungskosten verursacht hätte. Vgl. auch die Homepage der Bürgerinitiative www.380-kv.ae, die später von der Forderung nach Erdverlegung wieder abrückte.

⁷⁵⁰ Das Ansuchen erfolgte durch die VERBUND Austrian Power Grid AG, 1010 Wien, unter teilweisem Beitritt der STEWEAG-STEAG GmbH am 30. Dezember 2003 um Genehmigung zur Errichtung der 380-kV-Freileitung Zwaring (Stmk.) – Rotenturm (Bgld.) nach den gesetzlichen Regeln der Umweltverträglichkeitsprüfung, BGBl. Nr. 697/1993. – www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11682278/74834965/.

⁷⁵¹ Die reale Veränderung des österreichischen BIP gegenüber dem Vorjahr betrug in Prozent: 2007 + 3,7; 2008 + 1,5; 2009 – 3,8; 2010 + 1,8. – <https://wko.at/statistik/prognose/bip.pdf>.

⁷⁵² ESt-Archiv, Geschäftsberichte 2005 und 2006.

⁷⁵³ ESt-Archiv, Geschäftsberichte 2010, S. 38.

⁷⁵⁴ Dazu und zum Vorherigen: ESt-Archiv, Geschäftsbericht 2010, S. 48–56; und 2012, S. 61.

Die Neupositionierung des Konzerns

Mit 31. März 2012 legte Vorstandssprecher Oswin Kois aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion als Sprecher des Konzern-Vorstandes zurück. An seiner Stelle wurde Christian Purrer⁷⁵⁵ bestellt. Kieser verblieb im Vorstand der Holding. Bereits im Jahr zuvor war – nach Peter Schachner-Blazizek – Josef Mülner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt worden.⁷⁵⁶ Auf den Aufsichtsrat und das neue Vorstandsduo warteten große Aufgaben, die man auch sofort in Angriff nahm. Um die angepeilte Energiewende im Land auch organisatorisch stärker als „steirisch“ zu positionieren, vereinfachten die VERBUND AG und die Energie Steiermark ihre wechselseitigen Beteiligungen.⁷⁵⁷ Als erstes kaufte man die VERBUND-Anteile an der STEWEAG-STEAG um rund 250 Millionen Euro zurück und hielt damit wieder 100 Prozent. Beide Unternehmen blieben dennoch wesentliche Partner im Strom- und Wärmegeschäft, weil die STEWEAG-STEAG vereinbarungsgemäß auch weiterhin einen bedeutenden Teil ihres benötigten Stroms von der VERBUND AG, dem größten Stromproduzenten im Land, beziehen würde. Auch die Beteiligungen an der VERBUND Thermal Power wurden neu geregelt und die Energie Steiermark senkte ihren Anteil an der VERBUND-Tochter auf 20 Prozent. Dazu bekannten sich die VERBUND AG als der größte Wasserkrafterzeuger⁷⁵⁸ der Steiermark und die Energie Steiermark zur weiteren, gemeinsamen Errichtung bzw. zum Betrieb von Wasserkraftwerken an der Mur, wobei die VERBUND AG auch drei Wärmekraftwerke (darunter Mellach) in ihrem Portfolio hatte.⁷⁵⁹ Damit war die steirische Strom- und Wärmeerzeugung zwar immer noch fest in der Hand der österreichischen VERBUND, doch hatte man in wesentlichen Bereichen, wie der Wasserkraft, die steirischen Anteile deutlich erhöhen und langsam eine „Re-Styrianisierung“ beginnen können.

Unter der Devise „Wir bauen die Energie Steiermark vom Energieversorger zum modernen Energiedienstleister um“ sollte kein Stein mehr auf dem anderen bleiben. Dies bedeutete für das Unternehmen, ab 2016 unter dem Vorstandsduo Christian Purrer/Martin Graf,⁷⁶⁰ eine Neupositionierung durch neue Strukturen, ein neues Tempo und vor allem ein neues Kundenverständnis, Energieeffizienz, Sparsamkeit im Umgang mit Ressourcen und Nachhaltigkeit. Die „grüne“ Energie müsse das „Lebenskonzept“ sein, forderte der Vorstand. Das Energieeffizienzgesetz von 2012 legte bis zum Jahr 2020 als Obergrenze für den Energieverbrauch in Österreich

⁷⁵⁵ Kois hatte seinen Rücktritt in der AR-Sitzung am 22.9.2011 angekündigt, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110922_OTS0191. – Christian Purrer, Dipl.-Ing., geb. 1955, studierte Bauingenieurwesen an der TU Graz. Nach Tätigkeit am Inst. f. Konstruktiven Wasserbau 1989 Wechsel in die STEWEAG, Abt. f. strategische Planung. Vorsitz im Gremium der Landeselektrizitätsversorger bei der „Koordinierten Kraftwerksausbauplanung“ im Verband der Elektrizitätswerke Österreichs (heute: Österreich Energie) und Leiter des Büros des Landeslastverteilers Steiermark. 1996 bis 2000 Leitung der Abt. Energiemanagement und verantwortlich für den Betrieb des gesamten steirischen Stromhochspannungsnetzes sowie für den gesamten Kraftwerkseinsatz. 2001 Prokura und Bereichsleitung, 2005 Leitung sämtlicher Vertriebssegmente, von Trading sowie des Portfolio- und Risikomanagements der STEWEAG-STEAG GmbH. Ab dem Jahr 2010 Leitung der Vertriebskoordination der Energieträger Strom, Erdgas und Fernwärme verantwortlich. Seit 1. April 2012 Sprecher des Vorstands der Energie Steiermark AG, u. a. verantwortlich (teilweise gemeinsam mit Martin Graf) für zentrale Bereiche wie Finanzen, Controlling, Kommunikation, Personal und Netze (Strom, Gas, Wärme). – ESt-Graz, Konzernkommunikation. Lebenslauf Christian Purrer.

⁷⁵⁶ Markus Mair (Raiffeisen) war bereits 2009 zum stv. Vorsitzenden des AR der Energie Steiermark bestellt worden. ESt-Archiv, ESt-Geschäftsbericht 2012.

⁷⁵⁷ Dazu und zum Folgenden vgl.: https://www.verbund.com/de-de/ueber-verbund/news-presse/presse/2012/12/03/energie-steiermark-steweag-anteile-verkauft

⁷⁵⁸ Die Verbund AG hatte in der Steiermark rund 3.000 Mitarbeiter und 41 Wasserkraftwerke, die zum überwiegenden Teil ehemals im Eigentum der STEWEAG und STEAG gewesen waren.

⁷⁵⁹ Allein das Wasserkraft-Investitionsprogramm der VERBUND von rund 400 Millionen Euro hatte u. a. direkte Aufträge an steirische Firmen im Hochtechnologiebereich (Turbinen-, Transformatorenbau), die Errichtung des neuen Stadtkraftwerks in Leoben, die Erweiterung des Speichers Hieflau und die Erneuerung des Murkraftwerkes Pernegg zum Ziel.

⁷⁶⁰ Martin Graf, Dipl.-Ing. und Mag. FH, MBA, geb. 1976 in Amstetten/NÖ, 1995 bis 1999 Tätigkeit im Vertrieb der Donaukraft Wasserbau-, Engineering & Consulting GmbH, danach zwei Jahre kaufmännischer Projektleiter in der Verbundplan GmbH und in der Mobilkom Austria. Ab 2002 Prüfungsleiter, danach als Abteilungsleiter für Tarife in der Energie-Control Austria. 2011 bis 2016 war Graf Vorstand der Energie-Control Austria und leitete u. a. die Bereiche (Netz-)Tarife und Regulierung, Markt- und Wettbewerbsaufsicht, Ökostrom und Energieeffizienz. Mit 1. April 2016 kam Graf in die Energie Steiermark und übernahm die Position von Vorstandsdirektor Olaf Kieser, der zu den Stadtwerken Stuttgart wechselte. U. a. verantwortlich für die Bereiche (teilweise gemeinsam mit Christian Purrer) Finanzen, Controlling, Netze, Kommunikation, Strategie, Interne Revision. ESt-Graz, Konzernkommunikation. Lebenslauf Martin Graf.

einen Richtwert von 1050 Petajoule fest.⁷⁶¹ Umso mehr galt es auf Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zu setzen. 800 Millionen Euro wurden für erneuerbare Energien bereitgestellt; in der Elektromobilität mit dem Bau von Stromtankstellen begonnen und mit Magna bei der Produktion von Elektroautos kooperiert. Die Investitionen sicherten zu Anfang der 2010er-Jahre etwa 8.000 Arbeitsplätze, sogenannte „Green-Jobs“, nicht auf Dauer, doch für eine gewisse Zeit.⁷⁶²

Neuer Schwung für Wasserkraft und Fernwärme

Der neue Schwung der Energie Steiermark, mit dem man 2012 gestartet war, übertrug sich sehr bald auch auf die knapp 1.700 Mitarbeiter (inklusive der Betriebe im Ausland) und die Tochteruntergesellschaften, obwohl man 2013 zunächst noch in fast allen Bereichen⁷⁶³ erhebliche Rückgänge einstecken musste. Dies betraf nahezu alle Kernbereiche des Konzerns, die in eigenen Gesellschaften organisiert waren: Kunden, Energienetze, Green Power, Wärme, Technik, Service. Bereits 2012 konnten nach längerer Zeit, in Gemeinschaftsarbeit zwischen der STEWEAG-STEAG GmbH und der VERBUND AG, wieder Kraftwerke in Betrieb genommen werden: Gössendorf und Kalsdorf,⁷⁶⁴ bei denen besonderer Wert auf die Ökologie gelegt wurde. Um 25 Millionen Euro wurden Fischotterinseln und Flachwasserzonen errichtet, Dammbepflanzungen und Waldverbesserungsmaßnahmen durchgeführt sowie Hirschkäferwiegen angelegt. Auch das Murkraftwerk in Graz-Puntigam hatte man – trotz aller, teils hitziger Diskussionen mit Bürgerinitiativen und Umweltschützern und dem Baustopp von 2017 – noch nicht aufgegeben und nach Klärung des Sachverhaltes um die aufgefundenen menschlichen Überreste aus der NS-Zeit begonnen, die Umbettung und die Errichtung eines Denkmals an der Stelle des ehemaligen NS-Zwangsarbeiterlagers⁷⁶⁵ voranzutreiben. 2019 konnte das Werk in Betrieb gehen. Das gesamte Gebiet im Bereich der ehemaligen Seifenfabrik Lettner und der Murböschungen erfährt seither eine Aufwertung als Freizeitzone der Stadt, wofür auch die Energie Steiermark ihren Beitrag leistete.

Die Planungen der Murkraftwerke Gratkorn (geplante Fertigstellung 2024) und Stübing, der Windkraftwerke Freiländeralm, Handalm und Stubalpe liefen parallel dazu weiter, ebenso wie jene der Photovoltaikanlage in Modriach, die ab 2015 Strom ins Netz einspeiste. Neue Planungen für weitere Wasserkraftwerke an der Mürz, der Kainach und kleineren steirischen Flüssen sollten alle noch wirtschaftlich rentablen Wasserkraftreserven des Landes erschließen.⁷⁶⁶ Der Absatz an elektrischem Strom der Energie Steiermark stagnierte allerdings. Die Gründe waren Rekordeinspeisungen von seiten der erneuerbaren Energien, sehr feste CO₂-Preise und günstige Gaspreise.⁷⁶⁷ In der Covid-Pandemie 2020 erhöhte sich der Stromabsatz der Energie Steiermark, was vor allem auf einen Mehrbedarf bei den Privatkunden und Kleinunternehmen zurückzuführen war. Hingegen sank das Niveau im Gasbereich vor allem aufgrund von Absatzrückgängen in der Industrie.⁷⁶⁸ Die Rückholaktionen von Kleinkunden der Energie Steiermark machten sich nun langsam bezahlt. Als ebenso richtig und alternativlos erscheint die rasche Umorientierung des Konzerns vom klassischen Energieversorger zum lösungsorientierten Energiedienstleister.

⁷⁶¹ https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20008914.

⁷⁶² ESt-Archiv, Konzern-Geschäftsbericht 2012.

⁷⁶³ Die Erfolgszahlen von Umsatz, operativem Ergebnis, Beteiligungen, Finanzergebnis und Materialaufwand sanken teilweise dramatisch, hingegen stieg der Aufwand für das Personal, trotz einer Reduktion der Beschäftigten, um drei Prozent. ESt-Archiv, Konzernbericht 2013.

⁷⁶⁴ Vgl. ESt-Archiv, Konzernbericht 2020.

⁷⁶⁵ Vgl. zum Lager Liebenau v. a.: Barbara Stelzl-Marx, Lager Liebenau. Ein Ort verdichteter Geschichte. Graz – Wien 2018.

⁷⁶⁶ ESt-Archiv, Konzernbericht 2014 und 2015.

⁷⁶⁷ ESt-Archiv, Konzernbericht 2019.

⁷⁶⁸ ESt-Archiv, Konzernbericht 2020.

Zum weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung im Großraum Graz erwarb man 2013 das Fernheizkraftwerk Graz und sicherte sich einen garantierten Wärmebezug durch die VERBUND AG, stieg selbst jedoch aus der VERBUND-Tochter Austrian Thermal Power AG aus. Tatsächlich gehörte die Fernwärmeheizung als saubere, komfortable und umweltfreundliche Alternative zu Holz, Gas oder Öl in Gebieten mit einer hohen Verbauungs- und Wärmedichte in ganz Österreich bereits zum Standard der Wohnungsgrundausrüstung. 2013 wurden schon 22 Prozent aller Wohnungen mit Nah- oder Fernwärme beheizt, in Gebäuden mit mehr als 20 Wohnungen lag der Anteil im Jahr darauf bereits bei 51 Prozent.⁷⁶⁹ Die Konzerntochter Gas-Wärme GmbH versorgte 2013/14⁷⁷⁰ in 24 steirischen Wärmenetzen über 12.500 Kunden und lieferte nahezu die gesamte Fernwärme für Graz. Mit 1.575 GWh erbrachte das Unternehmen 2013 die bis dahin höchste Wärmeaufbringung. Die hohen Gas- und niedrigen Strompreise hatten jedoch in ganz Österreich Kraftwerke mit einer Kraft-Wärme-Kopplung (wie etwa Mellach) unrentabel gemacht. Daher bestand 2014 plötzlich die Gefahr einer Schließung von Mellach und damit auch des Endes der steirischen Fernwärmeversorgung. Die Gefahr wurde 2015 zur bitteren Realität, als klar wurde, dass die Austrian Thermal Power AG am Standort Mellach ab 2020 keine oder nur mehr zeitweise Wärme bereitstellen würde. Der Konzern reagierte schnell: Auf Basis von Empfehlungen einer Arbeitsgruppe und gemeinsam mit der Stadt und der Holding Graz sowie der Energie Graz Gesellschaft wurden sechs neue, erdgasbefeuerte Heißwasser-Kesselanlagen errichtet, die Mellach kompensieren konnten, dazu kamen Solaranlagen (wie beim Grazer Fernheizkraftwerk) und Biomasseanlagen mit Hackgut aus regionaler Aufbringung sowie die Nutzung der Abwärme der Papierfabrik Sappi in Gratkorn. Die Wärmeausnutzung, etwa im Stahlwerk „Marienhütte“, wurde ebenso verbessert wie ein Solar-Speicherprojekt begonnen. Schließlich suchte man den Rechtsweg. Im Schiedsspruch wurde das Klagsbegehren der Energie Steiermark zwar abgewiesen, dennoch die Lieferverpflichtung der VERBUND Thermal Power (VTP) klar bestätigt und auf die höhere Wahrscheinlichkeit eines Lieferausfalls hingewiesen, wenn nur eine einzelne Anlage zur Wärmeerzeugung in Betrieb wäre. Umgehend errichtete man in der Grazer Puchstraße eine Ausfallreserve und bezog bereits im Winter 2016/17 von dort Fernwärme.⁷⁷¹ Innovative Kooperationen erlaubten in den folgenden Jahren zusätzlich eine breit gestreute Versorgung mit „grüner“ Fernwärme und jährlich bedeutende CO₂-Einsparungen, etwa durch Anlagen der Farina Mühle in Raaba, die Abwärme der Zellstoff Pöls oder das Biomasse-Heizwerk der Ökoenergie Penz in der Weststeiermark. Wichtige Schritte zur Reduktion der Treibhausgase, auf die sich Österreich bis 2030 im Umfang von 36 Prozent gegenüber dem Wert von 2005 international verpflichtet hatte. Die Fernwärme gilt dabei als tragende Säule der Bemühungen, wie sie auch im „Erneuerbaren Ausbau Gesetz 2020“ vorgezeichnet werden.⁷⁷²

Mellach: Aus für das letzte Kohlekraftwerk Österreichs

Schließlich gelang es der Energie Steiermark (über die „Big Solar Graz“) 2017 erstmalig in Europa, thermosolare Energie in großem Umfang zur Fernwärmeversorgung einer größeren Stadt – von Graz – einzusetzen. Die klassische Stromerzeugung der Wärme GmbH war damit Geschichte und konnte auf ein Minimum heruntergefahren werden.⁷⁷³ Schließlich einigten sich im Dezember 2016 die VERBUND AG und die Energie Steiermark

auf einen Fernwärmeliefervertrag aus dem Kraftwerkstandort Mellach. Die VERBUND AG verpflichtete sich, am Standort Mellach eine Heizkesselanlage zu errichten, um daraus die eingegangene Lieferverpflichtung von rund 90 MW an Fernwärme ins Netz einspeisen zu können. Der Vorteil für die VERBUND AG war die Möglichkeit, ihr Steinkohlekraftwerk Mellach bereits vor 2020 schließen zu können. Den 175 Meter hohen Rauchfang des Fernheizkraftwerkes Neudorf-Werndorf, das höchste Bauwerk der Steiermark, hatte man schon 2017 stückweise abgetragen.⁷⁷⁴ Tatsächlich stellte der 17. April 2020 einen Markstein in der österreichischen Energiepolitik dar: Mellach, das letzte Kohlekraftwerk Österreichs, stellte seinen Betrieb ein. Schon fünf Jahre davor hatte man 2015 das Dampfkraftwerk Voitsberg in zwei Etappen gesprengt.

Erneuerbare Energie – „Green Energy“ – das neue Feld des Konzerns

Die Möglichkeiten eines wirtschaftlich-rentablen Ausbaus der steirischen Flüsse schienen zu Beginn des 21. Jahrhunderts schon weitgehend erschöpft, größere Speicherprojekte waren kaum noch zu verwirklichen. Österreich hatte sich zudem bereits im Oktober 2001 gemäß einer EU-Richtlinie verpflichtet, den Anteil an erneuerbarer Energie an der Stromerzeugung weiter zu steigern – von etwa 70 auf knapp 80 Prozent im Jahre 2010. Das entsprechende Ökostromgesetz vom 1. Jänner 2003⁷⁷⁵ – als eines der ersten in Europa⁷⁷⁶ – hatte zum Ziel, den ökologischen Fußabdruck in der Elektrizitätserzeugung zu verringern und Österreich zu einem Pionier in erneuerbarer Energie zu machen – mit einem Wort eine Energiewende einzuleiten. Der „Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ)“⁷⁷⁷ sollte, unter wesentlicher steirischer Mitwirkung, eine Drehscheibe für energiepolitische Innovationen werden. In ihm schlossen sich die wichtigsten Akteure der nachhaltigen Energien zusammen: IG Windkraft, Kleinwasserkraft Österreich, Österreich-Energie, Photovoltaic Austria, Austria Solar, Österreichischer Biomasse-Verband, ARGE Kompost und Biogas und pro pellets Austria. Ihr Ziel war es, „die Energieversorgung in Österreich mittelfristig auf erneuerbare Energiequellen umzustellen und langfristige Rahmenbedingungen zu deren Ausbau zu schaffen“. Erste Erfolge stimmten optimistisch, die ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Dies galt besonders für den Ausbau von Windkraftwerken, wie dem Tauernwindpark Oberzeiring. Zahlreiche Windprojekte und Anlagen zur Energieerzeugung aus Biomasse, durch Tiefbohrungen, über Sonnenkollektoren und photovoltaische Anlagen folgten. Die entsprechenden Förderungen machten die Anlagen auch für Kleinabnehmer und Haushalte interessant und wirtschaftlich. Die Steiermark galt seit den 1980er-Jahren, als man die ersten Biomasseheizwerke zur Nahwärmeversorgung errichtete, als Pionier in der Errichtung und im Betrieb dieser Anlagen und konnte insgesamt auf dem Sektor Klimaschutzpolitik und erneuerbare Energien im Bundesländervergleich eine führende Stellung einnehmen.⁷⁷⁸

Die allenthalben spürbaren Veränderungen des Weltklimas, die Erwärmung der Erde und die zunehmende CO₂-Belastung führten zu Weltklimagipfeln, zu Forderungen nach Gegenmaßnahmen und zu ersten größeren Eingriffen in die Energiebilanzen der Staaten.

⁷⁷⁴ ESt-Archiv, Konzernbericht 2016.

⁷⁷⁵ BGBl I, Nr. 149/2002, v. 23.8.2002. – Das „Ökostromgesetz“ („Bundesgesetz, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und auf dem Gebiet der Kraft-Wärme-Kopplung erlassen werden (Ökostromgesetz) sowie das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) und das Energieförderungsgesetz 1979 (EnFG) geändert werden“) trat mit 1.1.2003 in Kraft.

⁷⁷⁶ Zur europäischen Dimension des Klimaschutzes und entsprechender Maßnahmen vgl. u. a.: Brigitte Wolking, Karl Steininger, Stefan Schleicher et al., Implementing Europe’s climate targets at the regional level, Climate Policy 12/2012, S. 1–23.

⁷⁷⁷ Im Dachverband EEÖ und für seine Ziele wirkten u. a. die Steirer Josef Riegler, Heinz Kopetz, Stefan Schleicher und Alexander Karner konzeptiv und pionierhaft.

⁷⁷⁸ Dazu vgl. die exzellente Arbeit des „Wegener Zentrums für Klima und Globalen Wandel“, von Brigitte Wolking – Karl Steiniger, Volkswirtschaftliche Effekte von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils Erneuerbarer Energien in den österreichischen Klima- und Energiemodellregionen. Graz 2012, bes. S. 53ff.

⁷⁶⁹ Zahlenspiegel 2014 des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmungen in Österreich, zit. nach ESt-Archiv, Konzernbericht 2014.

⁷⁷⁰ ESt-Archiv, Konzernbericht 2013.

⁷⁷¹ Dazu und zum Folgenden: ESt-Archiv, Konzernbericht 2015.

⁷⁷² Das „Erneuerbare Ausbau Gesetz“ wurde vom Ministerrat im Dezember 2020 vorgelegt und 2021 beschlossen. Mit diesem „Bundesgesetz über den Ausbau von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren Ausbau Gesetz) sollen die Ökostrom- und Energielenkungsgesetze von 2012, das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz von 2010, das Gaswirtschaftsgesetz von 2011 und einige andere bislang in Kraft befindliche Energiegesetze gebündelt und geändert werden. – https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/ME/ME_00058/index.shtml.

⁷⁷³ Sie lag etwa 2015 nur noch bei zwei GWh.

Die Energie Steiermark in der Klima- und Energiestrategie des Landes

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergieerzeugung Österreichs stieg von Jahr zu Jahr.⁷⁷⁹ Schon 2016 konnten in Österreich durch den Einsatz erneuerbarer Energie Treibhausgasemissionen von rund 30,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent vermieden werden. Dies galt besonders für die Wärmeenergie. 2018 gab es in Österreich bereits über 2.000 Biomasseheizwerke (fast ein Drittel davon in der walddreichen Steiermark), die Zehntausende Wärmekunden mit erneuerbarer Wärme belieferten und die Emissionen des Hausbrands deutlich senkten.⁷⁸⁰ 2018 bekannte sich die österreichische Bundesregierung erstmals zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien auf 100 Prozent des erneuerbaren Stroms. Bald ging es nicht mehr darum, lediglich den Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung, sondern an der gesamten Energiebilanz zu steigern. So hatte sich Österreich im Rahmen des EU-Klima- und Energiepaketes 2020 verpflichtet, diesen Anteil im Energiemix auf 34 Prozent zu steigern.

In der Steiermark betonten drei Landesenergiepläne seit 1984 und die daraus resultierende, 2018 im Landtag beschlossene „Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030“ die zentrale Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung unter klimapolitischen Gesichtspunkten.⁷⁸¹ Das Ziel, den Energieeinsatz deutlich zu reduzieren und den notwendigen Restbedarf vor allem mit erneuerbaren Energien abzudecken, sollte durch Nachhaltigkeit in der Nutzung der erneuerbaren Energie, durch neuartige, mutige Innovationen, durch Forschung und Entwicklung sowie eine entsprechende Infrastruktur erreicht werden.

„Grüne“ Energie wurde das zentrale Schlagwort der Energiewirtschaft mit Auswirkungen auf nahezu alle Wirtschafts- und Lebensbereiche. Langsam wurde – befördert auch durch Jugendbewegungen wie „Fridays for future“ – das Umwelt- und Energiebewusstsein breiter, die ersten Luft-Wärme-Pumpen in den Haushalten eingesetzt und die ersten Elektroautos angeschafft. Das Recyceln, eine differenziertere Mülltrennung und eine Reduktion des gesamten Energieverbrauchs wurden – auch in Verantwortung für die künftigen Generationen – erstrebenswerte, gesellschaftspolitische Ziele.

Für die Energie Steiermark wurde die Erzeugung erneuerbarer Energie eine der wesentlichen Säulen ihrer Zukunftsvision. Die Energiewirtschaft war schon allein aus der starken Verflechtung des Landes mit der STEWEAG bzw. der Energie Steiermark Holding immer ein zentraler Bereich der Landespolitik gewesen, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Erzeugungsanlagen von der Politik mitverantwortet. Mit den erneuerbaren Energieträgern wurden Kernthemen der „Green Power GmbH“, einer neuen Tochtergesellschaft des Unternehmens, mit eigenen „Ökostrom“-Kraftwerken auf Basis von Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik angesprochen.

Parallel dazu versuchte die Energie-Agentur Steiermark über das Netzwerk „Öko-Energie Steiermark“ die wichtigsten Akteure der Forschung, Wirtschaft und Verwaltung zu vernetzen, um die notwendigen Ziele der „Klima- und Energie Strategie Steiermark 2030“ umzusetzen.

Die Energie Steiermark hat sich unter diesen energiepolitischen Bedingungen seit 2012 neu positioniert, ohne ihre Stärken ganz aufzugeben. Seit 100 Jahren ist der Strom aus Wasserkraft eine tragende Säule des Konzerns geblieben. Zum Wasser und zur Kohle sind in den vergangenen 100 Jahren vor allem Öl, Gas und zuletzt die erneuerbaren Energien hinzugekommen, wobei die Wasserkraft ebenfalls eine erneuerbare Energieform darstellt.

Und es sind immer noch die Wasserkraftwerke, vor allem der ehemaligen STEWEAG und STEG, die ein großes Asset des Landes bilden. Denn die Laufkraftwerke an Mur und Enns sowie die großen Speicherkraftwerke wie Sölk und Arnstein erzeugen jedes Jahr so viel erneuerbaren Strom, wie alle steirischen Privathaushalte insgesamt verbrauchen.⁷⁸²

Gab es vor rund 100 Jahren die energiewirtschaftliche Wende zur Elektrizität, so vollzieht sich nun, 100 Jahre später, vor unseren Augen die zweite große Energiewende hin zu den Erneuerbaren: zu Wasser, Luft, Sonne, Wind und Thermoenergie. Im Jahr 2020 wurde in der EU mit einem 38-Prozent-Anteil am europäischen Strommix erstmals knapp mehr Strom aus erneuerbarer als aus fossiler Energie erzeugt.⁷⁸³ Österreich und die Steiermark sind mit einem Erneuerbaren-Stromanteil von rund 79 Prozent europäischer Spitzenreiter. Anders sieht die Gesamt-Energiebilanz der Steiermark aus.⁷⁸⁴ Vom Gesamtenergieverbrauch von rund 64 TWh⁷⁸⁵ im Jahr 2018 entfielen rund zwei Drittel auf Öl, Erdgas und Kohle. Die Erneuerbaren hielten bei einem Anteil von rund 29 Prozent, etwa fünf Prozent entfielen auf Netto-Strom-Importe. Unter den Erneuerbaren (zusammen rund 29 Prozent) entfielen rund ein Viertel auf Wasserkraft, etwas mehr als zwei Drittel auf Biomasse,⁷⁸⁶ sechs Prozent auf Sonnen- und ein Prozent auf Windenergie. Um die nationalen und international vorgegebenen Klimaziele und Schadstoffemissionsgrenzen zu erreichen, wurde 2015 ein steirischer Klimaplan ausgearbeitet. Dieser legte bis 2030 folgende Ziele fest: eine Anhebung des Anteils erneuerbarer Energien auf 40 Prozent, eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 36 Prozent, eine Erhöhung der Energieeffizienz um 30 Prozent. Gleichzeitig sollte ein Energie-Blackout, vor allem am Stromsektor, vermieden und eine Energie- sowie Versorgungssicherheit gegeben und leistbar sein.

Die Energie Steiermark trägt einen wesentlichen Teil der energiepolitischen Maßnahmen mit und sieht darin eine Hauptaufgabe der nächsten Jahre. „Wir schauen auch“, so Vorstandssprecher Christian Purrer, „dass wir den CO₂-freien Strom zunehmend selbst produzieren: Wir haben viele Wasserkraftwerke gebaut. Wir werden weitermachen im Aufbau von Wasserkraftwerken, in den Wind noch stärker einsteigen und wir werden natürlich das Thema Photovoltaik stark besetzen“.⁷⁸⁷ In 30 Jahren, so eine Zukunftsvision für 2050, soll die Steiermark klimaneutral und energiesicher sein.⁷⁸⁸ „Elektrizität war die Grundlage dafür, dass sich die Wirtschaft gut entwickeln konnte und dass Wohlstand auch in den Haushalten Einzug gehalten hat. 100 Jahre später transformieren wir das historische Projekt wieder. Nämlich in ein ausschließlich erneuerbares System“, so Vorstandsdirektor Martin Graf.⁷⁸⁹

⁷⁸² Nach: <https://www.verbund.com/de-de/ueber-verbund/news-presse/presse/2012/12/03/energie-steiermark-steweag-anteile-verkauft>.

⁷⁸³ Fabian Hein – Dave Jones et al., The European Power Sector in 2020. Up to Date Analysis on the Electricity Transition. An Analysis by Agora Energiewende, Berlin and Ember Coal to Clean Energy Policy, London. Analysis 38.2, 1/2021, Vers. 1.0, p. 4ff.

⁷⁸⁴ Energiebericht des Energiebeauftragten des Landes Steiermark 2019. Graz 2020, S. 18.

⁷⁸⁵ Dies entspricht etwa der Jahresproduktion von 128 Speicherkraftwerken der derzeitigen Größe von Arnstein. 1 Terrawattstunde = 1000 GWh, 1 GWh = 1000 MWh, 1 MWh = 1000 KWh, 1 KWh = 1000 Wh. Das Speicherkraftwerk Arnstein ist derzeit auf eine Jahreserzeugung von 50 GWh ausgelegt.

⁷⁸⁶ Seit Anfang der 2000er-Jahre wurden in der Steiermark rund 600 Biomasse-Heizwerke errichtet, wobei besonders vom Gewerbe eine starke Nachfrage nach Nahwärme ausgeht.

⁷⁸⁷ Vorstandssprecher Dipl.-Ing. Christian Purrer, in: Neger – Seidl – Steffens, Im Strom der Zeit.

⁷⁸⁸ Energiebericht des Energiebeauftragten des Landes Steiermark 2019. Graz 2020, S. 12.

⁷⁸⁹ Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. (FH) Mag. (FH) Martin Graf, MBA, in: Neger – Seidl – Steffens, Im Strom der Zeit.

⁷⁷⁹ Zum gesamten Bereich vgl.: www://de.statista.com/erneuerbare-energien-in-oesterreich.

⁷⁸⁰ Ausführlich dazu u.a.: Biomasse-Nahwärme in Österreich. Wien 2018.

⁷⁸¹ Vgl. Energieplan – Landesentwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung. Graz 1984 und die Energiepläne 1995 und 2005 sowie die: Energiestrategie Steiermark 2025. Graz 2015; alle hgg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Udo Bachhiesl – Dieter Preiß, Der Weg der Steiermark in die Energiezukunft. Referat auf dem 15. Symposium zur Energieinnovation, TU-Graz 2018. Kurzinhalt als online-Version: www.tugraz.at/fileadmin/user_upload/Events/Eninnov2018/files/kf/Session_A4/KF_Bachhiesl.pdf.



1



5



6



2



3



4



7



8

1996 bis 2021

- 1 Das Umspannwerk Gleisdorf-Wünschendorf bei Nacht
 2 Windräder auf der Freiländeralm 3 Photovoltaikanlage in Modriach 4 Die Unternehmenszentrale „E-Office“ in Graz 5 Luftaufnahme vom Wasserkraftwerk in Gössendorf 6 Die Ausbildung zum Green-Energy-Profi am E-Campus 7 Das Aubiotop in Rudersdorf 8 Nachhaltige Energieerzeugung aus Windkraft

Anhang

Pioniere der steirischen Elektrizitätswirtschaft

Daniel Feuerlöscher (1843–1909)

Daniel Johann Baptist Feuerlöscher, geboren am 3. Mai 1843 in Tschaslau/Časlav (Tschechien), gestorben am 8. Februar 1909, Schulbesuch in Wien, Anstellungen u. a. bei der „Wiener Gaseinrichtungs-Gesellschaft Alois Enders & Co“. 1872 gründete er seine erste, eigene Firma, die „Dany Feuerlöscher, Bauunternehmung für Gas- & Wasseranlagen“, Wien, und heiratete Auguste Halamasek aus Frain/Thaya. Um dazu das Einverständnis des Brautvaters zu bekommen, konvertierte Feuerlöscher vom jüdischen zum katholischen Glauben. 1874 wurde er, gemeinsam mit seiner Frau, Besitzer des Villacher Gaswerkes, ging hohe finanzielle Risiken ein, schaffte es aber, durch rastlose Arbeit und viele kleine Aufträge einen Bankrott abzuwenden. Seine Frau, die fünf Töchter zur Welt brachte, wurde Geschäftsführerin des Werkes in Villach und eine Säule des Unternehmens. Feuerlöscher plante und baute, wo immer es Aufträge gab: Wasserleitungen, mehrere Gaswerke und Papierfabriken.

1884 zog sich Feuerlöscher zunehmend nach Prenning bei Übelbach zurück, wo er auf einem alten Firmenareal sein neues Unternehmen, die „Holzstoff- und Pappendeckel-Fabriken D. J. Feuerlöscher – Prenning bei Peggau“ (Geschäftsadresse: Jakominiplatz 16, Graz) gründete. Es folgten mehrere Betriebserweiterungen, Aquisitionen und Tauschgeschäfte, die jedoch vor allem bereits sein Sohn, Dr. jur. Sigmund Feuerlöscher, abwickelte. Schließlich verkaufte Daniel Feuerlöscher das Gaswerk in Villach und investierte das Geld in Fabrikskäufe im Abstaller Feld (heute Slowenien).

1898 wurde ihm und der Firma Siemens & Halske, Wien, die wasserrechtliche Bewilligung zur Errichtung eines E-Werkes in Lebring erteilt, die Betriebskonzession für das Werk erfolgte nach Fertigstellung 1905. Bereits drei Jahre davor hatte er einen Finanzpartner am Werk beteiligt und 1902/03 die „Ver. Elektrizitäts-werk AG Lebring“ gegründet. Nach mehreren Schlaganfällen, Krankheit und betrieblichen Problemen in Lebring verkaufte Feuerlöscher seine dortigen Anteile an die Grazer Baufirma Albin Buss & Co, die sich in schweizerischem Besitz befand. 1909 starb er im Schnellzug nahe Marburg/Maribor, seine Urne wurde in Prenning bestattet.

Quellen: Gottfried Mühlbacher, Die Unternehmerfamilie Feuerlöscher in Prenning, in: BIHk 1-2/2008, S. 31–50.

Viktor Franz (1870–1938)

Viktor Franz, geboren am 5. Juni 1870 in Deutschlandsberg, absolvierte die Handelsschule in Laibach/Ljubljana und wurde schon im Alter von 20 Jahren Prokurist der Deutschlandsberger Zündwarenfabrik, danach der „Meteor-Fahrradwerke“ in Graz. 1897 heiratete er Pauline, die Tochter des Deutschlandsberger

Brauereibesitzers und Gastwirtes Frizberg. Der Ehe entsprossen die Kinder Erich (der später das E-Werk Franz führte), Elfriede und Gerhard. Seit dem Jahr 1900 plante Franz, kurze Zeit gemeinsam mit seinem Vater Carl, für seine „Meteor-Fahrradwerke“ ein E-Werk an der Göstinger Maut. Zunächst gründete er mit Geldmitteln aus dem Erbe seiner Frau 1903 die „Eiswerk Göstinger Mauth V. Franz“, erzeugte Blockeis und betrieb ein Kühltlagerhaus. Gleichzeitig errichtete Viktor Franz am Mühlgang, etwas oberhalb einer ehemaligen Mühle, ein Kraftwerk, das gleichzeitig auch eine Dampfmaschine betrieb. Nach dem Erwerb der gewerblichen Konzession änderte er den Firmennamen in „Eiswerk Göstinger Mauth und Elektrizitätswerk V. Franz“ und begann, die Gemeinden Gösting, Andritz und Thal mit Strom zu versorgen. Nach Thal wurde sogar eigens eine private Leitung gelegt, weil der Generaldirektor der Wittkowitzer Eisenwerke Friedrich Schuster, der das Schloss Unterthal bewohnte, bei Viktor Franz um eine Stromversorgung eingekommen war. 1923 stellte Franz die Eiserzeugung ein und änderte den Firmennamen in „Elektrizitätswerk V. Franz“.

Von 1909 bis 1918 war Franz Landtagsabgeordneter der kleinen „Deutschradikalen Partei“, Mitglied des Industrierates in Wien und der Handelskammer Steiermark sowie stv. Obmann der Sektion Steiermark des „Bundes österreicherischer Industrieller“. Während des Ersten Weltkrieges führte er als Hauptmann an der Italienfront eine MG-Kompanie und war Festungskommandant von Palmanova. Als Gründer und langjähriger Obmann der steirischen E-Werke und als Handelskammerpräsident (von 1930 bis zu seiner Absetzung 1935) gestaltete Franz wesentlich die steirische Wirtschaft mit. Viktor Franz starb nach langem Leiden am 5. September 1938 in Graz.

Quellen: Nach Lebenslauf Viktor Franz, zusammengestellt von Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz

Hermann Grengg (1891–1978)

Der junge Bauingenieur war 1922 in die STEWEAG und damit in das Zentrum der steirischen elektrizitäts-wirtschaftlichen Konzeptionen eingetreten. Hermann Grengg wurde am 14. Jänner 1891 in Judenburg als Sohn des Bezirksingenieurs Franz Grengg und seiner Frau Auguste geboren und war evangelischen Religionsbekenntnisses. Die Grenggs waren seit Generationen mit dem Wasser verbunden, als Flößer, Floßmeister und Beamte.

Nachdem die Familie nach Graz übersiedelt war, absolvierte Grengg das Bauingenieurstudium an der Technischen Hochschule Graz in der Rekordzeit von zehn Semestern und trat dem Verein Deutscher Studenten (VDSt), einer national-freiheitlichen Studentenverbindung, bei. Im Ersten Weltkrieg diente Grengg an der Ost- und Südfront und schloss 1915 die Ehe mit der Lehrerin Friederike Bratschko, der drei Töchter entstammten. Nach einer Anstellung bei einer Baufirma brachte ihn sein Studienkollege Josef Ornig am 1. März 1922 zur neu gegründeten STEWEAG. Neben seinem Beruf gehörte Grengg dem deutschnational gesinnten Kreis um Josef Papesch an, trat 1933 der NSDAP bei und habilitierte sich für das Fach „Wasserbau“.

Nach dem von ihm „freudig begrüßten Anschluss“ wurde er in den Vorstand der neu gegründeten Alpen Elektrowerke AG, Wien, berufen. Dort war er maßgeblich an den Planungen für Kaprun und am Aufbau einer Verbundwirtschaft in der sogenannten „Ostmark“ beteiligt. Dabei versuchte er, sein Lieblingsprojekt, den Ausbau der Ennswasserkraft, nicht aus den Augen zu verlieren. Erfolglos: die Ennskraftwerke wurden ohne sein direktes Zutun erst Mitte der 1950er-Jahre gebaut. Am 16. August 1945 wurde Hermann Grengg in Kaprun von

US-Soldaten verhaftet und bis 31. Mai 1946 in den US-Camps Golling und Glasenbach inhaftiert, nach neun Monaten jedoch wieder entlassen.

In den folgenden Jahren arbeitete er wieder undercover für die STEWEAG, wurde 1949 – gegen den Widerstand von Unterrichtsminister Felix Hurdes (ÖVP), aber mit Unterstützung von Landeshauptmann Josef Krainer sen. – Ordinarius für Wasserbau an der TH Graz, anschließend zweimal zum Dekan der Fakultät und einmal zum Rektor der Universität gewählt. 1965 emeritierte der vielfach mit höchsten Orden ausgezeichnete Grengg und verstarb am 25. Oktober 1978 im Alter von 87 Jahren in Graz.

Quellen: Helmut Lackner, Hermann Grengg, in: Berichte des Museumsvereines Judenburg, Heft 14, 1981, S.20–25 sowie Grenggs abgedruckte Lebenserinnerungen, ebd., S. 26–30.

Richard Hofbauer (1873–1935)

Richard Alfred Hofbauer wurde am 6. Juni 1873 als Sohn des Wiener Eisenbahnunternehmers Ing. Karl Hofbauer in Graz geboren und in der Heilandskirche getauft. Er studierte an der Technischen Hochschule in Graz das Baufach, das er 1896 mit der Graduierung zum Ingenieur abschloss. Nach Absolvierung des Militärdienstes heiratete Richard Hofbauer, wieder in der Grazer Heilandskirche, Franziska, geb. Ruszicka. Der Ehe ersprossen vier Kinder.

Der Grazer fand eine Anstellung im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, wo er zunächst im Straßen- und Brückenbauamt, später bei den zahlreichen Flussregulierungen und schließlich beim Eisenbahnbau, vor allem beim Neubau von Nebenlinien, eingesetzt wurde. Initiativ wirkte er am Bau der Bahnlinie von Weiz nach Birkfeld und weiter nach Ratten mit. Kurz nach Kriegsende unterschrieb Hofbauer neben seiner Arbeit in der Landesbaudirektion noch einen Dienstvertrag in der für das Land tätigen Gesellschaft zur „Vorbereitung der steirischen Wasserkräfte“ und wurde deren technischer Direktor. Ihm oblag nun „die oberste Leitung aller technischen Angelegenheiten und Belange der Gesellschaft und die Berichterstattung bezüglich der technischen Angelegenheiten in den Sitzungen der Geschäftsführung“.

Keine zwei Jahre später wurde aus der „Vorbereitenden Gesellschaft“ die neu gegründete STEWEAG. Hofbauer wurde ihr Direktor und am 1. Oktober 1923 ihr Generaldirektor. Dem Vorstand des Landesunternehmens gehörten noch Kurt K. Tanzer, Ing. Karl Augustin sowie Hofbauers zeitweiliger Widerpart, der einer alteingesessenen, angesehenen Familie aus Pettau/Ptuj entstammende Ing. Josef Ornig, an.

Am 25. Februar 1922 heiratete Hofbauer ein zweites Mal. Aus der Ehe mit der wesentlich jüngeren Emma Maria Anna Barton, geb. am 12. April 1894, gingen keine Kinder mehr hervor. 1928 trat Hofbauer im Alter von 55 Jahren seinen Ruhestand an. Nur sieben Jahre später verstarb er am 8. November 1935 in Graz an den Folgen eines Schlaganfalls.

Quellen: Hochstrasser, Hofbauer, S. 11–16, der sich v. a. auf Unterlagen der Grazer Heilandskirche und der TU Graz bezieht.

Franz Pichler sen. (1866–1919)

Es gibt wohl keinen bekannteren steirischen Pionier der Elektrizitätswirtschaft als Franz Pichler aus Weiz. Mit seinem ersten Mehrphasenkraftwerk der Monarchie am Weizbach schrieb er internationale Technikgeschichte. Der am 18. Februar 1866 in Weiz geborene Müllersohn studierte an der Technischen Hochschule in Graz Maschinenbau, gegen den Rat seiner Professoren elektrifizierte er noch als Student die elterliche Mühle mit Gleichstrom und stattete sie mit einigen Edison-Glühlampen aus. Schon um 1890 plante Pichler die Beleuchtung der Stadt Weiz, als er auf einer Elektro-Ausstellung in Frankfurt/Main die Möglichkeit sah, eine hohe Stromstärke mit geringer Spannung in geringe Stromstärke mit hoher Spannung umzuwandeln: Das Prinzip des Transformators für Wechsel- und Mehrphasenstrom (Drehstrom) war geboren. Zurück aus Frankfurt, den Kopf voller Ideen und Tatkraft, heiratete er seine Cousine Tina und erneuerte seine Kraftwerkspläne, baute ein Zweiphasenkraftwerk am Weizbach und nahm es am 19. Mai 1892 in Betrieb – das erste dieser Art in der k. u. k. Monarchie.

Schnell war man auf den Weizer aufmerksam geworden, vor allem, weil er ein komplettes Leistungspaket zur Elektrifizierung anbot: elektrischen Strom, Apparate, Glühbirnen und dazu die komplette Installation. Der erste große Auftrag zur Elektrifizierung kam von den Grazer Puchwerken, weitere folgten, so dass eine deutliche Erweiterung der Produktionshalle erforderlich wurde. Das dafür notwendige Kapital erhielt Pichler gegen eine Firmenbeteiligung 1897 von Ing. Hans Masal, einem Studienfreund aus Prag. Das „Weizer E-Werk Franz Pichler & Co“, wie sich das Unternehmen nun nannte, war zur Jahrhundertwende bereits so etabliert, dass die deutsche Konkurrenz – Siemens und AEG – darauf aufmerksam wurde. Zur Absicherung und Stärkung des eigenen Unternehmens verband sich Franz Pichler im Jahr 1900 mit der Wiener „Gesellschaft für Elektrische Energie“.

Dies bedeutete für die Pichlerwerke einerseits eine deutliche Erweiterung des Geschäftsfeldes und der Betriebsanlagen, andererseits aber auch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, an der Pichler und Masal nur noch ein Drittel des Aktienkapitals hielten. 1909 eröffnete der Unternehmer an der Raab noch das erste kombinierte Fluss-Staukraftwerk der Steiermark mit einem Stausee für den Tagesspitzenausgleich. Zehn Jahre später starb Franz Pichler, kaum 54-jährig, am 28. August 1919 an einem Herzinfarkt.

Quellen: Michael Spreitzhofer, Franz Pichler. Pionier der steirischen Elektrizitätswirtschaft, in: Aspekte zur Energiewirtschaft und Energiepolitik in Österreich seit 1918. Schriftenreihe der Arge für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Heft 4/5. Graz 1984 (= Spreitzhofer, Pichler), S. 17–23.

Die Gründung der STEWEAG

Protokoll der
Konstituierenden Generalversammlung
Zeit: 30. März 1921, 10 Uhr vorm.
Ort: Graz, Hauptplatz 14/IV. Stock

Tagesordnung:

1. Beschluß über Errichtung der Aktiengesellschaft und endgültige Feststellung des Inhaltes der Statuten, in der vom Bundesministerium für Inneres und Unterricht genehmigten Fassung;
2. Wahl der Rechnungsprüfer und deren Ersatzmitglieder;
3. Bestimmung der Mitgliederzahl des ersten Verwaltungsrates, sowie Wahl desselben;
4. Festsetzung der Entlohnung für die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Rechnungsprüfer;
5. Allfälliges.

Anwesend bezw. vertreten:

43 Aktionäre mit einem Aktienbesitz von 17,420.000 Kronen und einer Stimmenzahl von 3484.

Die Versammlung eröffnet Herr Landeshauptmann von Steiermark Professor Dr. Anton Rintelen namens der einberufenden Konzessionärin, der „Vorbereitung des Ausbaus der steirischen Wasserkräfte, Ges. m. b. H.“

Als öffentlicher Notar interveniert Herr Dr. Richard Muhri.

Pkt. 1. Nach Eröffnung der Sitzung wird über Antrag des Herrn Dr. Richard Winter zum Vorsitzenden der grün-denden Generalversammlung Landeshauptmann Dr. Rintelen durch Zuruf einstimmig gewählt; hierauf wird der Beschluß gefaßt, alle Wahlen und Abstimmungen durch einfaches Händeerheben vorzunehmen.

Der Vorsitzende stellt auf Grund der Präsenzliste die Beschlußfähigkeit der Versammlung fest und macht aufmerksam, daß alle Beschlüsse der gründenden Generalversammlung einstimmig gefaßt werden müssen.

Über Vorschlag des Herrn Dr. Winter werden die Herren Bürgermeister Vinzenz Muchitsch in Graz und Direktor Karl König in Andritz zu Wahlprüfern (Protokollzeugen) gewählt.

Als Schriftführer wird Oberamtsrat Dr. Eduard Krademansch bestellt.

Weiters stellt der Vorsitzende fest, daß die Einberufung gesetzmäßig vor sich gegangen sei und legt der Versammlung die Liste der Aktienzeichner und deren Zeichnungserklärungen, weiters die Bestätigung der Kon-zessionärin über volle und bare Einzahlung des Aktienkapitales und eine Berechnung des Gründungsaufwandes vor. Gleichfalls liegt die Konzession des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht auf Bewilligung zur Errichtung der „Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft“ auf.

Die Versammlung beschließt einstimmig die vollinhaltliche Annahme dieser vom Ministerium genehmig-ten und allen Anwesenden bekannten Statuten, sowie die Errichtung der Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Graz.

Pkt. 2. Die Versammlung schreitet zur Wahl der Rechnungsprüfer und deren Ersatzmänner. Über Vorschlag des Herrn Dr. Winter werden gewählt: die Herren Franz Walcher, Landesrechnungsdirektor in Graz und Rudolf Mürker, Oberbuchhalter in Andritz zu Rechnungsprüfern; die Herren Oberrechnungsrat Gustav Sellyey in Graz und Dr. Ernst Schreiner in Graz zu Ersatzmännern.

Pkt. 3. Über Vorschlag des Herrn Dr. Winter wird einstimmig beschlossen, die Zahl der Mitglieder des ersten Verwaltungsrates mit 12 festzusetzen und folgende Herren als Verwaltungsräte zu wählen:

Landeshauptmann Prof. Dr. Anton Rintelen in Kroisbach,
Landeshauptmannstellvertreter Josef Pongratz in Graz,
Landesrat Prof. Ing. Hans Paul in Graz,
Landesrat Franz Winkler in Graz,
Bürgermeister Vinzenz Muchitsch in Graz,
Gutsbesitzer Georg Lederer, Jägerhof bei Semriach,
Gewerke Walter Bleckmann in Mürzzuschlag,
Präsident Dr. Julius Finze in Kalsdorf,
Präsident Dr. Ludwig Kranz in Graz,
Franz Mayr-Melnhof in Frohnleiten,
Gewerke Dr. Hans Pengg in Thörl b./Aflenz,
Hermann Rieckh in Graz.

Pkt. 4. Die Versammlung beschließt über Antrag des Herrn Dr. Winter einstimmig:

- a) als Entlohnung wird dem Verwaltungsrat der jährliche Betrag von 100.000.- K zur Verfügung gestellt, dessen Aufteilung seinem Gutdünken unterliegt.
- b) als Entlohnung für die Rechnungsprüfer und deren Ersatzmänner wird ein jährlicher Betrag von je Kronen 2.000.- festgesetzt.

Beschluß der Generalversammlung um 11^h vormittags.

Dr. Eduard Krademansch
[Unterschrift]
als Schriftführer

Verwendete Quellen und Literatur

Benutzte Archive

Archiv der Energie Steiermark, Graz (ESt-Archiv),
darin auch: die Archive der STEWEAG, der Steirischen Elektrizitäts-Gesellschaft (STEG), der Steirischen Fernwärme Gesellschaft und anderer Tochtergesellschaften.
Archiv der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergwerksgesellschaft, Graz (GKB-Archiv)
Archiv des Landesgendarmerie-Kommandos Steiermark, Graz (ALGKSt)
Bundesarchiv, Berlin (BA)
Landesmuseum Joanneum, Bild- und Tonarchiv, Graz
Landesstatistik Steiermark, Graz (LASTAT).
National Archives, Washington, DC (NA-Washington)
Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (ÖStA, AdR)
Pokrajinski Arhiv Maribor/Gebietsarchiv Maribor/Marburg a. d. Drau (PAM)
Privatarchiv Eberhard Franz, Graz
Privatarchiv Dr. Hermann Rafetseder, Linz
Privatbestand Karner, Graz
Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft, Moskau (RGAE)
Russisches Staatsarchiv für Neueste Geschichte, Moskau (RGANI)
Stadtarchiv Graz (StAG)
Steiermärkisches Landesarchiv, Graz (StLA)
Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russ. Föderation, Podolsk (CAMO)

Mündliche Informationen

Dipl.-Ing. Dr. Eberhard Franz, Graz
Ing. Wilhelm Graf, Gratkorn
VSt-Dir. i. R. DDr. Werner Klepp, Wien
VSt-Dir. a. D. Dipl. Ing. Herbert Paierl, Wien
VSt-Dir. Dipl.-Ing. Michael Schmeja, Graz
Oberingenieur Strobl, STEWEAG, Graz

Verwendete Literatur

Alfred **Ableitinger**, Die Krise der Christlichsozialen 1925/27, in: Alfred Ableitinger – Martin Moll (Hg.), Licence to detect. FS Siegfried Beer zum 65. Geburtstag. Schriftenreihe des Instituts für Geschichte, Bd. 19. Graz 2013.

Alfred **Ableitinger** – Bernd **Beutl** (Hg.), 60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen! Graz 2005.

Alfred **Ableitinger**, Unentwegt Krise. Politisch-soziale Ressentiments, Konflikte und Kooperationen in der Politik der Steiermark 1918 bis 1933/34, in: Alfred Ableitinger (Hg.), Bundesland und Reichsgau. Geschichte der Steiermark, Bd. 9/I. Wien – Köln – Weimar 2015.

Alfred **Ableitinger**, 1945–1955. Vom Wiederaufbau zum frühen Reformgeist, in: Klaus Poier – Manfred Prisching (Hg.), 70 Jahre steirische Reformkraft. Politicum, Heft 118/2015.

Alfred **Ableitinger**, Startschwierigkeiten, Triumph und Krisen 1945–1948, in: Alfred Ableitinger – Bernd Beutl (Hg.): 60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen. Graz 2005.

Martin **Amschl**, Von der Weststeiermark nach Europa. 160 Jahre Mobilitätsdienstleister Graz-Köflacher Bahn. Graz 2020 (= Amschl, GKB).

Dieter **Bacher** – Stefan **Karner** (Hg.), Zwangsarbeiter in Österreich 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal. Stefan Karner (Hg.), Veröff. d. Inst. f. Kriegsfolgenforschung. Graz – Wien – Klagenfurt, Bd. 21. Innsbruck – Wien – Bozen 2013.

Herbert **Bandhauer**, Die Organisation der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, in: Gemeinwirtschaft 1/1976.

Irene **Bandhauer-Schöffmann** – Ela **Hornung**, Der Topos des sowjetischen Soldaten in lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen, in: DÖW-Jb 1995. Wien 1995.

Udo **Bachhiesl** – Dieter Preiß, Der Weg der Steiermark in die Energiezukunft. Referat auf dem 15. Symposium zur Energieinnovation, TU Graz 2018.

Walter **Baustädter**, Kette von Fehlleistungen säumt den ESTAG-„Lebenslauf“, in: Kronen Zeitung, v. 19.3.2004.

Siegfried **Beer** – Eduard **Staudinger**, Die Penetration Österreichs durch privates US-Kapital nach dem Ersten Weltkrieg am Beispiel der Steiermark, in: Herwig Ebner, u. a. (Hg.), FS Othmar Pickl. Graz – Wien 1987.

Siegfried **Beer** – Stefan **Karner**, Krieg aus der Luft. Kärnten und Steiermark 1941–1945. Graz 1992 (= Beer – Karner, Luftkrieg).

Hans **Belsak** u. a., Die Österreichische Draukraftwerke AG. Klagenfurt 1972 (= Belsak, ÖDK).

Wolfgang **Benz**, Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. Dtv. München 2012.

Bericht über die Entwicklung von Alternativenenergien und Maßnahmen zur Förderung des Energiespargedankens 1981 an den Steiermärkischen Landtag. Steir. Beiträge zur Rohstoff- und Energieforschung, Sonderheft 1. Graz 1983 (= Alternativenenergien und Energiespargedanke).

Betrachtungen über die zukünftige Deckung des steirischen Strombedarfes. STEWEAG-Studie. Graz 1956.

Biomasse-Nahwärme in Österreich. Wien 2018.

Edith **Blaschitz**, NS-Flüchtlinge österreichischer Herkunft. Der Weg nach Argentinien. Jb. d. Dokumentations-archivs des österreichischen Widerstandes: Schwerpunkt Exil. Wien 2003.

Michael **Borchard** – Stefan **Karner** – Hans Jürgen **Küsters** – Peter **Ruggenthaler** (Hg.), Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE. Graz – Wien 2020 (= Borchard – Karner – Küsters – Ruggenthaler, Entspannung).

Gerhard **Botz**, Wien vom „Anschluss“ zum Krieg. Wien 1978.

Die **Britten** in den Bezirken Feldbach und Radkersburg 1945–1955. Feldbacher Beiträge zur Heimatkunde der Südoststeiermark, Heft 9/10. Feldbach 2005.

Martin **Broszat**, Nationalsozialistische Konzentrationslager, in: Hans Buchheim – Martin Broszat, u. a. (Hg.), Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Olten 1965.

Ernst **Bruckmüller** – Ernst **Hanisch** – Roman **Sandgruber** (Hg.), Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Regionen – Betriebe – Menschen. Wien 2003.

Adolf **Brunnthaler**, Strom für den Führer. Der Bau der Ennskraftwerke und die KZ-Lager Ternberg, Groß-raming und Dipoldsau. Weitra 2000.

Das **Dampfkraftwerk** Neudorf/Werndorf 1. STEWEAG-Info [verm. 1992].

Das **Dampfkraftwerk** Neudorf/Werndorf der STEWEAG. STEWEAG-Info [verm. 1976].

Emmerich **Dichtl**, Elektrizitätswirtschaft seit 1945. Wien 1959 (= Dichtl).

Elisabeth **Dietinger**, Die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in der Steiermark von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert. Graz 2003 (= Dietinger).

Dieter **Dorner**, 50 Jahre, 50 Schicksale. Graz – Wien – Köln 1995.

Wolfram **Dornik**, „Nein, das mach ich nicht mehr mit!“ Techniktransfer, Wahrnehmung und Folgen der Elektrifizierung in der Südoststeiermark, in: Wolfram Dornik – Rudolf Grasmug (Hg.), Möglichkeiten – Abhängigkeiten. Strukturwandel in der Südoststeiermark. Schriften aus dem „Museum im Tabor“, Bd. 10. Feldbach – Graz 2012.

Christoph **Edler**, Das österreichische Gasnetz. BA TU Wien 2013.

Dietrich **Eichholtz**, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Berlin (Ost) 1984, 1985, 1996.

Energieberichte des Energiebeauftragten des Landes Steiermark. Graz 1997–2020.

Energieplan – Landesentwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung. Graz 1984.

Energiestrategie Steiermark 2025. Graz 2015.

Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung. Teil 2. Energieplan. Ausführlicher Entwurf. Graz 1982 (= Energieplan, Teil 2).

Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung. Verordnungstext. Teil 2. Energieplan. Landesentwicklungsprogramm Steiermark, Sachprogramm 3. Graz 1983 (= Energieplan, Teil 2, 1983).

Gerhard **Ertl**, Elin – ein Unternehmen von 1887 bis 1945. Dipl.-Arbeit, Wien 1977.

Steirische **Ferngas** GmbH, Festschrift. 1981.

Das **Fernheizkraftwerk** Mellach. Energiewirtschaftliche und ökonomische Beurteilung 1986. Graz 1986 (= Mellach).

Finanz-Compass. Wien 1921–1947.

Christian **Fleck**, Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer. Wien 1986.

Foreign Relations of the United States – Diplomatic Papers – The Conference of Berlin, The Potsdam Conference, 1945. 2 Bde., Washington, D.C. 1960.

Friedrich **Forstmeier** – Hans-Erich **Volkmann** (Hg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 2. Aufl., Düsseldorf 1981.

Marco **Fössl**, Die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft. Eine historische Betriebsanalyse. Sowi-DA Graz 2010.

Walter **Fraissler**, Betriebsgeschichte des DKW Voitsberg unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes. Sowi-DA Graz 1988.

Eberhard **Franz**, Kohle und Eisenbahn, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Katalog der Steiermärkischen Landesausstellung. Graz 1988.

Eberhard **Franz**, 1903–1993. Elektrizitätswerk Gösting V. Franz. Judenburg 1993 (= Franz, E-Werk Gösting).

Florian **Freund**, Der „Anschluss“ und die Gründung der AEW, in: Oliver Rathkolb – Florian Freund (Hg.), NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“, 1938–1945. Wien 2014.

25 Jahre Steirische Ferngas GmbH. Graz 1981 (= Ferngas).

25 Jahre Teigitsch Kraftwerk Arnstein. Graz 1950 (= 25 Jahre Arnstein).

25 Jahre Österreichische Draukraftwerke AG. Klagenfurt 1972 (= 25 Jahre ÖDK).

50 Jahre STEWEAG. Gesamtgestaltung Dr. Hans Loidolt. Graz o. J. [1971] (= 50 Jahre STEWEAG).

50 Jahre STEWEAG. ÖZE 4/1971.

Rudolf **Gerlich**, Die gescheiterte Alternative: Sozialisierung in Österreich nach dem 1. Weltkrieg. Wien 1980.

Geschichte der Holding Graz. www.holding-graz.at

David **Gledhill**, Gas Lighting. 2. Aufl., Shire 1999.

Andrea **Gradischnig**, Die österreichische Draukraftwerke AG. Eine historische Betriebsanalyse. Sowi-DA 1997 (= Gradischnig).

Theodor **Graf** – Stefan **Karner**, 400 Jahre Leykam. Druck und Papier. Graz 1985 (= Graf – Karner, Leykam).

Wolfgang **Graf**, Österreichische SS-Generäle. Himmlers verlässliche Vasallen. Klagenfurt – Ljubljana – Wien 2012.

Bartel **Granigg**, Die Wasserkraftnutzung in Österreich. Wien 1919.

Bartel **Granigg**, Die Wasserkraftnutzung in Österreich – und deren geographische Grundlagen. Wien 1925.

Grazer antifaschistische Volkszeitung, 1945.

Hermann **Grengg**, Fritz Haas – ein Lebens- und Werksbericht, hrsg. vom Verein für Heimatschutz und Heimatpflege. Graz 1973.

Hermann **Grengg**, Lebenserinnerungen, in: Berichte des Museumsvereines Judenburg, Heft 14, 1981.

Hermann **Grengg**, Die Geschichte der steirischen Ennswasserkraft, o. O., o. J. [verm. 1968].

Ein gemischt-öffentliches **Großkraftunternehmen** in Steiermark. Graz 1918.

Gerhard H. **Gürtlich**, Die Finanzierung der Graz-Köflacher Eisenbahn und die Unternehmensspaltung im Jahre 1998, in: Gerhard Art – Gerhard H. Gürtlich – Hubert Zenz (Hg.), Kohle und Bahn. 150 Jahre GKB. Wien 2010.

Heimo **Halbrainer** – Gerald **Lamprecht**, Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer – Täter – Gegner. Innsbruck – Wien – München. 2015.

Ernst **Hanisch**, Nationalsozialismus in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983.

Edmund **Hartig**, Vom österreichischen Wasserwirtschaftsverband. Schriftenreihe des Österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes, Heft 7. Wien 1947.

Manuel **Heinl** – Birgit **Kirchmayr**, Provenienzforschung Oberösterreichische Landesmuseen. Bestand Sammlung Kastner. Erster Zwischenbericht. Linz 2010.

Gerhard **Hirschfeld**, Fremdherrschaft und Kollaboration – Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1949–1945. Stuttgart 1984.

Lothar **Höbelt**, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz 1999.

Franz **Hochstrasser**, Ingenieur Richard Hofbauer, in: Aspekte zur Energiewirtschaft und Energiepolitik in Österreich seit 1918. Schriftenreihe der Arge für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Hft. 4/5. Graz 1984 (= Hochstrasser, Hofbauer).

Richard **Hofbauer**, Die Energieversorgung Mittelsteiermarks. Graz 1922 (= Hofbauer, Mittelsteiermark).

Richard **Hofbauer**, Ennskraftwerke im Gesäuse. Graz 1920.

Richard **Hofbauer**, Das steirische Großkraftwerksunternehmen. Graz 1921.

Alfred **Horn**, Eisenbahn-Bilderalbum. Die Zeit von 1918 bis 1938, Bd. 4. Wien 1998.

Ela **Hornung**, Trümmerfrauen und Wohlfahrtsstaat – Wirtschaft und Soziales, in: Gerhard Jagschitz – Stefan Karner (Hg.), Menschen nach dem Krieg – Schicksale 1945-1955. St. Pölten 2005.

Herwig **Hösele**, Landesfürst & Landesmutter. Zwei Charaktere – ein Ziel. Graz 2007.

100 Jahre Böhler Edelstahl 1870–1970. Wien 1970.

Walter M. **Iber** – Stefan **Karner**, 120 Jahre Böhler in Kapfenberg – 120 Years of Böhler in Kapfenberg. Unveröffentlichtes Manuskript. Graz 2014 (= Iber – Karner, Böhler).

Gregor **Janssen**, Das Ministerium Speer – Deutschlands Rüstung im Krieg. Berlin 1968.

Gregor **Jurkovič**, Die Kreditinstitute Kärntens und der Steiermark während der NS-Zeit – Politischer „Missbrauch“ von Banken, Sparkassen und Landes-Hypothekenanstalten zwischen den Jahren 1938 und 1945. Sowi-Diss. Graz 2017.

Daniela **Kahn**, Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im nationalsozialistischen Deutschland. Das Beispiel der Reichsgruppe Industrie. Berlin 2006.

Stefan **Karner**, Die sowjetische Justiz gegenüber Österreichern nach 1945 – am Beispiel von Karl Ortner, in: Norbert Weigl (Hg.), FS Herbert Killian. Wien 2001.

Stefan **Karner**, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. 3. Aufl., Graz 1994 (= Karner, Steiermark im Dritten Reich).

Stefan **Karner** – Karl **Duffek** (Hg.), Widerstand in Österreich 1938–1945. Graz – Wien 2007.

Stefan **Karner** – Heinz **Kopetz** (Hg.), Die grüne Mark. Steirische Land- und Forstwirtschaft im 20. Jh. 75 Jahre Steirische Landwirtschaftskammer 1929–2004. Graz 2004.

Stefan **Karner**, Der Handel überwindet die Grenzen: Zum Aufbau des österreichischen Handels 1945/46, in: Stefan Karner – Gottfried Stangler (Hg.), „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Horn – Wien 2005.

Stefan **Karner**, Maßgebliche Persönlichkeiten 1938 in Graz, in: Graz 1938. Histor. Jb. der Stadt Graz 18/19/1988 (= Karner, Maßgebliche Persönlichkeiten).

Stefan **Karner**, Das Draukraftwerk Faal/Fala und die Anfänge der modernen Industrialisierung Sloweniens, in: Mogersdorf-Symposion. Graz 1978 (= Karner, Faal).

Stefan **Karner**, Elektrizität und Kohle, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Katalog der Steiermärkischen Landesausstellung. Graz 1988 (= Karner, Elektrizität und Kohle)

Stefan **Karner**, Die Kohle und die Anfänge der steirischen Stromversorgung, in: Mitt. d. Montanhistorischen Vereins für Österreich, 2/1980 (= Kohle).

Stefan **Karner**, Das Jahr 1918 als Wendepunkt für die Energiewirtschaft der Steiermark und Sloweniens, in: BIHk 4/1978 (= Karner, E-Wirtschaft Steiermark und Slowenien).

Stefan **Karner**, Sowjetische Demontagen in der Steiermark 1945. FS Walter Brunner. ZHVSt, Sdbd. 26. Graz 2010.

Stefan **Karner**, Zum Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich 1945/46. Eine erste Aufstellung aus russischen Quellen, in: Karl Hardach (Hg.), Wirtschaftshistorische Studien. FS Othmar Pickl. Frankfurt/M. – Berlin - Wien 2007.

Stefan **Karner**, Im Kalten Krieg der Spionage. Margarethe Ottillinger in sowjetischer Haft 1948–1955. Innsbruck 2016.

Stefan **Karner** – Othmar **Pickl** (Hg.) Die Rote Armee in der Steiermark. Sowjetische Besatzung 1945. Veröff. d. L. Boltzmann-Instituts f. Kriegsfolgen-Forschung, Sdbd. 8; Quellen z. geschichtl. Landeskunde der Steiermark, Bd. 21. Graz 2008 (= Karner – Pickl, Rote Armee in der Steiermark).

Stefan **Karner**, Bemühungen zur Ausweitung der Luftrüstung im Dritten Reich 1940–1941. Die Flugmotorenwerke Ostmark und ihr Marburger Zweigwerk 1941–1945, in: Zeitgeschichte 6/9–10/1979 (= Karner, Luftrüstung).

Stefan **Karner**, Die Abtrennung der Untersteiermark von Österreich 1918/19. Ökonomische Aspekte und Relevanz für Kärnten und die Steiermark, in: Helmut Rumpler (Hg.), Kärntens Volksabstimmung 1920. Klagenfurt 1981.

Stefan **Karner**, Kärntens Wirtschaft 1938-1945. Klagenfurt 1976 (= Karner, Kärntens Wirtschaft 1938–45).

Stefan **Karner**, Arbeitsvertragsbrüche als Verletzung der Arbeitspflicht im „Dritten Reich“, in: Archiv für Sozialgeschichte. Bonn 1981.

Stefan **Karner**, Sowjetische Wirtschaft, in: Borchardt – Karner – Küsters – Ruggenthaler, Entspannung.

Stefan **Karner**, Steiermark. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Innsbruck – Wien 2012 (= Karner, Steiermark).

Stefan **Karner**, Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Innsbruck-Wien-Bozen 2008 (= Karner, Steiermark im 20. Jh.).

Stefan **Karner** – Heinz **Kopetz** (Hg.), Die „grüne“ Mark. Steirische Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Graz 2004.

Stefan **Karner** – Mark **Kramer** – Peter **Ruggenthaler** – Manfred **Wilke**, Die Sowjetunion und Osteuropa 1989. Zur Einleitung, in: diess. (Hg.), Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente. Veröff. d. L. Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Sdbd. 15. Innsbruck – Wien – Bozen 2014.

Stefan **Karner**, Zwei elektrizitätswirtschaftliche Sonderabkommen von 1925/26, in: ZHVSt 1981.

Stefan **Karner**, Wasser für Strom. Zur Elektrifizierung von Graz und der Steiermark, in: Gerhard M. Dienes – Franz Leitgeb (Hg.), Wasser. Ein Versuch. Graz 1990 (= Karner, Wasser für Strom).

Stefan **Karner**, Der Kampf zwischen „weißer“ und schwarzer Kohle. Zu den Anfängen einer gesamtsteirischen Elektrizitätswirtschaft, in: BIHk 4/1977.

Karl **Kaser** – Karl **Stocker**, Bäuerliches Leben in der Oststeiermark. Zwischen 1848 und dem ausgehenden 20. Jahrhundert, in: Wolfram Dornik – Rudolf Grasmug (Hg.), Möglichkeiten – Abhängigkeiten. Strukturwandel in der Südoststeiermark. Schriften aus dem „Museum im Tabor“, Bd. 10. Feldbach – Graz 2012.

Florentine **Kastner**, 373-Camp Wolfsberg. Britische Besatzungslager in Österreich von 1945 bis 1948. DA-Univ. Wien 2011.

Otto **Klambauer** – Ernst **Bezemek**, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation. Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde, Bd. 5. Wien 1983.

Ernst **Klee**, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main, 2. Aufl., 2005.

Werner **Klepp**, EU-Wettbewerbsrecht und österreichische E-Wirtschaft. Schriftl. Fassung eines Vortrages.

Nicole **Köberl**, Die Energie Steiermark AG. Eine betriebshistorische Studie. Sowi-DA Graz 2000.

Eugen **Kogon**, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1974.

Maria Magdalena **Koller**, Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1938–1947. Von den Alpelektrowerken zur Verbundgesellschaft. Phil. Diss. Graz 1985 (= Koller).

Hugo **Kossdorf**, Die Bedeutung der STEWEAG innerhalb der steirischen und österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Graz 1970.

Hans Jörg **Köstler**, Der Beginn der Elektrostahlerzeugung in Österreich, in: Berg- und Hüttenmännische Monatshefte, Jg. 123, 9/1978.

Thomas **Krautzer** – Walter **Iber**, Steiermark 1985–2008. Vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum, in: Thomas Krautzer – Walter Iber (Hg.), Wirtschaft und Region. Transformationsprozesse im internationalen Vergleich. Wien 2021.

Karl A. **Kubinzky** – Astrid M. **Wentner**, Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung, 2., verbesserte Auflage. Graz 1998.

Erich **Kunzel-Runtscheiner**, Österreichs Energiewirtschaft und die Ausnützung seiner Wasserkräfte, in: Die Wasserwirtschaft, Nr. 8/1923 (= Kunzel-Runtscheiner).

Helmut **Lackner**, Kohlennutzung und Kohlenbergbau bis um 1850, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Beitragsband der Landesausstellung Kohle und Glas. Bärnbach 1988.

Helmut **Lackner** – Karl **Stocker**, Fohnsdorf – Aufstieg und Krise einer österreichischen Kohlenbergwerksgemeinde in der Region Aichfeld-Murboden; Interdisziplinäre Studien der Projektgruppe Fohnsdorf Aichfeld-Murboden. Graz – Wien 1982 (= Lackner – Stocker, Fohnsdorf).

Helmut **Lackner**, Hermann Grengg, in: Berichte des Museumsvereines Judenburg, Heft 14, 1981.

Ernst **Lasnik**, Das braune Gold. Die Geschichte der weststeirischen Kohlenreviere. Graz 1997 (= Lasnik, Weststeirische Kohlenreviere).

Wilfried **Mähr**, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945–1950. Phil. Diss. Wien 1985.

Hans **Marbler**, Die Grundlagen des wirtschaftlichen Ausbaues der Wasserkräfte Deutschösterreichs. Graz, 1919.

Hans **Marbler**, Zur Frage des Ausbaues der Wasserkräfte Steiermarks, eine kritisch-wirtschaftliche Studie zur Schrift: Ein gemischt-öffentliches Großkraftwerksunternehmen in Steiermark. Graz 1919.

Franz **Mathis**, Camillo Castiglioni und sein Einfluss auf die österreichische Industrie, in: Sabine Weiss (Hg.), Historische Blickpunkte. FS Johann Rainer. Innsbruck 1988.

Fritz **Micke**, Das Werden der STEWEAG und die Entwicklung von Erzeugung und Absatz in ihrem Versorgungsgebiet, in: 25 Jahre Teigitsch Kraftwerk Arnstein. Graz 1950 (= Micke, STEWEAG).

Herwig **Mikutta** – Max **Stelzl**, Nationalsozialistische Arbeitserziehungslager. SE-Arbeit, Uni-Linz 1980.

Christian **Mitteregger**, Die betriebliche Entwicklung der STEWEAG unter besonderer Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse. Sowi-DA Graz 1989 (= Mitteregger, STEWEAG).

Franz **Mittermüller**, Strukturelle Veränderungen in Industrie, Bergbau und Gewerbe, in: Josef Riegler (Hg.); Die Neue Steiermark. Unser Weg 1945–2005, Red. Elisabeth Schöggel-Ernst. Graz 2005 (= Mittermüller).

Franz **Mittermüller** – Bernhard A. **Reismann**, Stadtlexikon, Bd. 4 der Geschichte der Stadt Graz, hrsg. von Walter Brunner. Graz 2003.

Gottfried **Mühlbacher**, Die Unternehmerfamilie Feuerlöcher in Prenning, in: BIHK 1-2/2008.

Bogdan **Musial**, Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich 1945/46, in: Gerald Schöpfer – Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert. FS Stefan Karner. Graz 2012.

Ludwig **Musil**, Die STEWEAG in den Jahren 1945 bis 1970. Eine Dokumentation, in: 50 Jahre STEWEAG. ÖZE 4/1971 (= Musil, STEWEAG 1945-1970).

Ludwig **Musil**, Der Weg zum ölgefeuerten Kraftwerk Pernegg, in: Das ölgefeuerte Dampfkraftwerk Pernegg. ÖZE 5/1959.

„Im Strom der Zeit. 100 Jahre Energie Steiermark“, ORF 2, Österreich-Bild (Gestaltung: Franz **Neger** (Regie), Erhard **Seidl** (Kamera) und Martin **Steffens** (Cutter), v. 4.7.2021 (= Neger, Seidl, Steffens, Im Strom der Zeit, ORF 2).

Carmen **Neubauer**, Die STEWEAG. Eine betriebshistorische Studie. Sowi-DA Graz 2001.

Volker **Neuburg**, 50 Jahre Buss AG, 1901–1951. Basel 1951.

Petra **Neuherz**, Der DKW-Standort Bärnbach-Voitsberg. Eine historische Betriebsanalyse. Sowi-Diss. Graz 2013 (= Neuherz).

Holger **Neuwirth** – Friedrich **Bouvier**, Ingenieurkunst und Eisenarchitektur, in: Paul W. Roth (Hg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beitragsband zur steirischen Landesausstellung 1984, Graz 1984.

Österreichischer Reichsrat, Beilagen 1917 und 1918. XXII. Session. Bd. 5. Wien 1918 (=RR).

Österreichisches Statistisches Handbuch (= ÖStHB) 35-1916/17.

Susanne **Penz**, Das Zweite Verstaatlichungsgesetz 1947 und der Aufbau der österreichischen Energiewirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Gerald Schöpfer (Hg.), Aspekte zur Energiewirtschaft und Energiepolitik in Österreich seit 1918. Schriftenreihe der Arge für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Heft 4/5. Graz 1984.

Dietmar **Petzina**, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968 (= Petzina).

Ernst **Pichler**, Franz Pichler. Pionier der E-Wirtschaft und Gründer der Elin Weiz (Manuskript).

Gerhardt **Plöchl** – Josef **Vlcek**, Die Rechtsvorschriften über das Deutsche Eigentum in Österreich samt den einschlägigen Nebenbestimmungen. Wien 1959.

Manfred **Pohl**, Das Bayernwerk: 1921 bis 1996. München 1996.

Manfred **Pohl**, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), publiziert am 13. Mai 2014; in: Histor. Lex. Bayerns, 2020.

Pavel **Poljan**, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung. Stefan Karner (Hg.) Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 2. München – Wien 2001.

Pavel **Poljan**, Žertvy dvuch diktatur [Opfer zweier Diktaturen]. Ostarbajtery in voennoplennye v Tret’em Rejche i ich repatriacija. Moskau 1996.

Fritz **Popelka**, Steiermark als selbständiges Land im Rahmen des Bundesstaates, in: Amtlicher Anzeiger Steiermarks. Graz 1922.

Fritz **Posch**, Franz Pichler, der Pionier der steirischen Elektroindustrie, in: ZHVSt, Sdbd.9/1965 (= Posch, Pichler).

Markus **Puntigam**, Die Energie Steiermark. Das öffentliche Bild und die betriebswirtschaftliche Realität. Sowi-DA Graz 2007.

Hermann **Rafetseder**, NS-Zwangsarbeiter-Schicksale. Erkenntnisse zu Erscheinungsformen der Oppression und zum NS-Lagersystem aus der Arbeit des Österreichischen Versöhnungsfonds. Bremen 2014 (= Rafetseder).

Oliver **Rathkolb** – Florian **Freund** (Hg.), NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“, 1939–1945. Wien – Köln – Weimar 2014.

Margit **Reiter**, Das Tauernkraftwerk Kaprun, in: Oliver Rathkolb – Florian Freund (Hg.), NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“ 1938–1945. Ennskraftwerke, Kaprun, Draukraftwerke, Ybbs-Persenbeug, Ernsthofen, Wien – Köln – Weimar 2002.

Reichsgesetzblatt (= RGBI) 1914.

Bernhard **Reismann** – Johann **Wiedner**, Elektrizität aus Wasserkraft, in: Josef Riegler (Hg.), Wasserwirtschaft in der Steiermark. Geschichte und Gegenwart. Veröff. d. Steiermärkischen Landesarchivs, Bd. 39, Graz 2015 (= Reismann – Wiedner, Elektrizität).

Gerhard **Ritter**, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.

Paul W. **Roth**, Die Glaserzeugung in der Steiermark von den Anfängen bis 1913. Modell der Geschichte eines Industriezweiges. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. 29. Graz 1976.

Paul W. **Roth**, Kraftwerksprojekte im Norden von Graz, in: BIHK 55/1981 (= Roth, Kraftwerksprojekte).

Paul W. **Roth** (Hg.), Glas und Kohle. Beitragsband der Landesausstellung Kohle und Glas. Bärnbach 1988 (= Roth, Glas und Kohle).

Paul W. **Roth**, Das Glas geht zur Kohle, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Beitragsband der Landesausstellung Kohle und Glas. Bärnbach 1988.

Peter **Ruggenthaler** – Walter **Iber** (Hg.), Hitlers Sklaven – Stalins „Verräter“. Aspekte der Repression an Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Eine Zwischenbilanz. Stefan Karner (Hg.), Veröff. d. Inst. f. Kriegsfolgenforschung, Bd.14. Innsbruck – Wien – Bozen 2010.

Norbert **Schausberger**, Der Griff nach Österreich. Der Anschluss. Wien – München 1978.

Norbert **Schausberger**, Rüstung in Österreich 1938-1945. Wien 1970.

Wolfgang **Schivelbusch**, Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert. München 1983.

Reinhard **Schlüter**, Der Haifisch. Aufstieg und Fall des Camillo Castiglioni. Wien 2015.

Michael **Schmeja**, 100 Jahre STEG. Wegbereiter der steirischen Wirtschaft. 1902–2002. Graz 2002 (= Schmeja, STEG).

Paul C. W. **Schmidt**, Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung 1940. Berlin 1940.

Wilma **Schmidt-Högl** – Johannes Pötscher (Hg.), Deutschfeistritz, Bd. 2 (Vergangenheit). Deutschfeistritz 2014.

Georg **Schneider**, Geschichte der Elin Weiz und ihres Gründers Ing. Franz Pichler, Graz 1959.

Franz Josef **Schober**, Der Luftkrieg über dem Bezirk Radkersburg 1939–1945. Ratschendorf 1989.

Helmut **Scio**, Die Elektrizitätswirtschaft der Steiermark im Rahmen der gesamtösterreichischen Energiewirtschaft. Graz 1949.

Ernst **Simson**, Die Wirtschaftliche Lage der Steiermark Ende des Jahres 1921. Graz 1921.

Michael **Spreitzhofer**, Franz Pichler. Pionier der steirischen Elektrizitätswirtschaft, in: Aspekte zur Energiewirtschaft und Energiepolitik in Österreich seit 1918. Schriftenreihe der Arge für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Heft 4/5. Graz 1984.

Hubert **Steiner**, Die USIA-Betriebe, ihre Gründung, Organisation und Rückgabe in die österreichische Hoheitsverwaltung, in: MIÖG 43/1993.

Michael **Steiner**, Wirtschaft. Steiermark. Zwischen Utopie und Realität. Graz – Wien 2020 (= Steiner, Wirtschaft Steiermark).

Barbara **Stelzl-Marx**, Lager Liebenau. Ein Ort verdichteter Geschichte. Graz – Wien 2018.

Der **STEWEAG**-Bote, 1961ff.

Dieter **Stiefel**, Camillo Castiglioni. Oder die Metaphysik der Haifische. Wien – Köln – Weimar 2012.

40 (**štirideset**) let elektrarna Fala. Maribor 1958.

Studie über die Möglichkeiten des weiteren Ausbaus der steirischen Wasserkräfte. Graz, Oktober 1974.

Studie über die zukünftige Elektrizitätsversorgung des Bundeslandes Steiermark im Hinblick auf die Kernenergie-debatte, Graz im März 1977.

Oskar **Vas**, Grundlagen und Entwicklung der Energiewirtschaft Österreichs. Offizieller Bericht des Österreichischen Nationalkomitees der Weltkraftkonferenz. Wien 1930.

Margareta **Veit**, Die Steiermärkische Elektrizitäts AG im Rahmen der gesamtösterreichischen Elektrizitätswirtschaft. Eine historische Betriebsanalyse. Graz 1997 (= Veit).

Verhandlungsschrift der o. Vollversammlung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Graz 1921–1938 (= Handelskammer VV).

Alexander **Verdnik**, Wolfsberg dunkelstes Kapitel. Wolfsberg 2015.

Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Steiermark, 1939–1944.

Alexandra **Wachter**, Die Neuorganisation der österreichischen Wasserstraßenverwaltung nach dem „Anschluss“, in: Bertrand Perz – Gabriele Hackl – Alexandra Wachter (Hg.), Wasserstraßen: Die Verwaltung von Donau und March 1918–1955. Wien 2020.

Inge **Walzel**, Das Verhältnis von Verbundkonzern und Landesgesellschaften in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Graz 1965.

Über den Ausbau der steirischen **Wasserkräfte**. Zur Schrift des Zivilingenieurs Hans Marbler, hrsg. vom Vorbereitenden Konsortium der Industriellen. Graz – Wien 1919 (= Ausbau der steirischen Wasserkräfte).

Die **Wasserwirtschaft** 1923–1938.

Fritz **Weber**, Vor dem großen Krach. Österreichs Bankwesen der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe. Wien – Köln – Weimar 2016.

Manfred **Wehdorn** – Ute Georgeacopol-Winischöfer – Paul W. Roth, Baudenkmäler der Technik und Industrie in Österreich. Bd. 2: Steiermark, Kärnten. Wien 1998.

Andreas **Weigelt** u. a. (Hg.), Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie. Göttingen 2015.

David Lukas **Weihs**, Der lange Weg zur Wasserkraft: am Beispiel des Murkraftwerkes Mötschlach – St. Dionysen. Gewi-DA, Graz 2014.

Alfred **Weiß**, Kohlenbergbau in der Steiermark, in: Paul W. Roth (Hg.), Glas und Kohle. Katalog der Steiermärkischen Landesausstellung. Graz 1988.

Valentin E. **Wille**, Die architektonische Inszenierung von Wasserkraftwerken, in: Blätter für Technikgeschichte, Bd. 69/70, 2007/08.

Günther **Winkler**, Das Elektrizitätsrecht. Die Gesetzgebung als Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik. Wien 1999.

Brigitte **Wolkinger**, Karl Steininger, Stefan Schleicher et al., Implementing Europe’s climate targets at the regional level, Climate Policy 12/2012.

Brigitte **Wolkinger** – Karl Steiniger, Volkswirtschaftliche Effekte von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils Erneuerbarer Energien in den österreichischen Klima- und Energiemodellregionen. Graz 2012.

Die Vorstandsdirektoren der Energie Steiermark AG seit 1996

1996–1998	Dr. Norbert Ertler Mag. Werner Heinzl
1998–2000	Mag. Werner Heinzl Dipl.-Ing. Adolf Fehringer Dipl.-Ing. Jacques Barbe (1999–2001)
2000–2003	Mag. Werner Heinzl Dipl.-Ing. Adolf Fehringer Mag. Hubert Jeneral
2003–2004	Mag. Werner Heinzl Dr. Gerhard Hirschmann Mag. Hubert Jeneral
2004	Dr. Johannes Ditz (Interimsvorstand) Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek (Interimsvorstand) Dipl.-Ing. Pierre Aumont (Interimsvorstand)
2004–2009	Dr. Karl-Franz Maier Dipl.-Ing. Dr. Franz Kailbauer
2009–2012	Dr. Oswin Kois Dipl.-Ing. Olaf Kieser
2012–2016	Dipl.-Ing. Christian Purrer Dipl.-Ing. Olaf Kieser
Seit 2016	Dipl.-Ing. Christian Purrer Dipl.-Ing. (FH) Mag. (FH) Martin Graf, MBA

Die Aufsichtsratspräsidenten der Energie Steiermark AG seit 1996

1996–1999	Dr. Heinz Hofer
1999–2001	Dr. Norbert Ertler
2001–2003	Dr. Heinz Hofer
2003–2004	Dr. Norbert Ertler
2004	Dipl.-Ing. Richard Ramsauer
2004–2005	Dr. Johannes Ditz
2005–2011	Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek
Seit 2011	Dipl.-Ing. Josef Mülner

Die Vorstandsdirektoren der STEWEAG von 1921 bis 2012

1921–1925	OBR Ing. Richard Hofbauer (Direktor)
1925–1928	GD Ing. Richard Hofbauer Dr. Ing. Josef Ornig Kurt K. Tanzer Ing. Karl Augustin
1929–1935	Dr. Ing. Josef Ornig Kurt K. Tanzer Ing. Karl Augustin
1935–1938	Ing. Karl Augustin Kurt K. Tanzer
1938–1939	Ing. Karl Augustin
1939–1941	Ing. Karl Augustin Dipl.-Ing. Alois Hölzl Dr. Odo Pretner
1942–1945	Ing. Karl Augustin Alfred Fleischmann Dipl.-Ing. Franz Pichler Dr. Odo Pretner
1945–1948	Kurt K. Tanzer Dipl.-Ing. Edmund Berger Dipl.-Ing. Carl Lipp
1948–1961	GD Kurt K. Tanzer Dr. Ludwig Musil Arnold Barwig
1961–1963	GD Kurt K. Tanzer Dr. Ludwig Musil
1963–1968	GD Prof. Dr. Ludwig Musil Dipl.-Ing. Tobias Udier Helmut Pesendorfer
1968–1981	Dr. Wilhelm Altziebler Dipl.-Ing. Dr. Hans Märzendorfer Helmut Pesendorfer Dipl.-Ing. Tobias Udier DDr. Werner Klepp (ab 1978)
1981–1988	GD Dr. Hans Märzendorfer Dipl.-Ing. Dr. Oskar Beer DDr. Werner Klepp
1989–1993	GD Dipl.-Ing. Dr. Oskar Beer DDr. Werner Klepp Dipl.-Ing. Josef Gutjahr (bis 1994)
1993–1996	Dipl.-Ing. Herbert Paierl DDr. Werner Klepp
1996	Dipl.-Ing. Dr. Manfred Pinter (interimistisch)

1996–2002	Dr. Hubert Zankel Dr. Oswin Kois Dipl.-Ing. Pierre Aumont (1998–2002)
2002–2005	Dr. Hubert Zankel Dr. Oswin Kois Dr. Marco Pongratz-Lippitt
2005–2007	Dr. Hubert Zankel
2007–2009	Dr. Karl-Franz Maier (in Personalunion auch SSG-GF, E-Vorstand) Dipl.-Ing. Dr. Franz Kailbauer (in Personalunion auch SSG-GF, E-Vorstand)
2009–2012	Dipl.-Ing. Olaf Kieser (in Personalunion auch SSG-GF, E-Vorstand) Dr. Oswin Kois (in Personalunion auch SSG-GF, E-Vorstand)

Die Aufsichtsratspräsidenten der STEWEAG von 1993 (Ersteintrag im österreichischen Firmenbuch) bis 2012

1993	Dr. Wilhelm Altziebler
1993–1998	Ing. Gerald Raidl
1998–2000	Dr. Heinz Hofer
2000–2002	Dr. Norbert Ertler
2002–2004	Dr. Heinz Hofer
2004	Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek
2004–2007	Dr. Karl-Franz Maier
2007–2011	Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek
2011–2012	Dipl.-Ing. Josef Mülner

Die Geschäftsführer der STEWEAG-STEAG von 2002 bis 2014

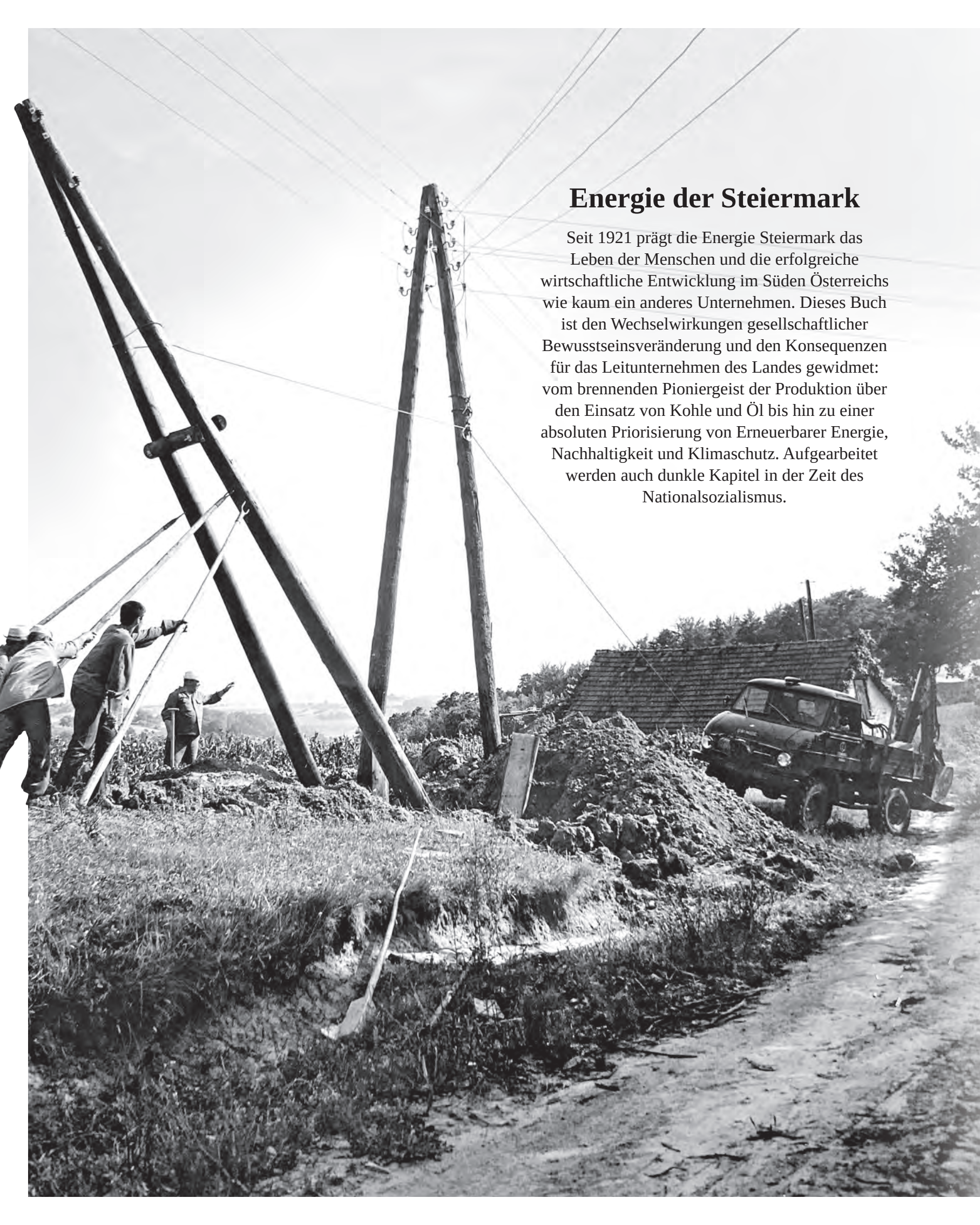
2002	Dr. Hubert Zankel Dipl.-Ing. Pierre Aumont
2002–2004	Dr. Hubert Zankel Dr. Othmar Kranz Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Neubauer Dr. Marco Pongratz-Lippitt
2004–2009	Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Neubauer Dr. Karl-Franz Maier (in Personalunion auch E-Vorstand, STEWEAG-Vorstand) Dipl.-Ing. Dr. Franz Kailbauer (in Personalunion auch E-Vorstand, STEWEAG-Vorstand)
2009–2012	Dr. Oswin Kois (in Personalunion auch E-Vorstand, STEWEAG-Vorstand) Dipl.-Ing. Olaf Kieser (in Personalunion auch E-Vorstand, STEWEAG-Vorstand) Dipl.-Ing. Dr. Franz Hofbauer (2009–2013)
2012–2014	Dipl.-Ing. Olaf Kieser (in Personalunion auch E-Vorstand) Dipl.-Ing. Christian Purrer (in Personalunion auch E-Vorstand)

Die Aufsichtsratspräsidenten der STEWEAG-STEAG von 2002 bis 2014

2002–2003	Dipl.-Ing. Adolf Fehringer
2003–2004	Dr. Gerhard Hirschmann
2004–2006	DDr. Peter Schachner-Blazizek
2006–2011	Dr. Josef Binder
2011–2014	Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Karl Rose

Umrechnungsschlüssel

1 Kilowattstunde (kWh) sind 1000 Wattstunden, 1000 kWh sind 1 Megawattstunde (MWh),
1000 MWh sind 1 Gigawattstunde (GWh), 1000 GWh sind 1 Terrawattstunde (TWh).
1 Kilovolt (kV) sind 1000 Volt. 1 kV sind auch 1000 Watt/Ampere (W/A)
1 PS sind 0,735499 Kilowatt (KW)



Energie der Steiermark

Seit 1921 prägt die Energie Steiermark das Leben der Menschen und die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung im Süden Österreichs wie kaum ein anderes Unternehmen. Dieses Buch ist den Wechselwirkungen gesellschaftlicher Bewusstseinsveränderung und den Konsequenzen für das Leitunternehmen des Landes gewidmet: vom brennenden Pioniergeist der Produktion über den Einsatz von Kohle und Öl bis hin zu einer absoluten Priorisierung von Erneuerbarer Energie, Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Aufgearbeitet werden auch dunkle Kapitel in der Zeit des Nationalsozialismus.